

Wo-Wo-Wonige!

Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968

**Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen
Fakultät der Universität Zürich**

**Vorgelegt von Thomas Stahel
von Zürich**

**Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Bruno Fritzsche und
Herrn Prof. Hans-Peter Kriesi**

Zürich, 2006

I. EINLEITENDE AUSFÜHRUNGEN ZUM THEMA

A. Leitbilder für Wohnen und Stadtentwicklung

1. Wohnleitbilder
 - a) Kleinfamilie und Individualisierung
 - b) Kultivierung des Privaten
2. Funktional getrennte Stadt
 - a) Gartenstadt
 - b) Funktionale Trennung bei Le Corbusier

B. Sozioökonomische Entwicklung der Schweiz nach 1945

1. Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit
2. Der Konsens der 50er und 60er Jahre
3. Zerfall der politischen und sozialen Stabilität
4. Wirtschaftskrise der 70er Jahre und deren Bewältigung

C. Schweizer Stadtentwicklung nach 1945

1. Urbanisierung, Planungsdilemma und Zunahme des Verkehrs
2. Suburbanisierung und Periurbanisierung
3. Gentrification

D. Stadt- und Wohnpolitik in Zürich nach 1945

1. Der Traum von Grosszürich und seiner Erschliessung durch den Verkehr
2. Krise der Stadt und Entstehung der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen
3. Städtebauliche Pattsituation
4. 80er 'Bewegig' fordert Räume
5. Wohn- oder Arbeitsstadt
6. Wohnungsnotbewegung der späten 80er und frühen 90er Jahre
7. Regierungswechsel und Entstehung der Allianz der Vernunft
8. Gentrification und Boom

E. Wohnungsnot in Zürich

1. Faktoren für die Intensität der Wohnungsnot
 - a) Nachfrageseite
 - b) Angebotseite
2. Entwicklung der Wohnungsnot
 - a) Entstehung des kommunalen Wohnungsbaus im 19. Jahrhundert
 - b) Wohnungsnot in der Nachkriegszeit
3. Mietzinsnot und Bodenspekulation

II. ALTERNATIVE WOHNVORSTELLUNGEN

A. Autonomie

1. Selbstversorgung als Utopie: bolo'bolo
2. Selbstversorgung und Selbstverwaltung im Alltag
3. Aufhebung der funktionalen Trennung
4. Anarchistische Lebensführung
5. Autonome Quartierstrukturen

B. Kollektiver Wohnraum

1. Historische Entwicklung des gemeinschaftlichen Wohnens
2. Motivation für das kollektive Zusammenleben

C. Gemischte Wohnformen

1. Durchmischung der BewohnerInnen und Wohnformen
2. Flexible Wohnräume

D. Gleichstellung der Geschlechter

1. Kinderbetreuung
2. Räume für Frauen

E. Wohnen und Umweltschutz

1. Ökologische Haushaltsführung
2. Umweltgerechte Baumassnahmen

III. STRATEGIEN DER STADT- UND WOHNPOLITISCHEN BEWEGUNGEN

A. Einflussnahme durch die Möglichkeiten der direkten Demokratie

1. Bodenpolitik
2. Planungspolitik
 - a) Planungs- und Baugesetz
 - b) Regionale Raumplanung
 - c) Bau- und Zonenordnung
3. Wohnraumerhaltung
 - a) Wohnerhaltungsgesetz
 - b) Wohnanteilplan
 - c) Parlamentarischer Widerstand gegen private Neubauprojekte
4. Mieterschutz
5. Städtische Liegenschaftenpolitik

B. Quartierarbeit

1. Mobilisierung der Quartierbevölkerung
2. Verbesserung der Wohnlichkeit im Quartier

C. Mieterkampf

1. Hintergrund und Zielsetzung
2. Widerstandsformen
3. Erfolge und Bilanz
 - a) Städtische Liegenschaften
 - b) Private HausbesitzerInnen

D. Hausbesetzungen

1. Entwicklung des Häuserkampfes
 - a) Hausbesetzungen in den 70er Jahren
 - b) Entstehung einer Besetzerbewegung während den 80er Unruhen
 - c) Netz-Zeit
 - d) Wohnungsnotbewegung
 - e) Wohlgroth
 - f) Krise und Wiederbelebung der Szene
2. Hintergründe und allgemeine Tendenzen
 - a) Motivation
 - b) Forderungen
 - c) Strategien
 - d) Öffentlichkeitsarbeit
3. Polizeiliche Räumungspraxis

E. Häuserkauf und Bau

1. Kauf von Liegenschaften durch Hausgenossenschaften
 - a) Entwicklung und Bedeutung der traditionellen Wohnbaugenossenschaften
 - b) Alternative Wohngenossenschaften
 - c) Wogeno
 - d) Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen
2. Bau von Häusern

F. Militante Anschläge

SCHLUSSBEMERKUNGEN

BIBLIOGRAPHIE

ANHANG

- A. Chronologie des Widerstands gegen den Abriss des Tor zu Aussersihl
- B. Chronologie des Widerstands gegen den Abriss der Häuser im Dreieck
- C. Chronologie des Widerstands gegen den Abriss der Hellmi-Häuser
- D. Stadt- und wohnpolitische Abstimmungen (1968-2005)
- E. Zusammenstellung stadt- und wohnpolitischer Gruppierungen (1968-2005)
- F. Zusammenstellung stadt- und wohnpolitischer Demos und Aktionen (1968-2005)
- G. Zusammenstellung von Hausbesetzungen (1968-2005)
- H. Zusammenstellung stadt- und wohnpolitischer Anschläge (1968-2005)

EINLEITUNG

Wohnungspolitik und Stadtentwicklung sind zentrale Themen des politischen Diskurses. Beinahe täglich berichten die Medien über Quartieraufwertung, Neubauprojekte, Wohnungsnot, oder Hausbesetzungen. Häufig sind Proteste und Kritik aus der Bevölkerung die unmittelbaren Auslöser für die Diskussion. Der Ursprung dieser demokratischen Teilnahme liegt in den gesellschaftlichen Veränderungen nach 1968, in deren Folge in Zürich die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen entstanden: Teile der Bevölkerung begannen sich gegen die Wohnraumzerstörung, die abnehmende Wohnlichkeit in den Städten und andere Folgen einer einseitig ökonomisch orientierten Stadtentwicklung zur Wehr zu setzen. Bis heute üben diese Kreise einen bedeutenden Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung aus.

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die Analyse der Lebensformen, Hintergründe und Strategien der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen – eine umfassende Darstellung oppositioneller Politik im Prozess der Zürcher Stadtentwicklung. Dabei werden die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen als Teil der neuen sozialen Bewegungen betrachtet; nach Rudolf Schilling befinden sich diese in der Überschneidungszone zwischen der Alternativ- und Ökologiebewegung.¹ Das Spektrum der beschriebenen Aktionsformen ist breit und reicht vom militanten Widerstand bis zur Nutzung der direkten Demokratie. Das Schwergewicht der Arbeit liegt jedoch deutlich bei der ausserparlamentarischen und autonomen Linken², welche die alternativen Lebensformen besonders intensiv auslebten und sich insgesamt am stärksten mit Wohn- und Stadtentwicklungsfragen auseinandersetzen.

Das Buch – am ehesten als 'dichte Beschreibung' zu bezeichnen, um einen in der Historiographie neuerdings gerne verwendeten Begriff zu gebrauchen – ist so aufgebaut, dass man den Text nicht von vorne nach hinten lesen muss, sondern ohne Verständnisverlust einzelne Kapitel herauspicken kann – die Publikation ist sozusagen ein Nachschlagewerk für alternative Lebensentwürfe und die unterschiedlichen Widerstandsformen gegen Wohnraumzerstörung. 'Wo-Wo-Wonige!' soll einen Beitrag zum Verständnis unserer konkreten Lebensumwelt leisten, Wege zur Mitgestaltung des urbanen Raums beleuchten und Lösungsansätze in wohn- und

¹ Im Gegensatz zu Schilling werden aber stadtpolitische und wohnpolitische Bewegungen nicht unterschieden, da die Unterschiede häufig fließend sind. Schilling 1987, S. 43f.

² Die ausserparlamentarische Linke ist eine äusserst heterogene Gruppe und nutzt dementsprechend mit verschiedenen Widerstandsformen, wobei sie sich vorwiegend auf Häuser-, Mieter- und Quartierkämpfe konzentrieren. Oft wird die APL pauschal mit Autonomen, Spontis oder Linksradikalen gleichgesetzt; was nicht der vollen Wahrheit entspricht. Eine Mehrheit der ausserparlamentarischen Linken gehört zwar dem äusseren linken Rand an, dies ist aber bei weitem nicht immer so. In den Quartiergruppen/Mietervereinen organisieren sich oft Leute mit gemässigter politischer Gesinnung, die nach meiner Definition zur APL gehören, aber deshalb noch lange nicht linksradikal sind. In Mietervereinen und Quartiergruppen organisierte AnwohnerInnen werden oft durch Veränderungen im Quartier oder durch die Bedrohung ihrer Wohnsituation politisiert und können durchaus auch als konservativ bezeichnet werden.

stadtpolitischen Interessenkonflikten aufzeigen. Der Autor hat dabei keinen Anspruch auf absolute Neutralität. Ohne eine grosse Portion Sympathie für die Visionen, die Kreativität und die Lebensfreude der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen wäre dieses Projekt undenkbar gewesen. Das Buch soll die vielfältigen Aktions- und Lebensformen, mit welchen in Zürich seit 1968 experimentiert wird, für spätere Generationen dokumentieren und richtet sich an alle StadtbewohnerInnen und an Wohnpolitik respektive Stadtgeschichte Interessierte.

Aufbau

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil liefert einen ersten Einblick in die historischen Abläufe der gesamtschweizerischen und stadtzürcherischen Stadtentwicklung in der Nachkriegszeit. Der Wandel von Zürich zur 'Global City' ist für die vorliegende Arbeit von grosser Bedeutung. Der Kampf um die Erhaltung der Quartiere, der Widerstand gegen die Ausdehnung der City (innenstädtischer Raum, der vorwiegend gewerblich genutzt wird) und die Wohnungsnot waren nachhaltig von der Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz geprägt. Genauso wichtig sind die gesellschaftlichen und politischen Leitbilder der Nachkriegszeit, die abnehmende Lebensqualität in den Städten und im Speziellen die Entstehung der sozialen Bewegungen nach 1968.

Der zweite Teil widmet sich den alternativen Wohnformen. Da die Wohnutopien oft nur ansatzweise verwirklicht werden konnten und die Quellenlage bescheiden ist, fällt dieser Teil relativ kurz aus. Im Zentrum steht die Frage nach den nach 1968 neu aufblühenden Lebensformen: Inwiefern konnten diese verwirklicht werden, welche Zustände wurden kritisiert? Die wichtigsten Elemente bilden die Autonomie (d.h. möglichst grosse Autarkie in Bezug auf Ernährung, Arbeit und Freizeit), kollektives Zusammenleben, ein anarchistisches Leben ohne feste Strukturen, geschlechterspezifische Gleichstellung und eine möglichst ökologische Haushaltsführung.

Der dritte Teil schliesslich befasst sich mit den Vorgehen der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen zur Erhaltung von Wohnlichkeit und günstigem Wohnraum. Ein weiteres Ziel dieses ausführlichsten Teiles ist es herauszufinden, ob die Protestformen auf ausformulierten Strategien beruhten oder nur zufällig als Reaktion auf Bauvorhaben oder aktuelle städtebauliche Entwicklungen entstanden. Das Spektrum der behandelten Strategien zur Erhaltung von preiswertem Wohnraum ist breit gewählt und reicht von parlamentarischer Arbeit, Mieter-, Quartier- und Häuserkämpfen, dem Erwerb von Häusern durch selbstverwaltete Genossenschaften bis zu militanten Aktionen. Die Quartierarbeit der revolutionären Avantgardegruppierungen der 70er Jahre, die von verschiedenen Gruppierungen bekämpfte

Überbauung am Stauffacher (*Tor zu Aussersihl*), die Bemühungen des *Mieterverbands*³ um verbesserte Rechte von MieterInnen, das aus der Stadtutopie *bolo'bolo* entstandene *Karthago*, der Mieterkampf der BewohnerInnen im *Dreieck* Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse oder die Besetzung des *Wohlgroth*-Areal sind nur die bekanntesten Beispiele, die zur Sprache kommen. Lediglich am Rande in die Untersuchung einbezogen wurde die Auseinandersetzung um kulturelle und politische Treffpunkte der Jugendbewegung (*AJZ* und *Kanzlei*) sowie der Widerstand gegen die städtische Verkehrspolitik, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde.

Quellenlage

Die Quellenlage muss allgemein als schwierig beurteilt werden. Broschüren, Erlebnisberichte, Dokumentationen und andere Zeugnisse über Mieterproteste sind eher selten und häufig oberflächlich. Oft übernahmen die Flugblätter und anderen Schriften eine Propagandafunktion, sie entsprachen also nicht immer den tatsächlichen Absichten der AutorInnen. Ein gravierendes Problem stellt zudem die schlechte Archivierung der Druckschriften dar. In der Regel bestand kein gar Interesse daran Dokumente zu sammeln - aus Abneigung gegenüber einer akademischen Aufarbeitung, weil man lediglich in den Tag lebte oder aus Gedankenlosigkeit. Die Unterlagen landeten in irgendwelchen privaten Estrichen oder wurden weggeworfen. Besonders schwierig gestaltete sich die Aufarbeitung der alternativen Wohnformen, unorganisierten Mietergruppen und der revolutionären Avantgardeorganisationen. Etwas besser steht es bei Dokumentation über Quartiergruppen und Hausbesetzungen, wo es mehr Quellenmaterial gibt – Hintergrundberichte, persönliche Einschätzungen und Analysen waren jedoch in allen Bereichen absolute Mangelware. Generell fehlen für die historische Auswertung der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen periodisch erscheinende Publikationen. Abgesehen von *Volksrecht*, *Magazin*, *Focus*, *Mieter-Zeitung*, *Kreis 5 Anzeiger*, *Wochenzeitung*, *21i* (später *Toaster*) und *Fabrik-Zeitung* (zwischenzeitlich *.RF*) existierten keine Medien, die über längere Zeit breit über kritische Positionen in der Wohnungspolitik oder Stadtentwicklung berichteten.⁴

Die Verbreitung der stadt- und wohnpolitischen Publikationen hat sich im Laufe des Untersuchungszeitraums stark verändert. Anfang der 70er Jahre entstand eine grosse Zahl von Quartierzeitungen der Avantgardegruppierungen, welche aber abgesehen von den Erzeugnissen der *KPS/ML* (*Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten*) wenig Konstanz

³ In den 90er Jahren änderte der *Mieterverband* seinen Namen zugunsten von *Mieterinnen- und Mieterverband* – in dieser Arbeit wird jedoch durchwegs der alte Namen als fester Begriff verwendet.

⁴ Von diesen Zeitungen war es vor allem die *WoZ*, welche für die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hatte, wobei die Berichterstattung über die Wohnungspolitik in den neunziger Jahren weniger Platz einnahm. In der *WoZ* konnten Diskussionen über Inhalte und Meinungsverschiedenheiten diskutiert werden (z.B. die Autonomiediskussion 1984/85). Rubriken wie 'Prärie' (*PolitTour de Suisse*), 'politisches Tagebuch' und die Leserbriefseite gehörten zu den wenigen Plattform, wo *Communiqués* unzensuriert veröffentlicht werden konnten.

erreichten und heute nur noch vereinzelt erhalten sind. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sank die Zahl gedruckter Medien zu Mieter-, Quartier- und Häuserkämpfen stark.⁵ Die Zeitschriften der 80er 'Bewegig' befassten sich wieder vermehrt mit Wohnungspolitik, nach 1983 nahm deren Verbreitung aber schnell ab (eine Ausnahme bildete das Diabolik der Stauffacher-Bewegung). Erst mit der Entstehung einer Wohnungsnotbewegung Ende der 80er Jahre nahm die Zahl der von Hausbesetzergruppen verfassten Zeitschriften und Blätter nochmals zu. Diese dienten der Information der Nachbarschaft über Aktionen und quartierpolitische Entwicklungen, bildeten so einen wichtigen Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit und hatten die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit zum Ziel.⁶

Das in der ausserparlamentarischen Linken meist verbreitete Medium war sicherlich das Flugblatt; es bildete einen Bestandteil der meisten Hausbesetzungen und praktisch jeder Demonstration. Das Flugblatt diente einerseits zur Information der Szene, andererseits als Propagandamittel um die eigenen Ansichten einer breiten Öffentlichkeit kundzutun (vor allem an Demos). Eine weitere Kategorie von Quellen sind die von Mietergruppen publizierten Dokumentationen oder Broschüren, die jedoch insgesamt selten erschienen.⁷ Unter den audiovisuellen Medien muss vor allem das alternative Lokalradio LoRa erwähnt werden, das für die APL nach 1983 ein wichtiges Kommunikationsmittel darstellte. Grosse Bedeutung hatte dabei das Nachrichtengefäss 'Info', welches jeweils von 18.00 bis 19.00 Uhr über aktuelle Ereignisse informierte. Eine andere Sendung, die sich im Speziellen der Stadtentwicklung widmete, war 'Moloch'. Mitte der 80er Jahre «behandelt die Arbeitsgruppe Moloch im Radio LoRa zweiwöchentlich Themen zur Stadtentwicklung, berichtet über die neuesten Grossprojekte wie HB-Südwest, Stadtautobahn Y, die Zerstörung unserer Wohnquartiere, versucht Hintergründe und die Verantwortlichen für diese Entwicklung transparenter zu machen, und stellt nach wie vor die Diskussion, wo wir [...] uns in dieser, unseren Bedürfnissen diametral entgegenlaufenden Entwicklung sehen.»⁸ Die Filme aus der Bewegung beeinflussten die Meinungsbildung lediglich am Rande.⁹ Die in den achtziger Jahren zahlreich erschienenen Videos dienten vorwiegend zur Information innerhalb der Szene, im Normalfall als Dokumentation der eigenen Geschichte. Sie wurden relativ selten öffentlich

⁵ In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bestanden nur noch die Leserzeitung, das Gasseblatt (später Gasseblues) und s'fräche Blatt.

⁶ Das Bäcki-Blatt (Bäckerstrasse 55), das Blatt (Hottingerstrasse 25), der Röntgenblick (Limmatstrasse 217, Heinrichstrasse 137) und das Syndrom (*Wohlgroth*) entstanden in besetzten Häusern, das Dreieck im *Dreieck*, das Machbar und die Gassezytig aus der Wohnungsnotbewegung. Die BesetzerInnen der Hottingerstrasse 25 begründeten die Notwendigkeit ihrer Zeitung beispielsweise damit, dass sie «in der Presse zensuriert oder verfälscht dargestellt werden. Mit diesem Quartierblatt wollen wir die inoffizielle Informationssperre durchbrechen und für einmal unsere Informationen direkt an den Menschen bringen.» Blatt Nr. 1, September 1991, S. 1.

⁷ Die ausführlichste Broschüre war 'Hundert Jahre Wohnungsnot' der *Arbeitsgruppe Ökologie und Politik (AGÖP)*.

⁸ StadtZeitSprung Nr. 0, Januar 1986.

⁹ In den 70er Jahren wurde noch vorwiegend auf Super 8 oder 16mm gedreht, während nach 1980 das Video einen regelrechten Boom erlebte. Die in der Bibliographie angegebenen Videos befinden sich im Videoarchiv 'Stadt in Bewegung' des Sozialarchivs Zürich.

vorgeführt. Die zumeist zwischen zehn Minuten und einer Stunde dauernden Filme handelten oft von bedrohten oder besetzten Häusern. Kontinuität gab es nur in den Jahren 1986/87 mit der *Aussersihler Wochenschau*, die kurze Beiträge zu ausserparlamentarischen Themen vorführte. Trotz den ausgeführten Mängeln bilden die zusammengefassten Zeugnisse der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen – Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren und Dokumentationen – das Fundament der vorliegenden Arbeit. Bei der Suche nach diesen Quellen hatte das ehemalige Archiv des *Infoladen für Häuserkampf* eine zentrale Bedeutung, ohne dessen Sammlung an autonomen Schriften und Zeitungsartikeln diese Arbeit nur schwer möglich gewesen wäre. Aus Mangel an Quellen musste zusätzlich oft auf die Massenmedien zurückgegriffen werden, in welchen die Ansichten der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen jedoch nur begrenzt wiedergegeben wurden. Die Recherche und Qualität der Zeitungsartikel war leider oft fehlerhaft und dürftig. Aus diesen Gründen übernehmen Gespräche mit AktivistInnen eine unterstützende Funktion.

Die Quellen und Zeitungsartikel wurden qualitativ ausgewertet und unter Berücksichtigung der oben erwähnten Probleme untersucht. In einzelnen Abschnitten wurde zudem eine quantitative Analyse durchgeführt. Abstimmungen im Zusammenhang mit der Wohnungspolitik, Mieterbeziehungsweise Wohnungsnotdemonstrationen, Hausbesetzungen und militante Aktionen wurden chronologisch erfasst und auf Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht.¹⁰ Für die Beobachtung der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wurden ausserdem quantitative Daten vom *Statistischen Amt* der Stadt Zürich, dem *Bundesamt für Statistik*, dem *Bundesamt für Wohnungswesen* usw. ausgewertet.

In Bezug auf Sekundärliteratur ist die Situation noch unbefriedigender; in vielen Teilbereichen des Untersuchungsgebiets fehlen jegliche Forschungsunterlagen. Ungeachtet der grossen Bedeutung von Wohnfragen und Stadtentwicklung für den Alltag versäumte es die historische Forschung der Nachkriegszeit, sich dieser Thematik anzunehmen – was besonders die Entstehung und die Strategien der wohnpolitischen Protestbewegungen betrifft. Über alternative Wohnformen in der Schweiz und wohnpolitische Strategien zur Erhaltung von zahlbarem Wohnraum findet sich praktisch keine Literatur. Bei den Häuser- und Mieterkämpfen verwundert dies wenig; es ist dagegen überraschend, wie schlecht die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und die parlamentarischen Debatten über Stadtentwicklung und Wohnen erforscht sind, da diese Themen immer wieder zentrale Punkte der politischen Diskussion bildeten und in den Medien ausführlich beredet wurden. Trotz des dürftigen Angebots an Literatur finden sich einige wichtige Bücher. Pionierarbeit leistete das *Senter for Applied Urbanism (SAU)* und seine Exponenten, welche sich

¹⁰ Während die Zusammenstellung der Abstimmungen vollständig ist und eine Vielzahl von Hausbesetzungen ermittelt werden konnte, war dies bei den Demonstrationen und militanten Anschlägen nicht vollumfänglich möglich.

heute im *International Network for Urban Research and Action (INURA)* wissenschaftlich mit den verschiedenen Aspekten der Stadtentwicklung in Zürich und anderen Global Cities befassen.

I. EINLEITENDE AUSFÜHRUNGEN ZUM THEMA

A. Leitbilder für Wohnen und Stadtentwicklung

Die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen müssen im Kontext der im Laufe des 20. Jahrhunderts etablierten Leitbilder für Wohnen und Stadtentwicklung betrachtet werden. Speziell die alternativen Wohnformen müssen vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Kleinfamilie, der zunehmenden Individualisierung sowie der Entstehung einer funktional getrennten Stadt verstanden werden.

1. Wohnleitbilder

a) Kleinfamilie und Individualisierung

Im Zuge der Industrialisierung verlor die Familie ihre Bedeutung als Produktionsgemeinschaft. Dadurch veränderte sich die Funktion der Familie, denn der familiäre Wohnbereich war nicht mehr gleichzeitig Arbeitsplatz und Ort der Erholung.¹¹ Die Entstehung der funktional getrennten Stadt versteht sich vor diesem Hintergrund.

Die Kleinfamilie – der Haushalt eines Ehepaars mit oder ohne Kinder – gewann in der Nachkriegszeit schnell an Einfluss. Die Zahl der Familien mit mehr als vier Mitgliedern sank massiv und nur noch ganz selten wohnten mehr als zwei Generationen zusammen.¹² Während 1960 noch 21 Prozent aller Haushalte mehr als fünf Personen zählten, waren es 1990 nur noch 5 Prozent.¹³ Gleichzeitig verfestigten sich die Geschlechterrollen des bürgerlichen Leitbildes aufgrund des zunehmenden Wohlstandes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges; die Zahl der Heiraten nahm stark zu. Eine markant wachsende Zahl von Paaren verliess das elterliche Umfeld und suchte ein eigenes Zuhause; fast 50 Prozent mehr als in der Zwischenkriegszeit.¹⁴ Dabei gehörte die Heirat zur Pflicht. Speziell für Frauen war der Ehebund gleichbedeutend mit dem Schlüssel für die eigene Wohnung. Das erst 1972 abgeschaffte Konkubinatsverbot machte es für unverheiratete Paare äusserst schwierig eine Unterkunft zu finden.¹⁵

Die Rollen zwischen Geldverdiener und Hausfrau waren in der Kleinfamilie streng getrennt, nur eine Minderheit der Männer beteiligte sich am Haushalt. Für die meisten Frauen war diese

¹¹ Wehrli-Schindler u.a. 1976, S. 8.

¹² Höpflinger liefert für die Verschiebung zur Klein- und Kleinstfamilie vier Erklärungen: Die abnehmende Zahl von Haushalten mit Kindern (infolge des früheren Auszugs der Kinder usw.), die sich verringemde Zahl von Haushalten mit Verwandten, die Abnahme der durchschnittlichen Kinderzahl pro Familie und die erhöhte Zahl von Ein-Eltern-Familien durch die erhöhten Scheidungsraten. Höpflinger 1992, S. 141f.

¹³ Höpflinger 1992, S. 141.

¹⁴ Das Heiratsalter sank in der Nachkriegszeit markant. König 1997, S. 408.

¹⁵ «Ledige weibliche Büroangestellte, die zu den besser entlöhnten erwerbstätigen Frauen zählten, wohnten nach einer Erhebung von 1957 mehrheitlich bei Eltern, Verwandten oder zur Untermiete; nur etwa jede fünfte verfügte über einen eigenen Haushalt, kaum mehr als Ende der dreissiger Jahre.» König 1997, S. 408.

Rollenverteilung lange Zeit kein Grund zur Unzufriedenheit.¹⁶ Erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre begann sich die Situation zu ändern. Eine Vielzahl von Entwicklungen verminderte die existentielle Abhängigkeit der Frauen von Familie und Ehe: der einsetzende Kampf für die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Angleichung der Bildungschancen, die lang andauernde günstige Wirtschaftslage, die hohe soziale Mobilität, der Ausbau der Sozialwerke, die Lockerung der (christlichen) Sexualmoral, die Chancen auf eine Karriere und der abnehmende Kinderwunsch.

Der Wandel erfasste zuerst die jüngere Generation. Die vehemente Kritik der neuen Frauenbewegung an männlichen Vorrechten und der herrschenden Lebensart beschleunigte den Umbruch. Vieles, was zunächst von der Elterngeneration auf wenig Verständnis gestossen war und zu einem Bruch der Generationen geführt hatte, fügte sich im Laufe der Zeit stillschweigend in einen veränderten Lebensstil ein. Die vorgegebenen Lebensmuster von Geschlechterrollen und Klasse verloren an Verbindlichkeit und wurden auch von jenen nicht mehr praktiziert, die gesellschaftspolitisch nie aus dem Mehrheitsstrom ausscherten. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer Individualisierung der Lebenswege beziehungsweise einer Pluralisierung der Lebensstile.¹⁷ Das Modell der Kleinfamilie mit Hausfrau und Ernährer verlor an Attraktivität. Laut einer 1986 unter jungen Frauen zwischen dem 21. und 26. Lebensjahr durchgeführten Umfrage heirateten nach dem Auszug aus dem Elternhaus nur noch etwa zwölf Prozent – 20 Jahre zuvor hatte das noch der Norm entsprochen.¹⁸ Die 'neuen Haushaltstypen', die aus der Aufhebung der bürgerlichen 'Normalbiographie' resultierten, gewannen an Einfluss: Single-Haushalte, Wohngemeinschaften, unverheiratete Paare usw.¹⁹ Simultan wurden Ehe und Familie zur Gemeinschaft auf Zeit, die Scheidungsraten stiegen kräftig in die Höhe und das Wort 'Lebensabschnittspartner' wurde zum Modebegriff. Ein Artikel im Magazin stellt lakonisch fest: «Jeder modernen Familie ist mit ihrer Gründung das Ablaufdatum schon eingeschrieben. Wir hoffen, dass wir die Ausnahme sind.»²⁰

Gleichwohl behielt die Familie in Öffentlichkeit und Politik einen grossen Stellenwert und feierte Ende der 90er Jahre ein regelrechtes Comeback. Mit einer 'familienfreundlichen' Politik gehen politische Parteien auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch auf Wählerstimmenfang, obwohl die 'Familie' im traditionellen Sinne seit den 90er Jahren immer mehr am Aussterben ist. So lancierte der Zürcher Stadtrat 1998 das Legislaturziel *10'000 Wohnungen in 10 Jahren*. Mit dem Argument dem Mangel an 'Familienwohnungen' und der Abwanderung von Schweizer Familien

¹⁶ Wehrli-Schindler u.a. 1976, S. 127.

¹⁷ Mehr Hintergründe zur Individualisierung und deren soziologische Deutung finden sich im Kapitel 'Die intime Gesellschaft' in Dürrenberger u.a. 1992, S. 81-91.

¹⁸ König 1997, S. 418.

¹⁹ Dürrenberger u.a. 1992, S. 70. Der Anteil der 1-Personenhaushalte erhöhte sich in Zürich von 19 Prozent (1960) auf 30,6 Prozent (1979) und 44,9 Prozent (1980). Gabathuler 1988, S. 15.

aus Zürich entgegenzuwirken, unterstützt die Stadt seither den Bau von grossen Wohnungen, die in der Realität zu einem Grossteil von Dinks (double income no kids) bewohnt werden, da sie für Familien oft viel zu teuer sind.²¹ Gründe für die Restauration der Familie sind unter anderem die rückläufigen Geburtenraten und die Angst vor einer Überalterung (resp. Überfremdung) der Schweiz. Aus ökonomischen Gründen verzichten immer mehr Familien auf Kinder. Gleichzeitig ist die Gesellschaft noch immer auf ein veraltetes Familienmodell ausgerichtet. Es fehlen Krippenplätze, Tagesschulen und die Möglichkeit in Blockzeiten oder Teilzeit zu arbeiten; eine arbeitgeberfreundliche Mutterschaftsversicherung wurde von der Stimmbevölkerung erst im September 2004 gutgeheissen, nachdem zuvor verschiedene Vorlagen gescheitert waren. Die Zeitschrift Megafon sieht in der Renaissance der Familie gar einen Versuch, einen «Ausweg aus realen Krisen zu finden», etwa zur Abfederung neoliberalen Sozialabbaus durch die Reprivatisierung von Dienstleistungen wie Pflege und sozialer Arbeit. «Die Familie wird, durchaus in ihrer modernisierten Vielgestaltigkeit, erneut in die Pflicht genommen als zentrale Reproduktionseinheit von Staat und Kapital und tritt zugleich in der alten Doppelrolle als Rückzugsraum, diesmal als Fels in der Brandung der Globalisierung, auf.»²²

b) Kultivierung des Privaten

Nach dem Zweiten Weltkrieg verringerten sich die sozialen Differenzen zunehmend, die vorher die Lebensweise von ArbeiterInnen, Angestellten und dem bürgerlichen Mittelstand unterschieden hatten. Die Verhaltensweise in unteren Schichten näherte sich in den Bereichen Familie, Haushalt und Geschlechterbeziehungen den bürgerlichen Leitbildern an. Das Alltagsbild der Familie in der Nachkriegszeit wurde durch die Vorstellung einer kleinen und intimen Lebensgemeinschaft geprägt, welche im grossen und ganzen bis heute gültig blieb. Diesem Familienbild entsprechend schottete man sich in den eigenen vier Wänden von der Öffentlichkeit und insbesondere von der als mühselig empfundenen Arbeitswelt ab. Daheim «sind die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht von der Konkurrenz und Unterordnung unter ökonomische Zwänge geprägt, sondern von Freiwilligkeit und Liebe. [...] Kurz: Im Schoss der Familie kann die wahre Persönlichkeit aufblühen, die tagsüber zurückgebunden werden muss.»²³ Gleichzeitig stand die Wohnung als Gegenpol zur Stadt, die wegen den negativen Folgen des Wachstumsprozesses unwirtschaftlich geworden war. Der Verlust von Erholungsmöglichkeiten ausserhalb der Wohnung und in halböffentlichen Räumen führte zu einem Rückzug in die Privatsphäre. «Der Mensch ist heute mehr denn je darauf angewiesen, zumindest in seiner Wohnung einen angemessenen Schutz vor

²⁰ Magazin Nr. 26, 29.6.2002, S. 13.

²¹ Hochbau- und Finanzdepartement der Stadt Zürich 1999. WoZ Nr. 37, 13.9.2001, S. 7. Megafon Nr. 240, Oktober 2001, S. 11.

²² Megafon Nr. 240, Oktober 2001, S. 5.

²³ Gisler 1993, S. 269.

Lärm zu finden. In der modernen Gesellschaft gewinnt die Wohnung als Refugium, in dem sich der Mensch frei entfalten kann und in dem er vor der Reizüberflutung und einseitiger psychischer Beanspruchung geschützt ist, besondere Bedeutung. [...] Die Wohnung ermöglicht auch räumliche Standgewinnung und Verwurzelung und wird so zu einem Faktor der Kontinuität und Beständigkeit. In einer Gesellschaft, in der soziale Dynamik und Mobilität eine Intensität erreicht haben, die zu schwerwiegenden sozialen Spannungen und Störungen führt, müssen Wohnung und das Wohnen tendenziell als Stabilisierungsfaktoren angesehen werden.»²⁴

In der Realität sah die Wohndylle aber oft nicht so vorteilhaft aus. Die Grundrisse der Wohnungen folgten den ungeschriebenen Gesetzen einer Hierarchie der Schichten und Geschlechter. Von Ende des 19. Jahrhunderts bis 1960 nahm die durchschnittliche Zahl der Zimmer pro Wohnung in Zürichs stark ab, insbesondere der Raum für Frau und Kinder wurde immer kleiner konzipiert, was den Bewegungsraum der Frauen stark einengte.²⁵ Gleichzeitig dehnte sich das Wohnzimmer mit zunehmendem Wohlstand allmählich aus, «was den vorhandenen – oder von Seiten der Architekten und Planer vorausgesetzten – Bedürfnissen nach Repräsentation entgegenkam. Zugleich lag dem die gutgemeinte Absicht zugrunde, die einstige Tradition der werktags verschlossenen ‘guten Stube’ zu durchbrechen und die Familien mit sanftem Zwang zur ‘gemeinschaftlichen’ Betätigung zusammenzuführen.»²⁶

Im Zusammenhang mit der verstärkten Bedeutung der Privatsphäre stieg auch der Bedarf von Wohnraum und Komfort. Die durchschnittlich pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche nahm stark zu (vgl. I.E.3). Und auch sonst stiegen die Ansprüche: besass 1960 noch über ein Drittel aller Wohnungen eine Einzelofenheizung, so setzten sich seither Zentral- und Fernheizung vollends durch – gleiches galt für das eigene Bad.²⁷ Noch rasanter verbreiteten sich Konsumgüter wie Kühlschrank, Fernseher, Waschmaschine usw. – Geräte ohne die wir uns heute einen Haushalt praktisch nicht mehr vorstellen können.

Das Sinnbild für die abgeschottete Häuslichkeit der 50er und 60er Jahre wurde das Haus im Grünen. Das familiäre Glück suchte man immer häufiger ausserhalb der Stadt, bekräftigt durch die breite Meinung, wonach die Wohngebiete im Grünen familien- und kinderfreundlicher seien.²⁸ Das zentrale Erwerbsmotiv war das Streben nach ‘Unabhängigkeit’ – wie aus einer 1984 durchgeführten Befragung bei periurbanen EigenheimbesitzerInnen hervorging.²⁹ Die Landflucht von Stadtzürcher Familien mit Kindern in die Vororte begann schon in den 50er Jahren. Als es in

²⁴ Berger 1973, S. 12f.

²⁵ Höpflinger/Erni-Schneuwly 1989, S. 119.

²⁶ König 1997, S. 411.

²⁷ König 1997, S. 410.

²⁸ «Andererseits gibt es auch ein tiefverwurzeltes Ideal, wonach Kinder im Grünen aufwachsen sollen.» Dürrenberger u.a. 1992, S. 67. «Besonders Familien mit Kindern haben der Stadt den Rücken gekehrt, weil die Wohnqualität beschädigt, das Wohnumfeld asphaltiert und die Schulwege für Kinder zu gefährlich geworden sind.» Weltwoche Nr. 13, 26.3.1992, S. 41. TAM Nr. 42, 20.10.1984, S. 18f. Barbieri u.a. 1997, S. 38. Junker 1985, S. 94f.

der Stadt laufend schwieriger wurde (zahlbaren) Wohnraum zu finden, wanderten immer mehr Familien in die stadtnahen Gemeinden ab; für die 60er Jahre kann von einer regelrechten Massenbewegung gesprochen werden. Die verstärkte Mobilität durch die ausgebauten Verkehrsverbindungen und die Motorisierung breiter Bevölkerungsgruppen erleichterten die Wahl eines auswärtigen Wohnortes unter Beibehaltung des Arbeitsplatzes in der Stadt. Der Traum vom Haus im Grünen wurde allerdings unter anderem dadurch gestört, dass immer mehr denselben realisieren wollten. In der Realität zog die Mehrheit der abwandernden Familien in die Blockbauten der Agglomeration.³⁰ Richtete sich eine verbreitete Sehnsucht auf das Haus in freier Natur, so schuf die rationalisierte Massenbauweise Realitäten anderer Art. Eine relative Isolation der BewohnerInnen, geringe Bindung an den Wohnort und hohe Bereitschaft zum erneuten Wechsel sind bis heute die Merkmale der tristen Vorortwohnzonen.

2. Funktional getrennte Stadt

Die funktionale Trennung der Bereiche Arbeiten, Wohnen und Freizeit ist eine Eigenschaft, welche die Städte seit 1900 stark prägte und gleichzeitig diverse negative Konsequenzen nach sich zog – so zum Beispiel die Verkehrsproblematik. Die Entmischung der Lebensräume gab in dieser Hinsicht immer wieder Anlass zu Kritik und stärkte die Bestrebungen nach Autonomie in den Quartieren (vgl. II.A.3). Im Folgenden werden zwei städtebauliche Modelle fokussiert, bei denen die funktionale Trennung zentraler Bestandteil ist und die gleichzeitig starken Einfluss auf die Schweizer Stadtentwicklung ausübten.

a) Gartenstadt³¹

Die Gartenstadtbewegung leitete um 1900 eine Tendenz im Städtebau ein, welche die Entwicklung der Städte bis in die Nachkriegszeit stark beeinflusste. Sie kann als eine Reaktion auf die Untergangsstimmung des 'Fin de siècle' und als Antwort auf die breite Kritik an der industriellen Grossstadt Ende des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Reformistische und emanzipatorische Züge waren in der Gartenstadtbewegung stark ausgeprägt; der Genossenschaftsgedanke, antikapitalistische Tendenzen und die Kommunalisierung des Bodens bildeten zentrale Elemente.

Die soziale Utopie der Gartenstadt stammt vom Londoner Ebenezer Howard. Der Parlamentsstenograph entwickelte ein Modell, worin die gegensätzlichen Anziehungskräfte von Stadt und Land als Magnete dargestellt wurden. In beiden liesse sich aber kein 'naturgemässes'

²⁹ Junker 1985, S. 85f.

³⁰ Ein tristes Bild einer uferlos überbauten und zerstörten Agglomeration zeigt das Buch 'Bauen als Umweltzerstörung. Alarmbilder einer Un-Architektur der Gegenwart' des Architekten Rolf Keller.

³¹ Bergmann 1970, S. 135-163. Bertels 1990, S. 59-66. Kammann 1990, S. 42-46. Koch 1992, S. 80-82. Stern 1998, S. 27-29

Leben genießen, weshalb Howard einen Mittelweg propagierte. «In Wirklichkeit aber gibt es nicht, wie man immer annimmt, nur zwei Alternativen – Stadtleben oder Landleben – sondern noch eine dritte, die alle Vorteile des intensiven tätigen Stadtlebens vollkommen mit all den Schönheiten und Freuden des Landlebens verschmilzt.»³² Howards Grundgedanke lässt sich wie folgt zusammenfassen: Das Leben in der Gartenstadt sollte gesellschaftliche Werte wie Familiensinn, Naturverbundenheit, und Kooperationsbereitschaft stärken, gleichzeitig konnten negative Zeiterscheinungen wie die Grossindustrie, Finanzspekulation und Machtkonzentration eingedämmt werden. Die Gartenstadt unterlag einer strengen räumlichen Gliederung. Die Einwohnerzahl durfte 32'000 nicht überschreiten, die organische Weiterentwicklung nur durch die Gründung weiterer Gartenstädte erfolgen. Die Städte wurden im Grünen angelegt – im Idealfall kreisförmig um eine Zentralstadt mit maximal 58'000 EinwohnerInnen herum, in der die BewohnerInnen der Gartenstadt arbeiteten. Zusätzlich sollte es auch in der Gartenstadt Arbeitsmöglichkeiten geben, etwa in kleineren Fabriken und Werkstätten. Um Spekulation zu verhindern, wurde die Stadt durch einen Grüngürtel umgeben, auf dem ein Bauverbot galt. Eigentümerin des Bodens war die Gartenstadt.

Zu wenig Beachtung im Konzept Gartenstadt fand die Verkehrsproblematik. Die Vorstädte im Grünen vergrössern die Verkehrsströme stark und vermindern dadurch die Lebensqualität. Der britische Architekt und Städteplaner Raymond Unwin nahm sich dieses Problems an und entwarf ein Satellitenstadtmodell für die Umgebung Londons, wobei dessen 'Garden Cities' bewusst als halbselbstständige Gebilde konzipiert wurden. Jede Siedlung war viergeteilt: ein Teil diente der Industrie, die drei anderen bildeten Wohneinheiten von je 4000 bis 6000 EinwohnerInnen. Ähnlich wie bei Howard verband die Eisenbahn die Satellitenstädte mit dem Zentrum; dort sollten aber nur noch regional wichtige Einrichtungen situiert sein.³³

Die Idee der Gartenstadt floss verschiedentlich in die architektonische Planung ein, wobei der sozialpolitische Grundgedanke Howards kaum zum Ausdruck kam; die Utopie und deren Umsetzung unterschieden sich wesentlich. Wohl nicht zufällig nahm die Gartenstadtidee zuerst auf der britischen Insel Gestalt an. England spürte als führendes Land der Industrialisierung schon früh die negativen Auswirkungen des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Kurz nach 1900 begann der Bau der ersten Gartenstadt Letchworth. In der Folge fanden sich allenthalben Pioniere, welche die Idee der Gartenstadt propagierten. In Deutschland etablierte sich die Gartenstadtbewegung ebenfalls anfangs des 20. Jahrhunderts; 1902 wurde die *Deutsche Gartenstadtgesellschaft* gegründet.³⁴ Ihre Reformvorschläge richteten sich jedoch nicht wie bei Howard gegen die Grossstadt als solche, sondern nur gegen ihr unkontrolliertes Wachstum.

³² Howard zitiert in Bertels 1990, S. 63.

³³ Kammann 1990, S. 45

³⁴ Bertels 1990, S. 65.

Insofern verkamen die deutschen Gartenstadtprojekte zu Vorstadtkolonien, welche die Dezentralisierung der städtischen Bevölkerung zusätzlich beschleunigten.³⁵

Auch in der Schweiz dominierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine 'abgeschwächte' Gartenstadtkonzeption die städtebauliche Diskussion. In Zürich häuften sich Zweifel und Klagen über die 'Verschandelung' durch rücksichtslose Neubauten, über die charakterlose Quartierplanung, über Spekulation und gesundheitsschädigende Wohnungen. Der Glaube, dass die freie Marktwirtschaft die Stadtentwicklung positiv beeinflussen würde, hatte in den Jahren des stürmischen Wachstums um die Jahrhundertwende Schaden genommen. Die Ergebnisse eines nach 1911 lancierten und 1918 präsentierten Wettbewerbs (*Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes der Stadt Zürich und ihrer Vororte*, meist kurz *Wettbewerb Gross-Zürich* genannt) zeigten Lösungsvorschläge, die wiederholt Ideengut der Gartenstadt beinhalteten. «Die Ergebnisse beeindruckten nicht nur durch ihre Masse, sondern durch die Tatsache, dass sie einheilig eine totale Abkehr von der bisherigen Entwicklung forderten. Als zentrale Forderung kristallisierte sich dabei die Trennung der Bereiche Wohnen und Arbeiten heraus; die Menschen sollten nicht mehr dichtgedrängt in engen Mietskasernen wohnen, sondern möglichst ländlich, in überschaubaren, losgelösten Trabantenstädten ausserhalb oder am Rande der Stadt. Das Reiheneinfamilienhaus mit Garten wurde als Wohnform der Zukunft postuliert. Das grenzenlose Wachstum der städtischen Steinwüste wurde auf den Plänen durch breite Grüngürtel aufgefangen, die sich zwischen Kernstädte und Vororte schoben, um den Aussengemeinden eine eigenständige Identität zu erhalten. Mit einer Vielzahl neuer Tramlinien wollten die Architekten ihre neuen Gartenvorstädte erschliessen, sogar die S-Bahn wurde 1918 bereits vorgeschlagen.»³⁶ Einzelne Ideen des *Wettbewerbs Gross-Zürich* wurden noch jahrelang weiterverfolgt; bedeutungsvoller waren jedoch die Auswirkungen des Wettbewerbs auf die Alltagsarbeit der Behörden.³⁷

Ansätze der Gartenstadt wurden in Zürich auch in späteren Jahren immer wieder aus der Schublade gezogen. In den 40er Jahren wurde entsprechend dem Modell von Unwin ein Satellitenkonzept für Zürich entworfen, das der Architekt Armin Meili 1941 vorstellte.³⁸ «Ausgehend von diesen Erkenntnissen haben die Planer mancher moderner Grossstädte mit der Aufsplitterung der überbauten Flächen in einen Kern und mehrere ihn begleitender und doch unabhängiger Orte angefangen. Man nennt diese städtebauliche Form die Grossstadt und ihre Satelliten. Die Satellitenorte verfügen über alle Mittel, die ihren alltäglichen Lebensbedürfnissen dienen, nehmen aber gleichzeitig an den wirtschaftlichen und kulturellen Vorzügen der Grossstadt teil.»³⁹ Meili

³⁵ Kurz 1990, S. 77.

³⁶ Kurz 1993, S. 29.

³⁷ Kurz 1993, S. 30-41.

³⁸ Hagen 1986, S. 37f. Kammann 1990, S. 45. Meili 1945.

³⁹ Meili 1945, S. 6.

glaubte mittels seines Satellitenstadtmodells das Wachstum Zürichs unter Kontrolle bringen zu können. Die neuen Satellitenorte sollten freistehende, geschlossene Gemeinden mit je 3000 bis 10'000 EinwohnerInnen sein und durch unüberbaute Grünflächen vom Zentrum getrennt sein. Der Dezentralisierung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit sollte eine verbesserte Verkehrserschliessung entgegengestellt werden – unter anderem je ein Tunnel unter dem Zürich- und Uetliberg.⁴⁰

Die Gartenstadtidee war noch bis in die 50er Jahre prägend für die Schweizer Stadtentwicklung und wurde ansatzweise bis Mitte der siebziger Jahre immer wieder aufgegriffen. Etwa das Quartier Schwamendingen wurde nach 1943 als Gartenstadt für Familien konzipiert, sozusagen als Kontrast zur urbanen Dichte der Innenstadt.⁴¹ Und noch 1971 plante der Zürcher Stadtrat ein Projekt, das im Ansatz auf der Idee der Gartenstadt beruhte. Die *Waldstadt* – ein neuer Stadtteil mitten im Wald auf dem Adlisberg zwischen den Quartieren Fluntern und Witikon – sollte neue Expansionsräume für Zürich gewinnen. Das Riesenprojekt – eine Art Satellitenstadt auf dem Gebiet der Stadt Zürich – bestand aus einem Hochhausband mit 30'000 Wohnungen und 13'000 Arbeitsplätzen, einem Einkaufszentrum, Schulen, Kirchen und mehr.⁴² Das gigantische Projekt aus den Zeiten der Zürcher Metropolenträume besass aber in den siebziger Jahren keine Chancen mehr und wurde vom Regierungsrat des Kantons Zürich abgelehnt.

b) Funktionale Trennung bei Le Corbusier⁴³

Der aus La Chaux-de-Fonds stammende Künstler und Architekt Le Corbusier (1887-1965) sah in den existierenden Metropolen dekadente Gebilde, die am besten von der Landkarte verschwinden sollten. Le Corbusier versuchte mittels Architektur und unter Zuhilfenahme moderner technischer Hilfsmittel Ordnung in das Chaos der Städte zu bringen. Er ging dabei vom gleichen Grundgedanken wie das Konzept der Gartenstadt aus, wählte aber eine andere Form. Gemäss dem Leitsatz 'Form folgt Funktion' sollte die Stadt der klare Ausdruck der verschiedenen Aufgaben Wohnen, Arbeiten und Freizeit sein.⁴⁴

Der *Congrès International d'Architecture Moderne (CIAM)*, in dem Le Corbusier eine führende Rolle innehatte, stellte zwischen 1928 und 1956 das Forum der sich zum modernen Städtebau bekennenden Architekten dar. Am 4. Kongress in Athen (1933) konkretisierte der *CIAM* in der *Charta von Athen* die 1928 formulierten Thesen von La Sarraz. Dabei wurde gefordert die Hauptfunktionen einer Stadt (Wohnen, Arbeiten und Freizeit) zu entflechten, zu trennen und damit

⁴⁰ Meili 1945, S. 9f. Meilis Konzept wurde von Architekten wie Hans Carol und Max Werner aufgegriffen. Carol/Werner 1949. In eine ähnliche Richtung gingen die Überlegungen über 'die neue Stadt' von Lucius Burckhardt, Max Frisch und Markus Kutter. Hagen 1986, S. 38-41.

⁴¹ Tec 21 Nr.4, 21.1.2002, S. 10.

⁴² Blanc 1993, S. 147. Fabrik Zeitung Nr. 210, März 2005, S. 15.

⁴³ Kammann 1990, S. 46-50. Koch 1992, S. 160. Oswald 1988. Rüegg 1987.

zu ordnen. Im 1933 erschienenen Werk 'La Ville radieuse' versuchte Le Corbusier auf Neue seine Postulate für den modernen Städtebau zu formulieren. Anhand von Visionen für insgesamt 13 Städte demonstrierte er die einzelnen Elemente seiner städtebaulichen Theorie. Dabei bildete das Wohnviertel das Zentrum der Stadt. Ein symmetrisch angelegtes Strassensystem führte in das im Norden gelegene Verwaltungszentrum und in das im Süden gelegene Industrie- und Gewerbeviertel. Des Weiteren versuchte Le Corbusier die Verkehrsprobleme der Städte durch das Ausweichen in die Höhe zu überwinden. Er postulierte damit einerseits die Verdichtung als wesentliches Element einer urbanen Siedlung, andererseits glaubte er das Verkehrsproblem durch relativ kleine Siedlungen zu lösen. Diese Überlegungen wiesen aber grosse Schwächen auf. Le Corbusiers Vision «von Wolkenkratzern in Parks schrumpft in Wirklichkeit zu Wolkenkratzern inmitten von Parkplätzen zusammen».⁴⁵ Das Verkehrsproblem wurde wie schon bei den Gartenstädten stark unterschätzt.

Le Corbusiers Hochhausentwürfe aus den 30er Jahren standen im Widerspruch zur unter seinen ZeitgenossInnen weit verbreiteten Ablehnung der Moderne. Dementsprechend fanden die Ergebnisse des Athener Kongress und der Ville radieuse erst im Städtebau der fünfziger Jahre Beachtung. Zur Verbreitung der Ideen von Le Corbusier sorgte auch eine Schar junger ArchitektInnen aus aller Welt, welche sich für längere Zeit in seinem Atelier in Paris weiterbildeten und danach in ihrer Heimat in seinem Sinne wirkten.⁴⁶ «Trotz des Misserfolgs bei der Umsetzung seiner Ideen ist Le Corbusiers Einfluss im städtebaulichen Bereich auf die nachfolgenden Architektengenerationen ungeheuer gross gewesen, sowohl im positiven als auch im negativen Sinn. So kann man unsere heutigen Zonenordnungen auf die funktionalistische Denkweise zurückführen, aber auch die kalten, nach rein praktischen Kriterien und auf der Basis der industriellen Massenproduktion gebauten 'Beton-Wohnbunker' sind ein Ausfluss davon. Die Forderung nach strikter Trennung der Verkehrsträger hat einerseits viele positive Folgen vor allem für die Fussgänger gehabt, andererseits ist dadurch auch möglich geworden, dass das Auto die uneingeschränkte Vorherrschaft auf der Strasse bekommen hat [...]»⁴⁷

⁴⁴ Kammann 1990, S. 46.

⁴⁵ Jane Jacobs zitiert in Kammann 1990, S. 49.

⁴⁶ Allein für Zürich gibt es eine ganze Reihe von Architekten, die in Paris eine Ausbildung genossen: Alfred Roth, Hans Neesse, Ernst Schindler, Alfred Altherr, Albert Frey, Otto Glaus usw. Rüegg 1987, S. 13.

⁴⁷ Kammann 1990, S. 50.

B. Sozioökonomische Entwicklung der Schweiz nach 1945

1. Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit

Zu Beginn der fünfziger Jahre setzte in der Schweiz ein intensives Wirtschaftswachstum ein, das mit Ausnahme einer leichten Krise 1957/58 bis um 1970 beinahe ungebrochen anhielt. Das Sozialprodukt pro Kopf stieg von 1948 bis 1974 real mit einer jährlichen Wachstumsrate von 2,9 Prozent.⁴⁸ Die exklusive Position der 'Schweizer Qualitätsprodukte', welche in der Nachkriegszeit noch keiner ernsthaften Konkurrenz auf den Weltmärkten ausgesetzt waren, und die Verfügbarkeit einer beinahe unerschöpflichen 'Reservearmee' von ausländischen Arbeitskräften bildeten die Grundlage für die Schweizer Expansionsstrategie. Der materielle Wohlstand in der Bevölkerung stieg schnell an, in den verschiedenen Berufszweigen wurde eine Vielzahl neuer Stellen geschaffen. Allgemein wurde aber nicht eine schnelle Maximierung der Gewinne angestrebt, sondern vielmehr ihre langfristige Steigerung. Die Gewerkschaften hielten sich mit Forderungen nach Lohnerhöhung zurück, gleichzeitig wurde das Lohnniveau durch den Import billiger Arbeitskräfte aus dem Ausland gedrückt. Die Konsumgesellschaft befand sich zwar im Vormarsch – viele neue Produkte warben um die Gunst der VerbraucherInnen –, doch das Konsumverhalten war durch das Motto 'Spare heute – kaufe morgen' geprägt.

In den sechziger Jahren begann für die Schweizer Grosskonzerne eine Epoche multinationaler Expansion. Die Schweizer Direktinvestitionen im Ausland stiegen rasant an.⁴⁹ An diesem Aufschwung waren in erster Linie die führenden Branchen Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau und die Nahrungsmittelindustrie beteiligt. Neben der Exportindustrie bildete der Finanzplatz das zweite Standbein der Schweizer Wirtschaft. Die kapitalfreundliche Gesetzgebung der Schweiz, die 'Neutralitätspolitik' des Bundes und die durch den Arbeitsfrieden abgesicherte soziale Stabilität des Landes und damit des Schweizer Frankens machten den Finanzplatz Schweiz zum Bollwerk für legale und illegale Kapitalien aller Art.⁵⁰ Die multinationalen Banken und Konzerne gewannen in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Stellung zunehmenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik des Bundes, was mit der Herausbildung eines schwachen Planstaates einherging. Die Regulierung der ausländischen Arbeitskräfte wurde zum Hauptinstrument der Schweizer Konjunkturpolitik.⁵¹ Eine erste Phase von den 50er Jahren bis Mitte der 60er Jahre war durch die Ankunft relativ hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Norden Italiens charakterisiert, was der Wirtschaft einen Ausbau der Produktion erlaubte. Dank diesen ImmigrantInnen, die zu niedrigsten Löhnen jegliche Arbeit annahmen, konnten selbst die am rückständigsten Technologien überleben; gleichzeitig

⁴⁸ Siegenthaler 1987, S. 504.

⁴⁹ Die Direktinvestitionen explodierten regelrecht von 10 Milliarden Franken im Jahr 1960 auf rund 46 Milliarden 1973. Thut/Bislin 1977, S. 64.

⁵⁰ Ausländische Anlagen auf Schweizer Konten stiegen von 1,5 Milliarden Franken nach dem Kriegsende auf 88 Milliarden Franken 1975, wobei zwei Drittel dieser Geschäfte über die drei Grossbanken abliefen. Thut/Bislin 1977, S. 64.

profitierten die Schweizer ArbeiterInnen, weil sie in allen Sektoren auf verantwortlichen Posten der Produktion eingesetzt wurden. Ab 1960/61 wurde die Integration zunehmend diskutiert, was sich mit der zweiten Migrationsperiode (ab Mitte der 60er Jahre) verstärkte.

Mit dem anhaltenden Boom änderte sich das zurückhaltende Konsumverhalten der Bevölkerung langsam, wodurch die wirtschaftliche Stabilität der fünfziger Jahre verloren ging. Der Wohlstand wuchs zwar in den 60er Jahren weiter an, doch wurden Massnahmen gegen die Konjunkturüberhitzung und steigende Inflation notwendig. Die getroffenen Massnahmen blieben aber bescheiden und erwiesen sich dementsprechend als weitgehend wirkungslos.⁵²

2. Der Konsens der 50er und 60er Jahre

Die 50er und 60er Jahre waren durch einen äusserst breiten gesellschaftlichen Konsens geprägt. Die führenden politischen Gruppen einigten sich auf gleiche oder ähnliche Leitbilder und Grundvorstellungen über die Gestaltung von Staat und Gesellschaft, so dass kaum noch grundsätzliche Debatten geführt wurden. Gemeinsame Grundlage aller systemintegrierten Parteien und Gruppierungen war die Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum. Eine grosse Mehrheit der gesellschaftlichen Fraktionen teilte eine konservative und nationalistische Auffassung. Kritik am zügellosen Wachstum fehlte praktisch gänzlich. Die Machtlosen, so hoffte man, würden durch das Wachstum besser gestellt, die Mächtigen müssten auf nichts verzichten und gäben doch etwas an die Zukunft weiter. Vom Aufschwung, der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, erwartete man nicht nur steigenden Wohlstand für alle, sondern auch die Entschärfung jener gesellschaftlichen Verteilungsprobleme, welche in der Vergangenheit stets für Auseinandersetzungen gesorgt hatten. Gewerkschaften und SozialdemokratInnen liessen sich angesichts von Wirtschaftswunder, Wohlstandswachstum und Reallohnsteigerungen in den 50er und 60er Jahren zunehmend in das Modell der sozialen Marktwirtschaft integrieren. Die wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen versuchten allfällige Differenzen durch Verhandlung zu klären oder durch Kompromisse abzuschwächen. Der Verhandlungsweg zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden wurde generell zum Charakteristikum des gesellschaftlichen und politischen Lebens und endete im 'sozialen Frieden'. Der 'Neokorporatismus' – die enge Durchdringung von staatlicher Verwaltung und verbandsmässiger Interessenvertretung – erhielt unter den Bedingungen der direkten Demokratie eine spezifische Prägung. So entschied in erster Linie die Referendumsfähigkeit einer Organisation über deren Mitbestimmung am Machtkartell.⁵³ Die Möglichkeiten der direkten Demokratie, Initiativen oder Referenden erfolgreich zu ergreifen, wurde durch diese Machtstrukturen zusätzlich erschwert. So

⁵¹ Thut/Bislin 1977, S. 67.

⁵² Siegenthaler 1987, S. 512. Gilg/Hablützel 1986, S. 844.

⁵³ Blanc 1993, S. 29.

verwundert es nicht, dass von den 74 zwischen 1940 und 1990 eingereichten Initiativen gerade einmal 4 angenommen wurden.⁵⁴ In diesem Klima war die Institutionalisierung des Bundesrates zu einer Allparteien-Regierung naheliegend. 1959 einigte man sich auf die so genannte Zauberformel (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP), die die Regierungsbeteiligung aller grossen Parteien sicherstellte. Mit dieser Abmachung konnten die SozialdemokratInnen ins Regierungssystem eingebunden werden, was gleichbedeutend mit dem Verschwinden einer starken linken Opposition war. Von den nationalen Parteien standen nur zwei ausserhalb des Konkordanzsystems, wobei der *Landesring der Unabhängigen (LdU)* keine eigentliche Systemopposition betrieb. Einzige oppositionelle Gruppe war die kommunistische *Partei der Arbeit (PdA)*, welche während des Kalten Kriegs politisch völlig ausgegrenzt blieb.

Es finden sich für diese breite Stimmeneinheit zwei Erklärungen. Zum einen schien der Klassenkampf nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in die Zeit passend.⁵⁵ Der Antikommunismus bestimmte seit den fünfziger Jahren – im speziellen in der Deutschschweiz – weitgehend die öffentliche Meinung, wobei dieses Phänomen schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts festzustellen war. In den ersten Nachkriegsmonaten konnten die KommunistInnen in der neu gegründeten *Partei der Arbeit* noch beachtliche Erfolge erzielen. Doch dann brachte namentlich der Prager Umsturz von 1948 brachte den Umschwung. Mit dem Aufstand in Ostberlin (1953), den Unruhen in Polen (1956) und dem Volksaufstand in Ungarn (1956) war der Kommunismus für die meisten SchweizerInnen als Alternative gestorben. Insbesondere letzteres Ereignis hatte eine regelrechte Massenhysterie zur Folge. Wer sich nicht öffentlich gegen den Kommunismus stellte, wurde beschuldigt, die schweizerische Freiheit zerstören zu wollen. Zum anderen hatte die Bedrohung während dem Zweiten Weltkrieg die Schweiz als Nation zusammenschweisst und soziale Gegensätze in den Hintergrund treten lassen. Das gesellschaftliche Selbstbild war bei allem Wandel nach wie vor von Vorstellungen geprägt, die sich vor und während des Zweiten Weltkriegs ausgebildet hatten. Man interpretierte die schweizerische Gesellschaft als eine 'mittelständische', als eine Gemeinschaft sowohl der selbstständigen BäuerInnen und klein- oder mittelbetrieblichen Gewerbetreibenden als auch der Angestellten und zumindest all jener ArbeiterInnen, die sich formal oder am Arbeitsplatz qualifiziert hatten.⁵⁶

3. Zerfall der politischen und sozialen Stabilität

Ende der 60er Jahre begann die politische Stabilität zu bröckeln – die 68er Bewegung schaffte das Terrain für einen umfassenden gesellschaftlichen Diskurs (vgl. I.D.2). Die 70er und 80er Jahre

⁵⁴ Nationale Volksinitiativen wurden von Anfang an nur ganz selten angenommen (zwischen 1893 und 1945 lediglich sechs Mal). Auf regionaler Ebene war der Handlungsspielraum bedeutend grösser. Hitz u.a. 1995, 210.

⁵⁵ Ein Umfrage von 1946 ergab, dass sich keine 2 Prozent der Befragten vom Klassenkampf eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse versprachen. Gilg/Hablützel 1986, S.888.

⁵⁶ Siegenthaler 1987, S. 503.

werden gesamthaft als Phase eines 'krisenhaften Wandels' gesehen.⁵⁷ Jahrzehntlang an den Rand gedrängte Probleme wie die Gleichstellung der Geschlechter, die Umweltverschmutzung und andere Folgen des grenzenlosen Wachstums rückten stärker ins Zentrum der öffentlichen Diskussion. Ende der sechziger Jahre nahm die Zahl der politischen Aktivitäten in nicht-traditionellen Formen enorm zu.⁵⁸ Es gab aber bereits vor 1968 Symptome einer beginnenden Zersetzung des gesellschaftlichen Gefüges. Ab den sechziger Jahren verstärkten sich Anzeichen einer strukturellen Destabilisierung, Zukunftsangst machte sich breit: Die Entfremdung vom politischen System schlug sich in abnehmenden Stimmbeteiligungen und einer zunehmenden Zahl neuer Protestbewegungen nieder. Immer mehr BürgerInnen versuchten mit Eigeninitiative ihre Anliegen zu äussern. Sie waren unzufrieden und versprachen sich von der Benützung der offiziellen Kanäle wenig Erfolg. Ende der 60er Jahre begann die dritte grosse Suchtwelle (Alkoholismus-Höhepunkte in den 1830er und 1870er Jahren);⁵⁹ gleichzeitig stieg die Zahl der Ehescheidungen nach 1965 sprunghaft an.⁶⁰ Nicht nur die Jugend war unzufrieden, auch ältere Generationen manifestierten Unzufriedenheit. 1965 wurde von der *Nationalen Aktion gegen die Überfremdung (NA)* ein erstes Volksbegehren eingereicht, das jedoch nicht zur Abstimmung kam, da es wieder zurück gezogen wurde. Eine zweite Initiative ähnlichen Inhalts (Schwarzenbach-Initiative) wurde 1970 nur knapp abgelehnt.⁶¹

Die Ursachen für die Destabilisierung sind vielfältig. Allgemein herrschte eine grosse Enttäuschung über das politische System.⁶² Die grosse Zuversicht, welche während der Wachstumsphase der 50er und 60er Jahre entstanden war, führte zu Erwartungen jenseits des Möglichen. Der Traum vom 'Eigenheim' wurde für immer weniger Leute realisierbar, die negativen Folgen der Suburbanisierung machten sich immer mehr bemerkbar (vgl. I.A.2b und I.C.2). Die Disziplinierung durch den Antikommunismus bewirkte bei vielen Jugendlichen Unzufriedenheit. «Junge, von Widersprüchen geplagte und suchende Menschen lernten heucheln, um zu überleben. Ungezählte gaben sich vaterländisch und antikommunistisch, um nicht in Schwierigkeiten zu geraten. Mancher verlor dadurch seinen schöpferischen Schwung, viele passten sich an und verachteten sich selbst. Hier wurde den Nachkommen ein Muster vererbt, das schliesslich zu echtem Ekel über das Leben in der kontrollierten Demokratie führen

⁵⁷ Koch 1992, S. 246. Gilg/Hablützel 1986, 892f.

⁵⁸ Kriesi 1981, S. 606f. Entfielen auf die Zeitspanne von 1949-67 (19 Jahre) lediglich 1857 Mobilisierungsereignisse, so waren es in den sieben Jahren von 1968-74 2383. Levy/Duvand 1984, S. 166.

⁵⁹ Siegenthaler, Hansjörg. Unterlagen aus der Vorlesung zur Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Schweiz, 1945 bis zur Gegenwart, WS 1987/88, S. 20.

⁶⁰ Dejung 1984, S. 222.

⁶¹ 46 Prozent der Stimmenden (Wahlbeteiligung 75 Prozent) befürworteten eine Ausweisung von 400'000 AusländerInnen. In der Folge wurden weitere Fremdarbeiter-Initiativen lanciert, die aber weniger erfolgreich waren. Erst die Rezession von 1975 und die damit verbundene Abschiebung der nicht mehr benötigten ausländischen Arbeitskräfte führte zur Entspannung an dieser politischen Front.

⁶² Kriesi 1981, S. 608.

musste.»⁶³ Ferner haben die Bewegung gegen den Krieg in Vietnam und die Mai-Unruhen in Paris Vorbildcharakter gehabt. «Die sich schnell und intensiv mobilisierenden Jungen, ob sie als Studenten, Mittelschüler, Lehrlinge oder einfach allgemein als Jugendliche in Erscheinung treten, stellen sich mit kritischem Blick und moralischer Empörung gegen alle Anzeichen von Ungerechtigkeit und Herrschaft, gleich in welchen Lebensbereichen sie sich zeigen.»⁶⁴

Mit unterschiedlicher Intensität kam es 1968 auch in Schweizer Städten zu Jugendunruhen (vgl. I.D.2). Als Folge dieser Ereignisse bildeten sich in grosser Zahl Gruppierungen links der *SP*, die insgesamt als *Neue Linke* bezeichnet werden. Gemeinsam war all diesen Gruppen, dass sie wesentliche Grundlagen jenes politischen Konsenses ablehnten, welcher über zwei Jahrzehnte lang über alle Parteigrenzen hinweg bestanden hatte. Die neue politische Generation und mit ihr bald weite Teile der Öffentlichkeit hatten die Gewissheit verloren, dass sich alle Probleme im Zuge des wirtschaftlich-technischen Wachstums und Fortschritts lösen liessen. Gerade dieses Wachstum wurde nun als eigentliche Ursache von Problemen bezeichnet, die bisher wenig Beachtung fanden. Die bisherige Verkehrspolitik und Stadtentwicklung wurden kritisiert und grundsätzliche Änderungen verlangt. Im Laufe der siebziger Jahre wurden zusätzlich das Nord-Süd-Gefälle, der Feminismus und die Ausbeutung der Natur zu den grossen Themen der *Neuen Linken*.

Ein Teil der neuen Gruppierungen schloss sich in der *Progressiven Organisation der Schweiz (POCH)* zusammen und setzte die etablierte Linke unter Profilierungsdruck. Zwar gelang es der *POCH* nie mehr als fünf Nationalratssitze zu erkämpfen, doch war ihr politischer Einfluss stärker als diejenige der Überfremdungsparteien. Die Ereignisse nach 1968 erhöhten die Reformbereitschaft der etablierten Parteien. Es kam zu mehreren Versuchen einer Modernisierung des Bildungswesens und zur Revision des Sozialversicherungswesens; diese Anstrengungen einer Reformierung wurden jedoch durch die Engpässe in der Bundeskasse – bedingt durch die Wirtschaftskrise von 1974 – zunichte gemacht. Mitte der 70er Jahre war es mit der Offenheit der historischen Situation vorbei. Neue Argumente rückten in den Vordergrund: die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Man hatte genug vom Infragestellen und suchte vermehrt Zuflucht bei traditionellen Vorstellungen. Von Kritik am Wachstum wollte man nichts mehr hören, vielmehr sollte die Wirtschaft wieder mehr Freiraum erhalten. Die Meinungen spalteten sich wieder vermehrt entlang des wachsenden Grabens zwischen links und rechts. Die neuen Gesetze gegen die Umweltverschmutzung stiessen in diesem Klima auf harten Widerstand. 1974 wurde das *Raumplanungsgesetz* verworfen, ebenso scheiterte eine Bildungsreform.

⁶³ Dejung 1984, S. 117f.

⁶⁴ Levy/Duvand 1984, S. 166.

Mit dem erfolgreichen Abschluss der Stabilisierung und dem Einsetzen eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs in den 80er Jahren lockerte sich die politische Lage wieder, was durch die Entspannung des Kalten Krieges nach 1984 unterstützt wurde. Durch das Waldsterben (1983), die Katastrophen in Tschernobyl (1986) und Schweizerhalle (1986) rückten Umweltprobleme wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und dominierten vermehrt die politischen Debatten.⁶⁵

4. Wirtschaftskrise der 70er Jahre und deren Bewältigung

Mitte der 60er Jahre begann ein Konzentrationsprozess mit einigen spektakulären Zusammenschlüssen der Schlüsselindustrien Chemie und Nahrungswirtschaft.⁶⁶ Gleichzeitig wurden zwischen 1967 und 1971 1849 Betriebe geschlossen, was für beinahe 50'000 ArbeiterInnen die Entlassung bedeutete.⁶⁷ Die Inflation verstärkte sich fortlaufend, was die Nachfrage nach Liegenschaften förderte. Ein grosser Teil des Kapitals flüchtete in Sachwerte, es kam zu einem eigentlichen Bauboom.⁶⁸ Unterstützt wurde dies durch steigende Ausgaben der öffentlichen Haushalte für den Ausbau der Infrastrukturanlagen. Im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1973 beanspruchten die Bauinvestitionen 19 Prozent des Bruttosozialprodukts.⁶⁹ Das Baugewerbe wurde von Auftriebskräften begünstigt, die kaum auf Dauer wirksam bleiben konnten. Folge war eine enorme Überhitzung der Konjunktur.⁷⁰

Die Periode der wirtschaftlichen Prosperität fand mit der Weltwirtschaftskrise endgültig ein Ende. Der 'Erdölschock' – die drastische Erhöhung des Erdölpreises Ende 1973 durch die OPEC und der darauf folgende weltweite Konjunkturreinbruch – traf die Schweiz besonders stark. Die Schliessung von unrentablen Betrieben, Modernisierungs- und Rationalisierungsmassnahmen hatten einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen im sekundären Sektor zur Folge: 1974 sank das Bruttoinlandprodukt um 7,4 Prozent, 1974/75 brach der Baumarkt ein, zwischen 1973 und 1976 wurden rund 260'000 oder 8 Prozent aller Arbeitsplätze abgebaut.⁷¹ Die unsichere Arbeitssituation konnte aber zu einem grossen Teil durch die Abschiebung ausländischer Arbeitskräfte und das Wachstum des Dienstleistungssektors kompensiert werden. So blieben die Arbeitslosenzahlen trotz der Krise tief. Trotzdem wurde die Rezession aus einer pessimistisch geprägten Stimmung

⁶⁵ Blanc 1993, S. 191.

⁶⁶ Die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit über 1000 Angestellten stieg von 1965 14,6 Prozent auf 1975 16,1 Prozent. Dejung 1984, S. 201.

⁶⁷ Thut/Bislin 1977, S. 72.

⁶⁸ Die Bauwirtschaft wuchs schon während der Hochkonjunktur der 50er und 60er Jahre überproportional. Der Anteil der Bauwirtschaft am Bruttosozialprodukt stieg 1971 auf 20 Prozent (in vergleichbaren Ländern betrug er nur 12 Prozent). Berger 1973, S. 13. Gilg/Hablützel 1986, S. 843.

⁶⁹ Stagnation der Einkommen, Dämpfung des Preisanstieges und Sorge um das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte bewirkten nach 1973 den Rückgang der Baunachfrage. Siegenthaler 1987, S. 508.

⁷⁰ Aus dem wachsenden Bedarf der Infrastrukturen stiegen die Staatsausgaben zwischen 1950 und 1970 von ca. 4 Milliarden auf 20,2 Milliarden oder von 18,1 Prozent auf 22,8 Prozent des Sozialprodukts. Thut/Bislin 1977, S. 73.

⁷¹ Bundesamt für Statistik zitiert in Hitz u.a. 1995, S. 213.

heraus nicht nur als konjunktureller Einbruch gewertet, sondern als Beginn einer lang währenden Krise.

Zögernd nur und später als im Ausland setzte nach 1976 eine Erholung der Wirtschaft ein. Während die kleinen und mittleren Unternehmen zu den grossen Verlierern der Krise und der darauf folgenden ökonomischen Restrukturierung gehörten, konnten die multinationalen Konzerne und Finanzplatzunternehmen als die eigentlichen Profiteure bezeichnet werden. Die erstarkten Unternehmen verlagerten in der Folge einen grossen Teil ihrer Produktion ins kostengünstigere Ausland und belassen vor allem die qualifizierten und entscheidenden Unternehmensfunktionen wie Management, Marketing und Forschung in der Schweiz.

In den 80er Jahren verlangsamte sich zwar die Expansion der Schweizer Multis, diese belegten aber weiterhin eine starke Position in der Weltökonomie. Gleichzeitig ermöglichten die spezifischen Standortvorteile der Schweiz, der harte Franken und nicht zuletzt eine aggressive Expansionsstrategie den Ausbau des Finanzplatzes Schweiz. Nach 1983 erlebte die Wirtschaft einen Aufschwung, welcher gegen Ende der achtziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte. Der Arbeitsmarkt für Kader und SpezialistInnen war total ausgetrocknet, überall wurden Dienstleistungsbauten erstellt. Obwohl die Schweiz vom Wachstum der Weltwirtschaft in den 80er Jahren profitierte, konnte das Ziel der Vollbeschäftigung jedoch nicht mehr erreicht werden, wobei regional grosse Unterschiede zu verzeichnen waren.

1991 rutschte die Wirtschaft erneut in eine Rezession. Von 1991 bis 1993 sank das Bruttoinlandprodukt um rund 1,5 Prozent.⁷² Die 90er Jahre waren gekennzeichnet durch Stagnation und Strukturwandel. Die zunehmende Globalisierung der Märkte führte zur Restrukturierung zahlreicher Unternehmen und traf in erster Linie die verbliebenen Klein- und Mittelbetriebe des Industriesektors. Neu war auch der wachsende Abbau von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor und im Finanzwesen; wiederum waren Kaderpositionen und spezialisierte Jobs nur begrenzt von der Rationalisierung betroffen. Erst ab 1997 stellte sich wieder ein Wirtschaftswachstum ein; einen hohen Anteil daran hatte der Finanzsektor.

⁷² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2000, S. 133.

C. Schweizer Stadtentwicklung nach 1945

1. Urbanisierung, Planungsdilemma und Zunahme des Verkehrs

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der starke Wandel der Erwerbsstruktur fortgesetzt. Da sich die Schweizer Industrie lange Zeit durch eine hohe Arbeitsintensität auszeichnete, wuchs der sekundäre Sektor noch bis Mitte der 60er Jahre an; dagegen vollzog sich der Rückzug des landwirtschaftlichen Sektors um so schneller. Der Dienstleistungssektor verzeichnete hohe Zuwachsraten, wobei vor allem die Grossstädte eine massive Zunahme der Arbeitsplätze verzeichneten. Von 1950 bis 1980 vergrösserte sich der Anteil der Arbeitskräfte im tertiären Sektor in den fünf grössten Städten von 50 Prozent auf 71 Prozent.⁷³ Die Siedlungsstruktur war in der Nachkriegszeit noch immer durch die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts geprägt. Die Zunahme der Arbeitskräfte im tertiären Sektor veränderte dies nachhaltig. Bedingt durch den Rückgang in der Landwirtschaft zogen immer mehr Menschen aus den Berg- und Randregionen in die Zentren des Mittellands. Während dem Zweiten Weltkrieg lebte ein Drittel der Bevölkerung in Städten mit mehr als 10'000 EinwohnerInnen, 1970 waren es bereits 45 Prozent.⁷⁴

Der Wandel der Erwerbsarbeit und seine Folgen führten im Mittelland zu einer grossen Nachfrage nach neuem Wohnraum. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch ein starkes Bevölkerungswachstum nach 1945, das auf der Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften und einem hohen Geburtenüberschuss beruhte.⁷⁵ Anfang der fünfziger Jahre bildeten die Vororte noch einen abgestuften Übergang ins Grüne. In der Nachkriegszeit entstanden aber im Zuge der Urbanisierung um die grossen und mittleren Städte herum neue Quartiere und Vorortsgürtel. Das Mittelland wurde mit einem weitgehend ungeplanten Siedlungsteppich überzogen; von 1952 bis 1972 verdoppelte sich die überbaute Fläche.⁷⁶ In der Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit stiess dieser Urbanisierungsprozess auf keine nennenswerten Widerstände. Eines der wenigen Beispiele einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Städtebau der fünfziger Jahre war die Broschüre 'Achtung: die Schweiz' von Lucius Burckhardt, Max Frisch und Markus Kutter.⁷⁷ Die *Gesellschaft Neue Stadt* führte diese Ideen weiter und veröffentlichte drei Jahre später die Idee einer Musterstadt, die allerdings nie gebaut wurde; Burckhardt, Frisch und Kutter war dieses Projekt zu einseitig auf technisch-funktionale und ökonomische Aspekte ausgerichtet. Die in den Medien breit geführte Auseinandersetzung um die 'neue Stadt' kann als erstes Anzeichen für die

⁷³ Hitz u.a. 1995, S. 217.

⁷⁴ Gilg/Hablützel 1986, S. 879.

⁷⁵ Siegenthaler 1987, S. 501.

⁷⁶ Koch 1992, S. 197.

⁷⁷ Burckhardt u.a. 1955. Ganz. Martin. 'Achtung: die Schweiz' – eine Stadtutopie. In: Zeller 1990, S. 31-56.

‘Krise der Stadt’ angesehen werden, welche gut zehn Jahre später zu einer weitaus breiteren Debatte führte.⁷⁸

Während der Wachstumseuphorie der 50er Jahre wurde der Frage der Raumplanung nur wenig Beachtung geschenkt und hinkte den realen Abläufen hinten nach. Auf kantonaler Ebene und in den Städten gab zwar er schon während dem 2. Weltkrieg Versuche einer Raumplanung, bei der konkreten Umsetzung haperte es aber, so dass die Wirkung gering blieb. «Planen hiesse, eine Entwicklung so zu steuern, dass sie zu einem gewünschten Ziel führt. In der Praxis besteht Planung zumeist darin, eingetretene Fehleinschätzungen zu bremsen oder kosmetisch zu überpappen.»⁷⁹ Defizite des Wachstumsprozesses wie ie Verkehrsproblematik oder das Verschwinden von Erholungsräumen zeigten, dass es nicht ausreichte, wenn der Staat erst auf schon eingetretene Fehlentwicklungen reagierte. So versuchte man in den 60er Jahren mit Prognosen Engpässe und Probleme vorherzusehen. Es blieb aber vorerst Sache der Kantone, das Wachstum auf ihren Gebieten halbwegs in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken. Eine gesamtschweizerische Raumplanungspolitik beziehungsweise eine staatliche Regulierung des Urbanisierungsprozesses standen bis Ende der 60er Jahre nicht zur Debatte; den Liberalen war sie zu staatsinterventionistisch, den Konservativen zu modernistisch. «In der politisch-ideologischen Frontstellung des kalten Krieges, in der staatliche Planung oft kurzerhand mit Kommunismus gleichgesetzt wurde, hatten beide Fraktionen leichtes Spiel, jegliche Ansätze zu einer griffigen Siedlungsplanung im Keim zu ersticken.»⁸⁰ Eine alternative Planung hätte unter anderem oppositionelle Kräfte vorausgesetzt – Gewerkschaften und SozialdemokratInnen hatten sich aber bereits seit den 30er Jahren ins liberale Modell der sozialen Marktwirtschaft integrieren lassen und dachten bis 1968 nicht im Traum daran, den Modernisierungsprozess in Frage zu stellen.

Erst Ende der 60er Jahre wurden gesamtschweizerische Leitbilder erarbeitet. Der Bund erhielt 1969 die Kompetenz, allgemeine Grundsätze aufzustellen und die raumplanerische Arbeit der Kantone zu koordinieren. Aber auch als man die Zersplitterung der Infrastrukturplanung überwunden hatte, konnten die erörterten Ansätze zur Lösung der dringlichen Probleme vorerst nicht umgesetzt werden. 1972 beschloss der Bund wegen des durch den Bauboom anhaltenden Drucks auf schützenswerte Gebiete einen Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung. Ein erster Anlauf zu einem definitiven Raumplanungsgesetz scheiterte 1974 am Referendum von Gewerbe- und Hauseigentümerkreisen und FöderalistInnen. Die 1979 verabschiedete Fassung trug darauf den Interessen der GrundbesitzerInnen und der Selbstständigkeit der Kantone mehr Rechnung.

⁷⁸ Koch 1992, S. 211.

⁷⁹ Fritzsche, Bruno. Der Verkehr plant die Städte. In: SAU 1986, S. 79.

⁸⁰ Hitz u.a. 1995, S. 228.

Die Ausdehnung des Siedlungsgebietes spielte eine wichtige Rolle für die rapide Zunahme des (Pendler-)Verkehrs. Zwischen 1950 und 1970 nahm die Zahl der Autos um 700 Prozent zu.⁸¹ Die anschwellende Flut der Automobile führte zu ersten Staus in den Zentren der grossen Städte und schon bald folgten die ersten Rufe nach freier Fahrt, also nach mehr Strassen.⁸² Der Autoboom und der Ausbau des Strassennetzes bedingten sich wechselseitig. Die grossräumige Erschliessung für den Individualverkehr führte zu einem ungeheuren Landschaftsverschleiss und zur Zersiedlung. Für den Bau der Nationalstrassen wurde Ende der fünfziger Jahre fast diskussionslos die Bildung einer zentralen Leitung beschlossen, was in der föderalistischen Schweiz für andere Belange kaum durchsetzbar war. Die klare Ausrichtung der Verkehrspolitik auf die Automobilisierung beruhte auf einem breiten Konsens, sogar die oppositionelle *PdA* gehörte zu den ModernistInnen. Trotz grosser Schwächen wurde die Vorlage über den Nationalstrassenbau 1958 im Verhältnis 5:1 angenommen.

Die Verkehrsplanung war während des Wirtschaftsbooms lange das einzige nationale Planungsinstrument. Statt sich mit Raumplanungsfragen zu beschäftigen, erschien es zunächst dringlicher, die handfesten aktuellen Probleme anzupacken und dem anschwellenden Motorverkehr den Weg zu ebnen. So war in den 50er Jahren die von allen Parteien befürwortete Verkehrsplanung das zentrale Instrument zur Steuerung der Stadtentwicklung.⁸³ Entsprechend der damaligen Doktrin sollten die Zentren der grossen Städte direkt ans Nationalstrassennetz angeschlossen und die Autobahnen als Expressstrassen mitten in die Städte weitergeführt werden. Dieses Konzept der Nationalstrassen hatte grosse Schwächen: Der Bau der Autobahnen wurde als reine Ingenieursarbeit begriffen, welche durch umfassendere planerische Fragestellungen nur gestört werden konnte. Dabei war klar, dass der Bau der Autobahnen weitreichende Folgen für die räumliche Entwicklung des ganzen Landes haben würde. Über das Thema 'Stadt' wurde in der entscheidenden Anfangsphase der Strassenplanung nicht nachgedacht, die eigentlichen Probleme der Städte nicht analysiert. Genauso wenig wurde die heikle Frage der Führung der Expressstrassen – der Nationalstrassen auf Stadtgebiet – geklärt. Die Planungskommission propagierte das von ihr bestimmte Nationalstrassennetz in den sechziger Jahren als Verbindungsnetz der zentralen Schweizer Orte.⁸⁴ In der Realität funktionierten die Expressstrassen aber vielmehr als Verkehrsachsen zwischen der Agglomeration und den Stadtzentren.

⁸¹ Koch 1992, S. 197.

⁸² Im Grunde war zu diesem Zeitpunkt das Problem vielmehr die fehlende Regulierung des Strassenverkehrs, was dazu führte, dass dieser sich selbst blockierte. Blanc 1993, S. 50.

⁸³ Blanc 1993, S. 67, 83f. Hitz u.a. 1995, S. 228. Kammann 1990, S. 187. Schilling 1982, S. 14.

⁸⁴ Kammann 1990, S. 182.

2. Suburbanisierung und Periurbanisierung

Nach 1950 begann ein Zersiedlungsprozess des schweizerischen Mittellands; die überbaute Fläche nahm rapide zu. Gleichzeitig wandelten sich die Kerne der bestehenden Städte zu Dienstleistungs- und Einkaufszentren. Die Phase der Suburbanisierung ist gekennzeichnet durch den Wegzug von Teilen der Bevölkerung in die Vororte und die wachsende wechselseitige Durchmischung von Stadt und Land; dieser Prozess der Suburbanisierung erreichte im Kanton Zürich zwischen 1960 und 1980 ihren Höhepunkt.⁸⁵ Quantitativ drückte sich die neue Phase der Stadtentwicklung in einem Rückgang der Bevölkerung in den Grossstädten aus. Die Wegziehenden waren zum Grossteil relativ wohlhabende Familien mit Kindern. Während in Zürich die Bevölkerung schon seit den sechziger Jahren abnahm, gingen die Bevölkerungszahlen in den meisten grösseren Städten erst nach 1970 zurück.⁸⁶ Dabei ist festzustellen, dass die Bevölkerung in den Innenstädten schon viel früher rückläufig war. In Zürich schrumpfte die Bevölkerung der Kernstadt seit 1888, diejenige des ersten Eingemeindungsrings seit 1950, diejenige des zweiten seit 1960.⁸⁷ Da die Bodenpreise stark von der Erreichbarkeit abhängen, wurde Wohnen in zentraler Lage zunehmend zum Luxus (vgl. I.E.3).

Die Suburbanisierung führte zur stetigen Aufweichung der Grenzen von Stadt und Land, begünstigte aber auch die Aufteilung der Stadt in die Funktionen Arbeiten, Wohnen und Freizeit. Seit den fünfziger Jahren gewannen die spezifischen Freizeiträume an den Stadträndern wachsende Bedeutung. Diese Entwicklung folgte den Vorstellungen einer funktionalen Trennung und hatte vor allem auf den Verkehr grossen Einfluss.⁸⁸ Parkhäuser und Tiefgaragen wurden errichtet und City-Ringstrassen sowie U-Bahnen geplant. Statt dass die PlanerInnen die Abwertung der Innenstädte durch die Verkehrsüberlastung zum Anlass genommen hätten, für eine gleichmässige dezentrale Entwicklung zu sorgen, erreichten sie mit den Expressstrassen genau das Gegenteil.⁸⁹ Mit der verbesserten Erschliessung der Zentren wurde die wirtschaftliche Macht der City gestärkt, die Abwanderung und Entmischung zusätzlich gefördert. Infolge des Anstiegs der Lärm- und Umweltbelastungen durch zunehmende Verkehrsströme sank die Wohnqualität in den Städten. Aufgrund der steigenden Zahlen von Parkplätzen sowie der Verbreiterung der Strassen entstand ein zusätzlicher Raumverlust. Die Suburbanisierung hatte somit tendenziell

⁸⁵ Im Grunde verlagerte sich die Urbanisierung von den grossen Zentren in die mittelgrossen Städte der Agglomerationen. Die Zahl der Gemeinden mit mehr als 10'000 EinwohnerInnen nahm nach 1945 stark zu; 1970 lebten mehr als zwei Drittel der Bevölkerung im Kanton Zürich in Städten. König 1994, S. 358.

⁸⁶ Kammann 1990, S. 188.

⁸⁷ Der erste Eingemeindungsringsring umfasst die heutigen Quartiere Altstadt, Enge, Wollishofen, Wiedikon, Aussersihl, Wipkingen, Unterstrass, Oberstrass, Fluntern, Hottingen, Hirslanden und Riesbach; der zweite Ring umfasst das heutige Stadtgebiet. Fritzsche, Bruno. Der Verkehr plant die Städte. In: SAU 1986, S. 79.

⁸⁸ Rüegg 1996, S. 78.

⁸⁹ Kammann 1990, S. 191f.

eine selbstverstärkende Wirkung.⁹⁰ Im Zentrum stieg die Steuerbelastung, da die besseren SteuerzahlerInnen abwanderten, aber weiterhin zentralörtliche Leistungen in Anspruch nahmen. Gründe für die Abwanderung aus den Städten (push-Faktoren) finden sich in der hohen Bevölkerungsdichte sowie der damit verbundene schlechten Umweltqualität (Lärm, Abgase), dem Mangel an günstigem und grosszügigem Wohnraum, den veränderten Ansprüchen ans Wohnen und dem Wunsch nach 'Unabhängigkeit' im Eigenheim.⁹¹ Besonders die steigende Verkehrsbelastung hatte eine verheerende Wirkung auf die Lebensqualität in den Städten; zugleich wurde die Suburbanisierung erst durch die technischen Entwicklungen im Bereich Verkehrs- und Transportwesen ermöglicht. Von Fall zu Fall wurde die Bevölkerung aber auch einfach verdrängt, weil sich die Dienstleistungszentren in die ehemaligen Wohnquartiere ausdehnten. Verstärkt wurde die Abwanderung durch Sogwirkungen des Umlandes (pull-Faktoren). So war es in der Agglomeration den Traum des Einfamilienhauses einfacher zu verwirklichen, da die Bodenpreise tiefer lagen, die Landreserven grösser, die Steuerbelastung zumeist tiefer und die Freiräume für Kinder noch intakter.

Eine Art Steigerung der Suburbanisierung in die Breite findet seit den 80er Jahren mit der Periurbanisierung statt. Dabei verteilen sich die in den Zentren arbeitenden Personen mehr oder weniger gleichmässig über das ländliche Gebiet: es kommt zu einer Verschmelzung der Agglomerationen, der Bildung von Metropolitanräumen und einer deutlichen Zunahme des Arbeitsweges für PendlerInnen. In der Schweiz zeigten sich erste Anzeichen einer Periurbanisierung in Form von Einfamilienzonen im landwirtschaftlichen Umfeld.⁹²

3. Gentrification

Seit den 80er Jahren spricht man von einer Renaissance der Städte. Vor allem für junge Leute gewann die Stadt wieder zunehmend an Attraktivität; sie liessen sich in Form der neuen Haushaltstypen in den Städten nieder. Die 'Wiederbelebung' der Städte konnte in der Schweiz aber nur in einzelnen Städten beobachtet werden – am ausgeprägtesten in Genf und Zürich – und wurde allgemein durch die Rezession der 90er Jahre gebremst. In Zürich nahm die Bevölkerung in den achtziger Jahren nur noch schwach ab. In den 90er Jahren stiegen die Einwohnerzahlen erstmals wieder, wobei die Zahlen zwischen 1993 und 1997 beinahe stabil blieben.

Die 'Reurbanisierung' der Städte soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Schweizer Städte nie wirklich entleert haben; es gab zwar eine Stadtflucht, die Bevölkerungszahlen sanken unter anderem wegen der steigenden Raumbedürfnisse. Es gab immer Leute, die das Leben in den Zentren bevorzugten, sei dies aus ökonomischen oder persönlichen Gründen. In den 90er

⁹⁰ Frey 1990, S. 51.

⁹¹ Dürrenberger u.a. 1992, S. 106-108. Tages-Anzeiger 1993.

⁹² Frey 1990, S. 51,54.

Jahren setzte eine neue Entwicklung ein: die Gentrification. Sie beschreibt die Verdrängung unterer Einkommensklassen durch mittlere und obere Schichten in alten Stadtvierteln bei deren gleichzeitiger Aufwertung. Es lassen sich zwei typische Formen des Gentrifizierungsprozesses feststellen: zum ersten in gut erhaltenen, grossbürgerlichen Quartieren mittels einer Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen, zum zweiten in 'heruntergekommenen' Arbeitervierteln.⁹³ Die zweite Form läuft im allgemeinen in zwei ineinandergreifenden Zyklen ab. In einer ersten Phase beleben so genannte Pioniere ein citynahes Quartier, das städtebaulich vernachlässigt worden ist und in dem zumeist Menschen tiefer Einkommensgruppen wohnen. Die vornehmlich jungen Menschen verwirklichen in diesen 'heruntergekommenen' Vierteln mit relativ bescheidenen Mitteln alternative Einrichtungen (Bars, Kleider- und Plattenläden, Ateliers, Cafés usw.), ein buntes städtisches Leben entsteht. In einer zweiten Phase folgen ihnen die eigentlichen Gentrifizierer, die in den 80er Jahren auch Yuppies (young urban professional) und seit den späten 90er Jahren Dinks (double income no kids) genannt werden. Für diese Menschen «ist der städtische Raum die Bühne von Selbstdarstellung und demonstrativem Konsum, egal, ob es sich dabei um Drinks, 'Haute Cuisine' oder sonstige Kultur handelt.»⁹⁴ Ist das Quartier durch ein attraktives Freizeitangebot, Begrünung und Verkehrsberuhigung erst einmal 'aufgewertet', verändert sich auch die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Ein zahlungskräftiges Klientel rückt nach, durchmischt die Szene und zieht Kleinunternehmungen, Edelboutiquen und multinationale Firmen nach sich, deren Ansprüche und finanziellen Möglichkeiten weit über die der ursprünglichen Pioniere hinausgehen – das Quartier wird trendy. Ein Teil der alten Bevölkerung muss wegziehen, da sie die steigenden Mietzinse nicht mehr bezahlen kann. Die für die alteingesessenen BewohnerInnen negativen Folgen beschreibt ein Bewohner des Stadtzürcher Kreis 5 aus Sicht eines Pioniers treffend: «Aber der Kreis 5 macht jetzt eine Entwicklung durch, die wir alle eigentlich nicht mehr so sympathisch finden. Der Kreis 5 wird ausverkauft. Neue junge Leute kommen, Yuppies, echte Yuppies, die viel Geld haben, woher weiss ich auch nicht, kaufen die Häuser, bauen um, machen teurer Wohnungen draus. Unten drin sind meistens Designerläden und so, teure Clubs und die Italiener können die Miete nicht mehr bezahlen, einer nach dem andren geht ein. [...] Wir sind auch ein bisschen selber schuld, dass wir den Kreis 5 zum In-Quartier gemacht haben.»⁹⁵

Es gibt eine Vielzahl von ökonomischen Erklärungsansätzen für die Gentrification in citynahen Quartieren. Rüegg bietet zwei Erklärungsmuster: die Veränderung der Nachfrage und die Veränderung des Angebots ('rent gap'-Theorie).⁹⁶ Während der erste Punkt auf die Entstehung

⁹³ Rüegg 1996, S. 97f.

⁹⁴ Häussermann/Siebel 1987, S. 17.

⁹⁵ Klaus 2006, S. 200.

⁹⁶ Rüegg 1996, S. 98f.

neuer Haushaltsformen im Zuge der Individualisierung und die Häufung der vermehrten Niederlassung von Kadern in den grossstädtischen Zentren zurückgeht, erklärt die 'rent gap'-Theorie die Veränderung des Angebots durch eine wachsende Differenz der Bodenrente. Durch den Citydruck verlagert sich die Zone intensiver Investitionen vom Zentrum zur Peripherie, wodurch in den Cityrandquartieren eine wachsende Differenz zwischen potentieller und tatsächlicher Grundrente entsteht. Wird diese zu gross, besteht für die GrundbesitzerInnen der Anreiz das Gebiet aufzuwerten und wird es für den Immobilienmarkt von Interesse.

D. Stadt- und Wohnpolitik in Zürich nach 1945

1. Der Traum von Grosszürich und seiner verkehrstechnischen Erschliessung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbreitete sich in Zürich wie auch auf nationaler Ebene eine Wachstumseuphorie, die bis weit ins linke Lager hineinreichte. Der Traum von 'Super-Zürich' fand in ambitionierten Projekten Ausdruck: so im 1959 von einem privaten Konsortium lancierten und vom Verkehrsverein unterstützten Projekt namens *Züriturm*. Bei der Saffa-Insel sollte ein 165 Meter hoher Turm als «Ausdruck eines legitimen, beinahe urtümlich zu nennenden menschlichen Wunsches» in den Himmel ragen.⁹⁷ Eine der kühnsten Ideen war die *City im See* (1961). Das ganze untere Seebecken sollte in eine Insel mit Geschäftsstadt verwandelt werden und so neue Räume für die Expansion gewinnen.⁹⁸ Diese Grossstadtvisionen wurden von der Euphorie des grenzenlosen Wachstums getragen und beruhten auf Erwartungen beziehungsweise Wunschen, wonach sich die Metropole Zürich enorm vergrössern würde. Die Stadtentwicklungspläne der Nachkriegszeit waren sowohl von Einflüssen der Gartenstadtbewegung als auch von Le Corbusier geprägt; in diesem Sinne entstanden die grossflächigen Siedlungen in den Aussenquartieren Altstetten und Schwamendingen.

In diesem Aufbruchsklima wurde die Verkehrspolitik zur eigentlichen Stadtentwicklungspolitik.⁹⁹ Eine kritische Hinterfragung der Folgen der Massenautomobilisierung und des massiven Ausbaus des Strassennetzes fehlte gänzlich; die angehende Metropole Zürich musste 'autogerecht' erschlossen werden. So entstand Ende der fünfziger Jahre im Rahmen der Nationalstrassenplanung das Konzept der Expressstrassen mitten durch die Wohnquartiere Zürichs. Auf lokaler Ebene beauftragte die Stadt im Jahr 1952 zwei Expertenteams mit der Ausarbeitung eines *Generalverkehrsplans* für die Stadt Zürich. Das Ergebnis war ein gigantisches Strassensystem, das die Innenstadt ringförmig erschliessen sollte. Das entstehende Gebilde glich einem immensen auf die Stadt projizierten *Ypsilon*. Ein erster Versuch, Platz für dieses gewaltige Strassensystem zu schaffen, scheiterte jedoch kläglich. Der Generalverkehrsplan der Stadt Zürich, welcher die Trams als 'Unterpflaster-Strassenbahn' von der Strasse bringen wollte, wurde 1962 gegen alle Erwartungen an der Urne abgelehnt. Eine 'unheilige Allianz' zwischen radikalen ModernisierungsbefürworterInnen, die lieber eine 'richtige' U-Bahn gehabt hätten, und konservativen Kräften, die nicht auf die Annehmlichkeiten der guten alten Trams verzichten wollten, setzte sich durch.¹⁰⁰ Mit dieser Entscheidung wurden die Hoffnungen auf eine umfassende Gesamtanierung begraben; das Strassensystem sollte nun vielmehr tangential um die City führen; die Teilabschnitte konnten so dem Volk in Etappen vorgelegt werden. Da immer nur ein

⁹⁷ Kommentar des Architekten anlässlich einer Pressekonferenz zitiert in Schilling 1982, S. 18.

⁹⁸ Schilling 1982, S. 19.

⁹⁹ Blanc 1993, S. 67. Hitz u.a. 1995, S. 229.

¹⁰⁰ Hitz u.a. 1995, S. 232.

kleiner Teil der Bevölkerung direkt betroffen war, gelang es so die *Westtangente* durch die Volksabstimmung zu bringen. Parallel dazu wurde die Planung der U- und S-Bahn lanciert. Mit dem Wirtschaftsboom stieg der Bedarf an Bürofläche im Laufe der 60er Jahre stark an. Einer grossflächigen Expansion der City waren aber enge Grenzen gesetzt. Einklemmt zwischen dem See im Süden, der Altstadt sowie dem Hochschulquartier im Osten und dem Bahnhofareal im Norden, blieb nur der Ausweg ins Seefeld, in die Enge und in die ehemalige Arbeitergemeinde Aussersihl (Kreise 4 und 5).¹⁰¹ In dieser Situation erstellte das Stadtplanungsamt Pläne für eine unterirdische Autobahn, kombiniert mit einer dichten Bebauung über und neben der Sihl, welche die alte Trennlinie zwischen City und Expansionsraum überbrücken sollte.¹⁰² Die Vorschläge zur Sihlraumplanung waren jedoch nur ein Element in den umfassenden Plänen für eine neuerliche moderne Cityerweiterung, welche grosse Teile der innerstädtischen Wohnquartiere vernichtet und zu einer bandartigen Verdichtung entlang der U-Bahn geführt hätten. Formuliert wurde diese Strategie im *Jürgensen-Bericht*, den die Stadt Ende der 60er Jahre zur Legitimierung ihrer Pläne in Auftrag gab. «Nach Jahren kleinlicher Diskussionen, gescheiterter Planungen und hilfloser Improvisationen bildeten diese Grossstadtphantasien nicht nur den Höhepunkt der Modernisierungsbestrebungen, sondern spiegelten auch ein wiedergefundenes Selbstvertrauen von Behörden und Wirtschaftsverbänden in der aufstrebenden Limmatmetropole.»¹⁰³ Die nach 1968 neue entstehenden sozialen Bewegungen stellten diese Pläne radikal in Frage. Wohn- und stadtpolitische Fragen wurden in der Folge zu einem zentralen Streitpunkt zwischen der Linken und Rechten; es gab kaum ein Grossprojekt, das nicht umgehend auf Widerstand der betroffenen Bevölkerung gestossen wäre.

2. Krise der Stadt und Entstehung der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen

Die negativen Folgen der Suburbanisierung (vgl. I.C.2) wurden im deutschen Sprachraum schon in den frühen 60er Jahren thematisiert. Der Sozialpsychologe Alexander Mitscherlich etwa kritisierte in seinem 1965 erschienenen Buch 'Die Unwirtlichkeit der Städte' die Vernachlässigung der psychischen Bedürfnisse im modernen Städtebau.¹⁰⁴ Erst mit den gesellschaftlichen und politischen Veränderungen Ende der sechziger Jahre wurde aber ein Terrain für den kritischen Diskurs von stadt- und wohnpolitischen Fragen geschaffen. Gleichzeitig bildete die städtische Krise – die Kehrseite der Modernisierung – selbst einen Ausgangspunkt der 68er Bewegung, welche sich für eine 'andere Stadt' stark machte. «Die vor allem in den siebziger Jahren aufkeimende und in ihrer Wirkung durch den Wachstumseinbruch verstärkte Fortschrittskritik

¹⁰¹ Hitz u.a. 1995, S. 235.

¹⁰² Blanc, Jean-Daniel. Die City-Macher. In: SAU 1986, S. 87f. Hitz u.a. 1995, S. 235.

¹⁰³ Hitz u.a. 1995, S. 238.

¹⁰⁴ Howald u.a. 1981, S. 15f. Stern 1998, S. 30f.

bezog sich nicht zuletzt auf die Siedlungs- und Wohnverhältnisse. Sie richtete sich auf die qualitativen Defizite des an quantitativen Zielen orientierten Massenwohnungsbaus, beanstandete insbesondere die Unwirtlichkeit der Neubausiedlungen, ihre architektonische Monotonie und die damit verbundene Reizarmut, aber auch die Anonymisierung und Konzentration des Eigentums.»¹⁰⁵

In der um sich greifenden Orientierungskrise entstand in Zürich eine Jugendbewegung. Die heranwachsende Generation betätigte sich zunehmend politisch und formulierte neue Leitbilder für die gesellschaftliche Entwicklung. Zu ersten handfesten Konfrontationen mit der Staatsgewalt kam es am 31. Mai 1968 während und nach dem Auftritt von Jimi Hendrix im Hallenstadion.¹⁰⁶ Die darauf folgenden Unruhen waren eine Folge der vergeblichen Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum. Nach einer zweitägigen Inbetriebnahme des leer stehenden Globusprovisoriums stellte die Jugendbewegung der Stadt ein Ultimatum, bis zum 1. Juli 1968 ein geeignetes Lokal zur Verfügung zu stellen; andernfalls werde das Globusprovisorium besetzt. Nachdem die Stadt nicht auf die Forderung einging, kam es am 29. Juni 1968 zum *Globuskrawall*. Die Unruhen wurden zur regelrechten Prügelorgie und die Bewegung wortwörtlich zerschlagen.

Nach dem *Globuskrawall* splitterte sich die Szene in verschiedene Fraktionen auf. Wisler spricht von der Bildung zweier grosser Linien: die OuvrieristInnen (AvantgardistInnen) und die Spontis (Autonome). Während erstere die Auseinandersetzungen im orthodoxen Geist des Klassenkampfes fortführten (auf die Arbeiterklasse fokussiert), entwickelte letztere insbesondere spontane und subkulturelle Organisationsformen und konzentrierte sich auf Randgruppen, in denen sie revolutionäre Avantgarden sah.¹⁰⁷ Der Kampf für eine andere Stadt und alternative Treffpunkte bildete in den frühen siebziger Jahren ein zentrales Element der politischen Auseinandersetzung; ihre stärkste Phase hatte die Bewegung in Zürich zwischen 1970 und 1974.¹⁰⁸ Die Jugendbewegung fokussierte stark auf urbane Probleme und nahm die verschiedensten Aspekte des städtischen Lebens ins Kreuzfeuer: Zum einen war dies die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt durch die Wohnungsnot und die Aufhebung des *Mietnotrechts*, das zuvor Mietzinsüberwachung und der Kündigungsschutz garantiert hatte. Der militante Teil der Bewegung lancierte erste Hausbesetzungen, die sich gegen Spekulation und die City-Ausdehnung richteten; die 'radikale' nationale Volksinitiative *Recht auf Wohnung* wurde nur ganz knapp abgelehnt. Zum anderen widmeten sich unterschiedlichste Gruppierungen der

¹⁰⁵ Mieter-Zeitung, Juli/August 1989, S. 13.

¹⁰⁶ Schon im Frühjahr 1967 war es an einem Konzert der Rolling Stones zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen.

¹⁰⁷ Wisler 1996, S. 76-78.

¹⁰⁸ Dejung 1984, S. 182. Kriesi 1984, S. 193-195. Nach Wisler war die Bewegung dagegen bereits Ende 1971 stark geschwächt. Wisler 1996, S. 76-90. In dieser Zeit konnte in Zürich mit dem *Bunker* erstmals ein autonomes Jugendzentrum geführt werden, das aber von der Stadt nach wenigen Monaten Betrieb wieder geschlossen wurde (vgl. Müller/Lotmar 1972).

Unwirtlichkeit der Städte. Die stadt- und wohnpolitische Bewegungen forderten eine Neuorientierung der Planung und ein Ende der einseitigen Ausrichtung auf das Automobil; Wachstum und Modernisierung der Stadt wurden radikal in Frage gestellt. Die vielen negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs für die Wohnbevölkerung wurden nun zum Hauptthema der verkehrspolitischen Diskussion. Bis dahin hatten sie lediglich als Folgeprobleme gegolten, und Beeinträchtigungen der betroffenen Bevölkerung waren im Interesse der Allgemeinheit an neuen Strassen in Kauf genommen worden.¹⁰⁹ SP-Mitglieder lancierten den *Appell von Zürich zur Rettung der Städte*, die quartierpolitischen Avantgardegruppen versuchten unzufriedene BürgerInnen zu politisieren¹¹⁰ und universitäre Kreise «nahmen das Ypsilon ins Visier, starteten die erste grosse Stadtentwicklungsdebatte der Nachkriegszeit und machten das im Bau befindliche Teilstück der Sihlhochstrasse zwischen Brunau und Sihlhölzli [...] zum Inbegriff der Stadtzerstörung».¹¹¹ Trotz der grosse Vielfalt organisatorischer Formen und Unterschieden in Radikalität und Reichweite der Forderungen kann von einer breiten Bewegung gesprochen werden, bei der eine gemeinsame Identität auszumachen war.¹¹²

Die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen verdanken ihre Durchschlagskraft unter anderem der regen Nutzung der direkten Demokratie. Von Abstimmung zu Abstimmung formierten sich Ad-hoc-Koalitionen und Referendumskomitees; verschiedene Projekte scheiterten entweder an der Urne (Parkhaus am Hechtplatz, 1970; Fortsetzung der *Westangente*, 1972) oder wurden schon vor der Abstimmung zurückgezogen (Teilprojekte des *Cityrings*, die Idee einer *Waldstadt* bei Witikon oder der Vorschlag für olympische Winterspiele in Zürich).¹¹³ Die grösste Niederlage erlitt die Modernisierungsfraktion bei der Abstimmung über die U/S-Bahn von 1973. Noch wenige Monate vor dem Abstimmungstermin galt die Vorlage als unbestritten; erst mit der Entstehung einer breiten Opposition, welche sich in diversen von Gruppen und Einzelpersonen organisierten Kampagnen und Aktionen manifestierte, kam es zum radikalen Umschwung der öffentlichen Meinung. Die Kritik der GegnerInnen bezog sich vor allem auf die steigenden Bodenpreise und die Verdrängung von Teilen der städtischen Bevölkerung aus der Innenstadt. Die Grundstückgewinne bei einer allfälligen Annahme schätzten die GegnerInnen der Vorlage auf über eine Milliarde Franken.¹¹⁴ Die Ablehnung der Vorlage hatte das endgültige Auseinanderbrechen der Wachstumskoalition zur Folge und markierte einen Trendbruch in der Stadtentwicklung Zürichs. Stabilisierung wurde zum neuen Schlagwort und bildete in den Grundzügen bis in die 90er Jahre

¹⁰⁹ Blanc 1993, S. 163-165.

¹¹⁰ Die Anfang der 70er Jahre entstandenen revolutionären Gruppen versuchten aus den ungelösten Verkehrsproblemen ihren Nutzen zu ziehen. Entlang der Westangente formierten sich diverse Komitees, die sich gegen den Ausbau der Expressedstrassen wehrten (vgl. IV.B.1).

¹¹¹ Hitz u.a. 1995, S. 240.

¹¹² Blanc 1993, S. 160.

¹¹³ Hitz u.a. 1995, S. 241, 281.

¹¹⁴ Bärtschi 1983, S. 413.

das Leitbild der Zürcher Stadtentwicklung.¹¹⁵ Ausformuliert wurde diese Politik in einem Zusatz zum *Jürgensen-Bericht*.¹¹⁶

3. Städtebauliche Pattsituation

Die Ölkrise von 1973 veränderte die Situation erneut. Durch die Rezession «geriet der Glaube an beständiges Wachstum und an damit 'automatisch' verbundene gesellschaftliche 'Höherentwicklung' ins Wanken».¹¹⁷ Zum anderen wurden kritische Stimmen wieder seltener, nachdem in den frühen siebziger Jahren differenziert über Stadtentwicklung diskutiert wurde. Die Rezession wirkte sich auf die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen negativ aus. Schon 1968 hatten die ArbeiterInnen die revolutionäre Mobilisierung skeptisch aufgenommen. Nun führte die Furcht vor Entlassungen zu einer feindlichen Haltung gegenüber jeglicher subversiven Mobilisierung in den Fabriken. Die meisten revolutionären Gruppierungen lösten sich Mitte der 70er Jahre auf, spätestens 1976 fanden die Aktivitäten der 68er Bewegung ein Ende.¹¹⁸ Gleichzeitig überwand das bürgerliche Lager seine Verunsicherung über den weiteren Kurs der Stadtentwicklung.¹¹⁹ «Um den Kern des bürgerlichen Lagers begann sich die Modernisierungsfraction erneut zu formieren, während die Stadtentwicklungskritik zur Domäne linker Parteien und Gruppierungen wurde.»¹²⁰ Das Resultat dieses durch die direkte Demokratie ermöglichten Prozesses wird von Hitz/Schmid/Wolff als 'territorialer Kompromiss' bezeichnet – ein brüchiger und widersprüchlicher Kompromiss zwischen zwei heterogenen Lagern.¹²¹ Niklaus Scherr – Gemeinderat der damaligen *POCH* und bis heute Geschäftsführer des *Mieterverbands* – beschrieb diese Möglichkeiten der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen 1988 in der Fabrik Zeitung wie folgt: «Wir sind als Opposition stark genug, die Investitionswut des spekulierenden Kapitals einzudämmen, nicht aber, sie wirklich zu brechen. Wir können bremsen, verzögern, redimensionieren. Wir sind stark genug, zu verhindern, dass andere unsere Stadt ganz abreissen, umgekehrt aber nicht stark genug, sie in bestimmten Bereichen so zu erhalten, so zu gestalten,

¹¹⁵ Blanc 1993, S. 150f. Hitz u.a. 1995, S. 242.

¹¹⁶ «Nach dem U-Bahn-Debakel reagierten die Behörden, indem sie den Auftrag an den bereits in Zürich tätigen Harald Jürgensen umformulierten. Anstelle von 'Wirtschaftswachstum in der Krise' bearbeitete der Gast aus Hamburg nun das Thema 'Stabilisierung', zusammen mit Beratergremien aus Wirtschaft und Fachverbänden. Das Resultat, vom Gemeinderat überarbeitet, legte 1976 für Zürich folgendes Entwicklungsziel fest: 'Bevölkerungszunahme bis mindestens 410'000 Einwohner zur Verbesserung der Bevölkerungsstruktur (Zuzug vor allem von jungen Familien mit Kindern) und zur Reduktion der Pendlerzahl', Stabilisierung der Arbeitsplatzzahl auf dem heutigen Niveau (ca. 300'000) (...).» Kammerer, Bruno. Planung – gestern und heute. In: SAU 1986, S. 58. Schilling 1982, S. 18f.

¹¹⁷ Koch 1992, S. 246.

¹¹⁸ Kinderkrankheiten Nr. 1, 1978, S. 5. Kriesi 1984, S. 193-195. Wilser 1995, S. 108f.

¹¹⁹ Blanc 1993, S. 181.

¹²⁰ Hitz u.a. 1995, S. 242.

¹²¹ «(...)eine Abkehr von den radikalen Modernisierungsstrategien der sechziger Jahre, ohne jedoch die Globalisierung Zürichs und die Dynamik der Stadtentwicklung grundsätzlich in Frage zu stellen.» Hitz u.a. 1995, S. 243.

wie wir das wünschen.»¹²² Im Rahmen dieser städtebaulichen Pattsituation wurden zwei kantonale *Anti-Ypsilon*-Initiativen verworfen (in der Stadt Zürich wurden sie von der Stimmbevölkerung gutgeheissen) und ein S-Bahn-Projekt angenommen. Andererseits gelang es linken Kreisen verschiedene neue Gesetze zur Erhaltung der bestehenden Stadtstruktur durchzubringen: auf kantonaler Ebene das *Wohnerhaltungsgesetz (WEG)* und auf städtischer Ebene den *Wohnanteilplan (WAP)* (vgl. III.A.3). Die Ausdehnung der City vermochten diese Gesetze nur beschränkt zu bremsen, und auch der längerfristige Schutz günstigen Wohnraums war damit nicht garantiert. Trotzdem dienten sie als starke Instrumente gegen die Cityausdehnung. «Da die Expansionsmöglichkeiten in der City begrenzt wurden, begannen die Unternehmen ihre Büros an andere Standorte in Zürich auszulagern, zunächst in freiwerdende Industriezonen innerhalb der Stadt, in den achtziger Jahren dann auch in die urbane Peripherie.»¹²³

4. 80er 'Bewegig' fordert Räume

Als Folge der Wirtschaftskrise veränderte sich Ende der 70er Jahre das ökonomische Umfeld. Durch die Stärkung der multinationalen Konzerne und Finanzplatzunternehmen entwickelte sich Zürich zu einer 'Global City' und wurde zum Standort des Finanzplatzes Schweiz schlechthin, welcher sich vor allem auf die Steuerung der globalen Kreisläufe spezialisierte und die transnationale Produktion organisierte.¹²⁴ Die Expansion des Finanzsektors (Banken, Versicherungen, Immobilien) prägte die Entwicklung der Innenstadt entscheidend – in Zürich stieg der Anteil der Arbeitskräfte des Finanzsektors und bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen zwischen 1965 und 1991 von 9,6 Prozent auf 26,1 Prozent.¹²⁵ Auf der Suche nach Raum für neue Büros drangen die Dienstleistungsbetriebe immer mehr in die Wohnquartiere vor.¹²⁶ Gleichzeitig mit der Übernahme des Zentrums durch finanzkräftige Konzerne, der Umwandlung von Wohnraum in Büros und dem zunehmenden Verlust an Lebensqualität zogen in den 70er Jahren immer mehr Familien aus der Stadt weg. Im Gefolge des zunehmenden Drucks auf die Wohnquartiere und mit dem einsetzenden Wirtschaftsboom verschärften sich ab Ende der

¹²² FaZ Nr. 45, September 1988, S. 8.

¹²³ Hitz u.a. 1995, S. 243.

¹²⁴ Dieser Prozess setzte sich in der Folge fort, was anhand der folgenden Zahlen eindrücklich dargestellt werden kann: Drei der vier grössten Banken, vier der sechs wichtigsten Versicherungen hatten 1990 ihre Sitze in Zürich. 47 Prozent der Bilanzsummen der 150 bedeutendsten Banken, 60 Prozent der Prämieinnahmen der 60 grössten Versicherungen und 73 Prozent der Umsätze der Computer- und Informatikbranche wurden anfangs der neunziger Jahre von den Hauptsitzen in Zürich erwirtschaftet. Hitz u.a. 1995, S. 219.

¹²⁵ Statistisches Amt der Stadt Zürich (1993), zitiert in Hitz u.a. 1995, S. 220.

¹²⁶ Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze nahm zwischen 1970 und 1980 zwar nur leicht zu (von 302'000 auf 308'000), Die Stellen im Dienstleistungsbereich erhöhten sich aber um rund 32'000. Gleichzeitig stieg die belegte Fläche pro Arbeitsplatz infolge der anspruchsvoller werdenden Ausrüstung und der Ausweitung der Teilzeitarbeit stark an. TAM Nr. 42, 20.10.1984, S.52.

siebziger Jahre erneut die wohn- und stadtpolitischen Konflikte; die grössten Widersprüche zeigten sich allerdings auf der Ebene der städtischen Kultur.¹²⁷

Die neu aufschwellenden Konflikte müssen auf dem Hintergrund einer neu entstandenen Gegenkultur gesehen werden.¹²⁸ Nach dem Niedergang der Jugendbewegung Mitte der siebziger Jahre entstand in Zürich eine alternative Subkultur von Wohngemeinschaften, Kollektiven, Medien, Läden, und Gaststätten (vgl. II.B.1). Ausdruck dieser Entwicklung war neben der Frauenbewegung die Anti-AKW-Bewegung. Ökologisch orientierte Protestgruppen, die sich bisher ausserhalb der 68er Protestgeneration bewegt hatten, stiessen zur Gegenkultur. In deren Gefolge erstarkte in Zürich nach 1977 die Szene der Autonomen (Spontis), welche den Kampf gegen die Atomkraftwerke in die Städte trugen, wie dies beispielsweise in der Zeitschrift *Kinderkrankheiten* ausformuliert wurde: «Die Anti-AKW-Bewegung ist hauptsächlich eine Chance unter vielen, um ein artikuliertes Netz autonomer, 'bewaffneter', friedlicher Kommunen zu schaffen, eine Kombination von Phantasie und Präzision wie wir sie etwa von der Musik kennen.»¹²⁹

Zürichs Gegenkultur der späten siebziger Jahre profitierte von der relativ guten Wirtschaftslage. Sie stiess daher weniger auf materielle als auf kulturelle Grenzen. Den Auslöser für die 80er Unruhen bildete wiederum das fehlende Angebot an nichtkommerziellen Räumen. Schon 1978 wurde im *Schindlergut* ein Jugendzentrum errichtet, das aber nach kurzer Zeit durch die Polizei geräumt wurde. Als im Winter 1979/80 mit dem *Polyfoyer* der letzte nichtkommerzielle Ort geschlossen wurde, entstanden verschiedene neue Gruppen, die gegen die einseitige Verteilung der Subventionsgelder zugunsten der etablierten Kulturhäuser protestierten und den Mangel an alternativen Räumlichkeiten beanstandeten. Es kam zu einzelnen Konzertstürmungen, bei denen sich Jugendliche illegal Einlass zu kommerziellen Konzerten verschafften.

Anlässlich einer von der *Aktionsgruppe Rote Fabrik* organisierten Protestkundgebung vor dem Opernhaus eskalierte am 30. Mai 1980 die Situation. Die Demonstrierenden, die im Vorfeld der städtischen Abstimmung über den 60-Millionen-Kredit für den geplanten Opernhausumbau die Forderung nach einem alternativen Zürcher Kulturbetrieb aufmerksam machen wollten, wurden von der Polizei vertrieben und verprügelt. In der folgenden Nacht erlebte Zürich die heftigsten Strassenschlachten nach 1968.

Die Proteste der 'Bewegig' richteten sich laut Lüscher/Makropoulos in erster Linie gegen die mangelnde Vielfalt der städtischen Lebensformen in Zürich. Als 'Kulturleichen der Stadt' forderte die achtziger Bewegung die Einlösung des 'urbanen Versprechens', das sich mit der Weltstadt-Formation Zürichs verband. «Sie klagen ein Versprechen ein, das die Städte laufend abgeben und laufend brechen. Die Stadt, Produkt und Raum der artifiziellen Leistungen der Menschheit,

¹²⁷ Hitz u.a. 1995, S. 244.

¹²⁸ Kriesi 1984, S. 195f.

¹²⁹ *Kinderkrankheiten* Nr. 1, 1978, S. 13

verkörpert und propagiert das Versprechen, sie biete jedem wünschbaren Entwurf menschlicher Lebensformen eine Realisierungschance.»¹³⁰ Die Radikalität, mit der die Auseinandersetzungen geführt wurden, zielte direkt ins Zentrum des öffentlichen Lebens; für kurze Zeit wurde die Strasse zur ureigensten Sphäre der Stadt, zum Ort städtischer Politik und urbaner Kultur. «Vor diesem Hintergrund erweist sich das Lamento über die angebliche ‘Sprachlosigkeit’ der 80er Bewegung, ihre fehlenden realpolitischen Forderungen und Perspektiven, das bis heute in einschlägigen Publikationen erhoben wird, als ein Unverständnis gegenüber dem unmittelbaren Charakter der urbanen Revolte. ‘Wir wollen die ganze Stadt’ – mit diesem Leitspruch forderte die Bewegung genau das, was der Philosoph und Stadttheoretiker Henri Lefebvre schon ein Jahrzehnt früher als ‘le droit à la ville’ (das Recht auf die Stadt) bezeichnet hatte.»¹³¹ Diesem offensiven Charakter stand eine letztlich defensive Strategie gegenüber: die Forderung nach Räumen und autonomen Inseln in der globalisierten Stadt. Der Jahrzehnte alte Wunsch nach einem *Autonomen Jugendzentrum (AJZ)* war schon nach der ersten Demonstration zu einer der Hauptforderungen geworden; die überraschend von der Stadt zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten auf einem Areal hinter dem Hauptbahnhof konnten jedoch wegen internen und externen Problemen nicht gehalten werden und wurden im März 1982 von der Stadt kurzerhand abgebrochen. Nach 1983 war die ‘Bewegung’ geschwächt und zog sich zunehmend in die Kreise 4 und 5 zurück, wobei speziell der Versuch zur Erhaltung des *Tors zu Ausserrohr* am Stauffacher nochmals breite Kreise zu mobilisieren vermochte.

Die Jugendunruhen blieben nicht ohne Folgen: so büsste der Finanzplatz an Ansehen ein. Um die Situation zu stabilisieren und weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, begann die Regierung mit einer Politik der Integration.¹³² Es wurden Vereine gegründet, die das kollektive Wohnen förderten (vgl. Exkurs VI); die Subventionen für die ‘Alternativkultur’ stiegen stark an.¹³³ Dadurch etablierte sich bald eine lebendige Kulturszene, die einen zunehmend sozialpolitischen Charakter ausbildete. Im Laufe der 80er Jahre entstand zudem eine Vielzahl mehr oder weniger geduldeteter illegaler Bars; sie sind aus heutiger Sicht die Vorläufer der Liberalisierung des Gastgewerbegesetzes, das Anfang 1998 in Kraft trat. Doch mit der städtischen Integrationsstrategie wurde die kreative Energie der Bewegung gleichzeitig gebändigt und in eingehegte und befriedete kulturelle ‘Freiräume’ abgedrängt. «Im Spannungsfeld von Widerstand und Integration wurde die von der 80er Bewegung geforderte und gelebte kulturelle Öffnung so

¹³⁰ Lüscher/Makropoulos 1982, S. 113, 115.

¹³¹ Hitz u.a. 1995, S. 245. Gleiche Aussagen finden sich bei Lüscher/Makropoulos und Monod/Suter: «Wichtig ist vielmehr, dass nicht nur in der Stadt, sondern um die Stadt gekämpft wird.» Lüscher/Makropoulos 1982, S. 113. «Wenn die Bewegung erst das AJZ hätte, wollte sie die ganze Stadt mit ihrem ‘Power’, ihrer Kreativität und Wärme erfüllen (...).» Monod/Suter 1995, S. 43.

¹³² Hitz u.a. 1995, S. 246.

¹³³ Die städtischen Unterstützungsbeiträge weiteten sich auf neue Bereiche und Institutionen aus, die alternative Kultur wurde vermehrt gefördert. Rothmayr 1995, S. 89, 128f.

selbst zu einem Faktor der ökonomischen Attraktivität Zürichs. Die neuen Archipele der 'alternativen' Kultur machten Zürich zur 'Weltstadt', die sie allein mit der distinguierten Monokultur von Banken und Multis nie geworden wäre.»¹³⁴

Die Auswirkungen der urbanen Revolte für die Stadtentwicklung, im Alltagsleben und im öffentlichen Raum sind bis heute sichtbar. «Ohne 'Bewegung' wäre die Stadt nicht so kulturfreundlich, liberal und lebenslustig geworden, wie sie es heute ist», schrieb der Tages-Anzeiger anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Jugendunruhen.¹³⁵ In den 70er Jahren war Zürich noch eine konservative, verklemmte und repressive 'Provinzstadt'. Durch die Bewegung wurde die Stadt als Lebensraum wieder attraktiv; die AktivistInnen waren sozusagen die Pioniere der Renaissance Zürichs in den 90er Jahren. «Sie suchten ihr Glück nicht wie die Aussteiger im Gefolge der 68er Generation beim Wolle färben in den Tessiner Tälern, sondern wollten es hier und jetzt verwirklichen. Sie entschieden sich für die Stadt.»¹³⁶ In diesem Kontext nahmen die Auseinandersetzungen um die Erhaltung der innerstädtischen Wohnquartiere wieder stark zu. Im Laufe der 80er Jahre traten wellenartig Häuserkämpfe auf, die mit der Zuspitzung der Wohnungsnot Ende der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erreichten.¹³⁷

Die parlamentarische Debatte über Stadtentwicklung und Wohnungspolitik war – wie schon ein Jahrzehnt zuvor – mehr oder weniger blockiert. Die Interessen der Bewegung deckten sich mit den Anliegen breiten Bevölkerungskreise, die sich für günstige Mieten, die Erhaltung ihrer Quartiere und für ein kinderfreundliches Wohnumfeld einsetzten. Die Folge war erneut eine Pattsituation zwischen einer expansionsorientierten wirtschaftsfreundlichen Fraktion und einer brüchigen Allianz von sozial und grün orientierten Mittelschichten, konservativen Kräften sowie dem kulturell-urbanen Milieu, das aus den Bewegungen von 1968 und 1980 hervorgegangen war.¹³⁸

5. Wohn- oder Arbeitsstadt

Soll Zürich künftig als Wohn- oder als Arbeitsstadt fungieren; darüber wurde in den achtziger und anfangs der neunziger Jahre intensiv debattiert.. Dabei standen sich wie schon in den siebziger Jahren zwei etwa gleich starke Blöcke gegenüber, die sich erbittert und mit allen möglichen Mitteln bekämpften. Der Konflikt wurde etwa bei der Ausarbeitung der Richtpläne, der Gleisüberbauung *HB Südwest* (später *Eurogate*) und der Realisierung einer neuen *Bau- und Zonenordnung (BZO)* ausgetragen (vgl. III.A.2c).

¹³⁴ Hitz u.a. 1995, S. 247.

¹³⁵ TA, 30.5.2000, S. 21.

¹³⁶ TA, 30.5.2000, S. 21.

¹³⁷ Zu den umkämpftesten Liegenschaften gehörten die Gotthard- und Lavaterstrasse am Tessinerplatz (1980-82), die Hellmutstrasse (1979-88), das *Tor zu Aussersihl* am Stauffacher (1980-89), die Häuser im *Dreieck Zweier-, Anker- und Gartenhofstrasse* (1986-95) sowie das *Wohlgroth-Areal* (1991-94).

Für die Gesamtentwicklung der Stadt Zürich galt in den 80er Jahren noch immer der Zusatzbericht der *Jürgensen-Gruppe*, welcher eine Stabilisierung ins Auge fasste. Auf dieser Grundlage formulierte eine Kommission des Gemeinderates 1976 eine Stabilisierungsvariante für die Stadtentwicklung Zürichs: 410'000 EinwohnerInnen und 300'000 Arbeitsplätze.¹³⁹ Bei der Ausarbeitung des neuen *Regionalplans* im März 1982 beschloss die Mehrheit des Gemeinderats (*SP-LdU-Allianz*) die Beibehaltung der 1976 festgelegten Ziele; der *Regionalplan* wurde dann aber 1982 vom Volk abgelehnt (vgl. III.A.2b).¹⁴⁰ Die im *Jürgensen-Bericht* formulierte Stabilisierung stand im krassen Widerspruch zur realen Entwicklung der Bevölkerungszahlen und Arbeitsplätze. Während sich die Abwanderung von EinwohnerInnen – vorwiegend Familien der Mittel- und Oberschicht – in den 80er Jahren verlangsamte, stieg die Zahl der Arbeitsplätze weiter an; bis 1991 waren die zwei Werte in etwa gleich hoch.

Für die Diskrepanz zwischen den Zielen der Stadtentwicklung und der tatsächlichen Entwicklung gibt es diverse Erklärungen. Der Hauptgrund war sicherlich die zunehmenden Ansprüche an Wohnraum. Stadtrat Koller stellte schon im Oktober 1981 im Zusammenhang mit einer Interpellation die abnehmende Wohnraumbelegung fest und kam zum Schluss: «Sollte die Entwicklung anhalten und die durchschnittliche Belegung je Wohnung bis 1990 auf 1,87 [Personen] absinken, so müsste der Wohnungsbestand in Zürich, allein zur Erhaltung der heutigen Bevölkerungszahl auf rund 200'000, also um rund 36'000 oder rund 21 Prozent des heutigen Gesamtstandes erhöht werden.»¹⁴¹ Nach 1987 wurden aber im jährlichen Durchschnitt nicht einmal 1000 Wohnungen gebaut.¹⁴² Zum einen nahmen die Landreserven immer mehr ab, zum anderen war das Bauen immer noch teuer. Für InvestorInnen schien der Bau von Büros nach wie vor attraktiver. Die Landpreise stiegen infolge der Nachfrage der neu auf dem Markt auftretenden Pensionskassen. So liessen sich die Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau auf städtischer Ebene nur schwer steuern. Nach 1983 brach auch noch der kommunale Wohnungsbau ein; der mit der kurzen Ausnahme von 1990 bis 1994 bürgerlich dominierte Gemeinderat stellte sich mit ganz wenigen Ausnahmen gegen städtische Neubauprojekte.

Als weiterer zentraler Faktor für den Bevölkerungsschwund Zürichs ist die Politik des Stadtrats zu nennen: die formulierten Stadtentwicklungsziele der Stabilisierung wurden von der Stadtregierung nicht durchgesetzt. Stattdessen richtete sich die Politik der bürgerlichen Parteien in erster Linie

¹³⁸ Hitz u.a. 1995, S. 248

¹³⁹ Blanc 1993, S. 178f.

¹⁴⁰ Im Februar 1985 formulierte der Stadtrat bei einem Bevölkerungsstand von 361'000 EinwohnerInnen das Ziel um: «möglichst viele Einwohner bei möglichst hoher Wohnqualität und Stabilisierung der Arbeitsplätze». Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 55.

¹⁴¹ NZZ, 1.10.1981, S. 52. In der Tat hat sich die Wohnungsbelegung zwischen 1980 und 1990 von 2,00 auf 1,91 Personen verringert, der Bestand an Wohnungen lag 1990 mit 177'727 deutlich unter der Marke 200'000. Statistisches Amt der Stadt Zürich 1994, Bericht 9/ S. 27. Statistisches Amt der Stadt Zürich 1992, Bericht 2/ S. 1.

nach einer starken Wirtschaft und guten SteuerzahlerInnen aus. Eine Umschichtung der Bevölkerung – bessere SteuerzahlerInnen, weniger Sozialfälle – war erwünscht, der Verlust von über einem Fünftel der Stadtbevölkerung in drei Jahrzehnten wurde als notwendiges Übel akzeptiert.¹⁴³ Dabei hätten die jeweiligen Stadträte über verschiedene Mittel zur Stabilisierung der Stadtentwicklung verfügt: Regionalplanung, kommunaler Wohnungsbau, gesetzliche Vorschriften für den Wohnraumschutz (z.B. das *WEG* und der *WAP*). In Bezug auf den Wohnraumschutz, die Auslegung der bestehenden Vorschriften und Baubewilligungen unterliessen es die bürgerlichen PolitikerInnen jedoch, die bestehenden Mittel effektiv zu nutzen. Besonders Stadtrat Hugo Fahrner (*FDP*) wurde von linker Seite häufig für seine wirtschaftsfreundliche Politik kritisiert. Hugo Fahrner – Vorsteher des *Hochbauamts* (auch *Bauamt II* genannt) von 1982 bis 1986 – war für seine Baubewilligungspraxis berüchtigt: die geltenden Baugesetze pflegte er mit der Floskel ‘gemäss ständiger Ausnahmepraxis’ zu umgehen.¹⁴⁴ Während die Rechte bei Baubewilligungen gerne einmal ein Auge zudrückte, wurden linke Vorlagen wie das *Wohnerhaltungsgesetz (WEG)* oder der vom Volk angenommene *50-Millionen-Kredit für preisgünstiges Wohnen* mit allen rechtlichen Mitteln blockiert.

Mit der Übernahme des *Hochbauamtes* durch Ursula Koch (1986) und der Ausarbeitung der neuen *Bau- und Zonenordnung* für Zürich erlangte der Konflikt um die Gesamtentwicklung Zürichs neue Brisanz. Die Sozialdemokratin setzte sich für eine sanfte Stadtentwicklung ein und widersetzte sich damit der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat. Ursula Koch wurde der Spruch ‘Zürich ist gebaut’ in den Mund gelegt; die Entmischung innerhalb Zürichs müsse unterbunden werden: «Die Zukunft der urbanen Stadt kann weder in Stadtzentren liegen, die nach Arbeitsschluss als entvölkerte und ausgestorbene Einöden nur noch dem nächsten Tag entgegenharren, noch in Aussenquartieren, wo zwar gewohnt wird, aber ohne den Laden um die Ecke, ohne den Maler, der die verblichenen Fensterläden streicht, ohne Werkstätten, ohne Schuhmacher und Detailhandel.»¹⁴⁵ So verschärfen sich in der Ära Koch die Konflikte weiter; der Stadtrat war zwischenzeitlich so zerstritten, dass man nicht mehr gemeinsam an einem Tisch sass. In diesem Umfeld fanden zwei für die Stadtentwicklung der 90er Jahre wichtige Abstimmungen statt: die Vorlage zur Gleisüberbauung *HB Südwest* und die *Bau- und Zonenordnung*. Der *HB Südwest* war ein Relikt aus der Zeit der Grosstadtpläne Ende der 60er

¹⁴² Fachstelle für Stadtentwicklung 2002, S. 3.

¹⁴³ AGÖP 1984, S. 1. Flugblatt. Amtlich geprüft, Bausektion II. 9.1.1984. TAM Nr. 38, 19.9.1981, S. 17. WoZ Nr. 51/52, 22.12.1989, S. 33.

¹⁴⁴ Hitz u.a. 1995, S. 250, S. 281. TA, 15.3.1989, S. 17. WoZ Nr. 24, 12.6.1987, S. 6. Hitz u.a. sprechen von einer «Misere im von Günstlingswirtschaft und Inkompetenz geprägten Hochbauamt». Hitz u.a. 1995, S.281. Zwei Beispiele für die fragwürdige Bewilligungspraxis waren der Stauffacher (1984 rügte die Baurechtskommission das Bauamt II wegen verschiedener Ausnahmegewilligungen) und die Schmiede Wiedikon. «Eigenartig mutet in diesem Zusammenhang die Baubewilligungspraxis des Stadtrats an. Trotz Überschreitungen der zulässigen Bautiefen, Bauhöhe und Geschoszahl wurde die Baubewilligung erteilt (...).». TA, 22.2.1984, S. 21.

¹⁴⁵ Weltwoche Nr. 13, 26.3.1992, S. 41.

Jahre – eine gigantische Gleisüberbauung beim Hauptbahnhof (vgl. Exkurs V). KritikerInnen äusserten vor allem Bedenken, dass mit dem Riesenprojekt der Druck auf die Kreise 4 und 5 stark zunehmen würde. Die Vorlage *HB Südwest* wurde 1988 zwar hauchdünn angenommen, durch den vielfältigen Widerstand und die Verhinderungspolitik von Koch konnte die Bahnhofsüberbauung aber so lange verzögert werden, bis das Projekt im Mai 2001 platzte. Ähnlich umstritten war die *Bau- und Zonenordnung*. Unter dem Schlagwort 'Wohnstadt gegen Arbeitsstadt' führte Koch die Linke 1992 zu einem Sieg bei der kantonalen Abstimmung über die *BZO*. Die *SP*-Stadträtin wurde zum Symbol einer von rechter Seite als wirtschaftsfeindlich wahrgenommenen links-grünen Stadtentwicklungspolitik. Dabei etablierte sich eine neue Bruchlinie zwischen Teilen der Stadt- und Agglomerationsbevölkerung, die sich zu einem Konflikt zwischen Stadt und Kanton ausweitete (vgl. III.A.2 und III.A.3).¹⁴⁶

6. Wohnungsnotbewegung der späten 80er und frühen 90er Jahre

Ende der 80er Jahre begann sich die stadt- und wohnpolitische Opposition wieder zu sammeln. Von grosser Bedeutung waren dabei die im Herbst 1988 vom *Ssenter for Applied Urbanism (SAU)* organisierten Aktionswochen *Città Frontale* und die verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt nach 1988 (vgl. I.E.2b).¹⁴⁷ Unter dem Motto 'Wir lassen uns nicht ausMÄRZEN' entstand eine neue Bewegung, welche ab dem 23.2.1989 jeweils am Donnerstagabend *Aufläufe gegen die Speckis* [Spekulanten] veranstaltete.¹⁴⁸ Für die Aktionswoche *Wohnen tut Not* (13.-18.3.1989) schlossen sich verschiedene Organisationen, Parteien und Gruppen vorübergehend zu einem breiten Bündnis zusammen, das vom *Mieterverband* bis zur *POCH*, von der *Wogeno* bis zur *IG Kreis 5* reichte.¹⁴⁹ Der militante Teil der Wohnungsnotbewegung ging aber bereits vor der grossen Abschlussdemo vom 15.3.1989 auf Distanz zum *Mieterverband* und störte eine Podiumsdiskussion im Rahmen der Aktionswoche. Gleichwohl nahmen an die Abschlussdemonstration von *Wohnen tut Not* gegen 3000 Personen teil, die bisher wohl grösste Wohnungsnotdemonstration in der Geschichte Zürichs.

An die unbewilligten Aufläufe kamen nie mehr als 300 bis 500 Leute, obwohl die AktivistInnen der Repression zum Teil äusserst kreative Widerstandsformen entgegenseetzten, wie ein Aktivist

¹⁴⁶ Hitz u.a. 1995, S. 251f.

¹⁴⁷ «Auslöser waren ausgesprochene Kündigungen an Bewohner von Abbruchliegenschaften, aber auch die sich allgemein verschärfende Wohnungsnot in Zürich.» Stadtpolizei 1990, S. 28.

¹⁴⁸ «Wir können davon ausgehen, dass von der Wohnungsnot in Zürich Tausende, gesamtschweizerisch Zehntausende direkt, frontal betroffen sind, und dies quer durch verschiedene soziale Schichten. Eine Gruppe von Betroffenen hat daraus die Idee entwickelt, sich jeden Donnerstag um 19.00 auf dem Hirschenplatz zu treffen, um mal etwas transparent zu machen, wer und wie viele von der Wohnungsnot betroffen sind oder generell von diesem Staat die Schnauze voll haben und dies auch ausdrücken wollen.» Friede den Hütten. Krieg den Palästen. März 1989.

¹⁴⁹ Einige der zahlreichen Forderungen waren 'Wirksame Mittel gegen die Spekulation', 'Kostenmiete statt Wucherzins', 'Kündigungsverbot für Vermieter', 'Durchsetzung des WAP und WEG' und 'Mitspracherecht der MieterInnen bei Renovationen'.

rückblickend erklärt. «Die alten Kämpferinnen und Kämpfer waren ratlos und erstaunt ob dem Schwung und den Ideen dieser Bewegung. Doch je länger die Bewegung bestand, desto mehr tauchten die alten Schwierigkeiten auf. Nicht nur weil immer mehr 'Alte' dabei waren, sondern weil aus Unsicherheit immer häufiger auf alte Werte zurückgegriffen wurde. Bis und mit dem Polizeikrawall am 8.7 [1989] ärgerten sich wenig Leute über kaputte Scheiben, Brandanschläge oder häufige Verkehrszusammenbrüche. Es war einfach wie nie zu erklären, woher die Gewalt kommt. Zu krass war das brutale, erdrückende Auftreten der Polizei im Gegensatz zum witzig-frechen, unberechenbaren der Bewegung. [...] Mit dem Sommerloch, das von unserer Seite so lange beschworen wurde, bis es auch eintrat, ging die Energie verloren und der Szenewagen begann sich langsam in seinen alten Gleisen einzupendeln.»¹⁵⁰ Die Protestbewegung der Aufläufe blieb der akuten Wohnungsnot und Sympathien in der Bevölkerung zum Trotz randständig. Das hatte verschiedene Gründe: Die BewohnerInnen von günstigen Unterkünften zeigten selten Solidarität mit den Wohnungssuchenden, denn das Wohnen wurde als Privatsache angesehen. Die Wohnungsnotbewegung war zudem stark von 'Gassenleuten' wie AlkoholikerInnen, Obdachlosen, Drogenabhängigen und Punks geprägt.¹⁵¹ Diese Randständigkeit isolierte die Protestbewegung von innen heraus: Gegen so genannt Angepasste grenzte man sich klar ab; 'Integrierte' wurden schnell einmal als Spitzel verdächtigt. Die forcierte Unabhängigkeit beziehungsweise Abgrenzung von den Massen führten innerhalb der Bewegung zu einem Rückzug auf sich selbst.¹⁵² Dazu kam, dass die Stadtbehörden und die Polizei äusserst repressiv reagierten. Die Taktik der Polizei schien von Anfang an darauf ausgerichtet, jegliche Solidarisierung mit den Wohnungsnotbewegten zu unterbinden.¹⁵³ «Alle sind der Meinung, dass es klare Strategie der Polizeipräsenz war, uns zu isolieren, den vielen Betroffenen Angst zu machen, sich am Donnerstag anzuschliessen.»¹⁵⁴ Diese Taktik hatte ohne Zweifel auch Erfolg: Während am ersten Auflauf noch Transparente von Studierenden (*Unitopia*) zu sehen waren, verschwanden diese bald, wie die Polizei in einem internen Bericht feststellte: «Von den ca. 250 Teilnehmern [am ersten *Auflauf gegen die Speckis*] waren etwa 1/3 Studenten, welche sich dann jedoch bei der sich abzuzeichnen beginnenden Konfrontation mit der Polizei absetzten. Dieser Rückzug der Studenten muss im nachhinein als entscheidend betrachtet werden, dass das offensichtlich angestrebte Zusammensein der beiden 'Potentiale' (unzufriedene Studenten und

¹⁵⁰ KopFsprUng 1990, S. 38.

¹⁵¹ TA, 19.7.1989, S. 13. Friede den Hütten. Krieg den Palästen, März 1989.

¹⁵² Monod/Suter 1995, S. 54.

¹⁵³ Flugblatt (anonym). Communiqué und Gegendarstellung zur Wohnungsnot-Demo vom 9.3.1989, 10.3.1989. Friede den Hütten. Krieg den Palästen, März 1989. Monod/Suter 1995, S. 15.

¹⁵⁴ Friede den Hütten. Krieg den Palästen, März 1989.

Zürcher Subpolitszene) scheiterte.»¹⁵⁵ In der Folge wurde die Bewegung militanter und konzentrierte sich vermehrt auf Hausbesetzungen (vgl. III.D.1).

7. Regierungswechsel und Entstehung der Allianz der Vernunft

Die Gemeinde- und Stadtratswahlen vom April 1990 führten zu einem überraschenden Regierungswechsel. Im Gemeinderat entstand erstmals seit den dreissiger Jahren eine Mehrheit von SozialdemokratInnen, Grünen, Feministinnen und Alternativen; der neunköpfige Stadtrat setzte sich aus einer Mitte-Links-Koalition zusammen. Im Kanton dagegen regierte nach wie vor eine bürgerliche Vormacht. Die neue Regierung hatte das Pech, dass in ihrer Amtszeit die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreichte und deshalb die Bewältigung der Haushaltsdefizite die neue Mehrheit auf Jahre hinaus beschäftigte.¹⁵⁶ Auf der einen Seite musste die linke Regierung die Konsequenzen der bürgerlichen Politik der 80er Jahre tragen, auf der anderen Seite litten die städtischen Finanzen unter dem ungenügenden Lastenausgleich zwischen Stadt und Kanton.

Die Errungenschaften der rot-grünen Regierung waren insgesamt dürftig: ausser bei einigen vereinzelten Projekten erzielte die Linke nur einen substantiellen Erfolg, als sie die neue *BZO* durch die Volksabstimmung brachte. Kernpunkt dieser Auseinandersetzung waren die letzten grossen Entwicklungsreserven auf städtischem Boden, die Industrieareale, die im Gefolge von Produktionsauslagerungen zur Umnutzung anstanden (vgl. III.A.2c).¹⁵⁷ Die rot-grüne Regierung leitete das Ende der kulturpolitischen Öffnung ein. Die Trendwende kam mit der Abstimmung über das *Quartierzentrum Kanzlei*, die im Dezember 1990 mit hauchdünner Mehrheit verloren ging.¹⁵⁸ Nach dieser Niederlage wagte der sozialdemokratische Stadtpräsident Estermann keine Experimente mehr und präsentierte ein unverbindliches Kulturprogramm ohne Ecken und Kanten. Die Politik der rot-grünen Regierung unterschied sich nach dem Machtwechsel stark von derjenigen, welche die linken Parteien zuvor in der Opposition geführt hatten; insbesondere die SozialdemokratInnen entschärften ihre Positionen in verschiedenen Punkten.¹⁵⁹

Auch in der Drogenpolitik geriet die rot-grüne Regierung durch die Tolerierung der offenen Drogenszene zunehmend in Bedrängnis. Auch hier musste sie die Konsequenzen der

¹⁵⁵ Stadtpolizei Zürich 1990, S. 76.

¹⁵⁶ Ende 1993 stieg die Arbeitslosenquote in der Stadt Zürich auf 6,3 Prozent. Zum ersten Mal seit den dreissiger Jahren war die Stadt in grösserem Ausmass mit Arbeitslosigkeit und Armut konfrontiert.

¹⁵⁷ Die *BZO Koch* wurde allerdings 1996 vom Baudirektor des Kantons Zürich abgesetzt und durch die wirtschaftsfreundlichere *BZO Hoffmann* ersetzt.

¹⁵⁸ Das *Kanzleizentrum* hatte für die Linke – insbesondere die ausserparlamentarische Opposition – eine grosse Bedeutung und war einer der wenigen 'Freiräume' in Zürich, der über längere Zeit gehalten werden konnte (1984-1991).

¹⁵⁹ «Die rot-grüne Mehrheit hatte der veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Situation wenig entgegenzusetzen. Sie griff auf die bewährten Rezepte bisheriger Politik zurück, setzte bei der Stadtentwicklung auf die alten Stabilisierungskonzepte und versuchte, die wachsenden sozialen Probleme mit einer wankelmütigen Mischung aus Sachzwangrhetorik, Krisenmanagement und Repressionspolitik zu bekämpfen.» Hitz u.a. 1995, S. 273.

Repressionspolitik der vergangenen zwanzig Jahre tragen. Nach jahrelanger Vertreibung liess sich die Szene Ende der 80er Jahre auf dem Platzspitz hinter dem Bahnhof nieder und erlangte internationale Aufmerksamkeit. Als sich der neue Stadtrat für eine Heroinabgabe und Fixerräume einsetzte, wandten sich die beiden Polizeigewerkschaften gegen ihren Vorgesetzten Robert Neukomm. Auf Weisung von Bezirkstatthalter Bruno Graf und unter massivem Druck der Öffentlichkeit sowie rechter Kreise liess der Stadtrat den Platzspitz im Februar 1992 räumen, obwohl keinerlei gassennahe Infrastruktur bestand, die sich um die Drogensüchtigen kümmerte. «Hunderte von Gespenstern mit dreckigen Schuhen und Abszessen ergossen sich in die angrenzenden Wohnquartiere, mit ihnen Dealer und Polizei.»¹⁶⁰ Nach der Platzspitz-Räumung führte die Regierung eine verschärfte Vertreibungs- und Repressionspolitik ein. Die eskalierende Situation im Kreis 5 war mit ein Grund, dass die *Zwangsmassnahmen im Ausländergesetz*¹⁶¹ 1994 angenommen wurden. Im Gegensatz zur nationalen *SP* setzte sich der rot-grüne Stadtrat für die *Zwangsmassnahmen* ein und machte 'ausländische Drogendealer' und 'kriminelle Asylanten' für das Drogenproblem verantwortlich. Kein Jahr nach der Räumung des Platzspitzes sammelte sich die Szene erneut: ein paar hundert Meter flussabwärts, am Bahnhof Letten. Und wiederum entstand massiver öffentlicher Druck. Im Februar 1995 kam es zur Schliessung der offenen Drogenszene am Letten, dieses Mal jedoch mit so genannten flankierenden Massnahmen: mehr Gefängnisse, ein verschärftes Ausländergesetz, ein Rückschaffungszentrum und der fürsorgliche Freiheitsentzug. Gleichzeitig wurde die medizinisch kontrollierte Abgabe von Heroin eingeführt, was sich als ein taugliches Mittel zur Entschärfung der Situation erwies.

Angesichts der durchgezogenen Bilanz verwundert es nicht, dass die rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat schon 1994 zerbröckelte und die *SVP* als grosse Siegerin aus den Wahlen hervorging (Ausbau der Sitzzahl im Gemeinderat von 7 auf 19!), wodurch sich eine knappe rechte Mehrheit etablieren konnte. Dadurch wurde ein sich schon zwischen 1990 und 1994 abzeichnender Paradigmawechsel in der Politik der *Sozialdemokratischen Partei* zementiert. Der Rechtsrutsch zugunsten der *SVP* gab den BefürworterInnen einer Annäherung von *SP* und *FDP* Aufschwung, wie sie in den Bereichen der Drogen- und Kulturpolitik schon in der Legislaturperiode von 1990 bis 1994 eingesetzt hatte.¹⁶² Besonders deutlich wurde der Paradigmawechsel an der Neuausrichtung in der Stadtentwicklungspolitik. Nach den jahrelangen Auseinandersetzungen um die *BZO* brachen die verhärteten Fronten 1996 zuerst in der Verkehrspolitik auf, als zwischen *SP* und *FDP* ein historischer Verkehrskompromiss zustande kam: das Ziel der Einigung war es

¹⁶⁰ Magazin Nr. 48, 3.12.1994, S. 53

¹⁶¹ Das Bundesgesetz über *Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht*, welches im Dezember 1994 mit rund 73 Prozent Ja-Stimmen überaus deutlich angenommen wurde, erlaubt es gegen AusländerInnen ohne Aufenthaltsbewilligung ein Rayon-Verbot zu erlassen, das den Betroffenen untersagt ein bestimmtes Gebiet zu betreten oder zu verlassen.

¹⁶² Eberle 2003, S. 53.

oberirdische Parkplätze durch unterirdische Parkhäuser zu ersetzen. Stadtpräsident Josef Estermann bekräftigte die neue Stadtentwicklungsallianz mit der Gründung des *Stadtforums* als runden Tisch und mit der Neuverteilung der Aufgaben für die Stadtplanung. 2003 erklärte er gegenüber dem Tages-Anzeiger, dass er bei der Siedlungspolitik mit der Erhaltung des Wohnraums als oberste Priorität ursprünglich «einer Fehleinschätzung aufgesessen» sei – im Laufe der 90er Jahre wurde Estermann zum Architekten der ‘Koalition der Vernunft’.¹⁶³

Der Paradigmawechsel ist im Grunde eine logische Folge der veränderten Zusammensetzung der *SP*-Basis, welche sich durch die weltpolitischen Veränderungen nach 1990 zusätzlich akzentuierte. «Ihr ideologisches Fundament trägt nicht mehr, was bei einem Parteiprogramm aus dem Jahr 1982 – einer Zeit, als in Berlin noch die Mauer stand und in Appenzell die Frauen nicht wählen durften – kaum erstaunt. Die ‘Überwindung des Kapitalismus’ und der ‘Mensch im Sozialismus’ entflammen die heutigen Wähler nicht mehr», schrieb der Tages-Anzeiger 2003 vor den Eidgenössischen Parlamentswahlen.¹⁶⁴ Nach 1990 kam es zunehmend zu innerparteilichen Interessenkonflikten, da die soziale Basis langsam abhanden gekommen war und die ArbeiterInnen beziehungsweise Menschen mit geringem Einkommen und Bildung zunehmend *SVP* wählten.¹⁶⁵ Der *SP* als Partei des aufgeklärten Mittelstands verleidete es zunehmend eine Stellvertreter-Politik zu führen, denn die Basis der *SP* stimmte in Abstimmungen immer häufiger gegen die Partei. Dazu kommt der Umstand, dass die *SP* – in den Parlamenten zumeist in der Minderheit – auf Allianzen und somit Kompromisse angewiesen ist, wenn sie ihre Politik durchsetzen will.

8. Gentrification und Boom

Nach der Lettenschliessung 'normalisierte' sich die Lage allmählich. Doch die repressive Drogenpolitik veränderte das Klima im Kreis 5 wie auch in der übrigen Stadt. «Viele der früheren sozialen Netze, die eine gewisse soziale Kohäsion oder zumindest einen gegenseitigen Respekt der verschiedenen Gruppen geschaffen hatten, waren zerrissen, und es etablierte sich ein ausgrenzender Diskurs, der sich immer stärker auch in das urban-kulturelle Milieu hinein ausbreitete. So markierte die Vertreibung der Drogenszene den Beginn einer Politik, die versucht, das Soziale aus dem öffentlichen Raum zu verbannen und ihn für die ‘erwünschten’ Teile der Bevölkerung zu reservieren. In einer ‘Kaskade der Ausgrenzung’ zielte diese Politik auf immer weitere soziale Gruppen: bestimmte Kategorien von Immigranten und Immigrantinnen, Sexarbeiterinnen (ein grosser Teil davon illegalisierte Flüchtlinge), Obdachlose, Alkoholiker,

¹⁶³ TA, 26.9.2003, S. 19.

¹⁶⁴ TA, 9.9.2003, S. 2.

¹⁶⁵ Eine Tatsache die bei den Nationalratswahlen von 2003 bestätigt wurden. TA, 25.10.2003, S. 9.

Auffällige.»¹⁶⁶ Die Bevölkerung der Kreise 4 und 5, die sich in den 80er Jahren vehement gegen den 'Citydruck' und die Zerstörung von günstigem Wohnraum gewehrt hatte, stand zunehmend unter dem Druck der 'Quartieraufwertung' und Gentrification – Abläufe, die lange durch die offene Drogenszene neutralisiert worden waren. Mit dem vordergründigen 'Verschwinden' der Süchtigen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stand der Aufwertung des 'heruntergekommenen' Stadtteils nichts mehr im Wege. Insbesondere im oberen Kreis 5 (zwischen Hardbrücke und Hauptbahnhof), aus dem die meisten Schweizer Familien unterdessen weggezogen waren, entfaltete sich die Gentrification in einem enormen Tempo. Das neue In-Quartier wurde zum attraktiven Wohnort für trendige, junge Menschen. Parallel dazu nahm auch die Zahl der AusländerInnen nach 1993 kontinuierlich ab.¹⁶⁷ Schicke Bars schossen wie Pilze aus dem Boden, allorts wurde renoviert. Ausgerechnet das Lettenareal avancierte zu einem symbolischen Ort für den Aufschwung – das urbane Sommeramusement tobte dort am heftigsten, wo sich einige Jahre zuvor das Drogenelend konzentrierte. Die Aufwertung wurde von der Stadt gezielt mit Projekten gefördert: durch die *Fachstelle für Stadtentwicklung*, durch das auf kooperative Planung setzende *Stadtforum Zürich*, im Rahmen der Domino-Aufwertung, *Langstrasse PLUS* und anderer Kampagnen. Neubauprojekte, welche zahlungskräftige SteuerzahlerInnen und Dienstleistungsfirmen anziehen sollten, wurden von den Behörden direkt unterstützt, um einen Prozess der Aufwertung in Gang zu setzen. «Wir verstehen den bekannten 'Domino-Effekt' positiv: Gibt man dem ersten Stein einen kleinen 'Schupf', so bringt dieser eine ganze Reihe anderer Steine in Bewegung. Auf unser Thema bezogen: Ein kleiner Anstoss kann oft zu nachhaltigen Veränderungen führen. So verstehen wir 'Quartieraufwertungen: Zug um Zug'.»¹⁶⁸ Am deutlichsten konnte diese Entwicklung bei der Überbauung *The Docks* an der Langstrasse, an der Josefstrasse zwischen Langstrasse und Röntgenplatz und um das Kino *Riff Raff* an der Neugasse beobachtet werden.¹⁶⁹

Verstärkt wurde die Aufwertungstendenz im oberen Kreis 5 durch neue Entwicklungsflächen auf den ehemaligen Industriegebieten. Zürich West wurde Ende der 90er Jahre zum Boomgebiet erklärt. Zuvor hatten sich in den brachliegenden Fabrikhallen mittels Zwischennutzung illegale Bars, Kunst- und Theaterbetriebe eingemietet. Nachdem die ExponentInnen der Subkultur die ehemaligen Industrieareale zur attraktiven Freizeitzone umgewandelt hatten, folgten bald Neubauprojekte mit teuren Wohnungen, einem Multiplexkino, Hotels und vor allem Büros. Das neue Quartier verkam zunehmend zur Büroeinöde und Vergnügungsmeile für Kids aus der

¹⁶⁶ Schmid, Christian. Wir wollen die ganze Stadt! Die Achtziger Bewegung und die urbane Frage. In: Nigg 2001, S. 362.

¹⁶⁷ TA, 3.10.2001, S. 17.

¹⁶⁸ Fachstelle für Stadtentwicklung 2002.

¹⁶⁹ FaZ Nr. 208, Januar/Februar 2005, S. 13.

Agglomeration; der Wohnanteil blieb in den meisten neuen Überbauungen tief.¹⁷⁰ Als Höhepunkt dieser 'Verfreizeitisierung' von Zürich West verwirklichte das Schauspielhaus in der ehemaligen Schiffbauhalle auf dem Escher-Wyss-Areal zusätzlich zum Pfauen einen zweiten Vorführungsort, der auch obere Einkommensklassen nach Zürich West zog.

Im Kreis 4 liessen sich ähnliche Phänomene erkennen. Zwischen dem Hauptbahnhof, Kanonengasse, Kasernen- und Militärstrasse wurden innert weniger Jahre mehrere Wohnhäuser abgerissen und stattdessen Bürobauten errichtet. Obwohl die Überdeckung der Geleise beim Hauptbahnhof im Jahr 2001 begraben wurde, hatten der *HB Südwest* und *Eurogate* zu enormen Veränderungen um den Hauptbahnhof geführt: Wohnraum bekam immer mehr Seltenheitswert. Mit der Neuauflage des Projekts als *HB Stadtraum* entlang der Gleise im Jahr 2005 und dem Beginn der Neuplanung auf der Kasernen-Areal wurde diese Entwicklung zusätzlich verstärkt. Parallel dazu entstanden rund um die Langstrasse immer mehr Trendlokale, denen mit etwas Verspätung auch Renovations- oder Neubauprojekte mit Lofts und Eigentumswohnungen folgten. Mit der zunehmenden Wohnungsnot nach der Jahrtausendwende regte sich vereinzelt Widerstand gegen diese Neubauprojekte: so etwa gegen ein Hotelprojekt an der Ecke Stauffacher-, Hermann-Greulich-Strasse oder im *Viereck* Badener-, Ankerstrasse, Grün-, Wyssgasse. Im besetzten Haus *Egocity* an der Badenerstrasse 97 verwirklichte eine neue Generation von HausbesetzerInnen zwischen April 2001 und Januar 2004 kulturelle Projekte und erhielt dafür auch in den etablierten Medien viel Lob. Parallel dazu versuchte der *Verein Viereck* die Häuser mit legalen Mitteln zu erhalten. Trotz des vielfältigen Widerstands vom *Heimatschutz* bis zur Hausbesetzerbewegung konnte der Spekulations-Neubau jedoch nicht verhindert werden. Nach der Räumung von *Egocity* entstanden weitere Squats¹⁷¹ mit Treffpunkt-Charakter, deren Aktivitäten blieben aber zumeist kulturell. Politische Stadtentwicklungsdebatten organisierte ab November 2003 die Veranstaltungsplattform *stadt.labor*. Insgesamt bleibt der Protest gegen die wirtschaftsfreundliche Stadtentwicklungspolitik des rot-grünen Stadtrats aber marginal. Deutlich wurde dies am Beispiel der Abstimmung über den Gestaltungsplan des Hardturm-Stadions im September 2003, welchen die Stimmbevölkerung mit rund 60 Prozent deutlich annahm.

Der 'Citydruck' zeigte sich Jahrtausendwende nicht mehr nur in der Innenstadt, sondern auch in verschiedenen Nebenzentren und einzelnen Neubauprojekten in den Quartieren. «Die globale Ökonomie hat Kerne, die Städte, und diese müssen in dem Masse wachsen, wie dies die transnationale Wirtschaft macht. Die Expansion zentraler Managerfunktionen wie sie zur Kontrolle und Leitung der globalen Wirtschaft nötig sind, zeigt sich unerwarteterweise nicht in einer Ausweitung der City (im Citydruck, wie die AktivistInnen der Achtziger die Expansion der Innenstadt, der Luxuswohnungen und Banken nannten), sondern in der Bildung von weiteren

¹⁷⁰ In der Öffentlichkeit diskutiert wurde diese Entwicklung aber viel zu spät, nämlich erst im Jahr 2002.

Knoten in Form von neuen Quartieren.»¹⁷² Diese von der Stadt als Entwicklungszonen deklarierten Gebiete waren neben Zürich West auch Zürich Nord und die Binz (Zürich Süd). Speziell in den Kreisen 4 und 5 kam die Gentrification dazu, die sich an diversen Punkten mitten im Quartier bemerkbar machte.

Ende der 90er Jahre kam es zu einem regelrechten Bauboom: 1998 nahmen die Baugesuche im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent zu. Unterstützt wurde dieser Aufschwung auch durch einen Wandel innerhalb der Behörden. «Zürich baut, investiert, kauft und konsumiert, eröffnet, gründet, unternimmt, tanzt und feiert», diagnostizierte das Magazin 2000. «Die Stadt ist nicht wieder zu erkennen. Wo sich die Fraktionen einst mit Pflastersteinen und Gummigeschossen belagerten, ist ein Boom entfesselt worden.»¹⁷³ Als zentraler Protagonist der Zürcher Wende galt SP-Stadtrat Elmar Ledergerber, der 1998 das *Hochbauamt* von seiner Parteikollegin Ursula Koch übernahm. Ledergerber wurde schnell zum 'Gegenstück' von Koch und stand für Pragmatismus und Gesprächsbereitschaft, obwohl der Paradigmawechsel schon von Estermann eingeleitet worden war. Mit dem unter Ledergerber 1998 formulierten neuen Legislaturziel *10'000 Wohnungen in 10 Jahren*¹⁷⁴ bekam die zukünftige Stadtentwicklungspolitik endgültig ein neues Gesicht, der Standortwettbewerb rückte ins Zentrum. «Allmählich zeichnete sich das Etablieren eines neuen Stadtentwicklungsmodells ab: In seinen Grundzügen kann dieses als expansionsorientiert und wirtschaftsliberal charakterisiert werden, wobei soziale und ökologische Aspekte der Stadtentwicklung nicht völlig ausgeblendet werden, so dass von einem sozialliberalen Stadtentwicklungsmodell gesprochen werden kann.»¹⁷⁵ Der Stimmungswandel der SP erklärt sich nicht nur aus den vorne genannten internen Gründen, sondern auch durch die Rezession: der Verlust von 40'000 Arbeitsplätzen zwischen 1991 und 1996 hatte die Überwindungen von Partikularinteressen beschleunigt beziehungsweise erleichtert. Die Konkurrenz zwischen den Gemeinden um steuerkräftige BewohnerInnen und der fehlende Lastenausgleich für Zentrumsdienstleistungen, welche in Zürich von der halben Schweiz genutzt werden, machten der Stadt zunehmend zu schaffen. Die Politik der Stabilisierung wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre endgültig aufgegeben, man plante wieder hoch hinaus. In der Broschüre 'Zürich. Die Wirtschaftsmetropole der Schweiz' sprach der Stadtrat von jeweils 400'000 Arbeits- und

¹⁷¹ Squat ist die Englische Bezeichnung für ein Besetztes Haus.

¹⁷² WoZ Nr. 38, 23.9.1999, S. 9.

¹⁷³ Magazin Nr. 32, 12.8.2000, S. 26.

¹⁷⁴ Hintergrund für das Programm *10'000 Wohnungen in 10 Jahren* bildete eine Umzugsstudie unter 702 Haushalten mit überdurchschnittlichen Einkommen, die zum Schluss kam, dass sich der Wegzug von rund 5000 'Familien' zwischen 1991 und 1995 mit dem Mangel an attraktivem Wohnraum begründete. Dies bedeutet einen gehörigen finanziellen Verlust, wie die Stadt selber schrieb: «5000 neue mittelständische Familien könnten in Zürich ein Steuersubstrat von 20-50 Millionen Franken aufbringen.» Hochbau- und Finanzdepartement der Stadt Zürich 1999. S. 15.

¹⁷⁵ Eberle 2003, S. 134.

Wohnplätzen – 1998 standen etwa 360'000 BewohnerInnen 320'000 Beschäftigte gegenüber.¹⁷⁶ Drei Jahre zuvor – unter der Leitung von Ursula Koch – existierte noch das Ziel «das Verhältnis der Zahl der Arbeitsplätze und der Zahl der Bevölkerung zugunsten der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern».¹⁷⁷ Anfangs der 80er Jahre war gar noch von 410'000 EinwohnerInnen und rund 300'000 Arbeitsplätzen die Rede gewesen. Mit dem politischen Richtungswechsel der *SP* in Stadtentwicklungsfragen im Laufe der 90er Jahre war die städtebauliche Pattsituation Vergangenheit; die Wachstumsbefürworter übernahmen wieder das Szepter.

¹⁷⁶ Anlauf- und Koordinationsstelle Wirtschaft der Stadt Zürich (Hrsg.). Zürich. Die Wirtschaftsmetropole der Schweiz. Zürich 1999. Zürcher Statistische Nachrichten 2000, Berichte 6/3 und 7/3.

¹⁷⁷ Hochbauamt der Stadt Zürich 1996, S. 25.

E. Wohnungsnot in Zürich

Unter Wohnungsnot wird im Allgemeinen der Mangel an Wohnraum verstanden. Es existiert allerdings kein verbindlicher statistischer Wert für Wohnungsnot. Wann genau herrscht also Wohnungsnot? Bezeichnen wir Wohnungsnot als die Unmöglichkeit, eine Unterkunft zu finden, so kommt sie in Zürich kaum vor, denn die Zahl der Obdachlosen war hier im Vergleich zu anderen europäischen Städten stets gering. Wohnungsnot im Sinne von Wohnungsknappheit ist dagegen ein Zustand, der in Zürich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges praktisch ununterbrochen herrscht.

In der Regel wird der Leerwohnungsbestand als Indikator für die Wohnungsknappheit genommen.¹⁷⁸ Sind nur wenige Wohnungen leer, so kann von einer starken Wohnungsnot gesprochen werden. Fachleute gehen davon aus, dass für einen optimal funktionierenden Wohnungsmarkt ein Leerwohnungsbestand von ein bis drei Prozent nötig wäre.¹⁷⁹ Häufig wird Wohnungsnot in Verbindung mit dem Fehlen von preisgünstigen Wohnungen gebracht – hierfür wäre aber der Begriff Mietzinsnot treffender (vgl. I.E.3).¹⁸⁰ Wer die nötigen Mittel oder richtigen Beziehungen besitzt, findet stets eine Wohnung. Wohnungsnot ist immer auch selektiv und führt oft dazu, dass EinwohnerInnen mit kleinerem Einkommen eine günstigere Wohnung ausserhalb des Zentrums suchen müssen. «Das Privileg, im Zentrum der Metropole bleiben zu dürfen, wird nur noch denjenigen gewährt, die für den Finanzplatz unentbehrlich sind, alle anderen, die potentiellen UnruhestifterInnen und Störenfriede, müssen raus.»¹⁸¹

1. Faktoren für die Intensität der Wohnungsnot

a) Nachfrageseite

Vordergründig betrachtet, scheint es, die demographische Entwicklung sei direkt mit der Wohnungsnot verbunden. Die Einwohnerzahlen von Zürich widerlegen dies aber deutlich. Während seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine mehr oder weniger starke Wohnungsnot herrscht, nahm die Bevölkerungszahl von den 60er bis Mitte der 90er Jahren kontinuierlich ab. Wichtiger als die Gesamtgrösse der ständigen Wohnbevölkerung ist die Entwicklung einzelner demographischer Gruppen. Die Haushaltsphasen (Jugendphase, Familienphase, Nachfamilienphase, Betagtenphase) bestimmen stark den Flächenverbrauch, wobei die Ausnutzung in der Familienphase am höchsten ist.¹⁸² Eine starke Zunahme des Bevölkerungsanteils der 20- bis 29-jährigen beispielsweise führt auch bei einer konstanten oder

¹⁷⁸ Ein anderer Indikator für die Wohnungsnot ist die Zahl der Erstreckungsbegehren am Zürcher Mietgericht oder die Zahl der Beratungen beim Mieterverband.

¹⁷⁹ Nach Müller 1993 (S. 23) braucht es für einen funktionierenden Wohnungsmarkt einen Anteil von ein bis zwei Prozent leer stehender Wohnungen, laut Fritzsche (SAU 1986, S. 74) liegt der Wert bei zwei bis drei Prozent.

¹⁸⁰ Frey 1990, S. 153f.

¹⁸¹ WoZ Nr. 3, 18.1.1991, S. 26.

abnehmenden Gesamtbevölkerung zu einem starken Wachstum der Wohnraumnachfrage, denn in diesem Lebensabschnitt werden die meisten Haushalte gegründet. Daneben sind auch die «Altersrentner für die Wohnraumnachfrage wichtig, weil bei einer Vergrösserung dieser Gruppe einerseits mehr Wohnraum über längere Zeit nachgefragt wird und andererseits auch weniger Wohnraum an den Markt zurückgegeben werden kann.»¹⁸³

Die Haushaltsstruktur und die Ansprüche der BewohnerInnen sind weitere Faktoren für die Wohnungsnot. Die Haushaltsgrösse hat einen starken Einfluss auf den beanspruchten Platz pro Person. Sind die Wohnungen gut belegt und der durchschnittliche Platzbedarf pro Person gering (in Quadratmeter oder in Zimmer pro Person), so entsteht nur wenig Druck auf den Wohnungsmarkt. Ändert sich dies, so entsteht ein Engpass. Der Platzbedarf hängt ab vom Alter der Bevölkerung (siehe vorne), den Ansprüchen der Zeit, der durchschnittlichen Zahl der BewohnerInnen pro Haushalt (bedingt durch Familienstrukturen, Scheidungsraten usw.) und der Zahl der auf dem Markt angebotenen Wohnungen. Befinden sich in neu errichteten Häusern vorwiegend grosse Wohnungen, steigt der durchschnittliche Wohnverbrauch zusätzlich, da die grossräumigen und teuren Neubauwohnungen oft nur von kinderlosen Doppelverdienerpärchen (Dinks) bezahlt werden können.

b) Angebotseite

Ein weiterer zentraler Punkt für die Wohnungsnot ist die schwache Neubautätigkeit. Die Wohnbauaktivitäten in Zürich nahmen in der Nachkriegszeit kontinuierlich ab, insbesondere das Engagement der genossenschaftlichen und kommunalen Bauträger sank Anfang der 80er Jahre praktisch auf Null. Für diesen Rückgang finden sich verschiedene Gründe: zum einen wurden die Baulandreserven in Zürich langsam knapp, zum anderen ist der Bau von Geschäftshäusern bei InvestorInnen nach wie vor beliebter als der Wohnungsbau; und wenn Wohnungen gebaut werden, dann die einträglicheren Eigentumswohnungen. Weiter ging viel Wohnraum durch Umnutzung und die Ausbreitung der Büro-City in die umliegenden Quartiere verloren, da Gesetzesgrundlagen wie *WEG* und *WAP* den Wohnraum nur bedingt schützen konnten (vgl. III.A.3).

Wie die Zahlen der Bautätigkeit des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus darlegen, konnten die Aktivitäten von Genossenschaften und öffentlicher Hand zumindest ab den 60er Jahren keine antizyklische Wirkung mehr entfalten. Der zyklische Verlauf der Bautätigkeit verstärkte somit phasenweise die Wohnungsnot. Im Konjunkturanstieg, wenn infolge Vollbeschäftigung und Zuwanderung von Arbeitskräften eine grosse Nachfrage nach Wohnraum herrscht, ist das

¹⁸² Frey u.a. 1974, S. 11. Gabathuler 1988, S. 34f.

¹⁸³ Müller 1993, S. 24.

Raumangebot knapp.¹⁸⁴ Die Leerstandsquote nimmt in dieser Phase ab, gleichzeitig klettern die Mieten in die Höhe. Steigende Mieten wiederum stimulieren den Bau neuer Wohnungen, bis diese aber gebaut werden, vergehen mehrere Jahre – es kommt erst zur Entschärfung, wenn sich die Konjunktur wieder abgeschwächt hat.¹⁸⁵ Das Hauptproblem ist dabei, dass die Wohnbauförderung zumeist erst dann einsetzt, wenn die Wohnungsknappheit zum politischen Thema geworden ist. Dies weist auf das Fehlen langfristiger Strategien der städtischen Wohnbaupolitik hin, was sich anhand der städtischen Bautätigkeit zwischen 1970 und 1990 gut zeigen lässt. 1970 lag der Leerwohnungsbestand praktisch bei 0 Prozent. In den Jahren 1972 bis 1981 wurden darauf neun städtische Siedlungen mit insgesamt 1643 Wohnungen erstellt, worauf der Leerwohnungsbestand immerhin auf bescheidene 0,33 Prozent anstieg.¹⁸⁶ Obwohl der minimal wünschenswerte Wert von 1 Prozent bei weitem nicht erreicht worden war und der Leerwohnungsbestand nach 1985 wieder kontinuierlich abnahm, wurden zwischen 1983 und 1989 lediglich 262 städtische Wohnungen erstellt, worauf sich die Wohnungsnot wieder verschärfte.

2. Entwicklung der Wohnungsnot

a) Entstehung des kommunalen Wohnungsbaus im 19. Jahrhundert

Die Stadt Zürich besitzt rund 7000 Wohnungen (Stand Ende 2003), die zu den günstigsten auf dem Markt gehören. Dies sind immerhin 6 Prozent aller Wohnungen, zusammen mit den Genossenschaften macht dies rund einen Viertel der Wohnungen auf Stadtgebiet.¹⁸⁷ Ohne diesen Pool an günstigen Wohnungen wäre die Situation auf dem Wohnungsmarkt ohne Zweifel noch prekärer; es verwundert deshalb nicht, dass es bei Abriss- und Renovationsplänen der Stadt immer wieder Konflikten kam.

Mitte des 19. Jahrhunderts begann in Zürich die Industrialisierung, was den Zuzug von Tausenden Arbeitskräften zur Folge hatte. Innerhalb von drei Jahrzehnten entwickelten sich aus umliegenden Dörfern die heutigen Quartiere Wollishofen, Enge, Leimbach, Wiedikon, Aussersihl, Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Fluntern, Hottingen, Riesbach und Hirslanden.¹⁸⁸ Die in diesen Stadtteilen neu entstandenen Wohnungen waren aber für viele der zugezogenen IndustriearbeiterInnen unerschwinglich. Insbesondere nach 1885 – als die Bevölkerung jährlich um rund 5000 Personen zunahm – waren die auf dem Wohnungsmarkt aktiven privaten Institutionen als auch die Stadt mit der Situation hoffnungslos überfordert. In dieser Krisensituation führte die Stadt 1896 eine sozialökonomische Studie über die Wohnverhältnisse in Zürich durch. Dabei

¹⁸⁴ Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 15.

¹⁸⁵ Dieses Phänomen konnte schon im 19. Jahrhundert beobachtet werden, ist aber auch in den 70er und 80er Jahren noch feststellbar.

¹⁸⁶ Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 15.

¹⁸⁷ Fachstelle für Stadtentwicklung 2004, S. 5.

¹⁸⁸ 1893 wurden dieser Vororte eingemeindet.

zeigte sich, dass nicht so sehr die mangelnde Zahl der Wohnungen die Not ausmachte (Leerwohnungsbestand von über 5 Prozent), sondern die hohen Mietpreise, die prekären Zustände in den überbelegten Wohnungen und die hygienischen Missstände.¹⁸⁹ Als im Jahre 1905 der Leerwohnungsbestand weiter auf 0,28 Prozent sank, überdachte der Stadtrat seine Liegenschaftenpolitik neu. Nach längerem Zögern begann die Stadt nach 1907 die Situation mit dem Bau erster kommunaler Siedlungen zu steuern (1908/09: *Limmat I*, 1912/19: *Rietli*).¹⁹⁰ Sie kaufte dazu grosse Landreserven auf und forcierte die Wohnbauförderung. Während des Ersten Weltkriegs (1914-18) sank die Leerwohnungsziffer gleichwohl nahezu auf Null.¹⁹¹ Am Ende des Krieges herrschte eine solch katastrophale Wohnungsnot, dass die Behörden zu Notstandsmassnahmen greifen mussten. Zwischen 1918 und 1921 entstanden die städtischen Siedlungen *Nordstrasse (Schindelhäuser)*, *Rebhügel*, *Zurlinden* und *Sihlfeld*. Das private Baugewerbe hatte seine Geschäfte aufgrund der hohen Baukosten de facto eingestellt. Nach 1920 stellten die Behörden im Zuge rigoroser Sparmassnahmen ihre eigene Bautätigkeit weitgehend ein. Stattdessen unterstützten sie private gemeinnützige BauträgerInnen – sprich Genossenschaften – mit Bauland und Darlehen.¹⁹² Die steigende Zahl der Berufstätigen nach 1920 rief einen steigenden Bedarf an Wohnraum hervor, so dass sich auch in der ersten Hälfte der 20er Jahre wenig am Wohnungsmangel änderte. Unter dem 'roten Zürich' (1928-38) wurde der städtische Wohnungsbau deshalb weiter forciert (1926: *Birkenhof*, 1928: *Erismannhof*, 1931: *Bullingerhof*). Der Leerwohnungsbestand stieg aber erst in den Krisenjahren von 1931 bis 1936 an, in denen breite Bevölkerungsschichten gezwungen waren im familiären (oder sonstigen) Rahmen zusammenzuziehen.

b) Wohnungsnot in der Nachkriegszeit

Obwohl der Wohnungsbestand in der Nachkriegszeit kontinuierlich zunahm, führte die wachsende Stadtbevölkerung erneut zu Engpässen auf dem Markt. Nach 1950 lag der Leerwohnungsbestand nie über 0,2 Prozent, meist war er sogar im Promillebereich. «Es herrschte also seither permanenter Wohnungsmangel», schreiben die Stadtbehörden im Buch 'Kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbau in Zürich' 1990.¹⁹³ Im Zeitraum von 1956 bis 1970 waren durchschnittlich lediglich 34 Wohnungen frei.¹⁹⁴ Anfangs der siebziger Jahre sank der Leerwohnungsbestand praktisch auf Null. Mit den auf den Mai 1971 verfügten

¹⁸⁹ AGÖP 1984, S. 9. Käufeler 1993, S. 17. Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 10.

¹⁹⁰ «Die Stadt fördert die Erstellung gesunder und billiger Wohnungen, sowie die Errichtung von Logishäusern und Asylen für Obdachlose.» Gemeindeordnung von 1907 zitiert in Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 10. Lindig 1979, S. 108.

¹⁹¹ Insbesondere zwischen 1918 und 1923 bestand eine extreme Wohnungsnot.

¹⁹² Kurz 1993, S. 31.

¹⁹³ Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 15.

Konjunkturlenkungsmassnahmen auf dem Bausektor (Abbruch- und Baustopp) strebte der Bundesrat eine Stabilisierung auf dem Bauparkt an. Die bundesrätlichen Massnahmen wurden aber schon bald verwässert und konnten die Situation deshalb nur kurzfristig ein wenig beruhigen. Entschärft wurde die Wohnungsnot erst nach 1974 durch die Wirtschaftskrise. In Folge der Rezession der siebziger Jahre musste ein grosser Teil der ausländischen Bevölkerung Zürich verlassen, was auf den Wohnungsmarkt zu einer merklichen Entspannung führte. Nach 1978 sank der Leerwohnungsbestand von neuem und befand sich am 31.12.1979 bereits wieder unter 0,05 Prozent. Die Wohnungsnot der frühen 80er Jahre wurde von der Jugendbewegung dementsprechend häufig thematisiert.

Es sind verschiedene Faktoren, die den Wohnungsmarkt in der Nachkriegszeit und insbesondere nach 1960 negativ beeinflussten: soziale Entwicklungen wie die wachsende Überalterung der Bevölkerung, der frühzeitige Auszug der Jungen und die auf den Wohnungsmarkt strömenden geburtenstarken Jahrgänge vor dem Pillenknick. Zudem veränderte sich die Wohnraumnutzung – unter anderem begründet durch die überproportionale Zunahme von kleinen Wohnungen, steigende Scheidungsraten und sinkende Haushaltsgrössen.¹⁹⁵ Andererseits forcierten die Expansion der City und die damit verbundenen Abrisse von Altbauten die Wohnungsnot. An Stelle der grossen Altbauwohnungen, in welchen mehrere Personen gemeinsam eine Küche und ein WC nutzen, entstanden teure und schlecht ausgelastete 'Kleinwohnungen'.¹⁹⁶ Die Bruttofläche¹⁹⁷ pro Zimmer in Häusern aus den dreissiger bis fünfziger Jahren betrug nur 26 Quadratmeter, während in Neubauten die Bruttofläche mehr als zwei Drittel höher lag (44 Quadratmeter). Die Neubauwohnungen boten zwar teilweise mehr Wohnraum, dieser wurde aber von weniger Menschen bewohnt.¹⁹⁸ Der Anteil an Büros nahm nach Abrissen oder Renovationen stark zu.¹⁹⁹

¹⁹⁴ Siegenthaler 1996, S. 893. Nach 1960 stieg der Anteil der über 65-jährigen BewohnerInnen stark an. Gabathuler 1988, S. 6.

¹⁹⁵ Die durchschnittliche Zahl der BewohnerInnen pro Haushalt in der Schweiz sank seit 1950 kontinuierlich – gleichzeitig nahm der Anteil von kleinen Wohnungen nach 1970 stark zu. Auch in der Stadt Zürich war diese Entwicklung festzustellen. Zusätzlich wurde dies durch die Wohnmigration verstärkt: während vorwiegend Einpersonenhaushalte zuwanderten, verliessen Familien die Stadt.

¹⁹⁶ Während der Gesamtwohnungsbestand Ende 1990 um 22,9 Prozent grösser als 1960 war, gab es 114,2 Prozent mehr 1-Zimmerwohnungen, 26,1 Prozent mehr 2-Zimmerwohnungen, lediglich 13,2 Prozent mehr 3-Zimmerwohnungen, 14,5 Prozent mehr 4-Zimmerwohnungen und 12,4 Prozent mehr 5-Zimmerwohnungen, während die Zahl der 6- und Mehrzimmerwohnungen sogar um 23,3 Prozent kleiner war als 1960. Mitte der 90er Jahre kam es zu einer Trendwende: Es wurden nun vorwiegend grosse Wohnungen gebaut und ehemals verkleinerte Wohnungen in Einzelfällen gar wieder zusammengelegt. Dürrenberger u.a. 1993, S. 68. Müller 1993, S. 28. Statistisches Amt der Stadt Zürich 1990, Bericht 1/ S. 11.

¹⁹⁷ Die Bruttofläche pro Zimmer errechnet sich mit der Gesamtfläche der Wohnung inklusive Küche, Bad usw. geteilt durch die Anzahl Zimmer. TAM Nr. 19, 14.5.1983, S. 33. TA, 3.6.1981, S. 17.

¹⁹⁸ «Der in Zürich betriebene Wohnungsbau führt daher zwingend zu einer Steigerung der Wohnfläche pro Person, und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits lässt das hohe Angebot an Kleinwohnungen eine Nutzung durch Familien kaum zu, andererseits lädt der quadratmetermässige Aufwand in Kleinwohnungen zur Verschwendung von Wohnfläche geradezu ein.» TA, 7.10.1981, S. 17.

¹⁹⁹ Auffallend ist, dass zwischen 1970 und 1980 nie ein derart hoher Verlust an Wohnbauten durch Zweckveränderung und Umbau zu verzeichnen war wie 1980. TA, 3.6.1981, S. 17.

1982 entspannte sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Der Leerwohnungsbestand nahm zu, da die Zahl der neu erstellten Wohnungen angestiegen war – eine Entwicklung, die aber nur kurz anhielt. 1984 verschlechterte sich die Lage erneut, nach 1987 akzentuierte sich dieser Trend zusätzlich. Dies deshalb, weil die Altersgruppe der 20- bis 29-jährigen in der Schweiz nach 1980 stärker als die Gesamtbevölkerung wuchs, was zu einer verstärkten Wohnungsnachfrage führte; gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der über 65-jährigen zwischen 1960 und 1990 stark.²⁰⁰ Ausserdem nahm die Zahl der neu erstellten Wohnungen Mitte der 80er Jahre wieder ab. Die Wohnfläche pro Person vergrösserte sich dagegen zwischen 1980 und 1990 in Zürich von 33 auf 37 Quadratmeter.²⁰¹ Einpersonenhaushalte in 1-Zimmerwohnungen nahmen um 20,2 Prozent ab, in 2- und 3-Zimmerwohnungen dafür um 26,5 beziehungsweise 35,1 Prozent zu.²⁰² Dass der durchschnittliche Bedarf an Wohnfläche pro Person stark zugenommen hatte, verdeutlicht eine Umfrage des Tages-Anzeigers vom November 1992. Danach gaben 24 Prozent der Befragten als Grund für einen Wohnungswechsel an, ihre Wohnung wäre zu klein und 52 Prozent suchten eine Wohnung mit mindestens vier Zimmern.²⁰³

Die steigenden Bedürfnisse in Verbindung mit der noch immer andauernden Wohnraumzerstörung in den zentrumsnahen Quartieren (das *Wohnerhaltungsgesetz* konnte günstigen Wohnraum nur begrenzt schützen, vgl. III.A.3a) verschärfte die Situation auf dem Wohnungsmarkt drastisch. 1988 erreichte die Zahl der leer stehenden Wohnungen den absoluten Tiefststand der 80er Jahre.²⁰⁴ «Bei den Wohnungsbesichtigungen stehen sich die Menschen auf den Füssen herum, was bei den kleinen Wohnungen nicht besonders verwunderlich ist, und dennoch: so vierzig bis sechzig Leute sind normal.»²⁰⁵ Auf dem offenen Wohnungsmarkt fanden sich praktisch keine günstigen Wohnungen mehr, wie eine Untersuchung des *Mieterverbandes* zeigte: «Wir sind zurzeit in der Stadt Zürich mit dem Problem der Obdachlosigkeit in einem Ausmass konfrontiert, wie wir das noch kaum je erlebt haben. Die Notschlafstellen werden von Jugendlichen, aber auch älteren Alleinstehenden in dermassen grosser Zahl überrannt, dass

²⁰⁰ Die über 65-jährigen machten in Zürich 1950 noch 9 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, 1960 11 Prozent, 1970 15 Prozent und 1980 schon 20 Prozent. Nach 1980 stagnierte der Anteil der über 65-jährigen (1990: 20 Prozent, 2001, 18 Prozent). Statistisches Amt der Stadt Zürich 1951, 1961, 1971, 1981, 1991, 2001.

²⁰¹ Statistisches Amt der Stadt Zürich 1994, Bericht 9/ S. 26.

²⁰² Statistisches Amt der Stadt Zürich 1994, Bericht 9/ S. 28.

²⁰³ Tages-Anzeiger 1993, S. 11f. Diese Zahlen wurden durch eine Auswertung von 121 Anrufen auf das 'WohnungsNot-Telefon' des Mieterverbands in etwa bestätigt (Februar 1989): 25 Prozent suchten eine neue Wohnung weil die alte zu klein war, 6 Prozent wegen zu hoher Miete, 28,5 Prozent wegen Heirat, Konkubinat, Scheidung oder Trennung und 28 Prozent infolge einer Kündigung (14 Prozent Umbau, 8 Prozent Abbruch, 6 Prozent Eigenbedarf oder Verkauf). Medienmitteilung. Auswertung des WohnungsNot-Telefon, 6.3.1989.

²⁰⁴ Ein weiteres Zeichen für die Verschlechterung auf dem Wohnungsmarkt war die steigende Zahl an Erstreckungsbegehren am Zürcher Mietgericht. Im Jahr 1986 auf 443 gesunken, stieg sie 1987 auf 599 und 1988 auf 817, 1989 wurden alleine in den ersten vier Monaten 415 Erstreckungsbegehren eingereicht. Mieterverband Zürich 1989, S. 2.

²⁰⁵ WoZ Nr. 11, 18.3.1988, S. 6.

Hunderte von Personen abgewiesen werden müssen.»²⁰⁶ Wohnen wurde für immer breitere Gesellschaftsschichten zu einem existentiellen Problem. Der Wohnungsmarkt war 1989 so ausgetrocknet, dass nicht nur jüngere und ärmere Menschen Mühe hatten ein Dach über dem Kopf zu finden. Eine Reportage der Schweizer Illustrierten zeigte, dass das Problem weit in den Mittelstand hinein akut geworden war: «Dass der Wohnungsmarkt zusammengebrochen ist, weiss die 44-jährige Zürcher Direktionssekretärin Ursula Hennings aus eigener Erfahrung: Obwohl sie für eine 2-Zimmer-Wohnung bis 1000 Franken bezahlen könnte, findet sie nichts. 'Ich bin am Ende, weiss nicht mehr, was machen', klagt die Frau. Jeden Morgen ist um 05.30 Tagwache – dann stürzt sie sich auf die Wohnungsanzeiger. Dutzende von Telefongesprächen führt sie täglich, gibt Telegramme auf, schreibt auf Chiffre-Inserate – alles vergeblich. 'Ich kann das nicht verstehen: Ich lebe in geordneten Verhältnissen, habe keine Schulden, bin Nichtraucherin, habe einen einwandfreien Leumund und wurde nie betriebe.'»²⁰⁷

1990 begann der Immobiliensektor einzubrechen, der Boom Ende der 80er Jahre war ein Zeichen einer 'konjunkturellen Überhitzung' gewesen.²⁰⁸ Die Leerwohnungsquote und die Neubautätigkeit nahmen anfangs der 90er Jahre wieder zu, was nicht zuletzt auf den Druck aus der Bevölkerung zurückzuführen war. Gleichzeitig änderte die Stadtregierung nach 1989 ihre Liegenschaftspolitik, kaufte vermehrt Häuser und förderte wieder den kommunalen Wohnungsbau.²⁰⁹ Allmählich besserte sich die Situation; im Rahmen der aufkommenden Rezession der 90er Jahre standen in Zürich von 1996 bis 1998 erstmals in der Nachkriegszeit mehr als 1000 Wohnungen leer. Aber auch dieses Mal hielt die Entspannung nicht lange an. Im Jahr 2002 lag der Leerwohnungsbestand wieder annähernd so tief wie Ende der 80er Jahre und auch in den folgenden Jahren entschärfte sich die Lage nur langsam.

Abschliessend lässt sich feststellen, dass die Wohnungsnot in regelmässigen Zehn-Jahre-Zyklen einen Höhepunkt erreichte und zum existentiellen Problem für breite Bevölkerungsschichten wurde. Parallel dazu hatte sich die Mietzinsproblematik im Laufe der 90er Jahre verschärft. Die Mietzinse in der Stadt Zürich stiegen zwischen 1989 und 2002 um rund 20 Prozent stärker als die übrigen Lebenshaltungskosten; und dies trotz nach 1992 stark fallender Hypothekarzinsen.

3. Mietzinsnot und Bodenspekulation

Wohnungsknappheit betrifft sowohl preiswerte wie auch teure Wohnungen, Personen mit geringem Einkommen und ohne grosses soziales Netzwerk sind jedoch besonders stark betroffen – teilweise wird von der A-Gruppe (negativ: A-Lasten) gesprochen, also Alte, Arme,

²⁰⁶ Mieter-Zeitung, Oktober 1988, S. 5f.

²⁰⁷ Schweizer Illustrierte, 3.1.1989, S. 30.

²⁰⁸ Hitz u.a. 1995, S. 215.

²⁰⁹ Mieter-Zeitung, November 1990, S. 5.

Auszubildende, Arbeitslose, AusländerInnen und allein Erziehende. Die Mietzinsnot betrifft aber nicht nur Arme. Die Eingrenzung auf die A-Gruppe greift somit zu kurz wie ein Bericht im Tages-Anzeiger von April 1981 verdeutlicht. «[...] auch Familien mit Kindern, die angeblich dem Idealtypus dieser Gesellschaft entsprechen, werden im wahrsten Sinn zur sozialen Randgruppe, indem sie auf dem Zürcher Wohnungsmarkt an den Rand gedrängt werden. Bei marktüblichen Preisen von 1500 Franken und mehr für eine Vierzimmerwohnung (im freitragenden Wohnungsbau) sind sie gezwungen, in die Agglomeration abzuwandern.»²¹⁰ Eine Problematik der Mietzinsnot liegt darin, dass die Mieten für vergleichbare Wohnungen äusserst stark variieren und zumeist nur die teuren Wohnungen auf den Markt kommen, während die günstigen unter der Hand weitergegeben werden. Mehrere Studien kommen zum Schluss, dass die durchschnittlichen Mietzinse in Inseraten mehr als doppelt so hoch sind wie die statistischen Durchschnittsmieten in der gesamtstädtischen Mietzinshebung.²¹¹

Nicht nur bei den Mietzinsen gibt es grosse Differenzen, auch der Anteil der Mietausgaben am Gesamteinkommen ist sehr unterschiedlich. Welcher Wert als noch zumutbare Mietbelastung gilt, ist im Grunde eine politische Frage. Fachleute gehen davon aus, dass der Mietzins einen Viertel bis Drittel des Einkommens nicht überschreiten sollte.²¹² Die Belastung der Haushaltseinkommen durch die Miete hat in den letzten Jahrzehnten auf jeden Fall deutlich zugenommen. Das Wohnen belastet «die Kosten für die Lebensnotwendigkeiten vergleichsweise sehr viel stärker als früher».²¹³ Bestätigt wird dies durch den Mietindex, der gegenüber dem Konsumentenindex stärker anstieg: In den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre verliefen die zwei Indexe noch mehr oder weniger parallel. Mit den Hypothekarzinsenerhöhungen von vier auf sechs Prozent zwischen dem 1.5.1980 und dem 1.3.1982 stiegen die Mieten erstmals deutlich stärker als die allgemeine Inflationsrate. Die rückläufige Neubautätigkeit führte zu einer weiteren Erhöhung der Mieten und infolge der gestiegenen Baukosten zu einem enormen Preisgefälle zwischen Alt- und Neubauwohnungen.²¹⁴ Nach 1985 war zudem eine Steigerung der Bodenpreise zu verzeichnen, was wiederum höhere Mietzinse bewirkte.²¹⁵ Nach einer stabilen Phase stiegen die Hypothekarzinsen am 1.6.1989 explosionsartig an, worauf die Mieten erneut stärker als die übrigen Verbraucherpreise in die Höhe schnellten. Der durchschnittliche Wohnungspreis stieg im Kanton

²¹⁰ TA, 3.4.1981, S. 17.

²¹¹ Dürrenberger u.a. 1992, S. 80. Mieter-Zeitung, November 1988, S. 11. Schweizer Illustrierte, 3.1.1989, S. 31. Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax 1985, S. 26. Statistisches Amt der Stadt Zürich 1981, Heft 4/ S. 255-270. Widerspruch 17, 1989, S. 123f. Widerspruch 23, 1992, S. 91f.

²¹² Fachstelle für Stadtentwicklung 2002, S. 7. www.sozialinfo.ch

²¹³ Fritzsche, Bruno. Der Verkehr plant die Städte. In: SAU 1986, S. 75.

²¹⁴ Die Neubautätigkeit nahm nach 1985 stark ab (1985: 1511 Wohnungen; 1986: 1180; 1987: 649; 1988: 561; 1989: 635; 1990: 587).

²¹⁵ In den Jahren 1987 und 1988 lag der Verkaufspreis der angebotenen Liegenschaften im Durchschnitt 123 Prozent über dem Ertragswert. Mieter-Zeitung, Oktober 1988, S. 4.

Zürich zwischen 1980 und 1990 um 35 Prozent²¹⁶, gemäss amtlichen Erhebungen wurden Wohnungen privater VermieterInnen in der Stadt Zürich vom November 1980 bis November 1988 je nach Wohnungsgrösse sogar zwischen 37 Prozent und 57 Prozent teurer.²¹⁷ Genauere Zahlen liefern die Mikrozensen²¹⁸ von 1983 und 1986 sowie der 'Verbraucherhebung 1990': danach erhöhte sich der Durchschnitt der Netto-Mietzinsbelastung gesamtschweizerisch von 18,0 Prozent 1983 auf 19,7 Prozent 1986 und 21,5 Prozent 1990.²¹⁹ In den 90er Jahren ging diese Entwicklung weiter. Wie die Untersuchung «Mietbelastungen und Wohnverhältnisse» zeigt, nahm die Mietkostenbelastung in Bezug auf das Haushaltseinkommen zwischen 1990 und 1998 lediglich bei den RentnerInnen ab, erhöhte sich jedoch bei allen anderen Altersgruppen deutlich. Markant war der Anstieg vor allem bei Paaren mit Kindern (von 15,8 auf 16,8 Prozent) und allein Erziehenden (von 19,8 auf 23,7 Prozent). Im Kanton Zürich stieg gemäss dieser Untersuchung die Zahl der Haushalte, bei denen die Miete mehr als einen Fünftel des Haushaltseinkommens verschlang von 31 auf 35 Prozent an.²²⁰ Ähnliches belegt 'Die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Wohnungsmiete in der Schweiz', eine Studie des *Mieterverbands* aus dem Jahr 2005, wonach die durchschnittliche Bruttomietbelastung in der Schweiz zwischen 1990 und 1998 von 14 auf 18 Prozent stieg.²²¹ Infolge dieser Entwicklung wurden immer mehr Haushalte mit kleineren Einkommen an den Stadtrand oder ganz aus Zürich gedrängt und dadurch aus ihren sozialen Zusammenhängen und Netzen herausgerissen. Für gewisse Kreise wurde Zürich zunehmend zu einer 'geschlossenen Stadt', was 2002 in der Veranstaltungsreihe 'Città chiusa – wer kann sich Zürich noch leisten?' der Roten Fabrik thematisiert wurde.

Der Zürcher Historiker Fritzsche liefert drei Gründe, warum die Wohnkosten gegenüber anderen Bedarfsgütern stärker zugenommen haben: Erstens stiegen die Ansprüche im Bereich Wohnen; Zentralheizung, Bad und WC sind zum Standard geworden. In dieser Hinsicht dürften sich auch die höheren Bedürfnisse in Bezug auf die Haushalts- und Wohnungsstrukturen auf die Mieten ausgewirkt haben. Zweitens bevorzugt das knappe Wohnungsangebot die VermieterInnen, da sich die MieterInnen in einer schlechten Verhandlungsposition befinden. Besonders deutlich wird dies bei den Hypothekarzinsen. Die Senkungen des Leitzinses werden im Gegensatz zu den Hypothekarzinserhöhungen selten an die Mieterschaft weitergegeben, obwohl MieterInnen in der Regel von diesem Recht Gebrauch machen könnten.²²² Drittens stiegen die Baukosten schneller als die allgemeinen Lebenskosten. Dies deshalb, weil die Produktionsfortschritte im Baugewerbe

²¹⁶ Bundesamt für Statistik 1996, S. 229.

²¹⁷ Die Konsumentenpreise stiegen dagegen lediglich um 27 Prozent. Rechenschaftsbericht des Mieterverbandes Zürich 1988/89, S. 1.

²¹⁸ Bei den vom *Bundesamt für Wohnungswesen* durchgeführten Mikrozensen wurden jeweils rund 4000 Haushaltungen erfasst und ausgewertet.

²¹⁹ Widerspruch 23, 1992, S. 94.

²²⁰ Bundesamt für Wohnungswesen 2001, S. 52.

²²¹ Mieten & Wohnen, Juni 2005, S. 4.

geringer sind als in anderen Bereichen und jedes Haus im wesentlichen eine Einzelanfertigung ist.²²³

Ein häufig angesprochener Faktor für die steigenden Boden- und Mietpreise ist die Spekulation. Grundsätzlich muss der Begriff der Spekulation differenziert werden. Nach der ökonomischen Definition ist ein Spekulant jemand der eine zukünftige Entwicklung vorausnimmt – also spekuliert – und daraus gegebenenfalls einen Profit zieht. Er ist nicht der eigentliche Verursacher der hohen Bodenpreise, sondern nur Profiteur der Situation.²²⁴ Die Bodenpreise aber steigen, weil der Boden ein begehrtes Gut ist, das sich nach der Nachfrage richtet. Weil sich in den Stadtzentren viele Leute ansammeln, ist der Grundbesitz dort dementsprechend attraktiv und wertvoll. Dies gilt insbesondere für Geschäfte, die möglichst leicht erreichbar sein müssen. «Je besser die Verkehrserschliessung, desto grösser prinzipiell die Erreichbarkeit, je grösser die Erreichbarkeit, desto höher die Grundrente. Sie steigt bis zu dem Punkt, wo die Wohnungssuchenden nicht mehr mithalten können. Diese überlassen das Feld den Verkaufsräumen der Warenhäuser, den Sprechzimmern der Spezialärzte, kurz dem Dienstleistungssektor. Die Verdrängung von Wohnraum beginnt.»²²⁵ An attraktiven Standorten wird daher praktisch nur für gehobene Ansprüche gebaut.

Im Volksmund ist ein Spekulant dagegen jemand der übermässig abkassiert. Mit einem Grundrecht wie dem Wohnen dürfte – so das Urteil der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen – kein Profit gemacht werden. Die Mietzinsproblematik wird durch profitorientierte Immobilien-HändlerInnen zweifellos verschärft. Solchen InvestorInnen ist es in der Regel egal, wie ihre Liegenschaften genutzt werden. Hauptsache, die Rendite stimmt. Am einfachsten gelingt dies, indem den bestehenden MieterInnen gekündigt wird und stattdessen einträglichere Büros oder Luxusappartements errichtet werden – nicht selten sogar auf illegale Art und Weise (vgl. III.A.3b). Grossen Unmut schürte zudem die Praxis der Spekulanten Häuser kaum zu warten oder gar leer stehen zu lassen. Unbewohnte Liegenschaften leiden speziell bei kaltem und feuchtem Wetter, denn gerade in dieser Zeit ist es wichtig, dass sie regelmässig geheizt werden. «Feuchte Mauern sind selten wieder instandstellbar – und wenn das noch nicht genügt, helfen die Besitzer gerne nach: Bezahlte Rolltrupps sorgen dafür, dass keine Möglichkeit zur Renovation besteht.»²²⁶ Wiederholt wurde auf Zerstörungsaktionen zur Verhinderung von Besetzungen leer stehender Häuser hingewiesen. «Alle Leitungen sind herausgerissen, das Wasser abgestellt. Alle WC-Schüsseln und Schüttsteine sind zertrümmert, die Öfen demontiert. Wir stehen vor einem

²²² TA, 3.10.1988, S. 7. Infoladen für Häuserkampf 1988.

²²³ Fritzsche, Bruno. Der Verkehr plant die Städte. In: SAU 1986, S. 75.

²²⁴ «Er ist der Nutzniesser einer Situation, in unserem Fall steigender Bodenpreise, aber nicht ihre primäre Ursache, obwohl er natürlich bestrebt ist, sie in seinem Sinne zusätzlich zu beeinflussen.» Fritzsche, Bruno. Der Verkehr plant unsere Städte. In: SAU 1986, S. 75. Bresche Nr. 352, Dezember 1989, S. 8.

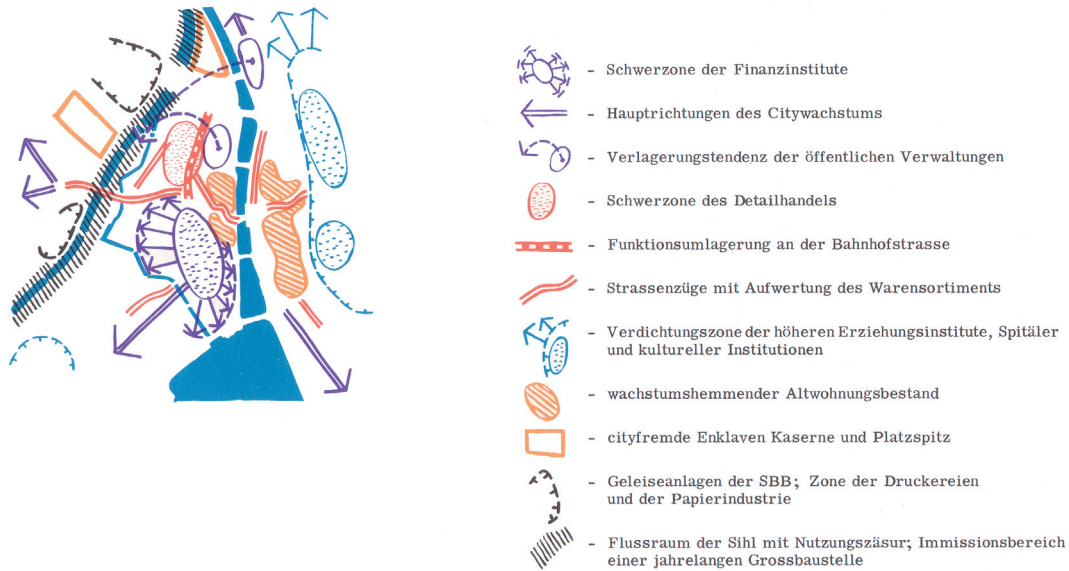
²²⁵ Fritzsche, Bruno. Der Verkehr plant die Städte. In: SAU 1986, S. 76.

einzigem Holz- und Scherbenhaufen, der ganz klar verhindern soll, es je wieder irgend jemandem zu ermöglichen, hier zu wohnen.»²²⁷ Die Motivation, welche hinter diesem Vorgehen steht, ist die Vermeidung von Mieterprotesten, das Abwarten einer gewinnträchtigeren Nutzung in Form von Büros oder Massage-Salons oder das absichtliche Zerfallenlassen der Häuser, um sie danach abzureissen.

²²⁶ 21i Nr. 12, 11.11.1987.

²²⁷ Flugblatt. Instandbesetzung an der Köchlistrasse 22, 18.3.1989.

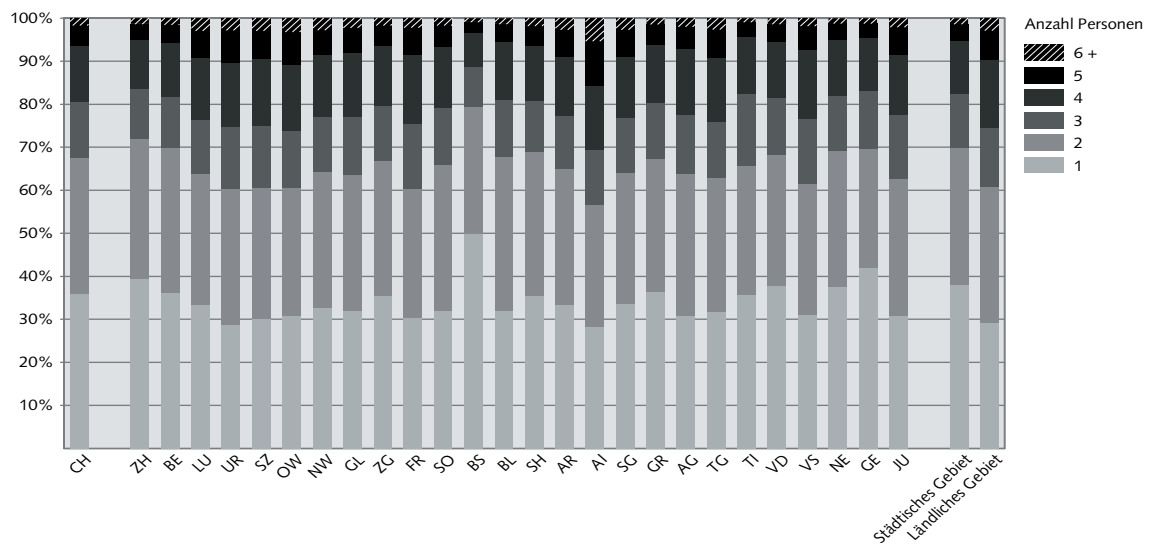
Tabellen und Grafiken zum Teil I



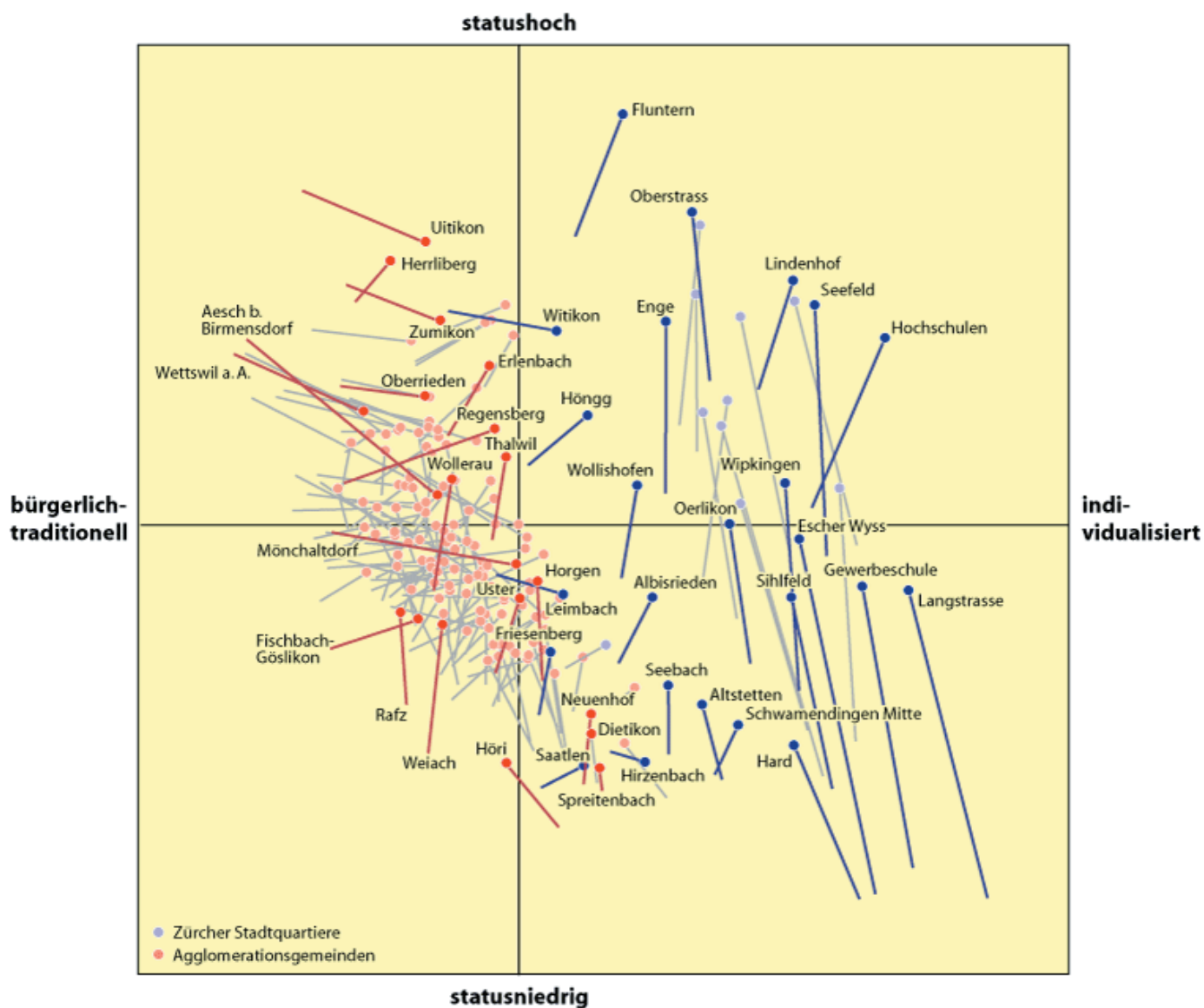
City-Wachstum (ID1): Möglichkeiten des City-Wachstums (violett) und wachstumshemmende Zonen (orange). aus: Bauamt I der Stadt Zürich 1969.

Privathaushalte nach Anzahl Personen und Kantonen, 2000

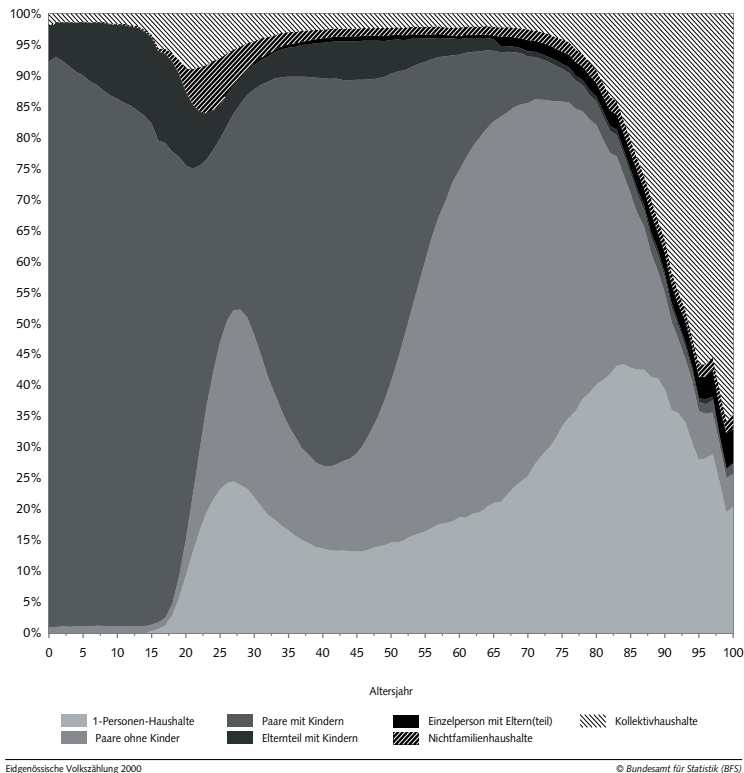
G 1



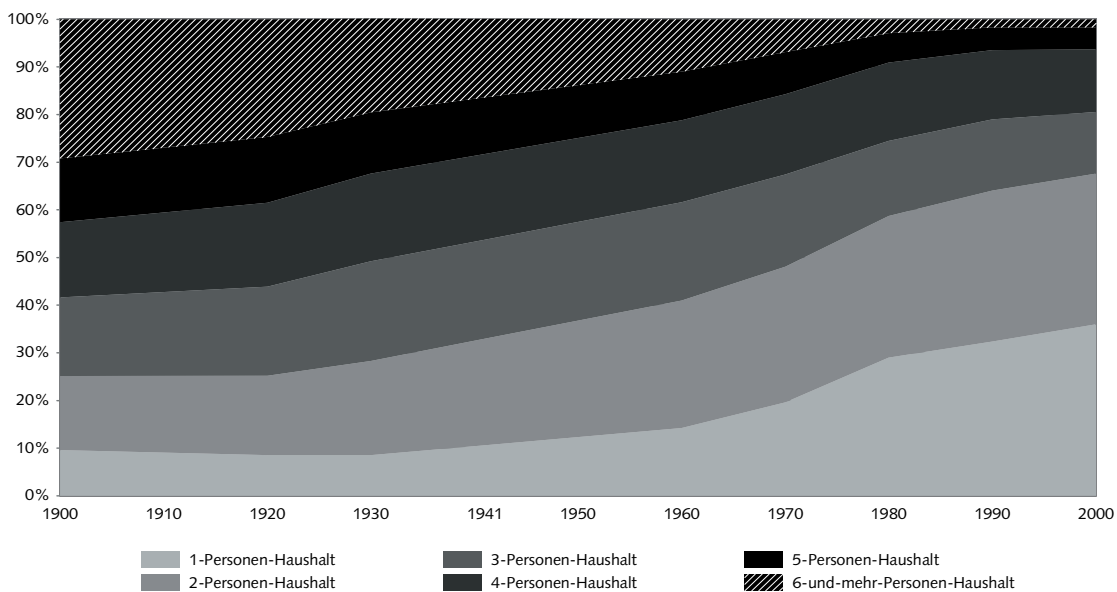
Privathaushalte nach Anzahl Personen 1900 bis 2000 (IE2b): aus: Bundesamt für Statistik, Eidgenössische



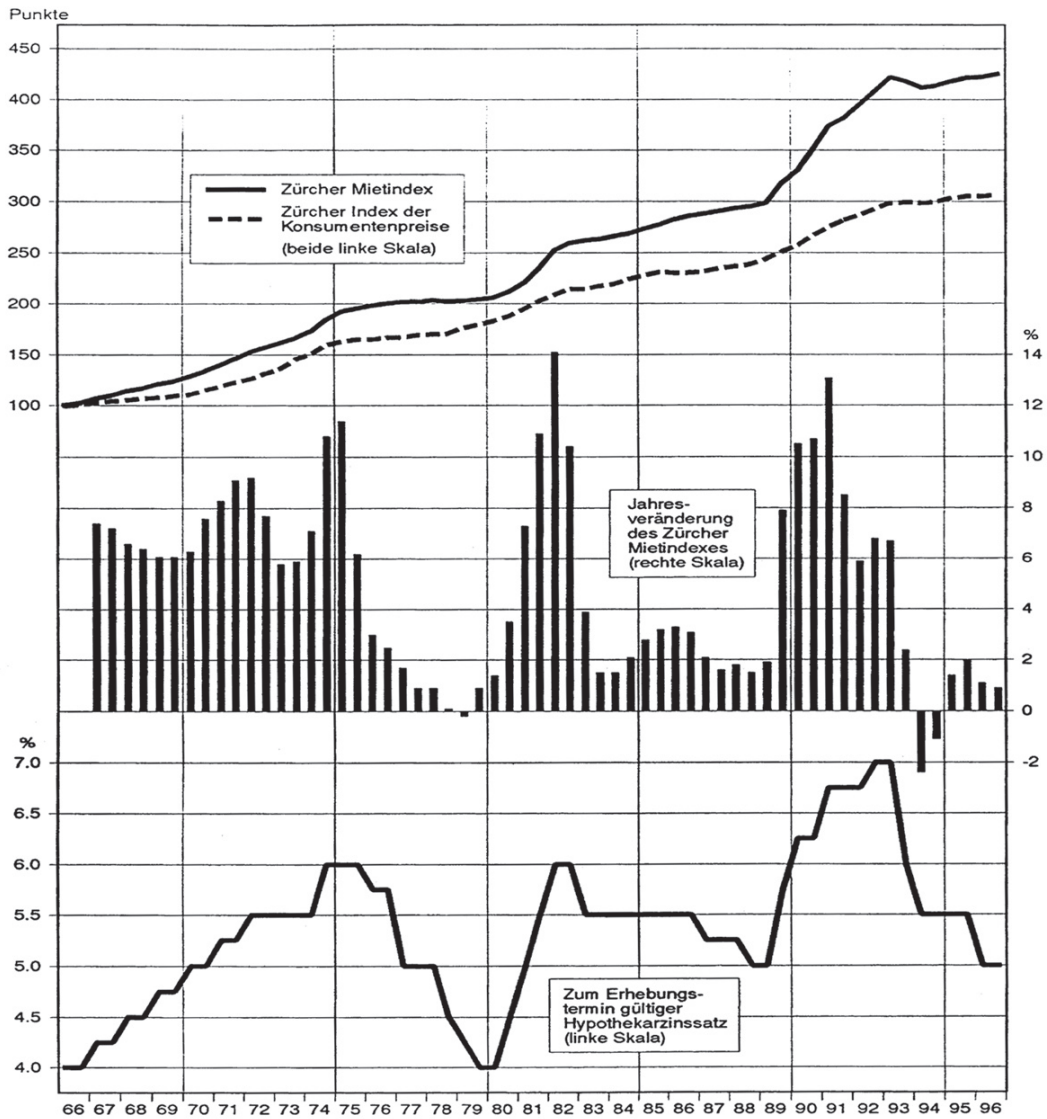
Sozialer Wandel (ID8): Segregation und Umzüge in Stadt und Agglomeration Zürich zwischen 1990 und 2000; auffallend ist die starke Erhöhung des sozialen Status in den Kreisen 4 und 5. aus: Statistik Stadt Zürich, Info 5/2004. S.



Wohnbevölkerung nach Altersjahr und Haushaltstyp im Jahr 2000 (IE1a):
aus: Bundesamt für Statistik, Eidgenössische Volkszählung 2000.

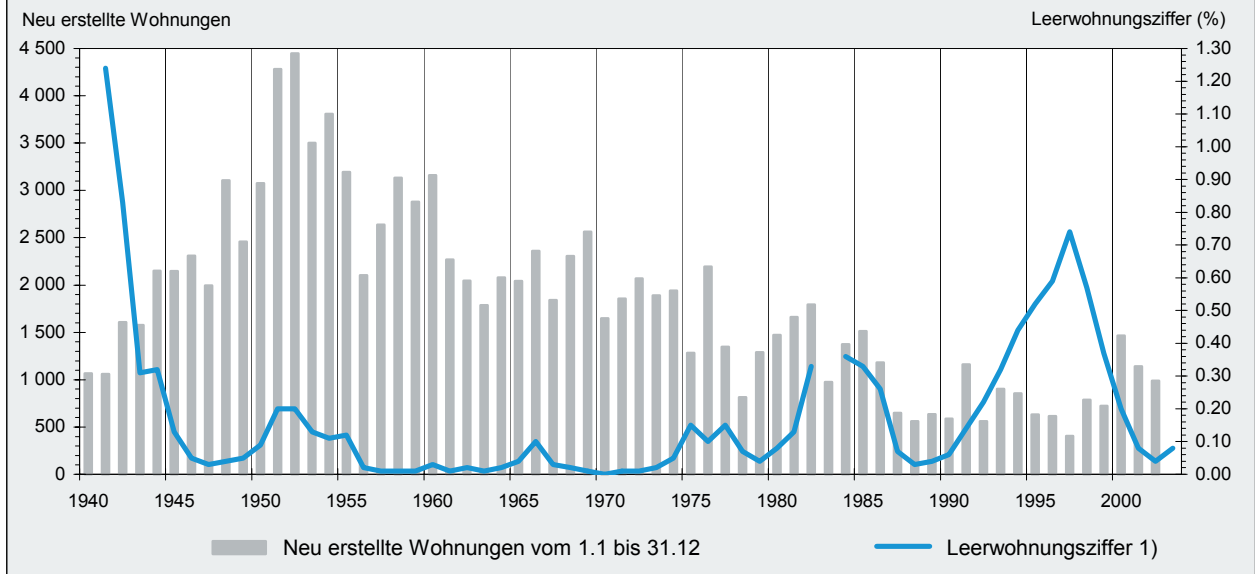


Privathaushalte nach Anzahl Personen 1900 bis 2000 (IEEb):
aus: Bundesamt für Statistik, Eidgenössische Volkszählung 2000.



Mietzinse im Vergleich (IE3): Mit der Erhöhung der Hypotherkarzinsen verschäuft sich die jeweils die Mietzinsproblematik; Entwicklung des Mietindex, des Konsumentenpreisindex und der Hypothekarzinsen 1966 bis 96, Statistisches Amt der Stadt Zürich, 1996.

G1: Leerwohnungsziffer und neu erstellte Wohnungen seit 1940



¹ Stichtag bis 1982 am 1. Dezember, 1983 keine Erhebung, ab 1984 am 1. Juni.

Leerwohnungsziffer und neu erstellte Wohnungen in Zürich seit 1940 bis 2003,
 Statistik Stadt Zürich. aus: Statistik Stadt Zürich, Leerwohnungszählung in der Stadt
 Zürich am 1. Juni 2003.

II. ALTERNATIVE WOHNVORSTELLUNGEN

Ein zentrales Anliegen der stadt- und wohnungspolitischen Bewegungen war die Verwirklichung von neuen Formen des Zusammenlebens. Diese richteten sich unter anderem gegen die im Kapitel I.A beschriebenen traditionellen Wohnleitbilder – namentlich gegen die funktionale Trennung, die zunehmende Individualisierung und die bürgerliche Kleinfamilie. Die alternativen Wohnvorstellungen dürfen jedoch nicht mit den so genannten neuen Haushaltsformen gleichgesetzt werden, die seit den 60er Jahren einen Aufschwung erlebten, als sich das traditionelle Familienbild langsam aufzulösen begann (vgl. I.B.3). Als wichtigste Beispiele dieser ‘neuen Haushaltsformen’ gelten Single-Haushalte, unverheiratet Zusammenlebende (Konkubinatspaare), allein Erziehende und Wohngemeinschaften.²²⁸ Die alternativen Wohnformen verstehen sich als Teil der ‘neuen Haushaltsformen’, gehen aber weit darüber hinaus. Während sich die ‘neuen Haushaltsformen’ schnell etablierten, fanden die alternativen Wohnformen auf dem nach wirtschaftlichen Regeln funktionierenden Wohnungsmarkt mit beinahe permanenter Wohnungs- und Mietzinsnot nur beschränkt Verbreitung. Zürich ist geprägt von Unternehmen des Finanzplatzes, deshalb war und ist es äusserst schwierig zahlbare (Frei-)Räume zu finden, in denen die alternativen Ansätze realisiert werden konnten. Ein Grossteil der alternativen Projekte wurde nur ansatzweise beziehungsweise in einer Zwischennutzung verwirklicht oder blieb reine Utopie. «Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Schweiz engen den Spielraum für phantasievolle Veränderungen empfindlich ein, die ordnende Gewalt von Staat und Familie erschwert das Aufkommen neuer Lebensformen.»²²⁹ In diesem Zusammenhang von ‘Fehlern’ oder gar einem ‘Versagen’ alternativer Konzepte zu sprechen wäre aber eine ungerechte Vereinfachung der Problematik. Vielmehr sind unterdessen viele Ansätze der alternativen Wohnvorstellungen zur Normalität geworden und kaum mehr aus Zürich wegzudenken. Zusätzlich vermischten sich die ‘neuen Haushaltsformen’ teilweise mit den alternativen Wohnformen und beeinflussten sich gegenseitig – beispielsweise im *Brahmshof* oder in der Neubausiedlung Jasminweg der *Genossenschaft ABZ*.

Eine Schwierigkeit bei der Recherche für diesen zweiten Teil des Buches bestand in der dürftigen Quellenlage. Es gibt nur wenige schriftliche Zeugnisse, die sich mit den alternativen Wohnvorstellungen befassen und auch die Sekundärliteratur ist äusserst spärlich. Lediglich über die auf *bolo'bolo* basierenden Wohnprojekte und ansatzweise über die Hintergründe der kollektiven Wohnformen findet sich ausreichend Literatur. Über die autonome und anarchistische Lebensführung hingegen existieren nur in Ausnahmefällen tiefergehende schriftliche Analysen. Die

²²⁸ Dürrenberger u.a. 1992, S. 70.

²²⁹ SAU 1986, S. 199.

zitierten Quellen stammen somit aus einigen wenigen Projekten wie dem *Dreieck* Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse, der *Hellmi*-Siedlung, *Karthago* oder dem besetzten *Wohlgroth*-Areal.

A. Autonomie

Autonomie war stets ein wichtiges Anliegen der ausserparlamentarischen Linken und dementsprechend auch ein zentraler Aspekt der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen. Das Hauptaugenmerk richtete sich auf eine möglichst umfassende Selbstversorgung und Selbstverwaltung, aber auch auf die Schaffung von kulturellen und politischen Freiräumen. Auf theoretischer Ebene wurde eine autarke, sprich von 'ausser' mehr oder weniger unabhängige Einheit (Haus, Siedlung und Quartier) angestrebt; in der Praxis ging es meist mehr darum möglichst viele selbstbestimmte Räume zu erkämpfen.

Das folgende Kapitel gliedert sich in fünf Teile: Zuerst richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Utopie *bolo'bolo* und das Projekt *Karthago am Stauffacher* – das alternative Wohnprojekt in Zürich, welches am detailliertesten ausformuliert wurde (II.A.1). Die Theorie von p.m.²³⁰ beschränkt sich nicht auf die Autonomie, doch kommt der Selbstversorgung zentrale Bedeutung zu. Da *bolo'bolo* nie in seiner ursprünglich geplanten Form verwirklicht wurde, werden die utopischen Ausführungen von p.m. separat behandelt. Die anderen Wohnexperimente mit einem autonomen Anspruch unterscheiden sich zum Teil stark von *bolo'bolo* und entwickelten sich mehr aus den konkreten Erfahrungen des Zusammenlebens. Dabei wurden allerdings auch einzelne Komponenten von p.m.'s Utopie in abgeschwächter Form verwirklicht. Es sind dies die Selbstversorgung und -verwaltung (II.A.2), die Zusammenlegung von Wohnen, Arbeit und Kultur (II.A.3) und die anarchistische Lebensführung (II.A.4), wobei sich die Inhalte dieser drei Unterkapitel zum Teil überschneiden. Abschliessend werden noch die autonomen Quartierstrukturen behandelt (II.A.5), die nur ansatzweise umgesetzt werden konnten.

1. Selbstversorgung als Utopie: bolo'bolo

1984 veröffentlichte p.m. die Utopie *bolo'bolo* erstmals in einem rund 200-seitigen Taschenbuch. Das Buch gliedert sich grob in zwei Teile. In der ersten Hälfte findet sich eine kritische und leicht ironische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft: Im Laufe der Geschichte habe sich eine 'Planetare Arbeitsmaschine' (PAM) entwickelt, die durch ein Geflecht von multi-nationalen Firmen, Banken, Staatsorganen, Brennstoff- und Rohstoffmaterial-Kreisläufen gesteuert wird und deren Bestandteil wir alle sind.²³¹ Dieser Maschine stellt p.m. nun eine 'Schattenwirklichkeit' gegenüber, womit er zum zweiten Teil des Buches überleitet, der eigentlichen Utopie von *bolo'bolo*. Grundstein der Utopie bilden autonome Grosshaushalte. «Es ist klar, dass wir kleinere, autonome, ja autarke Gemeinschaften aufbauen müssen, damit die Maschinen-Mechanismen Geld,

²³⁰ Der anonyme in Zürich lebende Autor p.m. unterrichtet als Gesangslehrer, publizierte nach 1984 zahlreiche weitere Bücher und schreibt auch immer wieder Artikel in Printmedien.

²³¹ p.m. 1986, S. 8-10.

Grossindustrie und Staat überflüssig werden.»²³² p.m. nennt die mehr oder minder autonomen Lebens-, Wohn- und Arbeitsgemeinschaften bolos. Ein bolo besteht aus Wohn- und Werkstattgebäuden sowie einem landwirtschaftlichen Grundstück, die miteinander vernetzt die Selbstversorgung garantieren.²³³ Die bolos müssen nicht neu aufgebaut werden, sondern sollen in bereits vorhandenen Bauten verwirklicht werden und je nach Region, Klima und Interessen der BewohnerInnen unterschiedlich ausgerichtet sein. Während p.m. in *bolo'bolo* und dem ersten Entwurf von *Karthago am Stauffacher* einen Haushalt noch auf rund 300 bis 600 Personen festlegte, wurde diese Zahl mit der Ausformulierung im Dezember 1986 auf 100 beschränkt.²³⁴ Nach einem nicht ganz ernst zu nehmenden Fahrplan sollte sich ab 1984 ein weltweites Geflecht von bolos bilden, das zu einem Zusammenbruch der Staaten und des kapitalistischen Wirtschaftssystems führen würde.

Obwohl sich p.m. bei seinen Überlegungen nicht nur auf das urbane Gebiet beschränkte und die landwirtschaftliche Selbstversorgung einen zentralen Pfeiler bildete, kann *bolo'bolo* als Stadtutopie gesehen werden.²³⁵ *Bolo'bolo* richtet sich in erster Linie gegen die negativen Auswirkungen der Verstädterung und soll besonders in den urbanen Zentren umgesetzt werden. Gleichzeitig fordert p.m. die Trennung von städtischer und ländlicher Lebensweise sei zu überwinden: «Obwohl reine Agro-bolos natürlich möglich sind, kann jeder sowohl auf dem Land wie in der Stadt wohnen und die Vorteile beider Lebensweisen geniessen.»²³⁶ Der enge Kontakt zwischen Stadt und Land würde «die oft drückende kulturelle Isolation auf dem Land» beseitigen.²³⁷ Diese Überlegungen stützen sich unter anderem auf das Konzept Gartenstadt (vgl. I.A.1a), aber auch auf die Vorstellungen der Frühsozialisten oder – wie sie auch genannt werden – utopischen Sozialisten.²³⁸

Die Ausgestaltung eines bolos konkretisierte p.m. in weiteren Werken: In 'Stauffacher, Aussersihl' (1985) wurde erstmals ein bolo am Stauffacher propagiert, das die *Gruppe Karthago am*

²³² p.m. 1986, S. 54.

²³³ p.m. 1985, S. 65.

²³⁴ p.m. 1985, S. 64. p.m. Wolkenstein, Didymos, Reyneclod 1985, S. 155, S. 161. *Karthago am Stauffacher* 1986, S.12.

²³⁵ Stern 1998, S. 35.

²³⁶ p.m. 1986, S. 91.

²³⁷ p.m. 1986, S. 91.

²³⁸ Die wichtigsten Vertreter der Frühsozialisten waren Robert Owen (1771-1858) und Charles Fourier (1772-1837), welche als Antwort auf die Ausbreitung und Intensivierung der kapitalistischen Produktionsweise und der im 19. Jahrhundert aufkommenden Grosstadtangst alternative Siedlungsformen entwickelten. Diese Planungskonzepte beruhen auf der Integration von Arbeiten und Wohnen in örtlichen und sozialen Sinn. Im Zentrum stand eine kollektive Einheit von Wohn- und Produktionsstätten, in der die Trennung von landwirtschaftlicher, gewerblicher respektive industrieller Produktion und Wohnstätte aufgehoben wurde. Bertels 1990, S. 29-58. Bollerey/Hartmann 1973. Stern 1998, S. 26f. Weiterführende Literatur zur Grosstadt kritik im 18. und 19. Jh.: Bergmann 1970. Bertels 1990, S. 11-18.

Stauffacher im Dezember 1986 weiter konkretisierte.²³⁹ Den Hintergrund für dieses Projekt bildete der Umstand, dass die Ressourcen weltweit ungerecht verteilt sind und dies bei einer unveränderten (oder sogar steigenden) Nutzung in naher Zukunft zu Engpässen führen wird. «Auch bei gerechter Verteilung ist der heutige Zustand unhaltbar. Das weltweite Ökosystem treibt nämlich langsam aber sicher dem Abgrund zu.»²⁴⁰ Diesem ökologischen Niedergang entgegnet *Karthago* mit einer Verknüpfung von Wohnen, Arbeit und Kultur in einer 'Siedlung'. «Was wir über die halbe Stadt und Agglomeration verstreuen, können wir ganz gut an einem Ort tun. Es geht lediglich darum, einen mittelgrossen Rahmen zu finden, der eine gewisse Arbeitsteilung erlaubt, aber arbeiten, wohnen, lernen, haushalten auf Gegenseitigkeit möglich macht.»²⁴¹ Das Fernziel war eine autarke Siedlung zu kreieren und damit die funktionale Trennung zu minimieren. «Eine gewisse taktische Autarkie ist nötig, damit die Souveränität der Grosshaushalte gegen Systemtrends immer wieder gewahrt werden kann. Agrikultur ist ein Bestandteil der Gesamtkultur (bunt und intensiv), sie 'anderen' (Bäuerinnen, Dritte Welt) zu überlassen, bedeutet Beengung.»²⁴² Diese Autonomie sollte in erster Linie durch Tauschhandel erreicht werden. Die Selbstversorgung von *Karthago am Stauffacher* über einen lokalen Bauernhof wurde als wichtiges Standbein angesehen. «Wir müssen den Boden, aus dem unsere Nahrung kommt, persönlich kennen. 17 Hektaren genügen um 100 Karthagerinnen mit erstklassigen, biologischen Lebensmitteln zu versorgen.»²⁴³ Im ersten schriftlichen Entwurf vom November 1985 war noch von einer Aufteilung der landwirtschaftlichen Anbaufläche die Rede: Küchengärten direkt beim Stauffacher, Gemüsegärten im städtischen Gürtel und ein grösseres Gut in der Umgebung für Ackerbau und Viehzucht.²⁴⁴ In der Folge wurde die Zusammenarbeit mit einem Bauernhof wichtiger. Der im Juni 1987 ins Leben gerufene *Verein pro Karthago* entwickelte ein Konzept zur Selbstversorgung mittels Tauschbeziehungen zu einem lokalen Bauernhof:

- Die BewohnerInnen von *Karthago am Stauffacher* helfen durchschnittlich zehn Tage im Jahr bei der Bewirtung des Landgutes mit (landwirtschaftlich, handwerklich und mit Dienstleistungen) und erhalten dafür Güter des täglichen Bedarfs.²⁴⁵
- Die KarthagerInnen verrichten vor allem unqualifizierte Tätigkeiten: Jäten, Ernten und Sortieren, was rund drei Fünftel der auf einem Bauernhof anfallenden Arbeit ausmacht.
- Zweimal die Woche können die Stadtleute frische Lebensmittel vom Bauernhof abholen.

²³⁹ p.m. Karthago. In: p.m. Wolkenstein, Didymos, Reyneclod. Stauffacher, Aussersihl. Über die Kräfte der neuen Weltgesellschaft. Zürich 1985, S. 154-218. *Karthago am Stauffacher* (Hrsg.). *Karthago*. Zürich 1986. *Verein pro Karthago* (Hrsg.). *Karthago*. Lebenslustig. Zukunftssicher. Wirtschaftsfeindlich. Zürich 1988.

²⁴⁰ *Verein pro Karthago* 1988, S. 3.

²⁴¹ Nizza, April 1990, S. 11.

²⁴² Nizza, April 1990, S. 12.

²⁴³ *Verein pro Karthago* 1988, S. 17.

²⁴⁴ p.m. Wolkenstein, Didymos, Reyneclod 1985, S. 191.

²⁴⁵ Pressekonferenz des Vereins pro Karthago, 15.11.1988.

Neben der Zusammenarbeit mit einem landwirtschaftlichen Betrieb sollte der Tauschhandel in allen Bereiche des Alltags Einzug halten und schrittweise zu einer Entwertung der Geldwirtschaft führen. «Die Produkte und Dienstleistungen eines einzelnen erweiterten Haushaltes können gegen jene anderer getauscht werden: Haare schneiden gegen Shiatsu, Surfbrettbenutzung gegen Badbenutzung, Klavierstunden gegen Sanitärreparaturen, Konfitüre gegen Erbsenmehl, Cocktailkleider gegen Bücherregale. Dieser Naturalaustausch hat den Vorteil, dass zugleich persönliche Beziehungen entstehen, dass also Kundinnen und Produzentinnen aufeinander eingehen können. Mit der Zeit entwickelt sich ein dichtes Netz solcher Beziehungen und wir werden reicher mit immer weniger Geld.»²⁴⁶

Die landwirtschaftliche Selbstversorgung und der Naturaltausch bezweckten in der Plänen von *Karthago* eine Senkung der Abhängigkeit von der Geldwirtschaft, was eine Reduktion der Lohnarbeit und die Entstehung einer unabhängige Alltagskultur ermöglichen würde. Darüber hinaus wies die von p.m. propagierte Selbstversorgung auch ökologische Vorteile auf: Das Projekt *Karthago* wäre nachhaltig und würde der anfangs angesprochenen ungerechten Verteilung der Ressourcen entgegen wirken (vgl. II.E). «Gemeinsame Lagerhaltung, Verarbeitung und Gemeinschaftsrestaurants sparen Verpackungen, Umwege über Fabriken, Migros usw., sind weniger verschwenderisch als Kleinküchen ($\frac{1}{5}$ unserer Lebensmittel, viel Energie) und erlauben eine chemiefreie, intensive Landwirtschaft.»²⁴⁷ Auch in Bezug auf die Energie sollte *Karthago* annähernd autark sein. Verwirklichen wollte man dies zum einen mit gezielten Sparmassnahmen (Isolation, Wärmepumpe usw.) und zum anderen mit zusätzlichen Kollektoren (Solar und Wind). Im Winter wäre man aber weiterhin auf den Import von Erdöl angewiesen.²⁴⁸

Das erste bolo in Zürich – *Karthago am Stauffacher* – sollte auf dem Geviert Rebgrasse, Badener-, Kasernen-, und Müllerstrasse verwirklicht werden. Die Gruppe *Karthago am Stauffacher* wählte dieses Areal nicht zufällig, war doch dort ein äusserst umstrittener Neubau geplant, der zuvor weder durch eine Abstimmung noch durch eine Besetzung hatte verhindert werden können (vgl. Anhang A). Nach der Räumung im Januar 1984 führten die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen die Auseinandersetzung auf juristischem Wege fort, wodurch sie den von Stadtrat, Hausbesitzer und Gewerbe gewünschten Abbruch weiter verzögerten. Gleichzeitig forderte die Gruppe *Karthago am Stauffacher* ein bolo an diesem Standort. Dieser Vorschlag wurde nicht nur von bürgerlichen PolitikerInnen kritisiert, sondern auch von einem Teil der ausserparlamentarischen Linken. Als sich nach der Räumung am Stauffacher die Euphorie legte und ein Teil der Bewegung neue Wege suchte, kam es zur Spaltung. Die «Vision von 'bolo'bolo unterstützten diejenigen, die für Grosskommune, Sippschaft, Quartier, 'Mafia' waren. Für so was

²⁴⁶ Verein pro Karthago 1988, S. 21.

²⁴⁷ Nizza, April 1990, S. 12.

²⁴⁸ Verein pro Karthago 1988, S. 35f.

hatten die M/L-Hardliners [MarxistInnen/LeninistInnen] nur ein einziges Wort übrig: Schrebergartenideologie.»²⁴⁹ Um ein solches Projekt zu verwirklichen, müssten zuerst die Rahmenbedingungen geändert werden, wurden p.m. und der *Verein pro Karthago* kritisiert. Die Umsetzung von *Karthago am Stauffacher* in der ursprünglichen Form scheiterte. Dafür gibt es verschiedene Gründe: allein schon die Uneinigkeit innerhalb der verschiedenen am Stauffacher engagierten Bewegungen bildete eine Belastung für das Projekt. Weiter mangelte es am nötigen Durchsetzungsvermögen. Ein weiterer Problemkreis ergab sich aus dem Widerspruch zwischen der auf Tauschhandel basierenden Utopie und den bestehenden ökonomischen Verhältnissen. Benno Luthiger, der jahrelang in der *Gruppe Karthago* aktiv war, kritisierte 1991 in der *WoZ* p.m.'s Gesellschaftsmodell 'Grosshaushalte': «Wird die Wirklichkeit aber so wahrgenommen, dass die Eigentumsverhältnisse nur durch die Revolution geändert werden können, und steht unglücklicherweise keine solche vor der Tür, so bleibt nichts anderes übrig, als diese Ebene zu verdrängen. Damit beraubt man sich aber der Möglichkeit, auf adäquate Art in die Wirklichkeit einzugreifen.»²⁵⁰ Im kapitalistischen System konnte ein einzelnes *bolo* nur mit Einschränkungen existieren, da es von der umgebenden Geldwirtschaft aufgelöst beziehungsweise konkurriert werden würde, wie ein Sympathisant im Stadtmagazin *Nizza* rückblickend feststellte. «Obwohl das Geld in *Karthago* sukzessive abgeschafft werden soll, suchten wir zuerst mal welches. Nur einer unter vielen Widersprüchen! Wir wollten das Experiment machen, ohne die Rahmenbedingungen vorher schon geändert zu haben.»²⁵¹ Trotz der zahlreichen inneren Widersprüche: letztlich scheiterte *Karthago am Stauffacher* an den fehlenden finanziellen Mitteln des *Vereins pro Karthago* – sprich an den Eigentumsverhältnissen – und an der mangelnden politischen Unterstützung im Gemeinderat.²⁵²

Das Scheitern von *bolo'bolo* bezeichnet p.m. im Nachhinein als logische Folge. «Man muss zwischen Ideen und Realität unterscheiden. Ich habe auch nie an 'bolo'bolo' geglaubt.»²⁵³ In einer Stellungnahme sagte p.m., dass er für die Überlegungen zu *bolo'bolo* die antiquierte Form der Sozialutopie gewählt hätte um den Text etwas 'sexier' zu gestalten. «Mit anderen Worten: *bolo'bolo* sollte eine Parodie auf die Utopien sein, sozusagen die letzte Impfung gegen den utopischen Wahn.»²⁵⁴ Diese Aussage mag durchaus ihre Berechtigung haben, gleichwohl entspricht sie wohl nicht ganz der Realität. Wer sein Leben lang intensiv an Alternativen zum kapitalistischen System tüftelt, klingt unglaubwürdig, wenn er behauptet nie an seine Utopien

²⁴⁹ *Nizza*, April 1990, S. 18.

²⁵⁰ *WoZ* Nr. 44, 1.11.1991, S. 31.

²⁵¹ *Nizza*, April 1990, S. 19.

²⁵² Diverse Gesuche (CH-91) und Motionen um finanzielle Unterstützung scheiterten. Im Gemeinderat wurde eine Motion von Werner Vollenweider (LDU) zum Erwerb der Liegenschaften durch die Stadt relativ knapp abgelehnt (57:43 Stimmen).

²⁵³ *RF* Nr. 3, Mai 2002, S. 6.

²⁵⁴ *P.S.* Nr. 29, 25.7.2002, S. 10.

geglaubt zu haben. Die Wirkung von *bolo'bolo* darf nicht unterschätzt werden: die Texte von p.m. bilden in Zürich bis heute praktisch die einzige in der Bewegung bekannte Theorie für autonome Siedlungsformen. Gleichzeitig beeinflusste *bolo'bolo* indirekt verschiedene kleinere Projekte und war Grundlage für einige in Zürich realisierte alternative Wohnprojekte – auch wenn diese mit der ursprünglichen Utopie nur noch wenig gemeinsam haben.

Exkurs I: Karthago an der Zentralstrasse und KraftWerk1:

Nach dem Scheitern von *Karthago am Stauffacher* gab es in Zürich zwei erfolgreiche Nachfolgeprojekte. Nachdem ein städtischer Kredit für ein zweites *Karthago*-Projekt in Altstetten 1994 von der Stimmbevölkerung nur ganz knapp abgelehnt worden war, konnte *Karthago* 1997 auf privater Ebene verwirklicht werden. Der realisierte Grosshaushalt an der Zentralstrasse hat aber – abgesehen vom Namen und der Gemeinschaftsküche – praktisch keine Gemeinsamkeiten mit *Karthago am Stauffacher*. Schon 1991 stellte der langjährige Aktivist Benno Luthiger fest, dass es nach dem Misserfolg am Stauffacher zu einer Neuorientierung gekommen sei, welche in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse pragmatischer ausgerichtet wurde. «Das Resultat dieser Umorientierung ist, dass Werkstatt Karthago sauber in der arbeitsteiligen Geldwirtschaft eingebunden bleibt. All jene Postulate, die eine andere Form der Produktion und des Austauschs in Richtung Subsistenz- und Tauschwirtschaft zum Inhalt hatten, sind auf die Ebene von persönlichen Hobbys zurückgestuft worden. Übrig geblieben ist die soziale Ebene, die Ebene der Solidarität, der kulturstiftenden Gemeinschaft.»²⁵⁵

Im selbstverwalteten Grosshaushalt *Karthago an der Zentralstrasse* leben rund 50 Frauen, Männer und Kinder in neun Wohngruppen zusammen. Die Grossküche bildet den zentralen Begegnungsort, welcher das soziale Netz unter den BewohnerInnen zusammenhalten sollte. Jeden Abend von Montag bis Freitag kocht eine professionelle Köchin oder ein Koch in der gemeinsamen Grossküche für alle, die sich und allfällige Gäste auf der Essliste eintragen. Die Küche und der Essraum werden jeden Abend von den BewohnerInnen im Turnus gereinigt.²⁵⁶ Dem Festhalten an der Grossküche ging ein harter Kampf voraus; immer wieder gab es Versuche, das Experiment noch mehr zu verwässern.²⁵⁷ So blieb *Karthago an der Zentralstrasse* auf Dauer kein 'Einküchen-Haus'; die meisten WGs ersetzen im Laufe der Zeit die Teekoche durch richtige Herde. Trotzdem wurden noch Ende 2005 täglich rund 30 bis 35 Portionen ausgegeben, was mehr als zwei Dritteln aller BewohnerInnen entspricht.²⁵⁸

²⁵⁵ Luthiger u.a. 1991, S. 2.

²⁵⁶ Genossenschaft Karthago 2000, S. 5.

²⁵⁷ WoZ Nr. 40, 4.10.1996, S. 7.

²⁵⁸ Im Karthago wohnen rund 50 bis 52 Personen; von den 30 bis 35 Personen, welche durchschnittlich in der Gemeinschaftsküche essen, sind zwei bis vier Gäste. Telefonische Auskunft vom 12.5.2006.

In einem Artikel im P.S. anlässlich des 5-jährigen Jubiläums zog Benno Luthiger eher enttäuscht Bilanz: «Diverse Erwartungen, die wir ursprünglich ans Projekt Karthago stellten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Karthago ist nicht billiger und nicht ökologischer als andere Wohnprojekte. Es vermag weder alte Leute noch Ausländerinnen und Ausländer speziell gut zu integrieren. Weder unterstützt es ausgefallene Familienmodelle (Patchwork-Familien usw.) noch ist es besonders kinderfreundlich. Auch bezüglich Fluktuationsrate kann es keine besseren Werte aufweisen als normale Wohnsiedlungen. [...] Karthago ist damit ein Nischenprodukt, bestenfalls ein Labor, aber keine Lösung für weltbewegende Probleme.»²⁵⁹ Diese persönliche Stellungnahme führte zu einer kleinen Debatte über die Funktion von *Karthago*. Eine Bewohnerin entgegnete, dass sie mit dem Wohnprojekt «nie die Weltrevolution erwartet» hatte, sondern «einen solidarischen Zusammenhang, der grösser ist als eine Paarbeziehung, eine Familie, eine WG».²⁶⁰ Auch p.m. entgegnete Luthiger, sie seien immer RealistInnen gewesen. Projekte wie *Karthago*, *KraftWerk1* und andere hätten aber durchaus ihre Berechtigung, weil Alltagsmodelle getestet werden könnten.²⁶¹

2001 wurde *KraftWerk1* fertig gestellt. Es ist von den ursprünglichen Vorstellungen eines bolognischen Haushalts noch weiter entfernt und unterscheidet sich durch Grosswohngemeinschaften, ökologischen Standards, einer reichhaltigen sozialen Infrastruktur und basisdemokratischer BewohnerInnenorganisation von anderen Neubauprojekten. Die Siedlung am äusseren Ende von Zürich West bietet Raum für 300 BewohnerInnen in 100 Wohnungen und rund 100 Arbeits- und Büroplätze. Die Grundidee besteht darin möglichst viele verschiedene Wohn- und Lebensformen in einer ökologisch geführten Siedlung zu vereinbaren.²⁶² Ziel ist von der Wiege bis zur Bahre im *KraftWerk1* leben zu können. Doch diese Vorhaben konnten nur beschränkt umgesetzt werden: KandidatInnen für die geplanten Alters-WGs wurden nicht gefunden und ein Joint-Venture mit Bauernhöfen zur Selbstversorgung fallen gelassen. Im Gegenzug gab es immerhin Sammelbestellungen bei BäuerInnen. «Es handelt sich dabei um normale, kommerzielle Direktbelieferungs-Beziehungen zu Bio-Bauern, was ein näheres Verhältnis von Stadt und Land ermöglicht und das 'Shopping' ein wenig reduziert», wie es p.m. in einem Interview in der Zeitung *der Roten Fabrik* ausdrückte.²⁶³

Für *KraftWerk1* wurde eine Zusammensetzung der Bewohnerschaft angestrebt, die der Durchschnittsbevölkerung der Stadt Zürich entspricht. Dieses Ziel wurde beim Erstbezug nur teilweise erreicht: anstatt wie in Zürich 30 Prozent lebten lediglich 15 Prozent AusländerInnen in *KraftWerk1*. Auch das ältere Bevölkerungssegment war stark untervertreten. Während die

²⁵⁹ P.S. Nr. 26, 4.7.2002, S. 16.

²⁶⁰ P.S. Nr. 27, 11.7.2002, S. 6.

²⁶¹ P.S. Nr. 26, 4.7.2002, S. 17.

²⁶² p.m., Andreas Hofer und Martin Blum 1993.

²⁶³ .RF Nr. 3, Mai 2002, S. 6.

Altersgruppe der über 64-Jährigen in Zürich fast 18 Prozent beträgt (2001), ist diese Gruppe im *KraftWerk 1* überhaupt nicht vertreten.²⁶⁴ Eine Studie der Fachhochschule Solothurn kam im Herbst 2001 zum Schluss, dass im *KraftWerk1* im Vergleich zum städtischen Durchschnitt überdurchschnittlich viele unverheiratete, gut ausgebildete Personen und überdurchschnittlich viele SchweizerInnen wohnen.²⁶⁵ p.m. nahm dazu im bereits zitierten Interview Stellung: «Wenn man in Zürich neu bauen will, bringt man keine 4-Zimmerwohnung unter 1600 Franken hin. Ausser man baut wirklich unökologisch. Unsere Mieten sind höher, weil wir viele ökologische Investitionen gemacht haben: Wir besitzen auf allen Dächern Solarzellen, eine speziell gute Isolation und eine Bedarfslüftung. Wir haben nur einen Drittel des durchschnittlichen Energieverbrauchs. Das verteuert natürlich die Mietzinse.»²⁶⁶ Im Laufe des Bestehens konnte zudem durch eine aktive und gezielte Vermietung (in Zusammenarbeit mit sozialen Institutionen wie beispielsweise dem *Verein Domicil*) und dem Solidaritätsfonds eine bessere soziale Durchmischung der BewohnerInnen erreicht werden.

Trotz dieser Abweichungen von den ursprünglichen Plänen versuchten verschiedene Arbeitsgruppen auch nach Errichtung von *KraftWerk1* ökologische und soziale Verbesserungen in der Siedlung und im Quartier.²⁶⁷ Im Laufe der ersten Betriebsjahre etablierte sich eine Tauschbörse mit vielen Angeboten zum Ausleihen; eine *Gruppe Stadt/Land* organisierte einen landwirtschaftlichen Austausch und bot kleineren ProduzentInnen eine Plattform, um ihre Produkte vorstellen zu können.²⁶⁸ In einer zweiten Phase kam es zudem zu einer Politisierung der BewohnerInnen, die unter anderem von der Planung des neuen Fussballstadions mit Shoppingcenter in unmittelbarer Nachbarschaft und dem Kampf um mehr Wohnanteile in Zürich West ausgelöst wurde. In einer 'Zukunftskonferenz KraftWerk 2' im Juni 2005 wurde gar über ein Nachfolgeprojekt diskutiert, welches vom Vorstand des *KraftWerk1* und verschiedenen Arbeitsgruppen derzeit weiter entwickelt wird.

2. Selbstversorgung und Selbstverwaltung im Alltag

Im städtischen Umfeld ist die landwirtschaftliche Selbstversorgung beschränkt möglich. Eine nahe liegende Lösung bietet der Anbau von Gemüse und Salat im Haus- beziehungsweise Schrebergarten. Im Eisbrecher – einem Sprachrohr der 80er 'Bewegig' – wurde 1980 eine entsprechende Nutzung der Innenhöfe gefordert: «Anstatt ewig weiter über den biologischen Gemüsegarten zu diskutieren, können wir unsere Gärten in den Hinterhöfen anlegen.»²⁶⁹ Ein

²⁶⁴ www.kraftwerk1-lexikon.ch

²⁶⁵ Megafon Nr. 251, September 2002, S. 18.

²⁶⁶ .RF Nr. 3, Mai 2002, S. 6.

²⁶⁷ www.kraftwerk1.ch

²⁶⁸ Megafon Nr. 251, September 2002, S. 20.

²⁶⁹ Eisbrecher, 25.10.1980, S. 4.

ähnliches Vorgehen propagierte die *Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS)*. Die 1981 erschienene Dokumentation 'Freiräume Toleranzräume' stellte acht Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität vor. Einer davon lautete: «Schrebergärten können kleine Inseln der Freiheit bedeuten. Wo immer möglich, sollen sie erweitert werden. [...] Schrebergärten bilden wichtige Freiräume für eine alternative Lebensweise, zur Erholung und für Selbstversorgung.»²⁷⁰ Die ZAS kritisierte zunehmende Normierung der Schrebergärten und forderte im Gegenzug die Umnutzung von langweiligen Rasenflächen zwischen Überbauungen zu Kleingarten-Parzellen. Abgesehen von diesen zwei Anregungen befassten sich die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen aber selten mit Haus- und Schrebergärten, wurden diese doch als bürgerlich und konservativ angesehen. Dieses Image wurde 2006 bestätigt: Als der Stadtrat die Schrebergartenareale *Bullinger-Hard* (Aussersihl) und *Pfingstweid* (Zürich West) in Stadtparks umwandeln wollte, kam der Protest in erster Linie aus Kreisen der *SVP*. «Diese Debatte ist Ausdruck einer total verkehrten Welt», kommentierte der *Grüne* Pierino Cerliani die Diskussion im Gemeinderat am 22. März 2006. Die 'verkehrte Welt' bestand darin, dass sich fast alle RednerInnen der *FDP* und der *SVP* als feurige Anwälte der natürlichen Lebenswelt aufspielten. Sie priesen Selbstversorgung sowie Ausländerintegration und warfen den 'Cüpli-Sozialisten' vor den kleinen Mann und die kleine Frau aus den Schrebergärten vertreiben zu wollen. Handkehrum votierten *Grüne* und *SP* für die Umnutzung oder flüchteten sich in die Stimmenthaltung.²⁷¹

Eine andere Möglichkeit zur Selbstversorgung bietet der Ankauf landwirtschaftlicher Güter direkt vom Bauernhof. Dies praktizieren *Karthago an der Zentralstrasse* und diverse Hausgenossenschaften mittels Biolebensmittel-LieferantInnen.²⁷² In eine ähnliche Richtung geht die Nutzung der Quartiermärkte, wo Gemüse, Fleisch und Käse unter Umgehung des Zwischenhandels direkt von kleinen Bauernbetrieben gekauft werden können. Im *Dreieck Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse* bestand Ende der neunziger Jahre sogar die Idee, die BewohnerInnen der Siedlung mit einem selbstverwalteten Laden zu versorgen, was aber nicht verwirklicht werden konnte. «In grossen Mengen wird gut lagerfähiges Gemüse, Obst, Getreide etc. von stadtnahen Bauernhöfen direkt bezogen und zentral – in einem Laden – wieder verkauft. Auch viele weitere Produkte können das Sortiment ergänzen, so dass nebst unnötiger Verpackung auch die individuelle tägliche Einkaufstour entfällt.»²⁷³ Einen ähnlichen Vorstoss unternahm das *Kommunen-Syndikat*, das für Mitglieder kostenlos so genannte Nahrungszentralen, genauso wie medizinische Hilfe, Stellenvermittlung oder Seminare zur Verfügung stellte (vgl. II.B.1).²⁷⁴ Die Nahrungszentrale muss im Kontext der 70er Jahre gesehen werden: die VerfechterInnen einer

²⁷⁰ Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau 1981.

²⁷¹ TA 23.3.2006, S.

²⁷² Wohnen Nr. 3, März 1998, S. 11. Volksrecht 5.7.1985.

²⁷³ Das Dreieck Nr. 4 (Sondernummer), Mai 1989.

²⁷⁴ Herzog 1972, S. 25. Informationen, wie diese Nahrungszentralen konkret funktionierten, fehlen jedoch.

Gegenwelt propagierten eine alternative Ökonomie, in welcher der Weg zurück zur Natur und die Gründung von unabhängigen Kollektiven zur Selbstversorgung im Zentrum standen.

Einen gänzlich anderen Weg zur 'Selbstversorgung' (treffender wäre wohl Nahrungsmittelbeschaffung) praktizierten HausbesetzerInnen: Jeweils kurz vor Ladenschluss zogen sie zu verschiedenen Quartierläden und erhielten dort kostenlos Gemüse, Brot und vieles mehr – Lebensmittel, die durchwegs noch brauchbar sind, in der schweizerischen Wohlstandsgesellschaft am nächsten Tag jedoch nicht mehr verkauft werden dürfen. Da nur wenige Läden ihre Ware kostenlos abgaben, durchsuchten die Squater auch Müllcontainer hinter Supermärkten, in denen abgelaufene Lebensmittel entsorgt werden. Parallel dazu knüpften sie vereinzelt Verbindungen zu BäuerInnen, die auf dem Markt – vor allem auf dem Helvetiaplatz – ihre Ware verkaufen.

Insgesamt blieb die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln jedoch eher marginal. Die Möglichkeiten in einer relativ dicht besiedelten Stadt selber Gemüse und Obst anzupflanzen sind dazu zu eingeschränkt. Ebenso ergaben sich nur selten Direktverträge zwischen (Gross-)Haushalten und Bauernbetrieben in der unmittelbaren Umgebung von Zürich. Die grösste Verbreitung fanden (private) Kontakte von einzelnen Haushalten zu Landwirten oder Bekannten mit einem (Schreber-)Garten.

Eine weitere Möglichkeit der Selbstversorgung eröffnet der bargeldlose Tauschhandel, mit welchem Zwischenhandel und Geldwirtschaft umgangen werden können. In den alternativen Haushalten versucht man die Fähigkeiten der verschiedenen BewohnerInnen möglichst effizient zu nutzen, wie dies ein Hausbesetzer im Magazin des Tages-Anzeigers schilderte: «Zweimal in der Woche tausche ich Shiatsu-Behandlungen oder Physiotherapien zum Beispiel gegen einen Futon, kleine Reparaturen oder ein Buch. So kann ich mir einiges 'leisten', was meine Stipendien, die ich jetzt für den Vorkurs beziehe, nicht zuliessen.»²⁷⁵ Beeinflusst von entsprechenden Projekten in Deutschland entstanden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre verschiedene Tauschnetze. Das *Quartiernetz 5 (Q5)* konzentrierte sich ab Januar 1999 auf den Kreis 5. Ziel war die Förderung des bargeldlosen Tauschs von Dienstleistungen und Waren; die Mitglieder wurden zweimonatlich mit einer Zeitung informiert. Das Netzwerk funktionierte aber nur bedingt und stellte die Tauschhandlungen im Frühling 2002 ein; «zu nachbarschaftlich gefärbt waren die Hilfeleistungen, zu zeitaufwändig das Verbuchen der Leistungen», lautet das ernüchternde Fazit einer Mitbetreiberin.²⁷⁶ Andere Netzwerke im Raum Zürich waren *Talent* und *LETS (Local Exchange Trading System Zürich)*; beide waren Anfang 2006 noch aktiv, im Vergleich zu anderen Ländern

²⁷⁵ Magazin Nr. 2, 12.1.1991, S. 38.

²⁷⁶ FaZ Nr. 212, Juni 2005, S. 7.

blieben ihre Mitgliederzahlen aber eher gering und auch die wachsenden Möglichkeiten der Internetkommunikation wurden nur beschränkt genutzt.²⁷⁷

Auch bei der Verwaltung von Häusern gab es autonome Ansätze. Dabei ging es vor allem um Selbstbestimmung in Bezug auf die interne Verwaltung und Organisation. Ein Ausschnitt aus einem Diskussionspapier der *Interessengemeinschaft Hellmi* illustriert, wie das funktioniert: «Die Verwaltung soll möglichst dezentral und in eigener Regie erfolgen (Mietzinse, Hausverwaltung). Wo die dezentrale Verwaltung nicht möglich oder nicht zweckmässig ist, soll zentral verwaltet werden (z.B. Grosseinkäufe von Brennstoff, Abfallbeseitigung, Verkehr mit Ämtern, Buchhaltung, Koordination und Leitung von Renovations- und Unterhaltsarbeiten). Die zentrale Verwaltungsarbeit soll bezahlt sein. [...] Es sollen alle Arbeiten an eigene Leute vergeben werden (zentrale Verwaltung, Renovation, Umbau, Unterhalt usw.). So schaffen wir Arbeitsplätze für uns und die grösstmögliche Kontrolle, dass die Arbeiten nach unseren Bedürfnissen erfolgen.»²⁷⁸ Solche Strukturen konnten fast ausschliesslich in selbstbestimmten Genossenschaften verwirklicht werden (vgl. III.E.1). Noch weiter ging die Selbstorganisation in den besetzten Häusern, wo wichtige Punkte der Verwaltung zumeist an einer Vollversammlung entschieden und Hierarchien möglichst vermieden wurden. Die Motivation für die selbstbestimmte Verwaltung ist offensichtlich. Mit der Selbstverwaltung konnten die individuellen Wohnvorstellungen eher verwirklicht werden. Die Machtstrukturen blieben kontrollierbar und flach, was wiederum die Gefahr einer Bürokratisierung minderte.

3. Aufhebung der funktionalen Trennung

Ein zentrales Element der Autonomie besteht in der Verbindung von Wohnen, Arbeit und Kultur an einem Ort: möglichst alle Funktionen in einem Haus, einer Siedlung oder einem Quartier sollten auf einen Nenner gebracht werden. Im Idealfall würde dies zu einem Gebilde führen, das mehr oder weniger autark funktioniert (eine Art bolo). In der Realität ging es eher darum die funktionale Trennung so gut wie möglich zu minimieren, eine möglichst grosse Unabhängigkeit von aussen zu erreichen und das Verkehrsaufkommen so weit es geht zu vermindern. Die Verbindung von Arbeit, Wohnen und Alltag wandte sich aber auch gegen die Lohnarbeit (vgl. II.A.5). «Wir [Wohlgroth-BesetzerInnen] haben das Leben, den Alltag, der sonst in xBereiche zerlegt und entfremdet ist, auf einem Platz zusammen gebracht. Die Arbeit hatte dort einen Sinn, sie bekam einen anderen Stellenwert, sie war nicht entfremdet um Geld zu verdienen.»²⁷⁹

²⁷⁷ Im Talent waren 2005 gesamtschweizerisch rund 450 Mitglieder zusammengeschlossen, im LETS ca. 75 ZürcherInnen. www.talent.ch, www.lets.ch

²⁷⁸ Diskussionspapier. Vorbereitung auf die Sitzung der 'IG Hellmi' vom 28.2.1984

²⁷⁹ Widerstandsinfo Nr. 36, Februar 1994, S. 11.

Eine vollständige Zusammenlegung von Wohnen, Arbeit und Freizeit war in Zürich nur in kleinerem Rahmen durchführbar. So ging es in erster Linie darum, dass am Wohnort möglichst auch gleich gearbeitet wurde. Im *Dreieck* Zweier-, Anker- und Gartenhofstrasse konnte dies zumindest ansatzweise umgesetzt werden. «Die handwerklich-gewerbliche Lebensgrundlage des Dreiecks, der Zusammenhang von Arbeit und Wohnen ist zwar verrissen und kann so nicht wiederaufleben. Aber es gibt immer noch ein Schirmflickatelier, ein Möbelatelier, eine Bilderrahmerei, einen Uhrenmacher, quartierbezogene Dienstleistungen, die z.T. von alter Stammkundschaft leben. Und die verschachtelten Werkstattgebäude im grossen Hof werden genutzt. Die Glaserei ist von Jungen übernommen worden, verschiedene Ateliers im Keller, Dach und Hof, ein Antiquitätenladen, zwei Architekturbüros, ein Grafikerbüro, ein Forschungsinstitut und eine Werkstatt haben sich neu eingemietet, und es gäbe noch viele andere Möglichkeiten und Bedürfnisse zu erfüllen. Es war und ist zentral für Hof und Quartier, dass der Austausch, die Beziehungen unter den BewohnerInnen nach wie vor auch über die Arbeit stattfindet.»²⁸⁰ Die Erhaltung von kleinen quartierbezogenen Handwerkerbetrieben und Detaillisten wie Bäckereien, Metzgereien oder Milchläden war immer wieder eine zentrale Forderung von stadt- und wohnpolitischen Kreisen. So verfasste die *Genossenschaft Dreieck* 1996 eigens ein Gewerbe-Konzept; und bei der Suche nach einem Mieter des Ladenlokals an der Ankerstrasse 11 wurde aus Gründen des Nutzungsmixes und der Lärmbelastung bewusst kein weiterer Bar- oder Restaurant-Betrieb ausgewählt. Das Aussterben solcher Kleinbetriebe und Quartierläden in allen Quartieren Zürichs konnte trotz allen Bemühungen seit den 60er Jahren nicht verhindert werden.²⁸¹

Auch kulturell versuchte man in alternativen Haushalten möglichst autonome Strukturen zu etablieren. Unzählige kollektiv geführte Grosshaushalte übernahmen eine Treffpunktfunktion. Durch die Einrichtung von kollektiv genutzten Räumen erübrigte sich der 'Ausgang' in vielen Fällen. Einen besonderen Stellenwert nahmen die illegalen Bars ein, welche in den 70er und 80er Jahren in Kellern von WGs und besetzten Häusern entstanden und in den 90er Jahren einen regelrechten Boom erlebten. In diesen Lokalen fanden regelmässig Konzerte oder Parties statt, die sich durch Pionier-Charakter, Kreativität und günstige Preise auszeichneten – die unkommerzielle Kultur sollte weiter Netzwerke stärken und auch für Menschen mit geringen Einkommen bezahlbar sein. Die feuer- und gesundheitspolizeilichen Auflagen wurden von der VeranstalterInnen grosszügig übersehen, denn die subkulturellen Treffpunkte wären in gesetzeskonformer Ausgestaltung undenkbar gewesen. Einige dieser Untergrundlokalitäten wie die *Milch-Bar*, der *Sohokeller*, die *Zweier-Bar* oder das *Wohlgroth* erlangten regelrechten

²⁸⁰ Das Dreieck Nr. 4 (Sondernummer), Mai 1989.

²⁸¹ Detaillierte Zahlen für den Zeitraum von 1968 bis 2004 fehlen leider. Zwischen 1995 und 2001 nahm die Zahl der Milchläden um 55% ab, die der Metzgereien um 31% und die der Bäckereien um 13%. TA, 18.6.2003, S. 17.

Kultstatus. In einzelnen Fällen verdienten HausbesetzerInnen mit dieser kulturellen Arbeit einen Teil ihres Lebensunterhalts. In einer an der Tellstrasse von ehemaligen BesetzerInnen gekauften Liegenschaft im Kreis 4 bauten sich vier Personen sogar eine Erwerbsexistenz auf, indem sie eine Bar eröffneten.

Ein für Zürich Art aussergewöhnliches Experiment bildet die *Fabritzke* in Altstetten. In einer ehemaligen Fabrikhalle wohnen seit 1999 sieben bis acht Personen in einem 'offenen Loft', in welchem die BewohnerInnen zugunsten des Gesamtraumes auf separate Zimmer verzichten.²⁸² Zentrales Anliegen der *Fabritzke* sind kulturelle und künstlerische Aktivitäten und so finden im kollektiven Haushalt regelmässig kulturelle Veranstaltungen statt. Die BewohnerInnen definieren das Zusammengehen von Wohnraum und kulturell genutzter Plattform in ihren eigenen Worten als 'bewegte Wohnform'.²⁸³ «Unter einer offenen Loft verstehen wir eine Wohnkultur, in der zugunsten des Gesamtraumes auf die einzelnen Zimmer verzichtet wird und ein halböffentlicher Raum entsteht. Halböffentlich in doppelter Hinsicht: Zum einen wird die eigene Privatsphäre auf das Notwendige reduziert, zum anderen verstehen wir uns nicht als reine Wohngemeinschaft, sondern als Wohnprojekt. Die Wohnkultur wird wörtlich verstanden.»²⁸⁴

4. Anarchistische Lebensführung

«Wir wollen nicht möglichst viel Freizeit, sondern möglichst viel Zeit zum Leben abseits der Lohnarbeit.» So beschreibt ein ehemaliger Bewohner einer WG an der Habsburgstrasse 32 einen Grundsatz alternativer Lebensgestaltung. Das Zusammenleben wird durch Spontaneität und Lebensfreude geprägt, unnötige Vorschriften möglichst vermieden. Nochmals der WG-Bewohner von der Habsburgstrasse: «Mit Gelegenheitsjobs von wenigen Monaten Dauer bringen wir uns komfortabel übers Jahr. Die günstige Wohnung und das weitgehende Teilen der Kosten in der WG und ein nach gängigen Massstäben äusserst genügsamer Lebensstil tragen das Ihrige dazu bei. Viele Bekannte und Unbekannte fragen uns immer wieder verständnislos, was wir den ganzen Tag über tun, wenn wir nicht arbeiten: Zunächst einmal tüchtig ausschlafen, dauern doch die Nächte zuweilen sehr lange. Es folgt ein ausgiebiges Frühstück, Haushalten, die Wohnung besser oder praktischer einrichten (selfmade ist en vogue). Das Wohnen ist uns sehr wichtig. Das Wohnen wird zum eigentlichen Zentrum unseres Lebens, umso mehr Wert legen wir auf die Gestaltung der Wohnung. Punk ist dabei nicht nur die tägliche Begleitmusik, sondern vielmehr eine Lebensphilosophie – Punk als Synonym für Anarchie. Diese Philosophie findet auch ihren Ausdruck in unserem Wohnstil. Wir verhalten uns mehr als Hauseigentümer denn als Mieter. Wir streichen die Wohnung nach unserem Geschmack: Fenster- und Türrahmen in allen Farben des

²⁸² .RF Nr. 20, Januar/Februar 2004, S. 12f.

²⁸³ Presse Communiqué Labritzke-Areal-Fest, 14.7.2001.

²⁸⁴ Flugblatt über die Ausstellung Hina's Schrebergarten in der Fabritzke, ohne Datum.

Regenbogens, das Badezimmer zu einem Südseeparadies, wo einzig das Meeresrauschen fehlt. Auch die Schlafzimmer erhalten einen gründlichen Aufputz. Das eine Zimmer verwandelt sich mit seinen Schwartenhölzern zu einem Rustico, während das andere Zimmer mit seinem gigantischen Hochbett mehr zu einer Blockhütte wird.»²⁸⁵ Die geschilderte Lebensweise setzte einen weitgehenden Verzicht auf Lohnarbeit voraus, was hauptsächlich durch tiefe Ausgaben für Miete und Nahrung ermöglicht wurde. Unterstützend kam dazu, dass die Ansprüche der zumeist jugendlichen BewohnerInnen sehr bescheiden waren und diese wenig Geld für Konsumgüter und Freizeit ausgaben. Durch die fehlenden Mieten und dank der Gratisbeschaffung von Lebensmitteln konnte der Anteil von Lohnarbeit in den besetzten Häuser sehr tief gehalten werden. Aber auch in sparsam geführten Wohngemeinschaften und – eher selten – in selbstbestimmten Genossenschaften betätigten sich viele BewohnerInnen nicht mehr als 20 bis 50 Prozent in Lohnarbeit.

Den fehlenden Luxus machte man durch die intensive Pflege des eigenen Wohnraums und die Entwicklung eines eigenen Lebensstils wett. Allgemein erlangte das (kollektive) Zusammenleben ein viel stärkeres Gewicht, verbrachte man doch viel mehr Zeit in der Wohnung. «Wir reparierten und bastelten dauernd an unseren Häusern und Wohnräumen. Neben der Hochbettkultur rissen wir auch störende Wände raus und gestalteten diese Lebensräume nach unseren Bedürfnissen [...].Das Leben in den besetzten Häusern [...] war schon ein 100-Prozent-Job für sich.»²⁸⁶ Der Besitz besass allgemein einen geringeren Stellenwert, man teilte das Meiste untereinander. «Wir alle profitierten auch davon, indem alle mit sehr wenig Geld auskamen und nicht zur Lohnarbeit gezwungen waren. Der Materialismus war nicht so ausgeprägt, wir legten viel zusammen und zogen einen gemeinsamen Nutzen daraus.»²⁸⁷

Der Verzicht auf Vollzeitarbeit führte zu einem starken Zuwachs der Freizeit. Dies ermöglichte ein Leben, das zu einem grossen Teil von Vergnügen geprägt war und dem Verlangen tun und lassen zu können, was einem gerade passte. Wer eine Idee entwickelte, setzte sie um – sofern niemand etwas dagegen einzuwenden hatte – ein Leitsatz, der im *Wohlgroth* besonders ausgeprägt gelebt wurde: dort entstanden eine Bierbrauerei, Windkollektoren und eine Solaranlage (die allerdings nicht mehr fertiggestellt werden konnte).²⁸⁸ Hedi Wyss beschrieb diese Basisdemokratie in einer NZZ-Reportage unter dem Titel 'Das Wohlgroth von innen betrachtet': «Was dergestalt 'lebenswichtig' ist oder auch nur 'ein Bedürfnis vieler', was 'für die meisten stimmt', das wird auch gemacht. Eine Art 'Basisdemokratie' möchte ich es nennen, aber auch der Begriff 'Demokratie' wird wieder beiseite geschoben. Beschlüsse nach dem Mehrheitsprinzip, so präzisiert es einer,

²⁸⁵ Heinz Nigg 2001, S. 127f.

²⁸⁶ .RF Nr. 11, März 2003, S. 17.

²⁸⁷ Widerstandsinfo Nr. 36, Februar 1994, S. 11.

²⁸⁸ NZZ, 9.10.1993, S. 78. WoZ Nr. 46, 19.11.1993, S. 3.

sind hier verpönt als 'Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit'. Diskussion bis zum Konsens nennt er als Ideal und schränkt gleich ein, dass 'pragmatisch' auch immer wieder davon abgewichen werde, je nachdem, wie die Situation es erfordert.»²⁸⁹

Die anarchistische Lebensweise bildet mit ein Grund für die fehlende längerfristige Strategie des Häuserkampfes (vgl. III.D.2a). Es ging den HausbesetzerInnen nicht in erster Linie um die Beschlagnahme von Wohnraum über Jahrzehnte hin, sondern vielmehr darum das Jetzt zu geniessen. Ein Grund für diese Haltung liegt im jugendlichen Alter eines Grossteils der Engagierten: Sie interessierten sich wenig für die Zukunft und lebten in den Tag hinein. Diese Lebensweise richtete sich gegen die Welt der Erwachsenen, ihre Normen und das kapitalistische System. In den besetzten Häusern bestand der Wunsch nach Schaffung 'herrschaftsfreier Räume' ohne Vorschriften. «Ein Raum, der in grossem Masse frei sein soll von Zwängen und Regeln, die anderswo durch Psychiatrie, Konsum, Gewalt und Monotonie gegeben sind.»²⁹⁰

5. Autonome Quartierstrukturen

Auf Quartierebene standen autonome Strukturen nur sporadisch zur Diskussion und blieben zumeist utopisch. Einer der seltenen Vorschläge der Selbstverwaltung auf Quartierebene fand sich 1988 in der Fabrik-Zeitung.²⁹¹ p.m. beschrieb einen imaginären Kreis 5, in welchem sich eine Subsistenzwirtschaft durchgesetzt hatte, die sich stark an *bolo'bolo* orientierte. «Mein Kreis 5 [...] besteht aus etwa 40 weitgehend selbstständigen Inseln, jede eine kleine Welt für sich. Die InsulanerInnen haben sich zum Teil auch in ehemaligen Bürogebäuden, Schulen (es hat zu viele Schulen im Kreis 5!), Läden usw. eingenistet. So werden viele vorher bewohnte Parterres frei für Gemeinschaftsräume, Salons, Küchen, Werkstätten usw. [...] Wenn das Leben im Quartier auf eine Subsistenzgrundlage gestellt wird, dann verschwindet mit dem grossen (sehr unsympathischen) Geschäft à la HB-Südwest auch das kleine (mehr oder weniger sympathische). Denn die meisten Produkte und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs können entweder in den Inseln selbst (als erweiterte 'Hausarbeit') oder durch den Tausch zwischen ihnen erbracht werden. Auch Migros, Coop und Warenhäuser werden überflüssig.»²⁹² Die Ausführungen von p.m. liessen – wie er selber feststellt – noch viele Details offen und wurden nie in grösserem Rahmen weiterverfolgt. Ausgelöst durch die Umstrukturierung von Zürich West vom Industrie- zum Dienstleistungs- und Wohnquartier Ende der 1990er Jahre respektive Anfang der 2000er Jahre entsprangen der Feder von p.m. neuerliche utopische Vorstösse. Im Plädoyer *Move West* forderte er die Gründung einer *Genossenschaft Move West*, die mit einem Anfangskapital von

²⁸⁹ NZZ, 9.10.1993, S. 79.

²⁹⁰ Flugblatt der Höschgassengemeinschaft zitiert in WoZ Nr. 31, 31.7.1987, S. 7.

²⁹¹ FaZ Nr. 45, Sep. 1988, S. 7.

²⁹² FaZ Nr. 45, Sep. 1988, S. 7.

rund 50 Millionen Franken Grundstücke erwerben und diese gratis oder für einen sehr geringen Baurechtszins zur Verfügung stellen sollte. Mittels der von Stadt, Kanton, Umwelt- und Sozialorganisationen, Genossenschaften, Banken sowie weiteren GeldgeberInnen finanzierten Genossenschaft sollten alternative Wohnbauten verwirklicht werden.²⁹³ In eine ähnliche Richtung ging das Projekt *Città Aperta – offene Stadt*, das sich zum Ziel setzte im Hardturmquartier einen offenen Planungsprozess in Gang zu setzen, welcher die ganze Quartierbevölkerung mit einbeziehen sollte.²⁹⁴

Ein etwas konkreterer Vorstoss für die Schaffung eines autonomen Quartiers entstand in der ersten Hälfte der 80er Jahre, als sich die Jugendbewegung vermehrt in die Kreise 4 und 5 zurückzog. Unmittelbarer Ausdruck dieses Gedankens war die Idee einer Abspaltung der ehemaligen Gemeinde Aussersihl von Zürich. Der *Verein unabhängiges Aussersihl* reichte im Zürcher Gemeinderat und auch im Kantonsrat jeweils eine Einzelinitiative ein, welche die Wiederherstellung der ehemaligen Gemeinde Aussersihl in den Grenzen von 1893 forderte (ungefähr das Gebiet der heutigen Stadtkreise 4 und 5).²⁹⁵ Ein mit diesem Vorhaben sympathisierendes SP-Mitglied erklärte, «mit der Initiative werde das Bedürfnis der Quartierbevölkerung nach einer grösseren Mitsprache, nach mehr Autonomie zum Ausdruck gebracht.»²⁹⁶ Da beide Räte die Einzelinitiative ablehnten, wurde die Lancierung einer Volksinitiative in Betracht gezogen. Eine *Aussersihler Gemeindeversammlung* wurde einberufen, brachte aber nicht viel zustande, was die WoZ zu einem kritischen Kommentar veranlasste: «Wie ernst es ihnen ist mit der Ausgemeindung ihres Quartiers? – Ich glaube, sie wissen es selber nicht. Zuerst gründen sie Kommissionen, lancieren Einzelinitiativen, stellen Forderungen, reisen ins jurassische Vellerat und sogar nach Morgarten, um für ihre Sache zu werben, bringen es soweit, dass ihre scheinbar absurde Idee allmählich ernstgenommen wird – doch dann, unvermittelt, krebzen sie zurück und machen aus dem, was sie als Gemeindeversammlung ankündigten, einen harmlosen Jekami-Abend.»²⁹⁷ Gleichzeitig war der Versuch einer Abspaltung von Aussersihl eine Kapitulation im Kampf um Zürich als Ganzes. So hiess es in einem zeitgenössischen Artikel: «Mir scheint, dass die Kräfte, die etwas verändern wollen, sich in ein sicheres Revier zurückgezogen haben, in dem sie eine Mehrheit sind, nicht bevölkerungsmässig sondern vom Auftreten her. Man hat die Stadt als Ganzes aufgegeben und sich auf einen sicheren, inneren Bereich zurückgezogen.»²⁹⁸

²⁹³ TA, 25.6.2001, S. 51.

²⁹⁴ 'Città Aperta' wurde im von der Stadt Zürich lancierten Wettbewerb 'Zukunftsfähiges Zürich' eingegeben und als eine der zehn besten Ideen prämiert.

²⁹⁵ Verein unabhängiges Aussersihl 1984. Volksrecht, 7.12.1982.

²⁹⁶ Volksrecht, 7.12.1982.

²⁹⁷ WoZ Nr. 4, 28.1.1983, S. 7.

²⁹⁸ ZS Nr. 21, 9.12.1983, S. 2.

ExponentInnen linker Parteien – speziell der *POCH* und der *SP* – stellten ähnliche Forderungen wie der *Verein unabhängiges Ausserstihl* in abgeschwächter Form. So fand der Wunsch nach Selbstverwaltung in den Quartieren beispielsweise Ausdruck in der *SP*-Broschüre 'Zürich. Stress-City? Wohnstadt?'. Darin propagierten die SozialdemokratInnen «eine Dezentralisierung und eine demokratische Selbstverwaltung der Quartiere», welche die Mitsprache der Quartierbevölkerung zur Lösung von Problemen und die Auslagerung bestimmter städtischer Verwaltungsbereiche in die Quartiere beinhaltete.²⁹⁹ «Selbstverwaltung in verschiedenen öffentlichen und privaten Bereichen, die Entwicklung von Selbstbestimmung und Solidarität sind [...] die Voraussetzung für eine echte Demokratisierung.»³⁰⁰ Diese Ziele konnten aber nur beschränkt verwirklicht werden. Der partizipative Prozess der 'offenen Planung' etwa – wie in den 90er Jahren praktiziert – hatte mit diesen Forderungen nur noch wenig gemeinsam.

Selbstverwaltete Quartiere blieben Utopien. In der Realität versuchte man die Quartiere so gut wie möglich zu erhalten und möglichst viel Freiraum zu erkämpfen. «Das einzige, was du machen kannst, ist zu versuchen, wenigstens einen Teil des Bodens zu entziehen – als Anfang in dem Bereich, in dem du dich betroffen fühlst. Dass das Kapital diesen Boden nicht freiwillig hergibt, ist auch klar, also organisierst du dich in einem Widerstand und suchst eine Form, in der das möglich ist, zum Beispiel: Aneignung der Häuser, Selbstverwaltung im Quartier.»³⁰¹ Man beschränkte sich auf die Erhaltung von intakten Quartierstrukturen und einen engen Kontakt zu NachbarInnen wie dies zum Beispiel an der Hellmutstrasse praktiziert wurde. «Kennen sie den Standpunkt Ihres Nachbarn? Wir an der Hellmutstrasse schon. Wir wohnen zum Fenster hinaus: in die Gasse, über die Gasse. Wir kennen unser Haus, wie es der Nachbar aus seinem Fenster, von seinem Standpunkt aus, sieht – weil wir manchmal auch zum Nachbarn hinüberwohnen. Natürlich haben auch wir Schwellen: Zimmerschwellen, Wohnungsschwellen, Geviertsschwellen (wir kennen auch die Grenzen unseres Quartiers ganz genau)... Und hinter jeder Schwelle sind wir ein wenig privater oder öffentlicher, je nach Bedürfnis.»³⁰² Andere alternative Refugien entwickelten sich im *Dreieck*, an der Höschgasse oder auf dem *Wohlgroth*-Areal. Ein Besetzer äusserte sich dazu etwas träumerisch. «Stell dir vor, in fünf Jahren wären nochmals ein paar Dutzend Häuser dazugekommen, natürlich alle mit Brücken verbunden, umgebaut wie es die Leute bedürfen. Die NachbarInnen, das Quartier hätte mitgemacht. Wir hätten einen Prozess eröffnet, in dem wir uns verändert hätten, sich das Quartier mit all seinen verschiedenen Menschen verändert hätte.»³⁰³ Die real gelebte Autonomie in einzelnen Siedlungen ging derweil immerhin so weit, dass der Staatsschutz zum Schluss kam, dass die BewohnerInnen der *Hellmi-*

²⁹⁹ Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich 1981, S. 9.

³⁰⁰ Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich 1981, S. 7.

³⁰¹ FaZ, Nr. 45, Sep. 1988, S. 4.

³⁰² Unser Standpunkt. Text eines Bewohners der Hellmutstrasse. Ohne Datum.

³⁰³ Widerstandsinfo Nr. 36, Februar 1994, S. 11.

Häuser «im Laufe der Zeit ein 'bolo-bolo' geschaffen haben» und sich dort «schon seit geraumer Zeit ein rechtsfreier Raum» befinde.³⁰⁴

³⁰⁴ Staatsschutz-Fichen. Zusammenfassung der Erkenntnisse über die Liegenschaften Hellmutstrasse Nr. 5, 7, 9, 15, sowie Nr. 4 u. 8, Hohlstrasse Nr. 82 und 86, Brauerstrasse Nr. 75. Zürich 1987.

B. Kollektiver Wohnraum

Die Wohngemeinschaft ist die alternative Wohnform, welche bis heute die grösste Verbreitung gefunden hat; allerdings veränderten sich Motivation und Hintergründe dieser Art des Zusammenlebens im Laufe der 70er und 80er Jahre stark. Deshalb widmet sich die erste Hälfte dieses Kapitels der historischen Entwicklung des gemeinschaftlichen Wohnens in Zürich, bevor in der zweiten Hälfte die Motivation und Umstände des kollektiven Zusammenlebens besprochen werden.

1. Historische Entwicklung des gemeinschaftlichen Wohnens

Mitte der 60er Jahre entstanden in Europa erste Kommunen³⁰⁵: bald lancierten immer mehr, vornehmlich junge, Leute derartige Projekte. Die Idee der Selbstentfaltung im Kollektiv war in Amerika entstanden und verbreitete sich über England nach Westeuropa, insbesondere nach Skandinavien und Deutschland.³⁰⁶ Das Aufkommen der ersten deutschen Kommunen in Berlin stand im Zusammenhang mit der aufblühenden Studentenbewegung – die bekanntesten Beispiele sind die *Kommune 1* und *Kommune 2* in den Jahren 1966 und 1967. Dahinter stand die Absicht, dass der Kampf gegen das kapitalistische Herrschaftssystem, gegen entfremdete Produktionsverhältnisse und gegen autoritäre Beziehungsstrukturen nur im Kollektiv geführt werden könne. Diese Kommunen verstanden sich folglich – zumindest nach Ansicht der *Kommune 2* – nicht als Alternative zur bürgerlichen Kleinfamilie, sondern als «Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums».³⁰⁷ In der Praxis stiessen diese hehren Ziele auf mannigfaltige Widerstände. Was in den Anfängen noch Mittel zum Zweck war, wurde im Laufe der 70er Jahre mehr und mehr zum Selbstzweck. Je länger je weniger assoziierte man mit den Kommunen eine gesellschaftspolitische Bewegung mit entsprechenden Inhalten. Vielmehr splitterte sich die Kommunenszene nach dem Zerfall der Studentenrevolte in verschiedene Typen von Wohngemeinschaften auf.³⁰⁸ Wenn die 'Kommunenbewegung' «scheiterte, kann damit aber 'nur' das Scheitern des revolutionären Ziels der Bewegung gemeint sein, denn wenn es auch nicht ihr Ziel war, die Etablierung einer alternativen Lebensform haben die Kommunarden mit Erfolg

³⁰⁵ Ich verwende den Begriff Kommune mehr oder weniger als Synonym für Wohngemeinschaft, wobei ich Kommune v.a. im Kontext der siebziger Jahre verwende. Der Begriff wurde im Laufe der Zeit seltener gebraucht; schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nannten sich nur noch diejenigen Wohnkollektive Kommunen, die mehr oder weniger alles teilten.

³⁰⁶ Über die Entstehung der ersten Wohnkollektive in der BRD findet sich eine breite Palette von Zeugnissen und Sekundärliteratur. Zum Beispiel: Kollektiv KommuneBuch (Hrsg.). Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie. Göttingen 1996. Korczak, Dieter. Neue Formen des Zusammenlebens. Erfolge und Schwierigkeiten des Experiments 'Wohngemeinschaft'. Frankfurt a.M. 1979. Von Gizycki, Horst und Hubert Habicht (Hrsg.). Oasen der Freiheit. Von der Schwierigkeit der Selbstbestimmung. Berichte, Erfahrungen, Modelle. Frankfurt a.M. 1978.

³⁰⁷ Kommune 2 zitiert in Wyss 1987, S. 7.

³⁰⁸ Schüle in 1978, S. 25.

herbeigeführt, wie kritisch der Zusammenhalt innerhalb dieser neuen Formen kollektiven Zusammenlebens in Zukunft auch immer sein sollte.»³⁰⁹

Für die Schweiz kann nur mit Vorbehalt von einer mit Deutschland vergleichbaren 'Kommunenbewegung' gesprochen werden.³¹⁰ Eine Anfang 1969 in der Schweiz durchgeführte Studie über die Verbreitung von Kommunen zählte in den Schweizer Grossstädten 21 Wohngemeinschaften, die meist intellektuell geprägt waren, sich also vorwiegend aus StudentInnen zusammensetzten.³¹¹ Die Autorin der Untersuchung stellte in Zürich den Einfluss der deutschen Kommunen fest, gleichzeitig fanden sich sehr unterschiedliche Beweggründe, wie Statements von zwei in der Untersuchung zitierten Personen verdeutlichen. Ein Mitglied eines Zürcher Kollektivhaushaltes erklärte, dass eine Kommune nur funktionieren kann, wenn sie eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für Aktionen besitze: «Die Leute sind politisiert und schliessen sich im Hinblick auf ein selbstverständlich auf lange Sicht gestecktes Ziel zusammen.»³¹² Ein Soziologiestudent wies dagegen auf die Kommune als Alternative zur Kleinfamilie hin und stellte die Kritik an der bürgerlichen Familie ins Zentrum.³¹³

Eine zweite Untersuchung über Kommunen in der Schweiz von Rolf Herzog (1972) verdeutlicht die von Anfang an sehr unterschiedlichen Motivationen und die grossen regionalen Unterschiede. Die Untersuchung unterteilte kollektives Wohnen in die Kategorien Wohngemeinschaft, Politikommune, Landkommune, Auffangstationen für Drogenabhängige und (kunst-)handwerkliche Produktionsgemeinschaften.³¹⁴ Zum Zeitpunkt der Untersuchung bestand also offensichtlich bereits eine grosse Bandbreite an kollektiven Wohnformen, wobei die Kritik an der Kleinfamilie einen zentralen Aspekt ausmachte. Als ursprüngliche Erscheinungsform betrachtete Herzog die zweckgebundene Wohngemeinschaft.³¹⁵ Die Politisierung in kollektiven Gemeinschaften hingegen fand häufig erst im Laufe der Zeit statt.³¹⁶

Die meisten KommunenbewohnerInnen entstammten der Mittelklasse, genauer dem Gross- und Kleinbürgertum der Städte. Herzog erkannte darin einen wichtigen Punkt für die Attraktivität der Kommunen. Der Jugend, welche den Krieg nicht mehr erlebt hatte, waren die Sicherheitsbedürfnisse der älteren Generation fremd. «Sie langweilt sich deshalb im materiellen Wohlstand, da sie ihn nie erringen musste; sieht folglich auch keine Notwendigkeit, zur Erhaltung

³⁰⁹ Wyss 1987, S. 10.

³¹⁰ Bei der Untersuchung über die Entstehung der ersten Kommunen in Zürich ergaben sich diverse Probleme. Während über die kollektiven Haushalte in Deutschland eine breite Auswahl an Literatur vorhanden ist, existieren für die Schweiz praktisch keine Berichte und Quellen. Findet sich trotzdem einmal eine Darstellung, so ist der Standort der Gemeinschaft meist nicht angegeben. Die exakte Entstehungsgeschichte der Kommunen in Zürich ist somit nur unter Bezug mündlicher Quellen nachkonstruierbar.

³¹¹ Focus Nr. 14, Dezember 1969, S. 4f.

³¹² Focus Nr. 14, Dezember 1969, S. 4.

³¹³ Focus Nr. 14, Dezember 1969, S. 5.

³¹⁴ Herzog 1972, S. 5.

³¹⁵ Herzog 1972, S. 58

³¹⁶ Steiner/Camenisch 1997, 30f.

und Mehrung dieses Wohlstandes täglich acht Stunden Geld zu verdienen. Sie weiss Wohlstand und Sicherheit nicht zu 'schätzen', weil sie deren Gegenteil nicht erfahren hat.»³¹⁷ Gleichzeitig vermissten viele junge Leute in der Kleinfamilie die Geborgenheit und die starke Solidarität der Gruppe gegenüber dem Einzelnen, welche sie im Wohnkollektiv fanden. Die intensive Nutzung von Wohnraum und lebenswichtigen Gütern ermöglichte zudem ein ökologischeres und ökonomischeres Leben zugleich.

Trotz der starken Zunahme von kollektiven Haushalten hielten sich in der Öffentlichkeit lange Zeit Klischees und eine grosse Voreingenommenheit gegenüber Kommune-BewohnerInnen. Von den Problemen und Vorurteilen, mit welchen Wohngemeinschaften in den 70er Jahren konfrontiert waren, zeugen Hinweise beziehungsweise Anzeigen aus der Nachbarschaft, welche bei der Polizei eingingen und im Bericht der Untersuchungskommission über die Stadtzürcher Fichen wiedergegeben wurden: «Zum Beispiel zwei Frauen 1973: sie 'meldeten dass es im Nachbarshaus ... öfters hoch zu und her gehe. Es könne durchaus möglich sein, auf Grund der dort im Haus wohnenden Typen, dass eine Kommune im Entstehen sei.' Oder 1977: 'Seit einiger Zeit verkehren im Haus ... ganz komische Personen', so die Anzeigerstatterin, 'ich möchte fast sagen, es sind verdächtige Personen... Diese Leute gehen keiner geregelten Arbeit nach. Den ganzen Tag liegen sie im Bette und nachts herrscht in der Wohnung viel Betrieb.'»³¹⁸ Die Klischees aus den Medien wurden von einem Teil der Jugendlichen übernommen. Diese benahmten sich dementsprechend asozial, was zu internen Spannungen führte. So erinnert sich eine Aktivistin der 80er 'Bewegig' an ihre erste WG-Erfahrung im Jahr 1970 zurück: «Am Wochenende tauchten jeweils Studenten auf, die gehört hatten, dass es da eine Kommune gab. Sie fanden das lässig, wollten natürlich wissen, ob wir Gruppensex machen, was nicht der Fall war. Sie starrten uns an wie Zootiere und frassen uns in der Küche alles weg.»³¹⁹

Paarbeziehungen waren in den Kommunen weitaus die am stärksten verbreitete Beziehungsform. «Zwar foutierten sich Kommunebewohner um Sexualtabus und versuchten sie in sich selbst, soweit noch vorhanden, abzubauen – gewaltsam zum Teil – indem hin und wieder eine gewisser 'Zwang zur Freizügigkeit' von der Gruppe ausgeübt wird. Doch solche Versuche sind meistens von kurzer Dauer. [...] So haben wir fast ausnahmslos Paarbeziehungen gefunden, die allerdings selten durch die Ehe verewigt waren und die schnell, dafür aber weniger schmerzvoll wechseln können.»³²⁰ Trotz dem Übergewicht fester Partnerschaften gab es eine Abneigung gegen allzu enge Beziehungen. Eine Bewohnerin der Heinrichstrasse 109 schildert, «dass es nicht gern gesehen wurde, wenn sich Paare innerhalb der WG sehr oft zurückzogen».³²¹ Eine Ausnahme

³¹⁷ Herzog 1972, S. 8.

³¹⁸ Untersuchungskommission 1991, S. 98.

³¹⁹ Lindt 1981, S. 97.

³²⁰ Herzog 1972, S. 10.

³²¹ Steiner/Camenisch 1997, S. 38.

bildete die im Umfeld der *Roten Steine* anzusiedelnde *mobile Kommune*, wo Paarbeziehungen zeitweise sogar untersagt waren, freie Liebe praktiziert wurde und alle möglichen Drogen konsumiert wurden (vgl. Exkurs II). Insgesamt blieben Sexorgien und Drogenexzesse jedoch selten. In den ersten Zürcher Kommunen lebten mehrheitlich Männer. Im Widerspruch zu den politischen Zielen wurden Hausarbeiten mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit als Angelegenheit der Frauen betrachtet.³²² Eine Bewohnerin kritisierte das Verhalten der Männer (1970): «Wir alle hatten die Nase von der Kleinfamilie voll gehabt, hatten Wärme, Geborgenheit in einer grösseren Gemeinschaft gesucht – und realisierten bald einmal, dass diese WG nichts anderes als eine grosse Kleinfamilie war. Die Männer diskutierten, die Frauen machten die Drecksarbeit. [...] Und dann gab es noch ein paar Mädchen aus Erziehungsheimen, die auf der Kurve waren und gewissen Männern in der WG gerade recht kamen. Da konnten sie so richtig ihre intellektuelle Überlegenheit ausspielen.»³²³ Noch drastischer schildert eine BewohnerIn einer Kommune ihre Erfahrungen in der Zeitschrift *Gasseblues*: «Wir merkten, dass wir die bürgerliche Erziehung, das heisst, den Besitzanspruch in Beziehungen + das Rollenverhalten von Mann/Frau in der Gruppe, in keiner Weise überwinden konnten, im Gegenteil.»³²⁴ Unerfahrene Männer benützten Frauen ohne feste Beziehung zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten mit Sex und Kommunikation und spielten die Frauen gegeneinander aus. Diese Mechanismen dienten für beide Geschlechter hauptsächlich der Suche nach einer «Beziehung zu einer Person in höherer Position, in der Hoffnung, ein wenig dieser Macht würde für sie abfallen». Frauen in einer Zweierbeziehung hätten sich dagegen «eine etwas leichter zu ertragende Art der Unterdrückung eingehandelt». Die Hauptfunktion der Frauen sei nach wie vor «den Gaien das Leben nett zu organisieren».³²⁵ Die Zahl der nach 1968 entstandenen Kommunen lässt sich nur schätzen. Laut einem Artikel im *Focus* entstanden allein in Zürich und Umgebung bis zum Frühling 1972 über 50 Wohngemeinschaften.³²⁶ Man kann deshalb davon ausgehen, dass ein paar hundert Personen in Wohngemeinschaften lebten. Diese Zahl wird in etwa durch eine vom Zürcher Stadtrat in Auftrag gegebene Untersuchung über die *Bunker*-Jugend gestützt. Danach lebten immerhin 7 Prozent der jugendlichen BesucherInnen des Jugendzentrums *Bunker* in «einer Wohnung oder einer Kommune» (d.h. nicht bei den Eltern, Verwandten, im *Bunker* oder in einem Zimmer).³²⁷ Nach

³²² *Agitation* Nr. 3, S.24.

³²³ Lindt 1981, S. 97f.

³²⁴ *Gasseblues* Nr. 11, S. 12.

³²⁵ *Gasseblues* Nr. 11, S. 12.

³²⁶ *Focus* Nr. 29, April 1972, S. 26. Nach Herzog ist die Zahl der Kommunen in Zürich deutlich geringer. Infolge der Wohnungsnot sei «die Anzahl der verfügbaren Gemeinschaften von rund einem Dutzend auf knapp die Hälfte geschrumpft». Herzog 1972, S. 32. Die Wohnungsnot hatte ohne Zweifel Einfluss auf die Zahl der Kommunen. Die Schätzung von Herzog scheint aber etwas gar tief. Selbst wenn die Zahl im *Focus* etwas hochgespielt ist, dürfte sie zuverlässiger als diejenige von Herzog sein, der als Wissenschaftler kaum einen so guten Überblick über die alternative Szene hatte wie die AutorInnen vom *Focus*, welche in der Szene verankert waren.

³²⁷ Müller/Lotmar 1972, S. 71.

Angaben der Autoren besuchten täglich zwischen 300 und 1000 Jugendliche den *Bunker*. Setzt man diese Zahl in Relation, kommt man wiederum auf einige hundert KommunebewohnerInnen. Das Interesse an Kommunen war zu diesem Zeitpunkt nicht nur bei Jugendlichen und in studentischen Kreisen gross. Dies belegt – neben dem grossen Medien-Interesse – eine Tagung des *Studienzentrums Boldern* und der *Paulus-Akademie*³²⁸ im März 1972, an der rund 120 Personen teilnahmen. Der Tages-Anzeiger berichtete: «Das oft dunkle, unartikulierte Missbehagen über die Kleinfamilie ist so gross, dass viele Leute auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens sind.»³²⁹ Die Autoren der erwähnten Untersuchung über den *Bunker* schlugen gar vor kollektive Haushalte vermehrt zu unterstützen. «Moderne Wohngemeinschaften auf privater Grundlage müssen finanziell und rechtlich gefördert werden.»³³⁰ Nichtsdestotrotz kursierten vielerlei Vorurteile in der Bevölkerung und das Zusammenleben fremder Menschen wurde mit grosser Skepsis betrachtet. Besonders befremdend schien es, wenn ältere oder besser verdienende Menschen in einen kollektiven Haushalt einzogen. So notierte ein Detektiv der politischen Polizei: «Es mutet etwas merkwürdig an, wenn ein Primarlehrer in derartigen Verhältnissen lebt.»³³¹ Gleichwohl nahm die Zahl der Kollektivhaushalte im Laufe der 70er Jahre stark zu. Nach einer Schätzung der Quartiergruppe *Luft und Lärm* existierten 1980 allein in den Kreisen 4 und 5 zwei- bis dreihundert Wohngemeinschaften.³³²

Verschiedentlich fanden in den siebziger Jahren Versuche zu einer Organisation der 'Kommunenbewegung' statt. 1972 entstand in Zürich das *Kommunen-Syndikat*, das für die angeschlossenen Gruppen und KommunardInnen Verträge mit den HausbesitzerInnen abschloss. Jedes Mitglied hatte für Miete und Nebenkosten einen Grundbetrag von monatlich 160 Fr. zu entrichten.³³³ Zum Zeitpunkt der Untersuchung von Herzog hatten sich im Syndikat sechs Kommunen zusammengeschlossen. Da das *Kommunen-Syndikat* später nie mehr schriftlich erwähnt wurde, muss angenommen werden, dass das Projekt bald im Sand verlief.

Ein nationaler Versuch zum Aufbau einer 'Kommunenbewegung' erfolgte durch das *Kollektivzentrum Schönegg* in Wädenswil, das ab Februar 1973 die Zeitschrift *Kommunen* veröffentlichte. Das Journal der 'Kommunenbewegung' sollte nach eigenen Angaben die verschiedenen Erfahrungen im Bereich des kollektiven Zusammenlebens sammeln und zur Diskussion stellen.³³⁴ Das Interesse am *Kommunen-Journal* war von Seiten der AbonnentInnen

³²⁸ Die Paulus-Akademie wurde 1962 von Zürcher KatholikInnen mit folgendem Ziel gegründet: «Die Bestimmung der Akademie besteht im Gespräch über Probleme und Fragen der heutigen Zeit und in der Begegnung verschiedener Gruppen, Richtungen und Menschen.» www.paulus-akademie.ch

³²⁹ TA, 3.3.1972, S. 47.

³³⁰ Müller/Lotmar 1972, S. 45.

³³¹ Untersuchungskommission 1991, S. 98.

³³² Stilet Nr. 56, Juni/Juli 1980.

³³³ Herzog 1972, S. 25.

³³⁴ *Kommunen*, Nr. 1 Februar 1973. Das *Kollektivzentrum Schönegg* veröffentlichte auch in andern Publikationen Texte, war aber im Grund nicht viel mehr als eine aktive WG.

gross. Da das Heft von den verschiedenen Kommunen aber zu wenig getragen wurde, stellten es die HerausgeberInnen nach vier Ausgaben ein. Auch das *Kollektivzentrum Schöneegg* zog ernüchtert Bilanz; die Schaffung einer Stelle, welche Kontakte unter den verschiedenen Kommunen herstellen sollte, scheiterte. «In den drei Jahren ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine effektive Zusammenarbeit zustande gekommen. Die meisten benutzten das Kollektivzentrum als Dienstleistungsbetrieb, ohne aber an Gegenleistung in Form von Mitarbeit zu denken.»³³⁵ Nach diesem Misserfolg zügelte das Kollektivzentrum von Wädenswil nach Zürich an die Niklausstrasse 4, wo die Möglichkeit bestand sich an zentraler Stelle alle 14 Tage zu treffen. Aber auch dieser Treffpunkt überlebte nur kurze Zeit, die Zusammenkünfte fanden insgesamt nicht mehr als zehn Mal statt. Ab Dezember 1976 trafen sich Wohngemeinschaften – vorwiegend aus dem Kreis 4 – wöchentlich im Restaurant Krokodil. Damit sollte die WG-Szene gefestigt werden, was nur beschränkt gelang.³³⁶ Ein anderer Organisationsversuch erfolgte Ende der 70er Jahre. Die Kontaktstelle *Treffpunkt Wohngemeinschaft* bot ab 1978 Hilfe bei der Suche nach Zimmern in WGs, gleichzeitig sollte der Kontakt unter den Wohngemeinschaften gefördert werden. Laut einem Artikel im 21i vom Oktober 1978 waren die regelmässige stattfindenden WG-Treffen jedoch äusserst schlecht besucht, spätestens 1980 schloss der *Treffpunkt Wohngemeinschaft*.³³⁷ Anfang der 70er Jahre besass noch ein grosser Teil der Kommunen einen politischen Anspruch. Speziell für die autonome Linke erlangte die Kommune als Ausdruck des gemeinschaftlichen Lebensstils eine wichtige Bedeutung.³³⁸ Bedeutsame politische Zürcher Kommunen der 70er Jahre fanden sich an der Hottingerstrasse 9, der Heinrichstrasse 107 und der Wiesenstrasse 6-10, von wo aus unter anderem die Quartiergruppe *Züri 8* arbeitete. Eine Kommune an der Nordstrasse setzte sich aus Leuten aus dem Umfeld der *Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ)* zusammen. Zwischen den verschiedenen politisch aktiven Wohnkollektiven bestand eine erstaunlich grosse Konkurrenz.³³⁹ Ein Bewohner der Heinrichstrasse 107 beschrieb die Konflikte folgendermassen. «[...] es gab Gruppierungen wie die POCH zum Beispiel, die bei uns so ziemlich die wichtigste war und Auseinandersetzungen mit anderen WGs, die eher der RML [Revolutionäre Marxistische Liga] angehörten, also trotzistisch orientiert waren und der dritten, die mehr anarchistisch orientiert war. Fraktionenstreit und alles war da beinhaltet.»³⁴⁰ Angesichts dieser Konkurrenz erstaunt es nicht, dass eine weitgehende Vernetzung der kollektiven Haushalte scheiterte und die 'Kommunenbewegung' im Laufe der 70er Jahre allmählich zerbrach.

³³⁵ Gottlieb Duttweiler-Institut 1975, S. 23.

³³⁶ S'fräche Blatt Nr. 5, Dez. 1976, S. 10.

³³⁷ 21i Nr. 15, 4.10.78, S. 2. Berna 1980, S. 21.

³³⁸ Wisler 1996, S. 78.

³³⁹ Leserzeitung Nr. 79, 6.6.1978, S. 8. Lindt 1981, S. 171. Steiner/Camenisch 1997, S. 31.

³⁴⁰ Steiner/Camenisch 1997, S. 31.

Zwei der aktivsten politischen Kommunen der frühen siebziger Jahre waren die *Kommune Hegnau* im Zürcher Oberland und die *Kommune Herrliberg* am Zürichsee, wo verschiedene ExponentInnen der autonomen Linken lebten.³⁴¹ Die *Kommune Hegnau* wird in der Untersuchung von Herzog vorgestellt: zu diesem Zeitpunkt lebten sechs Männer und zwei Frauen in der Kommune, die zum aktiven Kern der *Bunker*-Bewegung gehörten.³⁴² Die Gruppe erlangte mit der *Heimkampagne* grosses Aufsehen, bei der sie kollektive Wohnformen als Alternative zur Heimerziehung propagierte.³⁴³ Nach eigenen Angaben organisierte sich die Gruppe nach dem Prinzip, dass nicht die gemeinsame Konsumation, sondern die gemeinsame Produktion – das heisst die politische Praxis des Kollektivs – den integrierenden Faktor bildete. «Nahrung und Miete waren kollektiviert, die finanziellen Beiträge wurden so aufgeschlüsselt, dass jeder gleichviel Arbeitszeit in die gemeinsame Kasse investieren musste, unabhängig von seinem Einkommen. Anfangs verfügte jedes Mitglied über ein Einzelzimmer nebst dem gemeinsamen Wohnraum: Mit wachsender Mitgliederzahl wurden später zwei gemeinsame Schlafräume eingerichtet, der Rest an Wohnraum in individuelle Arbeitsplätze aufgeteilt.»³⁴⁴ Praktisch alle beteiligten sich nicht nur am Hausverwaltungsdienst, sondern auch an der politischen Praxis der Gruppe: «Die gemeinsame politische Arbeit fördert unseren Zusammenhalt in der Kommune, und das Zusammenleben fördert wiederum unsere Arbeit.»³⁴⁵ Wie lange die *Kommune Hegnau* existierte, lässt sich nicht genau bestimmen – es gibt aber keinerlei Hinweise, dass sie sehr lange Bestand hatte.

Im Laufe der 70er Jahre wurde die Unvereinbarkeit der Idee von Wohnkollektiven als politische Aktionseinheit und dem konflikträchtigen Zusammenleben zunehmend sichtbarer. Parallel zum Ende der Aktivitäten der 68er Bewegung Mitte der siebziger Jahre verlor die Mehrheit der politischen Kommunen an Einfluss. «Sozusagen alle damals [1970/71] gegründeten WGs haben sich aufgelöst oder neu zusammengesetzt. [...] Die eigentliche Wohngemeinschafts-Bewegung, der ideologische Push, der einst hinter ihr steckte, sowie ihr Bezugsrahmen, die Jugendbewegung ist vererbt.»³⁴⁶ In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre fanden sich nur noch vereinzelt Kommunen, die sich in erster Linie als politische Kampfeinheit sahen. Gleichzeitig kam es bei den verbliebenen 68ern zu einer Radikalisierung, die sich auch in einigen Kommunen bemerkbar

³⁴¹ Die *Kommune Hegnau* setzte sich unter anderem aus Mitgliedern der *Sozialistischen Kampfgruppe*, ab 1971 *Proletarische Kampforganisation* genannt zusammen; die *Kommune Herrliberg* war in etwa mit der *Gruppe Focus* gleichzusetzen (Herausgeber der Zeitschrift *Focus*). Wisler 1996, S. 80f.

³⁴² Herzog 1972, S. 23f.

³⁴³ Bei der *Heimkampagne* flohen nach einer Kundgebung gegen die Bedingungen in der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon 17 Zöglinge. Zentrale Ziele der *Heimkampagne* waren die Demokratisierung der Anstalten, Verzicht auf Disziplinarstrafen, Öffentlichkeit in den Heimen und eine gemischte Bewohnung; gleichzeitig sollten autonome Jugendhotels und Jugendkollektive mit Selbstverwaltung den Schutz der Behörden und wenn möglich materielle Unterstützung erhalten. Thut 1971.

³⁴⁴ Thut 1971, S. 12.

³⁴⁵ *Focus* Nr. 30, Mai 1972, S. 23.

³⁴⁶ *S'fräche Blatt* Nr. 3, Oktober 1976, S.9.

machte, wie dies ein Beitrag in der Gassenzeitung S'fräche Blatt verdeutlichte: «Die Kommune ist für uns wie etwa das Paffen oder die Waffen, nur ein Werkzeug mit einem grossen Gebrauchswert. [...] Und weil die Kommune eine Lebensart ist, ein Instrument, ein Ausgangspunkt, darf man nicht glauben mit einer Kommune die Revolution hinter sich zu haben: im besten Fall hat sie gerade erst begonnen.»³⁴⁷ Weiter forderte der Autor des zitierten Textausschnittes die Bereitschaft zur Militanz. «Nur eine bewaffnete Kommune kann funktionieren, d.h. sie muss sich verteidigen können gegen alle Angriffe von innen & aussen denen sie ausgesetzt ist als Zelle eines neuen Lebens. Angriffe von aussen wie Schmier & Behörden, von Innen wie fruchtlose Ideologie-Orgien von Supergenossen, Invasionen von Obdach-, Mittel- & Fantasielosen, die allzeit zur Reintegration bereit sind und sich nur einfach bedienen. [...] Bewaffnete Kommune heisst nicht nur Waffen zu besitzen (aber auch das), bewaffnet sein heisst auch dem Staat ein wirkliches Leben entgegenzusetzen, heisst auch ein offensiver Brennpunkt sein im Gebiet, das man bewohnt. Die Kommune muss eine Gruppe (Bande) entfesselter Kämpfer gegen den Staat sein, fähig, neue Lösungen zu formulieren und zu bringen.»³⁴⁸ Derartige Aussagen – vom bewaffneten Kampf in der BRD und in Italien beeinflusst – blieben in der Schweiz allerdings äusserst selten oder wurden zumindest nicht öffentlich diskutiert.

Neben der Radikalisierung einzelner Kommunen liessen sich für den Verlauf der 70er Jahre weitere Entwicklungen feststellen. Es waren dies namentlich die Stadtfucht und die Entstehung von gegenkulturellen Strukturen in der Stadt. Bereits in der 1972 verfassten Studie über 'Kommunen in der Schweiz' wurde ein Trend zurück zur Natur festgestellt. «In der Schweiz ist der Zug aufs Land ebenfalls stark, doch haben bisher nur wenige Kollektive ihr Ziel, eine landwirtschaftliche Produktionseinheit zu bewirtschaften, erreicht.»³⁴⁹ Nach dem Scheitern der Jugendrevolte, dem Zerfall verschiedener Politikommunen und der Entstehung der Alternativbewegung Mitte der 70er Jahre verstärkte sich die Stadtfucht. Die Alternativbewegung orientierte sich – beeinflusst von einem neuen ökologischen Bewusstsein und im Trend einer breiten Entpolitisierung – aufs Land; ein Teil der BewohnerInnen von Zürcher Kommunen zogen ins Tessin, wo sich die Selbstverwaltung einfacher verwirklichen liess.³⁵⁰

Parallel zur Stadtfucht etablierte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Zuge einer 'Wende nach innen' eine gegenkulturelle Infrastruktur. Dem politischen System stellten die TrägerInnen dieser Gegenkultur den Alltag gegenüber, den Parteien die soziale Gemeinschaft und das soziale Netz.³⁵¹ Antiautoritäre Erziehung, die Gründung von selbstverwalteten Betrieben, die alternative

³⁴⁷ S'fräche Blatt Nr. 21, Oktober 1978, S. 38.

³⁴⁸ S'fräche Blatt Nr. 21, Oktober 1978, S. 39.

³⁴⁹ Herzog 1971, S. 43.

³⁵⁰ Selbst Leute aus dem Umfeld der städtisch orientierten 'Rote Hilfe' zogen es vor auf dem Lande zu leben. S'fräche Blatt Nr. 3, Okt. 1976, S. 9f. S'fräche Blatt Nr. 4, Nov. 1976, S. 9.

³⁵¹ Kriesi 1984, S. 166.

Presse und der aufkommende Umweltschutzgedanke waren neben dem kollektiven Wohnen zentrale Bestandteile dieser 'Wende nach innen'. In Zürich wurde der Aufbau einer derartigen Struktur durch den Umstand begünstigt, dass die Wirtschaftskrise auf dem Buckel der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Familien ausgetragen wurde, die das Land zu Hunderttausenden verlassen mussten. Die WGs der Gegenkultur übernahmen sukzessive den Wohnraum der wegziehenden AusländerInnen, die vor allem in den citynahen Stadtkreisen 3, 4 und 5 lebten. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Stadtfucht von mittelständischen Familien, die in den siebziger Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Die Wohngemeinschaften bildeten Anfang der 80er Jahre ein wesentliches Element der alternativen Infrastruktur.

Für die Jugendbewegung der 80er Jahre hatte das kollektive Wohnen als Kampfform endgültig an Bedeutung verloren. «Konfrontiert mit der Leidensgeschichte der 68er Revolte und den Erfahrungen, die in den siebziger Jahren zum Aufbau der Gegenkultur geführt haben, glauben die jugendlichen Rebellen der beginnenden 80er Jahre nicht mehr an eine revolutionäre Umwälzung der gegebenen Verhältnisse, sondern fordern lediglich noch einen Raum für sich, in dem sie – wie die Gegenkultur – ihre eigenen Lebensformen entwickeln können.»³⁵² Die 'Bewegig' drang zwar in erster Linie durch die Auseinandersetzung um das selbstverwaltete *Jugendzentrum AJZ* ins Bewusstsein der Öffentlichkeit; das Schwergewicht der Forderungen verlagerte sich – begünstigt durch die Wohnungsnot und Wohnraumverdrängung – aber bald auf die Wohnsituation. Die sich in die Wohnquartiere ausdehnende City bedrohte die Wohngemeinschaften in den Kreisen 3, 4 und 5. Besonders die nach 1981 aufblühende Hausbesetzungsbewegung widersetzte sich mit allen legalen und illegalen Mitteln dem Abriss von billigem (und kollektiv genutztem) Wohnraum (vgl. III.D.1b).

Auch wenn sich die Akzeptanz gegenüber kollektiven Wohnformen im Verlauf der achtziger Jahre langsam verbesserte, wurde die Wohnungssuche für WGs im Vergleich zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre wieder schwieriger und auch auf bestehende Wohngemeinschaften erhöhte sich der Druck. Unzählige Gross-WGs verloren im Laufe der achtziger Jahre ihren Wohnraum infolge Renovation oder Neubau – Ersatz konnte in den wenigsten Fällen gefunden werden.³⁵³ Durch den Immobilien-Boom schwanden die Möglichkeiten für kollektive Haushalte ein bezahlbares Haus oder eine grössere Wohnung zu finden stark – was sich durch den Opernhauskrawall und die darauf folgende Verhärtung des politischen Klimas verstärkte. Die Baugenossenschaften tolerierten WGs nach wie vor nicht, und auch in den städtischen Liegenschaften hatten kollektive

³⁵² Kriesi 1984, S. 170.

³⁵³ Universitätstrasse 89, Lavaterstrasse (Tessinerplatz), Gotthardstrasse (Tessinerplatz), Weinbergstrasse 74, Zurlindenstrasse (Schmiede Wiedikon), Höschgasse, Köchlistrasse 3, Hüttisstrasse sind nur einige bekannte Beispiele.

Haushalte Seltenheitswert.³⁵⁴ Verhandlungen mit der städtischen Liegenschaftsverwaltung – wie sie zum Beispiel die Aktionsgruppe *Amöbel* fruchtlos führte³⁵⁵ – hatten nur in Ausnahmefällen Erfolg, und die erkämpften Mietverträge waren meist zeitlich begrenzt.³⁵⁶ Auf eine schriftliche Anfrage von Ingrid Schmid (*POCH*) gab der Stadtrat im September 1979 zur Antwort, dass in den vergangenen zweieinhalb Jahren lediglich 67 städtische Wohnungen an unverheiratete Paare und Wohngemeinschaften vermietet worden waren.³⁵⁷ Auch Hans Erne, Chef der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich, zeigte 1980 in einem Interview bei der Frage nach der Akzeptanz von WGs in städtischen Wohnungen wenig Verständnis. «Wir müssen zugeben, dass sie [WGs] auf dem Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben, sowohl bei Privaten als auch bei der Stadt. Wohngemeinschaften wären zwar bereit, bis zu 1000 Franken Zins zu bezahlen. Aber wir sind nicht dazu da, Leute mit Wohnungen zu versorgen, die zu faul zum Arbeiten sind. Leute, die meinen, sie könnten als Nichterwerbstätige in der Stadt Wohnungen finden, gehen falsch. Die Schwierigkeiten der WGs sind oft im eigenen Verhalten begründet. Es liegt im Auftreten, an der völlig anderen Lebensweise. Wenn WGs die Nacht zum Tag machen, dann gibt es halt 'Lämpen' in einem normalen Mehrfamilienhaus. Oder die WG hält die Hausordnung nicht ein, indem sie das Treppenhaus nicht putzt etc. Allerdings gibt es auch positive Beispiele, besonders wenn die Leute arbeiten. Immerhin bestehen zurzeit 75 Mietverträge mit WGs.»³⁵⁸

Verschiedentlich konnten WGs in Abbruchliegenschaften unterkommen. Da der Verbleib in solchen Verhältnissen für Familien wegen äusserst kurzen Kündigungsfristen unattraktiv war, bot sich für Jugendliche hier oft die einzige Möglichkeit eine alternative Wohnform zu verwirklichen. Nichtsdestotrotz konnten sich im Status der Zwischennutzung keine wirklichen Strukturen etablieren; die Verteidigung des eigenen Lebensraums absorbierte in vielen Wohnkollektiven einen Grossteil der politischen Aktivitäten.

Obwohl sich die Wohnraumsuche für Gross-WGs bis heute schwierig gestaltet, nahm die Vielfalt auf dem 'Wohngemeinschaften-Markt' stetig zu. Die *Zürcher Arbeitsgruppe für Jugendprobleme (Zagip)* betrieb ab den siebziger Jahren Wohngruppen für Jugendliche mit schwierigen familiären Verhältnissen – ähnlich wie dies das *Sozialistische Kollektiv* schon früher praktizierte. «Die Idee dieser Wohngemeinschaft ist es also, in präventivem Sinne Sozialarbeit zu leisten, die von den Betroffenen zum grossen Teil selber getragen wird.»³⁵⁹ Die studentische *Wohngenossenschaft WoKo* sowie die *Vereine Zürcher Jugendwohnhilfe* und *Zürcher Jugendwohnungen* (vgl. Exkurs VI)

³⁵⁴ 1987 wurde beispielsweise die Forderung nach Unterkünften für Wohngemeinschaften in der städtischen Liegenschaft Vogelsangstrasse 3 vom Gemeinderat mit 85 zu 17 Stimmen abgelehnt.

³⁵⁵ Verlag Amöbel 1982.

³⁵⁶ Eine Ausnahme bilden die BewohnerInnen der Schmiede Wiedikon, welche von der Stadt ein Haus als Ersatz bekamen. 21i Nr. 12, 3.11.1988, S. 3.

³⁵⁷ Interpellation von Ingrid Schmid vom 5. März 1989 zitiert in Telefonziitig Nr. 1315, 26.9.1979.

³⁵⁸ 21i Nr. 13, 3.9.1980, S. 2. Die Angst eines Aufeinanderprallens verschiedener Lebensgewohnheiten äusserte auch Stadtrat Max Koller. TA, 9.4.1981, S. 22

unterstützten die Verbreitung der studentischen WGs, weiter entstanden reform-pädagogische Modelle therapeutischer WGs.³⁶⁰ Auch das so genannte Singlehaus kann als Weiterentwicklung der Wohngemeinschaft angesehen werden: Das 1998 im Kreis 6 entstandene Projekt ist zwar eher eine lockere Gemeinschaft, versucht aber auf ähnliche Art und Weise das anonyme Dasein von Einzelhaushalten zu umgehen.³⁶¹ WGs gewannen aber auch für VermieterInnen an Attraktivität. Die BewohnerInnen von WGs waren zum Teil gewillt, relativ hohe Mietbeträge zu zahlen, da sie den knappen Wohnraum überdurchschnittlich gut ausnutzten und die Kosten auf mehrere Nasen verteilen konnten.³⁶² Ende der 80er Jahre kam die WG für ältere Menschen auf, die teils zur 'Wohngemeinschaft Jung und Alt' ausgebaut wurde.³⁶³ 1993 warb etwa die Stadt Zürich für Alterswohngemeinschaften mit dem Slogan «Mehr Lebensqualität, mehr Sicherheit, bessere Gesundheit und gesenkte Lebenshaltungskosten».³⁶⁴

Parallel zur Ausdifferenzierung kollektiver Wohnformen verlagerten sich die Ziele im Laufe der Zeit vom politischen in den sozialen und ökonomischen Bereich, wobei festgehalten werden muss, dass der finanzielle Aspekt schon immer eine wichtige Rolle spielte.³⁶⁵ «Das kollektive Wohnen scheint zu einer zeitgemässen Lebensform geworden zu sein, entlang derer man sich den je individuellen Lebensstil nach Belieben zusammensetzen kann. [...] Damit wäre die WG von der einst revolutionären Praxis zur höchst funktionierenden und äusserst systemintegrativen Lebensform geworden.»³⁶⁶ WGs sind heute nicht mehr aus dem Stadtbild wegzudenken, gesellschaftlich peripher zwar, aber doch eine Selbstverständlichkeit.

In den neunziger Jahren waren Wohngemeinschaften weit herum akzeptiert, was zu einer stetig steigenden Zahl von WGs führte.³⁶⁷ Gleichwohl blieb die Verbreitung von WGs bis heute vergleichsweise gering: Nach Angaben der Volkszählung von 1990 lebten in der Stadt Zürich lediglich 5,3 Prozent der Bevölkerung in einem Kollektivhaushalt.³⁶⁸ Gesamtschweizerisch stieg die Zahl der Kollektivhaushalte von 1980 bis 1990 stark an (um 89 Prozent), die Zahl der in

³⁵⁹ Frei, Spühler u.a. 1976, S. 2.

³⁶⁰ Zum Beispiel kombiniertes Wohnen von Behinderten und Nichtbehinderten oder reine Behinderten-WGs, wie sie an der *Hellmi*, im *Brahmshof* und auch in städtischen Siedlungen entstanden.

³⁶¹ Beobachter Nr. 11, 25.5.2001, S. 72

³⁶² TA, 9.4.1981, S. 22. Insgesamt hatte einE WG-BewohnerIn ungefähr 32 m² zur Verfügung (1990), mit der Grösse der WG nahm diese Fläche ab. Bundesamt für Statistik 1996, S. 179. Der durchschnittliche Verbrauch in Zürich pro Person lag 1990 bei 37 m². Zürcher Statistische Nachrichten, Bericht 9/ S. 26.

³⁶³ Schmidt, Ulrich. Wahlfamilie. Die 'Wohngemeinschaft Jung und Alt' – Ein Modell für das Wohnen von Morgen. Zürich 1990.

³⁶⁴ Mieten & Wohnen, Juli 1993, S. 8.

³⁶⁵ Steiner/Camenisch 1997, S. 27. FaZ Nr. 111, April 1995, S. 4.

³⁶⁶ FaZ Nr. 111, April 1995, S. 4.

³⁶⁷ FaZ Nr. 45, September 1988, S. 8. FaZ Nr. 111, April 1995, S. 1. Höpflinger/Erni-Schneuwly 1989, S. 230. Steiner/Camenisch 1997, S. 27.

³⁶⁸ Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, da bei der Volkszählung unter Kollektivhaushalte auch Heime, Bauarbeiterbaracken und Obdachlosenheime gezählt wurden. Zudem war es Leuten in WGs freigestellt, ob sie sich bei der Volkszählung als Nichtfamilienhaushalt, Konsensualpaar, Einpersonenhaushalt oder Kollektivhaushalte deklarierten. TA, 20.1.1995, S. 22.

Kollektivhaushalten Lebenden hingegen nur gering (18 Prozent), was darauf hinweist, dass die Grösse der WGs sukzessive abnahm und Gross-WGs nur noch wenig verbreitet sind.³⁶⁹ Nach Höpflinger finden sich für die geringe Verbreitung von WGs zwei Gründe: Zum einen bleibt die Zweierbeziehung weitaus die populärste Lebensform «in einer Gesellschaft, die den Gedanken des Privatlebens betont», zum zweiten führten die Erfahrungen des gemeinsamen Wohnens teilweise zu einer gewissen Ernüchterung.³⁷⁰ Weiter erschwert das auf Kleinwohnungen ausgerichtete Wohnungsangebot und die Skepsis vieler VermieterInnen die Erfolgchancen für kollektive Haushalte auf Wohnungssuche. Für einen Grossteil der BewohnerInnen ist die WG nur eine kurzzeitige Alternative, sobald die finanziellen Mittel reichen, zieht man in eine eigene Wohnung.³⁷¹ Die WG bildet heute zu einem Grossteil lediglich eine Zweckgemeinschaft. Unterschätzt werden darf ihre Bedeutung deswegen aber keinesfalls. So erfuhr der Anteil der Kollektivhaushalte in der Stadt Zürich zwischen 1990 und 2000 eine markante Steigerung von 0,4 Prozent auf 2,1 Prozent.³⁷²

Exkurs II: Mobile Kommune

Die *mobile Kommune* zählt zu den radikalsten Formen kollektiven Zusammenlebens. Sie kann als Kampfform wie auch als alternativer Lebenswurf angesehen werden und war in der Schweiz einzigartig. Gegründet wurde die *mobile Kommune* im Umfeld der *Roten Steine*, deren Wurzeln auf die Basisgruppen der *Bunker*-Bewegung zurückgehen. Die ab 1972 aktive Gruppe setzte sich vorwiegend aus Gassenleuten sowie Politrockern zusammen und bildet eine Alternative zu den in den 70er Jahren entstandenen Theorie-Polit-Zirkeln. In der Tradition der antiautoritären Sponti-Gruppen mobilisieren sie auf der Gasse um ein Netz von Kommunen, Werkstätten und Läden aufzubauen. Wie die neue Gesellschaft aussehen sollte, interessierte die *Roten Steine* wenig. «Marx oder Mao sagen den Roten Steinen [...] kaum etwas, sie ziehen eine Art Synthese zwischen Anarchismus und dem Reich des Eros und Tanatos Bakunin und Freud vor.»³⁷³ Laut Selbsteinschätzung fühlten sich die *Roten Steine* bei den *Hells Angels* wohler als an linken Diskussionsveranstaltungen, über welche sie sich gerne lustigen machten. «[...] wir trafen uns alle zusammen, sofften, pafften, tripten, diskutierten, schrien uns an, liebten uns. Da gedachten wir auch in einer Lachminute der braven Linken und ihrem nationalen Koordinationsmeetings in irgendeinem gemieteten Saal, 11h, sonntags, im Bahnhofbuffet soundso, unheimlich wichtig,

³⁶⁹ NZZ, 13.12.1993, S. 17. 1990 bestanden beinahe drei Viertel aller Wohngemeinschaften mit Jugendlichen lediglich aus zwei Personen, nur 18,9 Prozent umfassten 3 Personen, 6,7 Prozent 4 Personen oder mehr. Bundesamt für Statistik 1996, S. 179.

³⁷⁰ Höpflinger/Erni-Schneuwly 1989, S. 52.

³⁷¹ Steiner/Camenisch 1997, S. 124.

³⁷² Zahlen der Volkszählungen 1990 und 2000. TA, 20.1.1995, S. 22. www.statistik.admin.ch

³⁷³ Wisler 1996, S. 122.

rechtwinklige Stühle, brandheisse Dossiers, Café Crème, Gauloises, Traktanden, Diskussionsleiter, Resolution und Paragraphen.»³⁷⁴

Laut dem Gasseblatt – eine Zeitschrift aus dem Umfeld der *Roten Steine* – wurde die Idee einer *mobilen Kommune* 1977 in die Realität umgesetzt.³⁷⁵ Gemäss einer auf Oral History beruhenden Seminararbeit von Kaspar Surber besassen die *Roten Steine* 1976 bis 1978 eine weitgehend geordnete Struktur und die *mobile Kommune* war eine verschworene Lebensgemeinschaft und nicht bloss ein loser Zusammenschluss.³⁷⁶ Um einen inneren Kern von rund 20 Personen bildete sich in der Blütezeit ein Kreis von bis zu 100 Leuten. Die Motivation beschrieb ein Mitglied Ende der siebziger Jahre im Gasseblues wie folgt: «Wir wollten mobil sein: Kommunen in verschiedenen Städten, deren Zusammensetzung ständig wechselt. Das Ganze aufgefasst als Grosskommune.»³⁷⁷ Die drei wichtigsten Standorte waren Basel, Zürich und St. Gallen; weitere Ausläufer gab es in der Westschweiz und in Bern. Laut Guy Barrier – der zentralen Figur der *mobilen Kommune* – waren die Mitglieder verpflichtet alle drei Monate die Stadt zu wechseln.³⁷⁸ Die Notwendigkeit der Mobilität wurde unter anderem damit begründet, dass so keine festen Zweierbeziehungen entstehen könnten, die mit Besitzdenken in Verbindung stünden.³⁷⁹ Die Kommunarden mussten sich auch an so genannten Arbeitskollektiven beteiligen; laut einem Gründungsmitglied der *Roten Steine* gab es 'Bauakkordgruppen', mit denen die WGs finanziert wurden.³⁸⁰ Weitere Einnahmequellen waren von den Frauen betriebene Läden und einzelne Frauen prostituierten sich auch. Allerdings geschah dies nicht aus Gruppendruck, sondern aus radikalen politischen Überlegungen der Frauen zur Selbstverwaltung ihrer Körper; zum Teil auch zur Finanzierung des Drogenkonsums.³⁸¹

Das Leben in der *mobilen Kommune* war durch Drogen, Musik, freie Sexualität und Politik geprägt. Die Symbiose von Drogen und Musik beschreibt ein Bewohner folgendermassen: «Auf der einen Seite war das Heroin, und mit ihm der Jazz, auf der anderen Seite der Hanf und mit ihm der Reggae, mittendrin war Punk, Saufen, Moschtclub, darauf konnten sich alle verständigen.»³⁸² In Anlehnung an deutsche Vorbilder lebten die Roten Steine die freie Sexualität – wie ein ehemaliger Bewohner berichtet: «Und dann war halt die auf Besuch und dann hatte man miteinander Sex, und das war nicht so ein Ding, und man hatte auch sonst wieder miteinander zu tun.»³⁸³ Absolut

³⁷⁴ Wisler 1996, S. 121.

³⁷⁵ Gasseblatt Nr. 6, 1977.

³⁷⁶ Surber 2003, S. 15.

³⁷⁷ Gasseblues Nr. 11, S. 6f.

³⁷⁸ PIZZA 1992, S. 37.

³⁷⁹ Köhli/Stern 1998, S. 158.

³⁸⁰ Köhli/Stern 1998, S. 162.

³⁸¹ Surber 2003, S. 15, 20.

³⁸² Moritz zitiert in Surber 2003, S. 20.

³⁸³ Peter zitiert in Surber 2003, S. 21.

verpönt waren Zweierbeziehungen, laut Barrier die «Basis aller Übel».³⁸⁴ «Wenn du verliebt warst und du bist zu lange mit dem gleichen zusammen gewesen, dann hiess es: 'Hey, es gibt keinen Privatbesitz.' Es war wirklich schwierig, ich habe zum Teil von Leuten gehört, die in einer solchen Situation einfach angemacht wurden», erinnert sich eine Bewohnerin.³⁸⁵ Die politischen Aktivitäten lassen sich laut Surber in drei Hauptkategorien gliedern: Die Herausgabe der Zeitschrift Gasseblatt beziehungsweise Gasseblues, der Einsatz für Gefangene und die Beteiligung an Demos. Verschiedentlich sympathisierten die *Roten Steine* auch mit bewaffneten Gruppierungen wie der *Bewegung 2. Juni* in Berlin. «Überhaupt ist es für uns unmöglich, leben und kämpfen gegen das System zu trennen.»³⁸⁶ Den Schritt zum Terrorismus haben die *Roten Steine* aber bewusst unterlassen, da sie sich nicht auf ein Leben im Untergrund einlassen wollten. «Natürlich haben wir solche Leute unterstützt, mit Kampagnen, aber wir fanden immer, das ist nicht unser Ding, am Schluss bist du nur noch auf der Flucht, und wir wollen doch auch leben, Drogen, Sex, alles.»³⁸⁷ Nach 1978 kam es innerhalb der *mobilen Kommune* vermehrt zu Konflikten: verschiedene Gruppen spalteten Gruppen ab – so zum Beispiel die eher unpolitischen *Ratten*. 1979 zog sich auch die *Rote Zora* – eine im Sommer 1978 gegründete autonome Frauengruppe der *mobilen Kommune* – zurück. Laut Surber war der Exodus «ein Versuch sich vom 'Obermacho, Obermacker' Guy Barrier abzugrenzen und autonom für Frauenanliegen einzusetzen».³⁸⁸ Guy Barrier schrieb darauf im Gasseblues: «2er-Kisten mit Typen müssen scheinbar bis ins letzte ausgelebt werden, bevor frau wirklich bis ins letzte Eckchen das Unterbewusstsein kein Bedürfnis mehr danach hat.»³⁸⁹ Zwischen den Zeilen fand sich immerhin auch Selbstkritik. «[...] und wir dachten, es genüge, Zweierkisten abzuschaffen, die wir (teils zurecht) als Urzelle der Frauenunterdrückung betrachteten. Ganz abgesehen, dass dieses 'Verbot' von Zweierkisten eher schadete als nützte (x Leute der MK [*mobilen Kommune*] wollen heute bewusst ihre Zweierliebesbeziehung durchziehen!), war es eben nicht genug?! – Naiv wars, blind gegenüber dem Fact, dass wir eben immer noch eine Typenszene durchzogen, wo Frauen höchstens mitmachen konnten, niemals sich aber verwirklichen.»³⁹⁰

Die Gründe für den Untergang der *mobilen Kommune* waren vielfältig: manche konnten sich mit dem Lebensentwurf der *mobilen Kommunen* nicht mehr identifizieren, andere beklagten die völlige Aufhebung der Privatsphäre. Im Laufe der Zeit wurde zudem der Konsum harter Drogen (Heroin, Kokain) zu einem immer grösseren Problem, da er viel Geld verschlang und oft auf die Stimmung drückte. Die Hauptschwierigkeit lag aber wohl darin, «dass eben diejenigen, die Kritik,

³⁸⁴ PIZZA 1992, S. 38.

³⁸⁵ Anna zitiert in Surber 2003, S. 20.

³⁸⁶ Gasseblues Nr. 11, S. 6f.

³⁸⁷ Anna zitiert in Pius 2003, S. 22.

³⁸⁸ Anna zitiert in Pius 2003, S. 15.

³⁸⁹ Gasseblues Nr. 11, S. 10.

Veränderung spürten, herbeisehnten, diese nicht bringen konnten. Eben weil die Gruppenstrukturen so waren, dass sie zuwenig zum Zuge kamen, zuwenig Selbstsicherheit dazu hatten, zuwenig darin von anderen in der gleichen Situation unterstützt wurden.»³⁹¹ Die Machtstrukturen in der Gruppe – insbesondere die tonangebende Rolle des ‘Oberprolos’ Guy Barrier – waren zu belastend, wie ein Bewohner abschliessend feststellt: «Seine Respektlosigkeit stand im Gegensatz zu unserem Lebensentwurf. Das ging nicht mehr.»³⁹²

Exkurs III: Kommune Beckenhof

Die Kommune Beckenhof war eine der wenigen Wohngemeinschaften, die sich in den achtziger Jahren noch als Kommune bezeichnete. Sie entstand als Ableger der *integralen Lebens- und Produktionsgemeinschaft (LPG)* in Villeret (Jura), ein Kind der Selbstverwaltungsbewegung. Die *LPG* versuchte der umstrittenen ‘AA-Therapie’ nachzuleben, einer in Österreich entwickelten Lebenspraxis für die Befreiung des Menschen durch Selbstdarstellung und freie Sexualität.³⁹³ Als sich die *LPG* anfangs 1979 in einer Phase des Umbruchs befand, zogen acht Mitglieder nach Zürich um dort eine Kommune zu gründen. Die ersten zwei Wohnexperimente in Zürich waren nur von kurzer Dauer und nur im kleinen Rahmen. Im Sommer 1981 zogen die Mitglieder der *LPG* dann zusammen mit einer Kommune aus Genf – insgesamt etwa 20 Leute – an die Beckenhofstrasse. Die *Kommune Friedrichshof* – wie sie sich neu nach dem Vorbild aus Österreich nannte – engagierte sich vor allem kulturell und orientierte sich weniger an der Realpolitik. Im Zeitraum von 1982 bis 1984 wurde offensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben: Es gab ein Café, diverse Veranstaltungen im hauseigenen *Atelier 33* und eine Zeitung (Güggerigü). Diese Strategie der Öffnung führte auch zu negativer Presse: Hugo Stamm schrieb im Tages-Anzeiger einen zynischen Artikel über eine Veranstaltung im *Atelier 33*, in dem er die Darbietungen als «Selbstbefreiungsakte und Psychohygiene» bezeichnete und auch in der Zeitschrift *Zeitdienst* wurde Kritik geäussert.³⁹⁴ In der Folge zog man sich wieder auf sich selber zurück; interne Probleme sowie das Auftauchen von AIDS führten Mitte der 80er Jahre zur Auflösung der *Kommune Friedrichshof*.

³⁹⁰ Gasseblues Nr. 11, S. 8.

³⁹¹ Gasseblues Nr. 11, S. 8.

³⁹² Moritz zitiert in Pius 2003, S. 18.

³⁹³ Es findet sich dazu relativ viel Literatur; auch in den Zeitschriften der Bewegung wurde immer wieder über die AA-Kommune berichtet. Dabei gehen die Meinungen weit auseinander. Nach dem ehemaligen Bewohner Andreas Schlothauer führte der linksalternative Kommuneversuch mehr und mehr in ein totalitäres System gegenseitiger Bespitzelung und endete im sexuellem Missbrauch Minderjähriger, Vergewaltigung, erzwungener Abtreibung und Kindesmisshandlung. Schlothauer, Andreas. Die Diktatur der freien Sexualität. AAO, Mühl-Kommune, Friedrichshof. Wien 1992. <http://www.agpf.de/Schlothauer-AAO-Muehl.htm>

³⁹⁴ TA 26.5.1982, S. 55. *Zeitdienst* Nr. 33, 10.9.1982, S. 1.

2. Motivation für das kollektive Zusammenleben

Die Kritik der stadt- und wohnpolitischen Bewegung richtete sich oft gegen die Isolation und Anonymität, welche in den Städten herrschen. Ein von der 'Provinz' nach Zürich gezogener Jugendlicher beschrieb dieses Phänomen wie folgt. «Zunächst noch wohligh und ein wenig stolz in der eigenen Wohnung, fand ich bald einmal heraus, dass allein sein nicht das Ziel menschlichen Strebens sein kann. Die ehemals lauschige Wohnung empfand ich zunehmend als bedrohlichen Knast, der mich jederzeit erdrücken konnte. Also musste ich raus, fast jeden Abend. Aber blöde und ziellos in der Stadt rumkurven und da und dort ein Bier saufen ist auf die Länge auch nicht befriedigend, schon gar nicht allein.»³⁹⁵ Begründet wird die beschriebene Vereinsamung mit dem Fehlen öffentlicher Erholungsräume und der mangelnden Freizeit: der Tagesablauf bestimmt durch Lohnarbeit; am Abend ausgelaugt vom Job; soziale Kontakte wenn überhaupt nur am Wochenende; als Folge davon Isolation vor dem TV. «Neben 8½ Stunden Arbeit, Einkaufen, Heimweg, Kochen, Essen, Abwaschen, Putzen etc. bleibt nicht mehr viel Zeit und Energie für anderes. Will ich nicht durchdrehen, so muss ich raus, um Leute zu treffen, Sachen zu erleben. Die Alternative dazu wäre, einen Fernseher zu kaufen und allabendlich Pseudoerlebnisse reinzuziehen und dabei ganz zu vereinsamen. Ganz im Sinne des Systems: Allein im Auto statt zusammen im Zug, allein vor dem Fernseher statt zusammen im AJZ, und eben, allein in der Miniwohnung statt zusammen in einem Haus.»³⁹⁶

Als weiteren Faktor, der zur Isolation und Entfremdung beiträgt, bezeichnete die Bewegung die schwindende Lebensqualität, die durch verschiedene Faktoren beeinträchtigt würde: das erhöhte Verkehrsaufkommens und die damit verbundene Abnahme von gemeinschaftlichem Erholungsraum, die Zerstörung öffentlich genutzter Räume als Folge der funktionalen Trennung und ihre Kompensation durch Shoppingcenter sowie eine Kommerzialisierung des Freizeitangebotes. Weiter gewänne das Dasein in den eigenen vier Wänden an Bedeutung, «insbesondere in Form einer Vergrößerung des privaten Territoriums 'Wohnung': Die Kinder spielen nicht mehr auf der Strasse, sondern in der Wohnung oder im privaten Garten. Die Erwachsenen treffen sich nicht auf öffentlichen Plätzen oder in Wirtshäusern, sondern sie unterhalten sich mit dem Fernsehprogramm.»³⁹⁷ In dieser Betrachtungsweise werden Wohnräume zum Ort der Zuflucht vor der entfremdeten Welt und schützen den Menschen vor der Gesellschaft 'draussen', gleichzeitig geht dabei der soziale Kontakt mit der Nachbarschaft immer mehr verloren (vgl. I.A.2b). Begünstigt wird diese Entwicklung durch die wachsende Verbreitung von Wohnungen für Kleinhaushalte und anonyme Neubauten.

³⁹⁵ Machbar, 28.7.1989, S. 54.

³⁹⁶ Machbar, April 1989. Die Forderung nach einem anderen Umgang mit der Lohnarbeit – weniger Stellenprozent und bessere Verteilung zwischen den Geschlechtern – wird in anderen Kapiteln näher besprochen (vgl. III.A.5 und III.D).

³⁹⁷ Dürrenberger u.a. 1992, S. 88f.

Die Motivation für das Leben in kollektiven Haushalten lieferten in erster Linie die skizzierten 'Mängel' des so genannt konventionellen Individualismus. Kollektiv genutzte Räume dagegen dienten als gemeinsamer Arbeitsplatz und Ort der Konsumation. «Dieser grosse Raum erlaubt es auch, alle möglichen gemeinschaftlichen Einrichtungen zu betreiben. Damit wird die heutige Enge des Alltags überwunden.»³⁹⁸ Diverse Betätigungen wie Waschen, Kochen, Putzen und die Krankenpflege wurden in den kollektiven Räumen gemeinsam erledigt. «Eine Gemeinschaftsküche und der anschliessende Gemeinschaftsraum ermöglichen eine Essenszubereitung in grossem Stil – sei es bei Vereinsanlässen oder einfach, weil mit der Zeit solche Bedürfnisse entstehen.»³⁹⁹ Durch die gemeinsame Ausübung der Hausarbeit und Kindererziehung konnte viel Zeit eingespart werden. Das gleiche galt für die Haushaltsausgaben; ein Rechenbeispiel im Focus errechnet für die einzelnen BewohnerInnen ein Sparpotential von rund 50 Prozent.⁴⁰⁰ Andererseits übernahmen die Gemeinschaftseinrichtungen eine Treffpunktfunktion, wo Kontakte gepflegt und so der Vereinsamung entgegengewirkt werden konnte; sie boten somit neue Möglichkeiten der zwischenmenschlichen Kommunikation.⁴⁰¹ Die *Karthago*-AktivistInnen stellten sich dies folgendermassen vor: «Die freie, unverstellte Durchgängigkeit des gesamten Parterres ermöglicht den umherschweifenden Blick, das Sehen und Gesehenwerden, das halbtintime Aufeinanderstossen bei alltäglichen Verrichtungen.»⁴⁰² Durch das Bestehen von öffentlichen Gemeinschaftsbereichen für die BewohnerInnen erübrigten sich Vergnügungsquartiere. Nicht selten wurde in einer Ecke des Gemeinschaftsbereichs oder im Keller ein Barbetrieb aufgenommen und Partys oder Konzerte organisiert. «Ein grosser Gemeinschaftsraum – das ? des Hauses –, ein Musikraum, ein Atelier, ein Bewegungsraum und eine Werkstatt bieten die Möglichkeit zu Diskussionen, Festen und kreativen Aktionen. Durch diesen Austausch versuchen wir der Entfremdung ein Stück weit entgegenzuwirken.»⁴⁰³ Gleichwohl war die Notwendigkeit individuell genutzter Räume unbestritten. Für alle BewohnerInnen sollte die Möglichkeit bestehen sich in einen privaten Raum zurückzuziehen. «Zwischen gemeinschaftlichem Parterre [...] und Dach, liegen eingebettet die verschiedenen

³⁹⁸ Verein pro Karthago 1988, S. 14.

³⁹⁹ Das Dreieck Nr. 4 (Sondernummer), Mai 1989.

⁴⁰⁰ Focus Nr. 30, Mai 1972, S. 21.

⁴⁰¹ Laut einer 1978 durchgeführten deutschen Studie über WGs war die Selbstverwirklichung das wichtigste Motiv für BewohnerInnen von kollektiven Haushalten. «Selbstverwirklichung nicht durch äussere Dinge wie z.B. Konsum, sondern durch enge Beziehungen zu anderen Menschen ist das oberste Ziel.» Erst an dritter Stelle – hinter «der Suche nach emotionalem Rückhalt» – wurde der Versuch die traditionellen Geschlechterrollen zu unterlaufen genannt. TA, 9.4.1981, S. 22. Eine vergleichbare Studie in der Schweiz – 1985 von Kurt Wyss unter 69 Personen durchgeführt – erzielte ähnliche Ergebnisse: In der idealen WG würde ich persönlich wünschen, «...dass ich mich zurückziehen und für mich allein sein kann (63)», «...offene und tiefgehende Gespräche (56)», «...dass man sich im Haushalt häufig abwechselt und einander hilft (62)», «...zur Hauptsache billig und günstig wohnen (24)», «...dass mindestens 2 Mal am Tag gemeinsam gegessen wird (4)», «...dass die meiste Freizeit gemeinsam verbracht wird (2)» usw. Höpflinger/Erni-Schneuwly 1989, S. 240.

⁴⁰² Karthago am Stauffacher 1986, S. 15.

⁴⁰³ Blatt Nr. 5, April 1991, S. 1.

Wohnbereiche, die intimen Gemächer, die individuelle Füllung. Ohne diese verkäme Gemeinschaft wie schon oft in Nivellierung oder gar Mehrheitsterror.»⁴⁰⁴ Gab es keine Rückzugsmöglichkeiten, entstanden nicht selten Konflikte unter den BewohnerInnen. «Die WG ist eine sozial anspruchsvolle Angelegenheit, die Kompromiss- und Auseinandersetzungsfähigkeit, kooperatives Verhalten und Durchsetzungsvermögen, Grosszügigkeit, Flexibilität und Umgänglichkeit erfordert.»⁴⁰⁵ Dass das Leben im kollektiven Haushalt auch immer wieder zu Konflikten führte, zeigen verschiedene Beispiele. Durch das kollektive Zusammenleben spürten alle die schmerzlichen Konsequenzen, wenn etwas nicht klappte. «Wenn die Kochequipe versagt, der Most sauer wird, die Kartoffelkäfer die Ernte zerstören, spüren wir die Folgen am Esstisch. Das Leben und seine Erzeugnisse kommen uns näher, im Guten wie im Bösen. Wir müssen damit rechnen, dass vieles persönlich wird, das wir heute mit Geld oder konfektionierten Rollen überbrücken können. Die Anforderungen an die Konfliktfähigkeit werden gross sein. Nerven werden zerreißen, Gefühle ausbrechen, Antipathien sichtbar werden.»⁴⁰⁶ Oft wurden die vom Elternhaus überlieferten Tagesabläufe mitgebracht und durch das Zusammentreffen unterschiedlicher Charaktere gab es menschliche 'Störungen' und 'Zwischenfälle'. Da in kollektiven Wohnformen die unbeliebten Aufräum- und Putzarbeiten nicht mehr durch die herkömmliche Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern geregelt waren und die Bedürfnisse in diesen Bereichen weit auseinander gingen, entzündeten sich die Streite besonders häufig an diesen Fragen.⁴⁰⁷ Zusätzlich entstanden die Grossshaushalte oft in krisenanfälligen Konstellationen – entweder waren die Häuser besetzt oder durch Abbruch beziehungsweise Luxussanierung bedroht –, so dass sich dieser Druck direkt auf den Alltag auswirkte und die Konflikthanfälligkeit wuchs. So auch am Tessinerplatz: «Wir konnten uns nie in Ruhe mit den internen Problemen auseinandersetzen, denn über allem stand immer die Abbruchdrohung. Das lähmte.»⁴⁰⁸ Die vielfache Bedrohung der Wohnsituation und die zeitliche Beschränkung der Wohnexperimente führten oft zu einer hohen Bewohnerfluktuation. «Schade ist, dass es den meisten genügt, einmal so gelebt zu haben (Achtung, Oma/Opa erzählen mal wieder von der Hüttis!). Ein Grund liegt sicher darin, dass die Kraft fehlt, um über Jahre von einem Provisorium ins andere zu leben [...]. Der Wechsel in den WGs ist dementsprechend hoch, die meisten ziehen ein für ein halbes Jahr und, v.a. gegen das scheinbare Ende im Juni 88 hin, sind in Gedanken schon in der Zeit danach.»⁴⁰⁹

⁴⁰⁴ Karthago am Stauffacher 1986, S. 15.

⁴⁰⁵ FaZ Nr. 111, April 1995, S. 1.

⁴⁰⁶ Verein pro Karthago 1988, S. 16.

⁴⁰⁷ FaZ Nr. 111, April 1995, S. 5, 7.

⁴⁰⁸ WoZ Nr. 49, 17.12.1982, S. 4.

⁴⁰⁹ Banal Nr. 4, August 1988, S. 35.

Diese Auseinandersetzungen hatten allerdings durchaus auch ihre positiven Seiten, fand doch ein Prozess statt, der die Solidarität untereinander förderte und die neue Rollenverteilung der Geschlechter offenkundig unterstützte. Nach der Auflösung einer grösseren Wohngemeinschaft bestand oft das Anliegen diese an einem anderen Ort weiterzuführen.⁴¹⁰ Das intensive Zusammenleben förderte das politische Bewusstsein und die Solidarität. «Es ist wichtig, dass wir einander helfen können und uns gegenseitig unterstützen, wenn wir uns gegen Windmühlen, alltägliche Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung wehren wollen.»⁴¹¹ Die bedrohten Liegenschaften waren oft Sammelbecken für politische AktivistInnen, so auch am Tessinerplatz: «Ich wohnte noch nie in einem Haus mit so vielen Leuten und wo es untereinander so eine Gemeinschaft gab. Vor allem im letzten Winter lief viel Gemeinsames, wir hatten wirklich das Gefühl, man könne etwas machen. Es kamen dann immer mehr Leute aus politischen Gründen an die Lavaterstrasse.»⁴¹² In einzelnen Fällen wurde die Bekanntheit eines Grossshaushaltes zur Belastung, denn die BewohnerInnen wurden schlichtweg überstrapaziert. «Die Lavi hatte ein bestimmtes Image, die Leute meinten, sie könnten um zwei Uhr morgens einfahren und dann sei noch ein Bett frei...»⁴¹³ Die Überbelastung stieg in solchen Fällen so stark an, dass man sich wieder nach einem ruhigeren Leben sehnte. «Ich merke immer mehr, wie wichtig Wohnen für mich ist, ich muss meine eigenen Räume haben, wo ich mich wohl fühle. An der Gotthardstrasse, vor allem in den letzten Monaten, habe ich nur selten etwas richtiges für mich gemacht, wir sind dauernd rumgesessen, haben geredet und Kaffee getrunken.»⁴¹⁴

⁴¹⁰ Flugblatt. Köchlistrasse geräumt – Refugium bedroht! April 1989. Flugblatt. Ohne Titel. Hüttisstrasse 1989/90.

⁴¹¹ Röntgenblick Nr. 2, April 1991.

⁴¹² WoZ Nr. 49, 17.12.1982, S. 4.

⁴¹³ WoZ Nr. 49, 17.12.1982, S. 4.

⁴¹⁴ WoZ Nr. 49, 17.12.1982, S. 4.

C. Gemischte Wohnformen

1. Durchmischung der BewohnerInnen und Wohnformen

In genossenschaftlichen oder neu errichteten alternativen Siedlungen wurde das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Schicht, Herkunft oder Generation gezielt gefördert. Gleichzeitig setzten sich Bürgerinitiativen für eine breite Durchmischung der Bevölkerung in den Quartieren ein.⁴¹⁵ Hinter diesen Anliegen steht das Bedürfnis einer Ausgrenzung von 'Randgruppen' entgegen zu wirken und stattdessen eine offene und tolerante Gesellschaft zu etablieren, in welcher die verschiedenen Bevölkerungsgruppen voneinander lernen konnten.

In Genossenschaften und alternativen Projekten wurde in der Regel darauf geachtet, dass auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen Hilfe erhielten, indem man sie bei der Wohnungsbelegung bevorzugte und gegebenenfalls finanziell unterstützte. Der Evangelische Frauenbund förderte im *Brahmshofs* beispielsweise körperlich und psychisch Behinderte, Jugendliche, allein stehende Erwachsene, allein Erziehende und Familien.⁴¹⁶ Voraussetzung für eine Durchmischung verschiedener Generationen, Schichten und Wohnformen waren vor allem günstige Mieten oder (quer)subventionierte Wohnungen. Oft führten Luxusrenovierungen oder Neubauten zu einer Entmischung: der ärmere Teil der Mieterschaft musste meist weichen.⁴¹⁷ Laut der Mieterumfrage in der *Riedtli-Siedlung* gaben 55 Prozent an, dass sie nach einer Maximalrenovation ihre Wohnungen verlassen müssten; in der Siedlung *Bernerstrasse* werden sich die wenigsten der AltbaubewohnerInnen eine Wohnung im Neubau leisten können.⁴¹⁸ Grössere Wohnprojekte besaßen den Vorteil, dass durch eine Kostenrechnung – einen so genannten Solidaritätsfonds – nicht alle denselben Preis zahlen mussten. Im *KraftWerk1* werden mit dem Geld aus dem einkommensabhängigen Solidaritätsbeitrag gemeinsame Einrichtungen unterhalten und die Mieten für sozial Schwächere gesenkt. Ähnliches konnte durch die Subventionierung einzelner Wohnungen in städtischen Siedlungen erzielt werden.

Auch die Durchmischung verschiedener Wohnformen zielt darauf möglichst viele Menschen unterschiedlicher Herkunft unter ein gemeinsames Dach zu bringen. Entsprechend argumentierte die *Wogeno* bei den Neubauwohnungen an der Hellmutstrasse. Diese liessen «eine hohe Flexibilität zu und entsprechen den unterschiedlichsten Lebensformen: vom Ein-Personen-Haushalt über Familienwohnungen bis zur Gross- und Behinderten-WG. Damit entstehen individuelle Wohnungsgrundrisse von 2½ bis 7½ Zimmern Grösse.»⁴¹⁹

⁴¹⁵ Beispiele sind die städtische Siedlungen, der *Brahmshof*, die *Hellmi* usw. Das aktuellste Beispiel einer gemischten alternativen Siedlung ist das 2001 fertig gestellte *KraftWerk1* in Zürich West.

⁴¹⁶ Mieter-Zeitung, September 1989, S. 13.

⁴¹⁷ AGÖP 1984, S. 66. Pressekonferenz im Dreieck, 28.4.1989. TAM Nr. 38, 19.9.1981, S. 17.

⁴¹⁸ Riedtli-Verein 1978, 8.5. Stärk 2004, S. 125f.

⁴¹⁹ TA, 19.7.1991, S. 15.

Eine Durchmischung von verschiedenen Wohnformen beschränkt sich aber bei weitem nicht nur auf alternative Siedlungen, sondern wird heute auch vermehrt in Neubauten von traditionellen Genossenschaften verwirklicht. In einem Artikel in der Zeitschrift *Wohnen* aus dem Jahre 2003 ging der Architekt Peter Berger von der Theo Hotz AG sogar noch einen Schritt weiter und thematisierte zusätzlich die Verbindung von Wohnungen und Büros. «Zukünftig könnte es nicht nur darum gehen, Wohnraum für unterschiedliche Haushaltformen anzubieten, sondern um die Bereitstellung von nutzungsneutralen Gebäudestrukturen, die sich zum Wohnen und Wirken eignen. Aus den reinen Wohn- oder Bürohäusern entstehen so genannte Flexbuildings.»⁴²⁰ Diese Absicht, welche auf den ersten Blick Ähnlichkeiten zur im Kapitel III.A geforderten Autonomie hat, gründet aber hauptsächlich auf wirtschaftlichen Argumenten. Durch die Mischung von Wohn- oder Bürohäusern sinkt die Gefahr für die InvestorInnen, dass in gewissen wirtschaftlichen Flautephasen Raum leer steht. Noch konkreter propagierte die Bauherrschaft der Neuüberbauung *Puls 5* in Zürich West die Verbindung von Arbeit, Freizeit und Wohnen an einem Ort: «Puls 5 ist eine gemischte Bebauung, das Gegenkonzept zu den entmischten Büro- und Wohnquartieren, die weiter westlich den Übergang von der Stadt zur Agglomeration markieren.»⁴²¹ Die Aufhebung der funktionalen Trennung bleibt bei solchen Grossprojekten freilich theoretisch. Es besteht zwar ein Nutzungsmix, aber keine Verbundenheit. So zieht das Migros-Wellnescenter im *Puls 5* vorwiegend KonsumentInnen von ausserhalb an, währenddem nur eine Minderheit der Quartierbewohnerschaft zum angestrebten Zielpublikum zählt.⁴²²

2. Flexible Wohnräume

Die Entwicklung von flexiblen Wohneinheiten ähnelt vom Ansatz her der Durchmischung von Wohnformen. Den Hintergrund bilden die sich im Laufe der Familienentwicklung stark ändernden Ansprüche an eine Wohnung. Während der Erziehungsphase der Kinder ist eine Wohnung gut ausgelastet, im Alter hingegen tendenziell zu gross. Mit der Planung von flexiblen Wohnungsgrössen versuchte man diesem Prozess durch zumietbare oder abtrennbare Wohnungsteile gerecht zu werden.⁴²³ Darüber hinaus soll eine Wohnung auch auf veränderte Ansprüche Rücksicht nehmen und flexibel bleiben. «Ein Gebäude muss Raum lassen für Umbau.

⁴²⁰ *Wohnen* Nr. 1-2, 2003, S. 44.

⁴²¹ Intershop AG 2002.

⁴²² Der Stadtforscher Christian Schmid sieht solche Projekte charakteristisch für die seit Ende der 90er Jahre neu entstehenden Stadtviertel wie Zürich West und Zürich Nord. «Die Nutzungen in diesen Quartieren stehen in einem gesamtstädtischen und nicht in einem Quartierkontext. Sie werden von Leuten aus der ganzen Stadt oder ganzen Region frequentiert. In Zürich West zum Beispiel existiert bis heute kein eigentliches Quartiernetz, wie dies etwa im oberen Teil des Kreis 5 der Fall ist.» Christian Schmid zitiert in .RF Nr. 14, Juni 2003, S. 16.

⁴²³ Mieter-Zeitung, September 1989, S. 13. Das Dreieck Nr. 4 (Sondernummer), Mai 1989. Evangelischer Frauenbund 1991, S. 3. Luthiger u.a. 1991, S. 20.

Die Zukunft muss darin Platz haben.»⁴²⁴ Dazu bestanden verschiedene Ansätze, die im Laufe der 70er bis 90er Jahre optimiert wurden.

Ein Vorschlag des Tages Anzeiger Magazins von 1972 forderte eine Zusammenführung mehrerer kleiner, nebeneinander liegender Wohnungen: «Eine grössere Familie – oder eben eine Wohngemeinschaft von Studenten oder Gammlern oder alten Leuten – braucht ohnehin meist ein zweites Badezimmer und freut sich über ein zusätzliches Klo. Dass solche Wohnungen dann zwei statt nur eines Einganges hätten, käme zum Beispiel, wie schon erwähnt, den Kindern zugute. Wenn die Kinder dann gross sind und wegziehen, kann man ganz einfach den einen Wohnungsteil an einen Neuzuzüger abtreten.»⁴²⁵ Diese Anregung eignet sich speziell für Genossenschaftswohnungen der Nachkriegszeit, welche aufgrund ihrer kleinräumigen Grundrisse Ende des 20. Jahrhunderts an Attraktivität verloren haben. Da aber eine Neubauvariante oft lukrativer ist, wurde dieser Vorschlag nur selten verwirklicht. In den 90er Jahren nahmen die Wohnungszusammenlegungen zwar zu, dies lag aber vorwiegend an den gestiegenen Raumansprüchen. Diese Zusammenlegungen waren zudem unwiderruflich, so dass die Wohnung nach einem Wegzug der Kinder in der Regel unterbelegt ist.

Andere Systeme, welche dem zyklischen Raumbedarf von Familienhaushalten berücksichtigeten, wurden dagegen häufiger verwirklicht. Die *Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen* stellte im so genannten *Winterthurer Wohnmodell* unter anderem folgenden Leitsatz auf: «Mit möglichst kleinem Aufwand die baulichen Voraussetzungen schaffen zu einem aktiven Leben des einzelnen in der Gemeinschaft. Die Wohnbauten sind so konzipiert, dass die Stammwohnung durch Zuordnung respektive durch Wegnahme von Räumen, oder durch einfache Umbauten den sich wandelnden Bedürfnissen der Bewohner angepasst werden kann.»⁴²⁶ Dieses Modell wurde in der Folge mehrfach umgesetzt. Im *Hellmi*-Neubau der *Genossenschaft Wogeno* etwa besteht die Möglichkeit die Wohnungsgrössen dank einem flexiblen Rastersystem ohne grosse Schwierigkeiten zu verändern und der jeweiligen Situation anzupassen, wie Peter Macher von der *Wogeno* gegenüber dem Tages-Anzeiger nach der Fertigstellung erklärte:⁴²⁷ «Wenn beispielsweise eines der Kinder einer Familie ausziehe, könne die betroffene Wohnung um das Kinderzimmer verkleinert werden. Dieses lasse sich dann auf einfache Weise der benachbarten Wohnung zuschlagen, wenn dort ein Zimmer mehr benötigt werde.»⁴²⁸ Nach Auskunft eines langjährigen Bewohners machten in den insgesamt 32 Wohnungen zwischen 1996 und 2003 immerhin fünf Haushalte Gebrauch von der Möglichkeit der flexiblen Nutzung. Eine andere Variante

⁴²⁴ AGU 1975, S. 93.

⁴²⁵ TAM Nr. 3, 22.1.1972, S. 19.

⁴²⁶ AGU 1975, S. 93. Dabei können Trennelemente, Nasszellen, Schränke und Wände in einer vorgegebenen Zone horizontal verschoben werden.

⁴²⁷ Ein mit dem *Hellmi*-Neubau vergleichbares Beispiel sind die Neubauwohnungen der Siedlung Eichrain in Seebach, deren Wohnungen ebenfalls frei unterteilbar sind. Wohnen Nr. 1-2, 2003, S. 45.

flexibler Raumgestaltung konnte im *Karthago an der Zentralstrasse* und in der *Genossenschaft Wurm* an der Wuhrstrasse 28 verwirklicht werden. Grössere Kinder besitzen dort die Möglichkeit in eine umgebaute Mansarde zu ziehen und somit mehr Selbständigkeit zu erlangen. Eine moderne Version der Mansarde verwirklichte die *Genossenschaft ABZ* in einer Neuüberbauung am Jasminweg in Zürich-Oerlikon mit so genannten Schaltzimmern. Auf jedem Stockwerk findet sich ein Zimmer mit Separateingang und eigener Nasszelle. Wächst eine Familie, kann sie ein Schaltzimmer hinzumieten. Alle diese Beispiele zeigen, dass die Verbreitung flexibler Wohnformen im Laufe der Zeit vielfältiger geworden ist; heute spricht man jedoch nicht mehr von einem alternativen Konzept, sondern von zeitgemäsem Bauen.

⁴²⁸ TA, 19.7.1991, S. 15.

D. Gleichstellung der Geschlechter

1. Kinderbetreuung

In der traditionellen Kleinfamilie kümmerte sich die Frau um den Nachwuchs und war dementsprechend in ihrer Bewegungsfreiheit und Selbstentfaltung eingeschränkt. Diesen Zustand betrachteten BewohnerInnen alternativer Haushalte als unbefriedigend und suchten Wege um die Kinderbetreuung auf alle Mitglieder der Familie respektive des Haushalts zu verteilen. In verschiedenen alternativen Wohnprojekten und besetzten Häusern lancierten die BewohnerInnen einen Kinderbetreuungsdienst, um einzelne Elternteile zu entlasten und der traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern entgegenzuwirken. Für junge Männer mit Kindern war der Wunsch nach Beendigung der Ausbildung im Grunde nichts Aussergewöhnliches – bei den Müttern sah dies im bürgerlichen Familienverständnis anders aus. So wiesen die Mütter bei Hausbesetzungen durch 'Familien' mit Kindern oft auf die Elternpflichten hin, etwa in einem Flugblatt der Hornbach-BesetzerInnen: «Wir sind berufstätige Mütter oder in Ausbildung. Wir haben gearbeitet, solange wir noch keine Kinder hatten. Wir beharren auch als Mütter auf dem Recht, zu arbeiten. Aber wir wollen auch nicht, dass die Kinder darunter leiden. Dies ist möglich, wenn wir uns zusammentun und die Kinder gemeinsam betreuen. Dies bedingt aber auch, dass wir einigermaßen in der Nähe wohnen und es auch Platz gibt, wo unsere Kinder ungeniert spielen können.»⁴²⁹

In (Gross-)Wohngemeinschaften liess sich die Kinderbetreuung relativ einfach aufteilen, da sich ein Erwachsener um mehrere Kinder kümmern konnte und auch kinderlose Mitbewohner gerne einmal auf den Nachwuchs aufpassten.⁴³⁰ Ein Hausbesetzer schilderte im Tages-Anzeiger-Magazin, dass er und seine Partnerin nur deshalb gleichzeitig ihre Ausbildung respektive Arbeit absolvieren können, «weil wir im Hause sieben Erwachsene sind, die nicht alle selber Kinder haben, sie aber mögen und sich mit Hüten ablösen.»⁴³¹ Dank dieser Solidarität liefen Eltern mit Kindern zudem weniger Gefahr in einer engen Kleinfamilienwohnung zu vereinsamen. Konnte die Kinderbetreuung nicht von den BewohnerInnen eines Haushalts geleistet werden, so wurden zum Teil Betreuungsmöglichkeiten innerhalb der Siedlung oder in der Nachbarschaft gesucht. So errichtete der *Evangelische Frauenbund* im Innern des *Brahmshof* ein Mütterzentrum und drei Kinderkrippen.⁴³² Ein in den 70er und 80er Jahren mehrfach gewählter Weg für eine gleichberechtigte Kinderbetreuung war die Lancierung eines 'Schülerladens', einem von den Eltern betreuten Aufenthaltsraum für Kinder mit mehr oder weniger regelmässigen Öffnungszeiten. Die meisten der Schülerläden überlebten jedoch nicht lange, da es entweder an Kindern oder an zur

⁴²⁹ Flugblatt. Hornbachstrasse besetzt. April 1981.

⁴³⁰ TAM Nr. 3, 22.1.1972, S. 18. TA, 31.5.1994, S. 20. WoZ Nr. 24, 18.6.1993, S. 25.

⁴³¹ Magazin Nr. 2, 12.1.1991, S. 38.

⁴³² Mieter-Zeitung, September 1989, S. 13. Evangelischer Frauenbund 1991, S. 2f.

Mitarbeit bereiten Erwachsenen mangelte.⁴³³ In Aussersihl und anderen Stadtteilen bestanden immerhin zeitweise alternative Kinderkrippen.

In kollektiven Haushalten wurden nicht nur die Eltern entlastet, auch für die Kinder ergaben sich Vorteile. So sehen es zumindest die *Karthago*-AktivistInnen: Im Vergleich zur Kleinfamilie hätten die Kinder «mehrere Bezugspersonen – dadurch sind auch die Erwachsenen nicht immer voll beansprucht und behalten eine grössere eigene Freiheit. Es gibt weniger Abhängigkeitspuffer.»⁴³⁴ Bestätigt wird dies durch eine in Deutschland durchgeführte Untersuchung über die ‘Sozialisation in Wohngemeinschaften’: Das Vorhandensein mehrerer ‘Bezugspersonen’ – besonders wenn das Kind älter wird – war dabei für Väter und Mütter das Hauptmotiv in einen kollektiven Haushalt zu ziehen.⁴³⁵ Oft fanden sich in Wohngemeinschaften MitbewohnerInnen, die gerne mit den Kindern zusammen Zeit verbrachten. In alternativen Haushalten besass das Spielen untereinander somit eine grössere Bedeutung als bei Kindern in Kleinfamilien oder von allein Erziehenden; weiter verfügten die Kinder häufig über mehr kollektiven Raum. «Ich finde es total richtig, in leer stehende, nicht vermietete Villen einzuziehen. Denn wer sind die wichtigsten Leute in unserer Gesellschaft? Die Kinder! Und die sollen den Platz haben, den sie brauchen.»⁴³⁶ Noch einen Schritt weiter – wenn auch nur auf dem Papier – gingen die VertreterInnen von *Karthago am Stauffacher*. «Die Kinder haben ihr eigenes Heim im Hinterhof, wo sie spielen, essen, schlafen, leben können, wenn sie wollen, wie sie wollen; sie haben aber auch Zutritt zu allen Gemeinschaftsbereichen [...]. Ihr Haus ist genauso selbstbestimmt wie alle anderen Wohnbereiche in Karthago.»⁴³⁷

2. Räume für Frauen

Frauen und vereinzelt auch männlichen Bewohner von alternativen Haushalten äusserten vielfach Kritik an der Stadtplanung und Wohnraumaufteilung. Die Klagen bezogen sich zum einen auf bauliche beziehungsweise planerische Mängel im öffentlichen Raum, zum anderen auf die Wohnungsgrundrisse und die Raumaufteilung im Kleinfamilien-Haushalt.

Die durch die funktionale Trennung geprägte Stadtplanung zementierte die traditionelle Frauenrolle.⁴³⁸ Zwar betraf die Aufteilung der Stadt in verschiedene Bereiche beide Geschlechter, doch schränkte sie die Frauen stärker ein. Die Monofunktionalität der Quartiere zwang die Frauen, welche im allgemeinen für die Lebensmitteleinkäufe zuständig sind, vermehrt zur Mobilität. Das

⁴³³ Volksrecht 5.7.1985. Weiss/Lanz 1980

⁴³⁴ *Karthago am Stauffacher* 1986, S. 28.

⁴³⁵ TA, 9.4.1981, S. 22.

⁴³⁶ Magazin Nr. 2, 12.1.1991, S. 38.

⁴³⁷ *Karthago am Stauffacher* 1986, S. 28.

⁴³⁸ Blatt Nr. 2, 1991, S. 2f. Flugblatt. Wir Frauen besetzen seit dem 12.1.87 die Albisstrasse 80/82. Frauenlobby Städtebau 1993, S. 13. Machbar, 28.7.1989, S. 29. Steg 1987, S. 104-107. Stocker, Monika. Zur Lage der Wohnenden. Innenansicht von Fakten. In: Zeller 1990, S. 177.

Verschwinden von bestehenden Quartierstrukturen und Freiräumen verunmöglichten zunehmend das Einkaufen im Quartierladen um die Ecke, da dieser wegen der Konkurrenz der Shoppingcenter und Grossverteiler schliessen musste. Zusätzlich begünstigte die auf den Autoverkehr ausgerichtete Umgebungsgestaltung Gewalt gegenüber Frauen (z.B. in Fussgängerunterführungen). Nach Ansicht der *Frauenlobby Städtebau* könnten planerische Veränderungen Frauen bei der Wiederaneignung des öffentlichen Raums unterstützen: «Das Ziel der Stadtplanung aus Frauensicht ist, Mittel und Wege zu suchen, eine lebendige Öffentlichkeit zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten zu schaffen, überall wo Frauen sich gerne aufhalten möchten oder aufhalten müssen. [...] Ein erster Schritt wäre der, dass sich Frauen zusammen tun, um gemeinsam über ihre nähere und weitere Umgebung zu reden und sich ihre Erfahrungen» austauschen.⁴³⁹ Anwohnergruppen sollten ihre Erkenntnisse und Forderungen in einer offenen Planung auf Quartierebene zusammen mit den Behörden besprechen und die nötigen Verbesserungen verlangen (vgl. III.B.2).

Das System der Kleinfamilie und die damit verbundene Arbeitsteilung – der Mann verdient Geld, die Frau macht den Haushalt – wurde oft als unbefriedigend betrachtet.⁴⁴⁰ «Die häusliche Sphäre wurde zum alleinigen Lebensbereich der Frauen gemacht, wo Frauen unsichtbar und ohne Lohn und Feierabend arbeiten. Das beraubt sie des gesamtgesellschaftlichen Wertes ihrer Arbeit.»⁴⁴¹ Der auf die Kleinfamilie zugeschnittene Wohnungsbau und die damit verbundene Wohnraumaufteilung berücksichtigt die Ansprüche der Geschlechter sehr unterschiedlich. Obwohl sich die Frau und die Kinder häufiger als der Mann in der Wohnung aufhalten, werden die Wohnungen nach den Kriterien der Freizeit der Männer gestaltet; der grösste Raum – das Wohnzimmer – dient dem Mann zur Erholung vor dem TV. Ausführlich geschildert wird dieser Umstand 1991 im zweiten Infoblatt der besetzten Hottingerstrasse 25: «Die übliche Drei-Zimmer-Wohnung mit Wohnzimmer, Schlafzimmer für Mann und Frau gemeinsam und Kinderzimmer bietet der Frau keinen eigenen Raum, obwohl meist sie es ist, die sich ständig darin aufhält. Ihr wird die Küche als 'ihr Revier' zugestanden. Die Wohnung wird als der sichere Hafen dargestellt, in den zurückgekehrt werden kann nach den Anstrengungen von 'draussen'. Diesen sicheren Hafen stellt die Wohnung aber nur für den Mann dar. Für die Frau ist sie der Ort der Arbeit und der Isolation, wo sie physische, geistige und psychische Arbeit für andere leisten muss, ohne Rückzugsmöglichkeiten.»⁴⁴² Die kritisierte Wohnraumaufteilung wäre mit einfachen architektonischen Mitteln zu umgehen, wie das folgende Zitat aus dem gleichen Heft zeigt. «Stadhäuser und Wohnblocks könnten auch ganz anders konzipiert werden; z.B. mit einem

⁴³⁹ Frauenlobby Städtebau 1993, S. 138.

⁴⁴⁰ Flugblatt. Wir Frauen besetzen seit dem 12.1.87 die Albisstrasse 80/82. Flugblatt. Frauenbesetzung Josefstrasse 31, Dezember 1989. Frauenlobby Städtebau 1993, S. 10. Machbar, 28.7.1989, S. 26.

⁴⁴¹ Flugblatt. Wir Frauen besetzen seit dem 12.1.87 die Albisstrasse 80/82.

⁴⁴² Blatt Nr. 2, 1991, S. 2.

Gemeinschaftsraum pro Stockwerk, mit zahlreichen kinder- und menschenfreundlichen Räumen wie Innenhöfen, Dachterrassen, Werkräumen, einer Gemeinschaftsküche etc. Solches könnte bewirken, dass vor allem auch die Frauen, die so oft wegen der Kinder zuhause bleiben, aus ihrer Isolation treten. Alle BewohnerInnen, Männer wie Frauen, könnten Arbeiten wie kochen, Kinder hüten, waschen etc. abwechslungsweise verrichten, ohne die übliche feste Arbeitsteilung.»⁴⁴³

Frauen aber, die nach einer Scheidung Wohnformen fern der Kleinfamilie suchten oder bewusst andere Möglichkeiten des Zusammenlebens wie eine Frauen-WG wählten, waren auf dem Wohnungsmarkt stark benachteiligt. «Wenn wir Frauen aus unseren beengenden Lebensformen ausbrechen wollen, sind wir vom Wohnungsnotstand ganz speziell betroffen. Frauen haben meist überhaupt keine Chance aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit vom Ehemann eine Wohnung für sich, mit oder ohne Kinder zu finden.»⁴⁴⁴ Ein unterdurchschnittliches Einkommen und Vorbehalte gegenüber (Frauen-)Wohngemeinschaften oder allein erziehenden Müttern machten es äusserst schwierig eine Wohnung zu finden.⁴⁴⁵

Die Forderungen einer feministischen Stadtentwicklungspolitik lassen sich auf einen Punkt bringen: Es braucht mehr Räume, welche von Frauen verwaltet werden oder in denen zumindest kein Geschlecht dem anderen überlegen ist. Kollektive Wohnformen boten dabei den weiblichen BewohnerInnen neue Perspektiven und vermehrt Kompetenzen – selbst wenn sich gewisse Mechanismen auch in den WGs nicht vermeiden liessen. «Im Kollektiv ist der Einzelne nicht an eine einzige Bezugsperson gebunden, er kann deshalb nie mit totalem Kontakt- und Liebesentzug bestraft werden. Diese Tatsache ermöglicht ein freieres, direkteres Bewältigen seiner Probleme. Auch ist das Entstehen eines Zweierabhängigkeitsverhältnisses unwahrscheinlicher. Durch die ständige Auseinandersetzung mit seinen Verhaltensweisen (Mechanismen) können tatsächliche Veränderungen einsetzen und Rollenfixierungen gelöst werden.»⁴⁴⁶ Da im Grosshaushalt alle einen Betrag zu leisten haben, «können sich auch die Männer nicht mehr einfach in ihren 'Beruf' flüchten, sondern müssen sie sich direkt mit den 'Dingen des Lebens' auseinandersetzen.»⁴⁴⁷ Nur schon bei Konkubinatspaaren – dem ersten Schritt weg von der Kleinfamilie – kam der Frau eine stärkere Position zu als bei verheirateten Paaren: Während bei Ehepaaren nur gerade in 0,4 Prozent der Fälle die Frau die Funktion des Haushaltsvorstands ausübte, war dies in Haushalten von unverheirateten Paaren immerhin bei 17,7 Prozent der Fall.⁴⁴⁸

⁴⁴³ Blatt Nr.2, 1991, S. 2.

⁴⁴⁴ Machbar, 28.7.1989, S. 26.

⁴⁴⁵ Flugblatt. Wir Frauen besetzen seit dem 12.1.87 die Albisstrasse 80/82. 21i Nr. 13, 3.9.1980, S. 2. Steg 1987, S.125f.

⁴⁴⁶ Focus Nr. 29, April 1972, S. 26.

⁴⁴⁷ Verein pro Karthago 1988, S. 15.

⁴⁴⁸ Dürrenberger u.a. 1992, S. 72.

E. Wohnen und Umweltschutz

1. Ökologische Haushaltsführung

BewohnerInnen alternativer Haushalte vertraten generell die Ansicht, dass kollektive und selbstverwaltete Wohnprojekte umweltverträglicher seien als traditionelle Wohnformen. In der kapitalistischen Gesellschaft gebe es eine starke Verschwendung der Ressourcen, die einerseits auf der funktionalen Trennung, andererseits auf den ökologischen ineffizienten Kleinhaushalten beruhe. «Riesige Energien werden heute für das Zusammenkitten unseres Lebens aufgewandt (Verkehr, Verteilung, Heizung), monströse Verwaltungen (Staat, Banken, Handel) sind nötig und dafür wieder Gebäude und Energie. Die Nebenwirkungen dieses unsinnigen Systems sind heute seine einzigen Wachstumsbranchen: Gesundheitswesen, Erholungstourismus, Abfallbeseitigung, Umweltreparatur.»⁴⁴⁹ Durch das Zusammenlegen der Lebensbereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit fielen unnötige Transporte zwischen Wohn- und Arbeitsort weg (vgl. II.A.4).⁴⁵⁰ Den verschwenderischen Haushaltsformen – speziell Kleinfamilien und Einpersonenhaushalte – stellte man den umweltgerechteren Kollektivhaushalt entgegen. «Die heutige Energieverschwendung kann nicht eingedämmt werden, wenn das Wohnen sich weiterhin auf energieintensive Kleinhaushalte beschränkt. Viele mögliche Sparmassnahmen kommen erst zum Tragen, wenn sie für ganze Gebäudekomplexe durchgeführt werden.»⁴⁵¹ Die Massnahmen für Grosshaushalte unterschieden sich wesentlich von Umweltauflagen in normalen Einfamilienhäusern. Energiesparmassnahmen sollten nicht zur Legitimation eines ausufernden Wohnanspruchs dienen, sondern als Bestandteil einer Lebensform. Dabei wurde das einzelne Individuum keinesfalls eingeschränkt. «Grundsätzlich wollen wir frei leben, das heisst, verschwenderisch umgehen mit allem, was wir haben. Grundsätzlich aber wollen wir auch verantwortlich leben. Das heisst, so leben, wie es unsere Erde gestattet, auf eine Art leben, dass die ganze Menschheit auf begrenzte Zeit auf die gleiche Weise leben und dabei existieren könnte.»⁴⁵²

Konkrete Einsparungen ermöglichte der verstärkte Siedlungszusammenhang, durch den persönliche Gebrauchsgüter ohne Aufwand mehrfach genutzt werden konnten; ein einziger grosser Kühlschrank braucht um ein vielfaches weniger Energie als ein Dutzend kleine.⁴⁵³ Die Menge der Verpackungsabfälle nahm bei der Selbstversorgung mittels eines (Schreber-)Gartens oder durch Grosseinkäufe im kollektiven Haushalt stark ab. Allgemein ging man mit Alltagsgegenständen sparsam um: Reparaturen ersetzten Neuanschaffungen, bei Defekten wurde

⁴⁴⁹ Nizza, April 1990, S. 11.

⁴⁵⁰ Karthago am Stauffacher 1986, S. 35. Verein pro Stauffacher 1989, S. 18.

⁴⁵¹ Einreichung des Projekts Karthago im Rahmen des Wettbewerbs 'Zürich morgen' anlässlich 700 Jahre Eidgenossenschaft, Herbst 1988.

⁴⁵² Karthago am Stauffacher 1986, S. 35.

⁴⁵³ Flugblatt. Ein grosser Haushalt in Zürich-Altstetten, o.Z. Verein pro Karthago 1988, S. 14.

nicht gleich das ganze Gerät weggeworfen.⁴⁵⁴ Das gleiche gilt bei kleineren Reparaturarbeiten am Haus. «Billig und ökologisch sinnvoll renovieren, heisst für uns etwas anderes. Wir versuchen, nach einem Ersatzteilprinzip vorzugehen: jedes verschlissene Einzelteil wird durch ein neues ersetzt.»⁴⁵⁵

2. Ökologische Baumassnahmen

Die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen befassten sich eher selten mit ökologischen Baumassnahmen. Der Hauptgrund dafür liegt in den Besitzverhältnissen: Für MieterInnen lohnen sich ökologische Investitionen nur beschränkt, da die Ausgaben bei einem Wohnungswechsel verloren sind. Zudem verfügen alternative Haushalte zumeist nur über beschränkte finanzielle Mittel. Ökologische Baumassnahmen finden sich demzufolge vorwiegend bei Genossenschaften mit eigenen Liegenschaften, bei über längere Zeit bestehenden Wohnprojekten (*Hellmi, KraftWerk1, Dreieck, Wohlgroth*) oder in der Theorie (*Karthago am Stauffacher*). Eine Verminderung des Energieverbrauchs wurde oft durch die Renovation der Heizsysteme oder die Gebäudeisolation erreicht. Daneben wurden alternative Stromquellen wie Solarenergie, Biogasanlagen oder Windgeneratoren gefördert, wobei vor allem erstere im Alltag genutzt wurde.⁴⁵⁶ Auch mit dem Wasser versuchte man so sparsam wie möglich umzugehen. «In einem Auffangbecken wird das Regenwasser gesammelt und kann im Haushalt verwendet werden. So kann Trinkwasser gespart und die Kanalisation entlastet werden. [...] Vom Becken wird das Wasser in die einzelnen Häuser gepumpt und dient der WC-Spülung, aber auch dem Giessen der Pflanzen und Putzen [...]»⁴⁵⁷ In der Realität sind solche umweltgerechten Baumassnahmen in alternativen Haushalten weniger verbreitet als bei Neubauten. Eine gute Wärmedämmung gehört heute beispielsweise zum modernen Hausbau.⁴⁵⁸ Die *ABZ*-Siedlung am Jasminweg in Oerlikon und eine Siedlung an der Feldblumenstrasse in Altstetten belegen zudem, dass ein ökologischer Neubau nach Minergie-Standard durchaus günstig sein kann.⁴⁵⁹ Gleichwohl ist ein Abbruch von Häusern, die noch bewohnbar oder sanierbar sind, nie umweltgerecht, braucht es doch für Abbruch wie Neubau grosse Energie- und Materialmengen. Selbst ein minergetisch gutes Projekt wie der Neubau der städtischen Siedlung *Bernerstrasse*, kann wahrscheinlich keine nachhaltige Ökobilanz aufweisen, wie ein Leserbriefschreiber im *Tec 21* argumentierte. Wenn «berücksichtigt wird, dass eine 'zeitgemässe' 4,5-Zimmer-Wohnung nach städtischen Geschmack um bis zu

⁴⁵⁴ Verein pro Karthago 1988, S. 20.

⁴⁵⁵ Das Dreieck Nr. 5, September 1991.

⁴⁵⁶ AGU 1975, S. 114f. Karthago am Stauffacher 1986, S. 35. p.m. Wolkenstein, Didymos, Reyneclod 1985, S. 194. Verein pro Stauffacher 1989, S. 19.

⁴⁵⁷ Das Dreieck Nr. 4 (Sondernummer), Mai 1989.

⁴⁵⁸ Bei den Materialien gibt es aber eine grosse Vielfalt, wobei nicht alle gleich ökologisch sind. *Wohnen* Nr. 1/2, 2001, S. 23.

⁴⁵⁹ *Wohnen* Nr. 9, 2001, S. 15. *Wohnen* Nr. 11, 2002, S. 12.

30% mehr Wohnfläche benötigt, als dies bei den geschickt organisierten Wohnungen von Sauter + Dirler noch der Fall war, dann wird die Bilanz geradezu düster: Das ist dann 30% mehr Raum pro Wohnung, der beheizt werden muss, aber auch 30% mehr Minergie-Hightech-Materialien (inklusive mechanische Lüftung, massenweise Elektronik, Spezialisolationen, Spezialverglasungen usw.), deren Herstellungs- und Entsorgungskosten in den Bilanzen wohlweislich nicht erscheinen. Dazu kommen 30% mehr Lagermöglichkeiten für (überflüssige) Konsumgüter, deren ökologische Nachhaltigkeit nicht immer zwingend angenommen werden muss.»⁴⁶⁰

Verdichtung wird grundsätzlich als ökologisch betrachtet, es kommt aber vor allem darauf an wie sie umgesetzt wird. Aus wirtschaftlicher Sicht bedeutet verdichtetes Bauen oft Abreissen und anschliessend neu dichter respektive höher Bauen. VertreterInnen alternativer Wohnprojekte hingegen verstehen es primär als Ergänzen und Ausbauen. Konkrete Möglichkeiten dazu boten sich mit dem Schliessen von Baulücken, dem Erstellen von An- oder Neubauten auf nicht ausgenützten Parzellenflächen, dem Aufstocken bestehender Gebäude oder dem Ausbau des Dachstocks. Am häufigsten propagierten die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen Ergänzungsbauten. Die Alternativprojekte am Tessinerplatz, der Schmiede Wiedikon und im inneren Seefeld (Seefeldstrasse) zeigten – zumindest auf dem Papier –, dass Verdichtung auch ohne den Abriss der Altbauten, sondern durch die Ergänzung der bestehenden Gebäude erreicht werden könnte – alle drei Projekte blieben aber chancenlos (vgl. III.E.2).⁴⁶¹ Ein gutes und zugleich erfolgreiches Beispiel lieferte hingegen die *Genossenschaft Dreieck*: sie riss 2001 ein baufälliges Haus ab und ersetzte es; einen weiteren Neubau errichtete man in einer alten Baulücke und erreichte somit eine spannende Mischung zwischen Neu- und Altbauten. Ähnliche Zwischen-, An- und Ergänzungsbauten verwirklichen in den letzten Jahren auch zunehmend Genossenschaften.⁴⁶²

Eine heftige Debatte um die Frage der Verdichtung entbrannte an der *Hellmi* zwischen den AltbaubewohnerInnen und der *Wogeno* (vgl. III.E.1c und die Chronologie im Anhang C). Der «Zwang, den Boden maximal auszunutzen» stiess bei den GegnerInnen des Neubaus im Innenhof auf grosse Kritik, da kein baulicher Grund für den Abriss der Innenhofbauten bestand und dadurch günstiger Wohn- und Gewerberaum verschwand.⁴⁶³ Auch im *Dreieck* war das verdichtete Bauen Teil der Auseinandersetzung, da die Stadt anfänglich alle Häuser abreissen wollte. Nach einem Totalabriss wäre die Nutzungsfläche zwar grösser geworden, da aber die Wohnfläche pro Person

⁴⁶⁰ Tec 21 Nr. 49/50, 5.12.2003, S. 40.

⁴⁶¹ Schilling 1982, S. 24.

⁴⁶² Wohnen Nr. 5, 2004, S.22-25. Wohnen Nr. 7/8, 2005, S. 37-39

⁴⁶³ Erfahrungsbericht eines Bewohners. 12 Jahre Scherbenviertel, davon 9 Jahre an der Hellmutstrasse. 1988, S. 5. Die Stadt lehnte ein Projekt, bei dem alle Häuser stehen blieben, ab, da das Areal schlecht ausgenutzt wäre. Die

in Neubauten aufgrund der Vereinzelung der Haushalte und der gesteigerten Ansprüche grösser wäre, hätte sich die Zahl der BewohnerInnen nicht erhöht.⁴⁶⁴ Zudem argumentierten die GegnerInnen des Abrisses mit der Unsinnigkeit einer Verdichtung bei gleichzeitiger Wohnraumzerstörung und damit verbundener, sinkender Lebensqualität.

Wogeno und der *Verein Hellmut 2000* fügten sich der Stadt, da sie ansonsten auf das ganze Projekt verzichten hätten müssen.

⁴⁶⁴ Pressekonferenz im Dreieck, 28.4.1989

III. STRATEGIEN DER STADT- UND WOHNPOLITISCHEN BEWEGUNGEN

Das zentrale Anliegen der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen war immer der Widerstand gegen die Zerstörung von günstigem Wohnraum und gewachsene Quartierstrukturen. Seit dem Widerstand gegen den Abriss der Venedigstrasse (1971) kam es immer wieder zu ähnlichen Auseinandersetzungen.⁴⁶⁵ Dazu kam die Absicht möglichst viele Nischen zu schaffen, wo man alternativen Wohnformen leben konnte, wie es im Teil II beschrieben wurde.

Die Strategien zur Durchsetzung dieser Ziele umfassten ein äusserst breites Spektrum, doch wurden die einzelnen Möglichkeiten oft nur von einem Teil der Bewegung genutzt. Grundsätzlich kann zwischen parlamentarischer und ausserparlamentarischer Politik unterschieden werden. Überschneidungen gab es vor allem bei der Bildung von Genossenschaften, bei Quartier- und Mietergruppen, in denen sich auch gemässigte Kreise und VertreterInnen politischer Parteien fanden. Je mehr unterschiedliche Strategien genutzt wurden, umso grösser wurden die Erfolgschancen.

⁴⁶⁵ Zwischen 1968 und 1971 war die Wohnraumzerstörung trotz der akuten Wohnungsnot noch kein grosses Thema. Mit der Diskussion um die Venedigstrasse änderte dies; so stand der 1. Mai 1972 unter dem Motto 'Kampf dem Häusermord'.

A. Einflussnahme durch die Möglichkeiten der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie bietet der Bevölkerung der Schweiz die Möglichkeit unmittelbar in den politischen Prozess einzugreifen. Initiativen und Referenden wurden gleichwohl vorwiegend von politischen Parteien und grösseren Interessenverbänden lanciert, da der Aufwand für Unterschriftensammlungen und erfolgversprechende Abstimmungskämpfe sehr gross ist und viel kostet. Auf nationaler Ebene setzten sich bei Boden-, Wohn- und Mieterfragen vorwiegend die *Sozialdemokratische Partei (SP)* und der *Mieterverband (MV)* für soziale Reformen ein – in Einzelfällen auch die *Grünen*, die *Partei der Arbeit (PdA)*, Bauernverbände, das *Mouvement Populaire des Familles* und die *Interessengemeinschaft für eine andere Bodenpolitik*. Im Kanton und in der Stadt Zürich, wo der Spielraum allgemein grösser ist, engagierten sich daneben die *Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH)*, die *Alternative Liste (AL)*, *Frauen macht Politik! (FraP!)* und verschiedene Quartier- beziehungsweise Mietergruppen.

Für die *Sozialdemokratische Partei (SP)* der Stadt Zürich gehören die Wohn-, Mieter- und Stadtentwicklungspolitik zu den zentralen Punkten ihres Parteiprogramms. In den 70er Jahren stand dabei die Wohnlichkeit der Stadt im Zentrum der Forderungen. So schrieb die Partei in einem Diskussionsgrundlagenpapier von 1970: «Wollen wir realistisch sein, so müssen wir ein einziges Ziel auswählen, beispielsweise aus Zürich eine wohnliche Stadt zu machen, eine Stadt, in der es den Menschen wohl ist. Danach sind alle anderen Ziele auszurichten.»⁴⁶⁶ Seit den siebziger Jahren warnte die *SP* vor den Folgen der Ausbreitung des Dienstleistungssektors in die zentrumsnahen Wohnquartiere und verlangte die Förderung des sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, die «Bekämpfung der Bodenhortung» sowie «das Nebeneinander von Wohn- und Arbeitsbereichen in den städtischen Quartieren».⁴⁶⁷ Zu Beginn der 80er Jahre veröffentlichte die *SP* in einem kämpferischen Programm eine ausführliche Auflistung der Massnahmen, durch welche die Stadt wieder menschenfreundlicher werden sollte. Dies ging so weit, dass die *SP* «direkte gewaltfreie Aktionen der Betroffenen» als notwendige Ergänzung zur politischen Arbeit bezeichnete.⁴⁶⁸ Grosse Bedeutung mass die Partei der Dezentralisierung von politischen Institutionen und Verwaltungsstellen sowie einem Ausbau der Mitsprachemöglichkeiten der Quartierbevölkerung bei. Im Programm für die Wahlen von 1990 änderten sich die Forderungen kaum, das Ziel war weiterhin ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Wohnen und Arbeit. «Die Wohnbevölkerung soll wieder zunehmen, während die Zahl der Arbeitsplätze stabilisiert werden muss. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner heisst für uns nicht in erster Linie neue Wohnungen, sondern die bestehenden erhalten, und zwar preiswert.»⁴⁶⁹ In den 70er und

⁴⁶⁶ Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich 1970.

⁴⁶⁷ Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich 1970.

⁴⁶⁸ Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich 1981, S. 7.

⁴⁶⁹ Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich 1990, S. 17

80er Jahren lancierte die städtische und kantonale *SP* diverse Volksinitiativen zur Wohnproblematik und zu Fragen der Stadtentwicklung; gleichzeitig initiierten *SP*-Mitglieder im Gemeinderat verschiedene Einzel-⁴⁷⁰ und Behördeninitiativen⁴⁷¹. Nach dem Wahlsieg von 1990 und mit dem Paradigmawechsel in der Stadtentwicklungspolitik nach 1994 änderte die Partei ihre Politik. Nach der Behördeninitiative betreffend der Ergänzung des *Wohnerhaltungsgesetzes* (*WEG*) im Juni 1993 (vgl. III.A.3a) unternahm die *SP* keine wohn- und mieterpolitischen Vorstösse mehr. In verschiedenen Fällen gaben die SozialdemokratInnen Abstimmungsparolen mit wirtschaftsorientierter, neoliberaler Begründung heraus, etwa bei der Volksinitiative *Rettet den Kreuzplatz* (2001) oder bei den beiden Stadionvorlagen (2003). Nach diesem Paradigmawechsel vertraten nur noch die Grünen (die bis in die neunziger Jahre hinein eine mit der *SP* praktische deckungsgleiche Politik verfolgt hatten) und die *AL* eine kritische Position gegenüber der wirtschaftsorientierten Stadtentwicklungspolitik des Stadtrats. Unterstützt wurden die *Grünen* und die *AL* dabei oft vom *Mieterverband*.⁴⁷²

Die Parteien links der *SP* verfügten durch ihre eher geringe Vertretung in den Parlamenten nur über marginalen Einfluss.⁴⁷³ Die *Progressiven Organisationen der Schweiz* (*POCH*) – die Sektion Zürich war aktiv von 1972 bis 1990 – sah ihre Stärke in einer oppositionellen Politik: «Umso mehr hat die *POCH* das Instrument des Referendums benutzt, um strittige Vorhaben vors Volk zu bringen, sei es mit dem Volksreferendum, sei es mit der Beteiligung am so genannten Behördenreferendum.»⁴⁷⁴ Alle acht zwischen 1982 und 1985 von linker Seite ergriffenen Behördenreferenden kamen nur dank den vier *POCH*-GemeinderätInnen zustande. Dass eine Mehrheit davon (fünf) erfolgreich war, belegt die nicht zu unterschätzende Bedeutung der *POCH* in den achtziger Jahren.⁴⁷⁵ Mit verschiedenen Publikationen besass die Partei zudem Kommunikationsmittel, welche regelmässig über wohnpolitische Themen berichteten. Inhaltlich

⁴⁷⁰ Eine Einzelinitiative kann von einer beziehungsweise einem einzelnen oder von mehreren Stimmberechtigten eingereicht werden. Betrifft sie einen Gegenstand des obligatorischen Referendums, bedarf sie der vorläufigen und der definitiven Unterstützung durch mindestens 42 Mitglieder des Gemeinderates und wird vom Stadtrat geprüft. Nach ihrer materiellen Beratung muss sie von mindestens 42 Mitgliedern des Gemeinderates definitiv unterstützt werden und wird den Stimmberechtigten vorgelegt. Zu jeder Einzelinitiative im Bereich des fakultativen Referendums wird nach Vorlage von Bericht und Antrag ein Beschluss über Annahme oder Ablehnung gefasst, der dem fakultativen Referendum untersteht. Stadt Zürich (Hrsg.). Geschäftsordnung des Gemeinderat vom 17. November 1999 mit Änderungen bis Februar 2002. S. 33f.

⁴⁷¹ Für ein Behördenreferendum braucht es die Unterschriften von 42 GemeinderätInnen. Es wird zumeist von Parteien lanciert.

⁴⁷² Der Mieterschutz – und somit auch die Möglichkeiten des *Mieterverbands* (*MV*) seine Mitglieder zu schützen – hängt stark von den rechtlichen Bestimmungen ab. So betätigte sich der *Mieterverband* stark auf der parlamentarischen Ebene und unterhielt enge Beziehungen zur parlamentarischen Linken. Mit der Lancierung von Initiativen versuchte der *MV* die bestehenden Gesetze immer wieder zugunsten der MieterInnen zu verändern.

⁴⁷³ 1968-1972: -. 1974-1974: 1 *PdA*-GemeinderätIn (GR), 1 *POCH*-GR 1978-1982: 1 *PdA*-GR, 2 *POCH*-GR, 1982-1986: 4 *POCH*-GR 1986-1990: 3 *POCH*-GR 1990-1994: 4 *AL*-GR, 3 *FraP!*-GR 1994-1998: 2 *AL*-GR, 5 *FraP!*-GR, 1998-2002: 2 *AL*-GR, 1 *FraP!*-GR, 2002-2006: 3 *AL*-GR, 2006-2010: 5 *AL*-GR. Grundsätzlich hatte die *FraP!* weniger wohnpolitische Ziele im Parteiprogramm, vertrat aber im Allgemeinen bei Abstimmungen die gleichen Parolen wie die *POCH* und die *AL*.

⁴⁷⁴ *POCH* Zürich 1986, S. 102.

befasste sich die *POCH* mit Bodenspekulation, Wohnraumvernichtung und Mieterschutz. Die 1990 unter anderem von ehemaligen PolitikerInnen der *POCH* gegründete *AL* setzte diese Tradition fort. Beim Regierungswechsel von 1990 konnten die links aussen politisierenden Parteien gar sieben Gemeinderatssitze – mehr als je zuvor in der Nachkriegszeit – erobern; doch auch mit der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat blieb der Einfluss von *AL* und *FraP!* eher gering. Innerhalb der ausserparlamentarischen Linken (APL) waren Aktivitäten auf der parlamentarischen Ebene umstritten. Die Avantgardegruppen der frühen 70er Jahre benutzten die parlamentarische Politik nicht um Veränderungen zu erzielen, sondern vielmehr zur Mobilisierung unzufriedener MieterInnen. Rege Diskussionen löste die Volksinitiative *Recht auf Wohnung* aus (vgl. Exkurs IV). Daneben engagierten sich die Avantgarde-Organisationen – etwa gegen die *Hardplatz-Vorlage* – vor allem im Kampf gegen das *Ypsilon*. Die etwas später entstandenen Bürgerinitiativen versuchten dagegen mittels Volksinitiativen und Vorstössen im Gemeinderat direkt auf die parlamentarischen Debatten Einfluss zu nehmen.⁴⁷⁶

Autonome, Hausbesetzer und linksradikale Kreise interessierten sich im Vergleich zu den Avantgardegruppen der siebziger Jahre nur noch am Rande für parlamentarische Politik. Ein Ausschnitt aus der Broschüre 'Zonen' vom *Infoladen für Häuserkampf* aus dem Jahr 1988 verdeutlicht den Widerspruch zwischen der autonomen Weltanschauung und dem System der direkten Demokratie: «Unsere Diskussion drehte sich um die Hypothese einer Volksinitiative, die sich an der anarchistischen Verfassung von H. Rocheford anlehnen würde (1. Es gibt nichts mehr. 2. Niemand ist mit der Ausführung des 1. beauftragt). Diese Initiative würde dem Bundesrat 15 Jahre Zeit geben, um das Volk zu lehren ohne Regierung auszukommen. Nach diesen 15 Jahren Übergangszeit hätten Regierungen und Parlamente unwiderruflich zu verschwinden [...] Soweit ich weiss, ist diese Idee bis jetzt nur in Science-Fiction-Comics indirekt aufgenommen worden, aber sie bleibt für mich das Ur-Modell der nicht reformistischen, sondern radikalen Nutzung der Institution 'Volksinitiative'.»⁴⁷⁷ Trotz dieser Vorbehalte befassten sich autonome Publikationen in seltenen Fällen mit parlamentarischer Politik. In einem anderen Text in 'Zonen' wurden Volksinitiativen als sinnvolle Ergänzung zur ausserparlamentarischen Politik betrachtet: «Es geht darum, aufzuzeigen, dass wir jetzt einen Schritt mehr machen müssen: Von den Kämpfen in der Defensive um ein Gebäude (z.B. dem Stauffacher in Zürich), um ein Quartier (z.B. 'le Flon' in Lausanne) oder gegen ein Massnahmenpaket (z.B. dem VB-Konzept 84 in Biel) zu einer Offensive, die das Problem an der Wurzel packt: Der Tatsache, dass Boden und Gebäude Renditeobjekte sind (→Immobilienmarkt). Von einem globalen Standpunkt aus können wir hoffen,

⁴⁷⁵ *POCH* Zürich 1986, S. 102.

⁴⁷⁶ *Verein pro Stauffacher, Verein pro Schmiede Wiedikon, Mieterverein Tessinerplatz, Einwohnerverein links der Limmat* u.a.

⁴⁷⁷ *Infoladen für Häuserkampf* 1988.

dass es, wenn nicht überall so doch in zahlreichen Regionen, möglich sein wird, eine Kampagne zu führen, die auf direkten Aktionen aufbaut und in der sich verschiedene Komponenten, die sich bis anhin ziemlich fremd waren, zusammenschließen und sich gegenseitig ergänzen [...]. Diese Kampagne kann Gelegenheit bieten zu einem kämpferischen Zusammenschluss breiter Bevölkerungsschichten.»⁴⁷⁸ Von autonomer Seite in grösserem Umfang diskutierte Initiativen und Gesetze waren das *Wohnerhaltungsgesetz (WEG)*, der *Wohnanteilplan (WAP)*, die *Stadt-Land-Initiative*, die *Bau- und Zonenordnung (BZO)* und zwei Vorlagen für eine aktivere Liegenschaftspolitik der Stadt (*50-Millionen-* beziehungsweise *100-Millionen-Kredit*), wobei all diese Gesetze zumeist als ungenügend eingeschätzt wurden. In den 90er Jahren sank das ohnehin schon geringe Interesse für die parlamentarische Politik gegen Null.

1. Bodenpolitik

Das liberale Schweizer Bodenrecht ist einer der Hauptfaktoren, für die Attraktivität von Immobilien als Kapitalanlagen.⁴⁷⁹ In den Worten des *Mieterverbands* (1982): «Solange der Boden eine Ware bleibt, die wie jede andere kapitalisiert werden kann und den Grundeigentümern jährlich eine arbeitslose Grundrente von fünf bis acht Milliarden Franken sowie den Kapitaleigentümern und Kreditgebern Hunderte von Millionen an Surplusprofiten abwirft, wird auch die Wohnungsfrage nie sozial und nutzungsrechtlich befriedigend gelöst werden.»⁴⁸⁰ Die KritikerInnen des Bodenrechts bemängeln, dass der Boden ein unvermehrbares Gut ist und somit nicht dem freien Markt überlassen werden darf. «Heute laufen ein Laib Brot, ein Rasenmäher oder ein Stück Land unter demselben Rechtsbegriff 'Eigentum'.» Boden könne man aber nicht produzieren wie Brot und Rasenmäher, er sei «ein unvermehrbares Naturgut, wie Luft oder Wasser».⁴⁸¹

Linke und bäuerliche Kreise initiierten nach 1943 sieben nationale Bodenrechtsinitiativen; drei schafften es bis an die Urne, wobei keine mehr als 33 Prozent Ja-Stimmen erhielt. 1950 verwarf die Stimmbevölkerung die so genannte *Jungbauerninitiative*, die der Spekulation einen Riegel schieben wollte, indem nur noch diejenigen Landwirtschaftsland hätten kaufen können, die es auch selber bebauen würden. Dreizehn Jahre später kam eine Volksinitiative der *SP* vors Volk: sie verlangte Gesetze gegen die Bodenspekulation, für die Orts-, Regional- und Landesplanung sowie ein Vorkaufsrecht des Staates – und wurde ebenfalls im Verhältnis 2:1 abgelehnt. Als Spätfolge der *SP*-Initiative entstand 1969 ein Bodenrechtsartikel in der Bundesverfassung, der jedoch deutlich weniger weit ging und Zugeständnisse an die ImmobilienbesitzerInnen beinhaltete: das

⁴⁷⁸ Infoladen für Häuserkampf 1988.

⁴⁷⁹ Howald u.a. 1981, S. 159. Mieter-Zeitung, Juli/August 1987, S. 14. NZZ, 1.10.1981, S. 52. Stocker, Monika. Zur Lage der Wohnenden. Innenansicht von Fakten. In: Zeller 1990, S. 175, 178. Mieter-Zeitung, Dezember 1982, S. 8. WoZ Nr. 51, 19.12.1986, S. 4. WoZ Nr. 13, 28.3.1991, S. 27. 21i Nr. 13, 24.11.1988, S. 1.

⁴⁸⁰ Mieter-Zeitung, Dezember 1982, S. 8.

⁴⁸¹ AGÖP 1984, S. 33.

Recht auf Eigentum ist seither in der Verfassung garantiert. 1976 lancierte die welsche Bauernopposition eine *Initiative für spekulationsfreies Grundeigentum*. Sie scheiterte an der erhöhten Unterschriftenzahl für Volksinitiativen, ebenso die *Bodenreform-Initiative* der SP (1975/76) und die Volksinitiative *Grundeigentum geht über in Nutzungs- und Baurechte* von Berner BäuerInnen (1997/98). Gründe für die gescheiterten Unterschriftensammlungen sah die *Juso* in den inhaltlichen, juristischen und politischen Makeln der Vorstösse: «Diese Mängel sind jedoch nicht von ungefähr, sind sie doch vordergründiger Ausdruck einer Krise linker Bodenpolitik, die sich in einer unbeteiligten, schlecht untermauerten und wankelmütigen Haltung vieler Linken gegenüber der Bodenfrage äussert.»⁴⁸²

Die einzige nach 1968 zustande gekommene Volksinitiative für ein neues Bodenrecht war die *Stadt-Land-Initiative* der *Schweizerischen Gesellschaft für ein neues Bodenrecht*, die zu einer breiten Diskussion über Wohnungsnot und Bodengesetze führte, im Dezember 1988 aber mit beinahe 70 Prozent Nein-Stimmen klar abgelehnt wurde.⁴⁸³ Die *Stadt-Land-Initiative* verlangte von BodenbesitzerInnen einen Eigengebrauchsnachweis zur Verhinderung der Bodenhortung als Kapitalanlage (Ausnahmen sollte es nur für die Erstellung von preisgünstigem Wohnraum geben). Nicht erschlossener landwirtschaftlicher Boden hätte nach Annahme der Initiative höchstens zum doppelten Ertragswert erworben werden können und alle nicht erschlossenen Bauzonenflächen wären den Landwirtschaftszonen zugewiesen worden. Das Privateigentum an Boden stand aber nicht zur Debatte. Aussergewöhnlich an der *Stadt-Land-Initiative* war die Tatsache, dass sich auch die ausserparlamentarische Linke mit der Vorlage beschäftigte. Dies hing einerseits mit der Bedeutung der Bodenfrage zusammen, andererseits erlaubte die Initiative «als direkte Fortsetzung unseres Engagements für die Stadt, das Wohnen und die Stadtentwicklung der letzten Jahre, mit unserer Kritik im Herzen des Widerspruchs um Stadt und Boden anzusetzen.»⁴⁸⁴ Teile der APL forderten darüber hinaus noch weitergehende Massnahmen: «Die Stadt-Land-Initiative würde der Bodenspekulations-Lawine etwas an Kraft nehmen, aus ihr liesse sich ein griffiges Mittel machen. Wobei mir natürlich kein Mensch sagen muss, dass, wenn diese Initiative angenommen würde, mehr herauskäme als das absolute Minimum.»⁴⁸⁵

Die im Oktober 1989 verabschiedeten dringlichen Bundesbeschlüsse gegen die Bodenspekulation sind unter anderem auf die *Stadt-Land-Initiative* und die verschärfte Wohnungsnot nach 1988 zurückzuführen. Ziel dieser Bundesbeschlüsse war «die Nachfrage nach Wohnungen und Boden in einer auch verteilungspolitisch befriedigenden Weise mit dem Angebot an Boden und Bauten abzustimmen».⁴⁸⁶ Das Dringlichkeitsrecht beinhaltete eine fünfjährige Sperrfrist für den

⁴⁸² Infrarot Nr. 40, Mai/Juni 1980, S. 3.

⁴⁸³ AGÖP 1984, S. 33.

⁴⁸⁴ Infoladen für Häuserkampf 1988.

⁴⁸⁵ 21i Nr. 13, 24.11.1988, S. 1.

⁴⁸⁶ WoZ Nr. 37, 15.9.1989, S. 1.

Weiterverkauf von Grundstücken, Anlagebeschränkungen für Pensionskassen und Lebensversicherungen sowie eine 80-prozentige Pfandbelastungsgrenze. Die Meinungen über die Wirksamkeit der neuen Regelung unterschieden sich stark: Während sich bürgerliche Kreise und die NZZ um die Pension der Mittelschicht sorgten, war der Beschluss für einen Grossteil der linken Opposition ungenügend. Die WoZ sprach von «verwässerten Vorschlägen, welche die laufende Zerstörung von günstigem Wohnraum [...] bewusst nicht tangieren»⁴⁸⁷ und die Mieter-Zeitung schrieb, viele zweifelten «an der Wirksamkeit des Massnahmenpaketes oder halten es gar für kontraproduktiv».⁴⁸⁸ Drei Monate nach der Inkraftsetzung der Bundesbeschlüsse stellte das Grundbuchamt des Kantons Zürich allerdings einen Rückgang des Grundstückhandels fest. Inwieweit dies auf die Sofortmassnahmen zurückzuführen war, kann nur vermutet werden, da auch die steigenden Hypothekarzinsen und die Inkraftsetzung des neuen Mietrechts die Spekulation einschränkte. Irène Spring vom *Mieterverband* mass dem Beschluss vor allem psychologische Bedeutung auf dem häufig irrational funktionierenden Immobilienmarkt zu. Trotzdem blieben die Sofortmassnahmen nur Symptombekämpfung. Wie der *Mieterverband* festhielt, fanden Spekulanten «immer Möglichkeiten diese zu umgehen. Wenn wir die Massnahmen wollen, welche die Ursachen angehen und Missbräuche weitgehend ausschliessen, dann müssen radikalere Lösungen ins Visier genommen werden.»⁴⁸⁹

Das klare Scheitern der diversen Versuche zur Reformierung des Bodenrechts erklärt sich aus einem Interessenkonflikt zwischen der Mehrheit der ländlichen Kantone und den urban geprägten Ständen.⁴⁹⁰ Die Problematik des privaten Bodenbesitzes ist jedoch keinesfalls ein exklusiv Schweizerisches Problem. Weltweit engagieren sich Bewegungen für eine gerechte Verteilung des Bodens; das Aufwerfen der Bodenfrage ist ein Stück weit immer auch Kritik am kapitalistischen System. In diesem Sinne wurden die Bodeninitiativen jeweils von einer Mehrheit als radikale Eingriffe angesehen. Die SP unternahm nach der gescheiterten Unterschriftensammlung der *Bodenreform-Initiative* (1975/76) keinen umfassenden bodenpolitischen Vorstoss mehr. Diese Zurückhaltung kam auch nach dem verlorenen Abstimmungskampf um die *Stadt-Land-Initiative* klar zum Ausdruck. Der spätere SP-Bundesrat Moritz Leuenberger – damals Präsident des *Mieterverbands Schweiz* – stellte nach der Abstimmungsniederlage die Unterstützung der Initiative in Frage: «War es richtig, dass wir in der Öffentlichkeit das ganze Gewicht unseres Verbands einsetzten, wogegen wir jetzt als Mitverlierer dastehen?»⁴⁹¹ Die Partei tendierte in der Folge zur Forderung, der Staat beziehungsweise die Gemeinden sollten möglichst viel Boden erwerben, um ihn dann im Baurecht an Private

⁴⁸⁷ WoZ Nr. 37, 15.9.1989, S. 1.

⁴⁸⁸ Mieter-Zeitung, Oktober 1989, S. 5.

⁴⁸⁹ Mieter-Zeitung, Oktober 1989, S. 5.

⁴⁹⁰ AGÖP 1984, S. 35. WoZ Nr. 37, 15.9.1989, S. 1.

⁴⁹¹ Mieter-Zeitung, Dezember 1988, S. 5.

abzugeben. In dieselbe Richtung gingen die 1985 angenommene *SP-Initiative zur Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum* (vgl. III.E.1d) oder der von der *SP* unterstützte *100-Millionen-Kredit für eine aktive Liegenschaftenpolitik*. Der Linken fehlte neben der politischen Durchschlagskraft aber auch ein überzeugendes Konzept, wie das Problem der Bodennutzung demokratisch gelöst werden könnte. «Diese komplette Unfähigkeit der PolitikerInnen, den Zugang und die Nutzung des Bodens, eines zentralen und unvermehrbares Gutes, demokratisch zu regeln, kann den Profiteuren der heutigen Regelung und den GralshüterInnen der Ideologie der freien Marktwirtschaft – die sich zur Rettung ihrer Gleichgewichtstheorie keinen Deut um die Tatsache kümmern, dass der Boden eben keine reproduzierbare Ware ist – nur recht sein.»⁴⁹²

2. Planungspolitik

«Planung kann keine Wunder bewirken. Aber sie kann Trends verstärken oder bremsen und korrigieren», schrieb Niklaus Scherr vom *Mieterverband* 1992 vor der Abstimmung zur neuen *Bau- und Zonenordnung (BZO)*.⁴⁹³ Die in Zürich äusserst heftig geführten Auseinandersetzungen um die Regionalplanung und die *BZO* müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. Da die Planung für die Stadt Zürich den kantonalen Behörden unterstand, kam der Graben zwischen dem tendenziell eher konservativen Kanton und der eher liberal gestimmten Stadt immer wieder stark zum Ausdruck – eine politische Pattsituation, die im Endeffekt vor allem der Baulobby zugute kam.

a) Planungs- und Baugesetz

Das 1979 national eingeführte *Raumplanungsgesetz (RPG)* bildete die Grundlage für die kantonalen Planungsgesetze. Der Kanton Zürich gleiste schon während der Vorarbeiten des *RPG* ein neues *Planungs- und Baugesetz (PBG)* auf, das 1975 von der Stimmbevölkerung angenommen wurde. Nach vielen Jahren harter Debatten bekam Zürich mit dem *PBG* endlich ein Raumplanungsgesetz. Zuvor hatte die Baulobby die öffentliche Planung über Jahre hinweg bewusst blockiert. Die fehlende Planung Zürichs lag «durchaus im Interesse jener Kreise, welche die Stadt noch immer als Ort der Ausbeutung und Profitmaximierung betrachten. Das Inserat der bürgerlichen Gegner des Planungs- und Baugesetzes [Abstimmung vom 7.9.75] mit dem Titel 'Hütet Euch vor den Planern' spricht hier eine deutliche Sprache. Im 'Überparteilichen Komitee gegen zentralistische Planungsbürokratie', das dieses Inserat publiziert hat, finden sich genau jene Interessengruppen zusammen, die in Zürich die grossen Verkehrsbauten – zum Teil gegen den Willen der Bevölkerung – durchgesetzt haben.»⁴⁹⁴

⁴⁹² WoZ Nr. 37, 15.9.1989, S. 1.

⁴⁹³ Mieter-Zeitung, April 1992, S. 9.

⁴⁹⁴ Kammerer, Bruno. Planung – gestern und heute. In: SAU 1986, S. 60-62.

Obwohl das *PBG* als Planungsinstrument nur bedingt taugte, nutzten es die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen immer wieder gegen unerwünschte Entwicklungen und Bauvorhaben.⁴⁹⁵ Eine im Mai 1984 von der kantonalen Stimmbevölkerung angenommene Revision brachte jedoch eine leichte Schwächung des *PBG*. Die Revision entstand als Gegenvorschlag des Kantonsrates zur von bürgerlicher Seite lancierten *Volksinitiative für einfachere Planung und weniger Bürokratie*, welche die InitiantInnen in der Folge zurückzogen. Das revidierte *Planungs- und Baugesetzes* erleichterte das Bauen in Landwirtschafts-, Freihalte- und Reservezonen. Gleichzeitig wurde mit dem neuen Paragraph 31 der kommunale Gesamtplan so vereinfacht, dass auf dieser Ebene nur noch ein Verkehrsplan obligatorisch war, was den PlanungsbremserInnen zugute kam. In den Jahren 1986 und 1987 nahm die Stimmbevölkerung zwei weitere, diesmal von linker Seite unterstützte Revisionen des *PBG* jeweils knapp an. Diese Veränderungen betrafen die städtische Wohnungspolitik aber in geringem Masse.⁴⁹⁶

b) Regionale Raumplanung

Das *PBG* führte die Planungspflicht von Kanton, Regionen und Gemeinden ein. Gemeinsam sollten diese Körperschaften die «räumliche Voraussetzungen für die Entfaltung des Menschen und für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen schaffen oder sichern».⁴⁹⁷ Ein auf allen drei Ebenen vorgesehener *Richtplan* – auch Gesamtplan genannt – legt in groben Zügen fest, wie sich die Behörden die raumplanerische Entwicklung in den nächsten 20 bis 25 Jahren vorstellen. Der *Richtplan* setzt sich aus je einem Siedlungs-, Landschafts-, Verkehrs- und Versorgungsplan sowie einem Plan für öffentliche Bauten und Anlagen zusammen und enthält die nötigen Instrumente um die Entwicklung in die gewünschte Richtung lenken zu können. Der regionale *Richtplan* stellt die Grundlage dar für die Planung auf kommunaler Ebene und für die Nutzungsplanung.⁴⁹⁸

Die Stadt Zürich hatte im Rahmen des Planungswerks den Status einer Gemeinde, die sich ein System von kommunalen Richtplänen zu geben hatte; zusätzlich wurde sie als Region behandelt. Während die kommunalen Richtpläne von kommunalen sprich städtischen Instanzen in Kraft gesetzt wurden, hatte der stadtzürcherische Gemeinderat die regionalen Richtpläne dem kantonalen Regierungsrat vorzulegen, der diese schliesslich rechtsgültig machte oder eben auch nicht. Diese Regelung spielte eine wichtige Rolle, da die bürgerliche Seite versuchte ihre Interessen im regionalen Richtplan durchzusetzen, wohl wissend, dass sie im kantonalen

⁴⁹⁵ Volksrecht, 16.5.1984.

⁴⁹⁶ Am 24.9.1986 wurde das Beschwerderecht für Umweltorganisationen in Bezug auf Bauten ausserhalb der Bauzonen eingeführt und am 18.6.1987 die Parkplatzpolitik der Kompetenz der Gemeinden zugewiesen.

⁴⁹⁷ §18 des *PBG*.

⁴⁹⁸ Nutzungsplanung ist die Planung, die konkret vorschreibt, was wie und wo gebaut werden darf. Für die Stadt Zürich beschreibt die *BZO* die Nutzungsplanung.

Regierungsrat eine sichere Mehrheit besass. Die Linke dagegen wollte wichtige Entscheide in die kommunale Planung verschieben, wo sie am längeren Hebel sass.

Die Ausarbeitung des *Richtplans* stellte wichtige Weichen für Zürichs weitere Entwicklung; hier entschied sich, ob mehr Arbeitsplätze in Zentrumsgebieten geschaffen oder möglichst viel Wohnraum erhalten werden sollte.⁴⁹⁹ Im April 1980 scheiterte ein erster Anlauf für einen regionalen Gesamtplan am unüberbrückbaren Gegensatz der zwei politischen Blöcke (zu diesem Zeitpunkt war der *LdU* in Planungsfragen auf der Seite der Bürgerlichen). Für heftige Debatten sorgten dabei der Siedlungs- und Landschaftsplan sowie der Verkehrsplan. In Bezug auf die Wohnungspolitik ist vor allem der Siedlungsplan von Interesse. Die Bürgerlichen wollten die zentrale Funktion von Gebieten mit hohem Dienstleistungsanteil (zur Diskussion standen Oerlikon, Altstetten und die Binz) im *Richtplan* als Zentrumsgebiete festhalten. Nach Ansicht der Linken hätte dies in diesen Gebieten eine Verteuerung des Bodens zur Folge gehabt.

Im März 1982 änderte sich der Frontverlauf: dank der Stimmen des *LdU* konnte sich die Linke in allen Belangen durchsetzen. So hielt man an den 1976 als Zusatz zum *Jürgensen-Bericht* beschlossenen Zielsetzungen der Stadtentwicklung fest: 410'000 EinwohnerInnen und 300'000 Arbeitsplätze. Gleichzeitig wurde entschieden die Zentren erst im kommunalen *Richtplan* zu behandeln, da bei der Ausscheidung von Zentrumsgebieten zur Ansiedlung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben keine Einigung zustande gekommen war. Den gemeinderätlichen *Richtplan* konterte der bürgerliche Stadtrat im Sommer 1982 mit einem Gegenvorschlag. Beide Vorlagen kamen zur Abstimmung, wobei ein doppeltes Ja möglich gewesen wäre. Am 28.11.1982 wurden aber beide Vorlagen abgelehnt, wobei der gemeinderätliche *Richtplan* etwas mehr Zustimmung erfuhr. Bei einer Annahme beider *Richtpläne* wäre derjenige mit der grösseren Zahl Ja-Stimmen zum Tragen gekommen, weswegen viele BefürworterInnen des gemeinderätlichen Gesamtplans bei der stadträtlichen Variante ein Nein einlegten und umgekehrt. Diese Tücken des politischen Systems sollten – wie sich noch zeigen würde – für die BefürworterInnen einer starken Planung fatale Folgen haben.

Unter Zeitdruck erarbeitete der bürgerliche Stadtrat – inzwischen hatte sich im Gemeinderat eine bürgerliche Mehrheit ergeben, die nicht mehr auf die Stimmen des *LdU* angewiesen war – eine zweite, noch wirtschaftsfreundlichere *Richtplan*-Vorlage als die 1982 verworfene. Obwohl das bessere Abschneiden der gemeinderätlichen Vorlage eigentlich ein Wink zum Einbezug der linken Positionen gewesen wäre, berücksichtigte der Stadtrat deren Einwände nicht. Diese Zwängerei hatte bei der Volksabstimmung im Dezember 1983 keine Chance. Nach dieser erneuten Niederlage sah der Stadtrat wenig Anlass einen weiteren Plan zu erstellen, denn ohne die Berücksichtigung linker Anliegen bestanden in einer Abstimmung wenig Erfolgchancen. So

⁴⁹⁹ Volksrecht, 3.3.1982.

setzte der Regierungsrat – wie es in seiner Kompetenz stand – einen Richtplan in Kraft, der in etwa dem abgelehnten entsprach. Gleichzeitig verzichtete der Stadtrat von Zürich in der kommunalen Richtplanung auf die Siedlungs- und Versorgungsplanung und beschränkte sich auf die Verkehrsplanung.

c) Bau- und Zonenordnung

Das kantonale *Planungs- und Baugesetz* verpflichtete die Stadt Zürich zur Anpassung an die kantonale Richtplanung ebenfalls einen neuen Bau- und Zonenplan zu erstellen. Die aus dem Jahr 1963 stammende *Bau- und Zonenordnung (BZO)* war den veränderten Problemen der Stadtentwicklung schon lange nicht mehr gewachsen. Bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs standen sich wiederum zwei mehr oder weniger starre Interessengruppen gegenüber. Die Formulierung der neuen *Bau- und Zonenordnung* dauerte daher nahezu zehn Jahre; am Ende setzten sich – ähnlich wie schon beim regionalen *Richtplan* – die kantonalen Gremien über die Entscheide der Stadtzürcher Stimmbevölkerung hinweg. Kaum ein Kampf um eine Gesetzesrevision wurde so erbittert geführt wie bei der *BZO*, welche die hochbrisante Nutzung des knappen und teuren Bodens regelte. Denn die Bauordnung bestimmt, wie gebaut werden darf; der Zonenplan gibt Auskunft, was wo gebaut werden darf: «Die *BZO* steuert die Stadtentwicklung», schrieb der Tages-Anzeiger.⁵⁰⁰

Im Februar 1985 legte der Stadtrat die Ziele der *BZO*-Revision noch einstimmig fest und verabschiedete im Dezember 1986 den ersten Entwurf mit 7 zu 2 Stimmen.⁵⁰¹ Ab März 1988 änderten die bürgerlichen Stadträte jedoch die Ziele und verlangten eine verstärkte Öffnung der ehemaligen Industriezonen für die Wirtschaft. Anfang 1989 war sich der Stadtrat so uneinig, dass eine bürgerliche Sechser- und eine linke Dreiergruppe je eine eigene Vorlage verabschiedeten; einzelne Stadträte wollten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr über längere Zeit miteinander am selben Tisch sitzen. Die vom *Bauamt II* unter Ursula Koch (*SP*) ausgearbeitete Minderheitsvariante stellte dann die Grundlage für die gemeinderätliche Kommission dar. An 50 Sitzungen überarbeitete die *BZO*-Kommission die Vorlage und überwies sie im September 1991 an den Gemeinderat, welcher sie verabschiedete und im Mai 1992 der Stimmbevölkerung vorlegte.

Die grössten Gegensätze ergaben sich bei zwei wesentlichen Punkten: der Nutzung der bisherigen Industriezonen und der Art der Wohnbauförderung. Der künftige Umgang mit den Industriezonen bildete vor allem vor dem Konjunkturreinbruch von 1991 einen zentralen Punkt der Diskussionen. Die Bürgerlichen beantragten, einen Teil der Industriezonen für den Dienstleistungssektor zu öffnen, die Linken dagegen forderten einen neuen Zonentyp 'Wohnzone

⁵⁰⁰ TA, 7.2.1989, S. 15.

mit Dienstleistungsanteil', für den ein fester Wohnanteil vorgeschrieben werden könnte. Dahinter stand die Angst, Zürich würde weiter zur Arbeitsmetropole verkommen oder wie es Ursula Koch ausdrückte, «Zürich soll die Wohnstadt der Arbeitsregion Zürich» werden.⁵⁰² Der Kerngehalt der neuen *BZO* lag nach Ansicht von Niklaus Scherr vom *Mieterverband* darin, «dass sie Möglichkeiten bietet, dieser extremen Entmischung von Arbeit und Wohnen wieder Gegensteuer zu geben. Sie gibt der Stadt als urbanes Zentrum, in dem nicht nur gearbeitet, sondern auch intensiv gewohnt und gelebt wird, wieder mehr Gewicht.»⁵⁰³ Beim zweiten Hauptpunkt der Auseinandersetzung – der Wohnbauförderung – ging es um die Aufhebung von Freihaltezonen für Wohnüberbauungen und die Verdichtung bestehender Wohnquartiere mittels Aufzonung (Aufstockung der Bauhöhe). Die Linke wehrte sich gegen beides, da ihrer Ansicht nach noch genügend Möglichkeiten für neue Wohnbauten bestanden. Grünraum – so wurde argumentiert – wäre von grosser Bedeutung für ein familienfreundliches Klima und das Fehlen von preisgünstigen Wohnungen ein viel akuterer Problem.⁵⁰⁴

Die *Bau- und Zonenordnung* wurde von linken Kreisen weitherum als ein gutes Gesetz angesehen; kritische Stimmen blieben eher selten. Gleichwohl musste die Vorlage als Kompromiss angesehen werden, und sie konnte die Entmischung nicht unterbinden. Gesamthaft betrachtet eröffnete die revidierte *BZO* nur wenig neue Perspektiven. «Sie verband die alten Stabilisierungskonzepte (Beschränkung der Expansion von Büroflächen) mit den Forderungen der Grünen nach zusätzlichen Grünzonen (was sich nur in den Aussenquartieren realisieren liess und zwar auf Kosten der Wohnzonen). Dabei war der Gestaltungsspielraum begrenzt, mussten doch die Vorgaben des (vom Kanton festgelegten) regionalen *Richtplanes* eingehalten werden. So enthält die neue Bau- und Zonenordnung Flächenreserven für insgesamt rund 90'000-120'000 EinwohnerInnen und 100'000-135'000 Arbeitsplätze. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich langfristig keine 'Trendumkehr' erreichen, sondern bestenfalls eine Erhaltung des Status quo.»⁵⁰⁵ Die Stadtzürcher Stimmbevölkerung nahm die *BZO* am 17.5.1992 an, in Kraft trat sie aber nie. 1995 ersetzte der kantonale Baudirektor Hans Hoffmann (*FDP*) die unter Ursula Koch entstandene *BZO* durch eine bürgerliche geprägte, was das Bundesgericht ein Jahr später absegnete. Dienstleistungen waren somit in der Industriezone ohne lange Bewilligungsverfahren möglich und in Wohnquartieren konnte höher gebaut werden. Unter dem neuen Vorsteher des *Hochbaudepartements* Elmar Ledergerber (*SP*) wurde die *BZO Hoffmann* ab 1999 in vier Etappen revidiert, ohne dass es dabei zu grossen politischen Auseinandersetzungen kam. Zum einen setzten die kantonalen Vorgaben einer sanften Stadtentwicklungspolitik enge Grenzen, zum

⁵⁰¹ Die Nein-Stimmen kamen aus den Reihen der *FDP* und *SVP*. Rüegg 1996, S. 130.

⁵⁰² TA, 15.6.1988, S. 2.

⁵⁰³ WoZ Nr. 20, 15.5.1992, S. 3.

⁵⁰⁴ Volksrecht, 10.7.1991. TA, 7.2.1989, S. 15.

⁵⁰⁵ Hitz u.a. 1995, S. 273.

anderen hatte sich die sozialdemokratische Position im Laufe der 90er Jahre unter den Stadtpräsidenten Estermann und Ledergerber weitgehend der bürgerlichen angepasst, so dass die WoZ 2000 titelte: «Genosse Ledergerber verscherbelt Ursula Kochs Erbe».⁵⁰⁶ Einzig bei der Debatte um die Entwicklungsgebiete in Zürich West im vierten Paket kam es zu einer Referendumsdrohung von Seiten der *Grünen*, der *AL* und des *Mieterverbands*, die sich vor allem gegen die ungenügenden Wohnanteile richtete. Aufgrund des Entscheids das neue Hardturmstadion ohne Rundbahn zu verwirklichen, wurde die Revision der vierten Etappe in der Folge verschoben. Am 7. November 2001 wurde schliesslich auch die vierte Etappe mittels eines Kompromisses abgeschlossen.⁵⁰⁷

3. Wohnraumerhaltung

a) Wohnerhaltungsgesetz (WEG)

Viel zu reden gab in den 70er und 80er Jahren das *Wohnerhaltungsgesetz (WEG)*. 1973 lancierte die Zürcher *SP* eine kantonale Volksinitiative für ein Gesetz zum Schutz von Wohnraum, das sowohl Abbruch beziehungsweise Zweckentfremdung von Wohnraum als auch das 'verlottern' lassen von Wohnhäusern verbieten wollte. Unter Bedrängnis – vor dem Einsetzen des *Abbruch- und Baustopps* 1971 erreichte die Abbruchwelle einen Höhepunkt – entwickelte die damalige Regierung einen Gegenvorschlag. Dieser erhielt zwar mehr Stimmen; die *SP*-Initiative wurde aber nur ganz knapp abgelehnt (50,9 Prozent Nein) und in der Stadt Zürich mit 61 Prozent befürwortet. Der von der Stimmbevölkerung angenommene Gegenvorschlag – in der Folge als *WEG* bezeichnet – ermächtigte die Gemeinden ihr ganzes Gebiet oder Teile davon für eine beschränkte Zeitspanne den Vorschriften des *Wohnerhaltungsgesetzes* zu unterstellen. Die Stadt Zürich setzte das *WEG* – als einzige Gemeinde im Kanton – im November 1974 erstmals in Kraft.

Um die renditebedingte Wohnraumverdrängung zu stoppen, schützte das *WEG* Familienwohnungen ab zweieinhalb Zimmern vor Abbruch, Umbau und Zweckentfremdung. Bei jeder Eingabe wurde geprüft, ob Wohnungen, welche über zweieinhalb Zimmer gross waren, zerstört würden. Traf dies zu, musste abgeklärt werden, ob ein allfälliger Abbruch und der anschliessende Neubau zu mehr Familienraum führen würde. Die Behörden erteilten nur dann eine Bewilligung, wenn die Wohnungen «wegen ihrer räumlichen und hygienischen Beschaffenheit nicht mehr genügen», «gleichviel preisgünstiger Wohnraum für Familien oder Betagte geschaffen» wurde, wenn mindestens 30 Prozent mehr Wohnraum entstand oder wenn von der Umwandlung Luxuswohnungen betroffen waren.⁵⁰⁸

⁵⁰⁶ WoZ Nr. 16, 20.4.2000, S. 8.

⁵⁰⁷ TA, 8.11.2001, S. 21.

⁵⁰⁸ Wohnerhaltungsgesetz zitiert in AGÖP 1984, S. 26.

Die Wirkung des *WEG* hing stark von der Handhabung durch die Behörden ab. Dabei machte vor allem der Paragraph 6 von sich reden, gemäss dem die Bewilligung in Ausnahmefällen nach freiem Ermessen erteilt werden konnte: Wenn a) gleichviel Wohnraum preisgünstig erstellt wird, b) die Wohnungen nach Ansicht des *Bauamtes* nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügen, c) der Eigentümer für den Eigenbedarf Gewerberäume erstellen will oder d) eine unumgängliche Renovation unverhältnismässige Kosten mit sich bringt.⁵⁰⁹ Mittels dieses 'Gummiparagraphen' wurden unzählige Abrisse und Luxussanierungen begründet:

- Im Falle der Häuser an der Wiesenstrasse 14/16 beispielsweise argumentierte die Bausektion, sie würden langsam alt und mit den Jahren ohne Zweifel baufällig. Mit der Begründung, es sei damit zu rechnen, dass in absehbarer Zeit wenigstens die sanitären Anlagen erneuert werden müssten, erteilten die Behörden die Abbruchbewilligung.⁵¹⁰
- Die Petershofstatt 9 in der Altstadt wechselte zu einem spekulativen Preis (über eine Million Franken für drei Wohnungen) den Besitzer. Der Abbruch wurde daraufhin bewilligt, weil es dem Besitzer nicht möglich sei, günstig zu renovieren.⁵¹¹
- Ebenso widersprüchlich war der Entscheid über die Häuser an der Ecke Zentral-/Marthastrasse im Kreis 3. Die MieterInnen erhielten 1972 die Kündigung. Nachdem die Besitzerin die Wohnungen infolge des *Abbruch- und Baustopps* als 'Sozialtouristenunterkünfte' vermietete, reichte sie 1975 ein Gesuch für einen Neubau ein, was die Behörden mit der Begründung bewilligten, die Wohnungen seien in den letzten Jahren nicht mehr von Familien bewohnt worden.⁵¹²
- Ein letztes Beispiel für die beschränkte Wirkung des *WEG* war eine Liegenschaft an der Höschgasse 72-78. Das Obergericht und später das Bundesgericht erklärten den Rekurs der BewohnerInnen der vier Jugendstilhäuser in einem Präzedenzfall für nicht rechtmässig. Die BewohnerInnen hätten gewusst, dass sie ein Abbruchobjekt bewohnten und deshalb «gegen Treu und Glauben» gehandelt, als sie dennoch Rechtsmittel ergriffen. Im *WEG* ist allerdings festgehalten, dass grundsätzlich alle MieterInnen zum Rekurs berechtigt sind.⁵¹³

Die willkürliche Auslegung des Paragraphen 6 führte dazu, dass «von über hundert zu behandelnden *WEG*-Rekursen jährlich nur ca. zwei 'positiv' entschieden» wurden.⁵¹⁴ Auf viele Rekurse von BewohnerInnen gingen die Behörden mangels Legitimation gar nicht erst ein. In Anbetracht dieser Zahlen schrieb die *WoZ* 1987, das *WEG* sei faktisch aufgehoben: «JedeR HausbesitzerIn kann sofort, wenn er/sie Baugelüste hegt, den MieterInnen erst einmal kündigen. Falls nun eine oder mehrere Mieterstreckung ersuchen, gibt er/sie von sich aus allen Mietparteien

⁵⁰⁹ Wohnerhaltungsgesetz §6.

⁵¹⁰ AGÖP 1984, S. 27.

⁵¹¹ AGÖP 1984, S. 27.

⁵¹² Mieterblatt Nr. 1, 1975, S. 2.

⁵¹³ *WoZ* Nr. 31, 31.7.1987, S. 7.

⁵¹⁴ *WoZ* Nr. 24, 12.6.1987, S. 6.

mittels einer zivilrechtlichen Vereinbarung (kein Mietvertrag!) 'grosszügig' eine Erstreckung von zum Beispiel 2½ Jahren. Da diese die maximale mietgerichtliche Erstreckung von 2 Jahren übersteigt, unterschreiben diese die MieterInnen wohl oder übel, auch wenn sie infolge fehlenden Mietvertrags damit faktisch auf ihre weiteren Rechte verzichten. Wenn der Zeitpunkt gekommen ist, gegen die Abbruch- oder Umbaubewilligungen einen Rekurs zu erheben, kann nun den Mietparteien jegliche Rekursberechtigung von vornherein abgesprochen werden.»⁵¹⁵ Noch eindeutiger war das Fazit aus autonomen Kreisen: «Wer noch an die Wirkung von Gesetzen glaubt, hat hier ein weiteres Mal Gelegenheit umzudenken.»⁵¹⁶ Auch die AutorInnen der Broschüre 'Hundert Jahre Wohnungsnot' stellten als Fazit konsterniert fest, dass der Ermessensspielraum der Behörden gross sei. «In sämtlichen Zweifelsfällen hat die Stadt bis jetzt immer gestützt auf Paragraph 6 den Hauseigentümern recht gegeben und damit das WEG komplett aufgeweicht.»⁵¹⁷ Die Lahmlegung des WEG lag durchwegs im Interesse der bürgerlichen Fraktion und der Baulobby, welche die Ansicht vertraten, mit dem *Wohnanteilplan (WAP)* sei dem Wohnplatz Zürich Genüge getan (vgl. III.A.3b).

Eine nach zehn Jahren *Wohnerhaltungsgesetz* vom *Statistischen Amt* durchgeführte Untersuchung belegt die Wirkungslosigkeit des WEG.⁵¹⁸ Von den zwischen 1975 und 1984 eingereichten 2538 Gesuchen für Abbruch, Umbau oder Zweckänderung wurden lediglich 3,9 Prozent abgelehnt (wobei bei diesen Zahlen die präventive Wirkung des Gesetzes nicht zum Ausdruck kommt).⁵¹⁹ Die meisten Bewilligungen begründeten die Behörden mit dem Paragraphen 6.⁵²⁰ Die Bewilligungspraxis von Stadtrat Hugo Fahrner (*FDP*) galt als besonders locker, 1984 erreichte die Verweigerungsquote mit 1,1 Prozent ein Minimum im untersuchten Zeitraum.⁵²¹ Dass es durchaus möglich gewesen wäre, das *Wohnerhaltungsgesetz* anders anzuwenden, zeigte die striktere Handhabung durch Ursula Koch (*SP*) nach 1986.

Zum Gummiparagraphen 6 kam hinzu, dass das WEG ein 2½-Zimmerappartement bereits als Familienwohnung bezeichnete und damit die Umwandlung von grossen Wohnungen in kleinere begünstigte. «Das WEG, eingeführt zur Erhaltung resp. Mehrung von Wohnungen für Familien, fördert somit die Zunahme des überproportionalen Flächenkonsums durch Kleinhaushalte.»⁵²² Belegt wurde diese Aussage durch die erwähnte Untersuchung des *Statistischen Amtes*. Demnach

⁵¹⁵ WoZ Nr. 24, 12.6.1987, S. 6.

⁵¹⁶ Infoladen für Häuserkampf 1988.

⁵¹⁷ AGÖP 1984, S. 26.

⁵¹⁸ Der Stadtrat verband die Inkraftsetzung des WEG für die ersten zehn Jahre mit einer Untersuchung des *Statistischen Amtes* zur Ermittlung der Auswirkungen des Gesetzes.

⁵¹⁹ Statistisches Jahrbuch Zürich 1985, Heft 2, S. 89-105. Wie der Autor der Studie als Fazit «eine positive Bilanz» zieht, bleibt ein Rätsel.

⁵²⁰ Bei den Abbruchbewilligungen 70,9 Prozent, bei Umbaubewilligungen 92,9 Prozent und bei Zweckänderungsbewilligungen 92 Prozent. Statistisches Jahrbuch Zürich 1985, Heft 2, S. 92-98.

⁵²¹ TA, 15.3.1989, S. 17. Statistisches Jahrbuch Zürich, Heft 2, S. 102. WoZ Nr. 24, 12.6.1987, S. 6.

⁵²² Gabathuler 1988, S. 113.

war das Saldo der im Rahmen des *WEG* bewilligten Abgänge und projektierten Zugänge bescheiden. Insgesamt entstanden zwischen 1975 und 1984 lediglich 1103 zusätzliche Wohnungen, wobei nur bei 2½- und 3-Zimmerwohnungen ein Zuwachs zu verzeichnen war, währenddem die Zahl der Wohnungen mit mindestens vier Zimmern abnahm. Die zahlenmässige Zunahme der Wohnungen ging durch die kleinere Zahl der Zimmer (und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch der Belegungsdichte) wieder verloren.⁵²³

Trotz diesen Mängeln besass das *WEG* durchaus Einfluss auf die Wohnraumerhaltung. Die schon erwähnte Studie des *Statistischen Amtes* zeigte eine präventive Wirkung. Am stärksten wird die vorbeugende Funktion wohl durch den harten politischen Widerstand gegen das *WEG* durch bürgerliche Kreise und die Baulobby verdeutlicht. Diese unternahmen in den 80er und 90er Jahren diverse Versuche das nur als vorübergehende Massnahme gedachte Gesetz wieder ausser Kraft zu setzen – speziell nach der Einführung des *Wohnanteilplans (WAP)* Anfang 1986. Doch die Stimmberechtigten stützten das *WEG* in mehreren Abstimmungen. Am 20.5.1984 entschied sich die Stadtzürcher Bevölkerung erstmals deutlich für die Verlängerung der Anwendung des *WEG* um weitere fünf Jahre. Die rechten Parteien unterstützten diese Vorlage, da sie mit dem Zusatz «bis zur Inkraftsetzung des Wohnanteilplans» versehen war.⁵²⁴ Nachdem im Januar 1986 in Zürich der *WAP* für rechtskräftig erklärt wurde, wollte der bürgerlich dominierte Stadtrat das *WEG* absetzen. Eine Motion von *SP*-Mitglied Peter Macher forderte dagegen eine erneute Unterstellung für fünf Jahre, scheiterte jedoch im Gemeinderat. Das Behördenreferendum von *SP* und *POCH* gegen diesen Entscheid nahm die Stimmbevölkerung im Juni 1986 an, wodurch das Gesetz weiterhin in Kraft blieb. Eine ähnliche Situation bot sich 1996: die vom Stadtrat beantragte vierte Unterstellung der Stadt Zürich unter das *WEG* scheiterte an der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat. Eine Einzelinitiative von Peter Macher gegen diesen Entscheid führte wiederum zu einer Volksabstimmung – mehr als 62 Prozent befürworteten die Verlängerung des Wohnschutz-Gesetzes. Was die bürgerlichen Parteien auf städtischer Ebene mehrfach vergeblich versuchten, erreichten sie 1998 im Kanton. Per Volksabstimmung wurde das *WEG* am 27.9.1998 aufgehoben. Das relativ deutliche Ergebnis (67, 5 Prozent Ja) stand im Zeichen der Rezession. Die bürgerliche Seite argumentierte, in Anbetracht der entspannten Situation auf dem Wohnungsmarkt sei das Gesetz nicht mehr nötig und Wohnraum werde in der Stadt Zürich seit dem Inkrafttreten des *WAP* 1986 ohnehin genügend geschützt. Weiter werde das Gesetz den heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht und verhindere den Bau von attraktiven Wohnungen für den Mittelstand.

Was in Zürich letztlich zur Erhaltung von günstigem Wohnraum fehlte, waren weitergehende Gesetze mit einer starken Regulierung wie sie zum Beispiel in Genf existierten. Zu den Errungenschaften sozialdemokratisch geprägter Politik in Genf gehört das *Loi sur les démolitions*,

⁵²³ Statistisches Jahrbuch Zürich 1985, Heft 2, S. 100f.

transformations et rénovations des maisons d'habitation. «Dieses Abbruch-Umbau-Renovationsgesetz verbietet die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, schränkt den Abbruch und Umbau, die Luxussanierung und Zweckentfremdung von Wohnraum stark ein und unterstellt Neu- und Umbauwohnungen für drei bis zehn Jahre einer Mietzinskontrolle.»⁵²⁵ Ähnliche Gesetze wie in Genf hätten in der Stadt Zürich bei einer allfälligen Abstimmung gar keine so schlechten Chancen gehabt, allerdings mussten solche Gesetze auf kantonaler Ebene durchgebracht werden, was im Gegensatz zum Stadtkanton Genf aufgrund der politischen Verhältnisse im Kanton Zürich wenig Erfolgsaussichten hatte. Zwischen 1968 und 2003 kamen im Kanton Zürich insgesamt vier ähnlich lautende Initiativen zur Abstimmung – alle blieben erfolglos: die schon erwähnte *SP-Initiative*, deren Gegenvorschlag 1974 zum *WEG* führte (50,9 Prozent Nein); die 1982 von der Stimmbevölkerung ebenfalls nur knapp verworfene *Wohnschutz-Initiative* der *SP* (51,7 Prozent Nein); eine Behörden-Initiative des Zürcher Gemeinderates aus der Zeit der Wohnungsdebatten um 1989/90, über welche 1993 abgestimmt wurde (57,2 Prozent Nein); und die 1998 relativ deutlich abgelehnte *Wohnschutz-Initiative* des *Mieterverbands* (66,4 Prozent Nein). Abgesehen von der *Wohnschutz-Initiative* des *MV* nahm die Stadtzürcher Stimmbevölkerung alle Vorlagen an. Auffallend ist, dass der Ja-Anteil im Laufe der Zeit abnahm. Während die Ablehnung der vergleichsweise radikalen Behörden-Initiative von 1993 – unter anderem forderte die Vorlage eine Enteignung von länger als ein halbes Jahr leer stehendem Wohnraum –, nachvollziehbar erscheint, verwundert vor allem die deutliche Verwerfung der *Wohnschutz-Initiative* von 1998. Gründe für die starke Ablehnung dürften zum einen in der damaligen Rezession liegen, in der es Regulierungsvorlagen von linker Seite grundsätzlich schwer hatten. Zum anderen veränderten sich durch den Paradigmawechsel in den 90er Jahren auch die politischen Rahmenbedingungen und Anliegen wie die Wohnraumerhaltung hatten es an der Urne schwieriger, da die *SP* beziehungsweise deren Wählerschaft solche Begehren nur noch begrenzt unterstützten (vgl. I.D.7).

b) Wohnanteilplan

Der *Wohnanteilplan (WAP)* ist ein dem *WEG* verwandtes Planungsinstrument zur Verhinderung der Wohnraumverdrängung in der Stadt Zürich. Konkret legt der *WAP* den Anteil des Wohn-, Industrie- und Gewerberaums auf einem Grundstück fest. «Mensch muss sich eine in verschiedene Zonen aufgeteilte Stadt vorstellen, wobei für jede einzelne Zone festgelegt ist, welcher Anteil der Bruttogeschossfläche einer Liegenschaft dem Wohnen vorbehalten sein sollte.»⁵²⁶

⁵²⁴ TA, 26.5.1986, S. 19.

⁵²⁵ WoZ Nr. 51/52, 22.12.1989, S. 32.

⁵²⁶ WoZ Nr. 24, 12.6.1987, S. 6.

Der *WAP* geht auf eine Motion von Richard Lienhard (*SP*) Mitte der 60er Jahre zurück. 1980 kam das Gesetz nach langen Auseinandersetzungen zwischen der Ratsrechten und der Ratslinken zustande, die Inkraftsetzung wurde aber durch eine Rekursflut der Immobilienlobby jahrelang verzögert. Erst Mitte Februar 1986 trat das Gesetz in Kraft, während sich die Bevölkerung an der Urne gleichzeitig für die Verlängerung des *WEG* um fünf Jahre aussprach.⁵²⁷ Hauptargument der Linken gegen die Ausserkraftsetzung des *WEG* waren die Schwächen des *WAP*. So hätte bei einer allfälligen Ersetzung des *WEG* durch den *WAP* bisher geschützter Wohnraum zerstört werden können.⁵²⁸ Doch auch mit der gleichzeitigen Inkraftsetzung von *WEG* und *WAP* war Zürichs Wohnraum nur ungenügend geschützt, wie der Artikel 'Wie in Zürich massenhaft Wohnungen verschwinden' im Tages-Anzeiger vom 15.3.1989 verdeutlichte.⁵²⁹ Danach verschwanden laut Niklaus Scherr (*Mieterverband*) und Ursula Koch (*SP*) jährlich rund 200 Wohnungen rechtswidrig.⁵³⁰ Der Hauptgrund dafür war, dass mit der Vermietung von Büroraum mehr als der doppelte Mietzins erreicht wurde.

Die ausserparlamentarische Linke aber auch die *POCH* und PolitikerInnen der *SP* wiesen regelmässig auf die Mängel des *WAP* hin, die in etwa folgende Punkte umfassten:

- Der *WAP* war bei umstrittenen Gebieten zu wenig auf Wohnungen fokussiert. «Der *WAP* greift in dieser Diskussion fast immer zugunsten der Büros ein: Wohnungen in Industrie- und Bürozentren werden weggeplant. Wo hingegen Büros in Wohngebieten stehen, waren die Planer sehr rücksichtsvoll: So ist zum Beispiel mitten in einem Gebiet mit hohem Wohnanteil in der Nähe der Kunstgewerbeschule eine Häusergruppe ausgespart worden, weil dort schon Büros stehen.»⁵³¹ Die grossen Wohngebiete wurden in den Aussenquartieren festgelegt, «dort wo die Hauseigentümer kaum auf den Gedanken kommen, Büros hinzustellen».⁵³² Eine grosse Zone rund um den Stauffacher umfasste lediglich einen Wohnanteil von 33 Prozent und auch das Gebiet zwischen Stauffacher, Kalkbreite und Bahnhof Wiedikon sollte nach *WAP* nur zur Hälfte bewohnt werden.
- Anhand der Namensschilder an den Hausglocken berechneten die Behörden den bestehenden prozentualen Wohnanteil. Dabei wurden in Büros, Gewerbe- oder Lagerräume umfunktionierte Wohnungen nicht berücksichtigt. «Für eineN clevereN HausbesitzerIn war es also ein leichtes, die Behörden über die wirkliche Nutzung der einzelnen Wohnungen zu täuschen. Abgesehen davon,

⁵²⁷ Die bürgerlichen Parteien hatten 1980 nur für den *WAP* gestimmt um Zürich wieder aus dem *Wohnerhaltungsgesetz* zu lösen. Kammerer, Bruno. Planung – gestern und heute. In: SAU 1986, S. 58.

⁵²⁸ Mieter-Zeitung, Mai 1986, S. 9.

⁵²⁹ Ähnliches stellte auch die *WoZ* fest. «Zwar gibt es ein *Wohnerhaltungsgesetz* und einen Wohnanteilplan, doch gelingt es der Stadt nicht einmal, die illegale Umnutzung von Wohnraum in Büroräume wirksam zu verhindern.» *WoZ*, Nr. 13, 28.3.1991, S. 26.

⁵³⁰ Mieterverband Zürich 1989, S. 1. TA, 15.3.1989, S. 17.

⁵³¹ *Aussersihler Zeitung* Nr. 10, 19.3.1986, S. 1f. Im äusseren Teil des Kreis 5 ist der Wohnanteil nach dem *WAP* gleich Null, obwohl die *Aussersihler Zeitung* 456 Wohnungen zählte.

⁵³² *Aussersihler Zeitung* Nr. 10, 19.3.1986, S. 2.

dass bei einem Umbau- oder Neubauprojekt der für das Gebäude vorgeschriebene Anteil an Wohnquadratmetern eingehalten werden muss, gibt es keine staatlichen Kontrollen, ob der vorherbestimmte Wohnanteil auch wirklich eingehalten wird.»⁵³³

- Der *WAP* konnte ohne grosse Probleme umgangen werden. Dabei musste man sein Büro nur als Zweitwohnung deklarieren, denn das Arbeiten in der Wohnung ist nicht verboten. In diesen Grau- und Schwarzonen befanden sich gemäss *Mieterverband* vor allem Kleinbetriebe im Dienstleistungssektor.⁵³⁴

- Ein weiterer Schwachpunkt des *WAP* war der fehlende Schutz von preiswertem Wohnraum. Der *WAP* schützte «keinerlei qualitative Eigenschaften, geschweige die Mietpreise des Wohnraums, sondern nur gerade dessen Anzahl Quadratmeter.»⁵³⁵ Niklaus Scherr bemerkte in der *WAP*-Debatte im Gemeinderat: «Der *WAP* ist geeignet punktuell Spekulation zu dämpfen, nachteilig ist, dass der *WAP* nicht differenziert zwischen dem Schutz billigen und dem Schutz teuren Wohnraums.»⁵³⁶

c) Parlamentarischer Widerstand gegen private Neubauprojekte

Verschiedene Mieter-Vereine versuchten besonders schützenswerte Altbauten und historisch bedeutsame Häusergruppen über den parlamentarischen Weg zu erhalten (vgl. III.C).

Auf parlamentarischer Ebene standen OpponentInnen zwei Vorgehensweisen offen: Zum einen intervenierten sympathisierende PolitikerInnen im Gemeinderat mit Postulaten, Motionen, Anfragen, Einzelinitiativen oder Behördeninitiativen, zum anderen wurden Unterschriftensammlungen lanciert. Während die gemeinderätlichen Vorstösse⁵³⁷ in erster Linie das Thema aufs Tapet brachten und erste Abklärung der Sachlage zum Ziel hatten, bezweckten Volksinitiativen eine Volksabstimmung. Über Einzelinitiativen zum Erhalt von Häusergruppen konnte die Stimmbevölkerung nur in Ausnahmefällen abstimmen. Bei gemeinderätlichen Vorstössen wie auch bei Initiativen, die sich gegen Neubauprojekte richteten, fanden sich in der Regel zwei Forderungen: der Kauf der Liegenschaft durch die Stadt⁵³⁸ oder Massnahmen auf der

⁵³³ WoZ Nr. 24, 12.6.1987, S. 6. Unterstützt wird diese Aussage von einem Makler, der im TA zitiert wurde: «Die Behörden überprüfen die Nutzung bloss während der Bauphase. Nachher kommen sie nicht mehr vorbei.» TA, 15.3.1989, S. 17.

⁵³⁴ TA, 15.3.1989, S. 17. Der schon in der vorangehenden Fussnote zitierte Makler: «Sie müssen bloss ein Bett ins Zimmer stellen, dann gilt Ihr Büro als Zweitwohnung.»

⁵³⁵ WoZ Nr. 24, 12.6.1987, S. 6.

⁵³⁶ TA, 6.11.1980, S. 21.

⁵³⁷ Es lässt sich zwischen Postulat, Motion, Interpellation und schriftlicher Anfrage unterscheiden. Das ausführliche Prozedere der einzelnen Vorstösse wird in der Geschäftsordnung des Gemeinderats erklärt. Stadt Zürich (Hrsg.). Geschäftsordnung des Gemeinderats vom 17. November 1999 mit Änderungen bis Februar 2002. S. 25-30. www.stadt-zuerich.ch/kap01/gemeinderat_stzh/

⁵³⁸ Postulat von Rudolf Steiger und Arnold Bachofner für den Kauf der *Aktienhäuser* durch die Stadt Zürich (1977). Volksinitiative für den Erwerb der Häuser an der Augustinergasse durch die Stadt (1985). Motion von Werner Vollenweider zur Übernahme des *Tor zu Aussersihl* durch die Stadt Zürich (1988).

planerischen Ebene⁵³⁹. Während eine aktive städtische Liegenschaftenpolitik von den Bürgerlichen im Gemeinderat jeweils hart bekämpft wurde und nie eine Chance hatte, konnten mittels Gestaltungsplänen immerhin in Einzelfällen Teilerfolge erzielt werden.

Der relativ aufwändige und kostspielige Weg eines Abstimmungskampfes wurde nur bei besonders exponierten Neubauprojekten gewählt.⁵⁴⁰ In manchen Fällen standen diese Initiativen zur Erhaltung von Altbauten nach Ansicht der BefürworterInnen eines Neubaus rechtlich auf schwachen Beinen. Der Gemeinderat bezeichnete beispielsweise die Volksinitiative für einen Gestaltungsplan an der Schmiede Wiedikon des *Vereins Pro Schmiede* als nicht erfüllbar. Mit Ausnahme der ersten Kreuzplatz-Abstimmung blieben alle Vorlagen an der Urne chancenlos. Zumindest im Falle des Stauffachers, des Augustinerquartiers und des Kreuzplatzes erreichte die Forderung nach dem Erhalt der alten Häuser im betroffenen Quartier überdurchschnittlich viele Stimmen oder gar Mehrheiten.⁵⁴¹ Die *POCH* begründete den Misserfolg dieser Initiativen damit, dass nie direkt über die geplanten Neubauprojekte abgestimmt wurde, sondern über relative komplexe und abstrakte Prozesse wie den Erlass von Gestaltungsplänen.⁵⁴² Und doch: auch wenn alle Abstimmungsvorlagen zur Verhinderung der Zerstörung der Altbauten zwischen 1968 und 2005 erfolglos waren, führten sie immerhin zu einer breiten Diskussion in der Bevölkerung zum Thema Wohnraumzerstörung.

Auch Einzelinitiativen besaßen im Gemeinderat nur geringe Erfolgsaussichten und blieben durchs Band wirkungslos. Als einzige kam die *Einzelinitiative Ginsburg*, die den Erhalt des *Tor zu Aussersihl* verlangte, zur Abstimmung, hatte aber bei der Stimmbevölkerung keine Chance. Die Einzelinitiative von Peter Gygax für den Erlass eines Gestaltungsplanes am Tessinerplatz kam nicht zur Abstimmung, weil sie zur Zeit der Einreichung nicht mehr erfüllbar war. Einen beschränkten Erfolg erzielten die Einzelinitiativen für einen Gestaltungsplan im Fierzquartier beziehungsweise im inneren Seefeld. Der Gemeinderat lehnte zwar beide Einzelinitiativen ab, die Fierzhäuser wurden aber als Kernzone im Rahmen des *PBG* unter Schutz gestellt und das innere Seefeld in der neuen *BZO* als viergeschossige Wohnzone aufgenommen, womit zumindest ein Teil der Forderungen erfüllt werden konnte.

⁵³⁹ Einzelinitiative von René Oswald für den Erlass eines Gestaltungsplanes und die Eröffnung eines Fonds für Sanierungen im Fierzquartier (1979). Volksinitiative für einen Gestaltungsplan an der Schmiede Wiedikon (1981). Einzelinitiative von Peter W. Gygax für den Erlass eines Gestaltungsplanes am Tessinerplatz (1981). Einzelinitiative von Theo Ginsburg für den Erlass eines Gestaltungsplanes oder einer Kernzone am Stauffacher (1982). Motion von Robert Neukomm zur Rückverlegung der Baulinie bei der *Grünen Oase* im Kreis 7 (1988). Einzelinitiative von Rezio Blass für einen Gestaltungsplan im inneren Seefeld (1988). Referendum gegen den privaten Gestaltungsplan Kreuzplatz (1998). Volksinitiative *Rettet den Kreuzplatz* (2001).

⁵⁴⁰ Stauffacher, Schmiede Wiedikon, Augustinergasse und Kreuzplatz.

⁵⁴¹ So wurde die *Einzelinitiative Ginsburg* im Kreis 4 angenommen. Die Volksinitiative zur Erhaltung der *Augustinerhäuser* erhielt abgesehen vom linken Kreis 5 nirgends so viele Stimmen wie im betroffenen Kreis 1 (ganze Stadt: 30,6 Prozent, Kreis 1: 44,5 Prozent, Kreis 4: 40,3 Prozent, Kreis 5: 48,8 Prozent). Die betroffenen Häuser standen – abgesehen vom Kreuzplatz – aber auch in 'linken' Quartieren (vielleicht lag darin gerade der Erfolg des Referendums 1998 gegen den geplanten Abbruch am Kreuzplatz).

4. Mieterschutz

Wie die meisten europäischen Länder sah sich auch die Schweiz während dem Zweiten Weltkrieg gezwungen, die MieterInnen zu schützen. Das so genannte *Mietnotrecht* überwachte die Mietpreiserhöhungen in den vor dem Krieg erbauten Häusern. In der Nachkriegszeit wurde die staatliche Mietzinsüberwachung und der Kündigungsschutz bis zum Jahre 1970 sukzessive abgebaut. Mit dem Argument, die Preisdifferenz zwischen Alt- und Neuwohnungen sei unsozial und ungerecht, hob das Parlament das *Mietnotrecht* 1970 gegen den Widerstand der Linken auf und überliess den schweizerischen Wohnungsmarkt gänzlich dem freien Wettbewerb. Das Versprechen der Regierung, wonach Altwohnungen zwar teurer, die Neuwohnungen aber im Gegenzug günstiger würden, konnte in der Folge nicht eingehalten werden. Die Konsequenz waren zum Teil ungezügelter Mietzinserhöhungen und eine rasant steigende Zahl von Missbräuchen, in einer auf dem Wohnungsmarkt ohnehin schon angeheizten Stimmung. Zwischen 1950 und 1975 stieg der Index der Mietzinse um 168 Prozent an, der Konsumentenpreisindex dagegen im gleichen Zeitraum nur um 99 Prozent.⁵⁴³ Der Tages-Anzeiger bezeichnete das Wohnen 1971 sogar als sozialpolitischen Zündstoff Nummer 1: «Mieter gehen auf die Strasse. Der Gedanke an eine eigene Partei liegt in der Luft. Hauseigentümer schrecken zurück, und einige überlegen, ob sie sich bei so viel Feindschaft überhaupt noch in neuen Projekten engagieren sollen.»⁵⁴⁴ Neben dem Abbruchfieber, welches in Städten wie Zürich vor dem 1971 verfügten *Abbruch- und Baustopp* herrschte, und den grossen Differenzen bei den Mieten dürfte besonders der fehlende Schutz der MieterInnen zum Unmut beigetragen haben. In Anbetracht dieser unhaltbaren Zustände sah sich das Parlament dazu veranlasst Anfang 1972 – kaum zwei Jahre nach der Aufhebung des *Mietnotrechts* – auf dem Dringlichkeitsweg einen *Bundesbeschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen (BMM)* zu erlassen. Dieser Beschluss basierte auf einer am 5.3.1972 vom Volk angenommenen Bestimmung zum Schutze der MieterInnen vor missbräuchlichen Mietzinsen und trat im Juli 1972 in Kraft. Schon bei seiner Einsetzung 1972 wurde der *BMM* verschiedentlich als ungenügend bezeichnet. Zum einen galt der *BMM* nur für Gemeinden mit starker Wohnungsnot – etwa die Stadt Zürich –, zum anderen konnte der Bundesbeschluss spekulative Auswüchse nicht verhindern, da er neben Ansätzen zur Kostenmiete (die MieterInnen decken die entstehenden Kosten) weitgehende Konzessionen an die markt- beziehungsweise Vergleichsmiete (die Mietzinsgestaltung orientiert sich an den durchschnittlich auf dem freien Markt erzielbaren Mietzinsen) machte. «[...] selbst bei einer dem Mieter günstig gesinnten Anwendung darf man keine Wunder erwarten: der neue

⁵⁴² POCH Zürich 1986, S. 18.

⁵⁴³ Leserzeitung Nr. 61, 30.8.1977, S. 4.

⁵⁴⁴ TA, 14.8.1971, S. 47.

Bundesbeschluss wird lediglich die allerkrassesten Missbräuche zum Verschwinden bringen. Gegen die 'normalen Missbräuche' stellt er kaum eine Waffe dar, werden doch die Quartier- und ortsüblichen Mietzinse als zulässig erklärt.»⁵⁴⁵ Weiter fehlte in der Schweiz im Gegensatz zu den Nachbarstaaten weiterhin echte Sicherheit vor ungerechtfertigten Kündigungen und ebenso ein Schutz vor unangemessenen Mietzinserhöhungen.⁵⁴⁶

Besonders linke Kreise versuchten in der Folge die gesetzlichen Vorschriften zugunsten von MieterInnen wieder zu verbessern. Im Kanton Zürich gelangte schon 1974 eine *PdA-Initiative für die Wiedereinführung des Mieterschutzes* vors Volk, die überraschenderweise angenommen wurde. Der Kanton musste daraufhin eine Standesinitiative einreichen, die vom Bund die Wiedereinführung des Mietnotrechts verlangte – was im Parlament aber aussichtslos blieb. Der Vorstoss machte immerhin deutlich, «dass die Wohnsituation Schweiz keine weiteren Belastungen mehr erträgt».⁵⁴⁷ Der Abstimmungsentscheid im Kanton Zürich verdeutlichte, dass die 1973 durch das *Mouvement Populaire des Familles* eingereichte eidgenössische Initiative *Für einen wirksamen Mieterschutz* durchaus Chancen besass. Unter diesem Druck erarbeitete der Bundesrat einen Gegenvorschlag zur Initiative, so dass 1977 bei der Abstimmung zwei Vorlagen zur Auswahl standen. Da man zu diesem Zeitpunkt noch nicht zweimal Ja stimmen konnte, spalteten sich die BefürworterInnen einer Revision in zwei Lager, beide Entwürfe wurden in der Folge verworfen. Mehr Erfolg hatte die kantonale *Volksinitiative für verbesserten Rechtsschutz in Mietstreitigkeiten*, die im März 1978 angenommen wurde, am Rechtsschutz an sich aber nichts änderte und lediglich die Zuständigkeit der Gerichte betraf.⁵⁴⁸

Aufgrund der gesamtschweizerisch noch immer mangelhaften Mieterrechte sammelte der *Mieterverband* 1981/82 Unterschriften für eine weitere Volksinitiative, die er im Mai 1982 einreichte. Der Kündigungsschutz und der Schutz vor unangemessenen Mietzinserhöhungen waren die zwei zentralen Anliegen der *Mieterschutz-Initiative*.⁵⁴⁹ Die eidgenössischen Räte arbeiteten wiederum einen Gegenvorschlag zur Initiative des *Mieterverbands* aus, worauf dieser seine Initiative zurückzog, «weil das absurde Abstimmungsverfahren mit der blossen Möglichkeit zu zwei Nein, aber nicht zu zwei Ja die Reformwilligen in zwei Lager spaltete».⁵⁵⁰ Der Unterschied der zwei Vorlagen lag darin, dass der Gegenvorschlag nur den Kündigungsschutz anbelangte. Den VertreterInnen des *Mieterverbands* schien das Risiko, ein zweites Mal alles zu verlieren, zu gross und sie arrangierten sich mit dem Bundesbeschluss. «Wenn auch im Gegenvorschlag nicht alle

⁵⁴⁵ Volksrecht, 3.5.1972.

⁵⁴⁶ AGÖP 1984, S. 69. Mieter-Zeitung, November 1985, S. 2.

⁵⁴⁷ Tat Nr. 66, 19.3.1974, S. 6.

⁵⁴⁸ Die Initiative verlangte, dass grundsätzlich alle Streitigkeiten zwischen MieterInnen und VermieterInnen von dem Mietgericht beurteilt werden. Zuvor waren je nach Streitfall eine andere Instanz zuständig: das Mietgericht, der Einzelrichter im summarischen Verfahren, der Friedensrichter, ein im Mietvertrag vorgesehene Schiedsgericht oder das Bezirksgericht. TA, 29.3.1978, S. 21.

⁵⁴⁹ Mieter-Zeitung, November 1985, S. 2.

unsere Anliegen miteinbezogen wurden, kann man doch von einem halbwegs guten Vorschlag sprechen.»⁵⁵¹ Am 7.12.1986 wurde der Gegenvorschlag klar angenommen. Die Lobby des *Hauseigentümerversbands (HEV)* konnte das Gesetz in der folgenden Debatte im Parlament aber noch entschärfen.⁵⁵² Im schwierigen Bestreben die Missbräuchlichkeit zu definieren führten die eidgenössischen Räte eine aus Mietersicht problematische Mischform aus Marktmiete und Kostenmiete ein. Am 1.7.1990 trat das neue Mietrecht in Kraft, wodurch sich die Situation für die MieterInnen verbesserte.

Seit 1993 versucht die Immobilienlobby im National- und Ständerat den Mieterschutz mit Verordnungs- und Verfassungsänderungen wieder aufzuweichen. Der *Mieterverband* seinerseits lancierte auf nationaler wie kantonaler Ebene mehrere Initiativen um die 'Mängel' des Gegenvorschlags – insbesondere den fehlenden Schutz gegen ungerechtfertigte Mietzinserhöhungen beim Mieterwechsel – zu beheben. Auf nationaler Ebene reichte der *MV* 1996 die Initiative *Ja zu fairen Mieten* ein, die am 18.5.2003 deutlich abgelehnt wurde. Die Lancierung der Volksinitiative löste im eidgenössischen Parlament eine Debatte um eine erneute Mietrechtsrevision aus, die sich über viele Jahre hinzog und stark von einem Seilziehen zwischen VertreterInnen des *Mieterverbands* und des *Hauseigentümerversbands* geprägt war. Am Ende konnte sich der *HEV* durchsetzen, worauf der *MV* das Referendum ergriff und sich im Februar 2004 eine deutliche Mehrheit gegen das neue Mietrecht aussprach.

Auch im Kanton Zürich war der *MV* in den 90er Jahren sehr erfolgreich. Eine kantonale Initiative gegen die Steuerprivilegien der EigentümerInnen wurde 1992 knapp abgelehnt.⁵⁵³ 1994 nahm die Stimmbevölkerung zwar eine Initiative an, welche die Vermietenden dazu verpflichtete, «jeweils bei Neuvermietungen auf dem (heute schon bei Mietzinserhöhungen verwendeten) amtlichen Formular die Höhe der Vormiete bekannt zu geben und allfällige Erhöhungen zu begründen.»⁵⁵⁴, diese so genannte Formularpflicht wurde im Februar 2003 aber wieder abgeschafft.

Die zum Teil deutliche Ablehnung von mieterfreundlichen Vorlagen steht im Widerspruch dazu, dass in der Schweiz mehr als zwei Drittel aller EinwohnerInnen in einem Mietverhältnis leben (69 Prozent), im Kanton Zürich sogar 80 und in der Stadt Zürich 94 Prozent.⁵⁵⁵ So würde ein besseres Abschneiden mieterfreundlicher Vorlagen logisch erscheinen. Die Realität sieht aber anders aus und dafür finden sich verschiedene Gründe. Bei den effektiv Stimmberechtigten beziehungsweise Stimmenden ist die Zahl der MieterInnen deutlich geringer. Einerseits sind ein grosser Teil der MieterInnen nicht wahlberechtigte AusländerInnen, andererseits unterscheidet

⁵⁵⁰ Mieter-Zeitung, Juni 1986, S. 1.

⁵⁵¹ Mieter-Zeitung, Oktober 1986, S. 2.

⁵⁵² 21i Nr. 8, 22.6.1988, S. 4.

⁵⁵³ Mieten & Wohnen, September 1992, S. 15.

⁵⁵⁴ Mieten & Wohnen, März 1994, S. 5.

⁵⁵⁵ Mieten & Wohnen, Juli 2003, S. 6.

sich die Stimmbeteiligung je nach sozialer Stellung: «Bei Selbständigerwerbenden, leitenden Angestellten und Beamten sowie Familien liegt die Stimmbeteiligung markant höher als bei allein Stehenden, Verwitweten und Geschiedenen. In der ersten Gruppe dominieren die EigentümerInnen, in der zweiten die MieterInnen.»⁵⁵⁶ Daneben haben es Volksinitiativen allgemein schwer und der *HEV* verfügt über eine deutlich besser bestückte 'Kriegskasse' als der *MV* und die linken Parteien. Zudem waren die Initiativen zum Teil auch inhaltlich kompliziert und – aufgrund der Langwierigkeit direktdemokratischer Prozesse – bis zur Abstimmung nicht mehr ganz zeitgemäss. Trotz der zwiespältigen Bilanz konnte das Mietergesetz seit der Ausserkraftsetzung des *Mietnotrechts* von 1971 wieder verschärft werden – die Mietenden haben mit dem *MV* eine starke Lobby, welche in mietpolitischen Debatten dem *HEV* durchaus die Stange halten kann.

5. Städtische Liegenschaftenpolitik

Volksinitiativen oder Vorstösse im Gemeinderat hatten wesentlich mehr Einfluss auf die städtische Liegenschaftenpolitik als Massnahmen auf dem privaten Wohnungsmarkt. Speziell während Phasen grosser Wohnungsnot gelang es den stadt- und wohnpolitischen Bewegungen mehrfach die Stadt dazu zu bewegen die Situation mittels einer aktiven Liegenschaftenpolitik etwas zu entschärfen. Da diese Massnahmen aber zumeist längerfristig angelegt waren und der Anteil des kommunalen Wohnungsbaus am gesamten Angebot nur rund 7 Prozent ausmachte, konnte die Wohnungsnot nur geringfügig gelindert werden.

Ziel der städtischen Liegenschaftenpolitik ist seit Beginn der kommunalen Wohnbauförderung die Schliessung von Lücken im Wohnungsangebot (vgl. I.E.2a).⁵⁵⁷ Dass dies nur beschränkt gelang, liegt unter anderem an der konservativen Liegenschaftenpolitik des Stadtrats, welche seit Mitte der 70er Jahren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis heute Bestand hat. Damals erfolgte ein Richtungswechsel in der kommunalen Wohnbaupolitik. Zu Beginn der siebziger Jahre, als der Ruf nach Wohnraum durch die Wohnungsnot besonders gross war, wurden drei wenig umstrittene Vorlagen zur Erstellung von städtischen Wohnungen angenommen; der Bau von kommunalen Siedlungen und das Engagement der Stadt auf dem Liegenschaftensmarkt gab damals noch wenig Anlass zu Debatten.⁵⁵⁸ In der zweiten Hälfte der 70er Jahre hatten es Wohnungsbauvorlagen dagegen schon schwerer, nun setzten sich nur noch linke Kreise für eine aktive Wohnbaupolitik ein. Während eine von der *SVP* und der *NA* bekämpfte *SP*-Initiative für eine Wohnüberbauung auf dem Tramdepotareal im Kreis 8 1976 noch angenommen wurde, scheiterten 1977 eine *LdU*-Initiative für eine Überbauung auf dem Kanzleiareal und eine weitere *Volksinitiative für neuen*

⁵⁵⁶ Mieten & Wohnen, November 1992, S. 10.

⁵⁵⁷ Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 13.

⁵⁵⁸ Würzgraben (1968), Opfikerstrasse (1968), Hardau (1972).

Wohnraum im Kreis 3 der SP relativ deutlich.⁵⁵⁹ Das Ziel der Bürgerlichen und des Stadtrats war es nun vielmehr mittels Baurechtsverträgen Genossenschaften und privaten Bauherren zu ermöglichen Wohnraum zu schaffen. Bereits 1974 und 1976 wehrten sich die SP beziehungsweise der *Einwohnerverein Altstadt links der Limmat* erfolgreich gegen zwei Tauschgeschäfte von städtischen Liegenschaften. Die von der POCH bekämpfte Wohnsiedlung Grossackerstrasse für den gehobenen Mittelstand – die SP entschied sich für Stimmfreigabe – konnte dagegen im Februar 1979 nicht verhindert werden.

Im November 1980 entschied der Stadtrat definitiv den kommunalen Wohnungsbau zugunsten des genossenschaftlichen einzuschränken, nach 1983 kam der städtische Wohnungsbau praktisch zum Erliegen.⁵⁶⁰ Zusätzlich verstärkte der Stadtrat ab den 80er Jahren die Anstrengungen mittels der Wohnungspolitik gute SteuerzahlerInnen in die Stadt zu locken. In verschiedenen Fällen konnten Abbrüche oder luxuriöse Renovationen städtischer Siedlungen nur durch den Protest der BewohnerInnen verhindert werden (zum Widerstand gegen die Renovationen der städtischen Siedlungen vgl. III.C.3a). Zusätzlich verkaufte die Stadt zahlreiche Liegenschaften zu teils unüblich tiefen Preisen.⁵⁶¹ Der hartnäckige Widerstand von Mietergruppen – zum Teil auch mit den Mitteln der direkten Demokratie – vermochte diese Politik stellenweise bremsen.

Als die Wohnungsnot Ende der achtziger Jahre immer schlimmere Ausmasse annahm und der Druck der Strasse wuchs, änderte die Stadt kurzfristig ihre Liegenschaftenpolitik. «Die Stadt Zürich, seit 1980 Verkäuferin von Grundstücken und Liegenschaften, beginnt eine aktivere Liegenschaftenpolitik zu betreiben und kauft zwischen Mai und Oktober Wohnhäuser mit insgesamt 170 Wohnungen.»⁵⁶² 1990 stimmte eine knappe Mehrheit für den städtischen *100-Millionen-Kredit für eine aktive Liegenschaftenpolitik*. Die aktivere Wohnungspolitik Ende der achtziger Jahre war eine Reaktion auf die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt und das Ergebnis verschiedener linker Vorstösse im Gemeinderat.⁵⁶³ Trotz des Regierungswechsels von 1990 blieb das Engagement der Regierung nur von kurzer Dauer. Der städtische Wohnungsbau stand auch in den 90er Jahren nie gross zur Debatte. Mit dem 1998 lancierten Legislaturziel

⁵⁵⁹ Die 1975 zustande gekommene sozialdemokratische *Kalkbreite-Initiative* verlangte, dass auf dem der Stadt gehörenden Areal des Tramdepots Kalkbreite kommunale und genossenschaftliche Wohnungen und lediglich der Versorgung des Quartiers dienende industrielle, gewerbliche und Dienstleistungsbetriebe realisiert werden sollen. Der Vorstoss wurde 1976 zwar vom Gemeinderat angenommen, darauf aber bis heute auf die lange Bank geschoben.

⁵⁶⁰ In den 80er und 90er Jahren kamen keine weiteren Vorlagen über städtische Bauvorhaben vors Volk, dafür fünf Abstimmungen zu Baurechtsverträgen: umstritten waren eine geplante Luxusüberbauung in Altstetten der *ABZ* an deren Stelle günstiger Wohnraum abgerissen wurde und der Baurechtsvertrag mit der *Genossenschaft Karthago*, ebenfalls in Altstetten (vgl. Exkurs I). Die Linke verlor beide Vorlagen relativ knapp. Ein linker Abstimmungserfolg konnte dagegen mit der Volksinitiative *Pro Patumbah* erzielt werden, welche den Bau von Alterswohnungen für den Mittelstand in einem Drittel des Patumbah-Parks verhinderte.

⁵⁶¹ Volksrecht, 14.5.1984. Volksrecht, 5.3.1982.

⁵⁶² WoZ Nr. 51/52, 22.12.1989, S. 33.

10'000 Wohnungen in 10 Jahren unterstützte der rot-grüne Stadtrat eine Liegenschaftenpolitik, die darauf angelegt war steuerkräftige EinwohnerInnen nach Zürich zu locken. An der Urne stand die wirtschaftsorientierte liberale Wohnungspolitik bis 2005 nie mehr zur Debatte; 2005 wurde lediglich über ein Referendum der AL und des *Mieterverbands* über die Verlängerung der Baurechtsverträge zweier Wohnhochhäuser mit Nebengebäuden am Letzigraben abgestimmt. Es hätte bessere Gelegenheiten für eine Grundsatzdebatte über die stadträtliche Stadtentwicklungs- oder Liegenschaftenpolitik gegeben, aus wahlkampftechnischen Gründen (Gemeinderatswahlen im Februar 2006) jedoch ergriff die AL das Referendum gegen die Baurechtsverträge am Letzigraben. Doch das Komitee *Für günstige Mieten. Nein zur Spekulation auf städtischem Boden* erwies sich als Flop, die Abstimmung ging mit mehr als zweit Dritteln Ja-Stimmen verloren. Zum einen bewegte der Baurechtsvertrag die Gemüter nur wenig, zum anderen war die Vorlage technokratisch und deshalb nur schwer vermittelbar; zusätzlich enthielt sich die SP der Stimme, da sie sich im Gemeinderat an einen Kompromiss gebunden fühlte und im Nachhinein nicht als Wortbrecherin gelten wollten.

Exkurs IV: Volksinitiative Recht auf Wohnung

Abstimmungen zur Wohnbauförderung waren eine Seltenheit. Anfang der siebziger Jahre kamen jedoch gleich drei Vorlagen zu diesem Thema vors Volk: die Initiative *Recht auf Wohnung*, die *Denner-Initiative* zur Bildung eines Wohnbaufonds und die Bewilligung eines Kredits für die zusätzliche Förderung des Wohneigentums im Kanton Zürich. Während letztere beide mehr oder weniger unumstritten waren, löste die vom *Mouvement Populaire des Familles* lancierte Initiative *Recht auf Wohnung* äusserst heftige Debatten aus. Die Initiative wollte dem Bund die Aufgabe übertragen, in Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden für eine ausreichende Wohnungsproduktion zu sorgen, sprich die Verbreitung des Haus- und Wohnungseigentums in den unteren und mittleren Einkommenschichten zu fördern. Die anfänglich als aussichtslos taxierte Initiative brachte die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der prekären Situation auf dem Wohnungsmarkt zum Ausdruck und rückte ein latentes Problem ins öffentliche Bewusstsein. Wie wenige andere Abstimmungen mobilisierte *Recht auf Wohnung* breite Massen von MieterInnen und förderte die Diskussionen über die Wohnungsfrage auch in ausserparlamentarischen Kreisen, wobei der Mobilisierung der Mieterschaft eine wichtige Rolle zukam – speziell bei den Avantgardegruppierungen. «Vor uns allen steht die unmittelbare Aufgabe, die im Volksbegehren für das Recht auf Wohnung angelegte antikapitalistische Bewusstseinsbildung propagandistisch und agitatorisch möglichst breit voranzutreiben.»⁵⁶⁴ Auf der anderen Seite torpedierten bürgerliche PolitikerInnen die Vorlage aussergewöhnlich heftig.

⁵⁶³ Allein am 20.9.1989 behandelte der Gemeinderat 30 Vorstösse zum Thema Wohnen.

Nationalrat Walter Raissig behauptete, hinter der Initiative stünden KommunistInnen, es handle sich um einen subversiven Akt gegen die Freiheit der Schweiz.⁵⁶⁵ Und in der Presse machten grosse Inserate Stimmung gegen 'Zwangswirtschaft im Wohnungswesen' und die 'Vetterliwirtschaft' der 'Wohnungsvögte'.

Die Initiative wurde schliesslich am 27.9.1970 äusserst knapp abgelehnt. Neben dem Meinungsgefälle zwischen der Romandie und Deutschschweiz fiel vor allem ein grosser Graben zwischen städtischen und ländlichen Gebiete auf. Während *Recht auf Wohnung* in den Agglomerationen klare Mehrheiten erlangte, war die Ablehnung auf dem Lande umso deutlicher – die Drohung einer Zwangswirtschaft dürfte hier mehr verfangen haben. Dass die Initiative keine Mehrheit fand, war aber schlussendlich darauf zurückzuführen, dass der Bund mit dem Erlass eines *Bundesbeschlusses über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen* eine Besserung der kritischen Situation auf dem Wohnungsmarkt in Aussicht stellte und dem Volksbegehren dadurch in letzter Minute den Wind aus den Segeln nahm.⁵⁶⁶

⁵⁶⁴ Zeitdienst. Sondernummer zur Volksabstimmung vom 27. September 1970, 1.9.1970, S. 4.

⁵⁶⁵ Zürcher AZ Nr. 177, 4.8.1970, S. 1. Zeitdienst. Sondernummer zur Volksabstimmung vom 27. September 1970, 1.9.1970, S. 3.

⁵⁶⁶ TA, 28.9.1970.

B. Quartierarbeit

Im Laufe der siebziger und achtziger Jahre entwickelten sich ganz unterschiedliche Quartiergruppen. Die Avantgardegruppen der frühen 70er Jahre beabsichtigten die Mobilisierung der Bevölkerung für den Klassenkampf; die Ende der 70er Jahre stark aufkommenden Bürgerinitiativen (BI) richteten sich dagegen als Selbsthilfeaktionen gegen die Zerstörung von Quartierstrukturen. Während erstere nur kurze Zeit aktiv waren und wenig erreichten, erzielten letztere verschiedentlich Erfolge und bestehen – trotz einem starken Rückgang der Aktivitäten im Laufe der 80er Jahre – bis heute weiter.

1. Mobilisierung der Quartierbevölkerung

Anfangs der 70er Jahre entstanden diverse 'revolutionäre' Quartiergruppen, die im Rahmen des Klassenkampfes politische Arbeit in den Quartieren betrieben.⁵⁶⁷ Es waren dies zum einen die ouvrieristischen AvantgardistInnen aus den Zellen der *Kommunistischen Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten (KPS/ML)*, der *Revolutionären Leninisten-Marxisten (RLM)* und der *Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ)*, zum anderen die antiautoritären Spontis (*Gruppe Klassenkampf*, *Rote Hilfe* und *Rote Steine*), die manchmal auch Autonome genannt wurden (vgl. I.D.2). Während sich die OuvrieristInnen vor allem um die Mobilisierung der ArbeiterInnen und MieterInnen bemühten, sahen die Spontis in den Randgruppen ein revolutionäres Potential – sie betrachteten deshalb die Gründung von Jugendzentren als zentral (vgl. *Hegibach*-Besetzung im Kapitel III.D.1.a). Die beiden Linien unterschieden sich in ihren Inhalten und Strategien deutlich und rivalisierten auch untereinander. Trotzdem war die Vorgehensweise bei der Quartierarbeit gar nicht derart verschieden – zudem gab es auch zwischen den verschiedenen ouvrieristischen Quartiergruppen Konkurrenz und Differenzen.⁵⁶⁸ Der Unterschied zwischen den beiden Hauptströmungen lag vorwiegend in den unterschiedlichen Avantgarden (ArbeiterInnen/MieterInnen respektive Jugendliche aus den Randgruppen).

Die Sponti-Szene begann sich nach der Räumung der Venedigstrasse und der Schliessung des Jugendzentrums *Bunker* 1971 mit der Quartierarbeit zu beschäftigen. Es muss «unsere Aufgabe sein, zusammenzubleiben und den regelmässigen Kontakt zwischen uns zu sichern, um unsere Kräfte nicht zu zersplittern. Das ist möglich, wenn sich alle in den Quartiergruppen organisieren. Von diesen Quartiergruppen aus wird es uns auch gelingen, den Kontakt mit bisher noch nicht mobilisierten Jugendgruppen in den Quartieren herzustellen.»⁵⁶⁹ Höhepunkt und gleichzeitig auch Schlusspunkt bildete dabei die Besetzung der Häuser am *Hegibach* (vgl. III.D.1a).

⁵⁶⁷ Die Trennung zwischen den Quartier- und Mieterkämpfen ist in der ersten Hälfte der 70er Jahre fliessend. Da das Ziel der Avantgardegruppen aber in erster Linie die Mobilisierung der Quartierbevölkerung war, wird dieses Phänomen im Kapitel 'Quartierarbeit' behandelt.

⁵⁶⁸ Wisler 1996, S. 76-78

⁵⁶⁹ ARB-Komitee 1971.

Unter den ouvrieristischen Organisationen thematisierte die *KPS/ML* als erste die stadt- und wohnpolitischen Missstände in den Quartieren und gründete nach 1972 eine Vielzahl von Quartiergruppen, die sich als Teil der Arbeiterbewegung und des weltweiten Kampfes gegen das kapitalistische System sahen. «Der Mieterkampf muss sich deshalb nach dem politischen Ziel des Klassenkampfes richten: Die Erlangung der Macht für das Proletariat.»⁵⁷⁰ Durch die frühen Aktivitäten besass die *KPS/ML* unter den ouvrieristischen Gruppen lange Zeit eine Art Monopol auf Quartierkämpfe. Die Erfolge blieben jedoch rar, denn die Quartiergruppen blieben oft isoliert. Fanden sich in der *KPS/ML-Zeitung* von Oktober bis Ende 1974 noch regelmässig Berichte zu den Mieterkämpfen, so sucht man diese nachher vergeblich. Andere ouvrieristische Organisationen wie die *KPS*⁵⁷¹ und die *RAZ* taten sich schwerer mit der Mobilisierung der Quartierbevölkerung und beschränkten sich lange Zeit auf eine beobachtende Rolle. Dabei kritisierte die *RAZ* mehrfach die Vorgehensweise anderer Gruppen, namentlich die Linie der *KPS/ML*⁵⁷² und die Sponti-Besetzung am *Hegibach* (vgl. III.D.1a). Die Organisation des Mieterbereichs der *RAZ* wurde mehrfach neu strukturiert und widerspiegelte die Unschlüssigkeit innerhalb der Gruppe.⁵⁷³ Hauptgrund für die fehlende Konstanz dürften die ausbleibenden Erfolge gewesen sein; es gelang kaum MieterInnen in die Quartiergruppen zu integrieren (mehr dazu weiter unten).

Ziel der meisten Quartiergruppen der siebziger Jahre war die Politisierung der Quartierbevölkerung. Die direkte Verbesserung der wohn- respektive verkehrspolitischen Lebenssituation war eher sekundär. So erklärte ein Mitglied einer Avantgardequartiergruppe im Rückblick: «Ich versuchte zuerst im Kreis 7, wo ich wohnte, etwas zu machen, aber der Zürichberg ist natürlich ein steiniges Pflaster, wir kamen da nicht weiter. Wir – ein paar Studenten – beschlossen dann, es sei politisch sinnvoller, den Quartierkampf in ein Arbeiterquartier zu tragen. Das Ganze war ein totaler Reissbrettentscheid: Erste Bedingung, es muss ein proletarisches Quartier sein, zweite Bedingung, es müssen klare Widersprüche vorhanden sein, die sich gut aufdecken lassen, um die Quartierbewohner zu mobilisieren. [...] Dass die Schweiz ein Klassenstaat ist, dass es Unterdrückung und Ausbeutung gibt, dass der Kampf dagegen notwendig und auch möglich ist – das erkennen die Leute nur dort, wo sie selber konkret betroffen sind, zunächst mal im Betrieb, aber auch im Quartier, wo sie wohnen. Also machten wir uns auf

⁵⁷⁰ Oktober Nr. 44, Oktober 1971, S. 3.

⁵⁷¹ Es finden sich nur ganz vereinzelt Hinweise, dass sich die *KPS* in den Quartierkämpfen engagierte. Lediglich in einer Stellungnahme distanzierte sie sich vom Vorgehen der *Quartiergruppe Wiedikon/Aussersihl*. Dabei würden die MieterInnen in eine passive Statistenrolle gedrängt und lediglich Blockadeaktionen als Aktionsform toleriert. Rote Fahne Nr. 12, 1975, S. 3.

⁵⁷² Die *RAZ* kritisierte unter anderem, dass die *KPS/ML* eine extrem 'proletische' Propaganda gebrauchte und so genannte Arbeiterquartiere erfand, wie sie in der Realität gar nicht mehr existierten. Revolutionäre Politik Nr. 4, Mai 1974, S. 6.

⁵⁷³ Internes Informationsbulletin Nr. 88, 8.11.1972. Internes Informationsbulletin Nr. 169, 28.6.1974. Internes Informationsbulletin Nr. 188, 1.11.1974. Internes Informationsbulletin Nr. 191, 22.11.1974.

die Suche nach dem geeigneten Quartier. Es ging uns eigentlich gar nicht darum, in diesem Quartier konkret etwas zu verändern, sondern wir wollten anhand der Zerstörung dieses Quartiers aufzeigen, dass es nötig ist, gegen das kapitalistische System zu kämpfen. Ich weiss noch, wir hatten den Stadtplan vor uns und überlegten, welches Quartier in Frage kommt. Damals wurde in Wipkingen gerade die Westtangente gebaut, eine Expressstrasse mitten durchs Quartier, heute die verkehrsreichste Strasse der Schweiz – das war genau, was wir suchten: ein Arbeiterquartier und eine massive Quartierzerstörung, die in vollem Gange ist.»⁵⁷⁴ Trotz dieser deutlichen Worte muss davon ausgegangen werden, dass eine gegenseitige Wechselwirkung zwischen klassenkämpferischen und quartierpolitischen Anliegen bestand. Die ersten Mieterkämpfe an der Venedigstrasse und an der Hellmutstrasse (Protest gegen das Zentrum der *PTT*) hatten einigen Einfluss auf die 1971/72 einsetzende Thematisierung der Wohnproblematik von Seiten der politischen Bewegungen. Probleme wie Planungsfragen, Wohnungsnot oder der zunehmende Verkehr bildeten die Ausgangslage für die Quartierkämpfe. Diese authentischen Hintergründe wurden von den Avantgardegruppen aber schnell instrumentalisiert und manipuliert. So unterschiedlich die Motivation bei den einzelnen QuartierkämpferInnen war, insgesamt überwogen wohl die im obigen Zitat angesprochenen Punkte. Es verwundert daher nicht, dass die 'revolutionären' Quartierorganisationen vorwiegend entlang des Ypsilons entstanden: Gebiete mit einem hohen Anteil von ArbeiterInnen oder starken städtebaulichen Veränderungen. Der Öffentlichkeitsarbeit kam in diesem Umfeld eine zentrale Bedeutung zu: Zur Information der MieterInnen produzierten die Quartiergruppen in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine Fülle von Quartierzeitungen, die sich in Art und Inhalt mehr oder weniger glichen (vgl. Bibliographie). Um gegenüber der Nachbarschaft Offenheit zu demonstrieren, wurden regelmässig Vollversammlungen (VV) organisiert. Des Weiteren führten die Quartiergruppen zeitaufwändige Mieterbefragungen durch, bei denen sie von Wohnung zu Wohnung zogen und die BewohnerInnen über ihre Probleme ausfragten, um in ihren Kampagnen möglichst gut auf die Anliegen der Bevölkerung eingehen und so deren Unterstützung gewinnen zu können.

Sowohl bei den ouvrieristischen Avantgardeorganisationen als auch bei den autonomen Gruppen konnte die Quartierarbeit kaum mit den revolutionären Zielen in Einklang gebracht werden. Die Mobilisierung stiess von Anfang an auf diverse Widerstände. Die Mehrheit der MieterInnen war zwar durch die Entwicklungen in ihren Quartieren beunruhigt, doch die wenigsten von ihnen wollten sich aktiv in den Quartiergruppen verpflichten. Viele wurden durch die klassenkämpferische Sprache abgeschreckt, wobei die *KPS/ML* unübertroffen blieb und über ganze Abschnitte hinweg in jedem Satz das Wort 'Kapitalisten' unterbrachte. Der Unterschied zwischen Kadern und Basis war sowohl bei den OuvrieristInnen als auch bei den Spontis grösser,

⁵⁷⁴ Lindt 1981, S. 16f.

als sie es wahr haben mochten. So standen den 'RevolutionärInnen' an den VVs jeweils ein paar QuartierbewohnerInnen gegenüber, welche zum Teil als Unwissende behandelt wurden («Sie haben ja recht, aber...»). Sowohl in den Vorbereitungsgruppen als auch an den Vollversammlungen hatten immer die gleichen das Ruder in der Hand. «Es gelang nicht, die Quartierarbeit auf eine breite Basis zu stellen, d.h. man arbeitete vor allem mit den 10 gewonnenen Mietern. Es entstand somit eine Kluft zwischen den Aktivisten und den übrigen Quartierbewohnern.»⁵⁷⁵ Die diversen Manifestationen zur Mobilisierung der Quartierbevölkerung erzielten nur bescheidene Erfolge; die Infoveranstaltungen waren oft schlecht besucht. Ein Mitglied des breit abgestützten *Komitees gegen die Hardplatz-Vorlage* über die so genannten 'AgitatorInnen' einer Avantgardeorganisation folgendermassen: «Sie pflegten an Türen zu läuten, hinter denen sie Arbeiter vermuteten, 'echte' Werktätige, die ihrem Erwerb in einer Fabrik nachgingen. [...] Ihr Ziel war es offenbar, eindruckliche Demonstrationen zu organisieren. Ich erfuhr auch, dass einzelne dieser Figuren versuchten, besonders verärgerte Anwohner aufzuspüren, um diese dazu zu bringen, sich mit dem Gewehr auf der Strasse zu zeigen.»⁵⁷⁶ Angesichts dieser Beschreibung wird deutlich, wie wenig ernst die Arbeit der Avantgardegruppen genommen wurde. Eine Bestandesaufnahme eines Mitglieds der *Quartiergruppe Westtangente* zeigt, dass sich zumindest einzelne AktivistInnen über den Zwiespalt ihrer Mobilisierungspolitik bewusst waren: «Verständlicherweise muss sich der Mieter ausgenützt, überflüssig, und letztlich verraten vorkommen, wenn er merkt, dass die führenden Leute eigentlich ganz andere Probleme haben als er: Der Mieter ist frustriert aus der realen Kraft, die die Quartiergruppe heute darstellt, weil sich deshalb seine Lebenssituation in absehbarer Zeit nicht ändern wird, dagegen ist der Politische frustriert, weil sich seine Vorstellungen, die er in die Quartierarbeit hineinträgt, sich mitnichten decken mit dem, was an Äusserungen und Aktivitäten der wirklich Betroffenen erfahrbar ist. Der Mieter wird aber doppelt frustriert, wenn er sich die abstrakten Diskussionen der Politischen anhören muss, die sich leider allzu oft um mystifizierte Begriffe wie Kampf, Volk, Finanzkapital drehen und nicht um die praktischen Probleme der Quartierarbeit.»⁵⁷⁷ Die Mieterbefragungen kamen oft einem Missionieren gleich und waren umstritten. «Wenn bei mir an der Türe ein Zeuge Jehovas vorspricht und mir vorschwafelt, wenn ich in seinen Verein komme, dann gehe es mir nachher viel besser, dann gehe ich gerade nicht, weil ich nämlich selber weiss, was ich zu tun habe. Auch ich muss bei einem Hausbesuch den Leuten etwas vorschwafeln.

⁵⁷⁵ Internes Informationsbulletin Nr. 142/143, 29.11.1974. Solche kritischen Einschätzungen finden sich praktisch nur in den Quellen der RAZ. Dies hat aber weniger damit zu tun, dass die Erfolge bei anderen Gruppierungen grösser waren, sondern vielmehr damit, dass von diesen Organisationen keine internen Überlieferungen erhalten sind oder sie einfach weniger selbstkritisch waren.

⁵⁷⁶ TAM Nr. 15, 16.4.1977, S. 7.

⁵⁷⁷ Wie weiter mit der Quartiergruppe? Diskussionsbeitrag eines Mitglieds der Quartiergruppe Westtangente, Zürich o.D., S. 5.

Ohne dass man es merkt, redet man eben auch wie ein Missionar, man drängt den Leuten etwas auf, wovon sie – zumindest in der heutigen Situation – nichts haben.»⁵⁷⁸

Die Quartiergruppen litten zusätzlich an einer ausgeprägten Überschätzung der eigenen Stärke. Man bauschte die Veranstaltungen zu grossartigen Demonstrationen des Volkswillens auf, wobei die vereinzelt Vertreter des 'Volkes' als Aushängeschilder vorgezeigt wurden und verkannte dabei die eigene Wirkungslosigkeit. Diese Selbstüberschätzung spiegelt sich in den Publikationen wider; Aussagen wie «das Volk lässt sich nicht mehr die Vergewaltigung der öffentlichen Meinung durch unsere Behörde gefallen»⁵⁷⁹ oder «wir aber sind nicht eine Hand voll, wir sind Tausende, Hunderttausende, das ganze Volk»⁵⁸⁰ verdeutlichen die politische Rhetorik, mit der sich die Quartiergruppen manchmal selbst verherrlichten. Eine weitere Konfliktquelle war die grosse Rivalität zwischen den diversen Organisationen. «Die Quartiergruppen waren jeweils völlig unterwandert von den verschiedensten Parteigruppierungen. Jede Partei schickte ihre Delegierten in diese Grüpplein, die sich gegenseitig mit ihren Resolutionen bekämpften und die paar wenigen, verschreckten Anwohner für ihre richtige Linie zu rekrutieren suchten. Man machte sich gegenseitig viel vor.»⁵⁸¹ Durch all diese Widersprüche und die geringen Erfolge machte sich bei den AktivistInnen Frust breit. «Die ungeheure Frustration, der wir ausgesetzt sind, lässt uns zu immer neuen Aktionen und Tricks greifen, verbissen lesen wir über die chinesische oder die russische Revolution. Aber bei uns passiert einfach nichts [...]»⁵⁸² Mitte der siebziger Jahre versandete die Quartierarbeit zur Mobilisierung der Bevölkerung langsam; parallel dazu erlahmten die politischen Aktivitäten der Protestgeneration der späten sechziger und frühen siebziger Jahre spätestens Ende 1976.⁵⁸³ Eine Ausnahme bildeten einige Quartiergruppen der *KPS/ML*, die bis Mitte der 80er Jahre bestehen blieben.

2. Verbesserung der Wohnlichkeit im Quartier

Ab Mitte der 70er Jahre gewann eine neue Form der Quartierarbeit an Bedeutung. Während es den avantgardistischen Quartiergruppen in erster Linie um eine revolutionäre Politisierung der Bevölkerung ging, verfolgten diese neuen Quartiergruppen – sie werden auch Bürgerinitiativen (BI) oder Quartierinitiativen genannt – als 'Mittel zur Selbsthilfe' pragmatisch die Durchsetzung lokaler Forderungen. In Form und Zielsetzung sind diese Quartiergruppen mit den Mieter-

⁵⁷⁸ Wie weiter mit der Quartiergruppe? Diskussionsbeitrag eines Mitglieds der Quartiergruppe Westtangente, Zürich o.D., S. 2.

⁵⁷⁹ Mieterkampf Schwamendingen, Oktober 1972, S. 2.

⁵⁸⁰ Die Westtangente Nr. 5, Januar 1975, S. 8.

⁵⁸¹ Kriesi 1984, S. 193.

⁵⁸² Wie weiter mit der Quartiergruppe? Diskussionsbeitrag eines Mitglieds der Quartiergruppe Westtangente, Zürich o.D., S. 1.

⁵⁸³ Kinderkrankheiten Nr. 1, 1978, S. 5. Kriesi 1984, S. 193-195. Wilser 1995, S. 108f.

beziehungsweise Bewohnergruppen zu vergleichen, welche im Kapitel Mieterkampf noch näher besprochen werden (vgl. III.C).⁵⁸⁴

Die Quartierinitiativen strebten die Verbesserung der Lebensumstände und die Erhaltung der Quartiere in der bestehenden Form an – man beabsichtigte direkt auf die Stadtentwicklung Einfluss zu nehmen. Eine Vielzahl der neu entstandenen Quartierinitiativen kämpfte gegen die starke Verkehrsbelastung und setzte sich für Wohnstrassen respektive Verkehrsberuhigungen ein. Andere engagierten sich gegen die Umwandlung von Wohnraum in Büros, den Bau von Shoppingcenter, die Schliessung von Quartiertreffpunkten beziehungsweise Restaurants oder für den Erhalt von preiswertem Wohnraum; Elterngruppen machten sich zudem für die Lebens- und Freiräume ihrer Kinder stark. Zumeist beschränkten sich die Forderungen der Quartierinitiativen zumeist auf ökologische und soziale Aspekte.

Indirekt wurde die Unzufriedenheit durch die Wachstumseuphorie der 50er und frühen 60er Jahre ausgelöst: damals wurden die Städte bedenkenlos dem Auto angepasst, während die Bevölkerung zugunsten von Büros aus den Innenstädten verdrängt wurde. «Zu viel Lebensraum ist in den letzten Jahren verloren gegangen. Es ist, als hätte man mit allen Mitteln versucht, alles was 'Natur' und 'Leben' bedeutet aus den Wohnquartieren herauszudrängen – den Widerspruch zwischen der gebauten Stadt-Welt und der natürlichen Umwelt bis an die Grenzen des noch Möglichen zu vergrössern.»⁵⁸⁵ Die schwindende Lebensqualität, die zunehmende Entmischung respektive Isolierung und die Veränderung der Quartiere durch Neubauten führten zur Bildung der Bürgerinitiativen. Beflügelt wurde dieses Engagement durch die veränderten Werte nach dem Umbruch von 1968, wodurch die Grundlage für die Entstehung der Bürgerbewegungen geschaffen wurde.

Die Erfolgchancen der Bürgerinitiativen hingen von einer Vielzahl von Faktoren ab: die Bürgerinitiativen mussten zunächst über eine starke Vernetzung durch informelle Beziehungen im Quartier verfügen und Kontakte zu anderen Gruppen aufbauen. Dann versuchte man mit Protestaktionen und Öffentlichkeitsarbeit Druck auf die Regierung auszuüben (z.B. mit der Lancierung von Petitionen, was besonders im Bereich Verkehr praktiziert wurde); verschiedentlich wurde auch der Kontakt zu den Behörden gesucht. Je nach politischer Ausrichtung konzentrierte man sich mehr auf Protestaktionen, Verhandlungen mit der Stadt oder – eher selten – auf die parlamentarische Politik; in vielen Fällen wurden mehrere Strategien genutzt. Im Grossen und Ganzen glichen die Widerstandsformen denjenigen im Mieterkampf (vgl. III.C.2). Hinter der Zusammenarbeit mit den politischen VertreterInnen der Stadt ('Offene Planung') stand der

⁵⁸⁴ Etwas weniger als die Hälfte der Quartierinitiativen befasste sich mit einem ganzen Quartier oder Stadtkreis; eine Mehrheit beschränkte ihre Arbeit auf einen Strassenzug oder einen Teil eines Quartiers. Im Gegensatz zu den Quartiergruppen beschäftigten sich die Mietergruppen nur mit einem Haus, eventuell mit einem Geviert. Die Unterscheidung zwischen Quartiergruppen und Mietergruppen ist jedoch fliessend.

⁵⁸⁵ Weiss/Lanz 1980.

Gedanke, die Quartierplanung in demokratischer Zusammenarbeit von Behörden, GrundeigentümerInnen, BewohnerInnen und GewerbevertreterInnen durchzuführen, um zu verhindern, dass die GrundeigentümerInnen ihre Projekte über die Köpfe der ansässigen Bevölkerung hinweg durchsetzen konnten.⁵⁸⁶

Entscheidend für die Durchsetzung der Anliegen war, «dass die Quartiergruppe eine Mehrheit der betroffenen Anwohner hinter sich hat (und dies beweisen kann), dass Fachleute dabei sind, die sich von den städtischen Experten nicht einseitig einseifen lassen und die Gruppe den langen Marsch durch die Institutionen heil übersteht [...]»⁵⁸⁷ Ein weiterer wichtiger Punkt für den Erfolg war ein gutes Kontaktnetz zu JournalistInnen, BehördenvertreterInnen oder anderen einflussreichen Personen. Gleichwohl waren die Möglichkeiten begrenzt und der Weg zum Erfolg dauerte oft Jahre. «Bei der Arbeit in Bürgerinitiativen muss man mit nüchternen Erwartungen zu Werke gehen, sonst ist die Enttäuschung gross», schreibt ein Mitglied der *Einwohneraktion Seebach* 1978 in der Leserzeitung. «Vor allem darf man sich keine Illusionen über die Machtmittel machen, die der Wirtschaft, dem Staat, dem Kanton oder der Stadt zur Verfügung stehen. Bis eine Bürgerinitiative einmal Fuss gefasst hat im Quartier, braucht es zähes Durchsetzungsvermögen.»⁵⁸⁸

Obwohl sich zumindest ein Teil der Bürgerinitiativen als überparteilich und für alle offen bezeichnete, entsprachen ihre Forderungen zumeist linken Anliegen. Einzelne Mitglieder der Mietergruppen kamen aus dem Umfeld linker Parteien; die *POCH* betreute in verschiedenen Stadtteilen gar eigene Quartiervereine. Auch die *SP* übernahm Inhalte der Bürgerinitiativen in ihr kommunalpolitisches Programm von 1981 und betrachtete die Quartierarbeit als zentrales Element des politischen Engagements. Unter dem Titel 'Alles beginnt im Quartier' forderten die SozialdemokratInnen Dezentralisierung und demokratische Selbstverwaltung in den Quartieren.⁵⁸⁹ Die VertreterInnen der etablierten bürgerlichen Parteien waren dagegen oft in den traditionellen Quartier- oder Gewerbevereinen vertreten, die sich tendenziell schwer taten mit den Anliegen der Bürgerinitiativen. Insgesamt darf der Einfluss der Parteien auf die Quartiergruppen nicht überschätzt werden, was sich aus deren loser Struktur erklärt. Dan Bernfeld stellt dazu in einem Artikel über 'Partizipationsinitiativen in der Schweiz' Folgendes fest: «Was [...] auffällt, ist die Verweigerung der Hierarchien, des formierten 'Apparates'. Denn besonders eine Überzeugung macht den Reichtum dieser Gruppen aus: das Wichtigste sind Strassen- und Stadtteilaktionen

⁵⁸⁶ Kammerer, Bruno. Planung – gestern und heute. In: SAU 1986, S. 62. Sozialdemokratische Partei 1981, S. 7, 9. Frauenlobby Städtebau 1993, S. 14. Schilling 1982, S. 23.

⁵⁸⁷ AGÖP 1984, S. 75.

⁵⁸⁸ Leserzeitung Nr. 85, 22.8.1978, S. 6

⁵⁸⁹ Sozialdemokratische Partei 1981, S. 9.

ohne deshalb irgendeiner Partei beizutreten (denn beitreten meint ja 'gegen irgend etwas'). Man stösst zur Gruppe, macht mit, verlässt sie und kommt zurück.»⁵⁹⁰

In den späten 70er Jahren entwickelte sich Zürich eine Gegenkultur, in deren Gefolge umweltpolitische Anliegen an Bedeutung gewannen. Schon 1978 schrieb die Leserzeitung: «Bürgerinitiativen sind auch hierzulande nichts mehr Neues.»⁵⁹¹ Anfangs der 80er Jahre erreichten die quartierpolitischen BI ihre grösste Verbreitung: 1980 waren in der Stadt Zürich mehr als 15 von ihnen aktiv.⁵⁹² Im Verlauf der achtziger Jahre nahm die Zahl langsam wieder ab. Den wenigsten Gruppierungen gelang es über längere Zeit eine breite Basis zu halten, Ausnahmen gab es am ehesten in den Kreisen 4 und 5. Gegen Ende der achtziger Jahre wurden praktisch keine neuen Quartierinitiativen mehr gegründet. Ganz allgemein schien es schwerer geworden zu sein im Quartier Unterstützung zu erhalten. So diskutierte der *Verein pro Inneres Seefeld* an einer Vorstandssitzung im September 1988 das geringe Interesse der Quartierbevölkerung an der letzten Generalversammlung. «Wir wollen wieder eine Basis. Der Vorstand hat viel, sehr viel gemacht und auch viel erreicht. Aber trotzdem ist es gut, wenn wir von einer Basis aus dem Quartier getragen würden oder wenn diese zumindest an unsere Veranstaltungen käme.»⁵⁹³

Ein Grund für das geringe Interesse bildete in vielen Fällen das Ende der Auseinandersetzungen im positiven wie im negativen Sinne. Die Gruppen lösten sich nach der Erfüllung ihrer Ziele oder ihrer Niederlage auf. Zudem blieben die Perspektiven meist begrenzt, «der Blick verengt sich auf das eigene Tulpenbeet: Unser Quartier ist die Welt, jenseits der Grenzen beginnt die Wüste. Als Konsequenz dieser Fixierung laufen die Kämpfe oft ins Leere. Im einen Fall durch eine Niederlage: Das Haus fällt, das Quartier wird saniert, die Leute fliegen raus, die Widerstandsformen zerbrechen, und der Kampf ist zu Ende.»⁵⁹⁴ Auch die Idee der Wohnungsnotbewegung 1989 in die Quartierarbeit einzusteigen, versandete still und leise. «Es ist eine traurige Tatsache, dass es in Zürich [im Jahr 1990] kaum mehr funktionierende Quartiergruppen gibt.»⁵⁹⁵ Dies änderte sich auch im Laufe der 90er Jahre kaum. Es entstanden zwar punktuell neue Quartiergruppen, diese vermochten aber kaum Leute zu mobilisieren und lösten sich bald wieder auf.

Exkurs V: HB Südwest

Der *HB Südwest* bildet einen Spezialfall in den Quartier- beziehungsweise Mieterkämpfen: weder ging es um die konkrete Verbesserung der Lebenssituation noch um den Erhalt von billigem

⁵⁹⁰ Stiftung Wohnen und Öffentlichkeit 1980, S. 8.

⁵⁹¹ Leserzeitung Nr. 85, 22.8.1978, S. 6

⁵⁹² Anhand der drei Auflagen des Stadtführers 'Züri fürs Volk' lassen sich die Veränderungen in etwa nachvollziehen. Während 1978 etwa zehn Quartiergruppen aktiv waren, stieg die Zahl 1980 auf 14 und sank dann 1986 wieder auf zwölf. Berna 1978. Berna 1980. Spindler 1986.

⁵⁹³ Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins pro Inneres Seefeld, 29.9.1988. Schon 1985 erschien der Punkt 'Suche nach Basis' verschiedentlich auf der Traktandenliste des Vorstands.

⁵⁹⁴ WoZ Nr. 3, 18.1.1991, S. 27.

Wohnraum. Vielmehr galt der Widerstand der Verhinderung eines Riesenprojekts, von dem die Anwohnerschaft negative Auswirkungen auf die angrenzenden Quartiere befürchtete.

Ende der sechziger Jahre entstanden erste Vorschläge für eine Überbauung des Zürcher Hauptbahnhofs (HB) und der Gleise zwischen den Kreisen 4 und 5 bis zur Langstrasse. Die Finanz- und Dienstleistungsbetriebe stiessen in der Innenstadt vermehrt auf Grenzen und brauchten dringend mehr Büroräume. In den Industriezonen von Zürich Nord und Zürich West behinderte aber das damalige Planungsrecht die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben; gleichzeitig konnte das Vordringen der 'Bürostadt' in die umliegenden Quartiere durch den politischen Widerstand der Bevölkerung und Gesetze zur Wohnraumerhaltung wie *WEG* und *WAP* eingedämmt werden. So bot sich der Raum über den Gleisen als eines der wenigen grösseren zusammenhängenden Entwicklungsgebiete an. Erste aus einem Architekturwettbewerb von 1969 resultierende Entwürfe standen noch ganz im Zeichen der Grosstadtträume der 70er Jahre und planten anstelle des alten Bahnhofs gigantische Konsumtempel. Das prämierte Projekt beinhaltete zwei Hochhäuser, ein Parkhaus mit 4000 Plätzen und ein Einkaufsparadies mit 100'000 Quadratmetern Ladenfläche (zum Vergleich: das Shoppingcenter Spreitenbach verfügt über eine Fläche von knapp 30'000 m²). Die Ergebnisse dieses ersten Wettbewerbs vermochten die Stadt jedoch nicht zu befriedigen: Zum einen waren die Entwürfe weder finanzierbar noch durch eine Abstimmung zu bringen; das U-Bahn-Debakel von 1972 hatte den hochtrabenden Plänen einen Dämpfer verpasst. Zum anderen wurde die Bahnhofshalle Mitte der 70 Jahre unter Denkmalschutz gestellt und musste folglich ins Neubauprojekt integriert werden. Die Behörden entschlossen sich daher für eine Fortsetzung des Wettbewerbs, den schliesslich 1980 die Architekten Ralph Bänzinger, Claudia Bersin und Jakob Schilling gewannen. Ab 1981 fungierte als Trägerschaft die neu gegründete HB City Immobilien AG, welche sich aus dem Zürcher Finanzkapital mit allen Grossbanken zusammensetzte.⁵⁹⁶ Obwohl der *HB Südwest* im Vergleich zu den Projekten aus den 70er Jahren bedeutend bescheidener dimensioniert wurde, war er noch immer riesig und rief in den angrenzenden Quartieren erbitterten Widerstand hervor. «Das projektierte Jahrhundertbauwerk HB-Südwest, ein Paradebeispiel für das zügellose Wachstum der Zürcher City, liess die Zukunft des Wohnquartiers Aussersihl zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen werden.»⁵⁹⁷ Quartiergruppen aus den Kreisen 4 und 5 (*Allianz Alli gäge d'Brugg*, *Verein Pro Stauffacher*, *Verein Inneres Aussersihl*) und die Kreisparteien von *SP* und *POCH* lancierten eine Volksinitiative für einen Gestaltungsplan für das betroffene Gebiet, die am 22. September 1985 zur Abstimmung kam. Die Kritik der InitiantInnen richtete sich gegen das Grossparkhaus mit 1000 Plätzen und die fehlenden

⁵⁹⁵ KopFsprUng Nr. 1, 8.4.1990, S. 29.

⁵⁹⁶ Schilling 1982, S. 56-59.

⁵⁹⁷ SAU 1986, S. 16.

Mitsprachemöglichkeiten der Quartierbevölkerung. Zusätzlich forderte das Volksbegehren den Schutz der an den Bahnhof grenzenden Wohnquartiere: so sollte in den Kreisen 4 und 5 gleich viel Bürofläche aufgehoben werden, wie im *HB Südwest* neu geschaffen würde. Das Begehren blieb an der Urne jedoch chancenlos und wurde mit mehr als 70 Prozent verworfen.

Ziemlich genau drei Jahre später kam es am 25. September 1988 zu einer zweiten Abstimmung, diesmal über den privaten Gestaltungsplan, welcher wegen der ausserordentlichen Höhe des Projekts der Stadtzürcher Stimmbevölkerung vorgelegt werden musste. Die GegnerInnen kritisierten in erster Linie die negativen Auswirkungen auf die angrenzenden Quartiere: Seit Ende der 70er Jahre waren die Immobilienpreise im Kreis 5 stark angestiegen; von 3194 Franken pro Quadratmeter im Jahre 1978 auf 7238 Franken im Jahr 1987. Diese Entwicklung sei unter anderem eine Folge des Grossprojekts und würde sich nach dessen Verwirklichung noch verschärfen.⁵⁹⁸ Darüber hinaus verursache der *HB Südwest* zusätzliche Mobilität – auch den Privatverkehr – und stärke die Zentrumsfunktion von Zürich, während die Randgebiete ausgeblutet würden.⁵⁹⁹

Im Vergleich zur ersten Abstimmung fiel das Ergebnis 1988 enorm knapp aus, gerade noch 50,6 Prozent befürworteten die Bahnhofsüberbauung; deutlich abgelehnt wurde *HB Südwest* in den angrenzenden Kreisen 1 (60,7 Prozent), 4 (58,8 Prozent) und 5 (71,5 Prozent). In Anbetracht der für Zürich einzigartig hohen Propaganda-Ausgaben der BefürworterInnen, welche im Vergleich zur Gegnerschaft zehn Mal mehr Geld für Werbung zur Verfügung hatten, muss das Ergebnis als grosse Überraschung angesehen werden. Gründe für das knappe Ergebnis waren die Konkretisierung des Projekts gegenüber 1985, eine bessere Abstimmungskampagne der Gegnerschaft und ein gewisser Verdruss der Bevölkerung über die langjährige Baustelle am HB. Nach der knappen Annahme des Gestaltungsplans rekurrten AnwohnerInnen gegen das Grossprojekt. Sie bemängelten die unzulässige Gebäudehöhe an der Zollstrasse, den mangelhaften Erschliessungsplan und die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung. 1989 erhielten die AnwohnerInnen recht; die ersten zwei Punkte mussten überarbeitet werden. In der Folge setzte eine langjährige juristische Auseinandersetzung ein. Nachdem sich 1992 die *HB City Immobilien AG* als Trägerschaft zurück gezogen hatte, übernahm die *Eurogate AG* 1994 die Nachfolge und reichte zwei Jahre später ein neues Projekt im Rahmen des in der Abstimmung von 1988 angenommenen Gestaltungsplans ein – aus *HB Südwest* war *Eurogate* geworden. Wiederum gingen durch Rekurse und Verhandlungen Jahre vorbei, bis im April 2000 eine Einigung zwischen der Stadt Zürich und der *Eurogate AG* zustande kam. Die von Stadtrat Elmar Ledergerber (SP) als Durchbruch gefeierte Übereinkunft bildete aber noch nicht das Ende der langjährigen Konfrontation. Das kam erst als das Projekt *Eurogate* im Frühjahr 2001 überraschend

⁵⁹⁸ Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich.

beerdigt wurde: die *UBS* hatte sich Ende April 2001 als Investorin zurückgezogen und zudem war zwischen der Bauherrschaft und dem *Verkehrsclub der Schweiz (VCS)* als einflussreichstem Rekurrenten keine Einigung zustande gekommen. Die *Eurogate AG* schob das Scheitern zwar dem *VCS* in die Schuhe, am Ende schienen aber weder die *UBS* noch die *SBB* sehr unglücklich darüber das Projekt in dieser Form zu begraben, denn die finanziellen Risiken für *Eurogate* waren über die Jahre stark gestiegen. Die Konkurrenz von Zürich West, Zürich Nord und Glatttal hatte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stark zugenommen, gleichzeitig war der Büromarkt zunehmend gesättigt. «Es ist also durchaus denkbar, dass die *UBS* in den letzten Monaten einige Überlegungen hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit eines Projekts angestellt hat, das noch aus den Achtzigerjahren stammt.»⁶⁰⁰ Ebenso lehnte die *SBB* eine erneute Fristerstreckung für eine Unterzeichnung der *Eurogate*-Verträge Anfang Mai 2001 ab, was auch nicht gerade von einer grossen Begeisterung für das Projekt zeugte.⁶⁰¹ Das grösste Bauwerk der Schweiz blieb somit ein Papiertiger; die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen erlangten einen Teilerfolg, obwohl sich am Ende nur noch vereinzelte QuartierkämpferInnen und der *VCS* mittels Rekursen zur Wehr setzten. Entscheidend für den erfolgreichen Widerstand gegen die Bahnhofsüberbauung war am Ende nicht die Breite der Mobilisierung, sondern die jahrelange Unnachgiebigkeit und der finale Rekurs zum richtigen Zeitpunkt. Doch das Scheitern der Bahnhofsüberbauung wird durch ein neues Projekt *Stadtraum HB* entlang der Gleise übertüncht, welches die *SBB* seit 2001 vorantreibt und *Eurogate* von der Nutzungsfläche her noch in den Schatten stellt.

⁵⁹⁹ TA, 22.9.1988, S. 17.

⁶⁰⁰ TA, 5.5.2001, S. 2.

⁶⁰¹ TA, 8.5.2001, S. 19

C. Mieterkampf⁶⁰²

Mieterproteste gehören zu den populärsten Aktionsformen der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen. Es macht jedoch wenig Sinn detailliert auf die einzelnen Auseinandersetzungen einzugehen, denn die Ereignisse wiederholen sich mehr oder minder. Die drei folgenden Unterkapitel thematisieren dafür Hintergründe, Widerstandsformen und Erfolge. Im Anhang E findet sich zudem eine Liste aller im Zeitraum von 1968 bis 2005 aktiven Mietergruppen mit einer kurzen Beschreibung der Motivation und der wichtigsten Aktivitäten.

1. Hintergrund und Zielsetzung

Die Mieterkämpfe sind vergleichsweise schlecht dokumentiert. Das macht die Untersuchung schwierig: Während andere Protestformen der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen durch Flugblätter, Quartierzeitungen und die Medienberichterstattung zumindest ansatzweise dokumentiert sind, fehlen Zeugnisse zu den Mieterkämpfen häufig ganz. Viele der Auseinandersetzungen liefen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Spätestens nachdem der umkämpfte Altbau einmal abgerissen oder der Erhalt der günstigen Wohnung erreicht war, schwand das Interesse für die Thematik; die aus den Kämpfen gezogenen Erfahrungen wurden nur selten schriftlich verarbeitet.⁶⁰³

Der Mieterkampf war eine von breiten Kreisen getragene Protestform. Dies zeigt sich schon darin, dass der Widerstand oft aus der Bedrohung der eigenen Wohnsituation entstand, was dementsprechend unterschiedliche Kreise betraf. Auch Motivation und Zielsetzung der Bewohnergruppen war vielfältig. Den einen ging es um die konkrete Verhinderung von Spekulationsprojekten, anderen um den Anspruch auf alternative Wohnformen, wieder anderen um das agitatorische Anprangern stadtzerstörerischer Prozesse und ihrer Hintergründe respektive Hintermänner. In der Mehrheit entstanden Mieterproteste durch die unmittelbare Bedrohung des eigenen Lebensraums, die Gefahr einer Verdrängung aus der eigenen Wohnung oder die drohende soziologische Umschichtung der Quartierbevölkerung.⁶⁰⁴ Die Fixierung auf eine Liegenschaft beziehungsweise eine Siedlung besass dabei den Vorteil in starkem Masse mobilisierend zu wirken und bot die Möglichkeit an die persönliche Betroffenheit zu appellieren, woraus sich der lokal starke Einfluss dieser Bewegungen erklärt. Die Motivation zu opponieren verbanden die Protestierenden oft mit dem Wunsch nach Kontakt zur unmittelbaren Nachbarschaft.

⁶⁰² Der Begriff Mieterkampf ist in der vorliegenden Arbeit mit Mieterprotest gleichzusetzen. Es handelt sich folglich um den Widerstand gegen Renovations- und Abbruchprojekte, welche gegen die Interessen der MieterInnen durchgeführt werden.

⁶⁰³ Eine erwähnenswerte Ausnahme bildet die Broschüre 'Hundert Jahre Wohnungsnot' der *Arbeitsgruppe Ökologie und Politik (AGÖP)*.

⁶⁰⁴ Rüegg u.a. 1985, S. 174.

Neben der persönlich erfahrenen Verdrängung und der Zerstörung soziale Strukturen begründet sich die starke Abneigung gegenüber Neubauprojekten in der subjektiv wahrgenommenen Monotonie, der abstossenden Wirkung (Anonymität) und der mangelnden Ästhetik. Durch den Abriss wird Vertrautes vernichtet, die «Heimat, der Ort, wo ich meine Wurzeln geschlagen habe», geraubt.⁶⁰⁵ «Ein Stück weit [...] geht es bei der Stadtzerstörung um Ausradierung von Geschichte. Die Schauplätze vergangener Auseinandersetzungen werden abgerissen. Den Stadtbewohnern wird so der konkrete, sinnliche Bezug zu ihrer Geschichte und ihren Erfahrungen genommen.»⁶⁰⁶ Der Wunsch nach Erhalt von Altbauten ist auch ein Blick zurück in die Vergangenheit und zeugt von einem wachsenden Unbehagen gegenüber der Moderne – eine Reaktion, wie sie auch bei älteren Menschen festzustellen ist. «Der Stadtbewohner erlebte und erlebt Modernität und Fortschritt in der Form von Mietzinserhöhung, Kündigung, mühsamer Wohnungssuche, Gesichtsverlust der vertrauten Umgebung, Strassenlärm [...]. Er diagnostiziert diese Ärgerlichkeiten als Folgen eines zu raschen Entwicklungstempos und wünscht deshalb eine Drosselung der Fortschritts-Geschwindigkeit. Seine Utopie ist seltsam dialektisch: Er wünscht sich nicht vieles, sondern vor allem vieles nicht.»⁶⁰⁷

Zusammengefasst können die Ziele des Mieterkampfes grob in zwei Kategorien aufgeteilt werden: Erhalt von schützenswerten Bauten (Denkmalpflege) und Erhalt von sozialen Strukturen. Vor diesem Hintergrund bezeichnet Rudolf Schilling die defensive Grundhaltung der Mieterkämpfe als 'Bremsutopie'. «Die häufigste Wunschvorstellung der Gegenwart ist im Grunde eine Anti-Utopie, ist die Utopie des Bewahrens, des Nicht-Veränderns. Der grösste Teil der 'Ideen für Zürich' [im gleichnamigen Buch von Schilling vorgestellte alternative Projekte], die heute in Diskussionen sind, streben 'Konsolidierung', 'Beruhigung', 'Eindämmung' an. Das ideale Projekt ist dasjenige, das alles so lässt, wie es ist.»⁶⁰⁸ Die Stadt sollte behaglicher, ruhiger, friedlicher und gemütlicher werden. Diese Ideale einer 'Stadt als Wohnstube' und Slogans wie 'small is beautiful' waren unverkennbar von dem in den 70er Jahren entstandenen Umweltbewusstsein beeinflusst.

Ein zentraler Ausdruck dieser so genannten 'Bremsutopie' waren die Bemühungen zum Erhalt von preiswerten Räumen zum Wohnen und fürs Kleingewerbe. Die Ausdehnung der City in die Wohnquartiere bewertete man kritisch, begünstigte sie doch massgeblich das Verschwinden von günstigem Wohnraum. HauseigentümerInnen, die mit dem Grundrecht Wohnen in erster Linie Profit machen wollten und sich kaum um die Interessen der MieterInnen kümmerten, waren dementsprechend als SpekulantInnen verhasst. Häufig wurde kritisiert, dass durch Neubauten und Luxusrenovierungen Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen aus dem Quartier

⁶⁰⁵ Rusterholz, Hans. Wohnlichkeit durch Bauvermeidung und Mieterschutz. In: SAU 1986, S. 206.

⁶⁰⁶ ZS Nr. 18, 26.11.1982, S. 4.

⁶⁰⁷ Schilling 1982, S. 9.

⁶⁰⁸ Schilling 1982, S. 8.

vertrieben würden. Anstelle von Abriss oder Luxussanierung wurde stattdessen ein sanfter Umbau angestrebt. Die Kosten der Renovation sollten möglichst niedrig gehalten werden, damit für die Mieterschaft und den Einzelhandel keine unverdaulichen Mietzinsaufschläge resultierten. Dass sanfte Sanierungen – selbst bei Gebäuden in sehr schlechtem Zustand – durchaus eine sinnvolle und günstige Vorgehensweise der Stadterneuerung wären, belegen Erfahrungen aus Berlin. Mit Ausnahme der Sanierungsprojekte Ende der 70er Jahre betragen die Kosten der Berliner Altbausanierungen im Vergleich zu einem Neubau zwischen 50 Prozent (nur die nötigen Arbeiten plus Bad und WC) und 75 Prozent (bei etwas höherem Ausbaustandard)⁶⁰⁹ – Werte, die durchaus auch in Zürich gelten.

Während einzelne soziale Bewegungen der 70er und 80er Jahre revolutionäre Ziele hegten, war dies bei den Mietergruppen nicht der Fall; sie verfolgten rein reformistische Ziele. «Bürgerinitiativen [...] verfolgen Teilziele von so genannten Betroffenenengruppen. Und sie geben sich damit zufrieden, wenn sich ihre besonderen Verhältnisse in ihrem Sinne verändern, ohne dass sie darüber hinaus die Verhältnisse im Gesamten umwandeln wollen.»⁶¹⁰ In diesem Sinne unterschieden sich die Mieterkämpfe vom Häuserkampf, der zumindest ansatzweise fundamentalere Veränderungen anstrebte. Im kommunistischen, anarchistischen und autonomen Umfeld wurde der Mieterkampf oft nur als eine Ebene des Widerstands beziehungsweise Klassenkampfes angesehen. Diese unorganisierten Teile des Widerstands unterschieden sich zum Teil stark in ihren Protestformen, wie wir im nächsten Unterkapitel noch sehen werden.

Die Intensität der Mieterkämpfe veränderte sich im Laufe der 70er bis 90er Jahre stark. Während in einzelnen Phasen jede Woche Demonstrationen stattfanden und sich diverse Bewohnergruppen zur Wehr setzten, gab es auch immer wieder ruhige Phasen, in denen mieterfeindlichen Renovations- oder Neubauprojekten wenig Protest auslöste. Das Ausmass der Mieterproteste hing von mindestens vier Faktoren ab: erstens von der Situation auf dem Wohnungsmarkt (insbesondere vom Leerwohnungsangebot), zweitens von der Stärke und Ausrichtung der sozialen Bewegungen, drittens vom Vorhandensein starker Wohnkollektive, von Treffpunkten, (Kultur-)Zentren oder besetzten Häusern und viertens von den Aktivitäten einzelner Personen oder Gruppen.⁶¹¹ Verdeutlichen lässt sich dies am Beispiel der Wohnungsnotbewegung von 1989. Die Zahl der Demonstrationen zum Thema Wohnen erreichte 1989 ein extremes Ausmass; die Zahl der Wohnungsnotdemos war etwa gleich gross wie die aller Manifestationen in den 20 Jahren zuvor (vgl. Anhang F). Das sprunghafte Ansteigen der Aktivitäten nach 1989 erklärt

⁶⁰⁹ Volksrecht, 5.2.1990.

⁶¹⁰ Schilling 1987, S. 44.

⁶¹¹ Es kann festgestellt werden, dass die Zahl der Manifestationen stieg, wenn es (besetzte) Häuser mit Treffpunktfunktion gab und speziell, wenn diese durch Abbruch oder Räumung bedroht waren. In der ersten Hälfte der 70er Jahre war dies während beziehungsweise nach der Besetzung an der Venedigstrasse und am *Hegibach*

sich durch die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt. Da aber schon Anfang der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre ein dramatischer Unterbestand an Wohnraum zu verzeichnen war, kann dies nicht die einzige Erklärung sein. Vielmehr setzten die sozialen Bewegungen im Laufe der Zeit ihre Prioritäten anders; das Wohnen sprich 'Private' gewann über die Jahre an Bedeutung: Während 1968 noch eine andere Gesellschaft angestrebt wurde und 1980 Freiräume beziehungsweise 'die ganze Stadt' gefordert wurden, war 1989 die Wohnraumknappheit das zentrale Thema der Bewegung, die unnachgiebig für das Recht auf Wohnen kämpfte.

2. Widerstandsformen

Die Widerstandsformen gegen Abrisse oder Luxusrenovationen erreichten eine erstaunlich grosse Bandbreite. Grob lassen sich die Mieterkämpfe in organisierte und spontane aufteilen, wobei die Grenzen oft fließend waren. Die unterschiedlichen Ausdrucksformen des Mieterkampfes und deren Verschmelzung lassen sich gut beleuchten am Protest gegen ein Neubauprojekt am Tessinerplatz anfangs der 80er Jahre und am Widerstand gegen den Abbruch des *Tors zu Ausser Sihl* am Stauffacher, wo sich vom parlamentarischen bis zum militanten Protest alle Widerstandsformen trafen. Am Tessinerplatz manifestierten sich organisierter und spontaner Widerstand in zwei WGs, die in verschiedenen Häusern wohnten und grundverschiedene Auffassungen von Mieterkampf hatten: «Die Leute von der Gotthardstrasse versuchten es auf dem 'politischen' Weg, machten vielerlei Rekurse und Alternativprojekte und führten sich dabei so anständig wie möglich auf. Die Leute vom Haus nebenan, an der Lavaterstrasse, versuchten es auf dem 'lustvollen' Weg, machten vielerlei Feste und Kunstaktionen und führten sich so unanständig wie möglich auf.»⁶¹² Obwohl in Falle des Tessinerplatzes eher nebeneinander anstatt miteinander gekämpft wurde, muss dies nicht unbedingt nachteilig sein – vielfältige Widerstandsformen erhöhen die Erfolgchancen.

Der Aufbau eines organisierten Widerstands begann zumeist mit der Gründung einer Anwohnergruppe, eines Vereins oder einer Genossenschaft. Ziel war dabei eine Vernetzung im Haus und in der Nachbarschaft um gemeinsam Widerstand zu initiieren. Die öffentliche Thematisierung des Konflikts war in den meisten Fällen das zentrale Ziel. Es war von Vorteil, möglichst viele BewohnerInnen der 'bedrohten' Liegenschaft und im Quartier hinter sich zu haben. Instrumente dazu waren Pressecommuniqués, Flugblätter, Demonstrationen, Vollversammlungen oder die Produktion eigener Zeitungen. Ein zusätzliches Mittel waren Petitionen, was aber von den Mietergruppen im Gegensatz zu den Quartierinitiativen wegen der geringen Erfolgchancen eher selten genutzt wurde, denn private BesitzerInnen konnten kaum mittels einer Petition zum

der Fall, in den 80er Jahren während der Besetzung am Stauffacher und schliesslich in den 90er Jahren während der Besetzung der *Bäckli* und des *Wohlgroths* (vgl. IV.D).

⁶¹² WoZ Nr. 49, 17.12.1982, S. 4.

Rückzug ihrer Vorhaben bewegt werden. So richteten sich die wenigen Petitionen von Mietergruppen direkt an die Stadt, obwohl diese zumeist nur indirekt auf die Bauprojekte Einfluss nehmen konnte.⁶¹³ Erfolgversprechender war das 'Mischeln', der Aufbau und die Pflege von informellen Beziehungen zu den Behörden. Des Weiteren konnte die Präsentation von Alternativprojekten einen gewissen Druck ausüben. Eher aufwendig, teuer und im Ergebnis schwer abschätzbar war die Lancierung einer (Einzel-)Initiative oder das Ergreifen eines Referendums (vgl. III.A).

Die beliebteste Widerstandsform war der Rechtsweg. Zentrales Organ und Anlaufstelle im Zusammenhang mit rechtlichen Angelegenheiten war der *Mieterverband (MV)*. In Zürich bot der MV im Fall von Kündigungen oder Mietzinserhöhungen. Eine Vielzahl von Mietergruppen suchte für ihre Rekurse den Rat des MVs juristischen Rat. Nach Erfahrungen der *Arbeitsgruppe Ökologie und Politik (AGÖP)* tat sich der Verband mit der Unterstützung von Mieterkämpfen jedoch lange Zeit schwer: «[...]über aktuelle Themen wie Häusermord, Verdrängung von Mietern aus der Stadt, Bau von Luxuswohnungen, aber auch über wehrhafte Mieter oder andere Wohnformen als die Kleinfamilie wird im Verbandsblatt, der müden und langweiligen schweizerischen 'Mieterzeitung', wenig berichtet, über Hausbesetzungen schon grad gar nichts».⁶¹⁴ Tatsächlich berichtete das MV-Organ in den 70er und frühen 80er Jahren wenig über alternative Wohnformen und die Differenzen zu radikaleren Teilen der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen waren nicht zu übersehen. Für den *Mieterverband* galt der Mieterfrieden (vergleichbar mit dem Arbeitsfrieden der Gewerkschaften), was ihm immer wieder Kritik bescherte. So bezeichnete Res Strehle den Wohnfrieden in einem Artikel in der *WoZ* als faul und urteilte: «Der Mieterverband könnte sich also leisten eine Spur radikaler zu sein, ohne Gefahr zu laufen, die Basis zu verlieren.»⁶¹⁵ Gleichwohl leistete der *MV* für diverse Mietergruppen wichtige Unterstützungsarbeit. Mit der Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt im Laufe der 80er Jahre widmete sich der *MV* vermehrt der Wohnungsnot und unterstützte die Mieterkämpfe stärker. Die Zürcher Sektion orientierte sich zudem allgemein stärker nach links als der gesamtschweizerische *Mieterverband*.⁶¹⁶

⁶¹³ 1981 lancierte ein Bündnis von fünf Mietervereinen – die *Aktion wohnliches Zürich* – eine Petition, welche unter anderem einen sofortigen Abbruchstopp von Wohnbauten forderte. Die Petition wurde von knapp 6000 Personen unterschrieben.

⁶¹⁴ AGÖP 1984, S. 73.

⁶¹⁵ *WoZ* Nr. 13, 28.3.1991, S. 26.

⁶¹⁶ Die kantonalen Sektionen waren politisch sehr unterschiedlich orientiert. Dies bestätigt sich vor allem bei den Wahlempfehlungen. Bei der Stadtzürcher Sektion war Ende der 80er Jahre ein deutlicher Linksrutsch auszumachen (Gemeinderatswahlen: 1986: 1xSP/ 1990: 2xSP, 3xAL/ 1994: 3xSP, 1xFraP!, 6xAL und auch im Kanton stieg die Unterstützung von PolitikerInnen der Parteien links der SP (1983: 1xLdU, 2xSP/ 1987: 1xLdU, 3xSP/ 1991: 4xSP, 2xAL) und zumindest nach 1987 bei den Kantonsratswahlen (1983: keine Empfehlung, 1987: 1xLdU, 3xSP/ 1991: 5xSP, 1xAL/ 1995: 3xSP). Nicht unwesentlich für die politische Ausrichtung des Stadtzürcher *Mieterverbands* dürfte Niklaus Scherr (ab 1988 Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit, ab 1996 Geschäftsleiter des *MV Zürich*) sein, der seit September 1978 für die *POCH* und *AL* im Gemeinderat sitzt.

Auch ausserparlamentarische Kreise informierten in ihren Publikationen immer wieder über juristische Möglichkeiten des Widerstands, wobei das Interesse dafür in den 80er Jahren zunahm.⁶¹⁷ Während anfangs der 80er Jahre in der Broschüre *Hundert Jahre Wohnungsnot* die Meinung vertreten wurde, ohne Fachperson sei wenig auszurichten, bedienten sich die Leute aus dem Umfeld des *Netzes* immer weniger der teuren Unterstützung von JuristInnen und nahmen die Sache selber in die Hand.⁶¹⁸ So schrieben *Netz-AktivistInnen* in einen Artikel unter dem Titel 'Prof. Moloch's Kinder studieren Jus' im September 1987: «[...] einerseits konnte das [Stauffacher-]Projekt mittels Einsprachen der QuartierbewohnerInnen verhindert werden und andererseits stellte sich die polizeiliche Räumung der besetzten Häuser im Nachhinein als illegal heraus. Aus diesen Erkenntnissen heraus begannen wir uns vermehrt mit der Ergreifung aller nur erdenklichen Rechtsmittel gegen die Zerstörung von Wohn- und Lebensraum zur Wehr zu setzen.»⁶¹⁹ Insbesondere die Broschüren des *Infoladens für Häuserkampf* wiesen regelmässig auf die Rechtsgrundlagen hin. Es liess sich dabei aber stets eine leichte Skepsis ausmachen und es wurde immer erwähnt, dass die juristische Ebene lediglich ein Teil des Widerstandes sei.⁶²⁰ Spätestens Anfang der 90er Jahre wich die zwischenzeitliche 'Euphorie' – die Ausschöpfung der rechtlichen Mittel zur Verhinderung von Neubauprojekten hatte lediglich Zeitfenster geöffnet, in welchem mit anderweitigen Protestformen Druck aufgesetzt werden konnte. Nur in ganz seltenen Fällen konnten Neubauprojekte mittels Rekursen verhindert werden.

Eine ebenfalls häufig verwendete Widerstandsform sind Manifestationen im öffentlichen Raum wie Kundgebungen oder Demonstrationen.⁶²¹ Die meisten der im Anhang F zusammengefassten Kundgebungen forderten allgemeine Massnahmen gegen die Spekulation und mehr Rechte für MieterInnen; in der Regel wurden die Demos von einem Netzwerk von Mietergruppen und Wohnkollektiven organisiert. Die Wirkung der Demonstrationen ist schwer zu quantifizieren, doch sollte sie nicht unterschätzt werden. Die Wohnungsnotbewegung verdeutlichte, dass durch regelmässige Manifestationen durchaus Druck auf die Regierung ausgeübt werden konnte.

Geprägt vom Gedanken der Selbstorganisation gab es von ausserparlamentarischer Seite mehrere Anläufe einen Mieterladen zu betreiben, der MieterInnen rechtlich beraten sollte. Zumeist blieb es aber bei den Versuchen oder die Läden schlossen nach kurzer Dauer wieder. Ein erstes Projekt in den 70er Jahren, in welchem eine Rechtsauskunft eingerichtet und Veranstaltungen

⁶¹⁷ AGÖP 1984, S. 68-74. Infoladen für Häuserkampf 1990. Rote Hilfe 1975, S. 7-30. Infoladen für Häuserkampf 1988.

⁶¹⁸ AGÖP 1984, S. 69. Häuser und Heimat 1987.

⁶¹⁹ Häuser und Heimat 1987.

⁶²⁰ Infoladen für Häuserkampf 1988.

⁶²¹ Es fragt sich, ob die Demos als spontane Kundgebungsform überhaupt als ein Teil des Mieterkampfes angesehen werden können, überschneiden sich doch die Forderungen und Teilnehmenden oft mit der Strategie des Häuserkampfes.

durchgeführt werden sollten, hatte keinen Erfolg.⁶²² Der Anfang der 80er Jahre am Tessinerplatz eingerichtete *Abbruchladen Ethnix* verschwand nach kurzem Betrieb mit dem Abriss der Häuser und konnte nicht weitergeführt werden. Erst ab 1986 entstand im *Kanzleizentrum* der *Infoladen Häuserkampf*, der immerhin bis zur Schliessung des Quartierzentrums bestehen blieb. Der *Abbruchladen Ethnix* wie auch der Infoladen im *Kanzleizentrum* sammelte und erteilte Informationen zu Wohnproblematik und zu Mieterprotesten in Zürich.⁶²³

Zu den bei guten Beziehungen erfolgversprechendsten Widerstandsformen gehörten die so genannten 'Mischelaktionen'. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese äusserst schlecht dokumentiert sind. Besass ein Mitglied einer Mietergruppe Kontakte zu den Behörden oder anderen beteiligten Fraktionen, so konnten zum Teil informell Lösungsansätze erarbeitet werden. Da in solchen Fällen der Hausbesitzer nicht unnötig verärgert werden sollte, musste die Öffentlichkeitsarbeit bedächtiger angegangen werden. Diese Vorgehensweise konnte aber insgesamt nur ganz selten angewandt werden.

Das äusserste legale Mittel des Mieterkampfs war der Auszugsboykott, welcher vorwiegend von ausserparlamentarischen Linken und HausbesetzerInnen praktiziert wurde. In einer Broschüre des *Infoladens für Häuserkrampf* wurde der Auszugsboykott wie folgt erläutert: «Mensch stützt sich dabei auf das Mietrecht, das auch MieterInnen oder BewohnerInnen einer Liegenschaft ein Hausrecht einräumt. Sie machen sich deshalb nicht des Hausfriedensbruchs strafbar, wenn sie auch nach dem Kündigungstermin weiterhin in den Wohnungen leben. Das Haus- und Gastrecht (für die Gäste der BewohnerInnen) kann ihnen nur auf zivilrechtlichem Weg entzogen werden. Das heisst, der Besitzer oder die Besitzerin müssen bei der zuständigen Einzelrichterin/ dem zuständigen Einzelrichter ein Ausweisungsbegehren stellen. Die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner erhalten vom Gericht entweder eine Frist und/oder eine Vorladung zur Gerichtsverhandlung. Während eines Auszugsboykotts ist den Bewohnerinnen und Bewohnern die zur Benutzung erforderliche Infrastruktur ungeschmälert zur Verfügung zu stellen.»⁶²⁴ Der Auszugsboykott ist eine Strategie, welche vor allem in den achtziger Jahren praktiziert wurde. Obwohl es sich dabei – sofern ein normaler Mietvertrag bestand – um ein legales Mittel handelte, wurden bis 1984 alle im Boykott stehenden Häuser innert weniger Tage geräumt oder freiwillig verlassen (vgl. Anhang G). In den Jahren 1986 und 1987 gab es erste länger andauernde Auszugsboykotte an der Höschgasse und an der Schmiede Wiedikon. Mit der sich zuspitzenden Wohnungsnot und der 1989 erstarkten Bewegung kam es erneut zu einer Häufung von Auszugsboykotten. An der Hüttisstrasse (1.10.1989-1.4.1990) und der Bäckerstrasse (1.10.1990-31.5.1991) fanden die letzten grossen Auszugsverweigerungen statt. Verglichen mit

⁶²² Revolutionäre Politik Nr. 12, Mai 1976, S. 2.

⁶²³ Infoladen für Häuserkrampf 1990, S. 3. Volksrecht, 24.11.1982.

⁶²⁴ Infoladen für Häuserkrampf 1990, S. 8.

Hausbesetzungen blieben Auszugsboykotte selten (laut der Zusammenstellung im Anhang G fanden zwischen 1980 und 1990 immerhin mindestens 17 Auszugsboykotte statt).

Auszugsboykotte erfolgten vorwiegend in den Zeiten, in denen die Hausbesetzerbewegung stark war. Besonders Mitte der 80er Jahre, als besetzte Häuser sofort geräumt wurden, hatten die im Auszugsboykott stehenden Liegenschaften eine wichtige Funktion (dies galt vor allem für die Schmiede Wiedikon und die Höschgasse), da sie als Auffangbecken für die BewohnerInnen der geräumten Häuser dienten. Die Auszugsboykotte nach 1989 gingen von der Wohnungsnotbewegung aus. Angesichts der geringen Zahl an Leerwohnungen war es den BewohnerInnen, denen gekündigt wurde, schlichtweg nicht möglich eine neue Unterkunft zu finden, in der kollektiv gewohnt werden konnte.

Dass nach 1990 keine Auszugsboykotte mehr stattfanden, hat verschiedene Gründe: nach 1989 wurde es infolge der veränderten Räumungspraxis möglich Häuser zu besetzen, die Bewegung verlor im Laufe der neunziger Jahre an Einfluss und schliesslich änderten die HausbesitzerInnen ihre Vermietungspraxis. Nachdem sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Mietende vermehrt mit rechtlichen Mitteln und Auszugsboykotten zu wehren begonnen hatten, änderten die VermieterInnen ihre Strategie – wie ein Besetzerkollektiv 1990 an einer Pressekonferenz feststellte: «So wurden alte Liegenschaften, die nicht genügend Bruttorendite abwarfen, nur noch mit so genannten Notmietverträgen oder in Gebrauchsleihe abgegeben, um zu gewährleisten, dass innert kürzester Zeit ein Umbau oder Neubau ohne Widerstand realisiert werden kann. [...] Im gleichen Zuge entstanden diverse pseudo-soziale Institutionen, die es sich zur Aufgabe machten, Wohnraum (Wohnungen, Häuser) von staatlicher und privater Seite aufzumieten und sie mit Untermietverträgen an sozial Schwächere weiter zu vermieten, um ihnen jegliches Recht auf Mieterstreckung zu nehmen.»⁶²⁵ Auszugsboykotte versprachen zudem auf die Länge kaum Erfolg: früher oder später mussten die Häuser verlassen werden (auch wenn parallel alle rechtlichen Mittel zum Verbleib genutzt wurden). Normalerweise folgte etwa vier Wochen nach der Auszugsverweigerung die Ausweisung durch den zuständigen Stadtamman.⁶²⁶ In verschiedenen Fällen – vor allem dann, wenn die BewohnerInnen versuchten, mit Rekursen den Abriss oder Umbau zu verhindern – konnte die Ausweisung verzögert werden.⁶²⁷ Diese vorübergehenden Teilerfolge trösteten aber nicht darüber hinweg, dass die Auszugsboykotte bloss eine aufschiebende Wirkung hatten und Abrisse respektive Luxussanierungen nicht verhindert werden konnten.

⁶²⁵ Pressemappe der Obdachlosensiedlung Kronenwiese, 19.4.1990.

⁶²⁶ Infoladen für Häuserkampf 1990, S. 8. Infoladen für Häuserkampf 1988.

⁶²⁷ Höschgasse 72-78: 355 Tage. Schmiede Wiedikon: 191 Tage. Ankerstrasse 124: 87 Tage. Hüttisstrasse 2-8: 183 Tage. Bäckerstrasse 51, 55: 243 Tage.

Radikale Widerstandsformen wie etwa ein Mieterstreik⁶²⁸ wurden selten in Betracht gezogen und konnten im Gegensatz zur Westschweiz nie verwirklicht werden. Der Mieterstreik der 30er Jahre wurde zwar immer wieder zitiert und nach eigenem Gutdünken interpretiert, eine Neuauflage wurde aber nie ernsthaft erwogen.⁶²⁹ In einer Aktion am 1. Oktober 1981 hängten Leute aus der Bewegung ein Transparent mit der Aufschrift «Miete sich wer kann. Mietzinsboykott» an das Grossmünster.⁶³⁰ Des weiteren stand ein Mieterstreik in einem Text der Fabrik-Zeitung zur Diskussion. «Falls wir jemals endgültig erfolgreich sein wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Mietpreise herunterpurzeln, dass die Mieter die Macht über den Mietpreis übernehmen. Als Perspektive heisst das, nicht nur einen ökonomisch erzwungenen, passiven Mieterstreik als Einzugsboykott, sondern einen aktiven, offensiven Mieterstreik als Verweigerung des monatlichen Tributs zu organisieren, und das nicht einfach punktuell, in einzelnen Häusern, sondern massenhaft, als Lebensgefühl.»⁶³¹ Solche Äusserungen blieben aber ganz selten.

In einigen Fällen gab es von anonymer Seite subversive Aktionen, die auf die Wohnungsnot aufmerksam machen wollten. Im März 1985 erhielten über 2000 städtische MieterInnen einen gefälschten Brief – angeblich von der Liegenschaftenverwaltung – der die beschlossene Mietzinserhöhung als ungültig erklärte. In einem anderen Fall befand sich ein Wohnungsinserat in der Zeitung, in dem die Wohnung von Stadtpräsident Thomas Wagner zu einem Mietzins von 980 Franken angeboten wurde.

3. Erfolge und Bilanz

Bei der Bilanz der Mieterproteste muss zwischen städtischen und privaten Liegenschaften unterschieden werden. Fielen die Erfolge allgemein schon eher dürftig aus, so war Widerstand bei privaten HausbesitzerInnen in den meisten Fällen aussichtslos. In einem ersten Teilabschnitt werden die Konflikte um die Sanierungen in den städtischen Siedlungen beleuchtet, wo Mieterproteste vereinzelt Einfluss nehmen konnten. In einem zweiten Teil werden die Gründe für die geringen Erfolgchancen von Mieterprotesten bei privaten HausbesitzerInnen untersucht.

a) Städtische Liegenschaften

Die Mieterkämpfe in den städtischen Siedlungen und Liegenschaften waren um ein Vielfaches erfolgreicher als diejenigen bei privaten HausbesitzerInnen – es gab aber auch hier Grenzen des Protests. Durch politischen Druck auf den Stadtrat konnte in verschiedenen Fällen ein Einlenken

⁶²⁸ Als Mieterstreik gilt die kollektive Weigerung der Mietzahlungen als Protest gegen Mietzinserhöhungen, Kündigungen oder ähnliches.

⁶²⁹ Videofilm. Bäcki bleibt. Zürich 1991. Das Standardwerk für die Auseinandersetzung mit dem Mieterstreik war Steffen Lindigs Buch 'Der Entscheid fällt an den Urnen'. Lindig 1979.

⁶³⁰ WoZ Nr. 2, 9.10.1981, S. 2.

⁶³¹ FaZ Nr. 8, November 1984, S. 3.

oder Entgegenkommen erreicht werden. Die Chancen auf Erfolg stiegen, wenn die Widerstandsformen an Vielfalt zunahmen. Aussichtsreich war dabei die Lancierung einer Initiative oder Petition, gute Öffentlichkeitsarbeit, die Einbindung möglichst vieler MieterInnen der betroffenen Siedlung und eine sauber ausgearbeitete Dokumentation über Alternativen. Rekurse wurden dagegen bei Mieterkonflikten in städtischen Liegenschaften eher selten eingereicht.

Eine ganze Reihe der mehr als 10'000 städtischen Wohnungen stammt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Viele davon waren über Jahre vernachlässigt worden und entsprachen nach Ansicht des Stadtrats nicht mehr den Anforderungen der Zeit. Um die Art und Weise, wie diese Wohnungen den zunehmenden Ansprüchen anzupassen seien – Abriss der ganzen Siedlung, Luxussanierung oder sanfte Renovation – entflammte in den 70er Jahren eine Debatte, die bis heute immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anwohnerschaft und städtischen Behörden geführt hat.

Die Renovation der Siedlung *Limmat I* im Kreis 5 verlief noch halbwegs reibungslos und bewies, dass sich eine Zusammenarbeit zwischen Behörden und MieterInnen für beide Seiten lohnen konnte. Mitte der 60er Jahre beabsichtigte die Stadt ihre Siedlung an der Limmatstrasse im Kreis 5 abzurechen und das Areal neu zu überbauen, was aber infolge dringlichen Bauvorhaben zurückgestellt wurde. Anfang der siebziger Jahre revidierte die Stadt die Pläne für die Siedlung *Limmat I* und versuchte die Anliegen der Quartierbevölkerung stärker zu berücksichtigen. Die Bürgerinitiative *Arbeitsgruppe Industriequartier* wurde dabei in die Planung miteinbezogen. 1974 gab das *Hochbauamt* eine Bewohnerumfrage in Auftrag, in der sich eine Mehrheit gegen den Abbruch aussprach. Im Vordergrund standen vielmehr der Einbau von Bädern und einer Zentralheizung. Eine leer stehende 3-Zimmerwohnung wurde als Musterwohnung ausgebaut und an einer anschliessend durchgeführten Mieterversammlung diskutiert.⁶³² 1978 wurde die Sanierung von der Stimmbevölkerung der Stadt Zürich bewilligt. Der Umbau verlief in der Folge ohne grössere Widerstände der MieterInnen.

Ebenfalls ohne Probleme verlief die Renovation der kleinen Wohnkolonie *Birkenhof*, welche 1974 abgeschlossen wurde, nachdem die BewohnerInnen zuvor über ihre Wünsche befragt worden waren.⁶³³ Heftige Proteste von MieterInnen gab es erstmals 1974 bei der Renovation der städtischen Wohnsiedlung *Bullingerhof*. Das *Mieterkomitee Bullingerhof* rief zu einer Mieterversammlung auf und kritisierte die massiven Mietzinserhöhungen von 154 auf 390 Franken für eine 3-Zimmerwohnung ohne Nebenkosten. Weiter forderte das Komitee die Mitsprache der BewohnerInnen bei der Projektentwicklung, feste Mietverträge für NotwohnungsmieterInnen und einen Rückzug der geplanten Umwandlung von 3- in 2½-Zimmerwohnungen an der Hardstrasse. Im September und Oktober 1974 führte das Mieterkomitee eine Umfrage unter den

⁶³² Weiss/Lanz 1980.

BewohnerInnen durch. Mit Hilfe von Fachleuten des *Instituts für Hochbauforschung* an der *ETH* wurde eine günstige Alternative zum städtischen Renovationsvorschlag erarbeitet. Der Erfolg der Kampagne hielt sich aber in Grenzen: von elf Forderungen wurden lediglich zwei erfüllt. VertreterInnen der Verwaltung erklärten, dass eine Mitsprache der MieterInnen in den städtischen Wohnkolonien nicht in Frage käme.⁶³⁴ Ein Unterschied zur Sanierung an der Limmatstrasse bestand darin, dass die Umfrage im *Bullingerhof* nicht von der Stadt, sondern vom Mieterkomitee durchgeführt wurde; bei der ersten Erhebung mussten sich die Behörden eher an die Ergebnisse halten.

Anfang der achtziger Jahre häuften sich die Auseinandersetzungen: Die Sanierungspläne für die Siedlungen *Rebhügel*, *Riedtli* und in den *Schindelhäusern* entfachten vielfältigen Widerstand gegen die städtische Renovationspolitik. Im Februar 1980 genehmigte der Gemeinderat die faktische Aushöhlung der Wohnungen in der Siedlung *Rebhügel* im Kreis 3 für 18 Millionen Franken. Aus Unzufriedenheit mit diesem Vorhaben formierte sich im Juni der *Verein Rebhügel*, in dem sich über 300 Wohnungssuchende und ein Teil der MieterInnen organisierten. Sie verlangten eine sanfte Renovation und die Freigabe der 90 von der Stadt frühzeitig geräumten Wohnungen. Verschiedene Aktivitäten wie ein 'Tag der offenen Tür', Grossveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit rangen der Stadt lediglich das Zugeständnis ab, allenfalls ein paar Wohnungen für den Verein zu reservieren – grundsätzlich stelle man sich aber andere MieterInnen vor. Da verschiedenen Mitgliedern des Vereins auf den 1.9.1980 beziehungsweise 1.10.1980 gekündigt wurde, beschloss der *Verein Rebhügel* die leeren Wohnungen kurzerhand neu zu beziehen.⁶³⁵ Am 30. August fuhren Dutzende von Autos und Lieferwagen vor, 60 leer stehende Wohnungen wurden bezogen und mit allem Nötigen eingerichtet. Noch am gleichen Abend kam jedoch die Polizei – ebenfalls mit Möbelwagen – und räumte alles wieder aus. Wenige Wochen später wurde die Luxusrenovation der *Rebhügel*-Siedlung in einer Volksabstimmung mit 72,6 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen.⁶³⁶ Der Totalumbau der Siedlung *Rebhügel* konnte trotz heftigem Widerstand nicht verhindert werden.

Eine Kehrtwende in der städtischen Siedlungspolitik wurde mit der Renovation der *Riedtli*-Siedlung in die Wege geleitet: Ähnlich wie bei der *Rebhügel*-Siedlung beabsichtigte die Stadt eine Luxusrenovation, die Entfernung der gesamten Inneneinrichtungen und die Änderung der Grundrisse. Der Anteil von Kleinwohnungen sollte um 40 Prozent vergrössert werden. Am 18.1.1982 reichte der 1977 gegründete *Riedtli-Verein* eine Einzelinitiative ein, die eine werterhaltende Renovation für maximal 25 Millionen Franken anstrebte (im Gegensatz zur 40

⁶³³ Magazin Nr. 48, 30.11.1974, S. 23-27.

⁶³⁴ Mieterblatt Nr.1, Sommer 1975, S. 4.

⁶³⁵ Volksrecht, 25.8.1980.

⁶³⁶ AGÖP 1984, S. 64.

Millionen Franken teuren Sanierung der Stadt). Hauptanliegen war dabei, nur das zu erneuern, was auch wirklich notwendig war. «Neue Fenster sollen nur da eingebaut werden, wo sich eine Renovierung nicht mehr lohnt. [...] Durch eine genaue Bestandesaufnahme jeder einzelnen Wohnung soll ein Zustandsbericht erstellt und ein Innenrenovationsprogramm aufgestellt werden, das auf die individuellen Unterschiede Rücksicht nimmt.»⁶³⁷ Obwohl sich der *Riedtli-Verein* während vier Jahren gegen die beabsichtigte 'Kahlschlagvariante' wehrte und sich bei einer Umfrage des *Riedtli-Vereins* 93 Prozent der MieterInnen gegen die Maximalrenovation äusserten, zog der bürgerlich dominierte Gemeinderat im Februar 1982 die Luxusrenovation vor.⁶³⁸ Die Zürcher Stimmbevölkerung war jedoch anderer Ansicht: die Einzellinitiative des *Riedtli-Vereins* für eine werterhaltende Renovation wurde im September 1982 mit 57,8 Prozent Ja angenommen, während die städtische Vorlage nur 43 Prozent der Stimmen erhielt. Die durchschnittliche Mietzinserhöhung betrug rund 58 Prozent anstatt der prognostizierten bis zu 130 Prozent beim städtischen Vorschlag.⁶³⁹ Durch die vergleichsweise geringe Erhöhung der Mieten blieb die altersmässige und soziale Durchmischung erhalten, was bei den hohen Mietzinserhöhungen nach einer Luxusrenovation nicht möglich gewesen wäre.

Auch im Falle der *Schindelhäuser* (offiziell Siedlung *Nordstrasse*) in Zürich-Wipkingen konnten die BewohnerInnen einen Teilabriss nach einer langjährigen Auseinandersetzung verhindern. 1976 wurden erste Abbruchpläne für die 150 Wohnungen umfassende Siedlung bekannt. Die Stadt wollte zu diesem Zeitpunkt in eigener Regie eine Grossüberbauung realisieren, was bei den BewohnerInnen und im Quartier auf grossen Widerstand stiess. Die Stadt zog daraufhin zwar ihr Projekt zurück, die Pläne für einen Abbruch wurden aber nie ganz aufgegeben. Neu einziehenden MieterInnen wurde im Mietvertrag verboten an Versammlungen teilzunehmen, welche die Zukunft der Häuser betrafen.⁶⁴⁰ Im Frühjahr 1981 wurde bekannt, dass die Stadt die Siedlung der *Baugenossenschaft der Strassenbahner* für eine Neuüberbauung überlassen wollte. Die Stadt verfolgte damit die Absicht gute SteuerzahlerInnen in die Stadt zu locken.⁶⁴¹ Wiederum formierten sich die MieterInnen und gründeten Anfang Juni 1981 den *Verein Schindelhäuser*. Der Architekt Peter Noser erarbeitete ein Renovationsprojekt mit geringen Mietzinsaufschlägen und am 4.2.1982 wurde dem Stadtrat eine von 70 Prozent der erwachsenen MieterInnen der Kolonie unterzeichnete Petition zur Erhaltung der Schindelhäuser übergeben. Und tatsächlich änderte der Stadtrat seine Pläne; nach jahrelangem Widerstand konnten die BewohnerInnen einen Erfolg feiern. Infolge des öffentlichen Drucks entschloss sich der Stadtrat im November 1983 die Häuser zu sanieren. Eine Baukommission – der auch zwei Mietervertreter angehörten – erarbeitete ein minimales

⁶³⁷ Mieter-Zeitung, September 1982, S. 6.

⁶³⁸ AGÖP 1984, S. 66. Mieter-Zeitung, September 1982, S. 6. Riedtli-Verein 1978, S. 8.5.

⁶³⁹ TA, 8.9.1986.

⁶⁴⁰ AGÖP 1984, S. 66. TAM Nr. 38, 19.9.1981, S. 17.

⁶⁴¹ TAM Nr. 38, 19.9.1981, S. 17.

Renovationsprogramm, wodurch die Mieten nur geringfügig erhöht werden mussten.⁶⁴² Der Umbau konnte dank einer Umfrage von Wohnung zu Wohnung individuell gemäss den finanziellen Möglichkeiten der BewohnerInnen durchgeführt werden.

In allen bisher beschriebenen Beispielen – ausser im Falle der Siedlung *Limmat I* – wehrte sich ein Grossteil der BewohnerInnen gegen die Pläne der Stadt. Diese beabsichtigte mit ihren Renovations- oder Neubauprojekten finanzkräftigere SteuerzahlerInnen anzuziehen, was einer Vertreibung eines Grossteils der bisherigen BewohnerInnen gleichgekommen wäre. «In allen beschriebenen Fällen ist die Politik der Stadt identisch: billige Altbauwohnungen werden saniert, auf Kosten der immer gleichen Randgruppen, die von der allgemeinen Wohnungsnot eh schon am stärksten betroffen sind: Unverheiratete, die keine Genossenschaftswohnung bekommen können, sich aber auch kein 1-Zimmer-Appartement leisten können. Rentner, denen nur noch der Umzug ins Altersghetto übrig bleibt.»⁶⁴³ Der Widerstand der BewohnerInnen und der Quartierbevölkerung äusserte sich jedoch von Fall zu Fall verschieden. Im *Bullingerhof* konnte das Mieterkomitee, obwohl eine Mehrheit der BewohnerInnen hinter ihm stand, noch wenig erreichen. Die Kampagne und Besetzung des *Vereins Rebhügel* wurde zum Grossteil von Leuten von ausserhalb der Siedlung – insbesondere Teilen der ‘Bewegig’ – organisiert, welchen die BewohnerInnen eher skeptisch und zum Teil sogar offen feindselig gegenüberstanden. In den *Schindelhäusern* war der Verein gut verankert; der Widerstand wurde aber von den zahlreichen in der Siedlung wohnhaften Jugendlichen angeführt. Nur dem *Riedtli-Verein* gelang es Alte und Junge gemeinsam zu organisieren. Die älteren MieterInnen verliessen hier nicht sicherheitshalber vorzeitig die Siedlung, sondern unterstützten ihren Verein. Gleichzeitig schien nach der verlorenen *Riedtli*-Abstimmung und den 1982 neu gewählten weniger konservativen StadträtInnen im *Hochbau-* und *Finanzdepartement* ein Umdenken eingesetzt zu haben. «Stadträtin Ursula Koch [SP] wie auch Willy Küng [CSP] begrüsst die Lösung, die für die ‘Schindelhäuser’ erarbeitet worden ist. Zwar sei es ‘ein zeitraubender Prozess’ gewesen, der sich aber ‘für beide Seiten gelohnt’ habe. Ein Umdenken habe nicht nur im Bauamt stattgefunden, auch die städtische Liegenschaftenverwaltung habe sich mit einem neuen bisher einmaligen Vorgehen befassen müssen.»⁶⁴⁴ Mit der einvernehmlichen Sanierung des *Erismannhofs* und fünf städtischen Liegenschaften an der Chorgasse konnte dieser Wandel fortgesetzt werden.⁶⁴⁵

Der Gesinnungswandel innerhalb der städtischen Ämter galt für die Häuser im *Dreieck* Zweier-, Anker- und Gartenhofstrasse nicht mehr (vgl. Anhang B): im Herbst 1976 erfuhren die Mieter aus

⁶⁴² Eine 2-Zimmerwohnung sollte laut Stadtbehörden nach der Renovation monatlich 337 Franken anstatt 196 Franken kosten, eine 3-Zimmerwohnung 407 Franken anstatt 243 Franken TA, 1.10.1986, S. 19. Eine 4 1/2-Zimmerneubauwohnung der ‘Baugenossenschaft der Strassenbahner’ hätte nach Schätzungen etwa 1560 Franken gekostet. TAM Nr. 38, 19.9.1981, S. 17.

⁶⁴³ AGÖP 1984, S. 66.

⁶⁴⁴ TA, 1.10.1986, S. 19.

der Presse, dass sieben Häuser und die Innenhofgebäude zugunsten eines Neubaus abgerissen und das Areal im Baurecht an eine Baugenossenschaft abgegeben werden sollte. Das Ergebnis eines Projektwettbewerbs der Stadt vermochte aber niemanden so richtig zu überzeugen.⁶⁴⁶ Trotzdem genehmigte der Stadtrat im März 1989 ein Vorprojekt, währenddem die BewohnerInnen ein Alternativprojekt erstellen liessen, das den günstigen Wohnraum erhalten wollte. Im September 1990 äusserte sich Ursula Koch in einem Leserbrief an die WoZ dahin gehend, dass die Häuser stehen gelassen würden, wenn die Renovationskosten gleich hoch oder geringer als die Kosten für die Neubauten wären.⁶⁴⁷ Entgegen dieser Aussage – der Neubau war teurer prognostiziert und für beide Projekte berechnete man gleiche Mietzinsen – entschloss sich der Stadtrat 1992 für den Neubau.⁶⁴⁸ «Der günstige Wohnraum, wie er heute in den sanierungsbedürftigen Häusern zur Verfügung stehe, hätte in keinem Fall erhalten werden können», stellte Stadtrat Willy Küng (CSP) an einer Pressorientierung fest.⁶⁴⁹ Da die Neubauvariante im Gemeinderat jedoch wenig Chancen gehabt hätte, zog Koch das Projekt im April 1993 zurück. Gleichzeitig zeigte sich die *Stiftung zum Bau billiger Wohnungen ohne öffentliche Beiträge (SBW)* interessiert, das *Dreieck* im Baurecht zu übernehmen und die Renovation unter Einbezug der MieterInnen durchzuführen, was der Gemeinderat im Juli 1995 diskussionslos unterstützte. Dass im *Dreieck* einer der wenigen Mieterkämpfe siegreich zu Ende geführt werden konnte, liegt unter anderem in der Vielfältigkeit des Protests: «Allerlei Aktionen und parlamentarische Vorstösse, Quartierfeste und ein sorgfältig ausgearbeitetes Gegenprojekt – der Verein Das Dreieck hat alle Register gezogen, nie aufgegeben und zum Schluss Erfolg gehabt.»⁶⁵⁰ Die ausschlaggebenden Unterschiede zu weniger erfolgreichen Mieterkonflikten bildeten letztendlich die informellen Kontakte zur *SBW* und der Tatbestand, dass das Areal der Stadt gehörte.

Trotz dem in den 80er Jahren eingeleiteten Sinneswandel verfolgte der rot-grüne Stadtrat nach dem Regierungswechsel 1990 keine sozial orientierte Wohnungspolitik. Während der Rezession setzte die Regierung 1993 gar umstrittene Mietzinserhöhungen in den städtischen Wohnungen durch. «Inzwischen sind die Zeiten jedoch vorbei, in denen der Kampf um billigen Wohnraum zu den Schwerpunkten linker Politik gehörte. Immer öfter erfahren Eingeweihte aus dem Mund sozialdemokratischer 'Wohnbauspezialisten', dass Altbauwohnungen heute 'zu billig' vermietet

⁶⁴⁵ TA, 16.8.1985, S. 19. TA, 1.10.1986, S. 19.

⁶⁴⁶ NZZ, 10.10.1987, S. 55.

⁶⁴⁷ WoZ Nr. 36, 7.9.1990, S. 24.

⁶⁴⁸ Der Vergleich der zwei Projekte durch den Stadtrat zeigte, dass die stadträtliche Variante mit 19 Millionen Franken doppelt so teuer wie der Vorschlag der BewohnerInnen ausfiel (9,5 Millionen) – dies allerdings bei einer wesentlich höheren Ausnutzung von 5500 statt 3500 Quadratmetern Bruttogeschossfläche. Die Mieten wurden in beiden Projekten etwa gleich hoch prognostiziert. Nach Berechnungen der WoZ waren diese Zahlen aber mit Vorbehalt zu betrachten. Der Kostenvergleich des Stadtrats zählte auch die Fläche der Untergeschosse mit (Kellerplätze, die monatlich für 700 Franken vermietet werden müssten). Vergleicht man die reine Wohnfläche, würde eine Wohnung im Neubau monatlich 70% mehr kosten. TA, 10.9.1992, S. 21. WoZ Nr. 13, 2.4.1993, S. 4.

⁶⁴⁹ Willy Küng zitiert im TA, 10.9.1992, S. 21.

⁶⁵⁰ TA, 15.2.1996, S. 19.

würden.»⁶⁵¹ Wie schon die bürgerliche Regierung zu Beginn der 80er Jahre verfolgte der rot-grüne Stadtrat – speziell nach dem Wechsel im *Hochbaudepartement* von Koch zu Ledergerber im Jahr 1998 – als zentrales wohnpolitisches Ziel den Zuzug guter SteuerzahlerInnen. Erreichen wollte man dies in erster Linie mit dem Legislaturprogramm *10'000 Wohnungen in 10 Jahren*. Im Rahmen von Renovationen städtischer Siedlungen legte die Stadt mehrfach städtische Wohnungen zusammen, was bei der Mieterschaft eher skeptisch aufgenommen wurde. Durch den Stimmungswandel in der SP fehlte diesen Leuten aber eine gewichtige Stimme: die Proteste waren zumeist isoliert und schlecht organisiert. Einzig der *Verein Pro Riedtli* vermochte 2001 dem Stadtrat Paroli bieten. Als dieser erneut aufwändig renovieren wollte, konnte nach einem längeren Streit ein Kompromiss ausgehandelt werden.⁶⁵² Die Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt um die Jahrtausendwende führte zu wachsendem öffentlichen Druck auf den Stadtrat. Als Reaktion ergänzte dieser das Programm *10'000 Wohnungen in 10 Jahren 2002* unter dem Motto *Wohnen für alle* mit bescheidenen Massnahmen für EinwohnerInnen der unteren Einkommensklassen – speziell für alte Menschen und Studierende.

Es erstaunt vor diesem Hintergrund kaum, dass der erste Abriss einer städtischen Siedlung seit mehr als 40 Jahren ausgerechnet vom rot-grünen Stadtrat initiiert wurde. 1999 wurde bekannt, dass die Siedlung *Bernerstrasse* in der Grünau einem Neubau weichen sollte, mehr als 700 Personen wurden zwischen 2002 und 2004 umgesiedelt. Federführend für den Abriss war die *Fachstelle für Stadtentwicklung* – schon 1997 (also noch während der Ära Koch) gab es im Stadtrat einen ersten Vorstoss zur Erneuerung dieser städtischen Siedlung. Die Behörden begründeten den Abriss mit der mangelhaften Bausubstanz und 'unzeitgemässen' Wohnungen – im Grunde ging es jedoch um Bevölkerungspolitik: Hauptgrund für den Totalabriss war die angestrebte bessere soziale Durchmischung des Quartiers.⁶⁵³ Ein Teilabriss wurde frühzeitig ausgeschlossen, damit Grünau durch eine 'Zielmieterschaft Mittelschicht' aufgewertet werden könne: «Durch einen Neubau und zusätzliche Nutzungen soll sich die Attraktivität der gesamten Grünau erheblich verbessern. Damit lässt sich die anvisierte MieterInnenschicht neu definieren. Die Ausrichtung auf eine neue Mieterschaft aus stabilen sozialen Strukturen kann zu einer echten sozialen Stärkung des Gebiets beitragen.»⁶⁵⁴ Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren mehrheitlich positiv, das Grünauquartier hatte einen schlechten Ruf, was auch damit zusammenhing, dass ein Grossteil der BewohnerInnen ausländischer Herkunft war. Niklaus Scherr, Geschäftsleiter des *Mieterverbands* der Stadt Zürich, bezeichnete 2001 das Vorgehen der Stadt gegenüber der Wochenzeitung als 'Sozialarbeiteroffensive'. Die sozialen Probleme, welche die

⁶⁵¹ WoZ Nr. 15, 16.4.1993, S. 7.

⁶⁵² TA, 13.1.2003, 13. S. TA, 23.1.2002, S. 14.

⁶⁵³ Stärk 2003, S. 121.

⁶⁵⁴ Schlussbericht zum Workshop Bernerstrasse – Quartier Grünau zitiert in Stärk 2003, S. 121.

Auflösung der günstigen Wohnungen verursache, würden einfach dem *Sozialdepartement* zugeschoben.⁶⁵⁵ Kritik wurde jedoch nur vereinzelt laut – die Stadt verstand es mit einem enormen Aufwand für eine soziale Abfederung zu sorgen und mittels dem Zwischennutzungskonzept *Fuge* (vgl. Exkurs VI) Besetzungen und somit eine breitere Diskussion über Kompromisslösungen zu verhindern. Das grosse Engagement verstand sich vor allem vor dem Hintergrund, dass der Abriss der *Bernerstrasse* für die Stadt Pioniercharakter hatte. Wollte sie den Abriss städtischer Liegenschaften salonfähig machen – der Abriss der Siedlung *Brunnenhof* am Bucheggplatz und die Siedlung *Rautistrasse* ist bereits beschlossen – so musste beim Pilotprojekt alles klappen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Sanierungen städtischer Siedlungen und Liegenschaften immer wieder für viel Konfliktpotential sorgten. Zumeist stiess der Wunsch der Regierung, mittels Neubauten oder grosszügiger Renovation Quartiere aufzuwerten und die im Rahmen der Suburbanisierung verlorenen Steuereinnahmen durch den Zuzug von zahlungskräftigen EinwohnerInnen zu kompensieren, auf den Widerstand der MieterInnen. Diese forderten, dass die Stadt soziale Verantwortung übernehmen und kommunale Siedlungen für Menschen zur Verfügung stellen solle, welche auf dem offenen Wohnungsmarkt nur mit grosser Mühe eine bezahlbare Unterkunft fänden. Die städtische Liegenschaftspolitik wurde über die Jahre im Grossen und Ganzen unabhängig von der politischen Gesinnung der (Gesamt-)Regierung gehandhabt, sondern vielmehr durch die jeweiligen VorsteherInnen des *Bauamts II* und des *Finanzdepartements* beeinflusst. Ein Beleg dafür ist, dass in den 90er Jahren zwar eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat befand, die städtische Siedlungspolitik sich gleichwohl nach steuerkräftigen MieterInnen ausrichtete.

b) Private HausbesitzerInnen

Bei privaten EigentümerInnen fällt die Bilanz der Proteste von Mietergruppen negativ aus.⁶⁵⁶ Die Auseinandersetzungen gleichen einem Kampf zwischen David und Goliath. So finden sich zwischen 1968 und 2005 nur ganz wenige Beispiele, bei denen sowohl die Baustruktur als auch die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft erhalten werden konnte – am ehesten noch bei genossenschaftlichen Renovationsprojekten anfangs der 2000er Jahre (vgl. Exkurs VII). Wenn überhaupt, dann konnten denkmalpflegerische Erfolge erzielt werden. Im Falle der *Fierzhäuser* scheiterten die Pläne für eine Neuüberbauung der Firma Göhner entlang der Langstrasse in erster Linie an einigen beharrlichen, alteingesessenen EigentümerInnen, die nicht gewillt waren ihre

⁶⁵⁵ WoZ Nr. 37, 13.9.2001, S. 7.

⁶⁵⁶ Die Liste der Niederlagen ist lang: Abgerissen wurden die *ABZ*-Siedlung Affolternstrasse, die Häuser der Alten Feldeggenstrasse 2-8, die Ecke Zentral-/Martastrasse, die Höschgasse 72-78, die Wiesenstrasse 610, die *Aktienhäuser*, das *Tor zu Aussersihl*, die Häuser an der Schmiede Wiedikon und am Tessinerplatz usw. Luxussaniert wurden die Ekkehardstrasse 17, 25 und 31, die Universitätstrasse 89 und viele mehr.

Häuser zu verkaufen. Dazu kam eine Einzelinitiative von René Oswald, die dazu führte, dass im Fierz-Quartier eine Kernzone gemäss *PBG* realisiert wurde, die das Ensemble schützte.⁶⁵⁷ Die Häuser konnten zwar längerfristig erhalten werden, wurden dann aber in der Folge teuer weiterverkauft, was zur Verdrängung vieler alteingesessener Haushalte führte. Ähnlich war das Fazit an der Ekkehardstrasse 17, 25 und 31: Die BewohnerInnen wehrten sich mit dem *WEG* erfolgreich gegen den Abbruch ihrer Häuser. Anstelle eines Neubaus realisierte die Besitzerin in der Folge eine Luxusrenovation, was der Vertreibung eines guten Teils der Mieterschaft bedeutete.⁶⁵⁸

Ein Beispiel, bei dem einem Besitzer Zugeständnissen abgerungen werden konnte, die rechtlich nicht nötig gewesen wären, war die geplante Luxussanierung von 19 Altstadtliegenschaften an der Ecke Rennweg/Augustinerstrasse. Ein Teil dieser alten Häuser sollte nach dem Willen der Eigentümerin *Schweizerische Bankgesellschaft (SBG)* abgerissen werden, bei den übrigen Häusern waren Neubauten unter Belassung der alten Fassaden geplant. Während der *Einwohnerverein Altstadt links der Limmat* eine Volksinitiative zum Erwerb der Liegenschaften durch die Stadt lancierte, ging der *Anwohnerverein Pro Augustinerquartier* auf juristischer Ebene gegen die Luxussanierung vor und organisierte eine Besichtigung der Häuser durch QuartierbewohnerInnen. Im Vorfeld der Abstimmung präsentierte die *SBG* ein überarbeitetes Projekt, das in Zusammenarbeit mit der städtischen Denkmalpflege entstanden war. Die Bausubstanz würde nur dort verändert, wo dies 'unvermeidbar' sei. Der *Einwohnerverein Altstadt links der Limmat* hielt trotzdem an der Initiative fest, da nicht auf alle Forderungen eingegangen worden war. Zwar wurde das Begehren klar abgelehnt, doch konnte nach den Zugeständnissen der *SBG* immerhin ein für die Quartierbevölkerung halbwegs vertretbareres Projekt verwirklicht werden.⁶⁵⁹

Selbst im Falle der umkämpften Neuüberbauung im *Viereck* Badener-, Ankerstrasse, Grün-, Wyssgasse, wo die Chancen für einen erfolgreichen Protest so gut wie selten standen, konnte der Spekulant Andreas Eberle im Januar 2004 mit dem Abriss beginnen. Im *Viereck* hatten sich eine Vielzahl von Gruppen – vom etablierten *Heimatschutz*, über den sich aus AnwohnerInnen zusammen gesetzten *Verein Viereck* bis hin zur Hausbesetzerszene – vereint und in einer selten zuvor da gewesenen Breite für eine quartierverträglichere Lösung geworben. Dabei konnte der Widerstand von den Erfahrungen der beteiligten AktivistInnen aus dem *Dreieck* profitieren, wurde lange Zeit von den Behörden unterstützt und nutzte die ganze Bandbreite an Widerstandsformen: vom Rekurs bis zur persönlichen Attacke auf den Bauherrn mittels Plakaten und Ausflügen zu

⁶⁵⁷ Gründe für das Zustandekommen der Einzelinitiative waren Lobbyarbeit bei den Parteien (man konnte die *SP* und *CVP* hinter sich scharen) und die guten Beziehungen zu den Behörden.

⁶⁵⁸ Focus Nr. 107, Mai 1979, S. 4f. Mieteraktion Ekkehardstrasse 1976.

⁶⁵⁹ Rüegg u.a. 1985, S. 159-161.

dessen Schloss.⁶⁶⁰ Am Ende blieben alle Bestrebungen vergeblich: «Das Recht auf Privateigentum wagt in der Schweiz kein Politiker anzutasten und somit sinken die Erfolgchancen für stadtpolitische Protestbewegungen bei privaten Neubauprojekten nahezu auf Null.»⁶⁶¹

Eines der wenigen erfolgreichen Beispiele eines Mieterkampf gegen einen privaten Eigentümer ist die Hohlstrasse 149/151. Die BesetzerInnen des Rosengarten 30 erhielten die Liegenschaft im Herbst 1995 in einer Art Tauschgeschäft, wobei sie eine pauschale Miete zu bezahlen hatten. Seither leben in der Doppelliegenschaft rund 20 Personen in einer Grosswohngemeinschaft; im Juli 2000 gründeten sie die *Genossenschaft Hohlraum*, mit dem Ziel die Liegenschaft zu erwerben, was aber an den Preisvorstellungen des Besitzers scheiterte. Nach 2001 plante eine Ostschweizer Investorengruppe stattdessen einen Neubau mit Eigentumswohnungen. Im Februar 2002 wurde dieses Projekt im Rahmen der Ausstellung 'Stand der Dinge – neues Wohnen in Zürich' ausgewählt, welche 27 architektonische Neubauprojekte zur Jahrtausendwende zeigte. An der Eröffnung der Ausstellung störten rund 50 Autonome und GegnerInnen des Neubauprojekts die Rede von Stadtrat Elmar Ledergerber mit Zwischenrufen wie 'Bauen, bauen, bauen' beziehungsweise 'Wo-Wo-Wonige' und bewarfen ihn mit Eiern.⁶⁶² In der Folge wehren sich die Hohlstrasse-BewohnerInnen zusammen mit der Nachbarschaft mittels eines Baurekurses; daneben gab es auch persönliche Angriffe auf ExponentInnen des Neubauprojekts. Zugute kam der Bewohnerschaft die Lage an der *Westtangente*, wo es starke Lärmemissionen gibt und die Unsicherheit bezüglich einer allfälligen Verbreiterung der Hohlstrasse nach der Fertigstellung des Uetlibergtunnels 2008. Nachdem der Baurekurs in allen Belangen recht bekam, wurde das Neubauprojekt sistiert. Der *Genossenschaft Hohlraum* verhandelte darauf ab Sommer 2004 erneut mit dem Eigentümer, im Januar 2006 kam es zum definitiven Erwerb der Liegenschaft. Die Gründe für die Erfolglosigkeit der Mieterkämpfe liegen auf der Hand. Die Logik des Wohnungsmarktes widerspricht den Anliegen der MieterInnen fundamental. Nach einer Luxussanierung kann ein Vielfaches mehr an Miete verlangt werden, Neubauten zahlen sich zudem durch die bessere Nutzung des Bodens aus und nicht selten kann ein erhöhter Teil der Nutzungsfläche in Form von Büros rentabler vermietet werden. Infolge fehlender Vorschriften und Gesetze (schwacher Mieterschutz, wirkungsloses WEG usw.) konnten die HausbesitzerInnen mehr oder weniger tun und lassen, was sie wollten. Die Widerstandsformen, mit welchen sich MieterInnen zur Wehr setzten (Rekurse gegen Bau- und Abbruchbewilligungen, Mieterstreckung usw.), verzögern den Auszug im besten Fall um ein paar Jahre und sind zudem mit einem

⁶⁶⁰ Detaillierte Infos auf www.stadt-wohnen.ch

⁶⁶¹ WoZ Nr. 1+2, 8.1.2004, S. 8.

⁶⁶² TA, 12.2.2002, S. 15.

grossen finanziellen Risiko verbunden.⁶⁶³ Infolge des ungenügenden Schutzes der MieterInnen wurde von den rechtlichen Mitteln aus Angst vor Sanktionen oft kein Gebrauch gemacht.⁶⁶⁴ Im Zusammenhang mit Kündigungsschutz und unrechtmässigen Mietzinserhöhungen kam ein Mieterberater 1982 zu folgendem Schluss: «Wie man die Sache auch drehen will: Beim Aushandeln der Mietvertragsbedingungen diktiert der Vermieter, was zwischen ihnen gelten soll. [...] Und während der Dauer der Miete ergeben sich für den Vermieter genug Möglichkeiten, dem Mieter seine Wohnsituation unerträglich zu machen, wenn dieser auf seine Ansprüche pocht oder sogar einmal siegreich aus einem Prozess hervorgeht. Die Kündigung ist beileibe nicht das ausschliessliche Druckmittel des Vermieters.»⁶⁶⁵ Ein gutes Beispiel hierfür war der Mieterkampf an der Universitätstrasse 89, die der *Verein Dach* seit Mitte der 70er Jahre kollektiv bewohnte. Als 1978 die Hypothekarzinssenkung nicht weitergegeben wurde, gelangten die MieterInnen an das Mietgericht. Der *Verein Dach* bekam vom Richter Recht, ein Rekurs des Besitzers blieb erfolglos. Da der Hausbesitzer aber schon zum Voraus mit einem für ihn negativen Entscheid gerechnet hatte, war das Haus unterdessen (mit einem Gewinn von annähernd einer halben Million Franken) weiterverkauft worden. Das Nachsehen hatten die aufmüpfigen MieterInnen, die zwar erfolgreich für ihre Rechte gekämpft hatten, aber nichtsdestotrotz im März 1980 die Kündigung erhielten. Wiederum wehrte sich der Verein und focht die Kündigung erfolgreich an, da zu diesem Zeitpunkt der Mietzinsreduktionsprozess noch hängig gewesen war. Doch wenige Tage später folgte die zweite Kündigung, die nur noch durch 1½-jährige Mieterstreckung aufgeschoben werden konnte. Das Fazit war trotz der Hinauszögerung der Kündigung ernüchternd, wie zwei ehemalige BewohnerInnen gegenüber dem Tages-Anzeiger feststellten: «[...] das Ganze war nur eine Hinausschieberei. Als Mieter ist man letzten Endes trotz allem der Beschissene, wenn man den legalen Weg durch die Institutionen geht. [...] Heute würde ich jedem von einem Prozess abraten. Die Voraussetzungen waren optimal, denn wir hatten als Verein genügend Geld und konnten uns einen Rechtsanwalt und Prozesskosten leisten. Trotzdem war das Ganze ein Bumerang, welcher uns letztlich die Kündigung bescherte.»⁶⁶⁶ Auch private Neubauprojekte, welche in den Medien kritisch diskutiert wurden und/oder zur Abstimmung kamen (Überbauung am Tessinerplatz, Stauffacher, Schmiede Wiedikon, Kreuzplatz u.a.), konnten in keinem einzigen Fall verhindert werden (vgl. III.A.3c). Die privaten BesitzerInnen liessen sich dabei auch nicht von wissenschaftlichen Untersuchungen überzeugen, welche den Erhalt der Häuser propagierten: So

⁶⁶³ Die Kosten der Einsprachen oder deren Rekurse (Einsprachen gegen abgelehnte Einsprachen) verdoppeln sich in etwa pro Instanz. Zu diesen Kosten kamen im Falle einer Niederlage noch die Anwaltskosten der Gegenpartei. Die Kosten schwanken von Fall zu Fall stark. Infoladen für Häuserkampf 1990, S. 12.

⁶⁶⁴ Zumindest bis zur Inkraftsetzung des Gegenvorschlags zur *Mieterschutz-Initiative* und dem verbesserten Kündigungsschutz von 1994

⁶⁶⁵ Mieter-Zeitung, Dezember 1981, S. 1.

⁶⁶⁶ TA, 24.2.1982, S. 47.

änderte etwa ein *ETH*-Gutachten von Mario Rinderknecht, in dem die sanfte Renovation der alten Schmiede Wiedikon als realistisch angesehen wurde, nichts an den Absichten der BauherrInnen.

D. Geschichte der Hausbesetzungen

1. Entwicklung des Häuserkampfes

Seit Anfang der siebziger Jahre fanden in Zürich Hausbesetzungen statt. Zum Dauerbrenner wurden diese allerdings erst ab den achtziger Jahren. Die Häuserkämpfe verliefen in ihrer Intensität wellenartig. In der Zeitspanne von 1980 bis 2005 sind drei Phasen – ich nenne sie Besetzungswellen – auszumachen, in welchen von einer eigentlichen Hausbesetzerbewegung gesprochen werden kann: die Zeit der 80er 'Bewegig', die *Netz-Zeit* und die Zeit nach der Wohnungsnotbewegung.

a) Hausbesetzungen in den 70er Jahren

Die meisten Hausbesetzungen der 70er Jahre standen unter dem Schlagwort Mieterkampf und strebten die Mobilisierung der MieterInnen an. Die ersten Zürcher Besetzungen war geprägt vom Klassenkampf und der avantgardistischen Quartierarbeit.⁶⁶⁷ Dies drückte sich neben der klassenkämpferischen Sprache darin aus, dass Flugblätter und anderes Propagandamaterial oft zweisprachig (Deutsch/ Italienisch) verfasst waren um zusätzlich auch die italienischen Arbeiter anzusprechen. Die anfangs der 70er Jahre im Häuserkampf aktiven Avantgardegruppen versuchten nicht nur in den Fabriken zu mobilisieren, sondern auch bei der Mieterschaft in den Quartieren (vgl. III.B.1).

Den allerersten HausbesetzerInnen Zürichs lagen diese Ziele freilich fern. Die Mitglieder der *Lone Stars*, die Vorgänger der *Hells Angels*, bewohnten nach 1968 leer stehende Häuser. Die Rocker schliefen in Abbruchhäusern und zogen weiter, wenn sie von der Polizei oder den HausbesitzerInnen vertrieben wurden. Willi Wottreng erläutert dazu in der Biographie 'Tino, der König des Untergrunds: die wilden Jahre der Halbstarcken und Rocker': «Sie sind Kommunarden und Hausbesetzer, bevor die Studenten den Begriff erfinden. Manchmal wechseln sie täglich ihre Logis. Dadurch scheinen sie überall in der Stadt zugleich zu sein. Die Behörden werfen ihnen Hausfriedensbruch vor; die Rocker bezweifeln, dass sie unbefugterweise in Häuser einbrechen, wenn doch die Besitzer Wohnraum verlottern lassen.»⁶⁶⁸ Den Rockern ging es in erster Line um ihren mit allen Gesellschaftsnormen brechenden Lebensstil, wobei in Ansätzen auch ein

⁶⁶⁷ In den Dokumenten des Häuserkampfes der 80er und frühen 90er Jahre fanden sich nur noch selten Hinweise auf eine aktive Beteiligung marxistischer, kommunistischer oder leninistischer Organisationen; vielleicht nicht zuletzt auch wegen der geringen Erfolge ihrer Mobilisierung während der *Hegibach*-Besetzung und der Kritik, welche sie für ihr damaliges Verhalten einstecken mussten. In einem 1989 während den *Aufläufen gegen Speckis* verteilten Flugblatt ('Wohnungsbaupleite des Kapitalismus im 20. Jahrhundert') wurde von Seiten der *Internationalen Kommunistischen Strömung (IKS)* sogar Kritik am Häuserkampf geäußert. «Häuserkampf ist kein Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes, sondern eine interklassistische Bewegung, die an den Wurzeln der kapitalistischen Ausbeutung vorbeigeht.» Wiederum in einem Flugblatt des *Revolutionären Aufbaus* ('Die Spaltung überwinden heisst das Kapital besiegen', November 1993) stand über Hausbesetzungen: «Betrachten wir besetzte Häuser nicht als Ziel, sondern als Ort, wo sich Leute politisieren und den Keim eines anderen Lebens entwickeln können.»

politisches Bewusstsein auszumachen war. So beklagte Tino in einem Interview die prekäre Wohnungsnot und wie er die StudentInnen ergebnislos aufgefordert hatte eigene 'Slums' zu bauen: «[...] eigentlich müssten sie dann aber eben grad das Zimmer aufgeben und ihre Lieblingsbücher und Schallplatten und die paar Sachen, wo sie daran hängen, entweder ins Schliessfach tun oder bei einem Kollegen abgeben oder sonst bei jemandem deponieren, und mit dem Nötigsten, was sie brauchen, kommen und mitmachen, und dass wir wirklich eine kleine Stadt wären, und die Mädchen mitbringen.»⁶⁶⁹ Tinos politische Einstellung war sicher nicht repräsentativ für die Rocker und Halbstarken. Insgesamt blieb ihr politisches Engagement gering, nach 1971 hatten die *Hells Angels* zudem wegen verschiedenen Vergewaltigungen mit der Justiz zu kämpfen. Vereinzelt wurden die Rocker in der Folge gar zur Vertreibung von HausbesetzerInnen und MieterInnen engagiert; an der alten Feldeggstrasse quartierte ein Eigentümer ganz bewusst eine Gruppe von Rockern in eine Abbruchliegenschaft ein um die übrigen BewohnerInnen und die Anwohnerschaft einzuschüchtern.⁶⁷⁰ Am *Hegibach* dagegen lebten wiederum einzelne Mitglieder der *Hells Angels* – sie liessen sich aber nicht für den Widerstand gegen den Abbruch gewinnen, da schon ein Grossteil der Mitglieder im Gefängnis sass.⁶⁷¹

Die erste politisch motivierte Hausbesetzung im grossen Stil fand am Tessinerplatz statt. Am 1. April 1971 wurden sieben Häuser an der Venedigstrasse von ehemaligen MieterInnen und auswärtigen Sympathisierenden besetzt, nachdem legale Proteste gegen den Abriss erfolglos geblieben waren. Die AktivistInnen stellten ihren Widerstand in einen gesamtstädtischen Kontext und präsentierten die Häuser am Tessinerplatz als Beispiel für die Wohnraumzerstörung und die schwachen Mieterrechte: «Die privaten Vereinbarungen der Mieter mit den Hauseigentümern bieten nicht den geringsten Schutz: Die Mietbedingungen sind einseitig und kommen einer ständigen Erpressung gleich, gegen die es erst einen Schutz geben wird, wenn die Mieter die Herausforderung nicht mehr schweigend hinnehmen.»⁶⁷² Trotz der Stärke der Bewegung – die Besetzung erfuhr breite Unterstützung aus der ganzen Stadt und nicht nur von den ehemaligen BewohnerInnen der Venedigstrasse – konnten die Liegenschaften an der Venedigstrasse nur zwei Wochen lang gehalten werden. Niklaus Scherr zog im Nachhinein enttäuscht Bilanz: «Die Radikalität des Kampfes an der Venedigstrasse (Besetzung, Demos, polizeiliche Räumung) war beachtlich, desgleichen das Echo in den Medien. Der faktische Erfolg war verschwindend gering.»⁶⁷³

⁶⁶⁸ Wottreng 2002, S. 90.

⁶⁶⁹ *Polemos*, Nr. 13, Mai 1970, S. 47.

⁶⁷⁰ *Oktober* Nr. 44, Oktober 1971, S. 3.

⁶⁷¹ *Gasseblatt* Nr. 5, S. 11.

⁶⁷² *Mieterkampf* 1971.

⁶⁷³ *FaZ* Nr. 45, September 1988, S. 8.

Nach der Räumung der Venedigstrasse und der Schliessung der *Autonomen Republik Bunker* im Januar 1971 verteilten sich die Aktivitäten in die Quartiere Zürichs, wo verschiedene Komitees gegründet wurden. Eine dieser neu entstandenen Quartiergruppen – der Bewohnerverband *Züri 8* – lancierte 1974 an der Forchstrasse beim Hegibachplatz die dauerhafteste Besetzung der 70er Jahre, welche nach wie vor unter der Parole Mieterkampf stand.⁶⁷⁴ Neben einer verstärkten Quartierarbeit, das heisst «die autonome Organisation der Schüler, Fremdarbeiter und einiger Mieter voranzutreiben»⁶⁷⁵, verfolgte man mit der *Hegibach*-Besetzung das Ziel einen Markstein in der Geschichte des Mieterkampfes beziehungsweise der Jugendbewegung der Region Zürich zu setzen. Das erste Ziel konnte nicht erreicht werden, das zweite bloss teilweise. Denn durch die lange Dauer der Besetzung und die Zersplitterung der Besetzergruppen entstanden grosse Probleme beim Zusammenleben. So wurden die AktivistInnen durch interne Differenzen bei der Verwaltung der besetzten Häuser geschwächt. Eine Schwierigkeit bestand darin, dass die engagierten Gruppen zwar in den Häusern politisch arbeiteten und mitbestimmten, aber nicht dort wohnten.⁶⁷⁶ «Dass die Linken die Arbeit am *Hegibach* in eine scheinbar ‘technische’ und eine ‘politische’ unterteilen, wobei letztere mit Versammlungen und Diskussionen gleichgesetzt wurde, an denen immer die gleichen zumeist auswärts wohnenden Gruppensprecher den Hausbewohnern vordozieren, was zu machen sei, führte dann auch zu einem endlosen Streit unter den verschiedenen politischen Gruppen über Aktionen [...], die die Möglichkeiten des Besetzerkollektivs überstiegen [...]»⁶⁷⁷ Aus diesen Auseinandersetzungen folgten eine Verschlechterung des Klimas, Probleme mit ‘Freaks’⁶⁷⁸, die einen immer grösseren Teil der BewohnerInnen ausmachten, und eine schwindende Akzeptanz im Quartier. Ein Bewohner berichtete im Focus: «Drei Selbstmordversuche gab es in der Zeit, als ich dort wohnte. Fixer gab es. Leute die Scheiben einschlugen, weil sie besoffen waren oder sonst durchdrehten. [...] Auf der anderen Seite gab es auch viele Aufsteller. [...] Vor allem gefiel mir das Leben mit anderen zusammen; gemeinsam Essen, Besetzerstübli usw. Alle paar Abende war auf irgend einem der Zimmer was los.»⁶⁷⁹ Nach elf Monaten wurden die Häuser im Juli 1974 schliesslich geräumt, wobei die BesetzerInnen starken Widerstand leisteten und sich auf dem Dach verschanzten (vgl. III.D.2e). 23 Angeklagte wurden daraufhin im Herbst 1975 zu vergleichsweise harten Strafen zwischen 28 Tagen bedingt und sechs Monaten unbedingt verurteilt.

⁶⁷⁴ Die zwei Häuser an der Forchstrasse 91 und 93 im Besitz der Generalunternehmung *Mobag* waren vom 29.8.1973 bis 25.7.1974 besetzt.

⁶⁷⁵ Klassenkampf Nr. 2, Januar 1974, S. 8.

⁶⁷⁶ Am *Hegibach* musste zeitweise ein Stundenplan für die Präsenz der Besetzer aufgestellt werden, weil die meisten BesetzerInnen eine Mietwohnung hatten. Kinderkrankheiten Nr. 1, 1978, S. 5.

⁶⁷⁷ Focus Nr. 55, September 1974, S.26.

⁶⁷⁸ Als ‘Freaks’ wurden in den 70er und 80er Jahren Jugendliche bezeichnet, die keinen geregelten Tagesablauf hatten, gegen das System rebellierten und oft Drogen konsumierten.

⁶⁷⁹ Focus Nr. 55, September 1974, S.25.

Die Entwicklungen der *Hegibach*-Besetzung stand exemplarisch für die Zersplitterung der extremen Linken und ihre unterschiedlichen strategischen Konzepte (vgl. III.B.1). Die Bewegung war nach der Räumung geschwächt und zerstritten; die involvierten Gruppierungen verabschiedeten sich vom Häuserkampf oder lösten sich auf. Die *RAZ*, welche sich bereits im Frühjahr 1974 aus der Besetzung zurückzog, da ihre Versuche im Quartier MieterInnen zu mobilisieren erfolglos geblieben waren, beschrieb die Zersplitterung nach der Räumung: «Das Scheitern der Hegibachbesetzung ist nicht zuletzt der Ausdruck der spezifischen Schwäche der extremen Linken in Zürich: ihrer Gespaltenheit in sämtliche national vorkommende Avantgarde-Tendenzen, ohne dass eine bestimmte Tendenz klar dominiert.»⁶⁸⁰ Keiner der am *Hegibach* vertretenen Gruppierungen gelang es die durch die Besetzung eingeleitete politische Offensive auf dem Wohnungsmarkt zu nutzen. «Sprachen wir [RAZ] abstrakt von Ausweitung und Vertiefung der Solidarität im Quartier und in der ganzen Stadt, so wollten die Spontaneisten (Klassenkampf, Rote Steine) die Offensive auf der Besetzung selbst, vor allem auf der militanten Verteidigung der Häuser führen (auf der Linie: 'Die Häuser gehören uns'). Wesentlich ist jedoch, dass es keiner der beiden Tendenzen gelungen ist, die Bewegung, die sich anfänglich um den Hegibach bildete, unter ihrer Führung zu vereinheitlichen.»⁶⁸¹

Die Besetzungen an der Venedigstrasse und am *Hegibach* bildeten die beiden wichtigsten derartigen Aktion in den 70er Jahren. Daneben gab es einige Hausbesetzungen, die im Zusammenhang mit der Planung des *Ypsilons* und dem Abriss günstiger Arbeiterwohnungen für den Bau des Milchbucktunnels im Bereich Irchel und Unterstrass (Kreis 6) standen. Allerdings wurden die besetzten Abbruchhäuser spätestens nach zwei Wochen wieder geräumt. Während die Besetzungen des *Mietervereins Überlandstrasse* und die Aktionen der *Quartiergruppe Westtangente* noch unter dem Aspekt der Quartierarbeit stattfanden, stand bei der *Gewaltfreien Aktion Milchbuck* die Selbsthilfe stärker im Zentrum.⁶⁸² Gemeinsam war all diesen Gruppen die Erfolglosigkeit - in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurden Besetzungen immer seltener. In den Jahren 1979 und 1980 nahmen Besetzungsversuche dann mit den ersten Aktivitäten der 80er 'Bewegig' wieder zu. Erfolgreich waren dabei aber lediglich die 'stillen' Besetzungen der *Hellmi*, der Sihlramstrasse 15/17 und der Röschi Bachstrasse 4a-10 (vgl. III.D.2c).⁶⁸³

⁶⁸⁰ Revolutionäre Politik Nr. 6, Oktober 1974, S 5.

⁶⁸¹ Revolutionäre Politik Nr. 6, Oktober 1974, S 5.

⁶⁸² Lindt 1981, S. 20f.

⁶⁸³ Verschiedene Hausbesetzungen im Jahr 1979 durch das *Komitee für ein wohnliches Zürich* wurden spätestens nach einem Monat geräumt. Leserzeitung Nr. 108/109, 17.7.1979, S. 31. Telefonzeitung Nr. 1262, 27.7.1979. Telefonzeitung Nr. 1273, 9.8.1979.

b) Entstehung einer Besetzerbewegung während den 80er Unruhen

Anfangs der 80er Jahre führten der Opernhaus-Krawall und die folgende Auseinandersetzung um das AJZ zu einer völlig neuen Konstellation. Zum einen erhielt die Bewegung starken Zulauf, zum anderen verhärtete sich das politische Klima. Die Wohnungsnot, die Ausdehnung der City und das Fehlen von selbstverwalteten und gemeinschaftlich genutzten Kultur- und Wohnräumen gehörte von Anfang an zu den Kritikpunkten der 'Bewegung'. Die Szenenblätter wie zum Beispiel das Bräichse berichteten ab 1981 – geprägt durch Ereignisse in Berlin und Amsterdam – vermehrt über Hausbesetzungen. Im *Volkshaus* wurden ab März 1981 jeweils dienstags Besetzer-Vollversammlungen abgehalten und im AJZ fand im Mai desselben Jahres eine Häuserkampfwoche statt. Auf den Zügeltermin am 1. April 1981 hin folgte erstmals eine grosse 'Enteignungs'-Offensive, die den Auftakt der ersten Besetzungswelle bildete. Innerhalb von zwei Monaten fanden mehr als zwölf Hausbesetzungen statt, etwa gleich viele wie im Zeitraum von 1971 bis Ende 1978. Wegen der angeheizten Stimmung herrschte ein äusserst repressives Klima, die Polizei schritt jeweils umgehend ein.⁶⁸⁴ Vorerst liess sich die Bewegung dadurch kaum einschüchtern. Durch die repressive Haltung der Behörden wurden Hausbesetzungen in der öffentlichen Wahrnehmung immer deutlicher zu Manifestationen gegen die städtische Wohnpolitik. Gleichzeitig kamen in der Szene auch Zweifel am Häuserkampf auf.⁶⁸⁵ «Häuser besetzen ist sinnvoll als politisches Signal, als eine Art Plakat. Aber für die Beteiligten bringt es keine Lösung, keine greifbaren Erfolge. Die Behörden reagieren im Gegenteil mit Strafverfolgung, statt das Signal wahrzunehmen und Massnahmen gegen die Notsituation zu ergreifen.»⁶⁸⁶

In den frühen 80er Jahre fand sich unter den zahlreichen besetzten Häusern keine Liegenschaft, welche eine grössere Masse mobilisieren konnte. Einige Häuser wurden zwar mehrfach 'enteignet'; nach jedem Räumungsantrag schritt die Polizei aber von Neuem ein. Die Schwächung der Bewegung – unter anderem durch die starke Repression – führte dazu, dass Hausbesetzungen seltener wurden. Nach einer grösseren Aktion am 1. Mai 1983, an der 18 Häuser (schein)besetzt wurden, versandete die erste Besetzungswelle. Zwischen Mai 1983 und Ende 1986 fanden lediglich ein gutes halbes Dutzend Hausbesetzungen statt, wobei der Aktion am Stauffacher vom 9. bis 12. Januar 1984 eine besondere Rolle zukam. Mit der Auseinandersetzung um die Badenerstrasse 2 konnten erstmals in den 80er Jahren breite Kreise für den Widerstand gegen den Abriss eines besetzten Häuserkomplexes mobilisiert und die Kräfte der gesamten linken Opposition gebündelt werden.

⁶⁸⁴ Von den 23 Hausbesetzungen in den Jahren 1981 und 82 (ohne 'stille' Besetzungen und Zeltlager) wurden mindestens 11 innerhalb von 48 Stunden geräumt; da die Daten lückenhaft sind, dürfte der Anteil bedeutend höher sein und über 50 Prozent betragen. Lediglich in zwei bekannten Fällen konnten die BesetzerInnen länger als eine Woche in den Häusern bleiben. Vergleiche Anhang G.

⁶⁸⁵ AGÖP 1984, S. 13. Stilett Nr. 54, Januar/Februar 1980.

⁶⁸⁶ AGÖP 1984, S. 13.

In den Jahren 1982 bis 1985 vereinigten sich am *Tor zu Aussersihl*⁶⁸⁷ verschiedene Strategien der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen: zum einen der Häuserkampf, zum anderen die Bewegung für ein autonomes Aussersihl (der Quartierkampf) und zu guter Letzt auch parlamentarische Kreise. Die grosse Mobilisierung, welche die BesetzerInnen der Badenerstrasse 2 selber überraschte, erklärt sich mit der strategischen Lage der Liegenschaften und dem in Aussersihl schon immer starken Widerstand gegen die Pläne von 'Restzürich'. Nachdem die 'Bewegig' abgeflaut und der Kampf um Zürich ('Wir wollen die ganze Stadt') verloren war, hatten sich die AktivistInnen der Bewegung in die Kreise 4 und 5 zurückgezogen. Deshalb löste sich der Widerstand gegen die Neuüberbauungen am Stauffacher nach der Räumung der Badenerstrasse 2 nicht sogleich auf. Vielmehr entbrannten grundlegende Diskussionen über die Rolle des Häuserkampfes und dessen Konfrontations-Taktik sowie über die Autonomie im Allgemeinen. Diese Debatten fanden sowohl bei informellen Sitzungen als auch im öffentlichen Rahmen statt. In einem ersten Beitrag zur 'Autonomie-Diskussion' in der WoZ warf der bekannte Schweizer Anarchist Giorgio Bellini den BesetzerInnen vor, sie hätten der Bauherrschaft mit den provokativen Transparenten einen Vorwand für die Räumung geliefert (den BewohnerInnen am Stauffacher war auf den 9.1.1984 gekündigt worden, zuvor hatten sie einen Vertrag). «Wenn es in unserem Interesse gelegen hätte, die Wohnungen zu behalten [...], so scheint es, als wäre unser Spiel einfach gewesen: verhandeln (mit mehr oder weniger öffentlicher Unterstützung des Stadtrates) mit dem Ziel, bis zum Entscheid über die Einsprachen [gegen den geplanten Neubau] bleiben zu können. [...] Die Bewohner fingen an die berühmten Transparente aufzuhängen, eine sympathische Gewohnheit [...], die sich bestens geeignet hat, der Diskussion um den Stauffacher neuen Auftrieb zu verleihen. Ein Kampfmittel also, nicht ein Ziel. Die Besitzer haben diese Initiative nicht geschätzt, aber sie wussten sie als Vorwand für die Räumung zu benutzen. Gewiss ein lächerlicher Vorwand, aber ein wichtiger, weil die institutionelle Politik eben wesentlich aus Lappalien besteht.»⁶⁸⁸ Die BesetzerInnen entgegneten, es sei ihnen von vornherein klar gewesen, dass das Bauprojekt nicht zu verhindern war: «Wer Sieg oder Niederlage nach Quadratmeter erreichtem Wohnraum bemisst, muss zwangsläufig zum Schluss kommen, dass die drei Tage Besetzung in keinem Verhältnis zum verlorenen Haus stehen. Wer so denkt, muss aber auch übersehen, dass am Stauffacher so etwas wie Kultur entstanden ist, nicht bezifferbare, oft unenzifferbare.»⁶⁸⁹ Zudem sei der Augenblick ideal gewesen und der Widerstand erst mit der direkten Bedrohung angewachsen. «Die Bastion war zu jenem Zeitpunkt stark, als die

⁶⁸⁷ Das *Tor zu Aussersihl* setzt sich aus den Liegenschaften auf beiden Seiten der Badenerstrasse zusammen, die von der Sihlbrücke aus gesehen einen Eingang nach Aussersihl bilden. Stark umkämpft war vor allem der Neubau im Geviert Badenerstrasse, Kasernenstrasse, Bäckerstrasse und Rebgasse. Vergleiche Anhang A.

⁶⁸⁸ WoZ Nr. 7, 17.2.1984, S. 9.

⁶⁸⁹ WoZ Nr. 9, 2.3.1984, S. 8.

Konfrontation klar war. In der Zeit vorher – wo es ‘nur’ die Transparente, die Balkonzeitung und das Hinterhüsli für Feste gab – in dieser Zeit waren wir relativ allein.»⁶⁹⁰

Nach 1985 verlor die Häuserkampf-Bewegung allmählich das Interesse am Stauffacher.⁶⁹¹ Mit der Entstehung der Idee von *Karthago am Stauffacher* zogen sich die meisten HausbesetzerInnen zurück. «Weshalb sich grosse Teile der Szene desinteressiert abgewendet haben, als eine Gruppe damit begann, den Kampf um die Häuser mit ihren Wohnutopien zu verbinden und dieses Projekt *Karthago* nannte, ist mir unverständlich», schreibt ein Aktivist in einem persönlichen Bericht. «Als reformistisch verschrien, waren diese Leute auf sich selber gestellt, eine wirkliche Auseinandersetzung fand kaum statt.»⁶⁹² Dass sich der Häuserkampf vom Stauffacher abwandte, war ein Zeichen für die unberechenbare, oft passive Haltung der Bewegung und fehlende Strategien.

c) Netz-Zeit

Es folgte eine ruhige Zeit; erst Ende 1986 begann die zweite Besetzungswelle. Mit dem *Netz* besass diese erstmals so etwas wie einen ‘Dachverband’ besass, der sich in erster Linie für kollektiven Wohnraum stark machte. Während die HausbesetzerInnen in den frühen 80er Jahren nur als Teilbereich der Bewegung auftraten, begannen sie sich im Laufe der achtziger Jahre als eigenständige Szene zu etablieren.⁶⁹³ Das *Netz* entwickelte sich zum Sammelbecken für HausbesetzerInnen in Zürich: «Im Netz organisieren sich verschiedene Häuser, die entweder besetzt sind, oder in nächster Zeit abgebrochen oder renoviert werden. Zudem organisieren sich verschiedene Leute darin, die aus der Häuserkampfgeschichte kommen.»⁶⁹⁴ Weiter übernahm das *Netz* die Funktion einer Anlaufstelle für jüngere Leute, die sich erst nach der Zeit des *AJZ* zu politisieren begannen. Das *Netz* setzte sich zum Ziel die Verständigung der AktivistInnen zu stärken und der Vereinzelung entgegen zu treten. «Aufgabe der Vernetzung ist es unter anderem, Betroffene nach dem Rauswurf innerhalb des Netzes unterzubringen, sich gegenseitig mit Material und Werkzeugen auszuhelfen, neue Veranstaltungen zu planen und zu koordinieren. Als oberstes Ziel will das Netz jedoch die Zusammenhänge aufzeigen, in denen die kapitalistische Baupolitik und die Kapitalanlagen von Pensionskassengeldern stehen.»⁶⁹⁵ So forderte das *Netz* eine Revision des Bodenrechts und ein Recht auf Wohnen, das dem Recht auf Eigentum übergeordnet wäre. Die vielfältigen Agitationsfelder des *Netzes* können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass seine Strategie aus einer defensiven Position entsprang. Das *Netz* war zwar

⁶⁹⁰ WoZ Nr. 10, 9.3.1984, S.5f.

⁶⁹¹ Nizza, April 1990, S.18.

⁶⁹² KopFsprUng Nr. 1, 8.4.1990, S. 24f.

⁶⁹³ Am 16. Januar 1982 fand in Bern erstmals ein nationales Treffen für Informations- und Erfahrungsaustausch der Hausbesetzerbewegung statt. Telefonziitig Nr. 2080, 13.1.1982.

⁶⁹⁴ Flugblatt. Das Netz 1986.

darum bemüht eine längerfristige Perspektive aufzubauen, diese beschränkte sich aber zumeist auf die Verteidigung. «Die Geschichte des Häuserkampfes ist vorab eine Aufzählung einzelner Adressen. Die Versuche eine breitere Mobilisierung zu bewirken, also eigentliche Quartierarbeit kontinuierlich voranzutreiben, sind versandet oder von dringend anstehenden Verteidigungsaktionen bedrohter Häuser überrundet worden [...].»⁶⁹⁶ Eine eher aussergewöhnliche Aktion für AktivistInnen des Häuserkampfes war eine Weisung an den Gemeinderat. Diese forderte eine – abgesehen von einem kurzen Unterbruch – seit 1979 leer stehende Liegenschaft in Oberstrass (Vogelsangstrasse 3) im Baurecht für Wohngemeinschaften abzugeben. Doch der Gemeinderat lehnte das Begehren mit 85 zu 17 Stimmen ab.

Das Rückgrat für das *Netz* bildeten die im Auszugsboykott stehenden Häuser an der Schmiede Wiedikon und an der Höschgasse 72-78 sowie die politischen Wohngemeinschaften im *Dreieck* Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse, an der Hüttisstrasse und andere selbstverwaltete Grosshaushalte. Diese Häuser übernahmen wichtige Treffpunktfunktionen und bildeten nach Räumungen besetzter Liegenschaften – die immer noch rasch erfolgten – eine Art Auffangbecken für die AktivistInnen. Eine der spektakulärsten Aktionen des *Netzes* war die Besetzung und Verteidigung der alten Schmiede in Wiedikon, wobei vor allem die Räumung innerhalb der Szene als 'Erfolg' betrachtet wurde (vgl. III.C.2e). Gleichwohl verlor das *Netz* nach der Räumung der *Schmiede* (Juni 1987) und der Höschgasse 72-78 (Juli 1987) an Einfluss. Das *Netz* änderte in der Folge seine Stossrichtung und wurde zur Aktionsgruppe. «Nachdem die einzelnen Häuser aufhörten zu existieren und die Gruppen dahinter begannen, sich zu verkleinern bis sich aufzulösen, wurde die *Netz*-Sitzung ihrer ursprünglichen Funktion enthoben und musste sich selbst eine neue Funktion geben. Sie begann, diese recht allgemein zu formulieren, wie: Politik zu machen auf diesem Thema. So wurde es zu einer Gruppe, in der zum Teil noch die gleichen Leute waren, die aber nicht mehr als eine Vernetzung einzelner Gruppen darstellt, sondern als eine Aktionsgruppe.»⁶⁹⁷ Die Besetzung des Ballenbergmuseums – als eine Aktion von nationaler Bedeutung – und einige kleinere Hausbesetzungen waren Aktivitäten dieser zweiten Phase der *Netz*-Zeit.

Ein für die *Netz*-Zeit entscheidendes und schicksalhaftes Ereignis war die Auseinandersetzung anlässlich der Besetzung der Annaburg (ehemalige Gaststätte auf dem Uetliberg im Besitz der Stadt Zürich). Der Stadtrat wollte das seit Jahren leer stehende Restaurant seit 1978 abbrechen, wogegen sich zuerst der *Uetliberg-Verein* und später die *Aktion Pro Annaburg* wehrten. Die *Projektgemeinschaft Höschgasse* und das *Netz* besetzten das Haus am 30.10.1987 mit der Absicht in der Annaburg ein 'autonomes Ausflugsziel' zu erstellen und das verfallene Restaurant

⁶⁹⁵ WoZ Nr. 51, 19.12.1986, S. 4.

⁶⁹⁶ Häuser und Heimat 1987.

⁶⁹⁷ FaZ Nr. 45, Sep. 1988, S. 4.

zu renovieren. Die Stadt liess das Haus nach acht Tagen räumen (nach eigenen Angaben wegen Bedenken der Feuerpolizei). Die Bedeutung der Annaburg lag nicht (nur) darin, dass eine der besten Chancen zur Schaffung eines grösseren autonomen Wohnexperiments verpasst wurde, sondern auch im Aufbrechen der Differenzen innerhalb der Szene. Der interne Konflikt, welcher während der Zeit der Annaburg-Besetzung eskalierte, führte zu einem massiven Bruch in der Häuserkampf Bewegung und bedeutete das Ende des *Netzes*.⁶⁹⁸

Schon vor der Besetzung der Annaburg hatten sich innerhalb des *Netzes* verschiedene Konflikte herausgebildet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren diese Differenzen nie ausdiskutiert worden und hatten sich aufgestaut bis die Situation irgendwann einmal explodieren musste. In der Zeitschrift *Machbar* berichtet ein Aktivist: «Es wurde klar, wie unfähig wir sind, als Verbundene zu handeln. Alles kam auf den Tisch: Die Verletzungen der 'immer wieder übergangenen', die Enttäuschung von denen, die daran geglaubt hatten, dass wir so viel besser sind und zusammen doch alles erreichen könnten, wenn wir wollten; und die Unfähigkeit von uns Männern, einmal jemand anderen wahrzunehmen ausser uns selbst.»⁶⁹⁹ Der Streit eskalierte am Vorabend der Räumung an einer Vollversammlung: «[...] an einer zähen Vollversammlung unter 100 anwesenden Personen wurde darüber diskutiert, wie wir uns bei einer Räumung verhalten wollten. Ein wirkliches Gespräch war in dieser genervten, geladenen Atmosphäre kaum möglich. Es ging nicht darum, einander zuzuhören, sondern zu Wort zu kommen. Eine Folge dieser Stimmung war, dass wenig neue Leute reden konnten, dass die VV neun Stunden bis um 4 Uhr morgens dauerte, eine weitere. Endlich war mal klar, dass Barrikaden gebaut werden. Zu unserem Schutz und um einen eventuellen Rückzug zu sichern. Doch in diesem Moment entdeckte jemand, dass in der Küche eine kleine Gruppe beriet, wie sie die Grenadiere bekämpfen könnten – was die brodelnde Stimmung zum Explodieren brachte. Die Wut und Empörung darüber, dass einige sich anmassen, sich über VV-Entscheide hinwegzusetzen, zwang diese, aus der Küche in den Saal zu kommen und sich der VV zu stellen. Bis zu diesem Moment wäre es immer noch möglich gewesen, die besprochene Idee umzusetzen [...]. Als ich wenig später von einem Spaziergang zurückkam, fand ich nur noch eine aufgelöste, zerhackte Situation vor, mit weinenden Frauen und erregt streitenden Grüppchen, während sich der grosse Teil irgendwohin verzogen hatte.»⁷⁰⁰ Neben den inhaltlichen Differenzen verschärfte das schlechte Diskussionsklima die Auseinandersetzungen. «Wir vom Netz kannten einander gut und hatten schon einiges zusammen unternommen, und so hatte sich eine Rangordnung eingespielt: Denen, die schon lange dabei sind, die gut reden können oder aus starkem Haus kommen, wird besser zugehört. [...] Jüngere und Unsichere behalten ihre Einwände zurück und sprechen Ängste nicht aus um

⁶⁹⁸ KopFsprUng Nr. 1, 8.4.1990, S. 19-22. *Machbar* 28.7.1989, S. 40-46.

⁶⁹⁹ *Machbar* 28.7.1989, S. 44.

⁷⁰⁰ KopFsprUng Nr. 1, 8.4.1990, S. 19.

nicht als reaktionär oder feige zu gelten, oder um irgendwann selber in den Stammtisch der Bewunderten aufgenommen zu werden.»⁷⁰¹ Es waren die Frauen, welche sich gegen diese Hierarchie am stärksten wehrten, da sie am häufigsten übergegangen wurden.⁷⁰²

Nach dieser Vollversammlung war die Bewegung derart zerstritten, dass weitere gemeinsame Aktionen unmöglich wurden. Die zweite Besetzungswelle – die *Netz-Zeit* – war mit der Räumung der Annaburg zu Ende, an Silvester 1987 war in Zürich kein einziges Haus mehr besetzt. Einziges Überbleibsel des *Netzes* war der in der Schmiede Wiedikon entstandene *Infoladen für Häuserkampf*, der – nachdem die Idee 1987 beinahe versandet wäre – seinen Betrieb ab April 1988 im *Kanzleizentrum* wieder aufnahm und Infos über SpekulantInnen, Hausverkäufe, Mieteraktionen und Erfahrungen aus den Häuserkämpfen sammelte.⁷⁰³

d) Wohnungsnotbewegung

Es dauerte ungefähr ein Jahr, bis im Frühjahr 1989 eine neue, äusserst aktive Häuserkampf-Bewegung entstand. Während 1988 nur ein einziges Haus besetzt wurde, waren es 1989 gegen 30. Im Herbst 1988 begann sich die Szene wieder zu sammeln. Von grosser Bedeutung waren dabei die vom *Ssenter for Applied Urbanism (SAU)* organisierten stadtpolitischen Aktionswochen *Città Frontale*, welche die Stadtentwicklung und den Häuserkampf in Zürich auf vielfältige Art und Weise zum Gesprächsthema machten. «Das Entscheidende an *Città Frontale* war, dass der Faden wieder aufgenommen wurde, der durch die Auflösung des *Netzes* verloren ging.»⁷⁰⁴ Dazu kam die verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt nach 1988. Die tiefe Leerwohnungsziffer und die Unmöglichkeit eine günstige Wohnung zu finden, bildeten den Hintergrund für die dritte Besetzungswelle und sorgten dafür, dass das Verständnis für Hausbesetzungen in der Bevölkerung so gross wie nie zuvor war.

Der Häuserkampf der späten 80er und frühen 90er Jahre war stark mit der Wohnungsnotbewegung verbunden (vgl. I.D.6).⁷⁰⁵ Parallel zu den *Aufläufen* mobilisierte der

⁷⁰¹ Machbar 28.7.1989, S. 42.

⁷⁰² «Ein Mann mit Status brachte einen Vorschlag, der auf mehrere positive Reaktionen stiess, eine halbe Stunde vorher hatte eine Frau den gleichen Vorschlag gemacht, war aber von niemandem beachtet worden.» Machbar 28.7.1989, S. 43.

⁷⁰³ Der *Infoladen* veröffentlichte eine Sammlung von Erzählungen und zwei Broschüren mit Hintergrundanalysen sowie juristischen Infos zum Häuser-/Mieterkampf. Nach der Schliessung des *Kanzleizentrum* (Ende 1991) wurde das Häuserkampfarchiv einige Jahre privat weitergeführt, bevor es im Jahr 2001 wieder 'öffentlich' zugänglich gemacht wurde (im *Egocity* an der Badenerstrasse 97 und danach im *Infoladen Kasama*). *Infoladen für Häuserkampf* 1990, S. 3.

⁷⁰⁴ KopFsprUng Nr. 1, 8.4.1990, S. 31.

⁷⁰⁵ Die Häuserkampf-Bewegung orientierte sich nun geographisch verstärkt in die Kreise 4 und 5, nachdem sie nach 1981 – abgesehen von den Aktivitäten um den Stauffacher – an kein spezielles Quartier gebunden war (1989 waren mehr als ein Drittel aller Besetzungen in den Kreisen 4 und 5, 1990 nur noch eine von zehn, 1991 dafür wieder sieben von elf). Nach 1991 nahmen die 'Enteignungen' im Kreis 5 stark zu, was sicherlich mit der *Wohlgroth*-Besetzung und der offenen Drogenszene zusammenhing (1991: rund 10 Prozent; 1992: rund 40 Prozent; 1993: rund 33 Prozent, 1994: rund 23 Prozent). Vergleiche Anhang G.

Häuserkampf 1989 auf den traditionellen Kündigungstermin 1. April.⁷⁰⁶ Neben den schon früh geplanten Auszugsboykotten in verschiedenen Häusern brachte die 'Enteignung' der Köchlistrasse 22 eine Lawine von Besetzungen ins Rollen.⁷⁰⁷ «Es mag theoretisch tönen, aber das Beispiel der Köchlistrasse, welche am 18.3.89 besetzt wurde, zeigt deutlich, dass der so lange ersehnte und scheinbar so weit entfernte Moment des Durchbruchs nicht geplant werden kann, sondern zufällig geschieht. So können 100-150 Leute eine Verunsicherung in die Stadt bringen, die durch ihre vielfältige Art und Weise anregt, mitreisst oder anstösst.»⁷⁰⁸ In kürzester Zeit entwickelte sich das Haus an der Köchlistrasse zu einem offenen Treffpunkt und Wohnort für die verschiedensten Leute. Und obwohl die Köchlistrasse nicht viel länger besetzt blieb als die meisten Häuser in den 80er Jahren, stand sie für eine neue Ära des Häuserkampfes in Zürich und war der Anfang der dritten und stärksten Besetzungswelle. Als nach 20 Tagen die Köchlistrasse 22 geräumt wurde, waren bereits zwei weitere Häuser 'enteignet' und drei im Auszugsboykott.⁷⁰⁹ Obwohl die Staatsgewalt die unerwünschten Eindringlinge in den meisten Fällen innerhalb weniger Tage räumte, liess die Flut der Besetzungen nicht mehr nach; ein Teil der randständigen Szene hatte schlichtweg nichts zu verlieren. Stadtpräsident Wagners Null-Toleranz-Politik, nach der in Zürich keine illegal besetzten Häuser geduldet würden, war nicht mehr durchführbar.

Das Haus, an dem der folgende, 'sanfte' Wandel der städtischen Politik erstmals zum Ausdruck kam, war die Limmatstrasse 217. Das erste Mal seit Jahren setzten sich HausbesetzerInnen, Stadtbehörden und HauseigentümerInnen – in diesem Fall Stefan von Känel – gemeinsam an einen Tisch.⁷¹⁰ «Das Verhandlungsangebot – die grosse Chance? Sollte die bereits angekündigte Pressekonferenz abgesagt werden? Nächtelange hitzige Diskussionen, in denen sich allmählich die Erkenntnis durchsetzte, dass diesmal mehr drin lag als bei üblichen Besetzungen, dass es sich lohnen könnte, das Spektrum der Möglichkeiten auszuloten – statt plakativer Aktionen und spektakulärer Räumungen eine andere Qualität anzustreben, aus einer Besetzung ein Haus herauszuholen, ein Haus in dem man bleiben könnte. Für die meisten der Beteiligten bedeutete dieser Entscheid einen Schritt weg vom x-fach Gehabten, auf unsicheres Terrain, bis an de

⁷⁰⁶ Ganz allgemein stiegen die Aktivitäten des Häuserkampfes und die Zahl der Besetzungen in der Zeit vor den Zügelterminen am 1. April und 1. Oktober an. Dies erklärt sich damit, dass auf diese Termine hin vielen Leuten gekündigt wurde und diese ohne Wohnung auf der Strasse standen.

⁷⁰⁷ Bei Personenkontrollen der Polizei «zeigte es sich, dass nebst den seit Jahren bekannten Gesichtern eine grosse Anzahl bis anhin nicht in Erscheinung getretener junger Leute im Alter von 17-20 Jahren dabei war.» Stadtpolizei 1990, S. 28.

⁷⁰⁸ KopFsprUng Nr. 1, 8.4.1990, S. 27.

⁷⁰⁹ Seither war bis heute mindestens eine Liegenschaft in Zürich besetzt.

⁷¹⁰ Dass an der Limmatstrasse verhandelt wurde, war nicht nur der neuen städtischen Wohnpolitik zu verdanken. Die Angst von Känel, der jede Öffentlichkeit scheute, trug stark dazu bei. Die BesetzerInnen kommentierten die Verhandlungen mit der Stadt mit den Worten: «[...] die Stadt versucht – reichlich spät allerdings und nur punktuell – etwas aktivere Liegenschaftspolitik zu betreiben [...]» Unterlagen zur Pressekonferenz Limmatstrasse 217 vom 20.9.1989.

Grenzen des Absurden, immer im Bewusstsein, dass innerhalb einer Woche alles vorbei sein könnte.»⁷¹¹ Da eine eigentliche Mietzinssubventionierung nicht existierte, blieben bei den Verhandlungen zwei Varianten: entweder die BesetzerInnen übernahmen das Haus im Baurecht und forderten als Genossenschaft finanzielle Unterstützung oder die Stadt kaufte das Haus und vermietete es den BesetzerInnen zu einem Zins, der im Bereich ihrer finanziellen Möglichkeiten lag. Obwohl die Verhandlungen schliesslich an den Vorstellungen des Besitzers von Känel scheiterten, blieb in den 80er Jahren erstmals ein Haus für längere Zeit – insgesamt mehr als 15 Monate – in den Händen der AktivistInnen.⁷¹² In Zürich war es möglich geworden Häuser zu besetzen, ohne dass umgehend geräumt wurde. Gleichzeitig wurden die Grenzen des Erreichbaren wiederholt deutlich – so das Fazit einer Bestandesaufnahme des SAU in der WoZ. «Die Verschärfung der Wohnungsnot und der Druck von der Strasse haben eine Situation erzeugt, in der einzelnen Hausbesitzern wie auch der Stadt einige Konzessionen abgetrotzt werden können. Die seit Jahren längste Hausbesetzung Zürichs hat einen Handlungsspielraum eröffnet, zeigt aber auch die Grenzen: Hier wurde so vieles ausprobiert, die Umstände schienen so günstig. Was braucht es noch, um zu einem Haus zu kommen? Zwei, drei wirkungsvolle Druckpunkte, um den Besitzer in die Knie zu zwingen? Ein paar Strassenschlachten, um die Stadt zu radikaleren Gesetzen zu bewegen? Oder noch mehr kluges Taktieren, Realpolitik, einen 100-Millionen-Wohnraumverbilligungskredit? Ratlosigkeit nicht nur an der Limmatstrasse, sondern in der ganzen Häuserbewegung: Was braucht es noch?»⁷¹³

In dieser neuen Situation entstand im April 1989 eine neue Verbindung zwischen von Räumung bedrohten Liegenschaften, der *Häuserrat*. Die Beweggründe (Vernetzung statt Isolation) und Forderungen (Häuser denen, die drin wohnen/ Baustopp/ Beschlagnahmungsrecht/ Räumungsstopp) hatten sich gegenüber denjenigen der *Netz-Zeit* wenig verändert; sie waren stark von der Wohnungsnot und der Abneigung gegen die Spekulation geprägt. Der *Häuserrat*, der sich als ein Teil des Kampfes verstand, bestand jedoch nur kurze Zeit. Es fanden zwar bis 1993 regelmässig Pressekonferenzen von HausbesetzerInnen statt, diese erfolgten aber schon im Dezember 1990 unter der neuen Bezeichnung *Rat der BesetzerInnen*, später gab es gar keinem Titel mehr.

Mit dem rot-grünen Wahlsieg im April 1990 schien sich die Situation für Hausbesetzungen nochmals zu verbessern: So entkrampfte sich das Klima zwischen Regierung und AktivistInnen. Besetzungen wurden bis zum effektiven Beginn der Bauarbeiten geduldet und das Verlassen der Häuser ging sanfter und stiller vonstatten. Auch gab es 1990 zwar weniger Besetzungen als 1989,

⁷¹¹ WoZ Nr. 51/52, 22.12.1989, S. 31.

⁷¹² Mit der Brauerstrasse 28 (179 Tage), Scheideggstrasse 40 (220 Tage), Scheideggstrasse 63 (214 Tage) und der Brandschenkestrasse 16/18/Friedensgasse 5/7 (477 Tage) wurden bis Ende 1989 vier weitere Liegenschaften besetzt, die sich länger als 100 Tage halten konnten.

⁷¹³ WoZ Nr. 51/52, 22.12.1989, S. 31.

doch erhöhte sich die durchschnittliche Dauer der Besetzungen stark, was unter anderem auch auf den Einbruch des Immobilienmarktes zurückzuführen war. Die Anzahl der besetzten Liegenschaften nahm stetig zu und erreichte im Mai 1992 mit 16 Häusern einen Höhepunkt, der bis heute nie mehr erreicht wurde. Gründe für die steigende Zahl der 'enteigneten' Häuser finden sich einerseits in der weiterhin prekären Wohnsituation, andererseits in der eher liberalen Politik der Regierung.

Die anfängliche 'Freude' über den linken Wahlsieg wurde in den frühen neunziger Jahren durch verschiedene Ereignisse getrübt, und das Vertrauen der HausbesetzerInnen in die rot-grüne Regierung schwand infolge einiger unglücklicher abgelaufener Räumungen (vgl. III.D.2e). Der Rückgang der Besetzungsversuche ab Mitte 1991 und die sinkende Zahl der 'enteigneten' Liegenschaften ab Mai 1992 erklärt sich aber nur bedingt mit der Räumungspraxis der Polizei. Die leicht entschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt schwächte den Häuserkampf – zusätzlich zogen sich Teile der radikalen Linken aus dem Häuserkampf zurück. Die rückläufige Zahl an Besetzungen dürfte auch mit der *Wohlgroth*-Besetzung zusammenhängen, welche einen Grossteil der Energien der Szene absorbierte.

e) Wohlgroth

Im Mai 1991 wurde ein Teil des ehemaligen *Wohlgroth*-Fabrikareals besetzt, auf dem die *Oerlikon-Bührle Immobilien AG* einen Bürokomplex plante.⁷¹⁴ Das weitläufige Industrieareal entwickelte sich durch seine Grösse und zentrale Lage schnell zu einem wichtigen Szene-Treffpunkt und zu einer der spektakulärsten Besetzungen der Schweizer Geschichte. In immenser Gratisarbeit wurden im Laufe der Zeit immer mehr Gebäude wiederbewohnt, die zum grossen Teil zerstörten Häuser instand gestellt, Infrastruktur aufgebaut und kulturelle Aktivitäten organisiert. Gleichzeitig war die *Wohlgroth* ein einzigartiges Wohnprojekt; zum ersten Mal konnte mit Autonomie und Kollektivität in einem grösseren Rahmen experimentiert werden.

Die *Wohlgroth* war zutiefst politisch: «Wir waren eigentlich nicht so theoretisch politisch drauf. Unsere Lebensweise stand aber in einem radikalen Widerspruch zu den Werten dieser Gesellschaft. Durch unsere andere Organisation des Alltags konnten wir auch aufzeigen, dass was Anderes möglich ist.»⁷¹⁵ Geprägt war das Zusammenleben in der *Wohlgroth* durch eine anarchistische Lebensführung, welche sich durch wenig Lohnarbeit, viel Freizeit und Selbstbestimmung auszeichnete – undogmatisch und ohne staatliche Aufsicht (vgl. II.A.5). «Denn die Jungen hier verschlingen nicht Bücher, wie ich es in ihrem Alter tat, um dann nur im Kopf von einer menschlichen Welt zu träumen. Sie handeln einfach und ziehen Schlüsse aus ihren

⁷¹⁴ Das Areal wurde bereits zum zweiten Mal besetzt. Der bürgerlichen Regierung schien die Niederlassung der Szene auf dem Areal zu riskant und liess im Dezember 1989 nach wenigen Tage räumen.

⁷¹⁵ Widerstandsinfo Nr. 36, Februar 1994, S. 11.

Erfahrungen in der Gemeinschaft. Einige bewusst, weil sie nicht ungesehen übernehmen wollen, was Generationen vor ihnen 'vorgekaut' und aufbereitet haben, andere, weil aus verschiedenen Gründen sonst kein Raum für sie und ihre Ideen da ist.»⁷¹⁶ Das Festen und in den Tag hinein leben, welches das Zusammensein in der *Wohlgroth* mitprägte, war «nichts anderes als die von den SchweizerInnen in ihrem Land so schmerzlich vermisste Lebenslust und Lebenskultur im eigenen Umfeld. Nicht für eine Kultur am privaten Kaminfeuer, sondern für eine Kultur mitten in ihrer Stadt [...]»⁷¹⁷ Die *Wohlgroth* stand gleichzeitig für den Rückzug der Häuserkampf Bewegung auf 'Inseln'; die Kämpfe der 68er Bewegung für eine andere Gesellschaft und der 80er Bewegung für die Rückeroberung der 'ganzen Stadt' waren Vergangenheit.⁷¹⁸ Hausbesetzungen verloren im Laufe der 80er und 90er Jahre zunehmend ihre Protestfunktion und wurden immer mehr zum reinen Selbstzweck: man besetzte um eine Bleibe zu haben und dort selbstverwaltet zu leben. Daraus erklärt es sich, dass sich einige BewohnerInnen von den offensiven Vollversammlungen der 'Räume statt Räumungen'-Bewegung gestört fühlten und wenig Freude an den Umtrieben zeigten, «weil sie keine 'Lampe' mit der Stadt wollten, wie es damals hiess».⁷¹⁹

Neben dem Wohnexperiment entwickelte sich die *Wohlgroth* zu einer 'autonomen Kulturwerkstatt' (AKW), die in ihrer Bedeutung mit dem *AJZ* vergleichbar ist. Das kulturelle Programm setzte sich aus weit mehr als Punk- und Hardcoremusik zusammen; es reichte vom Jazz-Konzert bis zur Kunst-Ausstellung. In der *Wohlgroth* fanden auch erste Techno-Raves statt, lange bevor dieser Stil zum Mainstream wurde. Treffend bringt der von der *Wohlgroth* selbst geprägte Begriff 'Kulturbrot' das kulturelle Selbstverständnis auf den Punkt: Kultur galt als Nahrung für das tägliche Leben. Der kommerzielle Gedanke war dabei nebensächlich; die Innovation und das Experimentelle standen vielmehr im Mittelpunkt. «Es gibt, das war auch mein Einwand, als ich zuerst von all den Plänen für ein Kultur- und Begegnungszentrum hörte, doch genug Freizeitzentren; einige mit einem durchaus sehenswerten Kulturangebot, mit Kursen und Pingpong Tisch, mit Kaffeestube und Theaterlokal. Und sie werden sogar unterstützt von der öffentlichen Hand. Aber gerade da liegt der Hase im Pfeffer. Vororganisiert ist das alles, betreut, fixfertig geliefert. Das wollten sie nicht, die Leute vom Wohlgroth, nicht ein Angebot wollten sie, sondern eine Herausforderung. Nicht konsumieren wollten sie, sondern sich beweisen, dass sie es schaffen. Ohne das Geld, die Gnade, aber auch die Einmischung der Öffentlichkeit. Selbst eine Struktur aufbauen, selbst die Entscheidungsmechanismen bestimmen, selbst aus dem Nichts etwas erarbeiten, was nachher funktioniert. Unbeeinflusst das gleichberechtigte Zusammenleben üben.»⁷²⁰

⁷¹⁶ NZZ, 9.10.1993, S. 79.

⁷¹⁷ WoZ Nr. 48, 3.12.1993, S. 5.

⁷¹⁸ NZZ, 9.10.1993, S. 78f. Spielhofer 1994, S. 70. Weltwoche Nr. 48, 2.12.1993, S. 51.

⁷¹⁹ WoZ Nr. 47, 26.11.1993, WoZ-Extra zur autonomen Kulturfabrik Wohlgroth.

⁷²⁰ Leserbrief. Daz, 11.3.1992.

Erste Konflikte ergaben sich durch die unmittelbare Nachbarschaft zur Drogenszene am Platzspitz, die Süchtigen flüchteten immer wieder vor der Polizei in den 'rechtsfreien Raum' der *Wohlgroth*. Der Versuch eines selbstverwalteten Schlaf- und Fixerraumes musste abgebrochen werden. Weiter bemängelten die BesetzerInnen die passive Konsumhaltung vieler Gäste.⁷²¹ «Samstagkonzerte mit bekannten Namen geraten oft zu Bierschwemmen und Konsumorgien. Stress und Frust unter den AktivistInnen sind die Folge. Aggressivität beherrscht das Klima auf dem Areal: es wird geklaut, geprügelt, primitiv angemacht und jede Menge Dreck angehäuft.»⁷²² Infolge dieser Konflikte zogen sich verschiedene Leute aus den Arbeitsgruppen zurück. «[...] der Grossteil der so genannten linksradikalen Szene machte noch nicht einmal den Versuch, sich in das Projekt einzubringen, und viele, die anfänglich daran mitarbeiteten, sprangen beim Eintreten der ersten Probleme entweder ganz ab oder zogen sich in Wartestellung zurück.»⁷²³ Die Schliessung des *Kanzleizentrums* Ende 1991 bewirkte eine breitere Auseinandersetzung mit Fragen über Autonomie und Widerstand.⁷²⁴ Die *Wohlgroth* wurde zum wichtigsten Treffpunkt für die ausserparlamentarische Linke.⁷²⁵

Als im Sommer 1993 eine Räumung wahrscheinlicher wurde, öffnete sich die *Wohlgroth* für breitere Kreise.⁷²⁶ Die Mediengruppe versuchte in der Öffentlichkeit auf die Funktion der *AKW* hinzuweisen und die Berichterstattung zu steuern, was aber nur anfänglich gelang. Das positive Bild der kreativen Jugendlichen, das die Medien zunächst verbreiteten, änderte sich im Herbst 1993. Der Meinungsumschwung in der Presse begann mit dem taktisch klugen Schachzug der *Oerlikon-Bührle Immobilien AG* den BesetzerInnen eine leer stehende Fabrikhalle in Oerlikon als Ersatz für das *Wohlgroth*-Areal anzubieten. Dass die BesetzerInnen das Angebot ablehnten, stiess in der Öffentlichkeit auf wenig Verständnis, war aber bei der Verwurzelung der Besetzung im Kreis 5 ein logischer Schluss. Während der ganzen Besetzung waren der Widerstand gegen die Veränderungen im Kreis 5 und die Forderung eines generellen Baustopps im Quartier ein zentrales Anliegen gewesen. «Dabei ist es ganz klar: die Stadt ist der Ort der Innovation. Und das gilt auch für soziale und kulturelle Innovationen, wie sie im Wohlgroth stattfanden. Sie sind nicht im Aussenquartier realisierbar. Alle wollen sie das Zentrum haben. Auch die Andersdenkenden.»⁷²⁷ Die letzten Sympathien der breiten Bevölkerung verloren die WohlgrothianerInnen mit den von der Presse herbeigeschriebenen Krawallen nach der Räumung.⁷²⁸ Allein in der zweiten Nacht nach

⁷²¹ ZS, 13.7.1992, S. 7. ZS, 4.6.1993, S. 3. WoZ Nr. 47, 26.11.1993, WoZ-Extra zur autonomen Kulturfabrik Wohlgroth.

⁷²² ZS, 13.7.1992, S. 7.

⁷²³ Informationen aus dem Widerstand Nr. 25, Okt. 1991, S.12.

⁷²⁴ ZS, 13.7.1992, S. 7.

⁷²⁵ Nach der Schliessung des *Kanzleizentrums* und wegen der befürchteten Räumung der *Wohlgroth* fanden im Winter 1991/92 drei grosse Demonstrationen unter dem Motto 'Räume statt Räumungen' statt.

⁷²⁶ Spielhofer 1994, S. 69 (er spricht von der 'üblichen kulturellen Vorwärtsstrategie'). WoZ Nr. 47, 26.11.1993.

⁷²⁷ Barbieri u.a. 1997, S. 39.

⁷²⁸ Hier nur einige Ausschnitte am Tag vor der Räumung (23.11.1991). Blick-Schlagzeile: «Hilfe durch Chaoten aus dem Ausland: Brennt heute Zürich», NZZ: «Es wird auch befürchtet, dass die Besetzer einen Teil des Areals in

der Räumung entstanden in der Innenstadt Sachschäden von einer halben Million Franken. Ein Passant, welcher bei einer Gruppe Grenadiere stand, wurde von einem Stein getroffen und erlitt schwere Verletzungen. In jener Nacht «haben viele ihrer Wut Ausdruck verschafft. Ob gut oder schlecht, es war eine logische Konsequenz der Räumung», schrieben die WohlgrothlerInnen in einem Presse-Communiqué nach dem unglücklichen Unfall und entschuldigen sich offiziell beim Opfer.⁷²⁹ In der WoZ äussern sich die Besetzer selbstkritisch: «Intern müssen wir ernsthafte Kritik an unserem Verhalten vom letzten Donnerstag üben. Aber das ist schwierig, wenn von aussen eine derart massive und vorbereitete Hetze gegen uns läuft.»⁷³⁰

f) Krise und Wiederbelebung der Szene

Mit der Räumung des *Wohlgroth*-Areal im November 1993 war die Blütezeit des Zürcher Häuserkampfes endgültig zu Ende. «Ein Treffen von gut dreihundert SympathisantInnen letzte Woche hat vor allem gezeigt, wie miserabel es um die politische Kultur steht», protokollierte die WoZ.⁷³¹ Die seit längerem schon zersplitterte und teilweise resignierte politisch-kulturelle Szene war in Auflösung begriffen.⁷³² Es wurden zwar nach der Räumung mehrere Häuser besetzt, die meisten konnten sich aber nicht lange halten und waren zu klein um das Wohnexperiment fortzuführen oder ungeeignet für kulturelle Anlässe. Von rund zwölf Hausbesetzungen zwischen November 1993 und Ende Januar 1994 konnte sich lediglich ein Drittel länger als einen Monat halten, und ab Sommer 1994 nahm die Zahl der Besetzungen stark ab. Gleichwohl kann nur bedingt von einem Ende der dritten Besetzungswelle gesprochen werden, da nach wie vor verschiedene Gruppen aktiv waren. Ab 1996 kam es zu ersten Sauvagen⁷³³, da es keine besetzten Häuser mit grösseren Partyräumen mehr gab. Mit dem *Glacergarten* entstand 1999 das erste Kultursquat⁷³⁴ in Zürich, das ausschliesslich für Konzerte, Parties, Ausstellungen usw. genutzt wurde. Obwohl die ehemalige Kantine auf dem Steinfelsareal im Kreis 5 nur zwei Monate besetzt war, entstand erstmals seit der *Wohlgroth*-Räumung wieder ein Raum für die Subkultur, der dank der zentralen Lage und Grösse attraktiv war. Doch auch der *Glacergarten* verschwand ohne grossen Widerstand.

Ein in der zweiten Hälfte der 90er Jahre beobachtbares Phänomen war die Verlagerung von Hausbesetzungen in die Aussenquartiere. Da in zentrumsnahen Quartieren fast keine

Brand setzen könnten.», TA: «Meldungen, wonach Berufs-Chaoten aus dem Ausland zur Verstärkung angereist seien, konnte [Polizeisprecher] Kistler nicht bestätigen.»

⁷²⁹ Pressecommuniqué vom 28.11.1991.

⁷³⁰ WoZ Nr. 48, 3.12.1993, S. 5.

⁷³¹ WoZ Nr. 47, 26.11.1993, WoZ-Extra zur autonomen Kulturfabrik Wohlgroth.

⁷³² Hitz u.a. 1995, S. 268.

⁷³³ Bei einer Sauvage wird ein Gebäude oder Platz für einen Abend beziehungsweise ein Wochenende besetzt um eine wilde Party zu feiern. Teilweise wird eine Besetzung auch über eine Sauvage gestartet.

⁷³⁴ Squat ist der englische Begriff für ein besetztes Haus. Kultursquats sind besetzte Häuser, in denen das Wohnen sekundär ist und in denen lediglich kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Liegenschaften mehr leer standen, verlagerten sich die 'Enteignungen' vermehrt in die Aussenquartiere, etwa nach Hottingen, in die Binz, nach Altstetten oder ins Triemli. Hausbesetzungen fanden lange Zeit dort statt, wo Quartiere einem Strukturwandel unterlagen und viele Neubauten respektive Sanierungen geplant waren. War dies bis in die frühen 80er Jahre im Seefeld, später in Aussersihl und im Industriequartier der Fall, so betraf diese Entwicklung Ende der 90er Jahre auch Nebenzentren wie die Binz oder Altstetten. Die steigende Zahl von Hausbesetzungen in den Stadtrandgebieten lässt sich aber nur bedingt mit dem wachsenden wirtschaftlichen Druck auf die Aussenquartiere erklären, befanden sich die Kreise 4 und 5 doch ab Mitte der 90er in einem starken Aufwertungsprozess. Allgemein war es schwieriger geworden leer stehende Liegenschaften zu finden; wenn immer möglich suchten die ImmobilienbesitzerInnen für ihre Liegenschaften Zwischennutzungen. Schliesslich dürfte die Verlagerung der Aktivitäten in die Randquartiere auch mit der Schwächung des Häuserkampfes zusammenhängen.

Mit der verschärften Wohnungsnot nach 1999 stieg die Zahl der besetzten Häuser wieder an. Gegenüber den siebziger und achtziger Jahren verliefen die Auseinandersetzungen aber zumeist einvernehmlicher. Die BewohnerInnen der okkupierten Häuser handelten mit den BesitzerInnen einen Leihvertrag aus, der bis zur Neunutzung, dem Umbau oder dem Abbruch der Liegenschaft galt (vgl. III.D.2e). Diese sanftere Umgangsart führte einerseits zu einer Entpolitisierung, war aber andererseits ein Mitgrund für den Aufschwung der Bewegung. Im Jahr 2001 waren zeitweise mehr als zehn Häuser besetzt, zunehmend auch wieder in zentrumsnahen Quartieren. Insbesondere die Besetzungen des *Egocity* an der Badenerstrasse 97, des *Hotels Garnie* an der Ecke Herman-Greulich-/Stauffacherstrasse, des ehemaligen Restaurants *Krone* in Altstetten, des historischen *Cabarets Voltaire* an der Spiegelgasse und der *Sihlpapier*-Fabrik erfuhren grosse mediale Aufmerksamkeit und eine zum Teil ungewohnt positive Berichterstattung: «Die Besetzer [des *Egocity*] sind eine Gruppe von Spezialistinnen und Spezialisten in den unterschiedlichsten Bereichen. Durch ihr gemeinsames Vorgehen summiert sich das jeweilige Können. [...] Es schwingt ein bisschen Stolz mit und ein bisschen Belustigung über diese Tatsache, aber sie ist zweifellos richtig.»⁷³⁵ Das Lob in der Presse erklärt sich unter anderem durch die sanftere Gangart der BesetzerInnen. Die Zeiten, als man sich brachial gegen den Staat und das System richtete, waren vorbei: «Anders als die früheren Jugendbewegungen haben die Kulturbesetzer nicht die Illusion, gegen den Staat als solchen ankämpfen zu können – ihr Anspruch, erstaunlich stringent formuliert, ist es, innerhalb der Gesellschaft, aber quasi parallel zu ihr zu leben. Sich den ökonomischen Zwängen der Konsumgesellschaft zu entziehen und durch das Sammeln, das Umwerten und Umnutzen, den Neugebrauch von ausgesondertem Material eigene Strukturen

⁷³⁵ TA, 28.4.2001, S. 51.

aufzubauen – und auch Zeichen für ein anderes Zusammenleben, einen anderen Umgang mit Ressourcen und Räumlichkeiten in der Stadt zu sein.»⁷³⁶

Die Aneignung von Wissen über moderne Technologien wie dem Internet und dessen kritische Hinterfragung gehörte zu den neuen Errungenschaften der BesetzerInnen des 21. Jahrhunderts: das *Egocity* betrieb eine eigene Internetseite, organisierte Computerkurse und internationale Treffen von alternativen Internetprojekten.⁷³⁷ Gleichzeitig war die Bewegung vielfältiger und offener geworden. Verschiedene relativ unabhängig voneinander funktionierende und zum Teil auch zerstrittene Szenen waren aktiv: von der Squatern aus dem Umfeld der autonomen Szene spaltete sich die künstlerisch orientierte Dada-Fraktion ab, weiter entstanden junge HipHop- und gut durchmischte Familienbesetzungen. Die Kulturbesetzungen – speziell diejenigen der DadaistInnen – sprachen ein Publikum an, das weit über die 'Szene' hinausging; mit der Folge, dass sich manche Party nur noch geringfügig von anderen Kulturstandorten unterschied. Das bedeutendste Kultursquat der frühen 2000er Jahre war das von Pfingsten 2001 bis Januar 2004 besetzte *Egocity* im Kreis 4. Wie schon bei früheren Projekten bildete das Hauptziel die Schaffung eines unkommerziellen Raumes, wie im 'Egoistischen Manifest' dargelegt werde: «Egoismus: Selbsterhaltung, Selbstverwirklichung, Selbstverteidigung – das Recht auf freie Entfaltung und dem Ausleben der individuellen Bedürfnisse. Möglichst zentral gelegene Räume werden enteignet und öffentlich gemacht. Der Raum steht allen offen, die ihn in seiner Eigenart respektieren.»⁷³⁸

Die politischen Aktivitäten der Hausbesetzerszene fokussierten in dieser Zeit vorwiegend auf die globalisierungskritische und die Anti-Wef-Bewegung; ansonsten blieb die Szene marginalisiert und politisch wenig aktiv – man gab sich mit den wenigen erkämpften Nischen zufrieden. Das Interesse der Squater an den Aktionswochen *Città chiusa* im September 2002 hielt sich in Grenzen. Trotz grosser medialer Präsenz beteiligten sich lediglich 500 Personen an die Abschlussdemonstration. Auch sonst hatten die HausbesetzerInnen der städtischen Wohn- und Stadtentwicklungspolitik wenig entgegenzusetzen. Im Gegensatz zu den 80er und 90er Jahren, in welchen die BesetzerInnen klare Standpunkte bezüglich Stadtentwicklung und Häuserspekulation vertraten, äusserten sie sich nach der Jahrtausendwende nur noch sporadisch.

Trotzdem nahmen nach 1999 nahmen die Protestkundgebungen im Vergleich zur zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder zu. Eine unbewilligte Manifestation am 14. September 2001 gegen die Räumung des *Hotel Garnie* wurde ohne grosse Mobilisierung von rund 300 Demonstrierenden besucht. Für Aufsehen sorgte eine Störaktion im Januar 2002 an der Vernissage der städtischen Ausstellung «Stand der Dinge – neustes Wohnen in Zürich» mit SP-Stadtrat Elmar Ledergerber – für die HausbesetzerInnen der Inbegriff einer profitorientierten Stadtentwicklungspolitik. Viel

⁷³⁶ TA, 28.4.2001, S. 51.

⁷³⁷ Die Internet-Seite www.egocity.net wurde 2005 vom Netz genommen.

⁷³⁸ Egocity 2002.

Zündstoff bot die Besetzung des Restaurants *Krone* in Zürich-Altstetten (Mai bis Oktober 2002) und des *Exils* in Albisrieden (Oktober 2002 bis September 2004) durch eine Gruppe von Anarcho-Punks. Jost Glaus, der Sohn des *Kronen*-Besitzers, und die *SVP* starteten nach der Okkupation der ehemaligen Quartierkneipe eine regelrechte Hetzkampagne gegen die BesetzerInnen, welche sich ihrerseits mit vielfältigen Aktivitäten – unter anderem einer Petition – für den Erhalt der *Krone* einsetzten.

Das grösste Mobilisierungspotential der 2000er Jahre besass zweifellos das *Egocity*, das lange Zeit der zentrale Treffpunkt der Zürcher Subkultur war. Als sich die Besetzung 2003 dem Ende zuneigte, protestierte die Squater-Szene auf vielfältige Art und Weise gegen das Rendite-Projekt des Ostschweizer Spekulanten Andreas Eberle: ein Sponti-Car-Ausflug zum Eberle-Wohnsitz mit der Präsentation der fiktiven Neuüberbauung von dessen Schloss, gezielte Medien-Arbeit, einige persönliche Attacken gegen Eberle (u.a. fand sich ein Herz in dessen Briefkasten), eine Minidemo in St. Gallen und mehr – doch am Ende kam wie üblich die Polizei und danach die Bagger. Eine kulturpolitische Debatte setzt nach einem von rund 1500 Personen besuchten *Reclaim the Streets* (*RTS*)⁷³⁹ ein, das sich unter anderem gegen die Räumung von *Egocity* richtete. «Lokale für experimentelle Kultur und Parties verschwinden aus der Stadt. Davon sind vor allem diejenigen betroffen, die mit viel Engagement und Kreativität massgeblich zur Lebensqualität in der 'Little Big City' beitragen», erläuterte ein breit abgestütztes Netzwerk in einem Flugblatt mit dem Titel 'Es wird eng in Zürich'. Die Forderung nach Freiräumen wurde nicht von allen verstanden. Unter dem Titel 'Was braucht ihr noch?' lobte der Tages-Anzeiger das liberale Klima in Zürich und verwies auf die Toleranz gegen besetzte Häuser und das liberale Gastgewerbegesetz.⁷⁴⁰ In der Studentenzeitung *IQ* widersprach ein *RTS*-Mitinitiant: «Für Leute mit grossem Budget mag dies zutreffen. Wenn du nicht 40 Franken in einem Klub und 10 Franken für ein Bier hinblättern willst, wird es in Zürich aber schwierig.»⁷⁴¹ Und eine Egoistin in der *Fabrik* Zeitung: «Wer heute Freiräume sucht, wird sehr verdrängt, nach Oerlikon oder an die Peripherie. Bevor es das Ego gegeben hat, versuchten wir zwei Jahre lang einen Raum zu schaffen.»⁷⁴² Bedeutend mehr Sympathien als das *RTS* erlangte im Sommer 2005 die Baracken-Siedlung *Shantytown*. In einer planerischen und logistischen Meisterleistung errichteten AktivistInnen der Hausbesetzer- und Subkultur-Szene an der Sihl bei der *Neuen Börse* eine – wie sie es nannten – 'Stadt im Dorf' und protestierten damit ein verlängertes Wochenende lang gegen die Schliessung verschiedener Subkultur-Treffpunkte, das restriktive Vorgehen gegen besetzte Häuser (vgl. III.D.2d) und den

⁷³⁹ 'Die Stadt sind wir alle!' ist ein Slogan von *Reclaim the Streets* ist eine weltweite Bewegung zur Rückeroberung des öffentlichen Raums. Die Bewegung entstand 1991 in London um mit Street-Parties gegen Strassenbauprojekte zu demonstrieren. Organisiert wird *RTS* jeweils von einer offenen Gruppe, in der sich verschiedene subkulturellen Szenen und Personen zusammenschliessen.

⁷⁴⁰ TA, 14.10.2003, S. 13.

⁷⁴¹ *IQ* Nr. 41, 2003, S. 10.

geplanten *Wegweisungsartikel* zur Verdrängung unliebsamer Menschen aus dem Zentrum. Im Gegensatz zum *RTS* erlangte man mit dem 'Hippiedorf' (Zitat 20 Minuten) gute Presse und viele Sympathien. «Sehr effizient dafür, dass es sich eigentlich um Chaoten handelt», urteilte beispielsweise ein Bankangestellter gegenüber dem Tages-Anzeiger. Obwohl die politischen Aussagen laut kritischen Stimmen weitgehend fehlten oder im Partyrummel untergingen, gab es doch selten Protest-Veranstaltungen, welche ein solch breites Echo erzielten. «Shantytown war auch ein friedlicher Zwischenruf: Schaut, was möglich wäre, schaut, was über kurz oder lang verschwindet aus dieser Stadt.»⁷⁴³

25 Jahre nach der ersten Hausbesetzung hat sich deren Wirkung grundsätzlich gewandelt. Trotz kultureller Öffnung und grosser Vielfalt wurden die besetzten Häuser immer stärker zu Inseln in einer Global City. Politisch versank die Hausbesetzerszene anfangs des 21. Jahrhunderts nahezu in der Bedeutungslosigkeit und vermochte nur noch punktuell zu mobilisieren, am ehesten noch auf Räumungen hin. Die Squater besaßen vor allem kulturelle Bedeutung, wobei sich die Szene teilweise auf einer Gratwanderung zwischen Subkultur und Ausverkauf bewegte. Parties in besetzten Häusern waren trendy geworden – die besetzte *Sihlpapier*-Fabrik wurde gar zur Kulisse für einen Krimi.⁷⁴⁴ Dies barg Gefahren: an den *Dadafestwochen* in der *Sihlpapier*-Fabrik etwa sorgten 'hohe' Eintrittsgelder (bis 15 Franken) und Unterstützungsgelder von *Pro Helvetia* beziehungsweise dem *Präsidialdepartement* für internen Disput. Die kommerziellen Einflüsse in der Squaterkultur wuchsen, immer mehr gestyltes Partyvolk erschien in den besetzten Häusern, was andere wiederum abschreckte. Eine Egoistin brachte es auf den Punkt: «In Zürich ist Subkultur unsichtbar geworden, sie findet überall statt. Für mich ist Subkultur ein Teil einer kommerziellen Kultur. [...] Vielen geht es nur um Party.»⁷⁴⁵ Gleichwohl übernahmen die Kultursquats nach dem Verschwinden vieler illegalen Bars eine grosse Last, gewannen stark an Bedeutung und waren nicht mehr aus dem kulturellen Leben Zürichs wegzudenken. «Zürich verdankt der Hausbesetzerszene viel. Ohne die umtriebigen Leute, welche leer stehende Häuser zu ihren Arbeits- und Wohnorten machen, gäbe es keine Wiederentdeckung der Dada-Vergangenheit [...]. Ohne Kultur-Squats wie jene an der Kalkbreite oder der Rüdigerstrasse (fast) keine Konzertorte für junge, noch unbekanntere Punk-, HipHop- oder Elektrobands, keine günstige Experimentalkultur. Ohne die aus der 80er Bewegung entstandene Hausbesetzerszene kein so weltoffenes, vielfältiges Kulturangebot, mit welchem die Stadtoberen heute für den Standort Zürich werben.»⁷⁴⁶

⁷⁴² .RF Nr. 19, Dez. 2003, S. 10.

⁷⁴³ WoZ Nr. 30 + 31, 4.8.2005, S. 3.

⁷⁴⁴ Sabina Altermatt. Verrat in Zürich West. Zürich 2005.

⁷⁴⁵ .RF Nr. 19, Dez. 2003, S. 10.

⁷⁴⁶ FaZ Nr. 210, April 2005, S. 11.

2. Analyse des Häuserkampfes

a) Motivation

Die Hauptmotivation für Hausbesetzungen war hauptsächlich der Wunsch nach (alternativem) Wohnraum – und im Laufe der Zeit wurde dieser Aspekt immer wichtiger. Bei den ersten Besetzungen in Zürich stand noch die Mobilisierung der Quartierbevölkerung im Zentrum, was sich aber schon ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre änderte. Die meisten HausbesetzerInnen wohnten normalerweise in konventionellen Mietverhältnissen – das Risiko einer Räumung war einfach zu gross. So wurden Hausbesetzungen – gefördert durch die repressive Räumungspraxis – in den 80er Jahren immer mehr zu Manifestationen gegen Spekulation, die Ausdehnung der City, die Stadtentwicklungspolitik der Regierung und das Fehlen von Raum für alternative Wohnvorstellungen. Ein gutes Beispiel für eine Besetzung als Protestaktion war die Schmiede Wiedikon: ohne jegliche Perspektive zur längerfristigen Erhaltung verbarrikadierten sich die BesetzerInnen während drei Monaten und machten dabei das Haus völlig unbewohnbar. Hausbesetzungen sollten provozieren und die Öffentlichkeit auf die Missstände auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam machen. Ferner forderten die HausbesetzerInnen den Schutz von günstigem Wohnraum, denn nur mit tiefen Mieten konnten sie ihren Lebensstil verwirklichen. Sie waren nicht bereit 40 Stunden in der Woche zu arbeiten um einen Drittel des Einkommens gleich wieder für die Miete auszugeben.

Das Bedürfnis nach billigem Wohnraum trat nach 1989 noch stärker in den Vordergrund, da die Erfolgchancen für Hausbesetzungen durch die veränderte Räumungspraxis gewachsen waren. Für Besetzergruppen war es nun eher möglich gemeinsam ein Haus zu erkämpfen. Die BewohnerInnen einer besetzten Liegenschaft kannten sich oft schon länger und bildeten eine relativ homogene Gruppe, die gemeinsame Ideale vertrat. Dies wird dadurch bestätigt, dass nach 1989 verschiedene Besetzergruppen entstanden, die in erster Linie gemeinsam in einem Grosshaushalt leben wollten – ein Ziel, das schon am Stauffacher bestanden hatte: «Der Power ist da, gegenseitige Hilfe wird gelebt, wir gehören zusammen, hier, weil wir gemeinsam den Rahmen des Normierten verlassen haben, die Grenzen überschreiten, in verbotenen Gelände vorfinden, was draussen nicht erlaubt werden kann: Freiheit.»⁷⁴⁷ Die gemeinsame 'Enteignung' genauso wie die intensiv gelebte Subkultur verstärkten die Bindung untereinander. Durch das enge Zusammenleben entstanden aber auch immer wieder Streitereien und Spaltungen. Länger andauernde Besetzungen wie die *Hellmi* hatten zudem die Funktion eines Auffangbeckens für Menschen, die durch das soziale Netz gefallen waren.⁷⁴⁸

⁷⁴⁷ Diabolik Nr. 2, Januar 1984.

⁷⁴⁸ «Was sich im 'Wohnraum für inkomplette Familien' (Terminologie der Liegenschaftsverwaltung) abspielte, was der frühere Stadtrat und Finanzvorstand Koller einmal 'amöbenhaftes Wohnen' genannt hatte, war ein Kommen und Gehen von Punks, Alkis, Süchtigen, Arbeits- und Heimatlosen. Die Beständigen an der Hellmutstrasse, die

Die HausbesetzerInnen kritisierten vorwiegend die Zerstörung von billigem Wohnraum durch die Spekulation und die städtische Wohnungspolitik. Durch die Umwandlung von günstigem Wohnraum in Büros oder durch profitorientierte Neubauprojekte würden immer mehr BewohnerInnen aus den zentrumsnahen Quartieren verbannt und aus ihren sozialen Zusammenhängen gerissen. «Zürich hat in den letzten Jahrzehnten eine geradezu unheimliche Entwicklung gemacht. Alter, billiger Wohnraum, ja ganze Quartiere werden mit einer Geschwindigkeit zum Verschwinden gebracht, dass es einem schwer fällt zu registrieren, wo was gestanden hat, abgerissen, neuhingestellt oder luxussaniert wurde. Die Bauwut scheint keine Grenzen zu haben.»⁷⁴⁹ Diese Entwicklung führe zu einer Entvölkerung der Stadt und der Vertreibung von sozial schwachen Schichten in die Stadtrandzonen oder die Agglomeration: in «konforme Blockwohnungen»⁷⁵⁰, in den «Wohnvöllzug in Vorstadtsatellitenghettos»⁷⁵¹, «in irgendwelche grauen strafanstaltlichen Blocks»⁷⁵² und «an den Rand der Stadt, an den Rand der finanziellen Möglichkeiten, an den Rand der Gesellschaft (z.B. in Altersheime und in Sozialwohnungen)»⁷⁵³. Am Ende dieser Entwicklung würde die funktional getrennte Stadt und eine immense Verkehrsbelastung stehen. «Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozess im Engequartier: Den Tag durch tummeln sich dort die Angestellten aus den diversen Banken, Treuhandgesellschaften, Versicherungen, während das Quartier gegen Abend richtiggehend ausstirbt.»⁷⁵⁴ Als Hauptverantwortliche für diesen Prozess wurden SpekulantInnen und die Regierung genannt. Während erstere mit ihrer profitorientierten Haltung keinerlei Rücksicht auf die MieterInnen nahmen, betrieb letztere eine wirtschaftsliberale, primär auf steuerkräftige BewohnerInnen ausgerichtete Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Verstärkt wurde der Unmut gegenüber der Regierung durch provokative Aussagen von Stadträten, wie dem folgenden Statement von Stadtpräsident Wagner: «Es ist mir egal, wenn in Zürich eines Tages nur noch 300'000 Leute wohnen, Hauptsache es sind die Richtigen.»⁷⁵⁵

Weitere Gegner der HausbesetzerInnen waren das kapitalistische Wirtschaftssystem und der repressive Staat. In einzelnen Fällen – vor allem in den siebziger, mit Einschränkungen auch in den 80er Jahren und eher selten in den 90er Jahren – wurde der Häuserkampf mit Klassenkampf gleichgesetzt: «Den Kampf gegen die laufende Entwicklung unserer Städte mit all ihren technologischen, strukturellen und politischen Aspekten verstehen die meisten von uns als

immerhin etwa die Hälfte der Bewohnerschaft ausmachen, betätigten sich als Berater, Vermittler, Fürsorger und nahmen den offiziellen Fürsorgestellten viel Arbeit ab.» TAM Nr. 7, 18.2.1984, S. 12.

⁷⁴⁹ Röntgenblick Nr. 2, April 1991.

⁷⁵⁰ Flugblatt. Für ein Seefeld das lebt – Mieter wehrt euch, 14.11.1981.

⁷⁵¹ Flugblatt. Dokumentation zur Hausbesetzung 'Kappeli' Badenerstrasse 572, 19.10.1984

⁷⁵² Flugblatt. Wildbachstrasse 69 wieder bewohnt, 8.4.1989.

⁷⁵³ Röntgenblick Nr. 1, Februar 1991.

⁷⁵⁴ Flugblatt. Dokumentation zur Hausbesetzung 'Kappeli' Badenerstrasse 572, 19.10.1984

⁷⁵⁵ Thomas Wagner zitiert in Flugblatt. Wildbachstrasse 69 wieder bewohnt, 8.4.1989.

antikapitalistischen Widerstand in den Metropolen, mitunter als Moment des Klassenkampfes.»⁷⁵⁶ Weitere Kritikpunkte wie die Isolation in der Grossstadt und die Rolle der Frau in der Kleinfamilie wurden schon im Teil II behandelt.

b) Forderungen

Die Liste der Forderungen war lang und beinhaltete ganz unterschiedlichste Punkte. Trotz des umfassenden Forderungskatalogs ging es in den meisten Fällen primär um Wohnraum. Die persönliche Motivation und politische Forderungen liessen sich jedoch nicht immer klar trennen. «In jedem sozialen Kampf verweben sich verschiedene Motivationen – auch psychologische, und das erklärte Ziel entspricht nicht immer dem (auch unbewusst) verfolgten.»⁷⁵⁷ Die auf Flugblättern geäusserten Forderungen waren insofern oft nebensächlich; der Verbleib in den jeweiligen Häusern stand spätestens ab Ende der 80er Jahre im Vordergrund. Auch bei der in den Quellen am häufigsten vorgefundenen Forderung – kollektive Wohn- und Freiräume – spielten Eigeninteresse eine Rolle, wie ein Stauffacher-Aktivist erklärt. «Ich brauche Boden. Ich brauche meinen Klüngel, meine Leute, die mich tragen, mit denen ich leben und handeln kann. [...] Wir machten Bar, Konzerte, Filmabende für uns, für unsere Freunde und alle die es irgendwie gehört hatten.»⁷⁵⁸ Ganz konkret äusserte sich der Wunsch nach Wohnraum in der Forderung eines Mietvertrags, der Übernahme des Hauses im Baurecht oder des Hauskaufs durch die Stadt, die Stiftung *PWG* oder eine Genossenschaft (zum Beispiel die *Wogeno*).

Neben diesen persönlich begründeten Forderungen wurden häufig direkte Massnahmen gegen die Spekulation (Baustopp; Abbruchstopp; Verbot, Häuser leer stehen zu lassen) und ein starker Mieterschutz gefordert. Auffällig ist, dass die meisten Forderungen mit einem 'Stopp' oder 'kein' verbunden sind und aus einer klar defensiven Haltung kommen. Realpolitisch durchführbare Vorschläge waren selten, was damit zusammenhing, dass viele HausbesetzerInnen mit dem kapitalistischen System und parlamentarischer Politik Mühe bekundeten. In diesem Sinne ist das oft angestrebte Ziel der 'Enteignung' von SpekulantInnen zu verstehen. «Das einzige wirksame Ziel wäre die sofortige Umsetzung der Forderung 'Die Häuser den BewohnerInnen'. Dies würde die bedingungslose Enteignung der Grossverdiener wie Spross, Noldin, Hotz, von Känel und ihren Freunden und Geldgebern im Hintergrund bedeuten; [...] Mit der Enteignung dieser Parasiten und Parasitinnen würde ein wesentlicher Pfeiler der Schweizer Wirtschaft zusammenkrachen – na und? Im Vergleich mit den Möglichkeiten, die dieser Schritt allen eröffnen würde, ist der finanzielle Verlust für die Besitzenden tragbar. Dass dieser Schritt nicht einmal erwogen wird, ist unter anderem darin begründet, dass das Eigentumsrecht radikal in Frage gestellt wird und die

⁷⁵⁶ Häuser und Heimat 1987.

⁷⁵⁷ WoZ Nr. 7, 17.2.1984, S. 9.

⁷⁵⁸ Diabolik Nr. 2, Januar 1984.

Selbstverwaltung in den Häusern Ansätze zu einer basisdemokratischen Lebensweise bedeuten könnte, welche jeden Staat aus den Angeln hebt.»⁷⁵⁹

c) Strategien

Im Laufe der verschiedenen Phasen des Häuserkampfes von den 1970er bis in den 2000 Jahre veränderten sich die Protestformen mehrfach. Längerfristige Strategien vermochte der Zürcher Häuserkampf aber kaum zu entwickeln, wie dies schon anhand der chronologischen Entwicklung deutlich wurde. Dass die Räumung in der Geschichte des Häuserkampfes immer ein zentraler Punkt der Diskussionen war, weist auf das Fehlen von Strategien und die Differenzen innerhalb der Szene hin (vgl. III.D.2e). Eine kritische Auseinandersetzung, wie Hausbesetzungen erfolgreich durchgeführt werden könnten, fand (in öffentlichem Rahmen) kaum statt. Eine der wenigen Ausnahmen bildete die Debatte, welche nach der Räumung der Badenerstrasse 2 am Stauffacher geführt wurde. Giorgio Bellini warf den BesetzerInnen eine 'Inszenierung des Widerstands' vor und vertrat die Meinung, mit Verhandlungen wäre mehr herauszuholen gewesen. «Das Resultat ist immer voraussehbar und bestätigt sich pünktlich: Alles beschränkt sich auf das technische Problem der Räumung durch die Polizei [...]. Beschränkung also auf jene Ebene, wo die Polizei stark ist und die Besetzer schwach sind, wo sie notwendigerweise verlieren.»⁷⁶⁰ Der Stauffacher-Aktivist Wolkenstein bezeichnete Bellinis Analyse zwei Jahre später als falsch, gab ihm aber in gewissen Bereichen Recht. Wolkenstein forderte «spielerischer oder überraschender» mit Hausbesetzungen umzugehen und den Widerstand nicht immer nach dem «gleichen Muster ablaufen» zu lassen.⁷⁶¹

Ein Grund für das Fehlen von Strategien liegt darin, dass oft kein Interesse vorhanden war dauerhaft am gleichen Ort zu wohnen oder gar ein Haus zu kaufen. Dementsprechend gab es nur ganz vereinzelt Versuche Hausbesetzungen zu 'legalisieren'. Die SquaterInnen lebten vielmehr von Wandel und Spontaneität, nichts war verpönter als festgefahrene Strukturen (vgl. II.A.4). Oft wurde besetzen und besitzen als unvereinbar angesehen. Wie weit die Meinungen zu diesen Fragen auseinander gingen, verdeutlicht ein Ausschnitt eines Interviews mit zwei Mitgliedern der von ehemaligen BesetzerInnen gegründeten *Genossenschaft Durchbruch*. «Max: Für viele war die Enteignung ein elementarer Hintergrund der Hausbesetzungen – 'Eigentum ist Diebstahl'. Wir stellten das Recht auf Wohnen über das Eigentumsrecht. Von daher gibt es klar einen Konflikt zwischen besetzen und besitzen. [...] Moritz: Ich bin anderer Meinung und sehe keinen Widerspruch. Es war nie ein Problem, wenn ein Bauer sein eigenes Land bebaut. Es war nie ein Problem, wenn Arbeiter ihre Fabrik besitzen oder wenn jemand sein eigenes Haus bewohnt. 'Die

⁷⁵⁹ Infoladen für Häuserkampf 1990, S. 6f.

⁷⁶⁰ WoZ Nr. 7, 17.2.1984, S. 9.

⁷⁶¹ TAM Nr. 1, 4.1.1986, S.13.

Häuser, denen die drin wohnen'. Kritisch wird es erst wenn du in der Wohnung von jemandem anderen wohnst, für jemanden anderen arbeiten musst und dieser daran verdient. Wenn wir in dieser Begrifflichkeit nicht klar sind, gibt es immer wieder Chaos und der Besitz wird dämonisiert. Denn wie du in deinen vier Wänden lebst, hat nichts mit den Besitzverhältnissen zu tun. Real gesehen haben wir heute mehr Freiheiten als früher.»⁷⁶²

Trotz dem geringen Interesse an einer offensiven Vorwärtsstrategie gab es immer wieder Versuche, die oft eingespielten Abläufe zu umgehen und Häuser längerfristig zu erkämpfen. Die Instandbesetzungsaktion der Quartiergruppe *Luft und Lärm* an der Hellmutstrasse (1979) zeigte, dass mit einer offensiven Strategie, guter Öffentlichkeitsarbeit und etwas Glück viel erreicht werden konnte: «Nach wochenlangem Schnorren hatte man die Idee rausgefunden, wie man in Zürich eine geordnete Hausübernahme in Szene setzen könnte. Das Lösungswort war nicht etwa 'Besetzung', oder einfach 'Bezug der paar leer stehenden Wohnungen', nein, das goldene Ei, mit dem sich L&L bei den Politos und bei der im Kreis 4 viel geplagten Bevölkerung beliebt machen will, ist die 'Kontrolle' der Häuser und ihre 'Legalisierung'.»⁷⁶³ Die AktivistInnen von *Luft und Lärm* gründeten einen Mieterverein, welcher die Wiedereinstandsetzung der Häuser an der Hellmutstrasse beabsichtigte. Eine 'Kontrollaktion' gab der Presse und der breiten Bevölkerung die Möglichkeit, die leer stehenden Wohnungen zu besichtigen. Gleichzeitig forderte die Selbsthilfeaktion an einer Presskonferenz die Instandsetzung und begann Verhandlungen mit der Stadt zu führen. Eine im Voraus erstellte Renovationsexpertise sollte den nötigen Druck erzeugen. Nach gut zwei Wochen Verhandlungen erhielten die AktivistInnen die Wohnungen im Gebrauchsleihvertrag. In der Zeitung *Stilet* fassen die BesetzerInnen zusammen: Der Erfolg hing «einerseits mit den äusseren Umständen zusammen (privater + öffentlicher Hauseigentümer), andererseits aber auch mit der Art und Weise, wie die Aktionen abliefen, mit taktischem Geschick und letztlich mit dem politischen Selbstverständnis, das dahinter steht.»⁷⁶⁴

Der Durchbruch bei den Verhandlungen an der *Hellmi* ermutigte andere HausbesetzerInnen zu Nachahmungsversuchen. In der ersten Hälfte der 80er Jahre fanden mindestens neun Vorstösse für ähnliche Instandbesetzungsaktionen oder 'stillen' Besetzungen – also ohne Publizität – statt. An der Sihlramtstrasse 15-17⁷⁶⁵, der Röschibachstrasse 4a-10 und bei zwei unterschiedlichen Besetzungen an der Ankerstrasse (*Dreieck* Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse) wurde erfolgreich mit der Stadt verhandelt: die Häuser an der Hellmut-, Röschibach- und Ankerstrasse werden bis heute von selbstverwalteten Genossenschaften verwaltet. Auch bei privaten HausbesitzerInnen konnte mittels 'stillen' Besetzungen vorübergehend Wohnraum erkämpft werden: im Seefeld und

⁷⁶² .RF Nr. 11, März 2003, S. 16.

⁷⁶³ *Stilet* Nr. 53, November/Dezember 1979.

⁷⁶⁴ *Stilet* Nr. 53, November/Dezember 1979.

⁷⁶⁵ *Züri* Leu, 25.3.1980, S. 3.

bei zwei von drei Versuchen am Stauffacher.⁷⁶⁶ Erfolgversprechend war es bei solchen Besetzungen, wenn 'gemischt' werden konnte, zum Beispiel durch einen Verwandten, der bei den Behörden arbeitete.

Im Laufe der 80er Jahre wurden die 'stillen' Besetzungen wieder weniger. Dass Hartnäckigkeit auch zu diesem Zeitpunkt zum Erfolg führen konnte, belegen die Verhandlungen der ehemaligen BewohnerInnen der Schmiede Wiedikon mit der Stadt, die dadurch ein Haus an der Plattenstrasse erhielten. «Dass sie heute noch gemeinsam wohnen, verdanken sie ihrem harten Kampf. Sie hatten alle die gleichen Wünsche und Bedürfnisse und traten mit diesen an die Stadt heran. Von Anfang an gaben sie sich Mühe, als ebenbürtige Verhandlungspartner angesehen zu werden, und kämpften deshalb mit legalen Mitteln. Zu den Sitzungen erschienen sie nicht einzeln, nicht verspätet, nicht unvorbereitet, sondern mit Fakten und Vorschlägen.»⁷⁶⁷ Angesichts der 1989 geänderten Räumungspraxis versuchten wieder vermehrt Besetzergruppen die Strategie von *Luft und Lärm* zu kopieren; so etwa bei der Besetzung der Ämtlerstrasse 112/114.⁷⁶⁸ «Wir überlegten uns, in welchen Rahmen wir die Aktion stellen sollten. Eine einfache Besetzung mit Enteignungsforderung hielten wir für chancenlos aufgrund der Erfahrung im Häuserkampf der letzten 10, 15 Jahre. Von unserem politischen Verständnis her wären aber der 'Kampf um die Enteignung' – 'die Häuser denen, die sie bewohnen' – die Stichworte unserer tatsächlichen Haltung in dieser Frage. Im konkreten Fall war aber deren Anwendung uninteressant. [...] Etwas war für uns aber von Anfang an klar: Wir würden eine Aktion, die zwiespältige Verhandlungen mit Stadt und Spekulanten beinhaltet, also nichts anderes als eine Mischel-Aktion zumindest vom Vorgehen her ist, nicht als politisches Projekt im Rahmen des Häuserkampfes darstellen. So würden wir auch nicht Transparente aus den Häusern hängen, um sie bei eventueller Verhandlungsbereitschaft der Feasis [Hauseigentümer] ein-, bei einem allfälligen Scheitern wieder ausrollen. Aus der existentiellen Situation heraus können wir nicht verhindern, individuell reformistische Schritte unternehmen zu müssen.»⁷⁶⁹ Obwohl die BesetzerInnen ihr Vorgehen im zitierten Diskussionsbeitrag breit zu rechtfertigen versuchten und sich speziell in Bezug auf die Pressearbeit in einem Dilemma zu befinden schienen, unterschied sich ihr Vorgehen nur wenig von anderen Besetzergruppen dieser Zeit (z.B. Limmatstrasse 217). Sie versuchten mit den Besitzern des Grundstücks zu verhandeln und gleichzeitig die Stadt zu überzeugen die Liegenschaft zu kaufen und sanft zu renovieren – erfolglos. Im Unterschied zu *Luft & Lärm* fehlte eine Renovationsexpertise, breite Verankerung im Quartier und der Glaube an die gewählte

⁷⁶⁶ Eine 'stille' Besetzung einer Wohnung an der Mainaustrasse 45 führte zu Verhandlungen mit dem Besitzer; die drei Jugendlichen konnten immerhin knapp ein halbes Jahr bleiben. 21i Nr. 3, 24.2.1982, S. 3. Am Stauffacher konnten die BesetzerInnen gar mehrere Jahre bleiben. Flugblatt. KVZ als Spekulant, Juli 1981. p.m. Wolkenstein, Didymos, Reyneclod 1985, S. 89. Rüegg u.a. 1985, S. 165f.

⁷⁶⁷ 21i Nr. 12, 3.11.1988, S. 3.

⁷⁶⁸ In einem anderen Beispiel wandten sich die BesetzerInnen der Seebahnstrasse 123 an die *Wogeno* (1994).

Strategie; zudem war es bedeutend schwieriger mit einem privaten Hausbesitzer zu verhandeln als mit der Stadt. Insgesamt blieben 'stille' Besetzungen in den 90er Jahren selten, während die Bereitschaft zu Verhandlungen und Zwischennutzungsverträge abzuschliessen stark zunahm. Die Erfolge verschiedener 'stiller' Besetzungen beweisen, dass die AktivistInnen der Häuserkampfbewegung mit einer geschickten Verhandlungsbereitschaft und etwas Glück längerfristig Wohnraum erkämpfen können. Insgesamt blieben die Erfolgschancen ein Haus längerfristig halten zu können aber klein; ImmobilienbesitzerInnen zeigen wenig Interesse ihre Häuser an illegale Eindringlinge zu vermieten oder sogar zu verkaufen. Bei städtischen Liegenschaften waren die Aussichten auf einen Miet- oder Gebrauchsleihvertrag etwas grösser, aber auch hier hielten sich die Erfolge in Grenzen. Die gescheiterten Verhandlungen der Gruppe *Amöbel*, welche zu Beginn der 80er Jahre verschiedentlich das Gespräch mit der Liegenschaftenverwaltung suchte, verdeutlichten die Grenzen von Hausbesetzungen mit offensiver Strategie.⁷⁷⁰ In der Mehrheit wurde ein Kauf aber auch gar nicht beabsichtigt. Das Temporäre war Teil der Hausbesetzung, Kontakte zu den Behörden respektive den EigentümerInnen waren bis weit in die 90er Jahre als reformistisch verpönt.

d) Öffentlichkeitsarbeit

Die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit war innerhalb des Häuserkampfes umstritten. Nur schon die Frage, wer überhaupt angesprochen werden sollte, wurde in den verschiedenen Phasen auf unterschiedlichste Arten beantwortet: Während es in den siebziger Jahren erklärtes Ziel war die Quartierbevölkerung zu politisieren und Hausbesetzungen in den 80er Jahren einer politischen Manifestation gleichkamen, isolierten sich die HausbesetzerInnen der 90er und 2000er Jahre zunehmend. Die Möglichkeit Zwischennutzungsverträge abzuschliessen, wurde rege genutzt und trug zu dieser Isolierung bei, denn für viele AktivistInnen bestand wenig Interesse in der massenmedialen Öffentlichkeit zu stehen, solange sich dies unter Umständen negativ auf die Verhandlungen auswirken konnte.

Grundsätzlich wurden zwei Arten von Öffentlichkeitsarbeit praktiziert: die Information von Gleichgesinnten und Aufklärung der breiten Öffentlichkeit. Erstere erfolgte über kulturelle Treffpunkte, eigene Zeitungen, das Radio LoRa und ab Ende der 90er Jahre zusätzlich über das Internet. Mittels einer Gegenöffentlichkeit sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die eigene Sichtweise so zu vermitteln, die in der etablierten Presse nur selten der Fall abgebildet wurde. «In diesem Sinne erfüllten autonome Öffentlichkeiten strukturell die Funktion des 'Clubs', in dem der (Kultur-)Bürger seine Privatheit partiell abstreift und mit anderen Bürgern ein raisonierendes

⁷⁶⁹ Interner Diskussionsbeitrag der Häusergruppe Ämtlerstrasse 112/114, September 1989.

⁷⁷⁰ Verlag Amöbel 1982.

Publikum bildet.»⁷⁷¹ Breiteren Kreisen bekannte Treffpunkte wie das *Kanzleizentrum*, die *Wohlgroth* oder die Kultursquats der 2000er Jahre übernahmen eine wichtige Funktion der Informationsvermittlung: mittels aufliegenden Flugblättern, Handzetteln (Flyers) und Infowänden wurden geplante Aktionen bekannt gemacht.⁷⁷² «Das Zusammentreffen mit Gleichgesinnten, die Möglichkeit des Gedankenaustausches, der Ausbruch aus der Isolierung, das Kennenlernen von anderen Personen sind mindestens ebenso zentral, wie die Durchsetzung der konkreten Forderungen im aktuellen Konflikt.»⁷⁷³ In seltenen Fällen boten Treffpunkte auch Gelegenheiten zu Kontakten mit Leuten, welche nicht zur Hausbesetzerszene und deren Umfeld gehörten. Solches beabsichtigte das *Netz* mit einer Besetzung in Wipkingen: «Durch die Wiederbelebung des Restaurants 'Heimkehr' (früher 'Einkehr') kamen wir einem Bedürfnis vieler Quartierbewohner entgegen. So erfreuten wir uns eines regen Betriebs, da sich viele ehemalige Stammgäste weder durch Transparente an der Fassade noch durch den illegalen Zustand der Besetzung davon abhalten liessen, bei uns einzukehren. Was bisher das Schwierigste war, nämlich die bestehenden Vorurteile gegenüber Hausbesetzern zu durchbrechen, gelang uns dank diesem improvisierten Quartiertreff.»⁷⁷⁴

Während die Information von Gleichgesinnten unbestritten war, gestaltete sich die Öffentlichkeitsarbeit zur Information breiter Bevölkerungsteile schwieriger. Trotzdem gab es immer wieder Versuche die Medien mittels Pressekonferenzen, Pressecommuniqués, Leserbriefen oder Inseraten⁷⁷⁵ zu beeinflussen. «Es ist an der Zeit mehr an die Öffentlichkeit zu gelangen – vielleicht ein weiteres Mal die Schweinereien der Stadt [...] und generell der uns aufgezwungenen Sachzwänge zu proklamieren – vielleicht nachdrücklicher uns erklären – uns öffnen – und das wer und wieso zu formulieren.»⁷⁷⁶ Ein zentraler Aspekt war dabei, dass die Behörden im Normalfall nur auf breiten Druck zu Zugeständnissen zu bewegen waren, was voraussetzte, dass eine breite Öffentlichkeit über die 'Misstände' informiert war. «In dieser Stadt bewegt sich mit Sicherheit nichts, wenn nicht die Betroffenen selbst Druck machen. Erst wenn die

⁷⁷¹ Rüegg u.a. 1985, S. 176.

⁷⁷² Es ist schwer zu beurteilen, wie fest das Bestehen solcher Treffpunkte und die Stärke der Bewegung miteinander verbunden waren. Auf jeden Fall waren Freiräume ein Bestandteil einer starken Bewegung (was umgekehrt nicht unbedingt gilt).

⁷⁷³ Rüegg u.a. 1985, S. 177f. Nach Rüegg sind diese Kontakte sogar oft wichtiger als die Opposition gegen die jeweiligen Projekte.

⁷⁷⁴ Leserbrief. TA, 24.6.1987, S. 15.

⁷⁷⁵ In zwei Fällen lancierten Teile des Häuserkampfes Inserate. 1986 liess das *Netz* am 13.12.1986 ein Inserat im Tagblatt veröffentlichen. «Mit dem Inserat wollen wir das *Netz* der breiten Bevölkerung vorstellen. Da wir im Moment keine andere Möglichkeit sehen, ein unverfälschtes Bild unserer Ideen und Utopien breit vorzustellen, haben wir uns zu diesem ungewöhnlichen Weg entschieden.» Interner Aufruf zur finanziellen Unterstützung des Inserats, 1986.

Nach dem Todesfall bei der Räumung der Zweierstrasse 49 liess ein breit abgestütztes Komitee von Organisationen und Einzelpersonen (*POCH, FraP!, PdA, Frauenkino Xenia, VPOD* u.a.) am 27.6.1989 ein Inserat unter dem Titel 'Wir wollen, dass sie aufhören!' veröffentlichen.

⁷⁷⁶ Internes Flugblatt BesetzerInnen der Schmiede, 1987.

Stadtregierung vor dem Druck der Strasse Angst kriegt, wird sie die Situation anders einschätzen und Massnahmen ergreifen, Kompromisse vorschlagen, Zugeständnisse machen.»⁷⁷⁷

Die Massenmedien spielten beim Häuserkampf eine zwiespältige Rolle: einerseits diente die Presse als Informationsvermittlerin und formte das Meinungsklima, andererseits erhielten die HausbesetzerInnen nur wenig Spielraum sich darzustellen und ihre Ansichten wurden durch andere wiedergegeben; die Massenmedien waren in der Wahrnehmung vieler BesetzerInnen Teil des verhassten Systems. Aus der Absicht mit Hilfe der Medien Aufmerksamkeit zu erzeugen, ergaben sich zudem zwei Probleme: spektakuläre Aktionsformen fanden in den kommerziellen Medien mehr Aufmerksamkeit (vor allem Konfrontationen mit der Polizei) und das Interesse der Medien schwand schneller als die Bewegung zu mobilisieren vermochte.⁷⁷⁸ Gleichzeitig fand eine Bewegung, über die nicht berichtet wurde und das war oft der Fall, in der breiten Öffentlichkeit gar nicht statt. Aus diesem Dilemma heraus und infolge schlechter Erfahrungen wurde bei den HausbesetzerInnen oft auf Pressearbeit verzichtet. Verstärkt wurde diese Abneigung durch die oft schlechte oder falsche Berichterstattung (teilweise waren es augenfällige Verdrehungen, oft aber nur kleine Fehler bedingt durch mangelhafte Recherche).⁷⁷⁹ «Nicht nur, dass Zeitungen und andere Medien [...] oft GAR NICHTS schreiben, sondern auch, dass sie offensichtlich Un- und Halbwahrheiten bringen (lügen wie gedruckt...).»⁷⁸⁰

Eine gezielte Medienarbeit setzte von Ausnahmen abgesehen erst nach 1989 ein. Die grösste Medienpräsenz unter den besetzten Häusern erreichte zweifellos die *Wohlgroth*. Um den Auftritt in der Presse so gut wie möglich zu kontrollieren, gründeten die BesetzerInnen eine Mediengruppe: «Wir fanden, dass nicht irgendwer im Hof einem Journi ein Interview geben soll und gründeten deshalb die Mediengruppe. Als Anlaufstelle für Journis und als Kontrollstelle für die Informationen, die sie veröffentlichten.»⁷⁸¹ Dies funktionierte zumindest am Anfang ganz gut, «[...] die Presse stieg auf das ein, was wir wollten: Sie schwärmten über unsere 'chaotische Ordnung', sie bewunderten unseren 'Gratis-Einsatz' für die Kultur und sie stellten bedeutungsvoll Bührlles Impressionisten-Sammlung unserer Malerei gegenüber.»⁷⁸² Spätestens als die Räumung näher rückte und die Stimmung in den Medien kippte, wurde den AktivistInnen unwiderruflich klar, dass eine Steuerung der Berichterstattung ein Ding der Unmöglichkeit war. «Ich glaube, dass die Arbeit mit den Massenmedien nichts gebracht hat. Wir wollten mittels einer Öffentlichkeit Druck schaffen – das war ein Hauptziel. Wir fingen selber an zu glauben, die Massenmedien beeinflussen zu

⁷⁷⁷ Bäckli-Blatt Nr. 3, Frühling 1992, S. 4.

⁷⁷⁸ Monod/Suter 1995, S. 40.

⁷⁷⁹ Es verwundert wie schlecht selbst in Zeitungen wie dem TA und der NZZ gearbeitet wurde: Falsche Angaben zu Verhaftungen, Daten, Adressen waren keine Ausnahmen.

⁷⁸⁰ A-Bulletin Nr. 254, 8.7.1989, S. 5.

⁷⁸¹ Widerstandsinfo Nr. 36, Februar 1994, S. 9.

⁷⁸² Presse-Doku 87-94 (Wohlgroth) 1994, S. 42.

können, das war unehrlich und ein Irrtum.»⁷⁸³ Die zwiespältigen Erfahrungen der Mediengruppe in der *Wohlgroth* führten dazu, dass die HausbesetzerInnen den Kontakt zu den Medien bis Ende der 90er Jahre zumeist mieden. Erst nach 2000 begann sich dies mit der Wiederbelebung der Szene und dem verstärkten Interesse der Medien zu ändern – mit unterschiedlichem Erfolg. Während die Quartierpresse gegen die BesetzerInnen des Restaurants *Krone* (Mai bis Oktober 2002) in Altstetten eine regelrechte Hetzkampagne inszenierte, nützten die AktivistInnen des *Egocity* an der Badenerstrasse 97 und im Speziellen der Dada-Besetzung des ehemaligen *Cabaret Voltaire* die Medien geschickt aus. Auf die Spitze getrieben wurde dies bei der Eröffnung der zweiten *Dadafestwochen* im Februar 2003: Anlässlich einer Pressekonferenz an der Plattenstrasse 32 präsentierten die AktivistInnen eine Liveübertragung der Besetzung der *Sihlpapierfabrik* – das Ganze war eine gefakte Inszenierung.

⁷⁸³ Widerstandsinfo Nr. 36, Februar 1994, S. 9.

3. Polizeiliche Räumungspraxis

Laut Gesetz gilt das Besetzen eines fremden Hauses als illegaler Akt, sprich Hausfriedensbruch. «Wer gegen den Willen des Berechtigten in ein Haus, in eine Wohnung, in einen abgeschlossenen Raum eines Hauses oder in einen unmittelbar zu einem Hause gehörenden umfriedeten Platz, Hof oder Garten oder in einen Werkplatz unrechtmässig eindringt, oder, trotz der Aufforderung eines Berechtigten sich zu entfernen, darin verweilt, wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder Busse bestraft.»⁷⁸⁴

In der Geschichte des Zürcher Häuserkampfes findet sich kein einziges Beispiel für die gewaltsam Verteidigung eines Squats, wie dies beispielsweise in Berlin oder Amsterdam mittels Barrikaden und radikaler Gegenwehr versucht wurde. Den höchsten Grad an passivem Widerstand leisteten wohl die BesetzerInnen der *Hegibach*-Häuser. Rund zwei Dutzend der BesetzerInnen verschanzten sich auf dem Dach der zwei besetzten Häuser, während rund 150 SympathisantInnen um die Häuser herum Feuer anzündeten, die Polizei an ihrer Arbeit hinderte und mit Steinen sowie einem Brandsatz bewarf. Die OkkupantInnen auf dem Dach versuchten die Polizei mit Schlagstöcken zurück zu drängen und bewarfen diese kübelweise mit Getriebeöl und Farbe. Das Dach wurde mit Schmierseifenlösung glitschig gemacht, damit die Beamten nicht zu den BesetzerInnen vordringen konnten.⁷⁸⁵ Gleichwohl dauerte die Räumung nicht einmal zwei Stunden. In der Presse stiess die Verteidigungsaktion auf wenig Verständnis: «In einer Zeit, die es auch jungen Leuten einfach macht, am Wohlstand zu partizipieren, scheint bei einigen Aussenseitern ein dringliches Bedürfnis nach dem Faustrecht zu bestehen. Es ist doch ein seltsames 'Heldentum', sich in den Wasserstrahl der Hydranten zu stellen, Polizisten, die ihre Pflicht erfüllen müssen mit Schlagstöcken zu prügeln, mit Unrat zu bewerfen oder – auch dies ein Detail vom Donnerstagmorgen – mit den Füßen in die Geschlechtsteile zu treten.»⁷⁸⁶ Aber auch aus linken Kreise kam Kritik am Vorgehen der spontaneistischen Besetzer, etwa von anderen Avantgardegruppierungen oder der *PdA*; die Verteidigungsaktion erlaube der Bourgeoisie eine Diffamierungskampagnen gegen die extreme Linke so die *RAZ*.⁷⁸⁷

Der Barrikadenbau hatte jedoch in der Regel ausschliesslich symbolische Wirkung – selbst bei spektakulären Räumungen wie der Schmiede Wiedikon oder der Ankerstrasse 124. Die Diskussionen um das bevorstehende Ende führte freilich immer wieder zu inhaltlichen Differenzen, sorgte aber auch für neue Impulse, wenn die letzten Energien noch einmal mobilisiert wurden. «Als man im Sommer 92 glaubte, die Räumung [der *Wohlgroth*] stünde bevor, wurde ein Kino gebaut; als in diesem Herbst klar war, dass man fast sicher vor Wintereinbruch geräumt

⁷⁸⁴ StGB 186.

⁷⁸⁵ NZZ, 25.7.1974 (Mittagsausgabe), S. 13. NZZ, 26.7.1974 (Morgenausgabe), S. 15.

⁷⁸⁶ NZZ, 26.7.1974 (Morgenausgabe), S. 15.

⁷⁸⁷ Revolutionäre Politik Nr. 6, Oktober 1974, S. 5.

würde, flickte man mit viel Aufwand die Zentralheizung, verglaste Fenster neu und baute Befestigungen, als befände man sich im Wilden Westen und könne die Gesetze und Normen der Aussenwelt wie attackierte Truppen mit Stacheldraht und Barrikaden abwehren.»⁷⁸⁸

Der Zürcher Stadtrats änderte seine Haltung in Bezug auf Räumungen zwischen 1968 und 2005 – von wenigen Ausnahmen – nur einmal. Bemerkenswerter Weise vollzog sich der Bruch 1989 noch unter der bürgerlichen Regierung. Bis Ende der achtziger Jahre bot die Räumungspraxis für die bürgerliche Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat nie gross Diskussionsstoff: kam ein Antrag auf Räumung gestellt, so wurde diese auch ausgeführt. Ein Sprecher der Polizei erklärte im Tages-Anzeiger anlässlich einer Welle von Hausbesetzungen im Frühling 1981 dazu: «Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern klären zuerst ab, ob andere Lösungen möglich sind.» Beim Entscheid ob sofort eingegriffen werde, komme es vor allem auf die konkrete Situation an. Beispielsweise, ob der Wohnraum vom Vermieter dringend benötigt werde oder ob sich die Besetzer für längere Zeit installieren wollen. «Die Polizei handelt richtig, wenn sie zuerst versucht, die erfolgte Rechtsverletzung durch Gespräche mit Besetzern (Hinwirken auf Räumung) und Vermietern (Abklären der Möglichkeiten eines Rückzugs des Strafantrags) rückgängig zu machen. Bleiben solche Bestrebungen ohne Erfolg, wird die Räumung nach unseren Gesetzen für die Polizei unumgänglich.»⁷⁸⁹ Die statistischen Erhebungen im Anhang G und Aussagen der BesetzerInnen auf Flugblättern zeigen ein anderes Bild und widersprechen vehement der Aussage, dass die Polizei 'andere Lösungen' anstrebte. Während in den 70er Jahren wenigstens die *Hegibach*-Besetzung für rund ein Jahr geduldet wurde, können Besetzungen zwischen Januar 1980 und August 1986 (Beginn der zweiten Besetzungsphase), welche länger als zwei Wochen dauerten an einer Hand abgezählt werden ('stille' Besetzungen nicht mitgezählt). Der grosse Anteil der während der 70er und 80er Jahren unmittelbar geräumten Häuser erklärt sich damit, dass bei den meisten HauseigentümerInnen und auch bei der Polizei absolut kein Verständnis für die Anliegen der illegalen Eindringlinge bestand. Dies ging so weit, dass sich im Mai 1981 ein Hausbesitzer gegen eine Besetzung wehrte, indem er im Haus Buttersäure versprühte, was der Stadtrat als zulässig erklärte.⁷⁹⁰ Weiter belegt die hohe Zahl der Verhaftungen bei Räumungen das äusserst repressive Vorgehen.⁷⁹¹ So schritt die Polizei – entgegen der oben zitierten Aussage – nach Antrag auf Räumung im Normalfall ohne Umschweife ein, verschiedentlich sogar schon vorher. In einzelnen Fällen machte die Polizei die Häuser nach der Räumung sogar

⁷⁸⁸ Weltwoche Nr. 48, 2.12.1993, S. 51.

⁷⁸⁹ TAM Nr. 18, 2.5.1981, S. 41.

⁷⁹⁰ Telefonzeitung Nr. 2078, 11.2.1982.

⁷⁹¹ Nach 1982 wurden die BesetzerInnen vorsichtiger und zogen sich oft frühzeitig zurück.

unbewohnbar.⁷⁹² Nach 1982 – das Obergericht erklärte einen Strafantrag auf Vorrat im ehemaligen AJZ als 'nicht gültig' – mussten sich die Ordnungskräfte an ein 'Ritual' halten, wie Polizeichef Walter Hubatka 1984 nach der Räumung am Stauffacher gegenüber dem Tages-Anzeiger erklärte. «Zuerst sei – nach Eintreffen des Strafantrags der Bauherrschaft – eine Abmahnung per Lautsprecher erfolgt: 'Wir erklären den Besetzern, sie hätten eine Viertelstunde Zeit zum freiwilligen Abzug, Strafantrag werde erst danach gestellt', sagte Hubatka. Nach der Abmahnung sei der Anwalt der Bauherrschaft mündlich gefragt worden, ob er wirklich Strafantrag stellen wolle; nach der Bejahung dieser Frage habe das Polizeikommando den Einsatzbefehl zur Räumung gegeben.»⁷⁹³

Die repressive Räumungspraxis änderte sich auch in der *Netz*-Zeit (zweite Besetzungswelle) nicht; die Besetzungen, welche zwischen August 1986 und Anfang Dezember 1987 länger als zehn Tage andauerten, lassen sich wiederum an einer Hand abzählen.⁷⁹⁴ «In Zürich besetzte Häuser haben alle zwei gemeinsame Merkmale: Sie werden innert Tagen, wenn nicht Stunden geräumt, und sie werden anschliessend abgerissen oder stehen über Jahre hinweg leer», schrieb die *WoZ* zwei Jahre nach der Räumung am Stauffacher.⁷⁹⁵ Gleichzeitig wurden die Auseinandersetzungen bei den Räumungen zunehmend härter geführt. Als die Polizei die verbarrikadierte Schmiede räumen wollte, inszenierten die AktivistInnen ein riesiges Spektakel und blamierten die Polizei. Diese Räumungsaktion gilt als eine der längsten in der Geschichte des Zürcher Häuserkampfes (4 Stunden) und darf für die *Netz*-AktivistInnen zumindest als Teilerfolg bezeichnet werden. «Unter Mithilfe des unterdessen auf gut 200 Mann und das gesamte Büro S (für Sicherheit) aufgestockten Aufgebots begann die Polizei sich Wege ins Haus zu suchen. Erfolglos. Kein Werkzeug und kein Hochdruck-Wasserstrahl konnte den alten Planken des Hauses etwas antun. Der Eingang durch den Keller blieb durch eine einen Meter dicke Betonwand versperrt und selbst die erfolgreiche Öffnung eines Treppenhauses nützte nichts: ein Treppenhaus gab es nicht mehr. [...] Mittels zwei Feuerwehrleitern bestiegen dann Polizei und Feuerwehr mit Schweissanlage und Wasserschlauch das Dach des Hauses und lösten dabei ungeschickterweise den Einbruchsalarm aus. Verständlich, dass sich das Publikum diese Missachtung des Rechts auf Wohnen nicht unbeantwortet gefallen liess. Das danebenliegende

⁷⁹² Die Polizei «hat den Besitzern freundlichst geholfen, die Häuser unbewohnbar zu machen – sie haben Zerstörung angerichtet und das Haus an der Brandschenke mit Buttersäure 'behandelt'.» Flugblatt. Hausbesetzung – Räumung. Der Kampf geht weiter! Januar 1981.

⁷⁹³ TA, 13.1.1984, S. 23. Es ist zum Stauffacher anzufügen, dass die Resonanz innerhalb der Bewegung und das Interesse der Öffentlichkeit bei der Räumung besonders gross war. So wurden bei keiner anderen Räumung nur annähernd so viele Leute verhaftet (73!). Dass dieses 'Ritual' bei weniger Medienpräsenz nicht durchgeführt wurde, liegt nahe.

⁷⁹⁴ Infolge der geringen Erfolgsaussichten wurden in dieser Zeitspanne nicht einmal zehn Liegenschaften besetzt; viele AktivistInnen lebten in den Häusern an der Höschgasse 72-78 (355 Tage im Auszugsboykott) und in der Schmiede Wiedikon (191 Tage im Auszugsboykott).

⁷⁹⁵ *WoZ* Nr.1/2, 10.1.1986, S. 4.

Gelände mit dem Schutt bereits abgerissener Liegenschaften wurde Ziel mehrerer Rauchgranaten [...]. Während die dort postierten Beamten und Polizeihunde entweder getürmt waren oder den Überblick verloren haben mussten, verliessen die BesetzerInnen das Haus durch einen unterirdischen Gang. [...] Der Bordeintrag dieses siebten Tages: 'Der gegnerischen Admiralität und ihren Schergen unsere besten Grüsse. Wir haben euch schön übertölpelt'.⁷⁹⁶ Bei der Räumung der Annaburg erreichte die polizeiliche Repression einen neuerlichen Höhepunkt: Die lediglich passiven Widerstand leistenden BesetzerInnen wurden aus unmittelbarer Nähe mit Gummischrot attackiert – die Folge waren mehrere Verletzte.

Die harte Räumungspraxis dauerte auch Anfang 1989 noch an. Bei einer polizeilichen Räumung dreier Häuser an der Zweierstrasse und dem unmittelbaren folgenden Abbruch eines dieser Häuser kam es zu drei tragischen Unfällen mit einem Toten und zwei Schwerverletzten: Die BewohnerInnen der Häuser wurden am frühen Morgen des 11.5.1989 aufgefordert ihre Häuser zu verlassen, worauf unmittelbar mit dem Abriss begonnen wurde. Da die ansonsten bei Abbrüchen üblichen Sicherheitsmassnahmen wie etwa ein Bauzaun unterlassen wurden, kam beim Einbruch zweier Stockwerke der Architekt ums Leben und eine Anwohnerin wurde keine zwei Meter von ihrem Briefkasten von einer einfallenden Mauer getroffen. Ein ehemaliger Bewohner, der darauf aus Protest auf das Dach kletterte, verletzte sich beim Fall ins Sprungtuch. Die Räumung der Ankerstrasse 124 zeigte auch von Seiten der BesetzerInnen eine verschärfte Gangart. Die mit Stacheldrahtzaun, Rauch-/Knallkörpern und einer aufwendigen Zündanlage verbarrikadierte Liegenschaft musste vom wissenschaftlichen Forschungsdienst der Stadtpolizei entschärft werden.⁷⁹⁷

Die Räumungspraxis begann sich in der ersten Hälfte des Jahres 1989 zu lockern. Dies, obwohl Thomas Wagner noch im April an einer Pressekonferenz verlauten liess, er werde keine weiteren Rechtsverletzungen durch BesetzerInnen tolerieren. Doch Wagner's Worte schien die Hausbesetzerszene erst recht anzuspornen. Im Jahr 1989 dauerten bereits sieben Besetzungen länger als einen Monat, fünf länger als 100 Tage. Dass die veränderte Räumungspolitik auch von den AktivistInnen wahrgenommen wurde, verdeutlicht ein Zitat aus einem internen Diskussionsbeitrag: «Bei einer allfälligen Verkaufswilligkeit sahen wir aufgrund der aktuellen städtischen Politik eine Chance, dass die Stadt die Häuser kaufen und uns die leeren Wohnungen vermieten würde.»⁷⁹⁸ Für den Kurswechsel der bürgerlichen Regierung gaben verschiedene Auslöser: Die Unnachgiebigkeit der BesetzerInnen – welche 1989 in einer bisher noch nie da gewesenen Intensität aktiv waren (zahlreiche Hausbesetzungen, *Aufläufe gegen Speckis* jeden Donnerstag und nach jeder Räumung eine Demo) –, der geschilderte Vorfall an der Zweierstrasse

⁷⁹⁶ WoZ Nr. 25, 19.6.1987, S 7.

⁷⁹⁷ Stadtpolizei Zürich 1990, S. 31.

⁷⁹⁸ Interner Diskussionsbeitrag der Häusergruppe Ämtlerstrasse 112/114, September 1989.

und die allgegenwärtige Wohnungsnot führten zu gewissen Zugeständnissen. Möglicherweise beeinflussten auch die Stadtratswahlen vom Februar 1990 die polizeiliche Räumungstaktik.

Mit dem Regierungswechsel von 1990 entschärfte sich die Räumungspraxis weiter. Polizeivorstand Robert Neukomm (SP) liess erst räumen, wenn Bau- und Abbruchbewilligungen vorlagen, ein Mietvertrag abgeschlossen wurde oder die betreffende Liegenschaft aus Sicherheitsgründen nicht mehr bewohnbar war. Eine Besetzergruppe sprach dementsprechend von einer 'sanfteren Polizeistrategie', die eine neue Situation geschaffen hatte.⁷⁹⁹ Dass Konflikte trotz dem verbesserten Klima nicht ausblieben, zeigte das Beispiel der Limmatstrasse 217. Da Besitzer Stefan von Känel gegenüber dem Stadtrat vorgab, nach der Räumung mit der Renovation zu beginnen, verliessen die BesetzerInnen das Haus im Juli 1990. Doch der Umbau entpuppte sich als Finte. Die BauarbeiterInnen begannen zwar noch gleichentags mit der Aushöhlung des Hauses; im Sommer gingen die Arbeiten jedoch nur auf Sparflamme voran, bis sie im Herbst endgültig zum Stillstand kamen. Das Haus stand danach mehr als ein Jahr leer. An einer Pressekonferenz kritisierten die ehemaligen BesetzerInnen diesen Zustand und den Stadtrat. Dieser hatte allerdings die Ereignisse nicht voraussehen können. Dass Polizeivorstand Neukomm gewillt war, etwas gegen die Spekulation zu unternehmen, zeigte sein Verhalten gegenüber von Känel. Er teilte dem Spekulanten mit, kein anderes seiner Häuser räumen zu lassen, bevor der Umbau an der Limmatstrasse 217 fertig sei.⁸⁰⁰

Trotz punktueller Kritik⁸⁰¹ kann die Räumungspraxis der rot-grüne Regierung als relativ liberal beurteilt werden. Verschiedentlich weigerte sich der Stadtvorstand Wohnungen räumen zu lassen, obwohl der Besitzer Strafantrag gestellt hatte, so etwa im Falle der Bäckerstrasse 51/55 (*Bäckli*) und bei der *Wohlgroth*.⁸⁰² Während in den Jahren 1980 bis 1988 mehr als 80 Prozent aller besetzten Häuser (exklusive 'stille' Besetzungen) innerhalb einer Woche geräumt wurden und 1989 immer noch mehr als die Hälfte, war dies 1990 nur mehr bei rund 22 Prozent der Fall und 1991 bei rund 25 Prozent (vgl. Anhang G). Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Dauer der Besetzungen nach 1990 stark. Mit der Zunahme von Verträgen stand der Termin der Räumung frühzeitig fest. Ein weiteres Indiz für den Goodwill der Regierung gegenüber Hausbesetzungen war die Antwort auf eine schriftliche Anfrage von SVP-Gemeinderat Werner Stoller betreffend die polizeiliche Räumungspraxis. Polizeivorstand Neukomm antwortete, man wolle die Kommunikation zwischen Besitzenden und Wohnungssuchenden dieser Stadt fördern.

⁷⁹⁹ TA, 12.7.1990, S. 15.

⁸⁰⁰ TA, 7.5.1991, S. 19.

⁸⁰¹ Im Frühling 1992 wurden verschiedene Liegenschaften innert kurzer Zeit geräumt. In zwei Fällen (Mittelstrasse, Zangerweg) hätten die BesitzerInnen gemäss Stadtrat Neukomm glaubhaft machen können, dass eine Nutzung unmittelbar bevorstehe. Die Konradstrasse 71 wurde wegen Baufähigkeit geräumt (ohne Strafantrag). Im Juni 1992 wurde die Ausserdorfstrasse 41 ohne Baubewilligung und Ultimatum geräumt, die Polizei liess sich vom Besitzer übertölpeln, die BesetzerInnen kehrten danach in das unterdessen zerstörte Haus zurück.

⁸⁰² Tagblatt, 26.2.1992, S. 1.

Es sei ein Ziel Vereinbarungen zu treffen, damit in Anbetracht der prekären Wohnungsknappheit Häuser nicht auf Jahre hinaus leer stünden: «Der Fragesteller [Stoller] muss offensichtlich die Hausbesetzerszene besser kennen als die Untersuchungsbehörden, wenn er deren Vertreter und Vertreterinnen als militante Gesetzesbrecher bezeichnet.»⁸⁰³ Bei den bürgerlichen Parteien und einem Teil der Presse löste die Art der Formulierung und die unterschwellige Kritik an Stoller grosses Unverständnis aus. Die NZZ kommentierte: «Darüber, ob Hausbesetzer in globo der Militanz bezichtigt werden können, liesse sich allenfalls diskutieren. Ganz offensichtlich ist der Stadtrat aber darüber hinaus auch der Meinung, dass nicht immer von vornherein klar ist, ob Hausbesetzer ungesetzlich handeln. Diese politisch motivierte Position des Stadtrates ist vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet sehr fragwürdig – oder ist der Stadtrat der Meinung, man könne in Zürich auch legal ein Haus besetzen?»⁸⁰⁴

Die anfängliche Freude der Hausbesetzerbewegung über den Regierungswechsel legte sich jedoch schnell und wurde durch eine wachsende Skepsis abgelöst. Die Unzufriedenheit gründete jedoch nicht nur in der Räumungspraxis, sondern vielmehr in der konservativen Politik der rot-grünen Regierung in der Wohnungs-, Drogen- und Verkehrspolitik (vgl. Paradigmawechsel I.D.7). «Ehrlich gesagt ist zehn Monate nach dem Regierungswechsel wenig zu spüren. Es wird gebaut wie eh und je, die Luft stinkt wie immer, der Verkehr stockt wie immer und welche Besserungen uns die Zukunft bringen soll, sagt auch niemand.»⁸⁰⁵ Nach der Räumung der *Bäcki* – das Gelände lag danach 1992 bis 1999 brach – und der *Wohlgroth* verlor die rot-grüne Regierung in der Häuserkampfzene die letzten Sympathien. Insbesondere die Zusammenarbeit von Ursula Koch mit der *Oerlikon-Bührle Immobilien AG* stiess auf wenig Verständnis. *Wohlgroth*-AktivistInnen kritisierten zudem, dass es eine sozialdemokratisch dominierte Stadtregierung war, die «bei der Wohlgroth-Räumung das ganze Arsenal militärisch-polizeilicher Gewaltmittel in einem Ausmass einsetzte, dass damit für die Schweiz neue Massstäbe gesetzt wurden».⁸⁰⁶ Nach dem Ende der *Wohlgroth*-Besetzung stand das Verhältnis zwischen der Regierung und den HausbesetzerInnen auf einem Tiefpunkt. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurden verschiedentlich Häuser entgegen der gängigen Praxis geräumt, ohne dass der Hausbesitzer konkrete Bau- oder Renovationspläne vorlegen konnte.⁸⁰⁷ Dies, obwohl der Stadtrat die Räumungspraxis nach *Genfer Modell* immer wieder bestätigte, letztmals bei mehreren gemeinderätlichen Anfragen im Jahr 2002: Demnach würde die Polizei ein besetztes Haus nur räumen, wenn neben dem Strafantrag

⁸⁰³ Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Werner Stoller zitiert in der NZZ, 5.6.1992, S. 55.

⁸⁰⁴ NZZ, 5.6.1992, S. 55.

⁸⁰⁵ Röntgenblick Nr. 2, April 1991.

⁸⁰⁶ Flugblatt. Alles wird Wohlgroth, Dezember 1993.

⁸⁰⁷ Immer wieder gab es fragwürdige Personenkontrollen und Räumungen ohne Antrag: An der Höneggerstrasse 53 (1995), auf dem Areal der *Sihlpapier* und an der Uetlibergstrasse 99 (2000) wurde nach der Räumung abgerissen und das Grundstück danach noch lange als Parkplätze benutzt; drei Häuser an der Kasernenstrasse wurden im

entweder eine rechtskräftige Baubewilligung oder konkrete Pläne für eine Neunutzung vorhanden seien.⁸⁰⁸ Diese Handhabung wurde in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und Anfang der 2000er Jahre mehrheitlich eingehalten, was gegenüber der Zeit vor 1989 einen grossen Fortschritt darstellte.

Gelindert wurde die Räumungsproblematik seit Mitte der 90er Jahre mit dem Instrument des Gebrauchsleihvertrags, das entwickelt wurde um Nutzungskonflikte zu vermeiden. Darin können HausbesetzerInnen und EigentümerInnen vertraglich ihre Rechte und Pflichten fixieren und Abfallfragen sowie die Bezahlung der Elektrizitäts-, Heizungs- und Wasserkosten regeln. Wurden diese Verträge anfänglich vor allem durch die *Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme (ZAGJP)* abgewickelt (erstmalig 1991 an der Freistrasse 27), geschah dies später durch kurzfristig gegründete Vereine, die *Genossenschaft hausundco*, den *Verein aktives Wohnen* oder den *Verein Domicil*. Seit Oktober 2002 unterstützt die Stadtpolizei Gebrauchsleihverträge, indem sie auf ihrer Homepage ein Merkblatt mit rechtlichen Informationen anbietet. Die Vorteile der Gebrauchsleihverträge für die BesetzerInnen waren augenfällig: «Mit einem Vertrag kannst du zumindest noch rechtzeitig deine Sachen packen. Und du wirst nicht morgens um sieben aus dem Bett heraus verhaftet, während deine Siebensachen aus dem Fenster in die bereitstehende Mulde fliegen.»⁸⁰⁹ Aber auch für die Polizei erleichterte sich die Arbeit, da die Räumungen weniger Konfliktpotential boten; zusätzlich unterstützten die Gebrauchsleihverträge die Entpolitisierung des Häuserkampfes.

Unter Beschuss gelangt das liberale 'Zürcher Modell', nachdem sich die Dada-BesetzerInnen der Plattenstrasse 32 mit einem Anwalt gegen eine Räumung wehrten. Die Künstlergruppe beharrte im Herbst 2003 auf der gesetzlichen Kündigungsfrist ihres Gebrauchsleihvertrags und erreichte, dass sie bis April 2004 in der Liegenschaft der *Universität* Zürich bleiben konnten. Dieses Vorgehen löste in der Szene nicht nur auf Freude aus, wie sich der Wochenzeitung vom 26. Februar 2004 entnehmen liess: «Der Zürcher HausbesetzerInnenzene eilt zwar der gute Ruf voraus, eine verlässliche Vertragspartnerin zu sein. Die DadaistInnen hätten diesen Ruf nun arg strapaziert, heisst es weitherum.»⁸¹⁰ Der Rechtsstreit war ein gefundenes Fressen für *SVP* und *FDP*; die *NZZ* hatte die Flanke für den Druck von rechts mit mehreren Berichten geöffnet. «Vor dem Hintergrund der Erfahrung an der Plattenstrasse könne man wohl keinen Hausbesitzer mehr empfehlen, sich auf Verhandlungen mit Besetzer einzulassen und eine Hausbesetzung zu legalisieren», zitierte die *NZZ* eine Mitarbeiterin des Rechtsdienstes der *Universität*.⁸¹¹ Das

April 1998 mit der Begründung geräumt, es habe Lärmstörungen gegeben (dabei dürfte die Angst vor einer 'neuen Wohlgroth' wohl grösser gewesen sein; zudem fand die Räumung eine Woche vor dem 1. Mai statt).

⁸⁰⁸ Protokoll des Stadtrates von Zürich vom 23. August 2002, GR Nr. 2002/159, 203, 214, 215.

⁸⁰⁹ WoZ Nr. 9, 26.12.2004, S. 7.

⁸¹⁰ WoZ Nr. 9, 26.12.2004, S. 7.

⁸¹¹ NZZ, 22.11.2003, S. 55.

Polizeidepartement prüfte in der Folge die Handhabung des Gebrauchsleihvertrags. Polizeivorsteherin Esther Maurer (SP) zur WoZ: «Wir nehmen diese Erfahrung als Anlass, den Schutz der Eigentümer zu verbessern, und haben deshalb einen externen Mietrechtsspezialisten eingeschaltet.»⁸¹² In der Tat wurden 2004 und 2005 einige Liegenschaften geräumt, ohne dass irgendwelche Neunutzungen anstanden. Auch die Fabrik Zeitung stellt im April 2005 fest, dass die Zukunft der Gebrauchsleihverträge ungewiss sei. Polizeisprecherin Nicole Fix sprach gar von einem städtischem Interesse, «dass sich Hausbesetzer in einem Haus nicht festsetzen können».⁸¹³ Gleichzeitig konnten allerdings verschiedene weitere Häuser besetzt werden, der Fall Plattenstrasse darf insofern nicht überbewertet werden.

Exkurs VI: Notwohnungsamt (NWA), Verein Zürcher Jugendwohnungen (VZJ), Verein Jugendwohnhilfe (VJW) und Fuge

Das *Notwohnungsamt (NWA)* und die von der Stadt unterstützten *Vereine Zürcher Jugendwohnungen (VZJ)* respektive *Jugendwohnhilfe (VJW)* standen seit den 70er Jahren immer wieder in der Kritik der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen.⁸¹⁴ Dabei wurde bei allen drei Institutionen beanstandet, dass diese den HausbesitzerInnen die Möglichkeit anboten in Spekulationsliegenschaften BewohnerInnen einzuquartieren, die im Gegensatz zu normalen MieterInnen praktisch ohne Rechte dastehen würden.

In den 70er Jahren richtete sich die Kritik gegen das *Notwohnungsamt*. Bemängelt wurde unter anderem, dass das *NWA* gegen das Gesetz verstossende Kündigungsfristen von 14 Tagen festsetzte, die NotwohnungsbewohnerInnen von Wohnung zu Wohnung geschoben würden und nur rechtslose UntermieterInnen seien.⁸¹⁵ «Unter einem sozialen Deckmantel haben Staat und Häuserbesitzer eine Institution geschaffen, die es ihnen einerseits ermöglicht, die krassen Schweinereien und Unrechte im Mietwesen zu verschleiern, offene Konflikte zu verhindern und andererseits die Ausnützung an völlig rechtslosen Mietern bis ins letzte Detail zu perfektionieren.»⁸¹⁶ Einen Höhepunkt erreichte der Protest Mitte der 70er Jahre, als verschiedene Mietergruppen der *KPL/ML* die Problematik der Notwohnungen aufgriffen. Der Widerstand vermischte sich stark mit dem Aufbegehren gegen das *Ypsilon* und beabsichtigte in erster Linie die Politisierung der NotwohnungsbewohnerInnen. An der Überland- und der Winterthurerstrasse besetzte der *Mieterverein Überlandstrasse* 1973 verschiedene Häuser zur Verhinderung von Vorbereitungs- und Bauarbeiten am *Ypsilon*, renovierte unter anderem eine leer stehende

⁸¹² WoZ Nr. 9, 26.12.2004, S. 7.

⁸¹³ FaZ Nr. 210, April 2005, S. 11.

⁸¹⁴ Während der *VZJ* vor allem für junge Leute in Ausbildung Wohnungen zur Verfügung stellte, bemühte sich der *VJW* insbesondere um Sozialfälle und das *NWA* um Familien.

⁸¹⁵ Mieterkampf Schwamendingen, Juni 1972, S. 8f. Mieterkampf Schwamendingen, Oktober 1972, S. 3-6. Rote Hilfe 1975, S. 13. Der Notwohnungskämpfer. Nullnummer 1974.

Notwohnung und richtete ein Mieterbüro für die Quartierbevölkerung ein. Die Kündigungsfrist von lediglich 14 Tagen wurde im Februar 1975 wiederholt zum Thema, als sich eine Familie gegen ihre Ausweisung zur Wehr setzte und der Konflikt vor dem Einzelrichter ausgetragen wurde. In einer Stellungnahme im Tages-Anzeiger verurteilte der *Mieterverband* mit aller Entschiedenheit «diese beschämende Praxis, welche einer rechtlichen Deklassierung besonders schützenswerter Mieter gleichkommt».⁸¹⁷ Angesichts der vielfältigen Kritik passte der Stadtrat mit dem Beschluss vom 19.11.1975 die Kündigungsfrist dem Mietrecht an, wodurch die Fristen deutlich verlängert wurden.

Ende der 70er Jahre wurde die Kritik gegenüber dem *NWA* von der 'Bewegig' aufgegriffen. Im März 1980 reichte die *Aktionsgruppe Notwohnungen Zürich* eine von 1400 Personen unterschriebene Petition gegen Missstände im *NWA* ein. Es wurde dabei eine Reglementsänderung gefordert, wodurch auch WGs, unverheiratete Paare und GastarbeiterInnen in Notwohnungen ziehen dürften. In einem Brief an die InitiantInnen der Petition entgegnete der Finanzvorstand der Stadt Zürich: «Ziel des Notwohnungsreglements ist, dass vorwiegend in Not geratenen Familien Hilfe zukommt. Wohngemeinschaften und in Konkubinat lebende Paare wie auch jüngere Einzelpersonen sollten eher in der Lage sein anderweitig Wohnungen zu mieten.»⁸¹⁸ Der Schwerpunkt auf Familien blieb bis heute unangetastet; seit der Reglementsänderung vom September 1984 stehen Notwohnungen jedoch auch für unverheiratete Paare und in Ausnahmefällen für therapeutisch betreute Wohngemeinschaften zur Verfügung – insgesamt nahm die Stadt die Kritik von Strasse auf und passte die Regelung zwei Mal den veränderten Umständen an. Das *Notwohnungsamt* existiert heute nicht mehr und ist unter dem Begriff *Wohnen und Obdach* dem *Sozialdepartement* angegliedert.

Nach der Gründung des *Vereins Zürcher Jugendwohnungen (VZJ)* und des *Vereins Jugendwohnhilfe (VJW)* im Jahre 1982 wurde die Arbeit des *Notwohnungsamts* seltener beanstandet, dafür verschob sich die Kritik auf die beiden neuen Organisationen. Die städtischen Vereine machten es sich zur Aufgabe Wohnraum von privater und städtischer Seite zu mieten und diesen mittels Untermietsverträgen an sozial Schwächere weiter zu vermieten. Schon bald nach der Entstehung gerieten der *VZJ* und *VJW* von einigen *VZJ*-UntermieterInnen am Stauffacher unter Beschuss. «Der *VZJ* ist mit seiner Arbeit ein Faktor, die politische Brisanz der Wohnungsnot zu entschärfen, Widerstand zu verzetteln und zu dämpfen, indem er uns mit Notlösungen abspeist, bestehende Gruppen nach Belieben aufteilt und in verschiedenen Notunterkünften unterbringt. Er übernimmt die Alibifunktion, die es der Stadt erlaubt, unter dem Anschein der Liberalität gegenüber WGs/alternativen Wohnformen ihre alte Verschleierungspolitik

⁸¹⁶ Quartierinformation Nr. 2, Zürich 1975.

⁸¹⁷ TA, 14.2.1975.

⁸¹⁸ Brief an die Aktionsgruppe Notwohnungen Zürich vom 17.9.1980 (Unterstreichung im Original).

fortzusetzen.»⁸¹⁹ Bekräftigt werden diese Vorwürfe durch die Geschichte des Vereins, war er doch nach der Schliessung des *AJZs* als neue Strategie der städtischen Jugendpolitik entwickelt worden. Die Schaffung des *VZJ* und *VJW* wurde unter anderem damit begründet, dass mit solchen Einrichtungen Hausbesetzungen eher verhindert werden könnten. Die Hausbesetzerszene bemängelte, dass die beiden Vereine den MieterInnen ihre Rechte wegnähmen: «Einerseits bietet dieser Verein [*VZJ*] (wie auch andere) Hand für Spekulanten, indem es ihre Abbruchliegenschaften bis zum Abbruchtermin noch verwertbar macht, um danach ohne weiteren Widerstand der BewohnerInnen ihre Spekulationsprojekte weitertreiben zu können. Andererseits übernimmt der *VZJ* eine Befriedungsfunktion, welche die Spaltung unter den Wohnungssuchenden, die die Nase voll haben, fördert. Diese Spaltung zeigt sich in der Vertragspolitik des *VZJ*, welche darin besteht, keine direkten Verträge, sondern nur Untermietverträge abzuschliessen. Diese UntermieterInnen erhalten auf diese Weise nur minimalste Rechte und sind jederzeit auf zwei Wochen hinaus kündbar.»⁸²⁰ Das Auspielen von Wohnungssuchenden gegen HausbesetzerInnen erreichte mit der Räumung der sieben Monate lang besetzten Scheideggstrasse 63 einen Höhepunkt. Der Hausbesitzer und der *VJW* einigten sich darauf, dass sich die neuen BewohnerInnen verpflichten mussten unmittelbar nach der Räumung einzuziehen.⁸²¹ Mit der zunehmenden Schwächung der Hausbesetzerszene in den 90er Jahren versiegte auch die Kritik an den Vereinen *VZJ* und *VJW*, welche am 1.1.2003 unter dem Namen *Jugendwohnnetz* fusionierten.⁸²²

Einen neuerlichen Höhepunkt der Vorbeugung von Hausbesetzungen durch Zwischennutzungen setzte das Projekt *Fuge*. Zwischen Oktober 2002 und Januar 2004 vermietete die *Liegenschaftenverwaltung* leere Wohnungen in der Siedlung *Bernerstrasse* als Ateliers an den *Verein Pro Fuge*, dem verschiedene kulturelle und soziale Institutionen sowie die *Hochschule für Gestaltung und Kunst* angehören. Ein Ziel von *Fuge* war das «Erhalten intakter, wohn- und lebenswerter Verhältnisse bis zuletzt»; das Projekt stand damit in der Tradition des *VZJ* und *VJW*.⁸²³ Neu an *Fuge* war, dass die Übergangsnutzung gleichzeitig zur Aufwertung genutzt wurde. Mit dem Projekt *Fuge* sollte das Terrain bereitet werden, um die Grünau künftig als Trendquartier anpreisen zu können. *Fuge* muss sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, Teil einer städtischen Vermarktungsstrategie gewesen zu sein, mit der zum einen die Tragik der Umsiedlung der *Bernerstrasse*-BewohnerInnen überdeckt wurde und zum anderen auch ein neues Image für die Vermietung der Neubauwohnungen geschaffen wurde. Ob diese Form von

⁸¹⁹ Flugblatt, *VZJ Wohnhaft*, Januar 1984.

⁸²⁰ Pressemitteilung nach der Besetzung der Räumlichkeiten des *VZJ* vom 24.1.1989.

⁸²¹ Blatt Nr. 5, April 1990, S.3.

⁸²² www.juwo.ch

⁸²³ Formuliertes Ziel an einer Pressekonferenz im Mai 2002. Stärk 2005, S.

Zwischennutzung in Zukunft wiederholt wird, ist ungewiss: Die Bilanz blieb insgesamt durchzogen, die Presse berichtete mehrheitlich zurückhaltend bis negativ.⁸²⁴

⁸²⁴.RF Nr. 18, November 2003, S. 2. NZZ, 21.1.2004, S. 54. TA, 24.1.2004. S. 16. Tagblatt, 29.1.2004, S. 1.

E. Häuserkauf und Bau

1. Kauf von Liegenschaften durch Hausgenossenschaften

Im Gegensatz zu gewinnorientierten HausbesitzerInnen waren Genossenschaften eher bereit, Raum für eine sozial schwache und alternativ orientierte Mieterschaft zur Verfügung zu stellen. Das Obligationenrecht definiert eine Genossenschaft «als Körperschaft organisierte Verbindung einer nicht geschlossenen Zahl von Personen oder Handelsgesellschaften, die in der Hauptsache die Förderung oder Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe bezweckt».⁸²⁵ Das erwähnte wirtschaftliche Interesse bei Wohngenossenschaften ist die Errichtung beziehungsweise der Kauf von Wohnraum für ihre Mitglieder. Mit einem Anteilschein steuern die GenossenschafterInnen einen Teilbetrag zum Genossenschaftskapital bei. Der Status eines Teilhabers bewegt sich also im Bereich zwischen Wohnungsmieter und -eigentümer.⁸²⁶

Der Erwerb eines Hauses ist für WGs oder MieterInnen eines Hauses ohne grössere finanzielle Ressourcen schwierig. Der Weg über eine Wohngenossenschaft blieb meist die einzige Möglichkeit, war aber oft mit Nachteilen verbunden. Häufig geäusserte Vorbehalte waren hohe Eintrittspreise in die Genossenschaft und deren Eigeninteresse an der Belegung, sowie statutarische Bestimmungen.⁸²⁷ So hatten vor allem Teile der ausserparlamentarischen Linken grundsätzliche Zweifel an der Organisation in der Genossenschaft: «Die heute übliche Art, sich am Kuchen zu beteiligen und trotzdem sein soziales Mäntelchen nicht abzuziehen, läuft über eine Genossenschaft. Dabei profitiert jeder Genossenschafter von der Wertsteigerung in Form von günstigen Mieten und hat ausserdem Anteil an den Entscheidungsprozessen. Jeder Genossenschafter gehört irgendwann zu den privilegierten Bewohnern einer billigen Wohnung und läuft Gefahr, zum kleinbürgerlichen Spiesser zu werden.»⁸²⁸ Trotz dieser Vorbehalte bietet der Kauf von Liegenschaften oft die einzige Möglichkeit zum Erhalt von Häusern. Gerade in Anbetracht der zwiespältigen Erfahrungen aus den Mieter-, Quartier- und Häuserkämpfen diente der Kauf von Häusern als eine wichtige Ergänzung zu den anderen Widerstandsformen. Der Grossteil der Kleinwohngenossenschaften entstand mit der Etablierung einer Gegenkultur in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, die jedoch mit dem Immobilienboom der 80er Jahre an Einfluss verloren. Dass der Erwerb von Liegenschaften nach dem Einbruch des Immobilienmarktes in den 90er Jahren wieder vermehrt in Betracht gezogen wurde, war eine Lehre aus vielen verlorenen Schlachten.

⁸²⁵ OR Art. 828. Die Bezeichnungen Genossenschaft, Wohngenossenschaft und Hausgenossenschaft werden im folgenden synonym gebraucht.

⁸²⁶ Käufeler 1993, S. 14.

⁸²⁷ Das Dreieck Nr. 2, 1988, S. 4.

⁸²⁸ FaZ Nr. 3, Mai 1984, S. 6.

a) Entwicklung und Bedeutung der traditionellen Wohnbaugenossenschaften

Zum besseren Verständnis der Entstehung alternativer Genossenschaften soll hier kurz das Aufkommen der traditionellen Wohnbaugenossenschaften und deren Probleme in der Nachkriegszeit beleuchtet werden. Als Mitte des 19. Jahrhunderts die Maschinenindustrie in Zürich einen Aufschwung erlebte, mussten für die stetig mehr werdenden ArbeiterInnen Wohnungen gebaut werden. Nach 1860 entstanden in Zürich erste Gesellschaften, etwas später auch Genossenschaften.⁸²⁹ Die ersten Wohnbaugenossenschaften (1872-1897), die von Kaufleuten, Handwerkern und Beamten auf privater Basis gegründet wurden, waren eher mittelständisch orientiert; der Arbeiterschaft fehlte das nötige Startkapital.

Mit der weiter zunehmenden Bedeutung Zürichs als Handels- und Industriestadt und dem damit verbundenen Bevölkerungswachstum brauchte es ständig neuen Wohnraum. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kam es zu einem eigentlichen Bauboom für Arbeiterwohnungen.⁸³⁰ Eine 1896 durchgeführte Studie über die Wohnverhältnisse in Zürich zeigte, dass die Bevölkerung nicht in erster Linie mit der Wohnungsnot, sondern vielmehr mit überhöhten Mieten zu kämpfen hatte. Zum Jahrhundertwechsel endete den Bauboom infolge eines Überangebots, was gleichzeitig das Ende der jungen und noch ungefestigten Baugenossenschaften bedeutete. Als der Leerwohnungsbestand in der Folge unaufhörlich sank, wurde die Wohnbauförderung im Jahre 1907 als öffentliche Aufgabe erkannt.⁸³¹ Es stellte sich aber schnell heraus, dass der kommunale Wohnungsbau allein nicht genügte, um das Problem zu lösen und deshalb auch die Wohngenossenschaften unterstützt werden mussten (subventionierter Wohnungsbau).⁸³² Dazu verkaufte die Stadt Bauland günstig an gemeinnützige Baugenossenschaften oder gab es im Baurecht ab. Zu einem wichtigen Faktor auf dem Wohnungsmarkt entwickelten sich die Genossenschaften aber erst ab 1924 durch ein städtisches Wohnbauförderungsprogramm.⁸³³ So entstanden in der Bauperiode von 1922 bis 1931 etwa die Hälfte aller Wohnbauten auf gemeinnütziger Basis.⁸³⁴ Nach einem fast vollständigen Baustopp in Folge der Wirtschaftskrise (1930-1936) erfuhr der gemeinnützige Wohnungsbau zwischen 1943 und 1959 eine zweite Blütezeit. Zur Zeit der Hochkonjunktur in den 60er und 70er Jahren war der Wohnungsbau dann wieder von privaten InvestorInnen geprägt.⁸³⁵

⁸²⁹ 1860 entstand die *Aktiengesellschaft für Erstellung von Arbeiterwohnungen* und 1872 der *Aktienbauverein Zürich* – beide eher mittelständisch. Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 11.

⁸³⁰ Mehr als 2/5 der gesamten Zürcher Wohnbausubstanz des 19. Jahrhunderts stammt aus den Jahren 1889 bis 1899. Bärtschi 1983, S. 339.

⁸³¹ «Die Stadt fördert die Erstellung gesunder und billiger Wohnungen, sowie die Errichtung von Logishäusern und Asylen für Obdachlose.» Gemeindeordnung von 1907 zitiert in Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 10. Lindig 1979, S. 108.

⁸³² Heute spricht man jedoch nur vom subventionierten Wohnungsbau, wenn die Subvention nach 1942 gesprochen wurden.

⁸³³ Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 12f.

⁸³⁴ Bärtschi 1983, S. 363. Lindig 1979, S. 106.

⁸³⁵ AGÖP 1984, S. 9. Mieten & Wohnen, Januar 1993, S. 11. Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 14.

Oberstes Ziel der städtischen Subventionpolitik für Wohngenossenschaften war die Verfügbarkeit von guten und günstigen Wohnungen für die Bevölkerung (wobei diese Wohnungen anfänglich teuer waren und erst mit der Zeit preiswerter wurden). «Die gemeinnützigen Baugenossenschaften stellen das Gros des günstigen Wohnraums. Mit massgeblicher Hilfe von Bund, Kanton und Stadt bilden sie ein deutliches Gegengewicht zum gewinnorientierten privaten Wohnungsmarkt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass immer eine gewisse Anzahl Wohnungen nach dem Prinzip der 'Kostenmiete' vermietet wird.»⁸³⁶ Die ursprünglichen Zielsetzungen – nämlich die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und die Bekämpfung der Wohnungsnot – erfüllten die Genossenschaften auch noch in der Nachkriegszeit. Dabei wurden jedoch insbesondere diejenigen Bevölkerungskreise, welche besonders auf günstige Wohnungen angewiesen waren, häufig ausgeschlossen: «Vom Mieter einer subventionierten Wohnung wird verlangt, dass er erstens verheiratet ist und zweitens so viele Kinder aufzieht, wie es der Grösse seiner Wohnung entspricht. [...] Diesem Traumpaar stehen alle Genossenschafts-Türen offen, während sie für Einzelne, unverheiratete Paare, Wohngemeinschaften und Ausländer zumeist verschlossen bleiben.»⁸³⁷ Bis in die späten 80er Jahre wurden in Genossenschaftswohnungen praktisch nur Kleinfamilien aufgenommen. Gruppen wie ImmigrantInnen, allein Erziehende oder StudentInnen, die auf dem privaten Wohnungsmarkt grosse Mühe hatten eine bezahlbare Wohnung zu finden, waren in den Genossenschaften unerwünscht. Zwar öffneten sich im Laufe der Zeit viele Genossenschaften, dafür taten sie sich Ende der 90er Jahre teils schwer, die notwendig gewordenen Erneuerungsprozesse anzugehen.

Exkurs VII: Genossenschaftlicher Erneuerungsprozess

Viele Genossenschaftssiedlungen in den Stadtrandgebieten waren Ende der 90er Jahre in den Augen der Behörden und Genossenschaftsvorstände nicht mehr 'zeitgemäss': die Wohnungen waren renovationsbedürftig und der Grundriss entsprach nicht mehr den aktuellen Raumansprüchen. Lange Zeit versäumten es die Genossenschaften diese Probleme anzugehen und zusammen mit der Bewohnerschaft Lösungen zu suchen. Als sich nach 1998 erste Genossenschaften mit dem Erneuerungsprozess zu beschäftigen begannen, wählten sie oft die Kahlschlagvariante und ernteten bei der Bewohnerschaft viel Unmut.⁸³⁸ Vielen Genossenschaften

⁸³⁶ Die 'Kostenmiete' zwingt den Vermieter, den Mietzins seinen Kosten und nicht dem Markt anzupassen. Bei der 'Marktmiete' bildet sich der Mietzins nur durch Angebot und Nachfrage. Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 14.

⁸³⁷ TA, 26.4.1980, S. 15. Ein vergleichbares Zitat fand sich auch im 21i: «Auch die Vermietungspolitik – unverheiratete Paare oder Wohngemeinschaften haben wegen der engen Bestimmungen im sozialen Wohnungsbau keine Chancen – und die Hausordnungen lassen wenig Raum für neue Formen des Wohnens.» 21i Nr. 16, 5.11.1986, S. 7.

⁸³⁸ Ein Neubauprojekt der *Genossenschaft Gewobag* in Altstetten wurde im Dezember 2000 vorerst sistiert. TA, 2.12.2000, S. 17. Im Falle der *Genossenschaft Sunnige Hof* wurde ein Neubauprojekt von den GenossenschafterInnen erst im zweiten Anlauf angenommen.

fehlte es am Know-how um nach vielen Jahren der Untätigkeit wieder zu bauen; andere wiederum realisierten Neubauten mit Wohnungen, deren Preise sich vom freien Markt kaum noch unterschieden.⁸³⁹ So schrieb der Beobachter in einer Titelgeschichte im Dezember 2002, dass Genossenschaftswohnungen zunehmend vergoldet würden: «Wohnen wird immer teurer. Selbst bei Genossenschaften schwindet das Ideal der sozialen Verantwortung. Nach Sanierungen steigen die Mieten oft auf das Doppelte.»⁸⁴⁰

Erst nachdem einige Renovationsvorlagen von den GenossenschafterInnen verworfen wurden, setzte langsam ein Umdenken ein. Laut Peter Schmid, Präsident der Sektion Zürich des *Schweizerischen Verbands für Wohnungswesen (SVW)*, fand ein 'kollektiver Lernprozess' statt: «Dies besonders, weil es an einzelnen Generalversammlungen zu Ablehnungen auch von eigentlich vernünftigen Erneuerungsvorhaben ging, die jedoch ungenügend und zu kurzfristig kommuniziert und bei denen Mitglieder übergegangen wurden.»⁸⁴¹ Öffentlichen Druck erzeugte der *Verein living*, welcher sich dafür einsetzte, dass bei Erneuerungen von Genossenschaftssiedlungen auch soziale und nachhaltige Aspekte berücksichtigt wurden.⁸⁴² In einer von 1700 Personen unterzeichneten Petition forderte der Verein, dass Genossenschafts-Siedlungen aus den 40er Jahren erst abgerissen werden dürfen, «wenn dieser Siedlungstypus in allen Quartieren angemessen im kommunalen Inventar vertreten ist und somit erhalten bleibt».⁸⁴³ Die Sektion Zürich des SVW ihrerseits präsentierte in Zürich-Seebach 2004 ein Merkblatt für Genossenschaftsvorstände, die vor grossen Sanierungen stehen, und propagierte ein simples Grundrezept: «langfristig planen, offen kommunizieren, Mitsprache rechtzeitig sicherstellen».⁸⁴⁴ Verschiedene Bauträger sahen zudem ein, dass es wenig Sinn macht kleinräumige Wohnungen a priori zu erneuern, wie Niklaus Scherr vom *Mieterverband* feststellte. «Heute sagen selbst Planer, dass eine solche Wohnung auf intelligente Weise in eine Alterswohnung umgewandelt werden kann. Die reine Flächendiskussion – keine 3-Zimmer-Wohnung mehr, keine Wohnung unter 100 Quadratmeter mehr – ist falsch. Auch Wohnungen mit nur 80 Quadratmeter können in Reihensiedlungen zusammen mit Nebenräumen und Aussenflächen sehr familientauglich sein.»⁸⁴⁵ Speziell grössere Genossenschaften lernten aus den Fehlern der Vergangenheit, erneuern ihre Siedlungen stufenweise und garantieren so die längerfristige Erhaltung von günstigem Wohnraum sowie eine gute soziale Durchmischung.⁸⁴⁶ Nicht immer verlief dieser

⁸³⁹ In der Ausstellung *Stand der Dinge – neustes Wohnen in Zürich* im Jahr 2002, in welcher zahlreiche Neubauprojekte vorgestellt wurden, fanden sich zehn Beispiele von Genossenschaftsneubauten, in denen eine 4 bis 4½-Zimmerwohnung zwischen 1550 und 2800 Franken kostete.

⁸⁴⁰ Beobachter Nr. 25, 13.12.2002, S.1.

⁸⁴¹ Mieten & Wohnen Nr. 1, Januar 2006, S. 8.

⁸⁴² PS Nr. 14, 10.4.2003, S. 10.

⁸⁴³ Tec 21 Nr. 26, S. 24.

⁸⁴⁴ Medienmitteilung des SVW vom 9.7.2004. TA, 23.11.2004, S. 12.

⁸⁴⁵ Mieten & Wohnen Nr. 1, Januar 2006, S. 8.

⁸⁴⁶ TA, 11.6.2004, S. 19. TA, 23.11.2004, S. 12. TA, 23.3.2004, S. 15.

Prozess ohne Konflikte: Die Siedlungen *Sunnige Hof* in Altstetten und *Katzenbach* in Seebach wurden nach langjähriger Auseinandersetzung gegen den Widerstand eines Teils der BewohnerInnen abgerissen.

b) Alternative Wohngenossenschaften

Die alternativen Genossenschaften hatten ihre Blütezeit zwischen 1978 und 1981. Für diese Jahre kann von einer eigentlichen Bewegung gesprochen werden. Nach dieser ersten Aufbruchphase schwankte die Zahl der erfolgreichen Häuserkäufe von selbstverwalteten Genossenschaften stark und war in hohem Masse von der Situation auf dem Immobilienmarkt abhängig. Die erste alternative Hausgenossenschaft in Zürich wurde Anfang der siebziger Jahre an der Zentralstrasse 140/142 gegründet. Die *Genossenschaft Bezet* entstand aus sozialdemokratischen Kreisen, die sich im Rahmen der parteiinternen Selbstverwaltungsdiskussion entschieden im Wohnbereich aktiv zu werden. Durch den Kontakt eines Genossenschafters zu den Hausbesitzern konnte man die zwei Liegenschaften aufkaufen. Ende der 70er Jahre entstanden dann rund 20 weitere selbstverwaltete Genossenschaften. Die alternative Genossenschaftsbewegung sah sich als Teil der in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entstandenen Gegenkultur mit ihren Wohngemeinschaften, Kollektiven, Medien, Läden und Gaststätten.⁸⁴⁷ «In dieser 'neuen Genossenschaftsbewegung' wird die Behauptung aufgestellt, dass man, wenn die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen so unerträglich werden, wie sie es nach Meinung der 'Alternativler' in der heutigen Industriegesellschaft sind, nach neuen, besseren Formen des Lebens und Arbeitens suchen müsse und dass Genossenschaften solche Modelle anbieten könnten.»⁸⁴⁸ Die Genossenschaften bilden dabei Aktionsgemeinschaften zum Zweck der Selbsthilfe, die vor allem in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Freizeit angestrebt wurde. Die neu entstandenen Wohn- und Hausgenossenschaften wollten Alternativen zu den traditionellen Wohnbaugenossenschaften schaffen, welche sich gerade gegenüber jungen Leuten auf der Suche nach neuen Wohn- und Lebensformen ablehnend verhielten. Dabei bestand der Anspruch, «in den so 'befreiten' Häusern alternative Wohn- und Lebensweisen zu verwirklichen. Der Wunsch nach 'sozialistischen' Inseln und der Druck unverminderter Wohnungsnot treffen mit der recht grossen Finanzkraft einiger Nach-Achtundsechziger/innen zusammen.»⁸⁴⁹ Zusätzlich konnten die Häuser langfristig der Spekulation entzogen werden, die ökonomische Selbstverwaltung versprach niedrige Kosten⁸⁵⁰ und mittels einer variablen Höhe der Anteilscheine konnte ein Ausgleich der Finanzkraft erzielt werden.

⁸⁴⁷ AGÖP 1984, S. 11. Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 25. Weltwoche Nr. 29, 18.7.1985, S. 27.

⁸⁴⁸ Freiburghaus 1983, S.78.

⁸⁴⁹ AGÖP 1984, S. 11.

⁸⁵⁰ Gruber/Wyssling 1980, S. 2.

In der Regel planten die Klein- oder Hausgenossenschaften keine Neubauten, sondern versuchten bestehende Wohnhäuser zu kaufen oder sie mit langfristigen Baurechtsverträgen zu übernehmen. Manche der Gruppen hatten bei der Suche nach geeigneten Liegenschaften Erfolg.⁸⁵¹ Nach dem Erwerb wurden die Häuser sanft saniert – häufig in eigener Arbeit: So mussten alle BewohnerInnen der *Genossenschaft Neptunstrasse 82/84* im ersten Jahr nach dem Erwerb (1978) 100 Stunden Renovationsarbeit leisten.⁸⁵² Häufig aber blieben die Genossenschaften jahrelang ohne Haus. Das Hauptproblem bildete (nur) nicht die fehlende Finanzkraft, sondern das Finden von geeigneten Objekten. Die Organisatoren einer Tagung über Hausgenossenschaften schrieben dazu: «Es geht nicht nur darum ein günstiges Haus zu finden, sondern dies muss ausserdem auf einem äusserst ausgetrockneten Liegenschaftenmarkt geschehen, wo kaum noch brauchbare Objekte ausgeschrieben werden und auf Offerten selten eine Antwort erfolgt. Die billigen und damit für Hausgenossenschaften interessanten Liegenschaften aber gelangen zudem nicht auf den Markt (z.B. in Form von Inseraten), sondern gehen meist unter der Hand weg.»⁸⁵³ Mitte der achtziger Jahre verschlechterte die durch Spekulation angeheizte Teuerung auf dem Immobilienmarkt die Ausgangslage für alternative Wohngenossenschaften. Die junge Bewegung machte eine Krise durch, während der nur noch vereinzelt Häuserkäufe getätigt wurden.⁸⁵⁴ Die steigenden Preise auf dem Immobilienmarkt schwächten die selbstverwalteten Hausgenossenschaften, weil die Mieten in den erworbenen Objekten unerschwinglich geworden waren. «In vereinzelt Fällen konnte noch die Stadt einer Hausgenossenschaft ein Haus im Baurecht abgeben, oder es wurde ein häuserübergreifender Mietzinsausgleich zwischen billiger und teurer erworbenen Liegenschaften eingeführt. Im übrigen aber hatten es jene, die über eine eigene Hausgenossenschaft ihre Wohn- und Lebensvorstellungen realisieren wollten [...] zunehmend schwerer.»⁸⁵⁵

Nach 1990 – die Situation auf dem Bodenmarkt entspannte sich langsam – wurden wieder vereinzelt Häuser durch alternative Hausgenossenschaften gekauft. Mit der Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt und dem Entstehen einer Wohnungsnotbewegung im Jahr 1989 war ein Klima entstanden, in dem gegenüber HausbesitzerInnen verstärkt Druck aufgesetzt werden konnte. In

⁸⁵¹ *Genossenschaft Achteck* (1980 gegründet, 1981 Götzstrasse 11 erworben), *Genossenschaft Eigenstrasse* (1978 gegründet, 1980 Eigenstrasse 18 erworben), *Genossenschaft Iglu* (1982 Burgstrasse 4 von der Stadt im Baurecht übernommen), *Genossenschaft Neptunstrasse* (1978 gegründet, 1978 Neptunstrasse 82/84 erworben), *Genossenschaft Neuland* (1977 gegründet, 1979 Scheffelstrasse 28/30 erworben), *Genossenschaft Nordpol* (1986 gegründet, 1986 Nordstrasse 151 erworben), *Genossenschaft Ponsyrus* (Anwandstrasse 9), *Genossenschaft Wurm* (1980 gegründet, 1980 Wuhrstrasse 28 erworben), *Genossenschaft Zeunerstrasse 5+7*, *Genossenschaft zur Halde* (Haldenstrasse 135), *Genossenschaft 31. März* (1980 gegründet, 1981 Schreinerstrasse 60 und 1991 die Anwandstrasse 34 erworben), *Genossenschaft Z* (zweite Hälfte 70er Jahre gegründet, 1982 Gemeindestrasse 62 von der Stadt im Baurecht übernommen).

⁸⁵² TA, 26.4.1980, S. 15.

⁸⁵³ Gruber/Wyssling 1980, S. 32.

⁸⁵⁴ Eine Ausnahme bildete die *Genossenschaft Nordpol*, die 1986 gegründet wurde und im selben Jahre die Nordstrasse 151 kaufte.

dieser neuen Situation begannen Teile der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen wieder vermehrt mit EigentümerInnen oder der Stadt über den Kauf beziehungsweise die Baurechtsübernahme zu verhandeln. So konnten die seit anfangs der achtziger Jahre umkämpften Häuser an der Röschibachstrasse und im *Dreieck* Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse von den *Genossenschaften La Röschi* respektive *Dreieck* übernommen werden. Eine grosse Liegenschaft kaufte auch der von ehemaligen Stauffacher-AktivistInnen gegründete Grosshaushalt *Karthago an der Zentralstrasse*, der im Ansatz auf der Stadtutopie *bolo'bolo* basierte (vgl. II.A.2). Ehemalige BesetzerInnen gründeten zudem die *Genossenschaft Durchbruch* und erwarben in der zweiten Hälfte der 90er Jahre je ein Haus an der Tell- und an der Josefstrasse. Gegenüber der Fabrik Zeitung erklärten sie, dass Hausbesetzungen Abbruchpläne in der Vergangenheit nicht hätten verhindern können. Gleichzeitig seien sie nach mehreren Räumungen innerhalb kurzer Zeit ausgebrannt gewesen. «Wir kamen zum Punkt, wo wir nicht mehr von Haus zu Haus ziehen, sondern uns irgendwo fest einrichten wollten. [...] Mittels dem Kauf eines Hauses konnten wir uns ein kollektives Wohnprojekt auf Dauer schaffen.»⁸⁵⁶

Im Laufe der Zeit gab es mehrfach Versuche zur Vernetzung und Organisation von Hausgenossenschaften. In der Aufbruchphase wurde am 26.4.1980 in der Schule für Soziale Arbeit erstmals eine Tagung zum Thema Hausgenossenschaften durchgeführt. Ziel war es Allgemeinwissen zur Genossenschaftsgründung zu vermitteln, den Erfahrungsaustausch zwischen den diversen Genossenschaften zu verbessern und die Schaffung einer Informationsstelle in die Wege zu leiten.⁸⁵⁷ Etwa zur gleichen Zeit planten Leute aus dem Umfeld der *Genossenschaft Bezet* die Gründung eines Zusammenschlusses alternativer Genossenschaften als übergeordnete Organisation mit dem Namen *Genossenschaft mit selbstverwalteten Hausgesellschaften*.⁸⁵⁸ Das Projekt scheiterte aber genauso am fehlenden Interesse wie die Weiterführung der Tagung vom 26.4.1980. Diese Versuche einer Vernetzung führten aber immerhin zur Gründung der *Wogeno* (vgl. III.E.1c).

Im Sommer 1989 wurden die Organisationsansätze von Anfang der 80er Jahre wieder aufgenommen. Ein gutes Dutzend alternativer Genossenschaften vereinigte sich im *Bündnis selbstverwalteter Hausgenossenschaften (BsH)*. Hintergrund für den Zusammenschluss bildeten die erschwerte Situation auf dem Liegenschaftenmarkt und der Entscheid des Bundesgerichts, dass die 1985 angenommene Initiative des *50-Millionen-Kredits zur Erhaltung von preiswertem Wohn- und Gewerberaum* definitiv gültig war (vgl. III.E.1c). Die Mitglieder des *BsH* bemühten sich darum, bei der Gründung der Stiftung für den *50-Millionen-Kredit* ihre Erfahrungen einbringen zu

⁸⁵⁵ Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich 1990, S. 25.

⁸⁵⁶ .RF Nr. 11, März 2003, S. 16f.

⁸⁵⁷ Gruber/Wyssling 1980. TA, 26.4.1980, S. 15. Tell Nr. 13, S. 25.

⁸⁵⁸ Berna 1980. S. 24.

können. In einem Brief an Stadtrat Willy Küng (*CSP*) schrieben sie: «Die Zeit drängt, denn was den unterzeichneten Hausgenossenschaften vor 5 bis 10 Jahren noch möglich war, nämlich der Erwerb von Eigentum und Baurechten zur genossenschaftlichen Nutzung, scheidet heute an der überbordenden Preisentwicklung.»⁸⁵⁹ Nach Meinung des *BsH* sollte der *50-Millionen-Kredit* für selbstverwaltete Genossenschaften eingesetzt werden, wie dies ursprünglich auch geplant war. Der Stadtrat sah dies aber anders; das *BsH* verlor somit seinen Daseinszweck und löste sich auf.

c) Wogeno

Die *Genossenschaft Wogeno* wurde vor dem Hintergedanken der Vernetzung selbstverwalteter Genossenschaften 1980 ins Leben gerufen. Treibende Kraft für die Gründung waren SozialdemokratInnen, welche schon in der *Hausgenossenschaft Bezet* an der Zentralstrasse 140/142 aktiv waren.⁸⁶⁰ Auch in den folgenden Jahren stand die *Wogeno* der *Sozialdemokratischen Partei (SP)* nahe. Im Oktober 1981 stammte rund ein Drittel der damals 80 Mitglieder aus der *SP*.⁸⁶¹ Die *Wogeno* unterschied sich von den traditionellen Genossenschaften durch eine weitgehende Selbstorganisation (die Entscheidungskompetenz liegt so weit als möglich bei der Hausgemeinschaft) und dadurch, dass die Genossenschaft für alle möglichen (alternativen) Wohnformen offen steht: «Die *Wogeno* vermietet nämlich nicht Einzelwohnungen an Einzelmietler, sondern ganze Häuser an Hausgemeinschaften, die dann die Häuser selber verwalten, eventuell die Häuser unter *Wogeno*-Obhut selber umbauen.»⁸⁶² Hauptziel war es die Häuser dauerhaft der Spekulation zu entziehen. Verschiedene Mitglieder sahen die Arbeit in der *Wogeno* auch als politisches Engagement: «Für mich ist die *Wogeno* eine politische Aufgabe. Wir schaffen selbstverwaltete Räume und wir arbeiten gegen die Spekulation. Die *Wogeno* ist auch ein Aufsteller: in kurzer Zeit ist enorm viel gelaufen – konkret sichtbar und spürbar für die Betroffenen. Für einmal müssen wir als Linke nicht immer nur Schläge einstecken.»⁸⁶³

Das Vorgehen der *Wogeno* unterschied sich ansonsten wenig von den herkömmlichen Genossenschaften. Durch Anteilscheine von 3000 Franken wurde ein relativ grosses Genossenschaftskapital zusammengetragen. Somit war es ohne grosse Probleme möglich die zusätzlichen finanziellen Mittel bei den Banken zu beschaffen, um eine Liegenschaft zu kaufen, ohne dass sich die MieterInnen mit den sonst für kleinere Hausgenossenschaften typischen Finanzierungsproblemen herumschlagen mussten. «Die *Wogeno* ist wie eine Bank: wir schiessen das Geld [Eigenkapital] für den Häuserkauf nur vor. Sobald die Bewohner das Kapital [Hypothek] zurückzahlen, können wir damit neue Häuser kaufen. Immer mit dem gleichen Geld. Die *Wogeno*

⁸⁵⁹ Brief des Bündnis selbstverwalteter Hausgenossenschaften an Stadtrat Willy Küng vom 11.9.1989.

⁸⁶⁰ WoZ Nr. 4, 27.1.1990, S. 15.

⁸⁶¹ WoZ Nr. 5, 30.10.1981, S. 4.

⁸⁶² TAM Nr. 7, 18.2.1984, S. 13f.

⁸⁶³ AGÖP 1984, S. 13.

bleibt aber Eigentümerin der Häuser, die Hypothek läuft auf unseren Namen, und die Bewohner zahlen an uns den Hauszins.»⁸⁶⁴ Gleichzeitig förderte die *Wogeno* aber die Selbstverwaltung und sah sich «als eine Art Dachorganisation oder Netzwerk, welche interessierten Leuten die Errichtung von selbstverwalteten Hausgemeinschaften ermöglicht»⁸⁶⁵

Im Laufe der Zeit entstanden in den Liegenschaften der *Wogeno* immer wieder Konflikte – am ausgeprägtesten waren sie an der *Hellmi*, welche die linke Genossenschaft im Mitte der 80er Jahre übernahm (vgl. auch III.E.2 und Anhang C). Insgesamt lassen sich die an die *Wogeno* herangetragenen Kritikpunkte in drei Kategorien aufteilen:

Erstens kam es vor, dass MieterInnen der gekauften Liegenschaften den als GenossenschaftlerInnen nötigen Betrag nicht bezahlen wollten oder konnten.⁸⁶⁶ Oft konnten derartige Auseinandersetzungen vermieden werden, indem Liegenschaften gekauft wurden, bei denen die BewohnerInnen von sich aus an die *Wogeno* herantraten (dies war immerhin bei rund einem Drittel der Liegenschaftenkäufe der Fall).⁸⁶⁷ Die *Hellmi* bildet eine Ausnahme: Ein Teil der BewohnerInnen der 1979 von der Gruppe *Luft und Lärm* besetzten Häuser war finanziell und ideologisch nicht bereit einen Genossenschaftsbeitrag zu zahlen: «Mit der *Wogeno*, einer typischen jung-sozialdemokratischen Mittelstandsgenossenschaft, käme eine ganz andere Mieterschaft, die mit ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrer letztlich kleinbürgerlichen 3-Zimmer-Familienidylle die bisherigen Bewohner verdränge.»⁸⁶⁸ Die *Wogeno* war sich durchaus bewusst, dass bei der Übernahme der Hellmutstrasse 5 bis 15 ein Teil der ehemaligen BewohnerInnen verdrängt würde. Trotzdem entschied sie sich in Übereinstimmung mit einer Mehrheit der MieterInnen die Liegenschaft zu übernehmen, denn dadurch konnte der Abriss aller Häuser verhindert werden.⁸⁶⁹ «Es ist nicht gelungen, die Situation so zu erhalten, wie sie eben in dieser Stadt dringend auch benötigt würde: Als Ort, wo ökonomische Zwänge und bürgerliche Lebensstile nicht derart auf bestimmte Gruppen einwirken wie anderswo. Ein Teil des Freiraums wird zerstört: Das Projekt wird seinen Beitrag zur Quartier-‘Aufwertung’ im Positiven wie im Negativen leisten.»⁸⁷⁰

⁸⁶⁴ AGÖP 1984, S. 12.

⁸⁶⁵ Tell Nr. 47, 11.9.1981.

⁸⁶⁶ Wer bei der *Wogeno* wohnen wollte, musste je nach Liegenschaft einen Anteil von bis zu mehreren zehntausend Franken zahlen. 21i Nr. 16, 5.11.1986, S. 7.

⁸⁶⁷ WoZ Nr. 5, 30.10.1981, S. 5.

⁸⁶⁸ Volksrecht, 20.5.1988.

⁸⁶⁹ Nach der Übernahme der Häuser durch die Quartiergruppe *Luft und Lärm* entstand an der Hellmutstrasse ein Freiraum für linksradikale Kräfte, was seitens der Stadtregierung immer wieder angeprangert wurde. Während den Verhandlungen über eine langfristige Nutzung der Häuser durch die ehemaligen BesetzerInnen bestand die Stadt deshalb auf dem Abriss der Innenhofgebäude, was bei den BewohnerInnen zu einer Spaltung führte. Die *Wogeno* und eine Mehrheit der MieterInnen einigten sich schliesslich mit der Stadt, die Innenhofgebäude zu ‘opfern’ (vgl. Anhang C).

⁸⁷⁰ *Wogeno Info* Nr. 1, März 1989, S. 2.

Der zweite Kritikpunkt, welcher der *Wogeno* und anderen selbstverwalteten Genossenschaften vorgehalten wurde, bestand darin, dass die *Wogeno* durch den Erwerb von Liegenschaften selber zur 'SpekulantIn' wurde. So fragte die WoZ schon 1981: «Wie kann man auf der politischen Ebene für echte Veränderungen kämpfen und in der Praxis die altherkömmlichste Sache machen [...]?»⁸⁷¹ Die *Wogeno* «kommt auf dem Liegenschaftenmarkt und in den politischen Auseinandersetzungen zwangsläufig in Widersprüche, die meist nur gemildert, aber nicht ausgeräumt werden können.» schrieb die Genossenschaft einige Jahre später dazu. «Die 'Fundis' werden dies als Verrat an der gemeinsamen Sache empfinden. Wir meinen, es ist eine der vielen Möglichkeiten, den Kampf für spekulationsfreien, selbstverwalteten Wohnraum ohne individuelle Besitzansprüche zu führen.»⁸⁷² Eine Folge dieses Zugeständnisses waren zum Teil hohe Mieten für die GenossenschafterInnen. Mit einem Solidaritätsmodell versuchte die *Wogeno* diesem Problem entgegenzutreten.

Der dritte Vorwurf lautete, dass der Kauf eines Hauses zu einem Rückzug ins Private führe: Besitzansprüche, Selbstgefälligkeit, Teilnahmslosigkeit an der städtischen Mieterpolitik würden sich schnell breit machen. Diesem Kritikpunkt widersprach ein Gründungsmitglied der *Genossenschaft Durchbruch*. «Der Vorwurf, dass es einen Zusammenhang zwischen der Entpolitisierung und dem Besitzen gibt, ist eindeutig falsch. Die Frage ist nämlich nicht, ob du besitzt oder besetzt, sondern bist du politisiert oder nicht. [...] Du kannst aber auch ein Haus besitzen und eine Dynamik entwickeln. Dies ist ein Willensentscheid. Am Ende steht immer die Frage, was du aus deiner Umgebung machst.»⁸⁷³

Trotz der beschriebenen Vorbehalte kann die *Wogeno* für sich in Anspruch nehmen, in der Stadt Zürich bis Ende 2005 Zürich 26 Häuser der Spekulation entzogen zu haben. Auch für die BesetzerInnen der städtischen Liegenschaften an der Hellmutstrasse stand die Zusammenarbeit mit einer anderen – traditionellen – Genossenschaft nie zur Diskussion. «Als Übernahmeeigentümer steht eindeutig die *Wogeno* im Vordergrund, die von ihrem inneren Aufbau und ihrer Haltung her am ehesten mit einem solchen Sonderfall umzugehen versteht.»⁸⁷⁴ Überdies blieb die *Wogeno* die einzige grössere Wohngenossenschaft aus dem linken Spektrum, welche in der ganzen Schweiz aktiv war.⁸⁷⁵

⁸⁷¹ WoZ Nr. 5, 30.10.1981, S. 4.

⁸⁷² *Wogeno* Info Nr. 1, März 1989, S. 2.

⁸⁷³ .RF Nr. 11, März 2003, S. 17.

⁸⁷⁴ TAM Nr. 7, 18.2.1984, S. 13.

⁸⁷⁵ Sechs der *Wogeno*-Häuser befinden sich im Kreis 3, acht im Kreis 8, der Rest ist über die ganze Stadt verteilt. www.wogeno-zuerich.ch

d) Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen

Die *Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen in Zürich (PWG)* geht zurück auf eine 1985 angenommene Volksinitiative. Infolge verschiedener Rekurse dauerte es aber mehr als fünf Jahre, bis sie ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Am 20.1.1982 reichte die *SP* eine städtische Volksinitiative ein, welche die Errichtung einer *Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen* mittels eines Kredits von 50 Millionen Franken verlangte. 1985 erklärte der *SP*-Gemeinderat Peter Macher im Tages-Anzeiger, dass es bei der Initiative nicht um eine Konkurrenzierung bestehender Wohnbaugenossenschaften, sondern um eine Ergänzung gehe. «Die Initiative steuert eine neue Form genossenschaftlicher Betätigung an [...] den Erwerb bestehender Liegenschaften und deren Überführung ins genossenschaftliche Eigentum, um sie der Spekulation zu entziehen.»⁸⁷⁶ Neu war dabei weniger die grundsätzliche Stossrichtung, sondern vielmehr die direkte Beteiligung der Stadt. Gleichzeitig beabsichtigte die *SP* mit der Initiative auch die Unterstützung von Wohngemeinschaften oder Handwerkerkollektiven.⁸⁷⁷ Obwohl der bürgerlich dominierte Stadtrat die Vorlage zur Ablehnung empfahl, wurde sie am 9.6.1985 knapp angenommen. Daraufhin reichten drei *FDP*-Mitglieder eine Beschwerde ein, die vom Bezirksrat gutgeheissen wurde. Diesen Entscheid fochten wiederum die InitiantInnen beim Regierungsrat an, allerdings ohne Erfolg, worauf sie die Anfechtung ans Bundesgericht weiterzogen. Dieses gab der *SP* recht und wies den Beschluss zum Neuentscheid an den Regierungsrat zurück. Im Rahmen der Erwägungen des Bundesgerichts erklärte die Regierung den Kredit schliesslich als gültig; die Stiftung konnte im August 1991 mit ihrer Aufgabe beginnen.

Die ursprünglich angestrebten Ziele waren auch bei der Schaffung der Stiftung im Jahr 1991 Erhalt von: günstigem Wohnraum, Förderung kollektiver Wohnformen und Verhinderung von Spekulation mit Häusern. Die *Stiftung PWG* verwaltete die 50 Millionen Franken und kaufte damit Liegenschaften, um laut Statuten in diesen «preisgünstigen Wohnraum und preisgünstige Räumlichkeiten für Kleinbetriebe zu erhalten bzw. zu schaffen».⁸⁷⁸ Die erworbenen Häuser sollten an Wohn- und Baugenossenschaften, Kleinbetriebe oder gemeinnützige Trägerorganisationen weitergegeben werden; mit den einmal gekauften Liegenschaften durfte keine Spekulation mehr betrieben werden.⁸⁷⁹ In den ersten Jahren kaufte die *PWG* jährlich etwa fünf bis sieben Mehrfamilienhäuser. Ende 1994 besass die *PWG* bereits 28 Häuser mit 220 Wohnungen, 39

⁸⁷⁶ TA, 31.1.1985, S. 19.

⁸⁷⁷ NZZ, 24.5.1985, S. 49

⁸⁷⁸ Art. 2 der Statuten der Stiftung PWG, Zürich 1990.

⁸⁷⁹ Art. 3 und 9 der Statuten der Stiftung PWG, Zürich 1990.

Separatzimmern und 27 Gewerberäumen.⁸⁸⁰ In der Folge erhöhte die *PWG* ihre Aktivitäten auf dem Liegenschaftenmarkt, bis Ende 2005 verwaltete sie mehr als 120 Liegenschaften.⁸⁸¹

Trotz dieser bemerkenswerten Bilanz gab es immer wieder Kritik an der Geschäftspolitik der *PWG*. Die *Genossenschaft für fortschrittlichen Wohnungsbau (GFW)* zum Beispiel warf der *PWG* vor, dass sie bei Verhandlungen um eine Liegenschaft den Preis in die Höhe treiben würde: «Aus Sicht der GFW bildet die Politik der städtischen Stiftung ein unverantwortliches Desaster.»⁸⁸² Weiter wurde verschiedentlich kritisiert, dass die *PWG* die in ihren Statuten verankerten Aufgaben vernachlässige und statt dessen Stadtentwicklungspolitik betreibe.⁸⁸³ Zur Aufwertung des Langstrassenquartiers kaufte die *PWG* mehrfach überbeuerte Rotlichtliegenschaften; für den ehemaligen Alkoholikertreffpunkt Restaurant Schönau an der Bäckeranlage bezahlte sie 2 Millionen Franken, was Gemeinderat Niklaus Scherr (*AL*) in einer dringlichen Interpellation beklagte.⁸⁸⁴ Eine 5½-Zimmerwohnung im Bäckli-Neubau kostet als Folge des hohen Kaufpreises 2580 Franken. Politisch motivierte Liegenschaftenkäufe zum Erhalt von günstigem Wohnraum tätigte die *PWG* dagegen nur selten. Dass die Stiftung durchaus ein effektives Mittel gegen die Spekulation darstellen konnte, verdeutlichte der Kauf der Hohlstrasse 9: «Für alle zuvor aufgetretenen Käufer war der Rausschmiss der MieterInnen zwecks Durchführung der bei derart alten Häusern üblichen Totalsanierung ein klarer Fall. Die Vertreter der *PWG* dagegen liessen mit sich reden. Das Streichen und kleine Renovationen werden nun von den MieterInnen selber übernommen.»⁸⁸⁵ Ein Problem der *PWG* lag laut Stiftungsrat Walter Angst (*AL*) in der Expansionsstrategie, welche der Stiftungsrat verfolgte. «Bei der *PWG* müssen die Mieter in bescheidenen Wohnungen nicht nur den Kauf neuer Häuser finanzieren, sondern auch noch die teuren Neubauwohnungen.»⁸⁸⁶ Die Mieten der *PWG* liegen im Schnitt zwar unter denjenigen des freien Marktes – wirklich preiswert sind sie aber nicht immer. «Die Stiftung *PWG* hat nicht das Ziel, absolut günstige Wohnungen zu vermieten, sondern sie will und kann nur relativ zum Markt preisgünstig sein», so Stiftungsratspräsident Andi Hoppeler.⁸⁸⁷

Unter den von der *PWG* erworbenen Liegenschaften waren auch zwei besetzte Häuser: die Ernastrasse 20 und die Heinrichstrasse 137. Die Ernastrasse 20 im Kreis 4 übernahm die *PWG* 1995 zusammen mit dem benachbarten Gebäudekomplex aus einem Nachlass; das kleine Haus war zu diesem Zeitpunkt schon besetzt. Die BesetzerInnen der Ernastrasse 20 nahmen sofort Kontakt mit der *PWG* auf und handelten einen provisorischen Mietvertrag aus; anschliessend

⁸⁸⁰ TA, 10.1.1995, S. 19.

⁸⁸¹ www.pwg.ch

⁸⁸² Genossenschaft für fortschrittlichen Wohnungsbau 1991.

⁸⁸³ .RF Nr. 2, April 2002, S. 16. WoZ Nr. 16, 20.4.2006, S. 5.

⁸⁸⁴ Interpellation Nr. 158/2003.

⁸⁸⁵ Mieten & Wohnen, Oktober 1992, S. 5.

⁸⁸⁶ WoZ Nr. 16, 20.4.2006, S. 5.

⁸⁸⁷ .RF Nr. 2, April 2002, S. 16.

gründeten sie eine Genossenschaft und erarbeiteten ein Renovationsprojekt.⁸⁸⁸ Die Verhandlungen scheiterten aber an den unterschiedlichen finanziellen Vorstellungen. Die *PWG* berechnete einen Anlagewert von 808'000 Franken, was der Hausgenossenschaft viel zu hoch war. In der Folge konnte das Renovationsprojekt der Hausgemeinschaft, welches den günstigen Wohnraum erhalten wollte, nicht umgesetzt werden. Erstaunlich war, dass die *PWG* für den eigenen Umbau – trotz aufwendiger Luxusrenovation – nur noch einen Anlagewert von 600'000 Franken kalkulierte. Nachdem die ehemaligen BesetzerInnen das Haus verlassen hatten, stiegen die Mietzinseinnahmen um mehr als das Zehnfache, von 14'400 Franken im Jahr 1998 auf 184'562 Franken im Jahr 2000, wobei sich diese Mehreinnahmen zumindest zu einem Teil durch die Einmietung von Büros im Erdgeschoss erklären.⁸⁸⁹ Erfolgreicher verliefen die Verhandlungen an der Heinrichstrasse 137, die im Juli 1990 besetzt wurde. Nachdem der Besitzer Pleite ging, verhandelten die Squater mit der Stadt, die sie schliesslich an die Stiftung *PWG* verwies. «Wir wollten dieses Haus von Anfang an reinziehen und legalisieren», so die BesetzerInnen.⁸⁹⁰ Nach zähem Ringen wurden die anfänglichen Meinungsverschiedenheiten begraben und die Verhandlungen endeten erfolgreich. Die Heinrichstrasse 137 ist ein Paradebeispiel, dass sich unterschiedliche Aktionsformen durchaus gut ergänzen, in diesem Fall die aus der *SP*-Initiative entstandene *PWG* und eine offensive Hausbesetzer-Gruppe, welche die Verhandlungen mit dem Hausbesitzer und der Stadt nicht scheute. Die Heinrichstrasse 137 gehört heute zu den wenigen selbstverwalteten Liegenschaften im Portfolio der *PWG* – insgesamt wird die Selbstverwaltung aber nur von einer Minderheit wahrgenommen. Ende 2005 praktizierten von den 122 Liegenschaften lediglich drei die 'volle' Selbstverwaltung, drei Liegenschaften praktizieren eine 'ausgedünnte' Selbstverwaltung.⁸⁹¹ Dazu Geschäftsleiter Adrian Rehmann: «Wir stellen immer wieder fest, dass die Anforderungen an einen Hausverein mietrechtlicher, buchhalterischer oder organisatorischer Natur sehr hoch sind. Das Modell leistet jedoch immer wieder Hervorragendes, insbesondere was die Ausstrahlung und Ressourcen der Wohnenden anbetrifft.»⁸⁹²

⁸⁸⁸ Wohnbaugenossenschaft Erna 1995.

⁸⁸⁹ .RF Nr. 2, April 2002, S. 16.

⁸⁹⁰ Mietern & Wohnen Nr. 3, 1993, S. 12f.

⁸⁹¹ Volle Selbstverwaltung heisst, dass 0,5 bis 1% des Anlagewertes für Unterhaltsarbeiten zur Verfügung stehen und diese der Hausverein selber verwaltet. Der Hausverein führt die jährliche Buchhaltung über die Öffnung und Verwendung des Unterhaltsfonds. Bis auf die Erneuerung sind alle Belange in und um das Haus in der Verantwortung des Hausvereins. Ausgedünnte Selbstverwaltung heisst, dass die *PWG* die gesamte Administration besorgt (Mietverträge, Übergaben, Abrechnungen Heiz- und Nebenkosten). Die MieterInnen werden bei Kündigungen orientiert und Bonitätsprüfung unterzogen; die Hausgemeinschaft wählt die NachfolgemietlerInnen. Weitgehende Mitbestimmung bei Erneuerungsarbeiten.

⁸⁹² Schriftliche E-Mail-Anfrage vom 10. Mai 2006.

2. Bau von Häusern

Der Häuserbau wurde in den wohn- und stadtpolitischen Bewegungen nur selten diskutiert. Zum einen war die Renovation in den meisten Fällen ökonomisch und ökologisch sinnvoller, zum anderen fehlte es an finanziellen Mitteln respektive an Bauland.

Lediglich neun alternative Wohngruppen/Bauträger befassten sich in insgesamt elf Fällen mit dem Bau eigener Liegenschaften, wobei fünf Projekte ausgeführt werden konnten, ein Projekt befand sich Ende 2005 erst in Planung – im Laufe der 90er Jahre hatte das Interesse an Neubauten deutlich zugenommen.⁸⁹³ Als Motivation für den Eigenbau durch selbstverwaltete Genossenschaften können die zuvor schon ausgeführten Punkte genannt werden: längerfristige Inbesitznahme der Häuser, Verunmöglichung der Bodenspekulation und Förderung der Selbstbestimmung. Beim *Karthago* in Altstetten, dem *KraftWerk1*, den Ersatzbauten im *Dreieck* und im *Brahmshof* bestand zudem das erklärte Ziel Wohnungen für Wohngemeinschaften zu errichten. Eine weitere Forderung, die ausser im *Karthago* bei allen alternativen Neubauten verfolgt wurde, war diejenige Forderung nach möglichst frei wählbarer Zimmergrösse (vgl. II.C). Weiter wurde darauf geachtet, möglichst umweltfreundliche Materialien zu verwenden (vgl. II.E).

In fünf der elf Neubauprojekte forderten die BewohnerInnen nur die Schliessung von Baulücken.⁸⁹⁴ Dahinter stand die Idee Bestehendes um Neues zu ergänzen. Im Falle des Alternativprojekts am Tessinerplatz schlug eine Architektengruppe die Renovation der Altbauten und eine Ergänzung durch Neubauteile in den Zwischenräumen vor. Sie empfahl weiter Aufstockungen sowie direkte Anbauten, wodurch das Ziel einer intensiven Nutzung realisiert werden könnte. In ihrem Projekt vergrösserten die ArchitektInnen die Nutzflächen, ohne dass alteingesessene Betriebe vertrieben würden. «Wir wollen mit unserem Alternativprojekt zeigen, dass es durchaus möglich ist, den spezifischen Charakter von Bauensembles oder ganzer Quartiere zu erhalten, ohne auf neue räumliche, organisatorische oder gar 'Komfortansprüche' verzichten zu müssen. Wir suchen eine Belegung des Quartiers durch vielseitige Nutzung und Durchmischung, indem wir ein sinnvolles lebendiges Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen vorschlagen.»⁸⁹⁵

Während die Kombination von Alt und Neu ansonsten als Alternative zu einem Totalabriss vorgeschlagen wurde, kam es an der *Hellmi* zu einer heftigen und äusserst lang andauernden

⁸⁹³ Die Leute von *Karthago in Altstetten*, die *Wogeno* drei Mal (Hellmi, Limmattalstrasse 216 sowie in Siedlung *Bockler*), der *Mieterverein Hellmutstrasse* an der Hellmi, der *Verein inneres Seefeld* an der Seefeldstrasse, der *Evangelische Frauenbund* an der Brahmstrasse, die *Genossenschaft Dreieck*, die *Genossenschaft KraftWerk1* und die VerfasserInnen der Alternativprojekte am Tessinerplatz und an der Schmiede Wiedikon (nicht berücksichtigt werden an dieser Stelle Neubauten der *PWG*). Zwei *Wogeno*-Neubauten (Hellmi und Limmattalstrasse 216), die *Siedlung Brahmshof*, das *KraftWerk1* und die Ergänzungsbauten im *Dreieck* konnten vollendet werden; die *Wogeno*-Überbauung *Bockler* befand sich 2005 noch im Bau. Die projektierten Ergänzungsbauten an der Hellmutstrasse (Projekt vom *Mieterverein Hellmutstrasse*), der Schmiede Wiedikon, am Tessinerplatz und der Seefeldstrasse sowie der Neubau *Karthago* in Altstetten scheiterten.

⁸⁹⁴ Hellmutstrasse (Projekt vom *Mieterverein Hellmutstrasse*), Seefeldstrasse, *Dreieck*, Schmiede Wiedikon und Tessinerplatz.

⁸⁹⁵ Architektenteam des Alternativprojekts am Tessinerplatz zitiert in Schilling 1982, S. 23f.

Konfrontation über den Sinn und Unsinn von Ergänzungsbauten. Die Auseinandersetzung drehte sich um die Werkstätten im Innenhof der 1979 von der Quartiergruppe *Luft und Lärm* besetzten städtischen Liegenschaften (siehe Anhang C). Die Stadt war bereit der *Wogeno* alle Liegenschaften abzutreten, sofern an Stelle der Werkstätten im Hof ein Neubau errichtet würde. Gegen diese Pläne wehrte sich ein Teil der ehemaligen BesetzerInnen. Für die GegnerInnen des Neubaus war es in erster Linie wichtig, dass die Mieten günstig blieben, was nur durch eine sanfte Renovation ermöglicht werden konnte. Sie richteten sich damit auch gegen einen Teilabriss, der zur Vertreibung eines Teils der Bewohnerschaft führen würde. «Es muss uns bewusst werden, dass mit Neubauvarianten aus ökonomischen Gründen eine neue 'Qualität' entsteht, eine andere soziale Schicht. Bessere Steuerzahler auch, was die 'Stadt' sicherlich freuen wird. Randfiguren haben hier nichts mehr zu suchen.»⁸⁹⁶ Die *Wogeno* und BefürworterInnen eines Neubaus vertraten die Meinung, dass die Stadt das Areal nur unter der Bedingung eines Teilabbruchs abgegeben und ansonsten ein Gesamtabbruch gedroht hätte. So schrieb ein Mitglied der *Wogeno* in einem Leserbrief unter dem Titel 'Lieber Pflästerli als gar nichts' in der *WoZ*: «Ich gehe verdammt ungern Kompromisse ein, aber ich versuche auch, mich für etwas einzusetzen, was mir gut und einigermaßen realisierbar erscheint.»⁸⁹⁷ Die *Wogeno* konnte sich schliesslich durchsetzen und den Neubau errichten. In einer Hinsicht hat die *Wogeno* aber dennoch eine Niederlage eingesteckt. Die hohen Mietzinse in den neu errichteten Wohnungen zeigten die Grenzen des alternativen Wohnungsbaus (oder die Unmöglichkeit Ende der 80er Jahre günstige Wohnungen zu bauen). Die *Wogeno* zahlte bei ihrem ersten Neubauprojekt viel Lehrgeld, bei der Planung lief vieles falsch, die Finanzierungskosten wurden um 40 Prozent überschritten. Eine 4½-Zimmerwohnung im Neubau – nach Angaben der *Wogeno* sollte günstiger Wohnraum geschaffen werden – kostete nach der Fertigstellung (1991) monatlich 2300 Franken (dazu kam eine Eigenkapital-Beteiligung von 34'000 Franken).⁸⁹⁸ Die *Wogeno* verzichtete infolge der Erfahrungen mit dem *Hellmi*-Neubau bei ihren weiteren Neubauprojekten auf eine offene Planung.

Die direkte Beteiligung der zukünftigen BewohnerInnen war nur selten ein Thema – eine Ausnahme bildete ein Artikel in der *Fabrik-Zeitung* vom Mai 1984. «Selbstbau ermöglicht unkonventionelle, auch unrationelle Lösungen, weil eigene Arbeitsbedingungen nicht ausschliesslich den gleichen ökonomischen Gesetzen unterworfen sind wie diejenigen eines Handwerkers oder Arbeiters. Damit ist auch gesagt, dass es beim Selbstbau auch nicht ausschliesslich darum geht, mit eigener billiger Arbeitsleistung die Baukosten zu senken. [...] Die Entscheidungsprozesse verlaufen anders; so werden Entscheide, die im konventionellen Bauablauf im Büro des Architekten gemacht werden, auf die Baustelle verlegt und wesentlich

⁸⁹⁶ Institut für Hochbauforschung 1984, S. 5.

⁸⁹⁷ *WoZ* Nr. 7, 17.2.1989, S. 24.

⁸⁹⁸ *TA*, 19.7.1991, S. 15.

durch die Zusammenarbeit von Bewohner und Handwerker beeinflusst.»⁸⁹⁹ Vorzüge würden sich nach Meinung des Autors durch die aktive Mithilfe ergeben; in der Selbstbaugenossenschaft könnten sich auch jene beteiligen, die knapp bei Kasse waren und dafür ihren Beitrag als Arbeit anstatt mit Kapital leisten. Ein weiterer Vorteil des Selbstbaus wäre die Drosselung der Ausgaben; Bernhard Kolb spricht in seinem Buch über den Eigenbau von Einsparungen von bis zu 50 Prozent.⁹⁰⁰ Diese Zahlen scheinen allerdings etwas gar optimistisch, denn eine Untersuchung des *Instituts für Hochbauforschung*, welches ein Gutachten zur Sanierung der *Hellmi*-Häuser erstellte, zeigte eine andere Realität: «Wir haben bewusst darauf verzichtet, einen euphorisch hohen Anteil an Selbstbau einzukalkulieren. Unsere Erfahrungen in Sanierungsfällen im Jura haben gezeigt, dass die von den Bewohnern wirklich realisierten Bauleistungen meist nur einen Teil vom vorgesehenen Umfang an Selbstbau ausmachen.»⁹⁰¹ So konnte der Selbstbau in Zürich nie im grösseren Masse verwirklicht werden.⁹⁰² Beim geplanten, aber durch ein Referendum der *SVP* verhinderten *Karthago*-Neubau in Altstetten und bei den Ergänzungsbauten im *Dreieck* wurde der Einbezug von Möglichkeiten des Selbstbaus zumindest in Teilbereichen als wünschenswert betrachtet, im Endeffekt (beim *Dreieck*) aber nicht in die Tat umgesetzt.⁹⁰³

⁸⁹⁹ FaZ Nr. 3, Mai 1984, S. 7.

⁹⁰⁰ Luthiger u.a. 1991, S. 37. Kolb, Bernhard. Handbuch für natürliches Bauen. Karlsruhe 1991.

⁹⁰¹ Institut für Hochbauforschung 1984, S. 2.

⁹⁰² Ein Beispiel von einem Selbstbau ausserhalb Zürichs wurde im Focus beschrieben. «Jedem Selbstbauer wurden seine Stunden an den zu erbringenden finanziellen Aufwand angerechnet [...]». Auch hier gab es verschiedene Probleme. «[...] die Handwerker hatten grösste Mühe die mitarbeitenden Frauen zu akzeptieren, gaben ihr Wissen nur sehr zögernd preis und erwarteten zum Beispiel beim gemeinsamen Znüni wie gewohnt bedient zu werden etc.» Focus Nr. 110, September 1979, S. 16.

⁹⁰³ «An den Umbauarbeiten sind mehrere Bewohner des Dreiecks, die arbeitslos waren, konkret beteiligt.» NZZ, 28.7.1997. «Leute, die das Genossenschaftskapital nicht mitbringen, könnten statt dessen arbeiten.» Luthiger u.a. 1991, S. 20.

F. Militante Anschläge

Die Militanz ist die am wenigsten dokumentierte Aktionsform. Hauptproblem bei deren Untersuchung ist die schwierige Quellenlage und – damit verbunden – die oft fehlende Kenntnis der Beweggründe, sehen wir von wenigen Bekennerschreiben ab.

Die Ansichten zur Militanz innerhalb der verschiedenen Teile der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen gingen weit auseinander. An der Gewaltfrage schieden sich die Geister, was immer wieder zur Spaltung führte. Die politischen Parteien distanzieren sich im Allgemeinen von jeglicher Gewalt – wie eine *SP*-Pressemitteilung verdeutlicht. «Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich stellt klar: Mietzinsnot wird mit Gewalt nicht aus der Welt geschafft! Angriffe auf Personen und Anschläge auf symbolische Örtlichkeiten wie das Stadt- oder Rathaus entspringen vielmehr einer militärischen Geisteshaltung, die sich mit Revolutions- und Klassenkampfromantik kaschiert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Politik als demokratische Auseinandersetzung. Deshalb distanzieren wir uns entschieden von jeglicher Form der Gewaltanwendung.»⁹⁰⁴ Teile der Hausbesetzer-Szene und Autonome vertraten dagegen häufig die Meinung, ein paar zerbrochene Fensterscheiben seien gegenüber der strukturellen Gewalt, welche vom System ausginge, geradezu lächerlich. So verlief der Graben bezüglich der Gewaltfrage vor allem zwischen parlamentarischen und ausserparlamentarischen Kreisen. Aber auch innerhalb der ausserparlamentarischen Linken herrschte in Bezug auf die Anwendung von Gewalt alles andere als Einigkeit. Über das Verhalten bei einer Räumung wurde zum Teil stundenlang gestritten, wobei Frauen in der Regel eine eher gemässigte Linie vertraten.

Hintergründe der Anschläge und Sabotageaktionen bildeten in der Mehrheit ein Protest gegen Neubauprojekte, die Räumung von besetzten Häusern und – in den 90er Jahren – auch Unmut gegen über die Politik der Regierung (vgl. Anhang H). Die Militanz war aber gleichzeitig auch immer ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem kapitalistischen System. Man wolle zeigen – so ein Aktivist in der *Kanzlei-Zeitung* –, «dass diese Gesellschaft verändert werden kann und muss. Und das geht nicht nur mit friedlichen Mitteln. Als illegal werden wir eh bezeichnet, selbst wenn wir legal sind, weil das, was wir wollen subversiv ist.»⁹⁰⁵ Eine Trennung von Militanz im Zusammenhang mit Stadtentwicklungs- respektive Wohnungsfragen und gesamtgesellschaftlichen Themenbereichen ist insofern nur beschränkt möglich. Ein Anschlag gegen eine Baufirma war immer auch ein symbolischer Akt des Widerstands gegen das System und ein Aufruf sich dem Kampf für eine andere Gesellschaft anzuschliessen. «Militanz hat viele Formen, drückt sich mal in der Wachstumsrate der Verglasungsfirmen aus, mal durch eine

⁹⁰⁴ Pressemitteilung der *SP*, 10.7.1992.

⁹⁰⁵ *Kanzlei-Zeitung* Nr. 2, 1986, S. 9.

kämpferische Demo oder durch besetzte Häuser. Nie ist sie abgetrennt vom politischen Inhalt oder Ziel: Gegen dieses real barbarische unterdrückerische System zu kämpfen.»⁹⁰⁶

Die Ziele der militanten AktivistInnen waren in den meisten Fällen spekulative Immobilienfirmen oder in Grossprojekte involvierte Baufirmen und eher selten politische VertreterInnen und Organisationen (Gemeinderat Stoller, der *Hauseigentümergeverband*, die *SP*). Die Zerstörung fand zumeist durch Brandstiftung (am häufigsten), Farbbeutel und Steine statt, eher selten mit Buttersäure oder Sprengstoff (abgesehen vom *Kommando Grober Ernst* nur ein Mal). Menschen kamen nie zu Schaden, die Angriffe richteten sich ausschliesslich gegen Sachgegenstände, in der Mehrheit gegen Fahrzeuge auf Baustellen oder Gebäude. Symptomatisch für die defensive Haltung war die Tatsache, dass die meisten Anschläge im Zusammenhang mit der Verteidigung von besetzten Häusern und anderen bedrohten Wohnprojekten standen (vgl. Anhang D). Diese Realität stand im Gegensatz zu einer in den 80er Jahren teilweise zwischen den Zeilen angesprochenen offensiven Strategie der Militanz.⁹⁰⁷ Danach sollten Baufirmen und SpekulantInnen mit gezielten Anschlägen zum Rückzug von umstrittenen Projekten gezwungen werden, was so weit gehen konnte, dass Investitionen in Neubauprojekte durch gezielte Sabotage nicht mehr rentabel würden. «In einer Phase, wo das multinationale Kapital verbindlich an unsere Städte gebunden werden soll, wo die marktwirtschaftliche Attraktivität zum bestimmenden Faktor einer generellen Raumplanung wird, lässt sich unser Programm, zumindest auf abstrakter Ebene, mit einem Satz beschreiben: Intervention und Sabotage so weit zu entwickeln, bis die entscheidenden Standortkriterien für Konzernleitungen, Forschungsabteilungen und Headquarters der Multis – also soziale und politische Stabilität, Arbeiterfrieden, Technologisierungsgrad usw. vom lokalen Kapital nicht mehr oder nur noch verbunden mit grossen Konflikten, gewährleistet werden kann.»⁹⁰⁸ Solche systematische Attacken gegen ExponentInnen der kapitalistischen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik fanden jedoch nur selten statt. Einzige Ausnahme bildete eine Reihe von Anschlägen auf Baufirmen Anfang der 80er Jahre (unter anderem durch die *Aktionsgruppe beissende Schnecke* und den *Warnfüürverein ZÜRi*), die gezielten Aktionen des *Kommandos Grober Ernst* und eine Flut von anonymen Anschlägen zwischen 1988 und 1991.

Die Zahl von stadt- und wohnpolitisch motivierten Anschlägen veränderte sich im Lauf der Zeit stark. Zu Beginn der siebziger Jahre blieben militante Aktionen eher selten. Für die ouvrieristischen Avantgardeorganisationen waren Anschläge ein falsches Zeichen zur Politisierung der Bevölkerung. Auch die autonome Linke, verfolgte nach der Räumung des *Bunkers* zwar eine Strategie der Konfrontation mit der Polizei, verübte aber nur ganz vereinzelt Sabotageaktionen. Mit der Schwächung der 68er Bewegung nach Ende 1971 durch interne Machtkämpfe, polizeiliche

⁹⁰⁶ Flugblatt. Rede zum Donnerstagsauflauf vom 30.11.1989.

⁹⁰⁷ Häuser und Heimat 1987. WoZ Nr. 7, 17.2.1984, S. 9.

⁹⁰⁸ Häuser und Heimat 1987.

Repression und fehlende Strategien spalteten sich zwar einige militante Gruppierungen ab, diese blieben aber stark isoliert. Am bekanntesten sind die *Gruppe Bändlistrasse*, die *Petra Krause-Bande* und die *Gruppe Galli* im Tessin.⁹⁰⁹ Zu einer ersten Häufung von Sabotageaktionen in Zusammenhang mit Mieterkonflikten kam es im Frühling 1974 (vgl. Anhang H). «Die Ohnmacht, trotz teilweise grosser Solidarität der Bewegung gegen die Übermacht von Behörden und Polizei letztlich immer aufgeben zu müssen, lässt seit 1974 militantere Kampfformen entstehen.»⁹¹⁰ Die militanten Aktionen wurden in der Presse kaum zur Kenntnis genommen; einzig der Brandanschlag auf die *Mobag*-Büros vom 29. Juli 1974 kurz nach der Räumung der besetzten *Hegibach*-Häuser wurde in den Medien breit thematisiert.⁹¹¹ Dies hängt aber wohl damit zusammen, dass sich der Ton in der Presse nach dem heftigen Widerstand der HausbesetzerInnen bei der Räumung merklich verschärft hatte. So forderte die NZZ zwei Tage nach dem Anschlag unter dem Titel 'Dank für die Toleranz?' ein härteres Vorgehen: «Das militante Vorgehen der Hausbesetzer und ihrer Gesinnungsgenossen gegen den Befehl, die von ihnen illegal bewohnten Häuser zu räumen, legt unter Einbeziehung der Indizien die Vermutung nahe, dass die Agitatoren den Schritt von der Illegalität zur Kriminalität vollzogen haben. [...] Falls sich herausstellt, dass die Brandstifter von der Forchstrasse wirklich aus dem Kreis stammen, dem man an der gleichen Strasse weiter stadteinwärts mit so viel Toleranz begegnet ist, kann die Frage nicht ausbleiben, ob jetzt Wirklichkeit geworden ist, dass Biedermann die Brandstifter so lange beherbergt und bewirtet, bis sein Haus in Flammen steht.»⁹¹²

Anfangs der 80er Jahre nahm die Zahl der Anschläge stark zu und erreichte in den Jahren 1980/81 einen Höchststand.⁹¹³ In der durch die Jugendunruhen ohnehin schon angespannten Stimmung wurden diese Sabotageaktionen in den bürgerlichen Medien zum Anlass genommen die Bewegung zu diskreditieren. «Die Brandanschläge tragen das Kennzeichen von Terroristen, die nicht davor zurückschrecken, Menschenleben zu gefährden.»⁹¹⁴ Ein Kommentar im *SP*-nahen *Volksrecht* äusserte dagegen ein gewisses Verständnis für die Anschläge. «Denn offen gestanden: es braucht schon waghalsig viel Optimismus, wenn jemand glaubt, allein auf dem streng 'rechtsstaatlichen' Weg, etwa mit einem neuen Gesetz, (wo die Spekulanten sich schon lange einen Deut drum kümmern,) liesse sich der Verlust an Wohnqualität in Zürich wirklich aufhalten.»⁹¹⁵ Für Aufsehen sorgten Mitte der 80er Jahre die spektakulärsten Anschläge des *Kommandos Grober Ernst*, das mit einer aktiven militanten Strategie für die Erhaltung des *Tors zu Aussersihl* kämpfte (vgl. Exkurs VIII). Abgesehen von den Aktionen dieser Gruppe nahm die Zahl

⁹⁰⁹ Wisler 1996, S. 90f.

⁹¹⁰ Rote Hilfe 1975, S. 107.

⁹¹¹ NZZ, 30.7.1974, S. 17. NZZ, 31.7.1974, S. 15. TA, 30.7.1974, S. 13.

⁹¹² NZZ, 31.7.1974, S. 15.

⁹¹³ Stadtpolizei Zürich Kriminalkommissariat III 1990, S. 133f.

⁹¹⁴ NZZ, 27.8.1980, S. 49.

der Anschläge nach 1984 stark ab. Auf eine Anfrage an den Regierungsrat über die Bedeutung von Brand- und Sprengstoffanschlägen im Kanton Zürich von Liselotte Meyer-Fröhlich (3.10.1983) stellte dieser fest, dass mit der zunehmenden Beruhigung der Lage nach den Zürcher Unruhen die Zahl von politisch motivierten Anschlägen deutlich abgenommen hätte.

Mit der Entstehung der Wohnungsnotbewegung im Frühjahr 1989 stieg die Zahl der Sabotageaktionen wieder sprunghaft an. «Vermehrt wurden in letzter Zeit Anleitungen für Brandsätze, Verbarrikadierungen von Häusern, Verhaltensweisen an Demonstrationen, Massnahmen gegenüber dem Staatsapparat usw. publiziert [...]»⁹¹⁶ Auch wenn in den wenigsten Fällen Bekennerschreiben eingingen und die Brandstiftungen recht planlos wirkten, kann doch davon ausgegangen werden, dass sie von Teilen der Wohnungsnotbewegung ausgingen. Auffällig war auf jeden Fall, dass die Anschläge oft in der Nacht von Donnerstag auf Freitag stattfanden, also am Abend nach den *Aufläufen gegen die Spekulanten*. In geringer Zahl dürften die Brandanschläge auch von Seiten skrupellosen Bauunternehmern eingefädelt worden sein, damit die Neubauprojekte schneller verwirklicht werden konnten (alter Dorfkern von Albisrieden, Restaurant Emilio am Stauffacher usw.).⁹¹⁷

Exkurs VIII: Kommando Grober Ernst

Keine andere militante Gruppierung der 80er Jahre erlangte so viel Aufsehen wie das *Kommando Grober Ernst*. Erklärtes Ziel der *Familie Grob* war die Verhinderung von Grossprojekten am Stauffacher. Während sich andere auf parlamentarischem Weg für die Erhaltung des *Tor zu Aussersihl* einsetzten, hantierte die militante Gruppierung – wie sie selber schrieben – «stets mit starken Energien».⁹¹⁸ Die ersten zwei Sprengstoffanschläge im Juni 1982 richteten sich gegen das Haus von Bauunternehmer Viktor Kleinert, was diesen – neben anderen Gründen – zum Rückzug am Stauffacher veranlasste. Ausser der Einschüchterung durch die zwei Anschläge gab Kleinert vor allem den negativen Abstimmungsentscheid im Kreis 4 als Grund für seinen Ausstieg an. Der Rückzug Kleinerts kann aber nur begrenzt als Erfolg bezeichnet werden, denn Kleinert ging mehr auf Kritik ein als sein Nachfolger Dieter Bührlé. So blieb bei Kleinerts redimensioniertem Projekt vom Oktober 1981 immerhin das Eckhaus stehen; zudem konnten die BesetzerInnen des Eckhauses nach einer Aussprache gratis in der Liegenschaft bleiben, mit der Bedingung, dass sie bei einer allfälligen Renovation das Haus freiwillig verlassen würden.

Der spektakulärste Anschlag des *Groben Ernst* erfolgte am 5.7.1982 mit einem Brandanschlag auf den *McDonald's* am Stauffacher, bei dem das Lokal vollständig ausbrannte und ein

⁹¹⁵ Volksrecht, 27.8.1990.

⁹¹⁶ Stadtpolizei Zürich Kriminalkommissariat III 1990, S. 103.

⁹¹⁷ TA, 18.9.1989. WoZ 3.5.1991.

⁹¹⁸ WoZ Nr. 14, 4.4.1986, S. 4.

Sachschaden von beinahe 2 Millionen Franken entstand. Laut einem Bekenner schreiben war der Brandanschlag ein Angriff gegen alle, die sich an der Zerstörung des Stauffachers beteiligen. «Der Brandanschlag ist aber auch Ausdruck unserer Entschlossenheit, den Stauffacher so wie er ist zu verteidigen. Er ist eine Warnung für alle die meinen sie könnten nach dem Rückzug von Kleinert in dessen Fussstapfen treten und die Zerstörung des Stauffachers in eigener Regie weiterführen. Diese Warnung geht im besonderen an die Adresse des KVZ. Jedes Einkaufszentrum an diesem Platz würde in Kürze so aussehen, wie McDonald's heute morgen. Wir hoffen, ihr versteht was wir meinen.»⁹¹⁹ Solche Drohungen waren ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse. Während der Blick mit dem Titel 'Rösti-Liebhaber steckten Hamburger-Laden in Brand' noch zu einem Schmunzeln verleitete, bezeichneten Tages Anzeiger und NZZ den Anschlag als 'terroristischen' Akt und die *City-Vereinigung* setzte für Hinweise zur Fassung der TäterInnen ein Kopfgeld von 20'000 Franken aus – jedoch ohne Erfolg. Ein letzter Sprengstoffanschlags richtete sich gegen den Wohnsitz des neuen Bauunternehmers Dieter Bühle.

Im Mai 1986 gab das Kommando mit einem rätselhaften Text in der WoZ und einem fiktiven Interview in der Fabrik-Zeitung die Auflösung bekannt.⁹²⁰ Unter der Verwendung von New-Age-Vokabular erklärten sie, dass die Welt unrettbar dem Untergang preisgegeben sei, dass aber mitten in der alten Welt sorgsam und leise bereits eine neue entstehe. «Das spirituelle Erwachen ist eine Bewusstseinswandlung. Das Spirituelle im Menschen verbindet sich mit dem Spirituellen im Kosmos, und aus dieser Vereinigung beginnt sich eine neue Ordnung herauszukristallisieren.»⁹²¹ Eine Schlussfolgerung über die Gründe für die Auflösung lässt sich aus den zwei Texten nicht ziehen, die Grenze zwischen ernst Gemeintem, Ironie und Realitätsverlust war unklar. Bei genauer Betrachtung fanden sich zwischen den Linien zumindest Hinweise, die auf eine fundierte Auseinandersetzung mit der Militanz und einen Wandel in deren Wahrnehmung hinwiesen: «Lange Zeit waren wir überzeugt, dass es genügt, möglichst viel Gewalt und Druck auszuüben, um die Welt zu verändern. Aber wenn man das Problem so betrachtet, dann sieht man die Welt nur von aussen, vom Aspekt ihrer Formen her. Dies ist eine Denkweise, die einer materialistischen Weltanschauung entspricht. Veränderungen, die auf diese Weise geschehen, gehören von ihrem Wesen her immer noch zur alten Welt, weil sie eben nicht mehr sind als nur äussere Kosmetik.»⁹²² Es ist durchaus auch denkbar, dass die Mitglieder des Kommandos indirekt Kritik am Mangel richtungsweisender Strategien der radikalen Linken ausdrückten, wie es die WoZ in einem Kommentar vermutete. «Zu Recht weisen die Groben Ernstlis auf die extrem negative Ausrichtung unserer Kämpfe hin. Seit 1982 gibt es bei uns

⁹¹⁹ WoZ Nr. 27/28, 9.7.1982, S. 28.

⁹²⁰ WoZ Nr. 14, 4.4.1986, S. 4. FaZ Nr. 23, Juni 1986, S. 3.

⁹²¹ WoZ Nr. 14, 4.4.1986, S. 4.

⁹²² WoZ Nr. 14, 4.4.1986, S. 4.

wiederum bloss noch 'Widerstand' [...]. Positiv formulierte Ziele oder schon gar realisierbare Utopien wie bolo'bolo [...] gelten sogleich als Häresie bzw. als 'apolitisches Projekt'.»⁹²³

⁹²³ WoZ Nr. 22, 30.5.1986, S. 6.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Der Themenbereich dieser Arbeit ist so weit gefasst, dass eine Zusammenfassung wenig Sinn machen würde. Stattdessen ziehen die folgenden Schlussbemerkungen Bilanz über das Wirken der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen und führen zu einigen relevanten Schlussfolgerungen.

Neudefinierung der gesellschaftspolitischen Ziele

Die politischen Rahmenbedingungen für die stadtpolitischen Auseinandersetzungen wandelten sich zwischen 1968 und 2005 fortlaufend. Während in den siebziger Jahren noch klassenkämpferische und gesellschaftsverändernde Perspektiven den Weg wiesen, verloren diese im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung. In den Jahren nach 1968 verfolgten Strategien für eine Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Die Avantgardequartiergruppen beispielsweise strebten einen revolutionären Umsturz des kapitalistischen Systems an und versuchten mittels der Quartierarbeit die Bevölkerung für ihre Anliegen zu mobilisieren – Ähnliches galt auch für erste Experimente mit kollektiven Wohnformen.

Die Ende der 70er Jahre aufblühenden Bürgerinitiativen dagegen thematisierten die Schattenseiten des grenzenlosen Wirtschaftswachstums und die Alternativbewegung bemühte sich ein Netz von selbstverwalteten Wohnformen und Betrieben aufzubauen. In der Stadt konnte die 'Gegengesellschaft' nur in beschränkter Masse verwirklicht werden: die alternativen Netzwerke blieben isoliert und nur wenige selbstverwaltete Projekte überlebten. Trotzdem kam den etablierten Alternativstrukturen bei den Opernhauskrawallen 1980 eine wichtige Rolle zu, boten sie doch den Nährboden für die kulturelle Revolte der achtziger Jahre.

Die 80er 'Bewegig' propagierte unter dem Slogan 'Wir wollen die ganze Stadt' einen urbanen Raum erbaut nach eigenen Utopien. Sie erkämpfte sich Freiräume wie das *Autonome Jugendzentrum (AJZ)*, die «Alternativen aufzeigen und ermöglichen, sich alltäglichen Zwängen zumindest zeitweilig zu entziehen. In ihnen könnten Fantasien gesponnen, Strategien entwickelt und Verschwörungen gestartet werden.»⁹²⁴ Erklärtes Ziel der 'Bewegig' war es, ausgehend von diesen Inseln die ganze Stadt einzunehmen: Hier gab es ein besetztes Haus, da eine politische Gross-WG und dort eine selbstverwaltete Genossenschaft. Nach dem Abflauen der 'Bewegig' konzentrierten sich die stadt- und wohnpolitisch aktiven Kräfte auf die ehemalige Gemeinde Aussersihl (Kreise 4 und 5) – und noch später auf vereinzelte Liegenschaften beziehungsweise Häusergruppen. Dabei gingen Kämpfe verloren wie bei der Schmiede Wiedikon, am Tessinerplatz

⁹²⁴ Barbieri u.a. 1997, S. 58.

oder beim Stauffacher, es konnten aber auch recht ansehnliche alternative Projekte realisiert werden: *Hellmi*, *Karthago an der Zentralstrasse*, *Dreieck*, *KraftWerk1*. Mit dem nötigen Pragmatismus (sprich der Anpassung an die marktwirtschaftlichen Gesetze), der unabdingbaren Professionalität und viel Zuversicht haben eine beträchtliche Anzahl AktivistInnen und HausbesetzerInnen die innovativsten Wohnprojekte dieser Stadt aufgegleist und zum Laufen gebracht.

Im Laufe der 90er Jahre verloren politische Aspekte an Bedeutung, unter anderem wegen der liberalen Räumungspraxis und der Etablierung von Gebrauchtleihverträgen für viele besetzte Häuser. Eine breit abgestützte Bewegung entstand in Zürich nach der Räumung der *Wohlgroth* nicht mehr. Da die *SP* seit dem Paradigmawechsel Mitte der 90er Jahre mehrheitlich eine wirtschaftsfreundliche Linie verfolgte, sah sich die mieter- und stadtentwicklungspolitische Opposition zunehmend isoliert.

Es wäre ein Fehlschluss anzunehmen, dass der Einfluss der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen nach 1968 stetig abgenommen hätte. Die Stärke der Bewegung hing vielmehr von verschiedenen Faktoren ab: der Intensität der Wohnungsnot, der Existenz von Treffpunkten, der Reaktion der Staatsmacht, dem Grad der Vernetzung der verschiedenen aktiven Gruppierungen und der Wirtschaftslage. Die Bewegungen übten wiederholt Einfluss auf die Behörden und Politik, einige konkrete Inhalte wurden von Parteien und Organisationen übernommen. Es lassen sich zudem bei den verschiedenen Strategien grosse Unterschiede ausmachen: Die Zahl der Hausbesetzungen beispielsweise nahm über die Jahre hinweg betrachtet nicht ab. Die Szene blieb aktiv – auch wenn sie durch die sanfte Räumungspolitik seit 1989 und die fehlende Unterstützung durch andere Teile der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen zunehmend an Provokationskraft verlor und statt politischer vorwiegend kulturelle Bedeutung erlangte.

Defensive Grundhaltung

Trotz der Zurückstufung der politischen Ziele blieben die konkreten Forderungen der aktiven Gruppierungen und Personen über die Jahre erstaunlich konstant: der Erhalt von sozialen Strukturen, günstigem Wohnraum und einer guten Durchmischung. Die Mehrheit der Proteste ergab sich dabei aus der subjektiv erfahrenen Bedrohung der persönlichen Lebenswelt. Vom Häuserkampf über Bürgerinitiativen bis hin zu Vorstössen auf der parlamentarischen Ebene kam der Anstoss zumeist aufgrund von Veränderungen im Quartier, geplanten Häuserabbrissen oder durch die konkret erlebte Wohnungsnot. Oft reagierten die betroffenen Kreise zu spät: wenn bereits ein Neubauprojekt geplant war und von Seiten der HausbesitzerInnen schon viel Geld investiert worden war, gab es kaum noch Möglichkeiten zu einer Einflussnahme. Somit hatten viele Proteste von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg. Eine offensive, über längere Zeit konstant

funktionierende Quartier- und Mieterarbeit fehlte in Zürich – abgesehen vom *Mieterverband*. Die Verteidigung von Bestehendem ergänzten die HausbesetzerInnen und autonomen Kräfte ansatzweise durch klassenkämpferische und gesellschaftsverändernde Ziele. Doch selbst der Häuserkampf reagierte zumeist nur auf Veränderungen des Wohnungsmarktes und unterschied sich in seiner defensiven Grundhaltung kaum von den gemässigten Mieterprotesten. Diese Tendenz verstärkte sich im Laufe der 1990er und 2000er Jahren.

Oft beschäftigten sich wohnpolitische Gruppierungen stark mit sich selbst. Verstärkt wurde diese nach innen gewandte Optik durch die Konzipierung alternativer Wohnprojekte als Freiräume. Die Hauptziele beschränkten sich oftmals auf Autarkie bezüglich Wohnen, Arbeiten und Kultur, mit deren Umsetzung man sich zufrieden gab. Insofern entwickelten sich solche Projekte zu Inseln, die durch eine ausgeprägte Abgrenzungen gegenüber 'Rest-Zürich' geprägt waren. Daraus resultierte ein mangelndes Interesse für die Probleme ausserhalb. Verbindungen zur Aussenwelt entwickelten sich oft erst wieder bei der akuten Bedrohung der eigenen Wohnform. Darüber hinaus ging es oft gar nicht darum Freiräume und Wohnprojekte längerfristig zu erhalten, weil sich dadurch im Laufe der Zeit eine Institutionalisierung eingestellt hätte, die man auf jeden Fall vermeiden wollte. Nichts ist bei Hausbesetzungen verhasster als erstarrte Normen, dafür wird das Nomadenleben richtiggehend zelebriert. Viele alternative Haushalte leben stark in den Tag hinein; man baut über Wochen an einem Haus herum, im Wissen nur noch zwei Monate bleiben zu können. Es ist allerdings gerade diese Hingabe, welche jeglicher marktwirtschaftlichen Logik widerspricht, die viel zur grossen Anziehungskraft solcher Orte beiträgt.

Die Mobilisierung breiter Kreise für wohnungspolitische Anliegen stellte ein grosses Problem dar. Die Unterstützung seitens nicht betroffener BewohnerInnen blieb meist aus; wer eine günstige Wohnung besass, solidarisierte sich selten mit den direkt Betroffenen. MieterInnen, die ihren Protest erfolgreich abgeschlossen hatten oder ihr Haus verlassen mussten, zogen sich in der Regel vom Wohnungskampf zurück. Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass Wohnen im Gegensatz zur Arbeit im Privaten stattfindet. Wohnen ist ein Bereich, welchen den meisten Menschen aus politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraushalten wollen.

Vielfalt als Erfolgsrezept ohne Garantie

Die Vielfalt der Aktionsformen macht eine Bewegung unberechenbar. So stiegen die Erfolgchancen, je mehr unterschiedliche Protestmittel eingesetzt wurden – die Geschichte des Widerstands im *Dreieck* belegt dies deutlich. Die alteingesessene Bewohnerschaft setzte sich engagiert für eine sanfte Renovation der Bausubstanz ein. Sie nutzte dabei nicht nur öffentlichkeitswirksame Protestaktionen, sondern erstellte in Zusammenarbeit mit ArchitektInnen ein Alternativ-Projekt und spielte vielfältige Kontakte zu ihren Gunsten aus. Ganz ähnlich sieht es

an der Heinrichstrasse 137 aus. Die Besetzung der Liegenschaft hätte ohne die einige Jahre zuvor angenommene *SP-Initiative über den 50-Millionen-Kredit für preisgünstige Wohn- und Gewerberäume* und die daraus entstandene *Stiftung PWG* kaum zur Übernahme des Hauses geführt. Allerdings bietet die Vielfalt von Widerstandsformen noch lange keine Erfolgsgarantie: In vielen Fällen wie etwa am Stauffacher oder im *Viereck* konnte ein Abriss trotz einer breit abgestützten Protestbewegung nicht verhindert werden.

Die oben beschriebene Kombination verschiedener Aktionsformen kam allerdings nur selten zustande. Gerade die Hausbesetzerszene hegte eine ausgesprochene Abneigung gegenüber parlamentarischer Politik; im Gegenzug waren linke Parteien allzu sehr auf Wahlergebnisse fokussiert. Gekämpft wurde nicht miteinander, sondern vielmehr neben-, manchmal sogar gegeneinander. Selbst die ausserparlamentarischen und autonomen Kreise waren in unzählige Gruppen zersplittert und oft zerstritten. Einigkeit herrschte selten, Strategien wie der Kauf von Häusern durch Genossenschaften wurden schnell einmal als reformistisch abgetan.

Wenig konkrete Erfolge, starke Wirkung

Wie sieht die Bilanz aus? Ein Rückblick auf die Aktivitäten der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen zwischen 1968 und 2005 ergibt einen widersprüchlichen Befund: Die Zahl der konkret gewonnenen 'Schlachten' ist – gemessen am investierten Aufwand – gering; gleichwohl wurde vieles in Gang gesetzt und einige Teilerfolge erzielt.

Bei der Verhinderung von Neubauprojekten und Luxussanierungen blieben Erfolge selten. Während im Zusammenhang mit privaten Projekten höchstens Zugeständnisse erzielt wurden, konnten bei städtischen Liegenschaften einige Anliegen durchgebracht werden. Beispiele dieser erkämpften Zugeständnisse sind der Baurechtsvertrag mit der *Wogeno* an der *Hellmi*, die sanfte Renovation verschiedener städtischer Siedlungen (*Riedtli*, *Schindelhäuser* usw.), die Erhaltung des *Dreiecks* und einige strategisch kluge Hausbesetzungen (etwa die Übernahme der ehemals besetzten Häuser an der Röschibachstrasse 4-10 durch die *Genossenschaft La Röschi*). Dazu kommen die Gründung zahlreicher selbstverwalteter Genossenschaften und die alternativen Wohnprojekte *Karthago* und *KraftWerk1*. Die Mehrheit der Konflikte nahm jedoch aus Sicht der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen kein gutes Ende.

Trotz der geringen konkreten Erfolge blieben die Bemühungen von Quartierinitiativen, Bewohnergruppen und Hausbesetzungen nicht wirkungslos. Neben oder statt dem unmittelbar Erwünschten hatten sie oft positive Langzeitwirkungen: Die starke Verbreitung von Kommunen führte zur Etablierung von Kollektivhaushalten, die zahlreichen Bürgerinitiativen waren Auslöser für diverse Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren, der Widerstand am Stauffacher bildete die Geburtsstunde für den Grosshaushalt *Karthago* und die Gründung von

selbstverwalteten Genossenschaften löste auch bei den traditionellen Baugenossenschaften eine Demokratisierung aus. Viele Aktionen provozierten zudem reformistische Antworten auf Behördenebene. Die (linke) Politik nahm die von Bürgerinitiativen thematisierten Probleme auf und verfolgte sie weiter: So war der Mieterkampf an der Venedigstrasse indirekt Auslöser für die Entstehung des *Wohnerhaltungsgesetzes*, der Widerstand gegen den Abriss erhaltenswerter Gebäude stärkte vorübergehend die Denkmalpflege, die 80er Unruhen führten zur Schaffung von subventionierten Institutionen wie der *Jugendwohnhilfe*, die Mieterproteste am *Rebhügel* und im *Riedtli* führten zu einer neuen Praxis bei Renovationen städtischer Siedlungen und der massive Protest auf der Strasse von 1989 (*Aufläufe gegen Speckis*) bewirkte eine Änderung der behördlichen Räumungspraxis, schuf damit zeitlich begrenzte Freiräume und führte zu diversen Vorstössen auf parlamentarischer Ebene wie etwa dem *100-Millionen-Kredit für eine aktive städtische Liegenschaftenpolitik*. Darüber hinaus verzichtete so mancher Immobilienbesitzer aus Angst vor dem Widerstand der Mieter- und Anwohnerschaft auf grössere (Luxus-)Renovationsprojekte. Insgesamt führten die Häuser- und Mieterkämpfe der 70er und 80er Jahre zu einer neuen Einschätzung des Wohnens. Der Trend von Zürich weg aufs Land wurde durch die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen erstmals grundlegend in Frage gestellt, was mit ein Grund war für die Reurbanisierung, die Wiederentdeckung des Städtischen, welche in den 90er Jahren einsetzte. Und ohne die 80er 'Bewegig' wäre Zürich kaum eine kulturell derart vielfältige Stadt.

Der Erfolg oder Misserfolg der stadtpolitischen Proteste gegen Häuserabrisse kann zudem nicht allein daran gemessen werden, ob am Ende die Bagger auffahren oder nicht. Viele vom Abriss bedrohte Liegenschaften entwickelten sich durch die Ausnahmesituation zum Experimentierfeld für neue Formen des Zusammenlebens; Menschen erfuhren fürs Leben prägende Erlebnisse. Es sind gerade solche Orte, die aufzeigen, dass Alternativen und eine andere Welt möglich sind. In diesem Sinne entstanden in den Zwischennutzungen – und natürlich auch an anderen Orten – seit den 70er Jahren neue Formen des Zusammenlebens, die Impulscharakter für die breite Gesellschaft hatten und neue Erfahrungen vermittelten. So sind heute Wohngemeinschaften genauso anerkannt wie Gleichberechtigung in der Erziehung, ökologische Mindeststandards oder eine flexible Wohnraumgestaltung in Neubauten.

Ähnlich wie bei den Quartier-, Mieter- und Häuserkämpfen lässt sich auch auf parlamentarischer Ebene kein eindeutig Fazit ziehen: Konnten in Fragen des Mietrechts immerhin einige Abstimmungen gewonnen werden, hatten Vorlagen für eine Revision des Bodenrechts nie eine Chance. Zustimmung erlangten die Anliegen der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen vor allem in der Stadt selber, wo sie überdurchschnittlich häufig eine Mehrheit fanden. Aufgrund der kleinräumigen und überblickbaren Verhältnisse gelang es Ad-hoc-Koalitionen, spontanen

Interessengemeinschaften und kleinen Aktionsgruppen immer wieder mit überraschenden Vorstößen oder hartnäckig vorgetragenen Forderungen in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen und durch die Mittel der direkten Demokratie Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen. So nahm die Stimmbevölkerung verschiedene Vorlagen an, welche die Wohnraumzerstörung und Verdrängung ärmerer Schichten aus der Stadt einschränkten (*WEG, WAP, 50-Millionen-Kredit, 100-Millionen-Kredit* usw.).

Getrübt wurden diese Erfolge jedoch mehrfach durch einen Interessenkonflikt zwischen Stadt und Kanton. Einerseits überstimmte der bürgerlich dominierte Kanton mehrfach die eher links-liberal orientierte Stadt, andererseits setzte der Kanton in mehreren Fällen von den StadtzürcherInnen bestätigte Gesetze ausser Kraft. So lehnte die städtischer Bevölkerung den bürgerlichen *Richtplan* zweimal an der Urne ab und nahm dafür die 'Kochsche' *Bau- und Zonenordnung (BZO)* an. Die Kantonsregierung setzte den *Richtplan* gegen diesen Volksentscheid durch und formulierte die *BZO* um.

Die Reurbanisierung: Erfolg mit Nebengeschmack

Der Trend zur Reurbanisierung wurde massgeblich durch die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen vorbereitet: sie haben die Rückeroberung von städtischem Wohnraum zum Thema und Zürich als Wohnstadt wieder attraktiver gemacht. Speziell durch die nach den 80er Jugendunruhen steigenden kulturpolitischen Subventionsbeiträgen gewann Zürich an Attraktivität. Aber auch die an manchen Orten verbesserten Lebensbedingungen durch Wohnstrassen, die allgemeine Toleranz gegenüber neuen Wohnformen oder verbesserte Quartierstrukturen machten Zürich als Wohnstadt wieder anziehend. Die zahlreichen in besetzten Häusern und alternativen Wohnprojekten entstandenen illegalen Bar- und Konzertlokale waren Vorgänger und zugleich Teil der Partyszene, welche in den 90er Jahren zum kulturellen Aufschwung Zürichs beitrug. Der Aufschwung des Kultursektors und die damit verbundene Ökonomisierung der Kultur wurde wesentlich durch die Subkultur gefördert.⁹²⁵ Nicht zuletzt dank den stadt- und wohnpolitischen Bewegungen gehört Zürich zu Beginn des 21. Jahrhunderts im globalen Vergleich zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität.⁹²⁶

Doch diese Entwicklung ist ein zweiseitiges Schwert. Es sind genau die von den stadt- und wohnpolitischen Bewegungen initiierten Entwicklungen, welche heute von den Behörden für das Standortmarketing benutzt werden und gleichzeitig zu einer Verdrängung von Freiräumen und ökonomisch schwachen Menschen aus den zentrumsnahen Quartieren respektive der Stadt führen. Als Folge dieses Trends hat sich die Zusammensetzung der Zürcher Wohnbevölkerung zunehmend widersprüchlich entwickelt, denn sowohl die Zahl der Reichen (in attraktiven

⁹²⁵ Klaus 2006, S. 229-231.

Wohnlagen im erweiterten Zentrum und am Zürichberg) als auch die Zahl der Armen (am Stadtrand und entlang der grossen Durchfahrtsstrassen) hat sich zwischen 1991 und 2002 erhöht.⁹²⁷ Im Kreis 5 beispielsweise, ein Quartier, in welchem Ende der 70er Jahre zahlreiche alternative Haushalte und Projekte aus den Bewegungen heraus entstanden, stieg der soziale Status der Bevölkerung in den letzten zehn Jahren stark. Im Gegenzug mussten viele Alteingesessene das Quartier verlassen. Auch der aufgewertete Wohnraum der alternativen *Wohngenossenschaft Dreieck* hatte zur Folge, dass im Raum Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse zahlreiche Trendbars und Restaurants eröffnet wurden und die Bodenpreise in der Umgebung anstiegen. Eine Auseinandersetzung mit der teils zwiespältigen Aufwertungsfunktion der Pionier-Projekte ehemaliger HausbesetzerInnen und Bewegter fand abgesehen von wenigen Ausnahmen nicht statt. Kritik an der Aufwertungsentwicklung wurde höchstens von jüngeren AktivistInnen geäussert, wie etwa den BesetzerInnen des *Egocity*: «Während sich unsere alten Kämpfer selbstzufrieden am Sack kraulen und an ihrem Prosecco nippen, fängt es an unter ihren Talaren gewaltig zu muffeln. Und während sich diese neue selbsternannte Kulturelite an ihren neuen Theatern und Kunsthallen ergötzt, stehen wir – die armen Opfer der verfehlten Stadtentwicklungspolitik – wie immer im Regen vor verschlossener Tür.»⁹²⁸

Paradigmawechsel beendet Pattsituation

Zusammengefasst lässt sich für die Ära zwischen Anfang der 70er Jahre und Mitte der 90er Jahre eine städtebauliche Pattsituation feststellen, in der sich zwei mehr oder weniger gleich starke Blöcke neutralisierten. Niklaus Scherr vom *Mieterverband* beschrieb diese gegenseitige Blockierung 1988 folgendermassen: «Wir sind in der Opposition stark genug, die Investitionswut des spekulierenden Kapitals einzudämmen. Wir können bremsen, verzögern, redimensionieren. Wir sind stark genug zu verhindern, dass andere unsere Stadt ganz abreißen, umgekehrt aber nicht stark genug, sie in bestimmten Bereichen so zu erhalten, so zu gestalten wie wir das wünschen.»⁹²⁹ In Anbetracht des in der Schweiz und weltweit herrschenden Bodenrechts und der Machtverhältnisse zwischen Stadt und Kanton bot die städtebauliche Pattsituation den stadt- und wohnpolitischen Bewegungen realistischere die best möglichen Voraussetzungen für die Verfolgung ihrer Ziele. In den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um die innerstädtischen Wohnquartiere gelang es ansatzweise, einen vielfältigen Alltagsraum und ein urbanes Refugium mit sozialen Netzen zu erhalten. Ohne diesen Widerstand wären weite Teile der Zürcher Innenstadt der Modernisierung zum Opfer gefallen.

⁹²⁶ TA, 11.42006, S. 15.

⁹²⁷ TA, 27.5.2006, S. 18.

⁹²⁸ Flugblatt zur Besetzung des *Egocity*.

⁹²⁹ FaZ Nr. 45, September 1988, S. 8.

Nach dem Regierungswechsel von 1990 und unter dem Einfluss des wachsenden Drucks von Seiten der SVP auf die rot-grüne Regierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre verfolgte die SP zunehmend eine marktorientierte Stadtentwicklungspolitik, die in den 70er und 80er Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Im Zuge dieses Paradigmawechsels richtete sich die SP verstärkt auf gut betuchte SteuerzahlerInnen aus. Die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen wurden durch diese Neuorientierung stark isoliert und ihr Handlungsspielraum sank. Gleichzeitig machte der abnehmende Druck von der Strasse den Paradigmawechsel erst möglich.

Im neuen Jahrtausend präsentiert sich eine absurde Situation. Obwohl seit 1990 ununterbrochen eine rot-grüne Mehrheit regiert, wurden verschiedene Errungenschaften der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen langsam rückgängig gemacht: erstmals wurden wieder städtische Siedlungen abgerissen, jahrelang aktive illegale Bars polizeilich geschlossen, ein Prestige-Stadion mit Shoppingcenter und die Neuauflage des *HB Südwest (Stadtraum HB)* sowie ein Stadttunnel von SP-StadträtInnen propagiert – auf der anderen Seite brüsten sich die Stadtbehörden regelmässig mit der lebendigen Sub- und Partykultur.

Weitere Forschungen, riesiges Potential an Erfahrungen

Die Aufarbeitung der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen steht erst am Anfang. Noch bleiben viele Fragen offen, die Auseinandersetzung mit dem Thema hat erst begonnen. Zur Wechselbeziehung zwischen alternativen Wohnprojekten und Gentrification oder zum Widerstand gegen die Planung des *Ypsilons* beispielsweise existieren nach wie vor keine umfangreichen historischen Darstellungen. Genauso fehlen Vergleiche zu anderen Städten in der Schweiz und Europa. Auch die Untersuchung der Wirkung der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen auf die Reurbanisierung sollte weiter vertieft werden.

All diese offenen Fragen und Lücken der historischen Aufarbeitung mögen andere dazu motivieren die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen weiter zu erforschen. Denn die Zeit eilt, noch bietet sich die Möglichkeit Gespräche mit Zeitzeugen zu führen. Und noch liegt eine grosse Menge an ungesichtetem Material in irgend welchen Estrichen herum, unbearbeitete Quellen die – wenn sie nicht in den nächsten Jahren gesammelt werden – für die Geschichtsschreibung für immer verloren gehen. Das wäre ein grosser Verlust: denn die Stadtentwicklungs- und Wohnbaupolitik bildet ein äusserst ergiebiges – und bislang wenig ausgeschöpftes – Reservoir für zentrale Fragen der Sozialgeschichte.

Tausende oder vielmehr Zehntausende von ZürcherInnen haben sich seit 1968 in irgend einer Form im Umfeld der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen betätigt: sie sammelten in einer Wohngemeinschaft Erkenntnisse fürs Leben und trugen erste Konflikte aus, sie wehrten sich gegen eine ungerechtfertigte Kündigung, experimentierten in einem besetzten Haus mit

alternativen Lebensformen oder setzten sich mit Eigentums- und Machtverhältnissen auseinander. Nicht selten haben diese Erfahrungen das Leben der Betroffenen geprägt und das Verhalten auch in späteren Lebensabschnitten beeinflusst. Rechnet man all dies zusammen, ergibt sich ein grosses Knowhow für die Verfolgung und Durchsetzung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Anliegen. Dadurch liefern die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen bis heute ein grosses Potential an Menschen, die sich willens und fähig sind, politisch wie im Privaten für eine gerechte und lebenswerte Welt zu kämpfen.

BIBLIOGRAPHIE

A. Quellen

1. Quellen und quellenartige Literatur

Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen AGU (Hrsg.). Umdenken, Umschwenken. Alternativen, Wegweiser aus den Zwängen der grosstechnologischen Zivilisation. Zürich 1975. [Zitierweise in Fussnoten: AGU 1975]

Arbeitsgruppe Ökologie und Politik – AGÖP (Hrsg.). Hundert Jahre Wohnungsnot. Ein Handbuch für Mieter – mit Hintergründen und praktischen Tipps. Zürich 1983. [Zitierweise in Fussnoten: AGÖP 1983]

ARB-Komitee (Hrsg.). Autonome Republik Bunker. Zürich 1971.

Bauamt I der Stadt Zürich (Hrsg.). Entwicklungsprognose für den Geschäftskern von Zürich. Zürich 1969.

Berna, Marianne (Hrsg.). Züri fürs Volk. Das andere Handbuch. Zürich 1978.

Berna, Marianne (Hrsg.). Züri fürs Volk. Das andere Handbuch. Zürich 1980.

Bundesamt für Wohnungswesen (Hrsg.). Mietbelastung und Wohnverhältnisse. Ergebnisse der eidg. Verbrauchserhebung 1998. Schriftenreihe Wohnungswesen Band 73. Grenchen 2001.

Egocity, Badenerstr. 97 (Hrsg.). Egoistisches Manifest vol. 01. Zürich 2002. [Zitierweise in Fussnoten: Egocity 2002]

Evangelischer Frauenbund Zürich (Hrsg.). Projekt 'Brahmstrasse 1991' – Überbauung Brahmshof. Zürich 1991.

Fachstelle für Stadtentwicklung (Hrsg.). Domino-Quartieraufwertung Zug um Zug. Zürich 2002.

Fachstelle für Stadtentwicklung (Hrsg.). Wohnen in Zürich. Fakten und Zusammenhänge. Zürich 2004.

Fachstelle für Stadtentwicklung (Hrsg.). Wohnen in Zürich. Fakten und Zusammenhänge. Aktualisierte Fassung. Zürich 2004.

Frei, Andreas, Christoph Spühler u.a. Wohngemeinschaft Wehznzi. Konzept 1976. Zürich 1976.

Genossenschaft Dreieck (Hrsg.). Das Dreieck 1997-2057. Erneuerung eines städtischen Lebensraumes in Zürich Aussersihl. Zürich 1997.

Genossenschaft für fortschrittlichen Wohnungsbau (Hrsg.). Tätigkeitsbericht 90. Zürich 1991.

Genossenschaft Karthago (Hrsg.). Karthago in Zürich. Der städtische Grosshaushalt. Zweite aktualisierte Auflage. Zürich 2000.

Gottlieb Duttweiler-Institut (Hrsg.). Alternativkatalog. Heft 1. Rüslikon 1975.

Gruber, Peter und Heinz Wyssling. Selbstbestimmtes Leben. Dokumentation einer Arbeitstagung über Hausgenossenschaften. Zürich 1980.

Häuser und Heimat. Broschüre zur Besetzung des Ballenbergs im September 87. Überblick über Häuserkampf in verschiedenen Schweizer Städten. Ballenberg 1987.

Hochbauamt der Stadt Zürich (Hrsg.). Stadt Zürich: Ziele der Stadtentwicklung 1996. Zürich 1996.
Hochbaudepartement der Stadt Zürich und Finanzdepartement der Stadt Zürich (Hrsg.).
Legislatorschwerpunkt '10'000 Wohnungen in 10 Jahren'. Konzept vom April 1999. Zürich 1999

Infoladen für Häuserkampf (Hrsg.). Zonen. Zürich 1988.

Infoladen für Häuserkampf (Hrsg.). Ohne Titel. Zürich 1990.

Institut für Hochbauforschung (Hrsg.). Gutachten zur Situation des Sanierungsgebietes Hellmutstrasse, Zürich Aussersihl. Zürich 1984.

Intershop AG (Hrsg.). Puls 5. Im Zentrum des Lebens. Zürich 2002.

Karthago am Stauffacher (Hrsg.). Karthago. Zürich 1986.

Keller, Rolf. Bauen als Umweltzerstörung. Zürich 1973.

Köhli, Armin und Daniel Stern. Die Anfänge der autonomen Linken in der Schweiz. Ein Gespräch mit einstigen AktivistInnen. In: IG Rote Fabrik (Hrsg.). Zwischenberichte. Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz. Berlin 1998. S. 154-169.

Konzeptbüro/ AG Chronologie (Hrsg.). Militante Politik in der Schweiz. Eine unvollständige Chronologie aus den Jahren 1970-97. Zürich 1997.

Lindt, Nicolas. Nur tote Fische schwimmen gegen den Strom. 12 bewegte Portraits aus Zürich. Zürich 1981.

Luthiger, Benno u.a. Werkstatt Karthago. Projekt und Genossenschaft. Zürich 1991.

Mieteraktion Ekkehardstrasse (Hrsg.). Ekkehardstrasse 17, 25 und 31. Zürcher Mieter auf der Strasse? Zürich 1976.

Mieterverband Zürich (Hrsg.). Rechenschaftsbericht des Mieterverbands (Juni 1988 - Mai 1989). Zürich 1989.

Mieterverein Wiesenstrasse (Hrsg.). z.B. Wiesenstrasse Nr. 6-12. Zürich 1974.

Mieterinnen und Mieterverband Zürich (Hrsg.). Die Bau und Zonenordnung der Stadt Zürich und das Wohnen. Zürich 1992.

PIZZA (Hrsg.). Odranoel. Die Linke – zwischen den Welten. Hamburg 1992.

p.m., Wolkenstein, Didymos, Reyneclod. Stauffacher, Aussersihl. Über die Kräfte der neuen Weltgesellschaft. Zürich 1985.

p.m. bolo'bolo. Erweiterte und verbesserte Ausgabe. Zürich 1986.

p.m., Andreas Hofer und Martin Blum. KraftWerk1. Projekt für das Sulzer-Escher-Wyss Areal. Zürich 1993.

POCH Zürich (Hrsg.). Wahljahr Lügenjahr. Chronik der Ereignisse in der Stadt Zürich. Zürich 1986.

POCH Zürich (Hrsg.). HB-Südwest, so auch nicht! Verdichtung statt Wahrheit. Diskussionsbeiträge gegen das erweiterte Projekt HB-Südwest. Zürich 1987.

Riedtli-Verein (Hrsg.). Es hat noch allemal genützt. Riedtli-Siedlung: Städtische Mieter wehren sich. Zürich 1978.

Ro. Agitprop & Varia 68-88. Flugis, Plakate, Comix, Illustrationen, Teste. Zürich 1988.

Rote Hilfe Zürich (Hrsg.). S'Mieterbüechli. 1975 Zürich.

Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax (Hrsg.). Die Verantwortung der Kirche im Wohnungswesen. Luzern 1985.

Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich (Hrsg.). Morgen. Die wohnliche Stadt. Diskussionsgrundlage. Zusammengestellt und bearbeitet von Fritz Hirzel und Ruedi Jost. Zürich 1970.

Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich (Hrsg.). Unser Programm für Zürich. Zürich 1990.

Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich (Hrsg.). Zürich. Stress-City? Wohnstadt? Kommunalpolitisches Programm der Sozialdemokratischen Partei Zürich für die Achtzigerjahre. Zürich 1981.

Sozialdemokratische Partei Schweiz (Hrsg.) Wieviel Erde braucht der Mensch? Die SP-Bodenreform-Initiative. Bern 1976.

Spindler, Charlotte (Hrsg.). Züri fürs Volk. Zürich 1986.

Ssenter for Applied Urbanism SAU (Hrsg.). Dokumentation 1982-1991. Zürich 1991.

Stadt-Land-Initiative (Hrsg.). Die Stadt-Land-Initiative. Texte Argumente. 3. Auflage. März 1988.

Stadtpolizei Zürich (Hrsg.). Extremismus in Zürich. Zürich 1990.

Stadtpolizei Zürich Kriminalkommissariat III (Hrsg.). Analyse der extrempolitischen Linken in der Stadt Zürich 1988/89. Zürich 1990.

Stirnemann, Peter. 25 Jahre Einwohneraktion Albisrieden 1977-2002. Ein historischer Rückblick. Zürich 2002.

Tages-Anzeiger (Hrsg.). Wohnen im Millionen-Zürich. Zürich 1993.

Thut, Rolf. Kommunen – Eine Alternative zur Heimerziehung. Heimkampagne Zürich. Zürich 1971

Untersuchungskommission Politische Polizei des Gemeinderates von Zürich (Hrsg.). Staatsschutz der Stadt Zürich. Bericht der Untersuchungskommission an den Gemeinderat Zürich. Zürich 1991.

Verlag Amöbel (Hrsg.). Dokumentation. Zürich 1982.

Verein pro Karthago (Hrsg.). Karthago. Lebenslustig. Zukunftssicher. Wirtschaftsfeindlich. Zürich 1988.

Verein Schindelhäuser (Hrsg.). Die städtische Siedlung Nordstrasse. Ein Handbuch des Schindelhäuservereins. Zürich 1981.

Verein unabhängiges Aussersihl (Hrsg.). Aussersihl war und ist ausser sich. Zürich 1984.

Weiss, Martin und Peter Lanz (Hrsg.). Handbuch für Quartierverbesserer. Zürich 1980.

Wohnbaugenossenschaft Erna (Hrsg.) Projektbeschrieb. Zürich 1995.

Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (Hrsg.). Freiräume, Toleranzräume. Juni 1981.

Diverse Bewegungsquellen wie Flugblätter, Fichen, Sitzungsprotokolle, Korrespondenz, Infoblätter usw.

2. Periodika

Tageszeitungen:

DAZ. Tageszeitung. Zürich 1992-1997.

Neue Zürcher Zeitung. Zürich 1968-2005. [Zitierweise in Fussnoten: NZZ]

Tagblatt der Stadt Zürich. Zürich 1968-2005. [Zitierweise in Fussnoten: Tagblatt]

Tages-Anzeiger. Zürich 1968-2005. [Zitierweise in Fussnoten: TA]

Telefonzeitung. Nr. 1-2630. Zürich 1975-1983.

Volksrecht. Sozialdemokratisches Tagblatt. Zürich 1968-1990.

Wochenzeitungen:

Beobachter. Zürich 1968-2003.

Das Magazin. Wochenendbeilage des Tages Anzeiger (und Berner Zeitung). Zürich 1989-2005.

P.S. Zürich 1998-2005.

Schweizer Illustrierte. Zofingen 1968-2005.

Tages Anzeiger Magazin. Zürich 1968-1988. [Zitierweise in Fussnoten: TAM]

Tat. Wochenpost der sieben Unabhängigen. Zürich 1968-1978. [herausgegeben vom Migros-Genossenschaftsbund]

Tec 21. Zürich 2001-2005. [herausgegeben vom Schweizer Ingenieur- und Architektenverein SIA]

Tell. Zürich 1979-1985. [vierzehntäglich]

Weltwoche. Zürich 1968-2005.

Wochenzeitung. Zürich 1981-2005. [Zitierweise in Fussnoten: WoZ]

Zürcher AZ. Sozialistische und gewerkschaftliche Wochenzeitung. Zürich 1970-1973.

Zürcher StudentIn. Offizielles Organ des VSETH (Verein Studierender an der ETH) und des VSU (Verein Studierender an der Uni). Zürich 1968-2005. [Zitierweise in Fussnoten: ZS]

Züri Leu. Zürich 1968-1982.

Monatszeitungen:

Agitation. Aktionszeitschrift der Fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten – FASS. Zürich 1969-1973.

Fabrik-Zeitung. Zeitung der Roten Fabrik. Zürich 1982-2001. [von 2002-2003: .RF. Die Zeitung aus der Roten Fabrik. Zitierweise in Fussnoten: FaZ respektive .RF]

Einezwänzgi/21i. Ein Forum der Zürcher Jugend. Zürich 1971- Juli 1992. [Zitierweise in Fussnoten: 21i]

Focus. Zeitkritisches Magazin. Zürich 1969-1979.

Leserzeitung. Nr. 1-113. Winterthur 1975-1979.

Megfon. Zeitung aus der Reithalle. Bern 1987-2005.

Nizza. Das Zürcher Stadtmagazin. Zürich 1989-1990.

Quartier-/Mieterzeitungen:

Aussersihler Zeitung. Die unabhängige Quartierzeitung. Nr. 1-12. Zürich 1983-1986.

Das Dreieck. Zeitung gegen die Zerstörung des Dreiecks Anker-/Zweier-/Gartenhofstrasse und Umgebung. Nr. 1-5. Zürich 1988-91. [herausgegeben vom Verein Das Dreieck]

Der Notwohnungskämpfer. Nullnummer. Zürich 1974. [herausgegeben vom Mieterverein Überlandstrasse]

Die Westtangente. Zeitung der Quartiergruppe Westtangente. Nr. 1-23. Zürich 1974-1977.

Echo vom Sihlquai. Nullnummer. Zürich 1994. [herausgegeben von der IG Kreis 5]

Informationsbulletin Grüne Oase Weinbergstrasse 73 und 71. Nr. 1-3. 1987-1989. [herausgegeben von der AnwohnerInnen-Gruppe Grüne Oase]

Kanzlei-Zeitung. Informationsblatt des Quartierzentrums. Zürich 1986-1987. [herausgegeben von der Koordinationsgruppe des Quartierzentrums Kanzlei]

Kreis 5 Anzeiger. Zürich 1976-1987. [Quartierblatt herausgegeben von der Arbeitsgruppe 5 vor 12]

Mieten und Wohnen. Zürich 1992-2005. [monatliche Zeitung, herausgegeben vom Mieterverband der Schweiz]

Mieterblatt. Organ des Mieterkomitees Zürich. Nullnummer. Zürich 1975.

Mieterkampf. Nr. 1-2. Zürich 1971. [herausgegeben von der Mieterkampforganisation]

Mieterkampf Hard. Nr. 1-6. Zürich 1973-1977. [herausgegeben von der Mietergruppe Hard]

Mieterkampf Schwamendingen/ Quartierkämpfer Schwamendingen. Nr. 1-29. Zürich 1972-1984. [herausgegeben vom Mieterverein Überlandstrasse, ab Nr. 18 von der Quartiergruppe Schwamendingen]

Mieter-Zeitung. Zürich 1968-1992. [monatliche Zeitung, herausgegeben vom Mieterverband der Schweiz]

Mir sind Zürimieter. Nr. 1-2. Zürich 1975. [herausgegeben vom Mieterverein Wiesenstrasse]

Quartierinformation. Nr. 1-2. Zürich 1974-1975. [herausgegeben von der Quartiergruppe Riesbach]

Quartierkampf Manesse. Nr. 1-6. Zürich 1972-1975. [herausgegeben vom Mieterverein Manesse]

Quartierkampf Wiedikon. Nr. 1-23. Zürich ?-1985. [herausgegeben von der Quartiergruppe Wiedikon]

Quartierkämpfer Industrie. Nr. 1-12. Zürich 1974-1981. [herausgegeben von der Mietergruppe Industrie]

Roter Leu. Lokalzeitung der progressiven Organisation Zürich. Zürich 1974-1979.

Tangentenbrecher. Organ des Kur- und Verkehrsvereins Wipkingen. Nr. 1-3. Zürich 1985-1986.

Züri 1. Quartierzeitung für den Kreis 1. Zürich 1975-1982. [herausgegeben von der sozialdemokratischen Partei Zürich 1]

Züri 8. Organ des Bewohnerverbands/ Quartierkomitees Züri 8. Nr. 1-8. Zürich 1973-1974.

Publikationen von HausbesetzerInnen, Autonomen und AnarchistInnen:

Bäcki-Blatt. 6 Ausgaben. Zürich 1991-1992. [herausgegeben von BewohnerInnen der (besetzten) Bäckerstrasse 51, 55]

Banal. Anarchistisches Magazin. Nr. 0-6. Zürich 1986-1990. [Nachfolger von Kanal]

Blatt. Info aus dem Quartier. Nr. 1-5. Zürich 1990-1991. [herausgegeben von BewohnerInnen der besetzten Liegenschaft Hottingerstrasse 25]

Diabolik. Nr. 1-2. Zürich 1983-1984. [herausgegeben von Stauffacher-BesetzerInnen]

Eisbrecher. Nr. 1-10. Zürich 1980-1981. [herausgegeben von Leuten der 80er 'Bewegig']

S'fräche Blatt. Nr.1-22. Zürich 1976-1979. [herausgegeben von der Roten Hilfe]

Friede den Hütten. Krieg den Palästen. Nullnummer. Zürich 1989. [herausgegeben von Leuten aus dem Umfeld der Wohnungsnotbewegung]

Gasseblatt/Gasseblues. Stadtzeitung für Zürich-Basel und für den Knast Regensdorf-Schälehuus. Nr. 1-12. Zürich, Basel 1976-1979.

Gassezytig. Nullnummer. Zürich, Bern 1989. [herausgegeben von Leuten aus dem Umfeld der Wohnungsnotbewegung]

Glacépapier. Nr. 1-2. Zürich 1999. [herausgegeben von BewohnerInnen des besetzten Glacégarten auf dem Steinfels-Areal]

Kinderkrankheiten. Materialien für die Autonomie. Nr. 1-2. Zürich 1978-1980.

Kopfsprung. Nullnummer. Zürich 1990.

Machbar. Nr. 1-3. Zürich 1989. [herausgegeben von Leuten aus dem Umfeld der Wohnungsnotbewegung]

Röntgenblick. Nr. 1-4. Zürich 1991. [herausgegeben von BesetzerInnen der Heinrichstrasse 137]

StadtZeitSprung. Zürcher Stadtzeitung. Nullnummer. Zürich 1986.

Stilet. Organ für Kultur, Kontakt und Nahkampf. Nr. 50-58. Zürich 1979-1981. [herausgegeben von Leuten der 80er 'Bewegig']

Syndrom. Zeitung aus der Autonomen Kulturwerkstatt Wohlroth. Nr. 0-5. Zürich 1991-1993.

Sozialistische, kommunistische und marxistisch-leninistische Publikationen:

Bresche. Organ der Revolutionären Marxistischen Liga. Nr. 1-412. Zürich 1973-1994.

Informationen aus dem Widerstand. Nr. 1-27. Zürich 1989-1992.

Infrarot. Sozialistische Informationsschrift. Zürich 1971-2003. [herausgegeben von den JungsozialistInnen der Schweiz]

Internes Informationsbulletin der Revolutionären Aufbauorganisation. Nr. 1-213/214. Zürich 1971-1975.

Klassenkampf. Materialien zur Intervention. Nr. 1-8. Zürich 1973-1974.

Oktober. Lausanne/Zürich 1968-1987. [herausgegeben von der Kommunistischen Partei der Schweiz/ Marxisten-Leninisten KPS/ML]

Revolutionäre Politik. Zürich 1972-1976. [herausgegeben von der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich RAZ]

Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS). Zürich 1973-1980.

Zeitdienst. Zur sozialistischen Information und Diskussion. Zürich 1968-1987.

Widerstandsinfo. Zürich 1992-1995.

Diverse Publikationen:

A-Bulletin. Mitteilungsblatt der Schweizerischen A-Bewegung. Zürich 1978-2003.

Güggerigü. Zeitung der Kommune Beckenhofstrasse. Zeitung für Kultur, Politik und Gemeinschaftsprojekte. Nr. 0-4. Zürich 1983.

Kommunen. Journal der Kommunenbewegung. Nr. 1-4. Wädenswil 1973-1974.

Polemos. Nr. 1-15. Basel 1963-1971.

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik. Zürich 1981-2003.

Wohnen. Schweizerische Zeitschrift für Wohnungswesen. Offizielles Organ des Schweizerischen Verbands für Wohnungswesen. Zürich 1968-2003.

Wogeno Info. Zürich 1986-96 und 1998-2005. [herausgegeben von der Wogeno Zürich].

3. Videos:

1 Lovesong. 0:15:00. Zürich 1984. [Stauffacher]

Aktion Hellmutstrasse. 0:43:00. Zürich 1980.

Anarchie und Disneyland. 1:09:30. Zürich 1982. [Universitätsstrasse 89]

Bäcki bleibt. 0:57:00. Zürich 1991.

Barcelette. 0:03:24. Zürich 1994. [Wohlgroth]

Besetzt die Idylle! Nachrichten von der Hüttisstrasse Zürich Oerlikon. 0:12:00. Zürich 1989.

Der letzte Mieter. 0:15:15. Zürich 1987.

Murales. 0:20:20. Zürich 1979. [Aktienhäuser]

No Futter. Stauffacher. verschollen.

Paradontose. 1:00:00. Zürich 1983. [Tessinerplatz]

Sieg der Ordnung (16mm). 0:23:00. Zürich 1976. [Hegibach]

Stauffacher Tribunal. Mai 1984. 0:22:00. Zürich 1988.

Vage die Sau sich lümmelt. 0:06:32. Zürich 1992. [Wohlgroth]

Venedigstrasse (Super 8). 0:25:00. Zürich 1971.

Wenn die City kommt (16mm). 0:43:00. Zürich 1980. [Schmiede Wiedikon]

Wochenschau. Annaburg . 0:10:00. Zürich 1987.

Wochenschau. Ballenberg-Aktion. 0:09:00. Zürich 1987.

Wochenschau. Das Netz. 0:10:00. Zürich 1987.

Wochenschau. Karthago-Projekt. 0:20:00. Zürich 1987.

Wochenschau. Karthago. 0:04:00. Zürich 1987.

Wochenschau. Schmiede Wiedikon – it's apity. 0:16:00. Zürich 1987.

4. Statistiken

Bundesamt für Statistik (Hrsg.). Wohnen in der Schweiz. Bern 1996.

Siegenthaler, Hansjörg. Historische Statistik der Schweiz. Zürich 1996.

Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hrsg.). Kantonales Jahrbuch des Kanton Zürich. Zürich 1968-2003.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (Hrsg.). Zürcher Statistische Nachrichten. Zürich 1968-2003.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (Hrsg.). Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich. Zürich 1968-2003.

Bundesamt für Statistik (Hrsg.). Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Zürich 1968-2003.

B. Darstellungen

1. Geschichte Schweiz und Zürich

Dejung, Christoph. Schweizer Geschichte seit 1945. Frauenfeld 1984.

Finanzamt und Bauamt II der Stadt Zürich (Hrsg.). Kommunal- und genossenschaftlicher Wohnungsbau in Zürich. Ein Inventar der durch die Stadt geförderten Wohnbauten 1907-1989. Zürich 1990.

Gilg, Peter und Peter Hablützel. Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945). In: Im Hof, Ulrich u.a. Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Lausanne 1986.

König, Mario. Auf dem Weg in die Gegenwart – Der Kanton Zürich seit 1945. In: Flüeler, Niklaus und Marianne Flüeler-Grauwiller (Hrsg.). Geschichte des Kantons Zürich. Band 3. 19. und 20. Jahrhundert. Zürich 1997. S. 350-477

Lindig, Steffen. 'Der Entscheid fällt an den Urnen'. Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928 bis 1938. Zürich 1979.

Rothmayr, Christine. Die Kulturpolitik der Stadt Zürich. Zürich 1995.

Siegenthaler, Hansjörg. Die Schweiz 1914-1984. In: Fischer, Wolfram (Hrsg.). Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 6. Stuttgart 1987. S. 482-512.

Thut, Rolf und Claudia Bislin. Aufrüstung gegen das Volk. Staat und Staatsschutz in der Schweiz. Zürich 1977.

Verein Frauenstadtrundgang Zürich (Hrsg.). Chratz & Quer. Sieben Frauenstadtrundgänge in Zürich. Zürich 1995.

2. Stadtentwicklung/ Städtebau

Bärtschi, Hans-Peter. Industrialisierung, Eisenbahnschlachten und Städtebau. Die Entwicklung des Industrie- und Arbeiterstadtteils Aussersihl. Ein Vergleich zur Architektur- und Technikgeschichte. Basel 1983.

Bergmann, Klaus. Agrarromantik und Grosstadtfeindschaft. Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft. Band 20. Meisenheim am Glan 1970.

Bertels, Lothar. Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt. Opladen 1990.

Blanc, Jean-Daniel. Die Stadt – ein Verkehrshindernis? Leitbilder städtischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik in Zürich 1945-1975. Zürich 1993.

Bollerey, Franziska und Kristina Hartmann. Kollektives Wohnen. Theorien und Experimente der utopischen Sozialisten Robert Owen (1771-1858) und Charles Fourier (1772-1837). In: Archithese 8, 1973. S. 15-27.

Burckhardt, Lucius, Max Frisch und Markus Kutter. Achtung, die Schweiz. Basel 1955.

Carol, Hans und Max Werner. Städte wie wir sie wünschen. Zürich 1949.

Dürrenberger, G., H. Ernste, F. Furger u.a. Das Dilemma der modernen Stadt. Theoretische Überlegungen zur Stadtentwicklung – dargestellt an Beispiel Zürichs. Berlin 1992.

Eberle, Orlando. Konflikte, Allianzen und territoriale Kompromisse in der Stadtentwicklung. Eine Analyse aus regulationstheoretischer Perspektive am Beispiel Zürich West. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Bern 2003.

Frauenlobby Städtebau (Hrsg.). Frau Stadt Angst Raum. Wie frei bewegen sich Frauen in ihrer Stadt? Zürich 1993.

Frey, René L. Städtewachstum Städtewandel. Eine ökonomische Analyse der schweizerischen Agglomeration. Basel und Frankfurt am Main 1990.

Hagen, Petra. Städtebau im Kreuzverhör. Max Frisch zum Städtebau der fünfziger Jahre. Baden 1986.

Häussermann, Hartmut und Walter Siebel. Neue Urbanität. Frankfurt am Main 1987.

Hitz, Hansruedi, Roger Keil, Ute Lehrer u.a. Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt am Main und Zürich. Zürich 1995.

Kammann, George. Mit Autobahnen die Städte retten? Städtebauliche Ideen der Expressstrassenplanung in der Schweiz 1954-1964. Zürich 1990.

Koch, Michael. Städtebau in der Schweiz 1800-1990. Entwicklungslinien, Einflüsse und Stationen. ORL-Bericht Nr. 81. Zürich 1992.

Kurz, Daniel. Leitbilder zur Stadtentwicklung im Städtebau der Schweiz und Deutschlands 1900-1940. Der Wettbewerb für einen Bebauungsplan Zürich und Vororte 1915-1918 im Kontext der Zeitgeschichte. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Seminar der Universität Zürich. Zürich 1990.

Kurz, Daniel. Städtebau, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung. In: Stadtarchiv Zürich (Hrsg.). Hundert Jahre Gross-Zürich. Zürich 1993. S. 29-41.

Meili, Armin. Zürich heute und morgen. Wille oder Zufall in der baulichen Gestaltung. Zürich 1945.

Oswald, Franz (Hrsg.). Le Corbusier. Le Corbusier im Brennpunkt. Vorträge an der Abteilung für Architektur ETHZ. Zürich 1988.

Rüegg, Erwin, Heinz Kleger und Kurt Nüssli. Politik der Verstädterung – Zerfall der Urbanität: Vom lebensweltlichen Protest zur demokratischen Öffentlichkeit? In: Schweizer Jahrbuch für politische Wissenschaft 1985. Bern 1985. S. 157-182.

Rüegg, Erwin. Urbanität und Stadtentwicklung. Politische Entscheidungsprozesse in Bologna, Frankfurt am Main und Zürich. Amsterdam 1996.

Rüegg, Ruedi u.a. Le Corbusier und Zürich. Zweite Plakatausstellung in der Stadelhofer-Passage Zürich. Ein Beitrag zum 100. Geburtstag von Le Corbusier. Zürich 1987.

Ssenter for Applied Urbanism SAU (Hrsg.). Zürich ohne Grenzen. Zürich 1986.

Schilling, Rudolf. Ideen für Zürich. Zürich 1982.

Stern, Susanne. Gelebte Stadtutopien. Eine Untersuchung gemeinschaftlicher Wohnprojekte in der Stadt Zürich. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität Zürich. Zürich 1998.

Zeller, Peter (Hrsg.). Stadt der Zukunft. Zürcher Hochschulforum Band 17. Zürich 1990.

3. Soziale Bewegungen

Häsler, Alfred A. Das Ende der Revolte. Aufbruch der Jugend. 1968 und die Jahre danach. Zürich 1976.

Howald, Regula u.a. Die Angst der Mächtigen von der Autonomie. Horgen 1981.

Kriesi, Hanspeter. Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge. Frankfurt am Main 1984.

Kriesi, Hanspeter u.a. Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-1978. Diessenhofen 1981.

Levy, René und Laurant Duvanel. Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz. Basel 1984.

Lüscher, Rudolf und Michael Makropoulos. Revolte für eine andere Stadt. In: Ästhetik und Kommunikation Nr. 49, September 1982. S. 113-125.

Monod, Michel und Markus Suter. Subkulturelle Opposition in der Stadt Zürich, 1980 bis 1994. Seminararbeit am Historischen Seminar Zürich. Zürich 1995.

Müller, Hans-Peter und Gerold Lotmar. Der Bunker von Zürich. Jugend zwischen Rückzug und Revolte. Ein Modellfall. Olten 1972.

Nigg, Heinz (Hrsg.). Wir wollen alles, und zwar subito. Die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Zürich 2001.

Schilling, Rudolf. Soziale Bewegungen verändern Stadt und Stadtgestalt. In: Martin Dahinden (Hrsg.). Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen. Zürcher Hochschulforum Band 10. Zürich 1987. S. 43-58

Spielhofer, Guido. Kein Gott, kein Staat, kein Mietvertrag. Besetzen und Besitzen in Zürich. In: Beute. Politik und Verbrechen. Berlin 1/1994. S. 67-71.

Stiftung Wohnen und Öffentlichkeit (Hrsg.). Bürgergruppen – Beteiligung – Wohnlichkeit. Venedig 1980.

Wisler, Dominique. Drei Gruppen der neuen Linken auf der Suche nach der Revolution. Zürich 1996.

Wottreng, Willi. Tino – König des Untergrunds. Die wilden Jahre der Halbstarcken und Rocker. Zürich 2002.

4. Wohnen

Barbieri, Nicole, Steff Fischer u.a. Zentralstrasse. Zürich 1997.

Berger Fritz. Das Wohnungswesen der Schweiz. Abteilung Wirtschaftsstudien der Zürcher Kantonalbank Bulletin Nr. 8. Zürich 1973.

Freiburghaus, Dieter. «Nicht nur das Befehlen, auch das Gehorchen muss man verlernen». Zur genossenschaftlichen Basis alternativer Projekte in der Schweiz. In: Greverus, Ina-Maria und Erika Haindl (Hrsg.). Versuche, der Zivilisation zu entkommen. München 1983. S. 77-96.

Frey, Hildebrand und Mitarbeiter. Wohnungsbewertung. Ansprüche an Wohnungen und Messung von Wohnungsqualität. Burckhardt Berichte 4. Materialien für Planung und Realisation. Niederteufen 1974.

Gabathuler, Christian. Bevölkerungsentwicklung und Wohnungswesen. Möglichkeiten und Grenzen einer Lagebeurteilung am Beispiel der Stadt Zürich. Berichte zur Orts-, Regional- und Landesplanung Nr. 67. Zürich 1988.

Gisler, Johanna. Die private Gegenwelt – Homogenisierung und soziale Differenzierung der Wohnstile in der Nachkriegszeit. In: Emmenenegger, Barbara, Kuno Gurtner und Armin Reller. Baukultur – Wohnkultur – Ökologie. Tagungsband zum 5. interdisziplinären Symposium an der Universität Zürich im April 1992. Zürich 1993. S.269-285.

Herzog, Rolf. Kommunen in der Schweiz. Basel 1972.

Hollstein, Walter. Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen. Bonn 1979.

Höpflinger, François und Denise Erni-Schneuwly (Hrsg.). Weichenstellungen. Lebensformen im Wandel und Lebenslage junger Frauen. Bern und Stuttgart 1989.

Höpflinger, François. Familie und Verwandtschaft. In: Hugger, Paul (Hrsg.). Handbuch der schweizerischen Volkskultur. Leben zwischen Tradition und Moderne. Ein Panorama des schweizerischen Alltags. Band 1. Zürich 1992. S. 141-148.

Junker, Jean-Pierre. Städtische Lebenswelt und das Wohnideal vom eigenen Haus im Grünen. In: Huber, Benedikt und Michael Koch (Hrsg.). Wohnungsbau ist Städtebau. Beiträge zu den stadtplanerischen Komponenten des Wohnungsbaus. Schriftenreihe zur Orts-, Regional- und Landplanung Nr. 36. Zürich 1985.

Käufeler, Bruno. Wohnbaugenossenschaften. Entstehung und Erneuerung. Das Beispiel Thun und Ausblick auf andere Schweizerstädte. Geographisches Institut Bern. Bern 1993.

Museum für Gestaltung Zürich (Hrsg.). Das andere Neue Wohnen. Neue Wohn(bau)formen. Ausstellungskatalog. Zürich 1986.

Müller, Esther. Wohnungsnot in der Schweiz. Vorschläge für eine neue Politik im Bereich des Wohnungswesens. Dissertation der Hochschule St. Gallen. St. Gallen 1993.

Schüleïn, Johan August. Kommunen und Wohngemeinschaften. Der Familie entkommen? 1978 Giessen.

Stärk, Franziska. Siedlung Bernerstrasse. Zürich 2004.

Steg, Elke. Die Zukunft der Stadt ist weiblich. Frauenpolitik in der Kommune. Bielefeld 1987.

Steiner, Claudia und Flurin Camenisch. WGs 97. Eine quantitative Forschungsarbeit über die heutigen Wohngemeinschaften in Bezug auf die WGs der 68er Generation. Diplomarbeit höhere Fachschule im Sozialbereich. Basel 1997.

Surber, Kaspar. Die mobile Kommune «Rote Steine» - Skizze eines autonomen Lebensentwurfs in den Schweizer Siebzigerjahren. Seminararbeit am historischen Seminar der Universität Zürich. Zürich 2003.

Wehrli-Schindler, Brigit u.a. Wohnen im Neubau. Eine interdisziplinäre Untersuchung über die Wohnbedingungen in Zürcher Neubauwohnungen und deren Beurteilung durch die Bewohner. Unter der Leitung von Etienne Grandjean. Bern 1976.

Wyss, Kurt. Zusammenleben in Wohngemeinschaften. Die Soziologie einer Lebensform. Lizentiatsarbeit am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Zürich 1987.

CHRONOLOGIE DES WIDERSTANDS GEGEN DEN ABRISS DES TOR ZU AUSSERSIHL

Herbst 1977

Viktor Kleinert verkauft dem *Konsumverein (KVZ)* seine *Maxi-Novo-Ladenkette* und erhält als Entgelt die Liegenschaften Badenerstrasse 6, 8 und Müllerstrasse 7 am Stauffacher.

März 1980

Kleinert präsentiert sein Shoppingcenter-Projekt für den Stauffacher im Bereich Badener -, Müller-, Kasernenstrasse, Rebgasse und bietet der Stadt 1,7 Millionen Franken für das Haus Badenerstrasse 4.

April 1980

40 AnwohnerInnen gründen den überparteilichen *Verein Pro Stauffacher* mit dem Ziel die Grossüberbauung zu verhindern, Präsident wird Theo Ginsburg.

Juli 1980

Der *Verein Pro Stauffacher* reicht eine Petition mit 4200 Unterschriften ein. Die Forderungen: kein Verkauf der Badenerstrasse 4, keine Baubewilligung für das Kleinert-Projekt.

November 1980

Erster Erfolg des Widerstands: Auf eine Anfrage von Gemeinderat Niklaus Scherr verzichtet der Stadtrat auf den Verkauf der Badenerstrasse 4.

20.11.1980

Der *Verein pro Stauffacher* präsentiert im Tages-Anzeiger ein Alternativprojekt, eine sanfte Renovation der Häuser an der Badenerstrasse und ein Teilneubau an der Müllerstrasse.

20.5.1981

Militante Mitglieder der Jugendbewegung zerstören Fensterscheiben am Stauffacher (*McDonald's* und *Charles-Veillon*). Eine Person wird verhaftet.

3.7.1981

Theo Ginsburg lanciert eine Einzelinitiative zur Erhaltung des Stauffachers.

3.7.1981

Leer stehender Wohnraum an der Badenerstrasse 8 wird besetzt; die neuen BewohnerInnen erhalten vom *KVZ* reguläre Mietverträge.

10.7.1981

Besetzung von zwei Wohnungen an der Badenerstrasse 6, da die interessierten BewohnerInnen weder mit dem *Konsumverein* noch mit der *Studentischen Wohngenossenschaft WOKO* zu einer Einigung gekommen sind.

22.7.1981

Am *KVZ* Stauffacher werden die Scheiben eingeschlagen, weil der *KVZ* die Besetzung der Badenerstrasse 6 nicht mehr duldet. 100'000 Franken Sachschaden.

25.7.1981

Freiwillige Räumung der Badenerstrasse 6. Nach zwei Wochen verlassen die BesetzerInnen die Wohnungen. Der KVZ vermietet die Wohnungen an Familien von MitarbeiterInnen.

27.10.1981

Kleinert präsentiert ein redimensioniertes Projekt mit der Erhaltung des Eckhauses Badenerstrasse 2, verkleinerter Ladenfläche sowie einem erhöhten Wohnteil (33%).

November 1981

Der Verein Pro Stauffacher lehnt auch das redimensionierte Projekt ab.

Februar/März 1982

Der Gemeinderat lehnt die *Einzelinitiative Ginsburg* ab. Das Referendum kommt innerhalb von 20 Tagen mit 7223 Unterschriften zustande. Es wird im Patronatskomitee u.a. von Max Frisch, César Kaiser, Adolf Muschg und Ursula Koch unterstützt.

Mai 1982

Gegen die *Einzelinitiative Ginsburg* bildet sich unter dem Vorsitz des Quartierverein-Präsidenten Walter Knabenhans (FDP) das *Komitee lebendiges Zürich*, das 250'000 Franken in den Abstimmungskampf investiert (von KVZ und Kleinert gesponsert). In einem Inserat wirft Kleinert dem Verein pro Stauffacher Verdrehungen und Lügen vor.

6.6.1982

Die *Einzelinitiative Ginsburg* wird mit 54'812 Nein gegen 41'589 Ja abgelehnt. Die Bevölkerung von Aussersihl nimmt die Initiative jedoch mit 55% an.

16.6.1982

Erster Anschlag auf den Wohnsitz von Bauunternehmer Viktor Kleinert. Ein *Kommando Grober Ernst* zündet zwei Dynamitstangen im Garten von Kleinert. Der Sprengstoffanschlag richtet nur geringfügigen Schaden an. In einem Brief schreibt das *Kommando Grober Ernst*, Kleinert solle von seinem Projekt am Stauffacher absehen.

22.6.1982

Zweiter Anschlag auf Viktor Kleinert.

25.6.1982

Kleinert will auf die Durchführung seines Projekts verzichten und mit Behörden und interessierten Kreisen im Quartier Kontakt aufnehmen. Dem Tages-Anzeiger teilt er mit, er wolle dort bauen, wo der willkommen sei, was ein Hinweis auf die Annahme der *Einzelinitiative Ginsburg* im Kreis 4 sein könnte.

5.7.1982

Brandanschlag des *Kommando Grober Ernst* auf das *McDonald's*-Lokal am Stauffacher. Das Lokal brennt vollständig aus. Die Gruppe will die Häuser am Stauffacher verteidigen und warnt den KVZ vor der Realisierung am selben Ort.

26.7.1982

Die zwei Anschläge werden öffentlich bekannt. Laut dem Tages-Anzeiger hängt der Verzicht von Kleinert offenbar mit «terroristischer Erpressung» zusammen

13.8.1982

Kleinert stellt nochmals einen redimensionierten Projektvorschlag für die Überbauung am Stauffacher vor. Dabei wird die Verkaufsfläche von 4000 auf 2000 Quadratmeter verringert.

1.9.1982

Der *Verein pro Stauffacher* spricht sich an seiner Mitgliederversammlung gegen das neue Projekt von Kleinert aus.

Oktober 82

Wohngruppe Winterfest besetzt leere Wohnungen an der Badenerstrasse 2 und erhält von Kleinert Wohnrecht auf Zusehen bis Abbruch.

21.12.1982

Kleinert zieht sich als Bauherr am Stauffacher endgültig zurück. An seine Stelle tritt eine neue Bauherrschaft, der vor allem Pensionskassen angehören. Die *Oerlikon-Bührle Immobilien AG* wird als Generalunternehmerin mit der Ausführung beauftragt.

Mai 1983

Neue Bauherren reichen Baugesuch ein. Gleichzeitig Bauausschreibung der Neuüberbauung vis -à-vis (Ecke Badener-/Werdstrasse).

Juni 1983

Die BewohnerInnen der Badenerstrasse 2 erhalten von Viktor Kleinert das Nutzungsrecht für eine Gewerbeliegenschaft im Hof. Das so genannte Hinterhüsli wird umgehend umgebaut und als autonomer Kulturraum und Treffpunkt betrieben.

28.7.1983

Sprengstoffanschlag auf das Haus von Dieter Bührle. *Ernst Grob*, *grober Ernst* und *Mc Rösti* übernehmen die Verantwortung. Durch die Wucht der Detonation wurde Bührles Türe weggesprengt. Nach dem Rückzug von Kleinert hatte die *Oerlikon-Bührle* die Planung übernommen.

4.8.1983

Das *Komitee sicheres Zürich* setzt eine Belohnung von 20'000 Franken fest, für Hinweise die zur Klärung der verschiedenen Strengstoffanschläge führen.

1.10.1983

Aussersihler Stadtrundgang mit 200 TeilnehmerInnen endet vor dem Stauffacher.

Oktober bis Dezember 1983

Die BewohnerInnen der Badenerstrasse 2 nutzen die prominente Lage des Hauses und mobilisieren intensiv mit Transparenten, einem Balkon-Radio, Strassentheatern und anderen Aktionen für den Kampf um den Stauffacher.

25.10.1983

Die umstrittenen Baugesuche am Stauffacher werden von der *Bausektion II* der Stadt Zürich bewilligt.

November 1983

Die Beteiligung der Pensionskasse der Stadt Biel führt zu Unbehagen bei den Bieler städtischen Angestellten.

16.11.1983

Die BewohnerInnen der Badenerstrasse 2 erhalten die Kündigung per 9.1.1984, weil sie es nicht unerlassen haben Transparente aufzuhängen.

12.12.1983

Eine Gruppe von AnwohnerInnen legt Rekurs gegen das bewilligte Projekt ein.

31.12.1983

Stadtpräsident Thoma Wagner befürchtet in seiner Neujahrsansprache (Tages-Anzeiger) eine Eskalation am Stauffacher und ruft alle Parteien zum Dialog auf.

4.1.1984

An einer ausserordentlichen Aussersihler Gemeindeversammlung informieren die BewohnerInnen über die bevorstehende Kündigung der Badenerstrasse 2.

9.1.1984

Die BewohnerInnen der Badenerstrasse 2, deren Wohnrecht am 9.1.1984 um Mitternacht abläuft, bleiben im Haus. Zusammen mit 50 am Vortag zugezogenen BesetzerInnen verschanzen sie sich im Haus. An einer Pressekonferenz verlangen sie rechtsgültige Mietverträge.

9.1.1984

Brandanschlag auf einen Lastwagen der Betonfabrik *Kibag* durch die Gruppe *Militante Pensionskassen*. Sie wollen all jene warnen, die am Projekt Stauffacher beteiligt sind.

10.1.1984

400 Personen demonstrieren an einer bewilligten Kundgebung im Kreis 4 gegen das Bauprojekt am Stauffacher.

11.1.1984

Stadtrat bekundet seinen Unwillen gegen bevorstehende Räumung und den Leerstand der Badenerstrasse 2.

12.1.1984

Räumung durch die Polizei. 73 Personen werden verhaftet.

Januar 1984

Den ehemaligen BesetzerInnen der Badenerstrasse 2 wird durch Finanzvorstand Willy Küng (*CSP*) und die städtische *Liegenschaftsverwaltung* Ersatzwohnraum zugesichert, wie es im Vorfeld der Besetzung von der Stadt versprochen worden ist.

21.1.1984

500 Personen demonstrieren gegen die Räumung an der Badenerstrasse und für billigen Wohnraum.

27.1.1984

Der Regierungsrat weist eine Aufsichtsbeschwerde des *Vereins pro Stauffacher* gegen die Überbauung ab.

17.2.1984

In der *WoZ* erscheint ein Diskussionsbeitrag von Giorgio Bellini, in welchem er die Besetzung im Rückblick als eine Niederlage bezeichnete.

6.3.1984

Appell von Theo Ginsburg zum Rückzug der Strafanzeige gegen die BesetzerInnen an die Bauherrschaft.

April 1984

Die Vorsorgestiftung der *Ciba Geigy* zieht sich aus dem Projekt zurück.

7.4.1984

Die Bauherrschaft ist nur zum Rückzug der Strafanzeigen bereit, wenn der *Verein pro Stauffacher* seine Rekurse zurückziehen würde. Ginsburg lehnt diesen 'Kuhhandel' ab (Tages-Anzeiger 11.5.1984).

11.4.1984

Die angeklagten BesetzerInnen schlagen vor anstelle des vorgesehenen Prozesses am 12.5.1984 um den Rückzug oder Aufrechterhaltung der Strafanträge in einem Fussballspiel zu entscheiden.

27.4.1984

Die *Bausektion II* erteilt eine Baubewilligung für die Abänderung des Ende 25.10.1983 bewilligten Projekts. Wiederum erheben AnwohnerInnen Rekurs.

12.5.1984

Die ersten Verhandlungen gegen 12 der 72 verhafteten BesetzerInnen platzen, da die Angeklagten nicht vor Gericht erscheinen. Am Abend inszenieren die BesetzerInnen ein öffentliches Tribunal auf dem Helvetiaplatz, bei dem den Stauffacher-Investoren – ebenfalls in Abwesenheit – der Prozess gemacht wird.

18.7.1984

70 Männer und Frauen, die bei der polizeilichen Räumung am Stauffacher verhaftet wurden, erhalten vom Einzelrichter am Bezirksgericht Haftstrafen von 5 bis 10 Tagen bedingt.

27.8.1984

Sämtliche EigentümerInnen der umstrittenen Liegenschaften werden von AktivistInnen mit Urkunden, Kaffee, Kuchen und Handschellen heimgesucht.

17.11.1984

Die *Baurekurskommission* rügt die *Bausektion II* des Stadtrats wegen Ausnahmegewilligungen verschiedenster Art. Das Stauffacher-Projekt kann nicht wie geplant gebaut werden, da die erteilte Baubewilligung aufgehoben ist.

27.11.1984

Aktion bei der Liegenschaft Badenerstrasse 8. Rund 60 AktivistInnen beginnen die zugemauerten Fenster aufzureissen und werden nach dem Mittagessen von der Polizei vertrieben.

Mai 1985

Das Haus Badenerstrasse 6 wird zimmerweise vermietet.

25.10.1985

Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde der Generalunternehmung *Oerlikon-Bührle* und der *Bausektion II* des Stadtrats ab und stützt den Entscheid der *Baurekurskommission*.

November 1985

Die intensiven Kräfte publizieren das Buch 'Stauffacher Aussersihl' über die bisherigen Ereignisse. Zum ersten Mal ist von einem bolo am Stauffacher die Rede.

2.2.1986

Die Liegenschaft Badenerstrasse 2 wird nach dem 31.1.1986 zum zweiten Mal innert wochenfrist besetzt und gleich wieder geräumt.

25.6.1986

Veranstaltung 'Wie wir den Stauffacher wollen' im *Kanzleizentrum*.

Juli 1986

Bildung der *Gruppe Karthago am Stauffacher* aus ehemaligen BesetzerInnen und frischen AktivistInnen. Eine Alternative zum geplanten Projekt wird formuliert und soll *Karthago* heissen.

Aug 1986

Das Eigentümerkonsortium reicht wiederum ein verändertes Baugesuch ein.

18.8.1986

Pressekonferenz der *Gruppe Karthago am Stauffacher*. Das Projekt *Karthago* wird mit ersten Umbauplänen und technischen Einzelheiten der Öffentlichkeit vorgestellt.

1.3.1987

SF DRS bringt in der Sendung 'Zeitgeist' einen Beitrag über utopisches Leben am Stauffacher.

6.3.1987

Ein Transparent mit einem grossen Stück Speck wird vom Dach der Liegenschaft Badenerstrasse 2 auf die Strasse gehängt und wirbt für das Projekt *Karthago*.

27.6.1987

Unter dem Titel 'Ausstieg zu neuen Stadthorizonten' findet im Kaufleutensaal ein *Karthago*-Symposium statt, an dem mehr als hundert Personen teilnehmen. Dabei wird der *Verein pro Karthago* gegründet.

17.7.1987

In einer Presserklärung stellt der *Verein Pro Karthago* die Forderung das umstrittene Projekt am Stauffacher zu begraben und verlangt das Baurecht für ein eigenes 10-Millionen-Projekt, das einen sanften Umbau plant.

Juli 1987

Theater der *Gruppe Karthago* anlässlich der Veranstaltungswoche 'Heimathaf' in der *Roten Fabrik*.

18.9.1987

Der Stadtrats beschliesst das Haus Badenerstrasse 2 nicht unter Denkmalschutz zu stellen. Der *Verein Pro Karthago* fechtet den Entscheid an.

30.10.1987

Gartenzwerge verzieren den Sitz des Zürcher *Heimatschutzes* in Zürich. Mit der Aktion wird gegen die Haltung des *Heimatschutzes* protestiert, der sich weigert gegen den Entscheid des Stadtrats zu rekurrieren.

14.11.1987

Quartierfest im Raum Badener-, Bäcker-,Müllerstrasse, Rebgasse durch den *Verein Pro Karthago* organisiert. Das Fest thematisiert die Problematik von Häuserabbrüchen und Überbauungen in Aussersihl.

5.2.1988

Das Stauffacher-Quartier soll neu belebt werden. Der *Verein pro Karthago* reicht ein ökologisches Wohn- und Begegnungszentrum am Stauffacher als *CH 91*-Beitrag ein.

12.2.1988

Das Shopping-Center-Projekt erhält die Baubewilligung.

2.3.1988

Eine Motion von Werner Vollenweider (*LdU*) fordert den Stadtrat auf die Häuser im Baurecht zu übernehmen.

23.3.1988

AnwohnerInnen legen Rekurs gegen das am 12.2.1988 bewilligte Projekt ein.

28.3.1988

Im Kantonsrat reicht Regina Aepli (*SP*) eine Anfrage zum Wohn- und Bewegungsmodell *Karthago* ein. Sie fragt den Regierungsrat an, ob er bereit sei im Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich einen zehnjährigen Versuch für *Karthago* am Stauffacher im Rahmen der *CH 91* zu finanzieren.

28.3.1988

An einer Pressekonferenz kritisieren der *Verein pro Karthago* und der *Verein pro Stauffacher* das von der *Bausektion II* bewilligte Stauffacher-Projekt und verweisen auf das ökologische Wohnmodell *Karthago*.

17.5.1988

Vorstellung von *Karthago* im *Gemeinschaftszentrum Heuried*.

4.6.1988

Gefälschtes Flugblatt wirbt für einen Tauschmarkt im *K3000* am Stauffacher.

8.6.1988

Negativer Entscheid auf die Anfrage von Regina Aepli. Das Projekt *Karthago* für *CH 91* wird vom Regierungsrat abgelehnt.

15.11.1988

Der *Verein Pro Karthago* wendet sich mit neuen Aktivitäten an PolitikerInnen und Stiftungsräte der Pensionskassen. In einer Petition fordert er den Regierungs- und Stadtrat auf die betroffenen Häuser zu kaufen oder im Baurecht zu übernehmen.

1.12.1988

Die neue Filiale der *Schweizerischen Bankgesellschaft* am Stauffacher erhält Besuch von jungen Leuten, die Holz, Papier, Tannenzapfen und Holzbretter deponieren.

9.12.1988

Der *Verein Pro Karthago* möchte von der Stadt 30 Millionen Franken für den Erwerb der Liegenschaften am Stauffacher.

23.12.1988

Die *Baurekurskommission* weist den Rekurs gegen die Baubewilligung ab.

5.2.1989

Zwei Anwohnerinnen gehen ans Verwaltungsgericht, nachdem sie bei der *Baurekurskommission* keine Aufhebung der im Februar 1988 erteilten Baubewilligung erhielten.

12.4.1989

Die Motion von Werner Vollenweider, wonach sich die Stadt um den Erwerb der Stauffacher-Häuser bemühen soll, wird mit 57 zu 43 Stimmen knapp abgelehnt.

Juni 1989

Das Verwaltungsgericht weist den letzten Rekurs gegen das Stauffacher-Projekt ab.

31.10.1989

Die *Bausektion II* des Stadtrates erteilt die Abbruchbewilligung gemäss *Wohnerhaltungsgesetz (WEG)*.

13.1.1990

An einem Demonstrations- und Trauerzug von der Stadthausanlage durch die Zürcher Innenstadt nehmen rund 500 Personen teil.

15.1.1990

Abbruchbeginn.

27.4.1991

Brand im spanischen Spezialitätenrestaurant *Emilio* im Geviert der umstrittenen Grossüberbauung am Stauffacher. Grund für das Feuer ist mit grosser Wahrscheinlichkeit Brandstiftung.

Februar 1993

Fertigstellung des Neubaus am Stauffacher. Eine japanische Bank ist die Hauptmieterin.

Quellen:

- Zeitungsartikel (TA, NZZ, WoZ, Volksrecht)
- Karthago am Stauffacher (Hrsg.). Karthago. Zweite Auflage. Zürich 1989.
- p.m. Wolkenstein u.a. (Hrsg.). Stauffacher, Aussersihl. Über die inventiven Kräfte der neuen Weltgesellschaft. Zürich 1985.
- Monod, Michel. Subkulturelle Opposition in der Stadt Zürich 1980-1994. Zürich 1995.
- Konzeptbüro/ AG Chronologie (Hrsg.). Militante Politik in der Schweiz. Eine unvollständige Chronologie aus den Jahren 1970-97. Zürich 1997.
- Fichen des *Verein Pro Karthago*

CHRONOLOGIE DES WIDERSTANDS GEGEN DEN ABRISS DER HÄUSER IM DREIECK

1950-1980

Die Stadt Zürich kauft alle Liegenschaften im *Dreieck* Zweier-, Anker-, Gartenhofstrasse um Raum für vierspurige Expressstrassen entlang der Zweier- und Ankerstrasse zu schaffen.

ab 1980

Da die Strassenprojekte gescheitert sind, lässt die Stadt die dreizehn Häuser verlottern.

Januar 1986

Der Gemeinderat überweist eine *FDP*-Motion, mit welcher der Stadtrat verpflichtet wird, das Areal einer Baugenossenschaft im Baurecht abzugeben.

Oktober 1986

Über die Tagespresse wird bekannt, dass das *Bauamt II* einen Projektwettbewerb für ein Sanierungsprojekt im *Dreieck* ausschreibt. Ziel sei eine 'Wiederbelebung' des Gebietes durch Ergänzung renovierter Altbauten mit Neubauten. An einer Pressekonferenz kündigen die BewohnerInnen ihren Widerstand an.

Februar 1987

Die am Wettbewerb teilnehmenden ArchitektInnen werden an einer Besichtigung der Häuser von den BewohnerInnen mittels Abschränkungen gehindert.

März 1987

Die BewohnerInnen lassen durch einen Architekten ein Gutachten der Bausubstanz erstellen. Der Bericht kommt zum Schluss, dass alle Häuser in renovationsbedürftigem aber nicht abbruchreifem Zustand sind.

1.5.1987

Das Haus an der Zweierstrasse 50 wird von BewohnerInnen des *Dreiecks* besetzt.

4.5.1987

Die Zweierstrasse 50 wird polizeilich geräumt und gleich darauf abgerissen.

August 1987

Das *Komitee 1. August* entwendet 24 Architekturmodelle, die zur Jurierung ausgestellt waren, und verlangt in einem Communiqué das *Dreieck* in Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen zu renovieren. Die 'beschlagnahmten' Modelle werden rekonstruiert.

September 1987

Das Preisgericht wählt aus den 64 Eingaben das Projekt des Architekturbüros Itten+Brechtbühl AG zum Sieger. Das Areal soll nun der *Genossenschaft Bahoge* der *Gewerkschaft Bau und Holz* im Baurecht übergeben werden.

Februar 1988

Eröffnung eines Quartierbüros an der Zweierstrasse 48, in dem vor allem eine Infrastruktur für den Informationsaustausch und Kontaktmöglichkeiten unter den BewohnerInnen geschaffen werden soll.

29.3.1988

Gründung des *Vereins Dreieck* mit dem Ziel den Widerstand gegen das städtische Projekt breiter abzustützen und sich auch in der allgemeinen Wohnpolitik zu engagieren.

April 1988

Alle GenossenschaftlerInnen der *Bahoge* werden durch einen Brief und die Zeitung 'Das Dreieck' schriftlich aufgefordert sich gegen das Projekt im *Dreieck* einzusetzen.

Herbst 1988

Die BewohnerInnen erstellen mit Unterstützung einiger ArchitektInnen ein eigenes Projekt.

1.3.1989

Der Stadtrat genehmigt das Vorprojekt für die Überbauung des *Dreiecks* (6 Liegenschaften bleiben erhalten, 5 würden durch Neubauten ersetzt).

28.4.1989

Die BewohnerInnen legen ein eigenes Sanierungsprojekt vor, das sich auf die vorhandene Bausubstanz abstützt und eine schonende Sanierung und Mitbestimmung der Bewohnerschaft vorsieht.

Sommer 1989

Mit einer professionellen Sekretariatsstelle lobbyiert der *Verein Dreieck* für das Renovationsprojekt, das von Fachverbänden und einer Reihe öffentlicher Personen unterstützt wird.

September 1989

Die *Bahoge* zieht sich vom Projekt zurück.

2.1.1990

Podiumsveranstaltung zur Sanierung mit der Vorsteherin des *Hochbaudepartements* Ursula Koch (SP).

7.9.1990

In einem Leserbrief in der *WoZ* schreibt Ursula Koch, dass «eine werterhaltende Renovation solange vertretbar sei, als die Kosten dafür nicht über diejenigen von Neubauten steigen.» Der Gemeinderat beschliesst einen Kredit von 100'000 Franken zur Weiterbearbeitung des Renovationsprojektes, damit dieses dem offiziellen Projekt vergleichbar wird.

Januar 1991

Das überarbeitete Projekt der BewohnerInnen und der *Architekturgemeinschaft Dreieck* liegt vor. Es sieht neben dem Ersatz der bereits abgebrochenen Zweierstrasse 50 einen weiteren Neubau vor.

März 1992

Im Vorfeld des *Dreiecks*-Entscheidunges wirbt der Bewohnerverein mit verschiedenen Aktionen auf dem Helvetiaplatz für sein Projekt.

9.4.1992

An einer Presseorientierung gibt der Stadtrat den Entschluss bekannt sich für den Neubau zu entscheiden. Der Neubau komme zwar teurer (19 statt 9,5 Millionen Franken), dafür sei die Ausnutzung (5500 statt 3500 Quadratmeter) besser. Der Stadtrat schlägt dem Gemeinderat das Neubauprojekt vor.

April 1993

Ursula Koch gibt an der letzten Sitzung der gemeinderätlichen Kommission den Rückzug des stadträtlichen Neubauprojekts bekannt, nachdem sich eine Mehrheit für eine Sanierungsvariante ausgesprochen hatte.

Juli 1993

Rolf Schelling reicht eine Einzelinitiative ein, die einen Kredit von 16,5 Millionen Franken für eine sanfte Renovation fordert.

1993

Der *Verein Dreieck* versucht eine geeignete Trägerschaft für die Renovation zu finden. Nachdem verschiedene Genossenschaften abgelehnt haben, interessiert sich die *Stiftung zur Förderung des Bauens von billigen Wohnungen ohne öffentliche Beiträge (SBW)* für eine Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen und die Übernahme des *Dreiecks* im Baurecht.

Sommer 1994

Zwischen Stadt, *SBW* und *Verein Dreieck* wird ein Baurechtsvertrag ausgehandelt, der nach einer Übergangszeit von rund drei Jahren die Ablösung der *SBW* durch eine Bewohnergenossenschaft vorsieht.

Dezember 1994

Der Baurechtsvertrag zwischen der *SBW* und der Stadt wird unterzeichnet.

April 1995

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Liegenschaften der Stiftung *SBW* im Baurecht zu übergeben.

Juli 1995

Der Gemeinderat stimmt dem Baurechtsvertrag zu.

September 1995

Der Baurechtsvertrag tritt in Kraft, der *Verein Dreieck* übernimmt die Verwaltung der Liegenschaft.

1996

Die BewohnerInnen gründen die *Genossenschaft Dreieck*, welche die Liegenschaften im Januar 1998 im Baurecht übernimmt..

1997-2003

Die Häuser im *Dreieck* werden sanft saniert und mit zwei Neubauten ergänzt.

Quellen:

- Diverse Zeitungsartikel (TA, Volksrecht, Tagblatt, WoZ)
- Das Dreieck. Zeitung gegen die Zerstörung des Dreiecks Anker-/Zweier-/Gartenhofstrasse und Umgebung. Nr. 1-5. Zürich 1988-91.
- Genossenschaft Dreieck (Hrsg.). Das Dreieck 1997- 2057. Erneuerung eines städtischen Lebensraums in Zürich Aussersihl. Zürich 1997.

CHRONOLOGIE DES WIDERSTANDS GEGEN DEN ABRISS DER HELLMI-HÄUSER:

1967

Die *PTT* erwirbt die Wohnhäuser Hellmutstrasse 5, 7, 9 und 15 sowie die dazugehörigen Werkstätten Hohlstrasse 82 und 86. Auf dem Areal plant sie ein neues Fernmeldezentrum.

12.10.1970

Die Generaldirektion der *PTT* gelangt mit einem privaten Kaufangebot an die privaten Grundeigentümer der elf angrenzenden Parzellen.

30.12.1970

Der Bundesrat bewilligt die Enteignung der elf Grundstücke, da die Verhandlungen scheiterten.

Juni 1971

Diverse GrundeigentümerInnen erheben Einsprache gegen die Enteignung.

4.8.1971

Über einen Artikel im Tages-Anzeiger erfährt erstmals eine breite Öffentlichkeit über das *PTT*-Projekt.

14.8.1971

Die betroffenen MieterInnen schliessen sich im *Mieterverein Hellmut-Hohl-Feld-Brauerstrasse* zusammen.

17.11.1971

Eine Motion im Gemeinderat, welche die Stadt auffordert das Areal von der *PTT* zu erwerben, wird deutlich angenommen.

November/Dezember 1971

Ämtliche Ausschreibung des Millionen-Projekts.

Januar 1972

Der Regierungsrat stellt in Aussicht, dass der Kanton die Ausnahmebewilligung für das Baugesuch erteilen werde.

13.1.1972

Über 500 Personen besuchen eine von der *SP* und dem *Mieterverein Hellmut-Hohl-Feld-Brauerstrasse* organisierte Protestversammlung.

4.2.1972

Eine von mehr als 7000 Personen unterzeichnete Petition mit der Forderung den Bau auf ein Areal ohne Wohnungen zu verlegen wird dem Bundesrat überreicht.

24.2.1972

Eine Motion im Nationalrat fordert den Bundesrat auf mit der Stadt Zürich Verhandlungen für einen Gebietsabtausch vorzunehmen.

19.6.1972

Die Stadt Zürich übernimmt das Areal von der *PTT* im Landabtausch. Das Fernmeldezentrum wird in der Industriezone Herden gebaut. Die vernachlässigten Wohnungen dienen in der Folge dem *Notwohnungsamt* und verlottern weiter.

1978

Ein von der Stadt in Auftrag gegebener Projektierungsauftrag für eine Neuüberbauung durch die Architekturfirma von Theo Hotz stösst auf ein schwaches Interesse; die Behörden müssen nach anderen Lösungen suchen.

1979

Die Stadt beginnt mit der Leerung der Häuser.

10.11.1979

Der von der Aktionsgruppe *Luft & Lärm* gegründete *Mieterverein Hellmutstrasse* nimmt sieben der leer stehenden Wohnungen unter Kontrolle. Die Bevölkerung und der Stadtrat erhalten die Möglichkeit die zum Teil zerstörten Wohnungen zu besichtigen. An einer Presskonferenz fordert *Luft & Lärm* die Wiederbelebung der Häuser. Die neuen BewohnerInnen sollen für die Wiederinstandsetzung selber aufkommen.

30.11.1979

Nach zwei Wochen Verhandlungen erhält der *Mieterverein Hellmutstrasse* einen befristeten Gebrauchsleihvertrag bis zum 31.3.1981. Die Verträge werden nach dem Ablauf der Frist mehrmals verlängert. Frei werdende Wohnungen werden von Leuten der 80er- 'Bewegig', Punks und 'Alkis' übernommen.

Herbst 1981

Motion im Gemeinderat von Ruedi Steiger (*SP*) fordert einen Gestaltungsplan Hellmutstrasse, einen fünfjährigen Baustopp und eine Pause für die vertiefte Planungsphase, das Ziel ist eine quartiergerechte Lösung.

31.3.1982

Die Stadt verlängert die Verträge nur unter der Bedingung, dass die BewohnerInnen die so genannte Müller-Klausel unterschreiben, wonach ExponentInnen der Bewegung ausziehen müssen (das fiktive Ehepaar Müller ist in der Sendung 'Telebühne' des Schweizer Fernsehen als RepräsentantInnen der 'Bewegig' aufgetreten und hat die Rolle von Kleinbürgern gespielt). Die BewohnerInnen akzeptieren die Müller-Klausel anfänglich nicht und sammeln mittels einer Petition 2000 Unterschriften gegen den Ausschluss. Die Stadt bleibt aber hart; am Ende akzeptieren die BewohnerInnen die Klausel, da ansonsten geräumt worden wäre.

29.4.1982

An einer Pressekonferenz präsentiert der *Mietervereins Hellmutstrasse* ein Projekt zur Erhaltung der bestehenden Bausubstanz. Die Baulücken gegen die Hellmutstrasse und Hohlstrasse sollen mit Neubauten geschlossen werden. Das Projekt wird von der Stadt jedoch nicht weiter verfolgt.

1983

Die gemeinderätliche Kommission einigt sich auf den Erhalt der Wohnhäuser und den Abbruch der Gewerbebauten. Das Areal soll im Baurecht an eine Genossenschaft abgegeben werden.

29.8.1983

Die Kommission reicht ihre Ergebnisse als Postulat ein.

26.10.1983

Das Kommissionspostulat wird im Gemeinderat angenommen.

Januar 1984

Beginn der Verhandlungen der zwischen den AltbaubewohnerInnen, dem *Verein Hellmut 2000* und der *Wogeno*. Die Gespräche erweisen sich als schwierig, drei Brennpunkte bestimmen die Auseinandersetzungen: Das kleine Haus an der Hohlstrasse 86, das dem Neubau im Wege steht, die Baulücke zwischen den Altbauten und die Höhe des Neubaus. Eine Minderheit der AltbaubewohnerInnen wehrt sich generell gegen einen Neubau.

Mai 1984

An einem zweitägigen Seminar in Bachs zwischen den drei Verhandlungsparteien werden fünf konkrete Projekte erarbeitet. Jenes der Architekten Beat Jordi und Walter Ramseier wird für die Baueingabe konkretisiert.

5.7.1985

An einer Pressekonferenz fordert der *Verein Hellmutstrasse* die Stadt auf, die Liegenschaften Hellmutstrasse 4 und 8 auf der gegenüberliegenden Strassenseite zu kaufen, um ein Neubauprojekt zu verhindern.

30.3.1988

Die *Wogeno* erhält vom Gemeinderat das Baurecht für den Neubau und übernimmt die Verwaltung der Altliegenschaft. Die Gruppe *Luft & Lärm* wehrt sich gegen den Abrisse der Werkstätten und der Hohlstrasse 86 mit einem Rekurs beim Regierungsrat. Die zu den Wohnhäusern gehörenden Werkstätten seien schützenswerte Repräsentanten der frühen Industrialisierung.

25.4.1988

Rekurs gegen *Wogeno*-Neubau eines Bewohners.

Juli 1988

Der Rekurs zur Erhaltung der Liegenschaft Hohlstrasse 86 wird vom Regierungsrat abgelehnt.

8.3.1989

Beginn des Abbruchs der Hohlstrasse 86 und der dahinter stehenden Gewerberäume.

Juli 1991

Die erweiterte Wohnüberbauung ist einzugsbereit. Eine 4½-Zimmerwohnung im Neubau kostet rund 2300 Franken, dazu kommt eine Eigenkapitalbeteiligung von 34'000 Franken.

Quellen:

- Zeitungsartikel (TA, NZZ, Volksrecht, WoZ usw.)
- Fichen des *Vereins Hellmutstrasse*
- Flugblätter, interne Dokumente und Korrespondenz

STADT- UND WOHNPOLITISCHE ABSTIMMUNGEN (1968-2005):

22.9.68	Erstellung von Wohnungen für städtische Arbeiter im Würzegraben (Altstetten)	Stadt	82,1% Ja		unbestritten
8.12.68	Erstellung von Wohnungen für städt. Arbeiter Opfikerstrasse (Schwamendingen)	Stadt	81,9% Ja		unbestritten
27.9.70	Volksbegehren für das Recht auf Wohnung und Ausbau des Familienschutzes	CH	51,1% Nein	Stadt: 64,4% Ja	SP, CVP, PdA: Ja
15.11.70	Förderung des Baues von Eigentumswohnungen	Stadt	58,9% Nein		SP: Nein/ PdA: Frei
14.3.71	Verschiebung der Häuser Bärengasse 20 und 22 auf den Basteiplatz	Stadt	60,8% Ja		unbestritten
5.3.72	Volksbegehren zur Bildung eines Wohnbaufonds (Denner-Initiative)	CH	69% Nein		unbestritten
	Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel über Wohnungsbau	CH	62,8% Ja		unbestritten
	Ergänzung der Bundesverfassung über die Allgemeinverbindlichkeit von Mietverträgen	CH	85,4% Ja		unbestritten
24.9.72	Wohnüberbauung auf dem Hardauareal (101,5 Millionen Franken)	Stadt	82,2% Ja		unbestritten
20.5.73	Wohnbauaktion 1972	Stadt	77% Ja		unbestritten
23.9.73	Bewilligung eines Kredits für zusätzliche Förderung des Wohnungsbaus im Kanton Zürich (40 Millionen Franken)	Kanton	61,3% Ja	Stadt: 75% Ja	unbestritten
17.3.74	Erwerb von Liegenschaften im Quartier Affoltern gegen Abtretung der Liegenschaft Riefhofstrasse 357 (Höngg)	Stadt	57,2% Nein		SP: Nein/ PdA: Ja
	PdA-Initiative für eine Standesinitiative zur Wiedereinführung des Mieterschutzes	Kanton	58,6% Ja		SP, PdA: Ja
30.6.74	SP-Initiative für ein Gesetz zur Erhaltung von Wohnraum WEG	Kanton	50,9% Nein	Stadt: 61% Ja	SP, PdA, LdU: Ja
	Gegenvorschlag des Kantonrates	Kanton	63,3% Ja	Stadt: 57,7% Ja	SP, PdA, LdU: Nein
7.9.75	Planungs- und Baugesetz PBG	Kanton	56,8% Ja		POCH: Nein/ alle andern: Ja
21.3.76	Erwerb der Liegenschaften Sonnenhof und Baumwollhof	Stadt	50,7% Ja		nur dU, NA Nein, (viele Freigabe)

26.9.76	Erwerb der Restaurantliegenschaft Uto Kulm gegen Abtausch von Altstadtliegenschaften	Stadt	74,7% Nein		SP, POCH, PdA: Nein
13.6.76	Erweiterung der Kompetenzen des Stadtrats im Bezug auf Liegenschaftenkäufe Bundesgesetz über die Raumplanung	Stadt CH	51,4% Ja 51,1% Nein	Stadt: 68,6% Ja	SVP, NA: Nein/ alle andern: Ja alle Parteien: Ja/ einzelne Kantonsparteien und Hauseigentümergeverband: Nein SVP, NA: Nein/ alle andern Ja
5.12.76	SP-Initiative für eine städtische Wohnüberbauung auf dem Tramdepotareal (ZH 8)	Stadt	57,8% Ja		SVP, NA: Nein/ alle andern Ja
13.3.77	LdU-Initiative für Wohnungsbau auf dem Kanzleiareal	Stadt	68,2% Nein		SP: Nein
12.6.77	Volksinitiative für neuen Wohnraum im Kreis 3 Gegenvorschlag des Gemeinderats	Stadt Stadt	58% Nein 53% Nein		SP: Ja SP: Nein
25.9.77	Volksinitiative für einen wirksamen Mieterschutz Gegenentwurf für einen wirksamen Mieterschutz	CH CH	56,7% Nein 54,9% Nein	Stadt: 56,9% Ja Stadt: 60,4% Nein	SP, PdA: Ja SP, PdA: Nein
4.12.77	Änderung der Gemeindeordnung. Anpassung an kant. Planungs- und Baugesetz	Stadt	83,7% Ja		unbestritten
22.1.78	Sanierung der Wohnkolonie Limmatstrasse	Stadt	82% Ja		unbestritten
2.4.78	Volksinitiative für verbesserten Rechtsschutz in Mietstreitigkeiten	Kanton	54,3% Ja	Stadt: 64,2% Ja	SP: Ja
18.2.79	Bau der Wohnsiedlung an der Grossackerstrasse (Leimbach)	Stadt	59,7% Ja		POCH: Nein/ SP: -/ Bürgerliche: Ja
30.11.80	Gesetz über die Vermittlung von Wohn- und Geschäftsräumen	Kanton	76,8% Ja		unbestritten
28.9.80	Sanierung der städtischen Wohnsiedlung Rebhügel, Wiedikon	Stadt	72,6% Ja		unbestritten (POCH: nein)
27.9.81	Wohnbauaktion 1980	Stadt	84,0% Ja		unbestritten
7.3.82	Behördenreferendum der SP gegen Umbau der Bürgerstube (Fortunagasse 4/Schimpfe 39) zugunsten Alters- und Familienwohnungen	Stadt	64,5% Ja		SP: Nein
6.6.82	Einzelinitiative Ginsburg	Stadt	56,9% Nein		SP: Ja

26.9.82	Bauliche Sanierung der Wohnsiedlung Riedtli Einzellinitiative des Riedtli-Vereins über werterhaltende Renovation FDP-Initiative zur Förderung von Haus- und Wohnungseigentum SP-Initiative zu einem Gesetz zum Schutz von preis- und mietzinsgünstigem Wohnraum (Wohnschutz-Initiative)	Stadt	57 % Ja	SP: Nein
		Stadt	57,8% Ja	SP: Ja
		Kanton	53% Nein	SP: Nein
		Kanton	51,7% Nein	Stadt: 58,5% Ja SP: Ja
28.11.82	Verabschiedung des regionalen Gesamtplans für Zürich A. Beschluss des Gemeinderats B. Antrag des Stadtrates	Stadt	52,8% Nein	SP: Ja
		Stadt	53,2% Nein	SP: Nein
27.2.83	Baurecht für die Erstellung einer genossenschaftlichen Wohnsiedlung an der Geeringstrasse im Rütihof Landabtretung im Baurecht für gemeinnützigen Wohnungsbau zwischen Altstetter-, Hohl-, Herligstrasse und Lommisweg	Stadt	54,3% Ja	SP: Nein
		Stadt	77,9% Ja	unbestritten
4.12.83	Reg. Gesamtplan der Stadt Zürich, Verabschiedung zuhanden des Regierungsrat	Stadt	51,6% Nein	SP: Nein
26.2.84	Sanierung Liegenschaft Mühlegasse 12/ Niederdorfstrasse 32 Volksinitiative für den Erlass eines Gestaltungsplan oder einer Kernzone im Gebiet der Schmiede Wiedikon	Stadt	59,4% Nein	SP: Nein
		Stadt	55,9% Nein	SP: Ja
20.5.84	Vierte Unterstellung der Stadt Zürich unter das WEG Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht, Planungs- und Baugesetz PBG	Stadt	86,3% Ja	unbestritten
		Kanton	59,3% Ja	SP: Nein
23.9.84	Einzelinitiative von Martin Peter über die Festlegung eines Gebietes, das den Hochhausbau ausschliesst	Stadt	54,7% Ja	SP: Ja
10.3.85	Volksinitiative zum Erwerb von Liegenschaften im Augustinerquartier	Stadt	69,4% Nein	SP: Ja
9.6.85	Behördenreferendum Pro Patumbah für eine Freihaltezone der Parkanlage Patumbah SP-Initiative betreffend Bewilligung eines Kredits für die Errichtung einer Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum (50 Millionen Franken)	Stadt	60,3% Ja	SP: Ja
		Stadt	51,1% Ja	SP: Ja

22.9.85	Volksinitiative für den Erlass eines Gestaltungsplanes im Gebiet des Hauptbahnhofes	Stadt	70,7% Nein		SP, POCH: Ja
8.6.86	Einzelinitiative von Meter Macher betreffend die fünfte Unterstellung der Stadt Zürich unter das WEG	Stadt	53,4% Ja		SP: Ja
28.9.86	Baurecht für Erstellung gemeinnützigen Wohnraums an der Rütistrasse (Höngg)	Stadt	53,4% Ja		unbestritten
	Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht, Planungs- und Baugesetz PBG (Änderung)	Kanton	52,9% Ja		SP: Ja
7.12.86	Mieterschutz (Gegenvorschlag der Bundesversammlung)	CH	64,4% Ja		unbestritten
25.9.88	Privater Gestaltungsplan für Gleisüberbauung HB Südwest	Stadt	50,7% Ja		SP, POCH, Grüne: Nein
4.12.88	Stadt-Land-Initiative	CH	69,2% Nein		SP: Ja
24.9.89	Gesetz über die Förderung des Wohnbaus und des Wohneigentums	Kanton	83,3% Ja		unbestritten
1.4.90	Rahmenkredit von 100 Mio. Fr für eine aktive städtische Liegenschaftenpolitik	Stadt	50,3% Ja		SP: Ja
	Therapeutische Wohngruppen für Jugendliche und junge Erwachsene	Stadt	74,2% Ja		unbestritten
10.6.90	Wohnbauaktion 1990	Stadt	77,8% Ja		unbestritten
17.5.92	Erlass einer neuen Bau- und Zonenordnung (BZO)	Stadt	52,7% Ja		SP: Ja
27.9.92	Volksinitiative des Mieterverband Steuerentlastungen für Mieterinnen und Mieter (Mietzinsabzug)	Kanton	50,4% Nein	Stadt: 65% Ja	SP: Ja
6.6.93	Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich betreffend Ergänzung des Gesetzes über die Erhaltung von Wohnungen für Familien (WEG)	Kanton	57,2% Nein	Stadt: 50,5% Ja	SP: Ja
20.2.94	Volksinitiative des Mieterverband zum Schutz von ungerechtfertigten Mietzins-erhöhungen bei Mieterwechsel	Kanton	52,8% Ja		SP: Ja
12.6.94	Baurechtsvertrag mit der Genossenschaft Karthago für eine Wohnüberbauung an der Friedhofstrasse (Altstetten)	Stadt	50,2% Nein		SP: Ja

9.6.96	A. Wohnbauaktion (10 Millionen Franken) B. Wohnbauaktion (20 Millionen Franken)	Stadt 64,2% Ja Stadt 51,2% Nein	SP, Grüne, AL: Nein SP, Grüne, AL: Ja
1.12.96	Einzelinitiative von Peter Macher zur Unterstellung der Stadt unter das Wohnerhaltungsgesetz	Stadt 62,5% Ja	SP, Grüne, AL: Ja
28.9.97	Verkleinerung der Baurekurskommission (PBG)	Kanton 85,4% Ja	unbestritten
27.9.98	Gesetz über die Erhaltung von Wohnungen für Familien (Aufhebung) Wohnschutz-Initiative (Mieterverband)	Kanton 67,5% Ja Kanton 66,4% Nein	Stadt: 59,2 % Ja Stadt: 52,2% Nein SP, Grüne: Ja SP, Grüne: Nein
29.11.98	Privater Gestaltungsplan Kreuzplatz	Stadt 51,9% Nein	SP, Grüne, AL: Nein
7.2.99	Wohneigentum für alle Bundesgesetz über Raumplanung	CH 58,7% Ja CH 55,9% Ja	Stadt: 51,1% Nein SP: Nein/ Bürgerliche gespalten SP, Grüne: Nein
23.9.01	Volksinitiative Rettet den Kreuzplatz	Stadt 66,5% Nein	Grüne, AL: Ja/ alle anderen: Nein
9.2.03	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Formularpflicht)	Kanton 56,5% Ja	SP, Grüne: Nein
18.5.03	Ja zu fairen Mieten	CH 67,2% Nein	SP, Grüne: Ja
7.9.03	Privater Gestaltungsplan Stadion Zürich mit Umweltverträglichkeitsprüfung Bewilligung von 47,2 Millionen Franken für die Beteiligung an der Stadion Zürich AG bzw. für die Erstellung der Infrastruktur des Fussballstadions.	Stadt 63,3% Nein Stadt 59,2% Nein	Grüne, AL: Nein/ alle anderen Ja Grüne, AL: Nein/ alle anderen Ja
30.11.03	Volksinitiative Schluss mit der amtlichen Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer (Abschaffung Handänderungssteuer)	Kanton 52,1% Ja	Stadt: 55,6% Nein SP, Grüne: Nein
8.2.04	Mietrechtsrevision	CH 64% Nein	SP, Grüne: Nein
27.11.05	Verlängerung der Baurechtsverträge über zwei Wohnhochhäuser mit Nebengebäuden am Letziggraben bzw. an der Badenerstrasse (Referendum AL/MV)	Stadt 69% Ja	SP: Ja/ Grüne, AL: nein

UNVOLLSTÄNDIGE ZUSAMMENSTELLUNG STADT- UND WOHNPOLITISCHER GRUPPIERUNGEN (1968-2005):

AKTION HECHTPLATZ

[1977- ca.1983]

Zweck: Einfluss auf Quartiervorgänge im Oberdorfquartier.

Wiederbelegung des Hechtplatzes mit Gartenwirtschaft.

Publikation: Dokumentation Hechtplatzaktion, Zürich 1977.

Aktivitäten: Quartiersversammlung, Feste, Baumpflanzaktion usw.

Bilanz: Grösstenteils positiv: Erhaltung *Konsum* an der Oberdorfstrasse, Strassenabschnitt mit temporärem Fahrverbot. Eine Niederlage war die Totalrenovation (Aushöhlung) des Restaurants Raben.

AKTION WOHNLICHES ZÜRICH

[1981-1982]

Zweck: Zusammenschluss von diversen Anwohner- und Mietervereinen zur Planung gemeinsamer Aktionen.

Aktivitäten: Organisation eines Wohnungsnot-Markts im Juni 1981 zum Austausch von Erfahrungen von verschiedenen Bürgerinitiativen. Eine von 5794 Personen unterschriebene Petition für einen sofortigen Abbruchstopp wurde im September 1981 dem *Hochbauamt* übergeben.

Bilanz: Die Petition blieb erfolglos.

AMÖBEL

[1981-1983]

Zweck: Gruppe (aus dem Umfeld der 80er-‘Bewegig’) kämpfte gegen die Wohnungsnot und suchte gemeinsam eine Liegenschaft.

Publikation: Verlag Amöbel. Dokumentation. Zürich 1982.

Aktivitäten: Strassenaktionen. Kontaktaufnahme mit den offiziellen Ämtern (insbesondere der *Liegenschaftsverwaltung*). Da sich daraus wenig ergab, besetzte *Amöbel* die Rotwandstrasse 52.

Bilanz: Es sind keine Erfolge erzielt worden.

ANWOHNERGRUPPE KÖCHLISTRASSE

[1979-1983]

Zweck: Errichtung einer Wohnstrasse, Schutz preiswerter Wohnungen und die Interessenvertretung der AnwohnerInnen.

Publikation: Köchli-Ziitig. Nullnummer. Zürich 1980.

Aktivitäten: Umfrage unter allen BewohnerInnen, Petition für die Errichtung einer Wohnstrasse, Informationsveranstaltung, Feste.

Bilanz: Das Wohnstrassenprojekt wurde 1983 erfolgreich ausgeführt.

ANWOHNERINNEN-GRUPPEGRÜNE OASE

[1987-1992]

Zweck: Erhalt des Gartens und Hauses Weinbergstrasse 71, wo die *Noldin Immobilien AG* ein viergeschossiges Geschäfts- und Wohnhaus plante.

Publikation: Informationsbulletin Grüne Oase. Nr. 1-3. Zürich 1987-1989.

Aktivitäten: Eine von 1683 Personen unterzeichnete Petition für die Erhaltung des Gartens mit seinen bis zu hundertjährigen Bäumen wurde am 28.10.1987 dem Stadtrat übergeben. Robert Neukomm reichte eine Motion zur Rückverlegung der Baulinien ein. Diverse Rekurse.

Bilanz: Nach langem hin und her bewilligte die Stadt den vorzeitigen Abbruch, der Mitte 1992 erfolgte.

ANWOHNERVEREIN PRO AUGUSTINERQUARTIER

[1983-1985]

Zweck: Verhinderung des Abrisses und Luxussanierung der alten Häuser Ecke Rennweg/Augustinergasse. Die Eigentümerin

Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) plante einen Abriss, bei einem Teil der Häuser unter Belassung der alten Fassaden (vgl. III.C.3b).

Aktivitäten: Juristischer Widerstand, Besichtigung der Häuser durch QuartierbewohnerInnen.

Bilanz: Die *SBG* konnte zu Zugeständnissen gebracht werden.

ANWOHNERVEREIN WESTSTRASSE

[1972-heute]

Zweck: Wahrung der Interessen der von den Verkehrsimmissionen der Weststrasse betroffenen Personen. Eher kirchlich und bürgerlich orientiert.

Aktivitäten: Informationsveranstaltungen. Verhandlungen mit dem Stadtrat. Forderung der Reinigung der Strasse und regelmässiger Kehrichtabfuhr.

Bilanz: Nachfahrverbot in der Weststrasse. Der Verein hat 2004 immer noch rund 150 Mitglieder und wird erst nach der Entlastung der Weststrasse Ende 2008 aufgelöst.

ARBEITSGEMEINSCHAFT UMWELT AN DEN ZÜRCHER HOCHSCHULEN (AGU)

[1970-Ende der 70er Jahre]

Zweck: Erarbeitung wissenschaftlicher Unterlagen zu konkreten Umweltproblemen und Konfrontation der Schlussfolgerungen mit der politischen Realität. Aufzeichnen von Alternativen. In Zürich ging es der *AGU* vor allem darum den Verkehr einzudämmen, was sie mit einer Stärkung der Autonomie der Quartiere und Gemeinden zu verwirklichen versuchte.

Publikation: Umdenken, Umschwenken. Alternativen, Wegweiser aus den Zwängen der grosstechnologischen Zivilisation. Zürich 1975.

Aktivitäten: Organisation zweier interdisziplinärer Seminare über Ökologie und Umweltfragen. Eine Ausstellung 'Umdenken, Umschwenken' an der *ETH* Zürich, welche später in anderen Städten in der Schweiz und Deutschland gezeigt wurde, präsentierte Alternativen zum damaligen Technologieverständnis. Petition gegen *Ypsilon* mit über 45'000 Unterschriften (1971) und kantonale Volksinitiative *Für direkte Demokratie im Strassenbau*.

Bilanz: Die Initiative *Für direkte Demokratie im Strassenbau* wurde gegen die Bürgerlichen erfolgreich gewonnen, das *Ypsilon* zum Teil verhindert. Ende der 70er Jahre fand in der Umweltbewegung eine starke Spezialisierung statt; bei einigen dieser neu entstandenen Gruppierungen wie beispielsweise dem *VCS* übten Leute der *AGU* einen starken Einfluss aus.

ARBEITSGRUPPE KREIS 5 VOR 12

[1974-1987]

Zweck: Widerstand gegen die Expansion der City. Förderung und Verbesserung der Wohn- und Arbeitssituation im Kreis 5.

Publikation: Kreis 5-Anzeiger. Zürich 1976-1987.

Aktivitäten: Führungen, Einsprachen gegen den kantonalen *Richtplan*, Rötgenplatzfest und eine Petition 'Woni wone wotti läbe', die eine Alternative zum offiziellen städtischen Verkehrskonzept für den Kreis 5 darstellte.

Bilanz: Verkehrsberuhigung des Röntgenplatzes.

ARBEITSGRUPPE ÖKOLOGIE UND POLITIK (AGÖP)

[?-1984]

Zweck: Die Gruppe wechselte ihre Zielsetzung mehrfach, beschäftigte sich nach 1980 vorwiegend mit dem Thema Wohnen.

Publikation: Hundert Jahre Wohnungsnot. Ein Handbuch für Mieter - mit Hintergründen und praktischen Tipps. Zürich 1983.

Aktivitäten: *AGÖP* organisierte 1980 an der Uni ein Podiumsgespräch und führte einige Aktionen gegen die Wohnungsnot durch.

Bilanz: ?

AUZELG-VEREIN

[1972-1975]

Zweck: Avantgardegruppe zur Mobilisierung der Quartierbevölkerung – dominiert von der *KPS/ML*. Einrichtung von Mehrzweckräumen in der Siedlung *Auzelg* (Schwamendingen), Eindämmung des Durchgangsverkehrs und Widerstand gegen das *Ypsilon*.

Aktivitäten: Petition für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Quartier.

Bilanz: Abgesehen davon, dass man einen Bastelraum von der Stadt zugesprochen hielt, sind keine Erfolge erzielt worden.

BEWOHNERVEREIN VENEDIGSTRASSE

[1971]

Zweck: Der Zusammenschluss von BewohnerInnen wehrte sich gegen den Abbruch der Häuser an der Venedigstrasse beim Tessinerplatz.

Aktivitäten: Pressekonferenz, Ausschöpfung der rechtlichen Mittel.

Bilanz: Es sind keine Erfolge erzielt worden.

EINWOHNERAKTION ALBISRIEDEN

[1977-2002]

Zweck: Förderung der Wohnqualität. Bekämpfung der Lärmbelastung, des Durchgangsverkehrs und Überbauung der letzten Grünflächen im Quartier.

Publikation: 25 Jahre Einwohneraktion Albisrieden 1977-2002. Ein historischer Rückblick. Zürich 2002.

Aktivitäten: Versammlungen, Zusammenarbeit mit den Behörden, Unterstützung diverser Petitionen und Initiativen.

Bilanz: Der Verein hatte zwischenzeitlich rund 400 Mitglieder. Durch die Vertretung in der offenen Planung Albisrieden bestand ein Mitspracherecht in Verkehrsfragen: Verhinderung einer Baulinie für die verlängerte Püntstrasse, Einfluss auf die *BZO*.

EINWOHNERAKTION SEEBACH

[1977-1980]

Zweck: Verhinderung des Vollanschlusses Seebach an die N 20 und der Folgebauten.

Aktivitäten: Petition gegen Vollanschluss mit 3700 Unterschriften in sieben Wochen, Demonstrationen, Orientierungsveranstaltungen, Feste.

Bilanz: Der Vollanschluss Seebach konnte nicht verhindert werden. Die Folgebauten aber sind bis heute nicht realisiert worden (Verlängerung der Glatttalstrasse ins Leutschenbachquartier, Ausbau einer durchgehenden Birchstrasse nach Oerlikon).

EINWOHNERVEREIN ALTSTADT LINKS DER LIMMAT

[1973-heute]

Zweck: Erhaltung und Pflege des Wohnumfeldes in der Altstadt links der Limmat (Kreis 1). Förderung des fehlenden Freiraums für Kinder.

Publikation: Züri 1. Zürich 1975-1982. Mitherausgeber des Altstadt Kuriers.

Aktivitäten: Organisation von Quartierfesten, Versammlungen und eines Kinderspielplatzfestes. Das Schwergewicht lag auf der parlamentarischen Ebene: so engagierte sich der Verein in verschiedenen Abstimmungskämpfen und arbeitete mit Parteien zusammen, welche die Interessen der AnwohnerInnen vertraten.

Bilanz: Abstimmungserfolge bei der *Hochhaus-Initiative*, erfolgreiches Referendum gegen das Tauschgeschäft Augustinergasse 30 und Widdergasse 8. Niederlage bei der Abstimmung über die Augustinergasse.

ELTERNVEREIN AUSSERSIHL

[1978-heute]

Zweck: Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen im Quartier.

Aktivitäten: Petitionen für Spielplatzgestaltung und -betreuung, Orientierungsversammlungen. Spielplatzfest. Widerstand gegen Missbrauch von Spielplätzen durch Dealer in der Hardau mittels eines Beobachtungsplans (eine Art Bürgerwehr). Die Funktion des Vereins änderte sich mehrfach. Seit der Schrumpfung der offenen Drogenszene konzentrierte sich der Verein auf den Kleinkinderbereich.

Bilanz: Mehrere bewilligte Spielplätze und Halbtagesstellen für Spielplatzbetreuung. Erfolgreiche Vertreibung von Drogendealern.

FRAUENLOBBY STÄDTEBAU

[1991-heute]

Zweck: Untersuchung und Sichtbarmachung wie Frauen aus dem städtischen Raum ausgeschlossen werden.

Publikation: Frau – Stadt – Angst – Raum. Zürich 1993.

Aktivitäten: Referate, Studien, Teilnahme an Aktionen z.B. an den Aktionswochen der *Innen-Stadt-AG Zürich*.

Bilanz: Öffentlichkeit in beschränktem Rahmen.

GRUPPE 6

[1976-?]

Zweck: Erhaltung und Förderung der Lebensqualität im Kreis 6.

Aktivitäten: Vorschlag für Erarbeitung eines Konzepts Rigiplatz, Stellungnahmen und Einsprachen zu Planungsvorhaben, die das Quartier tangierten.

Bilanz: Lancierung der offenen Planung des Rigiplatzes.

HB SÜDWEST SO NICHT!

[1984-1985]

Zweck: Verhinderung des *HB Südwest* zum Schutze der Kreise 4 und 5 vor der Cityerweiterung (vgl. Exkurs V).

Aktivitäten: Komitee für die kommunale Volksinitiative *HB Südwest so nicht*, welche den Erlass eines Gestaltungsplanes im Gebiet des Hauptbahnhofes forderte.

Bilanz: Erste Mobilisierung gegen *HB Südwest*. Die Abstimmung ging zwar klar verloren, der Baubeginn konnte aber verzögert und damit ein erster Sargnagel für das viel spätere Scheitern der Bahnhofsüberbauung (*Eurogate*) eingeschlagen werden.

IG HARDTURMQUARTIER

[2000-heute]

Zweck: Vernetzung im Quartier. Diskussion von Problemen, Entwicklung von Ideen um ein urbanes, attraktives und lebenswertes Quartier zu gestalten.

Publikation: <http://www.ighardturm.ch>

Aktivitäten: Petition gegen die Belastung der Hardturmstrasse durch den Privatverkehr. Diverse Vorstösse im Gemeinderat.

Abstimmungskampf und Rekurse gegen den Stadionneubau Hardturm.
Bilanz: Verkehrsberuhigung der Hardturmstrasse. Trotzdem nahm der Verkehr in Zürich West stark zu. Das Stadion konnte verzögert werden – ob es noch gebaut wird, ist 2005 noch ungewiss.

IG KREIS 5

[1987-heute]

Zweck: Erhalt und Förderung der Wohn- und Lebensqualität sowie von günstigem Wohn- und Geschäftsraum im Kreis 5. Bekämpfung des Citydrucks.

Publikation: Echo vom Sihlquai. Nullnummer. Zürich 1994.

<http://www.ig-kreis5.info>

Aktivitäten: Diverse Rekurse, Rundgänge Informationsveranstaltungen und Aktionen gegen den *HB Südwest*. Petition zur Erhaltung und Verbesserung der Lebenssituation im Kreis 5. Weitere Aktionen zur Verkehrsproblematik und Drogenprohibition.

Bilanz: Mitwirkung an der Verhinderung des *HB Südwests*. Rekurs gegen Abbruch des *Wohlgroths* (1988) verzögerte den Abbruch um drei Jahre und ermöglichte so die *Wohlgroth*-Besetzung.

IG VIADUKT

[2003-2004]

Zweck: Erhaltung und Förderung eines lebendigen und vielfältig genutzten Viaduktes.

Aktivitäten: Eine von 1700 Personen unterschriebene Petition an die *SBB* forderte den Rückzug der Kündigungen und eine nachhaltige Nutzung des Viadukts nach der Sanierung.

Bilanz: Die Anliegen der *IG Viadukt* finden zwar in der Presse und Öffentlichkeit ein grosses Echo, die Sanierung der *SBB* und die damit verbundene Vertreibung der meisten BetreiberInnen konnte jedoch nicht verhindert werden.

INNEN-STADT-AG ZÜRICH

[1997-1998]

Zweck: Agitation gegen die Aufwertung innerstädtischer Quartiere und gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung in öffentlichen Räumen.

Publikation: Beilage in der *WoZ*.

Aktivitäten: Überregionale Aktionswochen mit Rundgängen, Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen in verschiedenen Städten im deutschsprachigen Raum.

Bilanz: Das Bündnis aus politischen Basisgruppen, Kulturschaffenden und Leuten aus der kritischen Stadtforschung schaffte es zwar in einer überregionalen Debatte die in den 90er Jahren parallel in verschiedenen Städten vorangetriebenen sozialen Umstrukturierungen und Verdrängungsprozesse zu beschreiben und zu analysieren, konnte jedoch keinen effektiven politischen Widerstand dagegen mobilisieren. Mittlerweile ist die damalige Kritik an den bis weit ins linksliberale Milieu mitgetragenen Zero Tolerance-Strategien und neoliberalen Stadtentwicklungsdiskursen aber in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert worden.

INURA (INTERNATIONAL NETWORK FOR URBAN RESEARCH AND ACTION)

[1991-heute]

Zweck: Transdisziplinäre und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Vernetzung von StadtforscherInnen und StadtaktivistInnen. Initiiert von Mitgliedern der *SAU* hat sich ein Netzwerk entwickelt, das heute rund 200 Mitglieder auf allen fünf Kontinenten zählt.

Publikation: *Possible Urban Worlds. Urban Strategies at the Ende of the 20th Century*. Basel 1998. *Contested Metropolis – 6 Cities at the Beginning of the 20st Century*. 2004 Basel.

<http://www.inura.ch>

Aktivitäten: Jährliche Konferenzen, Informations-Bulletins, rege Internetkommunikation sowie Artikel in verschiedenen Sprachen und diversen Journals. Gegenwärtig funktionieren weltweit 15 *INURA* Büros als regionale Kontakt- und Informationsstellen.

Bilanz: *INURA Zürich* hat sich zu einem wertvollen Forum für politisch engagierte StadtforscherInnen und -aktivistInnen entwickelt, die sich sowohl global als auch lokal an ihren jeweiligen Orten einmischen.

KONZEPTGRUPPE STÄDTEBAU

[1987-1993]

Zweck: Die Gruppe wurde in erster Linie gegründet um sich von professioneller Seite in die Debatten zu *HB Südwest*, Wohnungsnot, Aufwertung und Gentrification einzumischen. Die Gruppe setzte sich aus ArchitektInnen, PlanerInnen, SoziologInnen, HistorikerInnen und GeografInnen zusammen.

Aktivitäten: Seminarreihe von September bis Dezember 1992 an der Hellmutstrasse zu Stadttheorien. Weitere Veranstaltungen zur *BZO-Revision* (1991), Stadtplanung auf Industriearealen und Stadtplanung in Genf. 1992 teilte sich die Gruppe in zwei Projekte: Die erste Gruppe organisierte regelmässig Treffen zu aktuellen professionellen Fragen im kleinen Rahmen, aus der zweiten Gruppe entstand *KraftWerk 1*. Die meisten Mitglieder führen den Diskurs mittlerweile im Rahmen von *INURA*.

Bilanz: Gruppe, die in wechselnder Besetzung immer wieder Projekte initiierte, die dannach unter anderem Namen weitergeführt wurden. Professioneller Austausch unter kritischen Stadtentwicklungsinteressierten. Was nicht gelang, war ein Label zu lancieren und vergleichbar der *ZAS* kontinuierlich eine Haltung zu vertreten. Die meisten der Mitglieder arbeiten heute immer noch an Stadtentwicklungsfragen und können auf das Beziehungsnetz der *Konzeptgruppe Städtebau* zurückgreifen.

KUR- UND VERKEHRSVEREIN WIPKINGEN

[1985-1987]

Zweck: Erschwerung der ungebetenen Durchreisen durch Wipkingen auf der *Westtangente*. Erhaltung des Quartiers als Wohn- und Naherholungsraum.

Publikation: Tangentenbrecher Nr. 1-3. Zürich 1985-1986.

Aktivitäten: Petition für eine Spurreduktion auf der *Westtangente*, welche von 5000 Personen unterschrieben wurde.

Bilanz: Das eigentliche Ziel wurde nicht erreicht, dafür gibt es eine erstaunlich Langzeitwirkungen der Bürgerinitiative. Die Forderung nach einer Reduktion der *Westtangente* auf zwei Spuren wurde vom *Quartierverein Wipkingen* und anderen Organisationen (*VCS*, *IG Westtangente*, *Grüne usw.*) übernommen und über Jahre immer wieder in die Diskussion über die *Westtangente* und die Verkehrsbelastung in Wipkingen eingebracht.

LUFT UND LÄRM

[1975-1986]

Zweck: Widerstand gegen die Abgas- und Lärmbelastung im Kreis 4, im speziellen durch den Verkehr über die Langstrasse. Später forderte die Gruppe, dass leer stehender Wohnraum im Quartier wieder genutzt werden kann (vgl. Anhang C).

Publikation: Veröffentlichung von diversen Texten in Zeitungen der 80er- 'Bewegig'.

Aktivitäten: Sperrungen der Unterführung Langstrasse.

Besetzungsaktion an der Hellmutstrasse.

Bilanz: Nachtfahrverbot in Teilen des Kreis 4, Autofreie Zonen an der Hohl-, Brauer- und Dienerstrasse. Die Liegenschaften an der Hellmutstrasse konnten jahrelang bewohnt werden. Mitte der 80er Jahre wurde in einem Kompromiss ein Teil der Häuser abgerissen, was zu einer Spaltung der BewohnerInnen führte.

MIETERAKTION EKKEHARD-HÄUSER

[1974-1978]

Zweck: Kampf gegen den Abbruch und die Kündigungen an der Ekkehardstrasse 17, 25 und 31, nachdem der neue Hausbesitzer *Schweizerische Graphische Gewerkschaft (SGG)* den BewohnerInnen mitteilte einen Neubau zu erstellen.

Publikation: Ekkehardstrasse 17, 25 und 31. Zürcher Mieter auf der Strasse? Zürich 1976.

Aktivitäten: Rechtliche Verfahren und Rekurse.

Bilanz: Auf dem rechtlichen Wege konnte der Abbruch der Liegenschaften verhindert werden. Unterdessen verkaufte die *SGG* aber die Häuser weiter, der Architekt Kurt Hättenschwiler baute die Wohnungen zu Luxuswohnungen um. Nach einer Mietererstreckung standen die BewohnerInnen im Sommer 1977 respektive Sommer 1978 auf der Strasse.

MIETERGRUPPE AKTIENHÄUSER

[1977-1979]

Zweck: Verhinderung des Abbruchs der *Aktienhäuser* an der Badenerstrasse 160-174.

Aktivitäten: Einladung an Gemeinderäte zur Besichtigung der Häuser. Ein Postulat im Gemeinderat, das den Kauf der Häuser durch die Stadt verlangte, wurde mit 64 zu 42 Stimmen abgelehnt, ein Rekurs gegen den Abbruch mittels dem *WEG* ebenfalls.

Bilanz: Die Häuser wurden 1979 abgebrochen.

MIETERKAMPFORGANISATION

[1971-?]

Zweck: Die *Mieterkampforganisation* unterstützte den Kampf der MieterInnen und setzte sich aus Leuten der *Basisgruppe Architektur*, der *Autonomen Republik Bunker* und verschiedenen Mietervereinen zusammen. Die *Mieterkampforganisation* sah sich als eine Art Dachverband für Mieterkämpfe.

Publikation: Mieterkampf. Nr. 1-2. Zürich 1971.

Aktivitäten: Unterstützung verschiedener Mietergruppen, Informationsveranstaltungen und Teach-Ins.

Bilanz: Die meisten Auseinandersetzungen gingen verloren, lediglich an der Hellmutstrasse konnte ein Erfolg erzielt werden.

MIETERKOMITEE ZÜRICH

[1975-?]

Zweck: Versuch von Avantgarde-Gruppen den Widerstand in den Quartieren einheitlich in der ganzen Stadt zu organisieren. Das *Mieterkomitee Zürich* ist nach eigenen Angaben eine parteienabhängige Vereinigung von EinwohnerInnen aus Zürich und Umgebung. Es setzte sich für günstige Mieten, für einen besseren Rechtsschutz der MieterInnen, für die Erhaltung der Wohnquartiere und gegen die Zerstörung der Quartiere durch den Verkehr ein.

Publikation: Mieterblatt. Nullnummer. Zürich 1975.

Aktivitäten: Das *Mieterkomitee* beabsichtigte den Erhalt von 24 Familienwohnungen an der Ecke Zentral-/Martastrasse und eine sanfte Renovation der städtischen Siedlung *Bullingerhof* (wo sich das *Mieterkomitee Bullingerhof* gründete). Zudem wurde die *Initiative über den Schutz gegen ungerechtfertigte Kündigungen* unterstützt.

Bilanz: Kleine Zustriche bei der Renovation des *Bullingerhofs*. Der Abriss an der Zentralstrasse konnte nicht verhindert werden (das *WEG* erwies sich nach Aussage des *Mieterkomitees* als 'Gummiparagraph').

MIETERKOMITEE AFFOLTERNSTRASSE

[1978-1979]

Zweck: Erneuerung der Siedlung *Oerlikon I* der *Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ)* unter Erhaltung der damaligen Bausubstanz sowie deren Umgebung (Hofraum und Gärten).

Publikation: Broschüre.

Aktivitäten: Tag der offenen Tür am 15.2.1978, Tonbildschau, verschiedene Feste usw.

Bilanz: Mietererstreckung. Der Abbruch konnte nicht verhindert werden; am 15.8.1979 mussten die BewohnerInnen die Liegenschaften verlassen.

MIETERVEREIN ALTE FELDEGGSTRASSE

[1971]

Zweck: Widerstand gegen Zweckentfremdung und Abbruch von Wohnhäusern, im Speziellen gegen den Abriss der Alten Feldeggstrasse 2-8 im Seefeld.

Aktivitäten: Brief an Stadtrat den Abbruch zu verhindern, da danach für mindestens drei Jahre nicht gebaut werden kann (*Abbruch- und Baustopp*). Auf die Kündigung des Besitzers auf den 1.7.1971 weigerten sich die BewohnerInnen auszuziehen, worauf *Hells Angels* Inventar zerstörten und auf die Strasse warfen. Kontakte zur *Mieterkampforganisation*.

Bilanz: Das Haus wurde noch vor dem *Abbruch- und Baustopp* abgerissen.

MIETERVEREIN BRAUER-/FELD-/HOHL- UND HELLMUTSTRASSE

[1971-1972]

Zweck: Kampf gegen das geplante *PTT*-Fernmeldezentrum mitten im Wohnquartier Aussersihl (vgl. Anhang C).

Aktivitäten: Pressemitteilungen, Kundgebungen und eine von über 7000 Personen unterzeichnete Petition. Kontakte zu parlamentarischen Kreisen (Interpellation im Gemeinderat, Motion im Nationalrat) und zur *Mieterkampforganisation*.

Bilanz: Die *PTT* baute ihre Zentrale in der Industriezone Herdern.

MIETERVEREIN BREMGARTENSTRASSE

[1971]

Zweck: Verhinderung des Abbruchs an der Ecke Bremgarten-/Zentralstrasse.

Aktivitäten: Mieterversammlung, offener Brief an den Hauseigentümer, Besuch des Büro von Stadträtin Lieberherr. Kontakte zur *Mieterkampforganisation*.

Bilanz: Der Abriss konnte nicht verhindert werden. Die MieterInnen bekamen aber von der Stadt *Notwohnungen*.

MIETERVEREIN HARD

[1972-1977]

Zweck: Avantgardegruppe zur Mobilisierung der Quartierbevölkerung – dominiert von der *KPS/ML*. Verhinderung der Zerstörung des Wohnquartiers Hard durch die Realisierung des *Ypsilon*.

Publikation: *Mieterkampf Hard*. Nr. 1-6. Zürich 1973-1977.

Aktivitäten: *Hardplatz-Initiative*.

Bilanz: Erfolgreiche Abstimmung, wobei der *Mieterverein Hard* wohl nur minimalen Einfluss auf das Resultat hatte.

MIETERVEREIN HELLMUTSTRASSE

[1982-Ende 80er Jahre]

Zweck: Erhalt und Renovation der Häuser an der Hellmutstrasse 5-15 (vgl. Anhang C).

Aktivitäten: Erstellung von Expertisen für eine sanfte Renovation aller *Hellmi*-Häuser. Organisation von Quartierfesten.

Bilanz: Die Projektvorschläge der Stadt wurden wegen mangelnder Ausnutzung abgelehnt, ein Totalabriss der *Hellmi*-Häuser konnte aber verhindert werden.

MIETERVEREIN HORNBACH

[1972-1975]

Zweck: Widerstand gegen die projektierte *Südfahrt* von Zürich (Verbindung N1/N3), den *Seetunnel*. Für den Bau des Tunnels hätten Wohnungen von mindestens 1200 MieterInnen abgebrochen werden müssen.

Publikation: Zeitung (Titel unbekannt).

Aktivitäten: Petition gegen *Seetunnel* mit 4700 Unterschriften (zusammen mit *Züri 8*).

Bilanz: Der *Seetunnel* konnte durch den grossen öffentlichen Druck und die enormen Kosten verhindert werden.

MIETERVEREIN TESSINERPLATZ

[1980-1982]

Zweck: Renovation der Häuser an der Lavater- und Gotthardstrasse (Tessinerplatz) anstatt des Abrisses.

Aktivitäten: Rekurse gegen den Abriss bis vors Bundesgericht. Mit einem Alternativprojekt zeigte der Verein auf, dass die Häuser renoviert und mit Neubauten ergänzt werden könnten. In den leer stehenden Räumlichkeiten richtete sich der Filmclub *Xenix* ein, die Fassaden wurden farbig bemalt.

Bilanz: Verzögerung des Abrisses um ein paar Jahre. Abbruch der Häuser im Dezember 1982. Das *Xenix* wird bis heute auf dem *Kanzleiareal* weiter geführt.

**MIETERVEREIN ÜBERLANDSTRASSE/
QUARTIERGRUPPE SCHWAMENDINGEN**

[1971-1984]

Zweck: Avantgardegruppe zur Mobilisierung der Quartierbevölkerung – gegründet von der *KPS/ML*. Die Verhinderung des *Ypsilons* sowie des Abbruchs von günstigen Wohnhäusern entlang der Westtangente und Abschaffung der *Notwohnungen*.

Publikation: Mieterkampf Schwamendingen/ Quartierkämpfer Schwamendingen. Nr. 1-29. Zürich 1972-1984.

Aktivitäten: Demonstrationen, Petition an den Gemeinderat und Hausbesetzungen.

Bilanz: ?

MIETERVEREIN WIESENSTRASSE

[1974-1979]

Zweck: Wahrung und Pflege der Interessen sämtlicher MieterInnen der Liegenschaften Wiesenstrasse 6-12 – zeitweise lebten in den vier Häusern bis zu 14 WGs und Kommunen.

Publikation: Mir sind Zürichmieter. Nr. 1-2. Zürich 1975. z.B.

Wiesenstrasse Nr. 6-12. Zürich 1974.

Aktivitäten: Kundgebungen und Rekurse. Der Initialfunke für die erste Hälfte der *Hegibach*-Besetzung ging von der Wiesenstrasse aus.

Bilanz: Haus wurde nach jahrelanger Auseinandersetzung abgerissen. Am 5.1.1979 mussten alle BewohnerInnen ihre Wohnungen verlassen.

QUARTIERGRUPPE WESTTANGENTE

[1974-1978]

Zweck: Avantgardegruppe zur Mobilisierung der Quartierbevölkerung – gegründet von der *RAZ*. Beschränkung der *Westtangente* auf zwei Spuren, Einschränkung des Lastwagenverkehrs sowie eine offizielle Bekanntgabe von Lärm- und Abgasmessungen.

Publikation: Die Westtangente. Nr. 1-23. Zürich 1974-1977.

Aktivitäten: Bei einer Kundgebung vor dem Rathaus wurde dem Stadtrat ein offener Brief mit den oben genannten Forderungen übergeben. Weiter organisierte die Quartiergruppe eine Versammlung mit Stadtrat Burkhardt, wobei sich zeigte, dass die Behörden nicht auf die Forderungen der Gruppe eingingen. Man beschloss daraufhin in

einer Vollversammlung ein Lastwagenverbot von 19.00 bis 7.00 zu verlangen, was der Stadtrat wiederum ablehnte. Es folgten weitere Standaktionen, eine Demonstration und ein Quartierfest.

Bilanz: Es sind keine Erfolge erzielt worden, andere Gruppen führten den Protest weiter.

QUARTIERKOMITEE HOTTINGEN/RIESBACH/ HIRSLANDEN

[1973-1975]

Zweck: Mobilisierung der Quartierbevölkerung und der Jugend mittels der *Hegibach*-Besetzung.

Publikation: Mitarbeit an der Quartierzeitung *Züri 8*.

Aktivitäten: *Hegibach*-Besetzung. Organisation von Demonstrationen für den Erhalt der Häuser.

Bilanz: Die Quartierbevölkerung konnte nicht mobilisiert werden, Jugendliche nur beschränkt.

RIEDTLIVEREIN

[1977-heute]

Zweck: Die Struktur der städtischen Siedlung *Riedtli* zu erhalten und den günstigen Mietzins zu garantieren (vgl. III.C.3a).

Publikation: Es hat noch allemal genützt. *Riedtli*-Siedlung: Städtische Mieter wehren sich. Zürich 1978.

Aktivitäten: Mieterversammlungen, Mieterumfrage zusammen mit dem *Institut für Hochbauforschung der ETH* (1977), Interpellation im Gemeinderat (1977), Einzelinitiative für eine werterhaltende Renovation, welche 1982 vom Stimmvolk angenommen wurde. Widerstand gegen eine erneute Renovation nach 2001.

Bilanz: Die Siedlung *Riedtli* konnte mehr oder weniger erhalten werden, der Druck für die Mitbestimmung der BewohnerInnen städtischer Siedlungen bei Renovationen konnte erhöht werden.

SSENER FOR APPLIED URBANISM (SAU)

[1982-1991]

Zweck: Das *SAU* wurde von vier Geographiestudenten mit der Absicht gegründet, die wissenschaftliche Analyse mit Aktionsformen zu verbinden.

Publikation: *Zürich ohne Grenzen*. Zürich 1986. *Theorien zur Stadtentwicklung Zürich* 1986. Dokumentation 1982-1991. Zürich 1991.

Aktivitäten: Das *SAU* setzte sich intensiv mit der Stadtentwicklung Zürichs auseinander. Mit dem ersten Projekt – einer eineinhalbstündigen Multimedia-Show ‘*The Zurich Connection – von Escher bis Wagner*’ (1982) – erreichte das *SAU* erstmals eine breite Öffentlichkeit ausserhalb der Hochschulen. Weitere Projekte, die vom *SAU* (mit)organisiert wurden, waren die Filmwochen *StadtFilmZüri* (1983), eine mit dem *VSU* und Theo Ginsburg organisierte interdisziplinäre Veranstaltungsreihe an der *ETH* (1984/85), die Konzeptwochen *Città Frontale* (1988) und *Capitales Fatales* (1990) in der *Roten Fabrik*.

Bilanz: Das *SAU* leistete für die stadt- und wohnpolitischen Bewegungen wichtige Analysearbeit. Insbesondere mit den Veranstaltungen in der *Roten Fabrik* konnte ein breites politisch interessiertes Publikum angesprochen werden, ebenso mit Artikeln in der *WoZ*, *FaZ* und *ZS*.

STADTPERSPEKTIVEN

[1992-heute]

Zweck: Stadtperspektiven entstand aus dem freien Seminar ‘*Stadttheorien*’, das gemeinsam vom *SAU* und der *Konzeptgruppe Städtebau* organisiert wurde (Winter 92/93) und richtete sich an Fachleute und interessierte Nichtfachleute, um Kenntnisse zu erarbeiten

in das Geschehen der Städte und Umgebung eingreifen zu können. Enge Verbindung zur *Konzeptgruppe Städtebau*.

Aktivitäten: Kraftwerksommer (1994). 1998 reichte die Gruppe ein

Konzept 'Reisen in der Schweiz' für die *Expo* ein.

Bilanz: Für eine kurze Zeit ein wichtiges Forum für die Diskussion der Stadtentwicklung (vgl. *Konzeptgruppe Städtebau*).

ÜBERPARTEILICHE AG ZÜRICH-NORD (AGZN)

[1987-heute]

Zweck: Die AGZN wurde als Zusammenschluss von engagierten Personen und Organisationen in der Region Zürich Nord gegründet. VertreterInnen aus den städtischen Kreisen 11 und 12 und aus rund 12 Gemeinden sowie dem VCS setzen sich mit den ökologischen, planerischen und verkehrspolitischen Fragen dieser Boomregion auseinander. Weiter wird auf die Probleme der Region aufmerksam gemacht.

Publikationen: Verschiedene Broschüren.

Aktivitäten: Vernetzungsarbeit, Rekurse, parlamentarische Vorstösse Einsprachen, Öffentlichkeitsarbeit usw.

Bilanz: Schaffung eines Bewusstseins für die Region Zürich Nord als Einheit. Stärkung der umwelt- und verkehrspolitischen Position.

Verhinderung oder Verzögerung von Grossprojekten und Grossparkierungsanlagen in Zürich Nord.

ÜBERPARTEILICHE ARBEITSGRUPPE

INDUSTRIEQUARTIER

[1970-Ende der 70er Jahre]

Zweck: Das ursprüngliche Ziel war die Überbauung des Gaswerkareals an der Limmatstrasse. Damit verbunden war die Einschränkung des Autoverkehrs im Gebiet des oberen Kreis 5. Man organisierte sich überparteilich, weil man so mehr erzielen konnte. Treibende Kraft war aber die SP (alle Gemeinderäte und Regierungsräte des Kreis 5 waren in der Gruppe aktiv).

Aktivitäten: Zusammenarbeit mit der Stadt betreffend der Renovation der städtischen Siedlung an der Limmatstrasse. Erarbeitung eines Konzepts für die Verkehrsberuhigung.

Bilanz: Initiierung der städtischen Neuüberbauung auf dem Gaswerkareal, Erhalt der städtischen Siedlung *Limmat I*. Stadt übernahm einen Teil des Verkehrsberuhigungskonzepts, z.B. die Sperrung des Röntgenplatzes.

VEREIN ALLE GEGEN DAS UNDIING

[1987- ca. 2001]

Zweck: Verhinderung des *HB Südwest* (Exkurs V).

Publikation: Abstimmungszeitung *Genug* von diesem Grössenwahn. Zürich 1988. *Wider das Unding HB Südwest*. Zürich 1988.

Aktivitäten: Abstimmungskampf gegen den privaten Gestaltungsplan *HB Südwest*.

Bilanz: Zwar ging die Abstimmung knapp verloren, es konnte aber ein breiter Widerstand aufgebaut werden.

VEREIN AUSSERSIHL 2001

[2001-2003]

Zweck: Öffentlichkeitsarbeit zur Aufzeichnung der für die Quartierbevölkerung negativen Entwicklung der zunehmenden Zerstörung von preiswertem Wohnraum in den Kreisen 4 und 5.

Publikation: *Aussersihl 2001*. Nr. 1-3. Zürich 2001-2002.

Aktivitäten: Information der Bevölkerung mittels einer Quartierzeitung.

Initiierung einer von knapp 1000 Personen unterschriebenen Petition gegen ein geplantes Kasino in Zürich West. Koordination von Rekursen gegen *Eurogate* in Zusammenarbeit mit der *IG Kreis 5*.

Bilanz: Der Bundesrat erteilte der Stadt Zürich keine Lizenz für ein Kasino (ob die Petition auf den Entscheid Einfluss hatte, ist ungewiss). Verbreitung der Zeitung im Quartier blieb beschränkt.

VEREIN DACH

[1974-1982]

Zweck: Ursprüngliches Ziel war die Beschaffung von Wohnraum für Wohngemeinschaften durch das Mieten ganzer Liegenschaften. Nachdem der Verein an der Universitätstrasse eine Liegenschaft gefunden hatte, kam es bald zu Konflikten mit dem Vermieter. Der Verein kämpfte in den nächsten Jahren gegen Mietzins erhöhungen und später gegen die Kündigung.

Publikation: Film: Anarchie und Disneyland. Zürich 1982.

Aktivitäten: Hausgemeinschaft, Rekurse und Auszugsboykott.

Bilanz: Verschiedene gewonnene Prozesse (Mietzinsreduktion, zwei Jahre Mieterstreckung), am Ende konnte der Rauswurf nicht verhindert werden.

VEREIN DREIECK

[1988-heute]

Zweck: Erhalt der Häuser im *Dreieck* Zweier-, Gartenhof- und Ankerstrasse (vgl. Anhang B).

Publikation: Das Dreieck. Zeitung gegen die Zerstörung des Dreiecks Anker-/Zweier-/Gartenhofstrasse und Umgebung. Nr. 1-5. Zürich 1988-1991.

Aktivitäten: Erstellung eines Alternativprojekts, Kontakt zum Gemeinderat, Demonstrationen usw.

Bilanz: Erhalt der Häuser im *Dreieck*.

VEREIN PRO FIERZHÄUSER

[1975-1980]

Zweck: Wohnqualität im Quartier zu erhalten beziehungsweise zu fördern und im Speziellen die Erhaltung der *Fierzhäuser*.

Aktivitäten: Feste, Einzelinitiative im Gemeinderat usw.

Bilanz: Verkehrsberuhigung und Erhaltung der Häuser, wobei die Häuschen aber in verschiedenen Fällen teuer weiterverkauft wurden.

VEREIN PRO INNERES SEEFELD

[1980-1997]

Zweck: Erhaltung des inneren Seefelds in seiner Gestalt. Widerstand gegen die Verdrängung von preisgünstigem Wohnraum und quartiereigenem Gewerbe durch Büros, Einkaufszentren und Luxuswohnungen. Auslöser für die Gründung der Bewohnergruppe waren die Kündigungen der BewohnerInnen an der Seefeldstrasse 42 bis 46 sowie 56 und 58, wo der Besitzer Valsecchi einen Neubau plante (die Häuser dazwischen gehörten der Stadt). Da der Besitzer nicht mit sich über sein geplantes Projekt diskutieren liess, richtete sich der Protest gegen die Beteiligung der Stadt am Projekt von Valsecchi.

Aktivitäten: Vielfältiger Widerstand gegen das Projekt von Valsecchi:

Die dem Verein nahestehende Architektin Beate Schnitter erstellte einen Bericht, der zum Schluss kam, dass die Bausubstanz noch intakt sei und bei einer Renovation die Mietpreise mit 1100 Franken für eine 4-Zimmerwohnung relativ günstig bleiben würden. Weiter beschäftigte sich der *VPIS* u.a. mit Verkehrsberuhigung im Quartier und setzte sich für den Erhalt des Kino Razzia ein.

Bilanz: Die Bilanz fällt gemischt aus, in verschiedenen Fällen konnte der *VPIS* nur Teilerfolge erzielen. Die Stadt war zwar nicht bereit Liegenschaften von Valsecchi zu erwerben, entschied sich dafür in der Folge gegen die Beteiligung am Projekt. Das Alternativprojekt für die städtischen Häuser – Renovation und Ergänzung durch hofseitige Anbauten – wurde jedoch genauso wenig verwirklicht wie ein Vertrag mit der alternativen Genossenschaft *Wogeno*. Beim Projekt Valsecchis,

das sich auf dessen Liegenschaften beschränkte, erreichte man eine begrenzte Mitsprache. Ein Erfolg war dagegen die Einzelinitiative von Vorstandsmitglied Rezio Blass für einen Gestaltungsplan für das innere Seefeld. Dies konnte zwar nicht verwirklicht werden, dafür wurde in einem Gegenvorschlag des Stadtrats das innere Seefeld in der neuen *BZO* als viergeschossige Wohnzone aufgenommen.

VEREIN PRO SCHMIEDE WIEDIKON

[1981- ca.1987]

Zweck: Erhalt der Altbauten der alten Schmiede Wiedikon an der Zurlindenstrasse.

Publikation: Film: Wenn die City kommt. Zürich 1980.

Aktivitäten: Feste, Rekurse, Aufsichtsbeschwerde und Lancierung einer Initiative.

Bilanz: Überbauung wurde zwar jahrelang sistiert, konnte aber nicht verhindert werden.

VEREIN PRO STAUFFACHER

[1980- ca.1990]

Zweck: Verhinderung des Abbruchs der alten Häuser am Stauffacher; das *Tor zu Aussersihl* vor der Spekulation zu retten (vgl. Anhang A).

Aktivitäten: Feste, politische Veranstaltungen, Lancierung einer Petition und Initiative usw.

Bilanz: Überbauung wurde zwar jahrelang sistiert, konnte aber nicht verhindert werden. Der hartnäckige Protest dürfte aber eine abschreckende Wirkung gehabt haben. Weiter entwickelte sich aus dem Widerstand das alternative Projekt *Karthago*.

VEREIN REBHÜGEL

[1980]

Zweck: Sanfte Renovation und Freigabe von 90 leer stehenden städtischen Wohnungen in der Siedlung *Rebhügel*. Die Stadt plante eine Totalsanierung, die im September 1980 mit grosser Mehrheit von der Stadtbevölkerung angenommen wurde (vgl. III.C.3a).

Aktivitäten: Pressekonferenzen, Tag der offenen Türe (wogegen sich die *Liegenschaftsverwaltung* vergeblich wehrte), Grossveranstaltung für MieterInnen und Wohnungssuchende mit anschliessender Übernachtung in der Siedlung.

Bilanz: Stadt erhob Klage wegen Hausfriedensbruch und zog diese für 18'000 Franken (Räumungskosten und Schäden) wieder zurück. Während einzelne Vereinsmitglieder Verfahren und Kosten am Hals hatten, mischelten sich andere eine der renovierten Wohnungen.

VEREIN SCHINDELHÄUSER

[1981- ca.1984]

Zweck: Nachdem sich bereits 1976 einige MieterInnen zusammen mit dem *Quartierverein Wipkingen* erfolgreich gegen Abrisspläne des Stadtrates gewehrt hatten, wandte sich der *Verein Schindelhäuser* gegen eine neue Grossüberbauung und wollte als Fernziel die BewohnerInnen in einer Mietergenossenschaft organisieren (vgl. III.C.3a).

Publikation: Die städtische Siedlung Nordstrasse. Ein Handbuch des Schindelhäuservereins. Zürich 1981.

Aktivitäten: Organisation diverser Quartierfeste und Informationsveranstaltungen. 1982 überreichte der Verein der Stadt eine Petition, welche von 145 MieterInnen der Siedlung unterschrieben wurde.

Bilanz: Häuser konnten erhalten werden und wurden individuell renoviert. Die sanfte Erneuerung der *Schindlerhäuser* war mitentscheidend für den Wandel der städtischen Renovationspolitik.

VEREIN STADT.LABOR

[2003-heute]

Zweck: Der Verein bezweckt die Entwicklung einer öffentlichen Arena, in welcher die Entwicklung der Stadt im Zeitalter der Globalisierung kritisch analysiert werden soll. Neben dieser Analyse hat das stadt.labor auch eine praktisch-politische Zielsetzung: Es geht darum, konkrete stadt-, wohn- und verkehrspolitische Sachfragen aufzugreifen, eine kritische Position zu erarbeiten und Einfluss auf die Willensbildung und Entscheidungsfindung der Stadtbevölkerung Zürichs auszuüben.

Publikation: <http://www.stadt-wohnen.ch>

Aktivitäten: Organisation von Podien, Filmveranstaltungen und Referaten zu Fragen der Stadtentwicklung und Wohnproblematik.

Bilanz: Das stadt.labor wurde in der 2000er Jahren zu einer wichtigen Plattform für eine kritische Stadtentwicklungspolitik und lancierte mehrfach stadtpolitische Themen.

VEREIN UNABHÄNGIGES AUSSERSIHL

[1982-1984]

Zweck: Abspaltung der ehemaligen Gemeinde Aussersihl von Zürich.

Publikation: Aussersihl war und ist ausser sich. Zürich 1984.

Aktivitäten: Der Verein reichte im Zürcher Kantonsparlament eine Einzelinitiative ein, welche die Bildung der ehemaligen Gemeinde Aussersihl in den Grenzen von 1893 forderte. Da die Initiative zu wenig Unterstützung fand, wurde die Lancierung einer Volksinitiative in Betracht gezogen, was aber nie ernsthaft weiter verfolgt wurde. Der Verein war Teil der Stauffacher-Besetzung.

Bilanz: Es sind keine konkreten Erfolge erzielt worden. Es kam aber zu einer Stärkung des Quartierbewusstseins und Widerstands in Aussersihl.

VEREIN VIERECK

[2002-2005]

Zweck: Mitsprache der betroffenen Bewohnerschaft bei der Umgestaltung des Gevierts Badener-, Ankerstrasse, Grün-, Wyssgasse im Kreis 4. Erhaltung des Areals als günstigen Wohn- und Arbeitsraum sowie dessen Ergänzung.

Aktivitäten: Pressekonferenzen, Quartierfeste, Hofküche im Innenhof (jeden Freitag während des Sommers). Kontakt zu den Behörden, Anfrage im Gemeinderat.

Bilanz: Überbauung wurde zwar lange verzögert, konnte aber nicht verhindert werden.

VEREIN ZÜRIFÜFZG!

[1993-heute]

Zweck: Die Sorge um die Entwicklung des frei werdenden Industrieareals in Zürich Nord, aber auch das Interesse am planerischen Mitgestalten. Entstanden ist eine überparteiliche Vereinigung, die sich nicht nur für die Stadtentwicklung in Zürich Nord interessiert, sondern das mittlere Glatttal auch als gesamtheitlichen Kulturraum begreifen will.

Publikation: <http://www.zuerifuefzg.ch>

Aktivitäten: Zusammenführung von BewohnerInnen. Städtebauliche Diskussionen. Kulturelles Leben finden und sichtbar machen. Führungen anbieten, Lebensraum erfahren. Vorstellungen und Forderungen entwickeln.

Bilanz: Sensibilisierung für die Probleme von Zürich Nord und Vernetzung engagierter BewohnerInnen.

ZÜRCHER ARBEITSGRUPPE FÜR STÄDTEBAU (ZAS)

[1959-1989]

Zweck: Die ZAS verstand sich als Verbund einzelner Fachleute, die ihr Wissen in den Dienst der Allgemeinheit stellten. Ihre Aktionen und

Vorschläge wollten politische Entscheidungen im städtebaulichen Bereich aus fachlicher Sicht beeinflussen.

Publikationen: Das Umdenken findet statt, Zürich 1969.

Lawinenverbauungen, Zürich 1971. Freiräume – Toleranzräume, Zürich 1981.

Aktivitäten: Ausstellungen, Stellungnahmen zu Projekten, Ausarbeitung von Stadtvisionen, aktive Beteiligung an Abstimmungskämpfen, diverse Aktionen und vieles mehr.

Bilanz: Alternativvorschlag zum *Ypsilon* und zur Sihlraumplanung waren sehr wichtige Beiträge zur Diskussion der Stadtentwicklung (v.a. in den 60er und frühen 70er Jahren). Die ZAS war lange eine der aktivsten und einflussreichsten stadt- und wohnpolitischen Gruppierungen mit einem grossen Renommee.

ZÜRI 8

[1972-74]

Zweck: Erhaltung des Quartierrestaurants Rigi, Widerstand gegen *Seetunnel*, Öffentlichkeitskampagne gegen U-Bahn, Beibehaltung des Baustopps und Anreissen eines autonomen Quartierkindergartens. *Züri 8* war politisch von der *Gruppe Klassenkampf*, also der Sponti-Szene, dominiert. Mit der *Hegibach*-Besetzung löst sich *Züri 8* auf und formierte sich neu im *Quartierkomitee Hottingen/Riesbach/ Hirslanden*.

Publikationen: *Züri 8*. Nr. 1-8. Zürich. 1973-1975.

Aktivitäten: Herausgabe der Quartierzeitung *Züri 8*. Hausbesuche in Abbruchobjekten. Quartierarbeit im Kreis 8

Bilanz: ?

WEITERE GRUPPIERUNGEN OHNE DETAILLIERTE INFORMATIONEN:

AG Wohnen des Verbands Studierender der Uni Zürich

Aktionsgruppe Notwohnungen

Allianz Alli gäge d'Brugg

Arbeitsgruppe Wohnliches Hottingen

Arbeitsgruppe Wohnstrasse Friesenberg

Basisgruppe Architektur der ETH

Einwohnergruppe Kreis 3

Einwohnergruppe zur Erhaltung und Förderung der Wohnlichkeit im Kreis 3

Einwohnerinitiative Kreis 3

Einwohnerverein Kreis 6

Elterngruppe Hegibach

Gewaltfreie Aktion Milchbuck

Gruppe Rössligasse

Interessengemeinschaft Weinegg

Mietergruppe Industrie

Mieterverein Manesse

Netz (vgl. III.D.1c)

POCH-Quartiervereine 3/9, 4/5 und 11/12

Quartiergruppe Höngg

Quartiergruppe Q5

Quartiergruppe Riesbach

Quartiergruppe Wiedikon/Aussersihl

Quartierlüüt Wipkingen

Quartiernetz 5 (vgl. II.A.2)

Quartierkomitee Wiedikon

Verein Hellmut 2000 (vgl. Anhang C)

Verein Katzenbach

Verein Kalkbreite

Verein Limmatparking nie!

Verein living

Verein pro Hornbach

Verein Quartierläbe Manesse

Verein Verrückt das Viadukt

Video-Quartiergruppe

Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Quartierkompetenzen

Züri Nord

UNVOLLSTÄNDIGE ZUSAMMENSTELLUNG STADT- UND WOHNPOLITISCHER DEMOS UND AKTIONEN (1968-2005)

9.6.1971

Protest gegen Hausabbruch.

1.5.1972

1. Mai-Feier unter dem Slogan 'Kampf dem Häusermord'.

23.5.1973

Mieterdemonstration an der Hardaustasse

20.6.1973

Demo gegen das leer stehen lassen der Mobaghäuser am Hegibachplatz.

11.7.1973

Demo gegen das leer stehen lassen der Mobaghäuser am Hegibachplatz.

25.8.1973

Demo gegen Häuserabbruch am Hegibachplatz.

17.11.1973

Demo für die besetzten Hegibach-Häuser.

3.12.1973

Mieterversammlung in Oberstrass mit Sigi Widmer.

9.3.1974

Demo für besetzte *Hegibach*-Häuser.

23.7.1974

Grosskundgebung vor den besetzten Häusern am Hegibachplatz.

24.7.1974

Mieterdemonstration.

6.8.1974

Flugblattaktion für Mieterdemo.

1.10.1974

Demo gegen Häuserabbruch im Raum Hohl-, Brauerstrasse, Kurzgasse.

1.10.1974

Demo gegen Abbruch einiger Häuser fürs *Ypsilon*.

10.5.1975

Demo gegen Häuserabbruch.

30.5.1975

Demo gegen Häuserabbruch.

24.7.1975

Protest gegen Häuserabbruch an der Wiesenstrasse.

5.9.1975

Protest gegen Hausabbruch.

9.6.1976

Protest gegen Hausabbruch.

Januar 1977

Demo für preisgünstige Wohnungen.

18.2.1978

Mieteraktion gegen Hausabbruch der *ABZ*.

30.8.1980

Wohnungsnotdemo, wobei es zu Ausschreitungen bis früh in den Morgen kam. Rund 1000 Teilnehmende.

1.10.1980

Mit einem Cervelatbraten im Freien demonstriert der *Zürcher Obdachlosenverbund* gegen die Untätigkeit der Behörden.

11.2.1981

Wohnungsnot-Vollversammlung im *AJZ*.

22.4.1981

Protestmarsch der *SP* Kreis 8 gegen Spekulation und die Wohnraumpolitik des Stadtrats mit einem Transparent 'Mir wänd im Seefeld wohne bliibe – Büro use – Mänsche ine'. Laut Tages-Anzeiger rund 200 Teilnehmende.

25.-31. 5.1981

Häuserkampfwoche im *AJZ*.

30.5.1981

Grossdemo gegen Wohnungsnot.

5.6.1981

Wohnraumdemo gegen die Verhaftung von drei Jugendlichen, die bei einer Hausbesetzung überrascht wurden.

11.6.1981

Wohnungs-Vollversammlung an der Universität Zürich. Rund 200 Teilnehmende.

1.10.1981

Mittels eines grossen Transparents am Grossmünster wird für einen Mietzinsboykott und zur Weigerung der Zahlung überhöhter Mieten aufgerufen.

18.11.1982

Einige als BauarbeiterInnen verkleidete Personen brechen am helllichten Tag die zugemauerte Türen und Fenster an der Tellstrasse auf. Die fünf alten Wohnhäuser an der Ecke Tell-/Militärstrasse sollen einem Büroklotz weichen.

28.3.1982

An einer Infoveranstaltung unter dem Namen 'Alarm in Aussersihl' informieren verschiedene Quartiergruppen über ihre Anliegen. Im Zentrum der Veranstaltung steht die drohende Räumung der *Hellmi*, da die BewohnerInnen die Müller-Klausel nicht akzeptieren wollen.

1.10.1982

Aussersihler Quartierrundgang.

20.10.82

Symbolische Wiedereröffnung des ehemaligen Aussersihler Gemeindehaus an der Badenerstrasse 65.

2.11.1982

Demo gegen die Erhaltung von günstigem Wohnraum; polizeilich aufgelöst. Rund 500 Teilnehmende.

18.12.1982

Demonstration gegen den Abbruch der Häuser am Tessinerplatz.

21.1.1983

Gemeindeversammlung Aussersihl.

27.2.1983

Viertes Aussersihler Mondscheinheulen.

23.4.1983

Eine Demo für die Abtrennung der ehemaligen Gemeinde Aussersihl von der Stadt Zürich wird polizeilich aufgelöst.

10.1.1984

Demo gegen Räumung am Stauffacher. Rund 400 Teilnehmende.

21.1.1984

Demo für Erhaltung von billigem Wohnraum und gegen die Räumung am Stauffacher. Rund 500 Teilnehmende.

13.-18.6.1985

Aktionswoche *Wohnaktion* an der Uni mit Unterschriftensammlung und Kundgebung.

19.10.1986

Unbewilligte Demo vor der *Bank Leu* an der Bahnhofstrasse gegen den Neubau an der Schmiede Wiedikon.

22.10.1986

Betonklotz-Aktion. Rund 70 Teilnehmende.

25.10.1986

Stadtdemo gegen Stadtzerstörung durch *HB Südwest*, *Ypsilon*, Luxusrenovierungen, *Limmatparking*, Shoppingcenter usw. Rund 1500 Teilnehmende.

11.11.1987

Erster Nationaler Aktionstag gegen Wohnungsnot.

21.4.1988

Informationsveranstaltung zu einem Baustopp im Kreis 5.

3.-15. 9.1988

Aktionswoche *Città Frontale* der *Roten Fabrik*.

3.9.1988

Giro Züri, Stadtrundfahrt zu Schauplätzen der Stadtentwicklung.

24.1.1989

Aktion 'BürgerInnen besuchen Speckis': 30-40 Personen besuchen den *Verein Zürcher Jugendwohnungen*.

19.2.1989

Vollversammlung in der *Kanzleiturhalle*. Es entsteht die Idee der Donnerstag-Aufläufe.

23.2.1989

Erster *Auflauf gegen Speckis*. Rund 600 Teilnehmende.

2.3.1989

Zweiter *Auflauf gegen Speckis*.

9.3.1989

Dritter *Auflauf gegen Speckis* wird am Hirschenplatz aufgelöst, diverse Neubesammlungen.

12.3.1989

Zweite Vollversammlung der *Auflauf gegen Speckis*-Bewegung in der *Kanzleiturnehalle*.

13.-18.3.1989

Aktionswoche *Wohnen tut Not*. Verschiedene Parteien und Organisationen organisieren Veranstaltungen.

16.3.1989

Vierter *Auflauf gegen Speckis*.

18.3.1989

Wohnungsnotdemo mit Nachdemo und Auseinandersetzungen. Rund 2500 Teilnehmende.

23.3.1989

Fünfter *Auflauf gegen Speckis*: Sauvage in Genossenschaftsdruckerei am Stauffacher.

30.3.1989

Sechster *Auflauf gegen Speckis*.

6.4.1989

Siebter *Auflauf gegen Speckis*.

13.4.1989

Achter *Auflauf gegen Speckis* mit Krawatte und Schale.

20.4.1989

Neunter *Auflauf gegen Speckis*: Solidemo für Gefangene in der BRD.

27.4.1989

Tram-Aktion anstatt *Auflauf*.

4.5.1989

Zehnter *Auflauf gegen Speckis* am See.

11.5.1989

Elfte *Auflauf gegen Speckis*.

18.5.1989

Zwölfte *Auflauf gegen Speckis*.

19.5.1989

Trauerzug an der Zweierstrasse.

25.5.1989

Dreizehnter *Auflauf gegen Speckis* mit Trommeln.

1.6.1989

14. *Auflauf gegen Speckis*: 'IWF in Bern- Krieg in El Salvador – Auflauf in Zürich'.

8.6.1989

15. *Auflauf gegen Speckis* und grosse Vollversammlung.

15.6.1989

16. *Auflauf gegen Speckis* mit Besetzung der Liegenschaft Zentralstrasse 69.

17.6.1989

Velodemo gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung.

22.6.1989

17. *Auflauf gegen Speckis*.

29.6.1989

18. *Auflauf gegen Speckis*.

6.7.1989

19. *Auflauf gegen Speckis* mit Theater.

8.7.1989

‘Wohnen tut immer noch Not’: Wohnungsnotdemo wird im Keim erstickt – die Bewilligung wurde nicht erteilt.

2.10.1989

Mieterversammlung im Volkshaus.

7.10.1989

Wohnungsnotdemo: ‘Wohnen tut immer noch Not’; zweite Auflage mit Bewilligung. Rund 3000 Teilnehmende.

14.11. 1989

‘Wenn Räumung, dann Demo’: Nach der Räumung der Brauerstrasse 28 kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Scheiben vieler Luxusläden, Banken und Sex-Shops gehen in Brüche.

5.12.1989

Quartierveranstaltung der *IG Kreis 5*.

1.3.1990

Landesweiter Aktionstag gegen Bankenmacht und Mietzinserhöhungen. Kundgebung auf dem Paradeplatz, am Abend *Auflauf gegen Speckis*.

11.7.1990

Demo gegen die anhaltende Wohnungsnot und die Räumung der Limmatstrasse 217. Rund 300 Teilnehmende.

13.10.1990

Quartierrundgang gegen *HB Südwest* und Stadtzerstörung in den Kreisen 4 und 5.

8.12.1990

Mieterkundgebung mit Moritz Leuenberger.

11.5.1991

‘leben – stadt – wohn – raum – not’. Demo zum internationalen Häuserkampfstag. Rund 700 Teilnehmende.

31.8.1991

Demo gegen Räumung der Hottingerstrasse 25. Rund 150 Teilnehmende.

5.12.1991

Demo gegen Zerstörung von billigem Wohnraum, Bäckli. Rund 200 Teilnehmende.

31.12.1991

Demo: 'Räume statt Räumung'. Rund 3000 Teilnehmende.

1.2.1992

Demo: 'Räume statt Räumung' II.

29.2.1992

Demo: 'Räume statt Räumung' III.

21.3.1992

Demo: 'Räume statt Räumung'. Rund 2000 Teilnehmende.

20.6.1992

Demo: 'Uns die Wohnungen – ihnen die Not'. Rund 500 Teilnehmende.

3.7.1992

Demo: 'Bäcki bleibt.'

4.7.1992

Unbewilligter Protestzug gegen die Räumung der Bäckerstrasse.

11.7.1992

Demo: 'Bäcki lebt – Wohlgroth bleibt'. Rund 300 Teilnehmende.

2.10.1993

'Wohlgroth, Wohngroth, Kulturbrot': Demo gegen die bevorstehende Räumung der *Kulturfabrik Wohlgroth*. Rund 3000 Teilnehmende.

20.11.1993

Demo: 'Wohlgroth bleibt'.

2.12.1993

Demo: 'Keine Räumung besetzter Häuser'.

5.12.1993

Demo für Räume.

11.12.1993

Demo: 'Keine Räumungen'.

2.-8.6.1997

Aktionswoche *Innen-Stadt AG* gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung.

18.6.1999

Reclaim the Street im Kreis 5.

13.7.2001

Reclaim the Street am Zürihorn gegen Ausgrenzung.

14.9.2001

Demo gegen die Räumung der besetzten Häuser an der Ecke Stauffacher-, Hermann-Greulichstrasse. Laut Tages-Anzeiger rund 200 Teilnehmende.

29.9.2001

Kinderwagendemo für familienfreundlichen Wohnraum und gegen Wohnungsnot. Rund 50 Teilnehmende.

11.2.2002

Eierwürfe gegen Stadtrat Elmar Ledergerber an der Vernissage der Ausstellung 'Stand der Dinge – neustes Wohnen in Zürich'.

17.6.2002

'Velo- & Kronendemo' gegen Leerstand und Wohnungsnot, für Freiräume und Hausbesetzungen.

31.8.2002

An einem *Reclaim the Street* ziehen rund 1000 Personen durch die Zürcher Innenstadt und protestieren gegen die Regelementierung und Deklaration des öffentliche Lebensraums.

12.-28.9.2002

Veranstaltungswochen 'Città chiusa – wer kann sich Zürich noch leisten?' der *Roten Fabrik*.

22.9.2002

Demo: 'WO?HNEN kein Profit mit dem Grundrecht Wohnen'. Rund 600 Teilnehmende.

15.6.2003

Rund 40 HausbesetzerInnen besuchen in einer Sponti-Carfahrt das Schloss der Spekulanten Andreas Eberle (Besitzer *Egocity*) bei Kreuzlingen und präsentieren eine 'Neuüberbaung' desselben.

11.10.2003

Unter dem Motto 'Es wird eng in Zürich' nehmen rund 2000 Personen an einem *Reclaim the Streets* mit vier Soundmobilen durch die Kreis 4 und 5 teil und fordern subkulturelle Freiräume.

17.10.2003

Sit-in gegen die Repression am *Reclaim the Streets* vom letzten Samstag.

16.12.2003

Mini-Demo in St. Gallen gegen den Abriss des *Egocity*.

27.12.2003

Umzug durch den Kreis 4 mit Informationen zu Quartieraufwertung, Stadtentwicklung, Nischen usw. Rund 70 Teilnehmende.

31.12.2003

'Spontanrevolte' gegen Räumung des *Egocity*: Spaziergang durch den Kreis 4. Rund 50 Teilnehmende.

25.9.2004

Demo: 'Reclaim the city' gegen die Räumung des besetzten *Exils* in Albisrieden. Laut Polizeiangaben rund 300 Teilnehmende.

29.7-1.8.2005

AktivistInnen der Subkultur und HausbesetzerInnen bauen bei der *Neuen Börse* die Hüttensiedlung *Shantytown* als Protest gegen eine Repressionswelle gegen besetzte Häuser und Ausgrenzung.

Quellen:

- Diverse Zeitungsartikel (TA, NZZ, Zeitdienst usw.)
- Konzeptbüro/ AG Chronologie (Hrsg.). Militante Politik in der Schweiz. Eine unvollständige Chronologie aus den Jahren 1970-97. Zürich 1997.
- Arbeitsgruppe Ökologie und Politik – AGÖP (Hrsg.). Hundert Jahre Wohnungsnot. Ein Handbuch für Mieter - mit Hintergründen und praktischen Tipps. Zürich 1983.
- Bäcki-Blatt. 6 Ausgaben. Zürich 1991-1992.

UNVOLLSTÄNDIGE ZUSAMMENSTELLUNG VON HAUSBESETZUNGEN (1968-2005)

1971

Venedigstrasse (Tessinerplatz): 1.-14.4.71 // **Alte Feldeggstrasse**: 31.6.71-?

1972

Hönggerstrasse 118, 121: 7.-15.2.72

1973

Überlandstrasse (gegen Ypsilon): ?-3.9.73 // **Winterthurerstrasse 305, 307** (gegen Ypsilon): 18.-31.8.73 // **Hegibach, Forchstrasse 91/93**: 29.8.73-25.7.74 // **Nordstrasse 41** (gegen Milchbuckttunnel) 2.10.73-?

1974

Überlandstrasse 70 (gegen Ypsilon): ?-5.11.74

1976

Zeltlager an Nordstrasse (Gewaltfreie Aktion Milchbuck): 14.-20.4.76 // **Gauger-Fabrik, Niklausstrasse**: 1.-2.5.76 // **Gauger-Fabrik, Niklausstrasse** (Gewaltfreie Aktion Milchbuck): 10.5.76

1978

Jugendzentrum Schindlergut: 29.5.78-6.6.78

1979

Stampfenbachstrasse 109, 111, Wasserwerkstrasse 14, Walterweg 3,5 (Komitee für ä wohnliches Züri): 16.6.79-18.7.79 // **Zollstrasse** (Komitee für ä wohnliches Züri): 19.-21.7.79 // **Kreuzbühlstrasse 16** (Komitee für ä wohnliches Züri): 22.7.79-8.8.79 // **Hufgasse 7** (Komitee für ä wohnliches Züri): 8.7.79 // **Hellmutstrasse 5, 7, 9, 15** (stille Besetzung von Luft und Lärm, Hellmi): 10.-31.11.79+

1980

Sihlramtstrasse 15, 17 (stille Besetzung): 80-1.4.80+ // **Schöneeggstrasse**: ? // **Hornbachstrasse**: ? // **Verbandsstofffabrik**: ? // **Ecke Agnes, Zypressenstrasse** (stille Besetzung): ? // **Röschibachstrasse 4a, 8, 10** (stille Besetzung): 80-31.10.80+ // **Waltersbachstrasse 4 und 6** (Renoviere statt demoliere): 14.3.80 // **Birminnsgasse 14** (Auszugsboykott): 1.4.80-15.3.81 // **Limmatstrasse 25**: 14.-27.8.80 // **Städtische Siedlung Rebhügel**: 29.8.80

1981

Lavaterstrasse: ? // **Kirchgasse 1**: 22.1.81 // **Brandschenkenstrasse 40**: 22.1.81 // **Jugendzentrum Schindlergut**: 19.3.81-11.6.81 // **Limmatstrasse 18, 20** (AJZ): 21.3.81 // **Limmatstrasse 18, 20** (AJZ):

22.-23.3.81 // **Freigutstrasse 5**: 31.3.81 // **Marmorgasse 8** (Auszugsboykott): 31.3.81 // **Steinackerweg 16**: 31.3.81-1.4.81 // **Calandastrasse 5, 7** (Auszugsboykott): 1.4.81 // **Steinackerweg 16**: 2.4.81-? // **Hornbachstrasse 62/ Seefeldstrasse 153** (Frauen und Kinder): 4.-6.4.81 // **Konradstrasse 76**: 4.-6.4.81 // **Steinackerweg 16**: 11.4.81-? // **Chaotikum**: 17.-24.4.81 // **Sihlinsel** (Neu-Chaotikum): 9.-18.5.81 // **Waltersbachstrasse 4**: 30.5.81 // **Birmensdorferstrasse 119**: 30.5.81-16.6.81 // **Siegfriedstrasse 6** (Auszugsboykott): 31.5.81-1.6.81 // **Badenerstrasse 8** (stille Besetzung): 3.7.81-?+ // **Badenerstrasse 6** (stille Besetzung): 10. -25.7.81 // **Bullingerplatz 3**: 14.-15.7.81 // **Kreuzbühlstrasse 26** (Auszugsboykott): 1.-15.10.81 // **Mainaustrasse 48** (mit Schülerladen): Herbst 81 // **Fröhlichstrasse 28**: 14.-17.11.81 // **Helenastrasse 13**: 14.11.81 // **Mainaustrasse 2**: 14.11.81 // **Mainaustrasse 45** (stille Besetzung einer Wohnung): Ende Nov. -Ende März

1982

Chaotikum III: 18.-27.1.82 // **Plattenstrasse 70**: 5.2.82 // **Rotwandstrasse 52** (Amöbel): 11.-19.3.82 // **Hönggerstrasse 80**: 20.-24.3.82 // **Seeblickstrasse 50**: 1.-2.4.82 // **Universitätsstrasse 89** (Auszugsboykott): 1.-2.4.82 // **Pilatusstrasse 22**: 10.9.82 // **Badenerstrasse 2** (stille Besetzung der Wohngruppe Winterfest): Okt 82 bis Abbruch // **Badenerstrasse 65** (symbolische Wiedereröffnung des Gemeindehauses Aussersihl): 20.10.82-? /

1983

Schöneeggstrasse 21 bis 25: 9.2.83 // **Freigutstrasse 5**: 18.2.83-? // **Freigutstrasse 5**: 25.2.83 // **Rotwandstrasse 52** (Amöbel): 12.-15.3.83 // **Haldenbachstrasse 22** (Fachgruppe Wohnrenaissance 114): 6.-7.4.83 // **Zweierplatz**: 23.4.83 // **Manessestrasse 194, 198, 200**: 1.5.83 (alle am 1. Mai besetzten Liegenschaften wurden in einer koordinierten Aktion besetzt oder scheinbesetzt) // **Freigutstrasse 5**: 1.5.83 // **Haldenbachstrasse 22**: 1.5.83 // **Hörnlistrasse 35**: 1.5.83 // **Birmensdorferstrasse 134**: 1.5.83 // **Brandschenkestrasse 38, 40**: 1.5.83 // **Vogelsangstrasse 3**: 1.5.83 // **Limmattalstrasse 338**: 1.5.83 // **Rotwandstrasse 52**: 1.5.83 // **Im Mas 16**: 1.5.83 // **Stampfenbachstrasse 101**: 1.5.83 // **Wolfbachstrasse 15**: 1.5.83 // **Rennweg 4**: 1.5.83 // **Zurlindenstrasse 82**: 1.5.83 // **Zeltweg 10**: 1.5.83 // **Nietengasse 9**: 1.5.83 // **Höschgasse 89**: 1.5.83 // **Sonnegstrasse 6**: 1.5.83 // **Stampfenbachstrasse 101**: 2.-3.5.83 // **Vogelsangstrasse 3**: 2.-5.5.83: **Sonnegstrasse 6**: 2.-16.5.83

1984

Badenerstrasse 2 (Stauffacher-Besetzung): 9.-12.1.84 // **Brauerstrasse**: 24.6.84 // **Badenerstrasse 572** (Kappeli besetzt vom Verein Gast): 19.-21.10.84 // **Bärengasse 20, 22** (Besetzung des Wohnmuseum): 25.10.84 // **Müllerstrasse 87-91** (Auszugsboykott): 4.12.84-4.2.85

1985

Hohlstrasse 38: 14.-17.6.85

1986

Badenerstrasse 2: 31.1.86 // **Badenerstrasse 2:** 2.2.86 // **Höschgasse 72-78** (Auszugsboykott): 6.8.86-26.7.87 // **Zurlindenstrasse** (Auszugsboykott Schmiede): 1.-11.11.86 // **Zurlindenstrasse** (Auszugsboykott Schmiede): 1.11.86-9.6.87

1987

Albisstrasse 80, 82 (Frauenbesetzung): 12.1.87-25.2.87 // **Scheideggstrasse 80** (Frauenbesetzung): 31.1.87-22.2.87 // **Rindermarkt 1:** 25.-26.2.87 // **Badenerstrasse 654** (Auszugsboykott): ?-ca. 1989 // **Zweierstrasse 50** (Dreieck): 3.-4.5.87 // **Zurlindenstrasse 78** (Schmiede): 9.-16.6.87 // **Schaffhauserstrasse 129:** 12.-15.6.87 // **Josefstrasse 200** (stille Besetzung): Juni 87-? // **Scheideggstrasse 80** (Frauenbesetzung): 7.-8.9.87 // **Zeltstadt am See:** 26.7.87-11.10.87 // **Annaburg** (Uetliberg): 30.10.87-6.11.87

1988

zwei **Auszugsboykotte** (nach Statistik der Stadtpolizei): März 88 // **Limmatstrasse 28** (Café Meyer): 17.9.88-19.10.88

1989

Köchlistrasse 22: 18.3.89-6.4.89 // **Ankerstrasse 124** (Auszugsboykott): 18.3.89-26.6.89 // **Stauffacherstrasse** (Sauvage): 23.3.89 // **Theater Neumarkt** (Refugium): 1.-12.4.89 // **Klosbach, Asylstrasse 55, 57** (Auszugsboykott): 1.4.89-? // **Zweierstrasse 47, 49, 53:** 6.4.89-11.5.89 // **Limmatstrasse 217:** 1.4.89-10.7.90 // **Wildbachstrasse 69:** 8.-12.4.89 // **Kalkbreitestrasse 2** (Restaurant Rosengarten): 29.4.89 // **Allmend** (interplanetares Hüttendorf): 12.-19.5.89 // **Brauerstrasse 28:** 20.5.89-14.11.89 // **Hardturm:** 9.-13.6.89 // **Mittelstrasse 10:** 10.6.89 // **Buhnrain 29-37:** 15.-16.6.89 // **Zentralstrasse 69:** 15.-16.6.89 // **Schmidgasse 3** (Frauenbesetzung der Tante Adelante): 24.-26.6.89 // **Buhnrain 29 bis 37** (stille Besetzung): 29.6.89 // **Scheideggstrasse 63** (Villa Scheidegg): 27.7.89-3.8.89 // **Scheideggstrasse 40:** 31.7.89-7.3.90 // **Scheideggstrasse 63** (Villa Scheidegg): 5.8.89-7.3.90 // **Ämtlerstrasse 112, 114:** 17.9.89-? // **Zeughaus 2 und 3:** 8.-10.9.89 // **Kernstrasse 60** (Sauvage): 14.9.89 // **Brunaustrasse 30:** Okt 89-14.11.89 // **Gärtnerstrasse 7:** 1.10.89-? // **Hüttistrasse 2-8** (Auszugsboykott): 1.10.89-1.4.90 // **Brandschenkenstrasse 16, 18, Friedensgasse 5, 7:** 3.10.89-22.1.91 // **Odeon:** 9.11.89 // **Englischviertelstrasse 7:** 18.11.89 // **Josefstrasse 31, 39** (Wohlgroth, Nr. 31: Frauenhaus): 2.-7.12.89

1990

Gablerstrasse 40, 42: Jan 90-12.2.90 // **Toblerstrasse 103:** 13.2.90-? // **Kronenwiese** (Zeltlager): 1.4.90-17.10.90 // **Hottingerstrasse 25** (Athenaeum): 28.4.90-29.10.91 // **Buhnstrasse 11:** 21.6. 90-3.5.93 // **Heinrichstrasse 137:** 10.7.90-Jan 93+ // **Sonnenbergstrasse 92:** 19.-21.8.90 // **Bäckerstrasse 51, 55** (Auszugsboykott): 1.10.90-31.5.91 // **Seestrasse 109:** ? // **Lunastrasse 6:** 18.-19.10.90 // **Ottenweg 20/22:** 22.10.90-11.4.91 // **Toblerstrasse:** Nov 90-11.5.99

1991

Zweierstrasse (Dreieck) 4.1.91 // **Hegibachstrasse 88**: 22.1.91-ca. 6.2.91 // **Hegibachstrasse 86**: 22.1.91-Juni 97 // **Konradstrasse 17**: 22.1.91-Anfang 96 // **Stauffacherstrasse 115**: 22.1.91-13.3.91 // **Kalkbreitestrasse 2** (Resaurant Rosengarten): 23.1.91-? // **Ausserdorfstrasse 41**: Feb. 91-16.6.92 // **Rote Villa im Rieterpark**: 4.3.91-11.4.91 // **Freiestrasse 27**: 11.4.91-31.8.93 // **Klingenstrasse 4, 8** (Wohlgroth): 19.5.91-23.11.93 // **Bäckerstrasse 51, 55**: 31.5.91-9.7.92 // **Chorgasse 3**: 8.6.91-? // **Stauffacherstrasse 115**: Mitte 91-1.6.92

1992

Mittelstrasse 14: 19.4.92 // **Zanggerweg 27**: 6.-22.4.92 // **Krönleinstrasse 40**: 10.5.92 // **Affolternstrasse**: ? // **Sonnenbergstrasse 28**: ? // **Konradstrasse 71** (Ambiance): 18.5.92 // **Konradstrasse 71** (Ambiance): 19.5.92-? // **Ausserdorfstrasse 41**: 17.6.92-11.8.92 // **Josefstrasse 35** (Wohlgroth): 1.10.92-23.11.93 // **Josefstrasse 39** (Wohlgroth): Dez. 92-23.11.93

1993

Zehntenhausplatz: 93 // **Birmensdorferstrasse 660** (AH Tanne): 2.3.93-9.3.93 // **Zollstrasse 111** (Frauenbesetzung): 9.3.93 // **Butzenstrasse 133, 135, Bruchstrasse 100**: 10.3.93-24.5.93 // **Kraftstrasse 35**: 21.-22.6.93 // **Witikonerstrasse 55**: Mai 93-16.6.93 // **Josefstrasse 25, 27, 31** (Wohlgroth): Juli 93-23.11.93 // **Zollstrasse 111** (Frauenbesetzung): 7.7.93-? // **M.-Lienert-Strasse 17** (Hotel Ascona): 12.9.93-16.3.95 // **Limmatstrasse 28** (Taro): 24.11.93-5.7.94 // **Steinwies 1** (Bäckerei Berner): 4.-6.12.93 // **Bachmattstrasse 5**: 6.12.93-1.4.96 // **Bellariastrasse 30**: 11.12.93-31.1.94 // **Witikonerstrasse 55**: 18.12.93-? // **Heinrichstrasse 109**: 26.-27.12.93 // **Wehntalerstrasse 115**: 28.12.93-25.1.94

1994

Steinwies 1 (Bäckerei Berner): 1.1.94 // **Kraftstrasse 35**: Feb 94 // **Seilergraben 45, 47**: 15.1.94-8.2.94 // **Konradstrasse 19** (Sohokeller): 25.1.94-Jan 96 // **Schmelzbergstrasse 57**: 28.1.94-4.2.94 // **Glatttalstrasse 130**: Winter 94-97 // **Steinwies 1** (Bäckerei Berner): 5.4.94-5.7.94 // **Seebahnstrasse 12**: 16.5.94-6.7.94 // **Luisenstrasse 6**: 15.6.94-? // **Rosengarten 30**: 23.7.94-Herbst 95 // **Gerechtigkeitsgasse 15**: ?-2.11.94

1995

Stampfenbachstrasse 119: 16.1.95-30.6.96 // **Hönggerstrasse 53** (Sauvage): 10.3.95 // **Ernastrasse 20**: 95 // **Ernastrasse 20**: Mai 95 // **Ernastrasse 20**: Juni 95-30.6.95 // **Riedholzstrasse 8**: 9.-23.8.95 // **Sonnenbergstrasse 99**: 27.-28.8.95 // **Klosbachstrasse 84** (Frauenbesetzung): 27.12.95-9.1.96

1996

Konradstrasse 71: 96-? // **Klosbachstrasse 84**: 4.2.96-? // **Konradstrasse 17, 19** (Sohokeller): 21.-24.6.96 // **Freiestrasse 172, 174**: Aug. 96-April 97 // **Brauerstrasse 45**: 3.9.96 // **Wildbachstrasse 57** (Sauvage): 13.-15.9.96 // **Dufourstrasse 20** (Du Théâtre): 6.-7.10.96 // **Freiestrasse 129**: Mitte Nov. 96-19.11.96(?) // **Weststrasse 46**: 16.11.96-4.6.98

1997

Frohburgstrasse: 97-? // **Höngger Strasse 53**: 97-? // **Mühlebachstrasse**: 97-? // **Seefeldstrasse 295** (Sauvage): 5.-6.12.97 // **Akazienstrasse** (Sauvage): 4.4.97 // **Röschibachstrasse 6**: April 97 // **Röschibachstrasse 6**: April 97-März 98 // **Weststrasse 95, Zweierstrasse 116**: 31.8.97-2.9.97 // **Weststrasse 95, Zweierstrasse 116**: 3.9.97 // **Kasernenstrasse 69, 73, 77**: Okt. 97-24.4.98 // **Klosbachstrasse 5**: 9.11.97-31.3.02

1998

Konradstrasse 21: 2.3.98-4.1.99 // **Waffenplatzstrasse 6**: 5.3.98-? // **Culmannstrasse**: April 98 // **Enzianweg 3**: Ende April 98 // **Hammerstrasse 54**: 2.5.98-1.1.99 // **Gieshübelstrasse 29, 31** (Sihlpapier): 7.-8.6.98 // **Gieshübelstrasse 29, 31** (Sihlpapier): 9.6.98-24.6.98 // **Zweierstrasse 116**: Herbst 98 // **Kasernenstrasse 69** (Sauvage): 18.12.98

1999

Haus in Wollishofen: 99 // **Toblerstrasse 82**: 99 // **Badenerstrasse 101** (Schmuklerski): 99 // **Gamperstrasse 9**: 23.1.99 // **Gamperstrasse 9** (Sauvage): 24.1.99-30.7.99 // **Zeltweg 30** (Sauvage, Kultursquat Luxus): 27.2.99-1.3.99 // **Lagerstrasse**: März 99-? // **Heliosstrasse 18**: 18.3. 99-27.3.00 // **Rütistrasse 42**: ca. 25.7.99-? // **Dolderstrasse 89** (mit kleiner Wagenburg): 1.8.99-2003 // **Heinrichstrasse 257** (Sauvage, Kultursquat Glacegarten): 7.10.99-9.12.99 // **Forchstrasse 297, 299**: Aug. 99-Nov. 99 // **Uetlibergstrasse 99**: Okt 99 // **Uetlibergstrasse 99** (17.2: Sauvage, danach Kultursquat Klub Gstört): Okt 99-27.3.00 // **Waideggstrasse 9**: ?-27.3.00 // **Kellerweg 65** (Gletiseli): 22.12.99-1.4.02

2000

Letzigraben 172: 00 // **Restelbergstrasse 107**: 00 // **Forchstrasse**: 14.-16.3.00 // **Germaniastrasse**: März 00-? // **Reitergasse 16**: April 00-? // **Hönggerstrasse 26** (Sauvage): 7.4.00-11.4.00 // **Birmensdorferstrasse 559** (Puff): 22.5.00-? // **Sauvage in Affoltern**: 22.7.00 // **Haldenstrasse 15, 17**: 25.8.00-? // **Tischlerweg**: 7.9.00-? // **Chorgasse 3**: 6.10.00-? // **Eisengasse 3**: Mitte Nov.-19.1.01

2001

Blüemlisalpstrasse 6: 01 // **Badenerstrasse 97** (Kultursquat Egocity): 13.4.01-5.1.04 // **Stauffacherstrasse 180, 182** (Hotel Garnie): 23.6.01-30.9.01 // **Bühlstrasse 61, 63**: 20.9.01-13.5.02 // **Seefeldstrasse 279** (Villa Ulmer): 29.9.01-7.10.01 // **Brüttenweg 17**: 01-?

2002

Hardturmstrasse 292: 2002 // **Spiegelgasse 1** (Kultursquat Cabaret Voltaire): 2.2.02-2.4.02 // **Zeltweg** (Kreuzplatz): 31.3.03 // **Badenerstrasse 705** (Krone): 3.5.02-16.10.02 // **Tüfferwies 30, 36**: Mai 02 // **Waffenplatzstrasse 74**: ?-20.4.02 // **Waffenplatzstrasse 74**: 4.-6.5.02 // **Waffenplatzstrasse 74**: 9.-13.5.02 // **Waffenplatzstrasse 74**: ?-30.5.02 // **Plattenstrasse 32** (Dada-Besetzung): 9.6.02-April 04 // **Höhenring 11, Bahnhaldenstrasse 14, 18** (Grambachareal): April 02-28.5.03 // **Zehntenhausstrasse**

4 (Queer Squat): 02 // **Tiefenhöfe 6**: 02 // **Meiliweg 22** (Smeili): 11.10.02-23.2.02 // **Hagenbuchrain 30, 34** (Exil): 16.10.02-8.2.05 // **Rämistrasse 28**: 17.11.02-? // **Universitätsstrasse 94, 96** (Unihuus): 20.12.02-23.6.03

2003

Gieshübelstrasse 17 (Kultursquat Sihlpapier): 7.2.03-19.6.03 // **Jenatschstrasse 8, 10**: 21.2.03-15.8.06 // **Rämstrasse 84**: ? // **Mainaustrasse 56**: 18.6.03-? // **Zeltweg 95**: 30.6.03-15.7.03 // **Kronenwiese** (Gakü): Okt. 03-17.3.06 // **Haus in Altstetten**: 16.-20.11.03 // **In der Sonnerau 8**: 2003 // **In der Sonnerau 8**: 2003 // **Badenerstrasse 97, Wyssgasse 9, Ankerstrasse 38** (Sauvage, Viereck): 5.-6.1.03 // **Buckhauserstrasse 34**: Herbst 03

2004

Rüdigerstrasse 1 (Kultursquat): 17.1.04-15.5.06 // **Löwenstrasse 24, 26, Hornergasse 17**: 11. April // **Winterthurerstrasse 458**: April 2004 // **Frohburgstrasse 64**: April 2004 // **Schärenmoosstrasse**: April 2004 // **Bahnhofstrasse 69a**: April 2004 // **Kiesplatz hinter der Roten Fabrik**: Okt. 04 // **Seestrasse 431**: 14.-15.10.04 // **Buckhauserstrasse 34**: 17.10.04-? // **Schärenmoosstr. 77-83**: November 04-8.2.05 //

2005

Juchstrasse: ?-Juli 05 // **Schärenmoosstrasse 50**: Feb 05 // **Hohlstrasse 485**: 23.1.05-25.1.05 // **Seestrasse 259, 261**: 14.8.05-? // **Zürichbergstrasse 107**: 8.7.05-12.7.05 // **Quellenstrasse**: 05

UNVOLLSTÄNDIGE ZUSAMMENSTELLUNG STADT- UND WOHNPOLITISCHER ANSCHLÄGE (1968-2005)

3.6.1974

Brandanschlag auf einen Baustellenwagen und verschiedene Baumaschinen an der Sihlhochstrasse. Die Kleider der Bauarbeiter werden vor dem Anschlag aus dem Mannschaftswagen ausgeräumt. Mit rotem Spray wird auf dem Strassenbelag der Slogan 'Proletarischer Widerstand gegen die Zerstörung der Städte' angebracht. 50'000 Franken Sachschaden.

3.6.1974

Brandanschlag auf die Baustelle an der Venedigstrasse bei Tessinerplatz. Ein Material- und Werkstattwagen, sowie eine Mannschaftsbaracke werden in Brand gesteckt. Die Täter verschicken ein Communiqué, in dem es heisst, der Stadtrat habe im Jahr 1970 «mit den Immobilienspekulanten Mobag und Hatt-Haller einen widerrechtlichen Vertrag abgeschlossen». 50'000 bis 100'000 Franken Sachschaden.

29.7.1974

Brandanschlag gegen die *Mobag* (drei Tage nach Räumung am *Hegibach* an der Forchstrasse. In einem Schreiben fordern die TäterInnen die Freilassung der gefangenen HausbesetzerInnen. 500'000 Franken Sachschaden.

3.11.1974

Brandanschlag gegen die Baustelle des Schnellgutbahnhofs Altstetten. Vier Baubaracken werden angezündet. 110'000 Franken Sachschaden (davon entfallen etwa 80'000 Franken zum Nachteil der *SBB*, der Rest zu jenem der Baufirma).

21.8.1980

Ein Bagger an der Anwandstrasse wird in Brand gesteckt: «Selig sind die Wohngemeinschaften, denn sie werden eine Wohnung erhalten. Unselig sind die Spekulanten, denn sie werden im Feuer landen (Byblos 19.80).»

21.8.1980

Im dritten Stock der *Fibesta AG* an der Dienerstrasse 15 wird ein Feuer gelegt: 'S'spekuliere isch bald nüme s'beschta!' Über 100'000 Franken Sachschaden

23.8.1980

Auf der Baustelle an der Badenerstrasse, wo die *Aktienhäuser* standen, wird ein Brandsatz durchs Fenster eines Baubüros geworfen: 'Häuserkiller, Mietzinstreiber: hau ab, aber subito!'

24.8.1980

Zwei Lieferwagen der Firma *Hatt-Haller* im Kreis 3 werden aus Protest gegen die Vernichtung von billigem Wohnraum angezündet und 'Leben statt Beton' gefordert.

1.9.1980

Sprengstoffanschlag gegen *VITA-Versicherung*. Ein *Kommando Herbstzeitlose* bekennt sich zum Anschlag und protestiert gegen den Abriss von Altliegenschaften.

14.10. 1980

Molotowcocktails gegen die Baufirmen *Locher und Dangel* als Protest gegen Räumungen. 2 Millionen Franken Sachschaden.

28.12.1980

Bombenanschlag gegen Bürohaus der *Merkur Immobilien AG*. 40'000 Franken Sachschaden.

3.4.1981

Brandanschlag auf zwei Baufirmen. 200'000 Franken Sachschaden.

3.4.1981

Brandstiftung an Baubaracke im Kreis 10. 30'000 Franken Sachschaden.

4.10.1981

Brandanschlag auf Pneukran und zerstoebene Reifen an zwei Kränen an der Hardturmstrasse im Kreis 5. 500'000 Franken Sachschaden.

16.6.1982

Erster Anschlag auf den Wohnsitz von Viktor Kleinert durch das *Kommando Grober Ernst*.

22.6.1982

Zweiter Anschlag auf den Wohnsitz von Viktor Kleinert durch das *Kommando Grober Ernst*.

5.7.1982

Brandanschlag auf den *Mc Donald's* am Stauffacher durch das *Kommando Grober Ernst*. 2 Millionen Franken Sachschaden.

26.11.1982

Versuchter Brandanschlag auf die Tages-Anzeiger-Druckerei. Die *Werkstatt unabhängiger Tankwarte 82* kurz *WUT82* protestiert gegen den auf den 2.12.1982 angekündigten Abbruch der Häuser am Tessinerplatz, die sich im Besitz der Tages-Anzeiger-Tochter *Fortuna-Versicherung* befinden.

2.12.1982

In acht Kinos wird Buttersäure ausgeleert. Die stinkende Säure wird ebenfalls ins Auto eines Chefredaktors des Tages-Anzeiger geschüttet. Die Aktion steht im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Abbruch der Häuser am Tessinerplatz. Die *Fortuna-Versicherung* und Kinobesitzer Scontoni wollen einen Neubaukomplex realisieren.

3.2.1983

Anschlag auf die Wohnung des Besitzers der Universitätstrasse 89 durch den *Warnfüürverein Züri*: «Damit Kleinspekulant Ferdinand Jakob die Türe seines luxuriösen Eigenheims vermauern kann, haben wir sie aus den Fugen gebrannt.»

Februar 1983

Brandanschlag auf Firmenwagen der *Kunz Bautreuhand AG* durch den *Warnfüürverein Züri* «als Dank für das Zumauern der Zurlindenstrasse 80/82» (Schmiede Wiedikon).

16.3.83

Brandanschlag bei der Baufirma *Marti AG* in Regensdorf. Der *Warnfüürverein Züri* protestiert gegen die Bautätigkeit im Kreis 4: «In Anerkennung ihrer Mauerarbeit an der Ecke Militär-/Tellstrasse haben wir den Bürotrakt im Werkhof Regensdorf/ZH flambiert.» Mehrere 100'000 Franken Sachschaden.

28.7.1983

Sprengstoffanschlag auf das Haus von Dieter Bührlé durch das *Kommando Grober Ernst*.

9.1.1984

Brandanschlag auf Lastwagen der Zürcher Abbruchfirma *Kibag AG* durch die Gruppe *Militante Pensionskassen* (während Besetzung am Stauffacher). 80'000 Franken Sachschaden.

9.1.1984

Unbekannte schlagen in der Innenstadt über 100 Schaufenster von verschiedenen Geschäften ein (während Besetzung am Stauffacher).

5.10.1984

In einer organisierten Blitzaktion greifen über 50 Militante das Gebäude der *SBG* im Kreis 4 an. Schaufenster und Fassadenverkleidungen wurden zertrümmert, sowie das Gebäude verschmiert. Die Aktion steht im Zusammenhang mit einem *SGB*-Neubauprojekt an der Kappelistrasse in Altstetten. Die *SGB* hatte es abgelehnt, Wohnungssuchende in das leer stehende Haus einzuquartieren. Zwei Verhaftungen, mehr als 100'000 Franken Sachschaden.

September 1985

Mehrere Zürcher Bahnhöfe werden mit Buttersäure angegriffen. Auf einem angebrachten Spray ist 'ihre Lügen stinken. HB-Südwest nie' zu lesen.

10.10.1986

Bei der *Noldin Immobilien AG* und der *Liegenschaftsverwaltung* werden Eingangshallen 'verschönert' und bei anderen Bau- und Immobilienfirmen die Scheiben eingeschlagen.

31.10.1986

Farbanschlag gegen *Kibag AG*.

20.6.1987

Brandanschlag in einer Einstellhalle der Firma *Kibag*, zwei Betonmischer werden in Brand gesteckt. Mehr als 200'000 Franken Sachschaden.

11.11.1987

Eine Gruppe von 20 bis 30 Vermummten bewirft das Opernhaus mit rund 40 Farbbeuteln als Racheakt für den Gummigeschosseinsatz der Annaburg-Räumung und den Polizeieinsatz an einer Kurdendemo. 50'000 bis 80'000 Franken Sachschaden.

29.1.1989

Die am Stauffacher neu eröffnete *SBG* wird Ziel eines symbolischen Angriffs: «Die Bank mit Blick auf die neuen Börse hat schon heute ihre konkreten Auswirkungen auf die City-Bildung»

14.3.1989

Bei drei Grossbaustellen (Telekursneubau, *Carba* Gewerbehause der *Oerlikon-Bührle* und Neubau der *Börse*) wird Zucker in die Tanks der Maschinen geschüttet. Es grüssen die *Schlotterbecks*.

17.4.1989

Nach der Räumung der Wildbachstrasse 69 (12.4.1989) wird das Haus des Besitzers und Spekulanten Hellmuth Werner «mit Kunstharzfarben und Recycling-Joghurtgläsern sanft renoviert. Auf jede Räumung folgt mindestens eine biologische Renovation – auf staatlich verhinderte Enteignung folgt eine neue!»

18.4.1989

Brandanschlag auf Baubaracken der Börsenbaustelle. Rund 100'000 Franken Sachschaden.

1.5.1989

Zwei Brandanschläge gegen Fahrzeuge und Dienstwagen der *Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich*, Besitzerin der am 6.4.1989 geräumten Köchlistrasse 22. Zurück bleiben Parolen wie 'Häuserkampf jetzt!'. 60'000 Franken Sachschaden.

11.5.1989

Vier Bürocontainer und ein Materiallager im Kreis 3 werden in Brand gesteckt. Ein zweiter Brand kurz vor Mitternacht in der polizeilich geräumten Zweierstrasse 53 kann rasch gelöscht werden. Mehrere 100'000 Franken Sachschaden.

25.5.1989

Brandstiftung in einer Lagerhalle im Kreis 5 mit Baumaschinen und Nutzfahrzeugen. 2,5 Millionen Franken Sachschaden.

25.5.1989

Brandanschlag auf Baucontainer im Kreis 4 an der Hohlstrasse 86. 16'000 Franken Sachschaden.

19.6.1989

Gegen das Gebäude des *Hauseigentümerversandes* werden zwei Anschläge verübt. Die Wände werden mit Parolen wie 'Häuser besetzen. Räumungsstopp, jede Räumung hat ihren Preis' besprayt, die Türen und Schaufenster mit Pflastersteinen eingeworfen. Später in der Nacht werden noch weitere 16 Scheiben und zwei Eingangstüren demoliert.

3.7.1989

Brandanschlag auf Kabinenhäuschen eines Krans bei der Sihlpost.

10.8.1989

Der Rasen im Fussballstadion der FC Servette wird zerstört. Präsident des Clubs ist der Spekulant und Besitzer der besetzten Häuser an der Bäckerstrasse 51, 55. 'Lutte contre les spéculateurs - Amrosetti ne touche pas à la Bäckerstrasse'.

6.11.1989

Unbekannte zünden auf einem Areal im Kreis 9 einen Lastwagen, Lieferwagen und einen Geländewagen einer Baufirma an. 200'000 Franken Sachschaden.

15.5.1990

Brandanschlag auf Pfahlbaudorf auf der Saffaininsel. «Es ist aber kein Geheimnis, dass vor allem aus gewissen aktivistischen Kreisen Stimmung gegen das Pfahlbauland gemacht worden ist. Es wurde argumentiert, dass Millionen für ein 'Wohnmuseum' ausgegeben würden, während junge Leute in der Stadt selber keine Wohnmöglichkeiten hätten.» (NZZ, 16.5.1990). 450'000 Franken Sachschaden.

10.7.1990

Brandanschlag gegen ein sich im Bau befindende Firmengebäude des Spekulanten von Känel als Antwort auf die Räumung der besetzten Limmatstrasse 217.

12.3.1991

Farbanschlag auf das Stadthaus, das Verwaltungsgericht sowie diverse Heldendenkmäler: «Die Zerstörung des Typs 'Wohlgroth' und die Endlagerung von Kanzleiaktiven Stoffen können bleibende Schäden verursachen», schreiben die UrheberInnen der so genannten Operation Weckdienst in einem Communiqué.

11.5.1991

Brand im Neubau der Zürcher *Börse*. Polizei vermutet Brandstiftung. Gegen eine Million Franken Sachschaden.

14.5.1991

Brandanschlag auf Kleiderboutique an der Brauerstrasse 29. 10'000 Franken Sachschaden.

18.7.1991

An drei unterschiedlichen Orten werden Brände gelegt: Schreinereilager im Kreis 4, Sexkino *Stüssihof*, Brandschenkestrasse 47. 210'000 Franken Sachschaden.

3.7.1992

Das Büro des Spekulanten Ambrosetti wird mit Farben und Steinen zerstört (während Besetzung der Bäckerstrasse 51, 55).

9.7.1992

Farbanschlag auf Stadthaus am Tag nach der Räumung der Bäckerstrasse.

10.7.1992

Besuch des *SP*-Parteisekretariat und Zerstörung dessen Infrastruktur nach der Räumung der Bäckerstrasse.

31.7.1992

Anschlag auf Hauptsitz der *Emil Frey AG*: 'Keine weiteren Räumungen'.

28.6.1993

Gefälschte Mietzinserhöhungen an MieterInnen der *Albis Bau AG*, Tochter der *Oerlikon-Bührle*.

23.11.1993

Am Tag der Räumung der *Wohlgroht* werden *Bally*-Schuhgeschäfte, die der *Oerlikon-Bührle* gehören, eingefärbt. In Bern werden Bankomaten, bei denen *Bührle* Aktionär ist, mit Säure zerstört. In Genf wird ein *Bally*-Schuhgeschäft total verwüstet.

25.11.1993

Farbanschläge gegen zwei Filialen von *Bally*.

16.12.1993

Eine Gruppe von 10 bis 15 Personen zerstörten im Kreis 1 Schaufenster. Mehrere 100'000 Franken Sachschaden.

1.3.1994

Auf zwei Bauleitungs-Container der Firma *Spross* und *Oerlikon-Bührle* wird ein Brandanschlag verübt. Weiter werden an über zehn Last- und Lieferwagen alle Pneu's aufgeschlitzt, sowie Zucker in die Tanks der LKWs geleert.

17.3.1994

Eine Gruppe von 10 bis 15 Personen zerstört im Kreis 1 Schaufenster.

7.8.1994

Molotow-Cocktail-Anschläge auf Büros von zwei Versicherungen im Kreis 6. 70'000 Franken Sachschaden.

14./15.2.2004

Auf der Baustelle des ehemaligen besetzten Hauses Egocity werden bei Baumaschinen Hydraulikleitungen durchtrennt und Zucker in den Tank geleert. 30'000 bis 40'000 Sachschaden.

Mitte Mai 2005

Unbekannte haben im Neubau an der Badenerstrasse 97 (ehemals *Egocity*) rund 30 Wohnungen unter Wasser gesetzt, Wände versprayed und Fenster verkratzt. Rund 500'000 Sachschaden.

Quellen:

- Diverse Zeitungsartikel (TA, NZZ, Zeitdienst WoZ usw.)
- diverse Communiqués
- Konzeptbüro/ AG Chronologie (Hrsg.). Militante Politik in der Schweiz. Eine unvollständige Chronologie aus den Jahren 1970-97. Zürich 1997.
- Arbeitsgruppe Ökologie und Politik – AGÖP (Hrsg.). Hundert Jahre Wohnungsnot. Ein Handbuch für Mieter - mit Hintergründen und praktischen Tipps. Zürich 1983.
- Bäcki-Blatt. 6 Ausgaben. Zürich 1991-1992.
- Rote Hilfe Zürich (Hrsg.). S'Mieterbüechli. 1975 Zürich.

Lebenslauf

26. Dez. 1971	Thomas Stahel wird in Zürich geboren
Okt. 1994	Beginn Phil I-Studium: Hauptfach Geschichte, Nebenfächer Ethnologie und Soziologie
seit 1997	Veröffentlichung von Artikeln in verschiedenen Zeitungen (DAZ, Toaster, Zürcher Studentin, WoZ, Surprise, Landbote usw.)
Mai 1997 - Mai 1999	Redaktionsmitglied der während dem Semester wöchentlich erscheinenden Zürcher Studentin (rund 40 Stellenprozent); verantwortlich für die gesamte Produktion der Zeitung, auch für das Layout
Mai 2000	Abgabe der Lizentiatsarbeit über «Alternative Wohnformen und linke Wohnpolitik in Zürich 1980-95» bei Prof. Bruno Fritzsche
Jan. 2001 - Feb. 2004	Dissertation bei Prof. Bruno Fritzsche und Prof. Hans-Peter Kriesi über 'Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968'
Jan. - Aug. 2001	Redaktionelle Mitarbeit am Buch 'Wir wollen alles und zwar subito' über die Jugendbewegung der 80er Jahre von Heinz Nigg; Verfassen eines Aufsatzes über die Bedeutung des Wohnens für die Jugendbewegung
März 2001 - Okt. 2002	Konzept und Organisation der wohnpolitischen Veranstaltungswochen 'Città chiusa – geschlossene Stadt: Wer kann sich Zürich noch leisten?' vom 12. bis 28. September 2002
Juli 2001 - Feb. 2002	Erarbeitung des neuen Konzepts für die monatlich erscheinende Zeitung der Roten Fabrik
Feb. 2002 - Mai 2005	Redaktionsmitglied der Fabrik Zeitung (35 Stellenprozent): verantwortlich für Themen-Setting, Betreuung der freien Journalistinnen, Redigieren, Koordination der Redaktionsarbeiten, Verfassen von Artikeln wie die Kolumne 'Züri Stadtgeschichte' usw.
Dezember 2003	Aufsatz über die Geschichte des Grünau-Quartiers für das Buch 'Siedlung Bernerstrasse' von Franziska Stärk
seit Nov. 2003	Koordination und Organisation von Veranstaltungen im stadt.labor, der Plattform und Werkstatt für Debatten zu Stadtentwicklungs- und Wohnungsfragen
seit Juni 2005	Geschäftsleiter der Umweltorganisation umverkehr